

MetanoiaMagazin

FÜR KRITISCHE PERSPEKTIVEN UND UNBEIRRTES DENKEN

Sonderedition Nr. 28-30 | 2019

SCHULDIG
BEFREIT
TOLERANT

100 Jahre Krieg gegen Deutschland

Ein epochales Menschheitsdrama

Ob auch das aktuelle Verbotungsverfahren gegen uns durch die DuMont-Mediengruppe in direktem Zusammenhang steht, lässt sich nicht mit letzter Sicherheit sagen. Fest steht jedoch: Unsere Trilogie «100 Jahre Krieg gegen Deutschland» hat ihren Preis gefordert – einen, den wir bis heute spüren und wohl auch in Zukunft noch zu tragen haben. Kein anderes Thema in unserer achtjährigen Geschichte hat den Nerv derart getroffen. Die Untersuchung des Phänomens des Antideutschtums und seiner Ursprünge war zu jenem Zeitpunkt selbst im alternativen Mainstream ein weitgehend unbeachtetes Terrain. Das Thema war keineswegs allgegenwärtig, sondern vielmehr so heikel, kontrovers und risikobehaftet, dass eine Auseinandersetzung damit in aller Regel bewusst vermieden wurde – aus der (wie sich auch für uns zeigte) durchaus berechtigten Sorge, gebrandmarkt oder stigmatisiert zu werden.

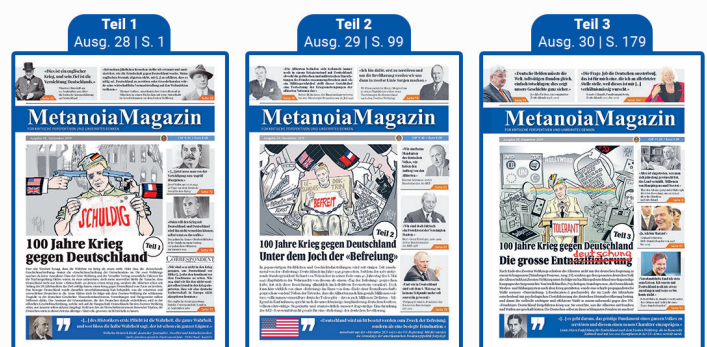
Und so wurden uns die Ausgaben förmlich aus den Händen gerissen, was zeigt, wie groß das Bedürfnis war und bis heute ist, die eigene Geschichte ohne die verzerrenden und teils offenkundig falschen Narrative zu erkunden, die von den Siegermächten und ihren Handlangern bestimmt und verbreitet werden. In dieser Darstellung werden die Kriegsgewinner ausnahmslos als Befreier glorifiziert, edlen Rittern in strahlender Rüstung gleich, die dem absoluten Bösen entgegengetreten sind – ungeachtet der Widersprüche oder Schattenseiten in ihrer eigenen Historie und den begangenen Verbrechen gegenüber den von ihnen «Befreiten». Den Deutschen wird von klein auf eine Geschichtserzählung vermittelt, die von geerbter Schuld und ewiger Sühne geprägt ist – allgegenwärtig und in zahllosen Facetten. Doch in diesem Narrativ fehlen wesentliche Aspekte: die Vertreibung und ethnischen Säuberungen von Millionen Deutschen, gezielt herbeigeführte Hungersnöte mit unzähligen Toten, die systematische Folter von Zeugen zur Erzwingung belastender Aussagen und die völkerrechtswidrigen Bedingungen in Lagern wie jenen an den Rheinwiesen. Ebenso weitgehend unerwähnt bleiben der großflächige Raub deutscher Patente, Infrastruktur und Kulturgüter sowie die Abwerbung der deutschen Intelligenz durch «Operation Paperclip» – all dies und noch vieles mehr bleibt nicht nur unbeleuchtet, sondern auch von jeglicher Kritik verschont. Auch die Vorläufe zu den Weltkriegen werden grob und einseitig abgehandelt; nicht ins Bild passende Ursachen, Hintergründe sowie die offen ausgesprochenen Ambitionen der späteren «Befreier» werden ausgeblendet. Der abgrundtiefe Hass gegen alles Deutsche und der Wunsch nach dessen Vernichtung, der bereits im 19. Jahrhundert offen ausgesprochen wurde, spielt in der Geschichtsdarstellung der Siegermächte keine Rolle.

Eine unvoreingenommene Analyse dieser dunklen Zeit der Menschheitsgeschichte sucht man im Mainstream vergebens, da sie wohl ein etwas anderes Bild offenbaren könnte, als es uns heute in vereinfachten und emotionalen Darstellungen vermittelt wird. Was sagt uns das, wenn selbst ein Jahrhundert später noch dieselben Inhalte der damaligen Kriegspropaganda unkritisch wiederholt werden? Dabei müsste der moderne und aufgeklärte Mensch doch längst erkannt haben, dass diese einfache Gut-gegen-Böse-Erzählung eine gängige Methode ist, um die Bevölkerung von der Notwendigkeit eines Krieges zu überzeugen. Stattdessen akzeptiert der Deutsche, dass ausgerechnet in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit seiner jüngeren Geschichte – also mit seinem direkten Ursprung und damit seinem Selbstbild und seiner Identität – nahezu alle Prinzipien verletzt werden, die sonst als Maßstab und Leitlinie gelten: nüchterne, sachliche Analysen im Kontext der Zeit und ihrer Rahmenbedingungen, unter Berücksichtigung aller verfügbaren Informationen; der ehrliche Versuch, belegte Fakten einzuordnen und zu verstehen, ohne den simplen Kategorien von Gut und Böse

zu verfallen; sowie die Sicherung von Informations- und Forschungsfreiheit. Es widerspricht dem gesamten Selbstverständnis einer modernen, demokratischen und freiheitlichen Gesellschaft, ein geschlossenes Geschichtsbild mit unumstößlichen Wahrheiten vorzugeben, das nur eingeschränkt erforscht werden darf und bei «unerwünschten» Ergebnissen nicht veröffentlicht werden kann: Deutschland ist schuldig, befreit und tolerant – und wer daran rüttelt, wird bekämpft.

Diese «Toleranz» durften auch wir erfahren, sowohl geschäftlich als auch privat: Obwohl die Schweiz (noch) nicht denselben rigorosen Gesetzen unterliegt, welche den Anspruch Meinungsfreiheit in letzter Konsequenz zur bloßen Farce verkommen lassen, hatte die Veröffentlichung der Trilogie dennoch schwerwiegende Folgen. Mehrere große Schweizer Zeitungen veröffentlichten ganzseitige Artikel voller falscher Darstellungen und oberflächlicher Verrisse, mit dem klaren Ziel, uns in die rechtsextreme Ecke zu drängen. Diese Beiträge leiteten eine breit angelegte Medienkampagne ein, die in einem Bericht des Schweizer Fernsehens (SRF) gipfelte. Dort wurde uns nicht nur eine Verbindung zur rechtsextremen Szene in Deutschland angedichtet, sondern auch der absurde Vorwurf erhoben, wir würden Terrorzellen finanzieren. Grundlage dafür war unser Affiliate-Marketing: Jeder kann sich registrieren, einen Empfehlungslink erhalten und bei Verkäufen eine kleine Provision verdienen – ohne Gesinnungsprüfung. Doch weil ein deutscher Affiliate-Partner kritisch zur offiziellen Geschichtsschreibung Stellung bezog, wurde daraus konstruiert, wir unterstützten rechtsextremen Terrorismus. Eine groteske Verzerrung, die gravierende Folgen hatte: Zwei Druckereien kündigten uns daraufhin fristlos die Zusammenarbeit, und als wäre das nicht genug, wurde mein vierjähriger Sohn diesen Sommer – nach einer anonymen Denunziation meiner Tätigkeit als Herausgeber – nur wenige Tage vor seinem ersten Schultag aus demselben Grund ausgeschlossen. Dass selbst Größen der alternativen Medien, selbsternannte Freiheitskämpfer mit Hunderttausenden Followern, ihre Zusage zur Zusammenarbeit mit uns aus denselben Gründen offen zurückzogen, ist ein Offenbarungseid und verdeutlicht einmal mehr die verheerenden Konsequenzen, die dieses Kainsmal für alle mit sich bringt, die es wagen, die Grenzen des vorgegebenen Diskursfensters zu überschreiten.

Wir sehen den «Krieg gegen Deutschland» als zentrales Kernthema zum Verständnis der heutigen Welt. Alle anderen Themen, mit denen wir uns befassen, stehen damit in Verbindung und spiegeln Aspekte dieses umfassenden Feldzugs wider: ein andauernder Angriff auf Deutschland und im weiteren Sinne auf den Westen. Dieser Krieg zeigt sich auf wirtschaftlicher (z.B. Klimaschwindel, Energiewende), kultureller (z.B. Genderpolitik, Wokeismus), geschichtlicher (z.B. Sklaverei, deutsche Vergangenheit), demografischer (z.B. Massenmigration, Abtreibung) und gesundheitlicher Ebene (z.B. Pharmaindustrie, Ernährung). Bei genauerer Betrachtung offenbart dieser Niedergang gar biblische Dimensionen – als gezielte Strategie zur systematischen Schwächung und Auslöschung des Westens. (ab)





«Dies ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.»

Winston Churchill am 03. September 1939 über die britische Kriegserklärung an Deutschland

Seite 64

«Bei meinen jährlichen Besuchen stellte ich erstaunt und amüsiert fest, wie die Feindschaft gegen Deutschland wuchs. Meine englischen Freunde zögerten nicht, mir [...] zu erklären, dass es nötig sei, Deutschland zu zerstören oder Grossbritannien würde seine wirtschaftliche Vormachtstellung auf den Weltmärkten verlieren.»

Thomas Gaffney, amerikanischer Generalkonsul in München in seiner Rückschau auf seine Aufenthalte in Grossbritannien vor dem Ersten Weltkrieg

Seite 20



MetanoiaMagazin

FÜR KRITISCHE PERSPEKTIVEN UND UNBEIRRTES DENKEN

Ausgabe 28, September 2019



100 Jahre Krieg gegen Deutschland

Teil 1

Eine alte Weisheit besagt, dass die Wahrheit im Krieg als erstes stirbt. Oder dass die «herrschende Geschichtsschreibung» immer die «Geschichtsschreibung der Herrschenden» ist. Die zwei Weltkriege machen da keine Ausnahme: Dass der Erste Weltkrieg und der Versailler Vertrag wesentliche Faktoren für die Machtergreifung Hitlers waren, ist zwar unbestritten, doch meist unerwähnt bleibt die Tatsache, dass Deutschland nicht nur keine «Alleinschuld» an diesem ersten Krieg trug, sondern die Alliierten schon seit Anfang des 20. Jahrhunderts das Ziel verfolgt hatten, einen Krieg gegen Deutschland vom Zaun zu brechen. Das besiegte Deutschland wurde daraufhin unverhältnismässig hart behandelt, was die verarmten und verzweifelte Deutschen in die Arme Hitlers trieb. Es folgte mit dem Zweiten Weltkrieg die schlimmste Tragödie in der deutschen Geschichte: Massensbombardements, Vertreibungen und Hungersnöte rafften Millionen dahin. Das Ausmass der Grausamkeiten, die den Deutschen damals widerfuhr, wird in der offiziellen Geschichtsschreibung, welche sich auf die Hauptschuld Deutschlands für den Zweiten Weltkrieg stützt, nur äusserst selten akkurat dargelegt. Wohl um den als Herrschaftsinstrument dienenden Mythos, die Deutschen seien zu dieser Zeit das alleinige «Tätervolk» gewesen, nicht bröckeln zu lassen.



« [...] jetzt muss man von der Verteidigung zum Angriff übergehen.»

Josef Stalin am 05.05.1941, 48 Tage vor dem Deutsch-Sowjetischen Krieg

Seite 74



«Polen will den Krieg mit Deutschland, und Deutschland wird ihn nicht vermeiden können, selbst wenn es das wollte.»

Der polnische Armee-Oberbefehlshaber Rydz-Śmigły in einem Vortrag vor polnischen Offizieren im Sommer 1939

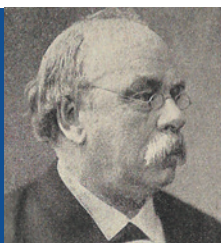
Seite 62

THE SUNDAY CORRESPONDENT

«Wir sind 1939 nicht in den Krieg gezogen, um Deutschland vor Hitler [...] oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, dass wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten.»

Die englische Sonntagszeitung Sunday Correspondent, London, 17. September 1989

Seite 57



”

«[...] des Historikers erste Pflicht ist die Wahrheit, die ganze Wahrheit, und wer bloss die halbe Wahrheit sagt, der ist schon ein ganzer Lügner.»

Wilhelm Heinrich Riehl, deutscher Journalist, Novellist und Kulturhistoriker

Quelle: gutenberg.spiegel.de, Durch tausend Jahre - Dritter Band - Kapitel 6



Im Krieg ist das erste Opfer die Wahrheit und die Propaganda der Sieger wird zur Geschichtsschreibung der Verlierer.

In jeder Gesellschaft gibt es unumstössliche Säulen der «Wahrheit», wissenschaftlich «erwiesen», gesellschaftlich anerkannt, somit «offenkundig» und als Grundlage für das individuelle Weltbild dienend. Eine dieser Säulen der Wahrheit ist die Alleinschuld der Deutschen an den beiden Weltkriegen. Sie bildet für das deutsche Volk die Grundlage seiner Identität, seines Selbstverständnisses, ja seines Daseins. Die deutsche Schuld gilt als «offenkundige Tatsache», was laut Wikipedia einen Sachverhalt darstellt, «dessen Wahrheit sich entweder aus allgemein zugänglichen Quellen ergibt und für jedermann unmittelbar einsichtig ist, oder dessen Wahrheit dem Gericht bereits amtlich bekannt gemacht wurde». Schreibt nun allerdings der Sieger die Geschichte, stammen diese «allgemein zugänglichen Quellen» aus seiner Feder und «amtliche Bekanntmachungen» tragen sein Siegel! Was dieser Umstand in der Konsequenz für das deutsche Volk seit 100 Jahren bedeutet, kann in seinem Umfang und Ausmass kaum erfasst werden und ist in seiner Tragödie unvorstellbar.

Im ersten Teil der zweiteiligen Serie «100 Jahre Krieg gegen Deutschland» stellen wir das in Schulbüchern gelehrt und von Politik und Medien verbreitete Geschichtsbild den offiziell zugänglichen Quellen gegenüber. Selbst Zweifler an der offiziellen Geschichtsschreibung dürften überrascht sein, wie sehr das uns vermittelte Bild durch schlicht falsche Wiedergaben, Verzerrungen oder das Weglassen wichtiger Sachverhalte von den tatsächlichen Ereignissen und Hintergründen abweicht.

Bereits lange vor Ende des 19. Jahrhunderts begannen in elitären Kreisen nachweislich die Planungen für einen «notwendigen» Krieg gegen Deutschland, ohne den «Grossbritannien seine wirtschaftliche Vormachtstellung auf den Weltmärkten verlieren würde». Schon damals leisteten die Medien ihren Anteil und bereiteten die englische Bevölkerung durch gezielte antideutsche Propaganda auf einen Krieg vor: «Germaniam esse delendam» – übersetzt «Deutschland muss zerstört werden» titelte beispielsweise bereits 1896, also 20 Jahre vor Kriegsausbruch eine mehrteilige Serie der Londoner Zeitung Saturday Review. Chronologisch und mit vielen Zitaten ergänzt, fügen wir in dieser Ausgabe wichtige Ereignisse auf dem Weg in die Ur-Katastrophe des 20. Jahrhunderts zusammen und überlassen es dem Leser, inwiefern von einer Alleinschuld Deutschlands, wenn überhaupt von einer Schuld gesprochen werden kann.

Genau diese Anerkennung der Alleinschuld am Kriege durch die Deutschen wurde in Versailles u.a. unter Androhung einer Fortsetzung der Hungerblockade mit dem damit verbundenen Drama für die deutsche Bevölkerung erzwungen, durchaus vergleichbar mit einem Geständnis unter Folter. Diese Hungerblockade der Siegermächte hatte nämlich in den Jahren zuvor bereits mehr als einer Million(!) deutschen Zivilisten den Hungertod beschert!

Mit Anerkennung der Alleinschuld am Kriege nahm die Zerstörung Deutschlands durch die Umsetzung des «Friedensvertrags» von Versailles jedoch erst ihren verheerenden Lauf: Während zu Kriegszeiten kein Schuss auf deutschem Boden gefallen war, wurden nun gewaltige Teile seines Gebietes besetzt oder abgetrennt und damit Millionen Menschen ihrer Heimat beraubt und unter fremde Herrschaft gestellt, wo sie Entrechtung, Unterdrückung und zigtausendfachen Tod erfuhren. Durch zusätzliche Reparationszahlungen in astronomischen Höhen, Industriedemontagen, Abtretung von Millionen landwirtschaftlichen Nutztieren uvm. wurden die Deutschen ihrer existentiellen Grundlagen beraubt und fielen in eine tiefe Depression mit dramatischer Arbeitslosigkeit, Armut und politischem Chaos. All dies hervorgegangen aus einem Krieg, der nachweislich schon Jahrzehnte zuvor auf englischer Seite geplant, dessen Verantwortung jedoch allein den Deutschen aufgezwingen wurde.

Was folgt, ist der Aufstieg Hitlers und der Zweite Weltkrieg nahezu genau 20 Jahre nach Versailles. Und wie beim Ersten Weltkrieg lohnt es sich auch hier, etwas genauer hinzusehen und das von Schulbüchern, Medien und Politik vermittelte Bild den offiziell zugänglichen und belegten Quellen gegenüberzustellen. Der israelische Botschafter in Bonn meinte 1967 nach Beginn des «Sechstage-Kriegs» in einer Fernsehsendung: «[Wer die ersten Schüsse abgegeben hat] ist ganz belanglos. Entscheidend ist, was den ersten Schüssen vorausgegangen ist.» Über viele solch «entscheidender» Punkte, die dem Zweiten Weltkrieg vorausgegangen waren, wird geschwiegen und sie stehen in keinem Schulbuch. Passend dazu dürfte für viele überraschend sein, dass der «Überfall» auf die Sowjetunion als Präventivschlag zu werten ist und «die ersten Schüsse» nachweislich einer sowjetischen Invasion über ganz Europa zuvorkamen.

Mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht und der Befreiung vom Nationalsozialismus endete der Zweite Weltkrieg zwar offiziell, doch für die deutsche Bevölkerung und die Kriegsgefangenen ging er unvermindert weiter und nahm apokalyptische Ausmasse an: In den ersten Jahren Nachkriegsdeutschlands wurden Millionen von deutschen Kriegsgefangenen, Zivilisten, Frauen, Kindern und Alten nachweislich auf Befehl von oben umgebracht. Das sind nach den Forschungen von Historikern wie James Bacque mehr Deutsche, als (nach offiziellen Zahlen) dem gesamten Zweiten Weltkrieg zum Opfer fielen!

Es ist beeindruckend, wie die Planungen elitärer englischer Kreise, die Aussagen hochrangiger Politiker sowie einflussreicher Persönlichkeiten und die Entwicklungen der Ereignisse über Jahrzehnte das Bild zu bestätigen scheinen, dass es bei beiden Weltkriegen und auch danach um nichts Geringeres ging als um die Vernichtung Deutschlands. Vergleicht man jedenfalls Nachkriegsdeutschland mit dem Deutschen Reich vor den Weltkriegen, was Gebietsgrösse, Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft angeht, konnten die Drahtzieher erstmal ganz zufrieden sein. Doch der Krieg wurde ohne Waffen fortgeführt – und hält bis heute an! Mehr dazu im zweiten Teil. (ab)

Alliierte Planungen für den Ersten Weltkrieg



4

Ausbruch des Ersten Weltkriegs



23

Das deutsche Leid der Nachkriegszeit



39

Der Aufstieg Hitlers und der Vorlauf zum Zweiten Weltkrieg



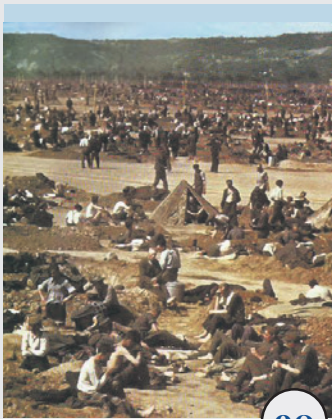
50

Beginn des Zweiten Weltkriegs



64

Die Zeit nach der «Befreiung»



90

Die 10 Prinzipien der Kriegspropaganda

1. Wir wollen keinen Krieg
2. Der Gegner ist allein für den Krieg verantwortlich
3. Der Führer des feindlichen Lagers wird dämonisiert
4. Wir verteidigen ein edles Ziel und keine besonderen Interessen
5. Der Feind begeht wissentlich Grausamkeiten, wenn wir Fehler machen, geschieht dies unbeabsichtigt
6. Der Feind benutzt unerlaubte Waffen
7. Wir erleiden geringe Verluste, die Verluste des Feindes sind erheblich
8. Anerkannte Kulturträger und Wissenschaftler unterstützen unser Anliegen
9. Unser Anliegen hat etwas Heiliges
10. Wer unsere Propaganda in Zweifel zieht, arbeitet für den Feind und ist damit ein Verräter

Diese grundlegenden Techniken jeder Kriegspropaganda wurden von der belgischen Historikerin Anne Morelli entdeckt, basierend auf Arthur Ponsonbys Klassiker «Falsehood in Wartime» («Lügen in Kriegszeiten»).

Verlag
Kontakt
Website
Erscheinung
Bestellung
Redaktion

InfoXpress GmbH, Hohestr. 130, CH-4104 Oberwil
Tel +41 61 511 45 08, info@metanoia-magazin.com
www.metanoia-magazin.com
6-8 x jährlich im Abonnement
www.metanoia-magazin.com
Tilman Knechtel (tk) / André Barmettler (ab)

Gastautoren
Satz/Layout
Fotos

Original-Coverbilder
Cover-Sonderedition

Torsten Mann (tm), Gerhard Wisnewski (gw)
Elementi Studio
Sofern nicht vermerkt:
commons.wikimedia.org
Götz Wiedenroth
Johannes Sonneaug



Die Chronik des

1800:

Das «imperiale Jahrhundert» Grossbritanniens beginnt



England und Frankreich teilen sich die Welt im 19. Jahrhundert. Dabei ist es für den englischen Zeichner Gillray selbstverständlich, dass England (Premier William Pitt) den grösseren Teil erhält, während sich Frankreich (Napoleon I.) mit Europa begnügen muss.

77

Und denn, man muss das Wahre immer wiederholen, weil auch der Irrtum um uns her immer wieder gepredigt wird, und zwar nicht von einzelnen, sondern von der Masse. In Zeitungen und Enzyklopädien, auf Schulen und Universitäten, überall ist der Irrtum obenauf, und es ist ihm wohl und behaglich, im Gefühl der Majorität, die auf seiner Seite ist.»

Johann Wolfgang von Goethe

Wie man weiss, sind es nicht die Verlierer, die die Geschichtsbücher schreiben, sondern immer die Sieger. Nach Ende des Ersten Weltkriegs wurde es zur Allgemeinlehre, dass der deutsche Militarismus und das deutsche Expansionsstreben den Krieg ausgelöst hätten. Erstaunlich, denn bis vor Beginn des Krieges waren diese Eigenschaften weltweit vor allem einer Nation zugeordnet worden: Grossbritannien. Die deutschen Kolonien waren 1914 das an Fläche lediglich drittgrösste Kolonialreich nach dem britischen und französischen. ⁽¹⁾ Das «British Empire» hatte es in seinem Weltmachtstreben deutlich weiter gebracht als die Deutschen. Vor dem Ersten Weltkrieg umfasste das britische Weltreich, in dem «die Sonne nie unterging», etwa ein Viertel der irdischen Landfläche und ein Viertel der Erdbevölkerung. Mit dem enormen Wachstum des British Empire im sogenannten «imperialen Jahrhundert» ab 1815 begann der Appetit auf die ganze Welt weiter zu wachsen. (tk)

Quelle: 1. de.wikipedia.org, Deutsche Kolonien

Die grössten Kriegstreiber von 1800 bis 1940

Von den 287 Kriegen, die von 1800 bis 1940 geführt wurden, waren nach einer Untersuchung des US-Professors Quincy Wright beteiligt:

England	mit 80 Kriegen	28%
Frankreich	mit 75 Kriegen	26%
Spanien	mit 66 Kriegen	23%
Russland	mit 63 Kriegen	22%
Österreich-Ungarn	mit 55 Kriegen	19%
Türkei	mit 43 Kriegen	15%
Polen	mit 32 Kriegen	11%
Schweden	mit 26 Kriegen	9%
Holland	mit 23 Kriegen	8%
Deutschland mit Preussen	mit 23 Kriegen	8%
Dänemark	mit 20 Kriegen	7%

Quelle: Gerhard Krause, Die Schuld am deutschen Schicksal, K.W. Schütz, Pr. Oldendorf 1973, S.22 f.

Kriegs gegen Deutschland



William Cecil (links) und Robert Cecil (rechts) – Berater von Königin Elisabeth I. und König Jakob I. im 16. und 17. Jahrhundert. 300 Jahre später war die Cecil-Familie immer noch massgeblich in die Aussenpolitik des Empires involviert.

„«Nie haben die Massen nach Wahrheit gedürstet. Von den Tatsachen, die ihnen missfallen, wenden sie sich ab und ziehen es vor, den Irrtum zu vergöttern, wenn er sie zu verführen vermag. Wer sie zu täuschen versteht, wird leicht ihr Herr, wer sie aufzuklären versucht, stets ihr Opfer.»



Gustave Le Bon, Soziologe und einer der Begründer der Massenpsychologie, in seinem berühmtesten Werk «Psychologie der Massen»

1859:

Britischer Imperialist Lord Salisbury träumt von einer Weltregierung

Einer der wichtigsten Imperialisten und Kolonialisten des britischen Empires war ein gewisser Robert Gascoyne-Cecil oder auch Lord Salisbury, geboren 1830, gestorben 1903. Gascoyne-Cecil alias Salisbury gehörte einer mächtigen und alten politischen Dynastie an und hatte Monarchie und Imperialismus mit der Muttermilch aufgenommen. 300 Jahre zuvor hatten seine Vorfahren – die Cecil-Familie – Königin Elisabeth I. (1533 bis 1603) als Chef-Berater und leitende Minister gedient. Die Familie hatte das Wachstum des Empire über Jahrhunderte hinweg begleitet und eine massgebliche Rolle dabei gespielt.

Und auch im 19. Jahrhundert ging der Aufstieg weiter. Wie es sich für die Cecils gehörte, legte Lord Salisbury eine steile politische Karriere hin und stieg vom Parlamentsabgeordneten (ab

1854) zum britischen Kolonialminister für den Riesenkontinent Indien auf (ab 1874). Er wusste also, was es hiess, derartige Dimensionen zu erobern und zu verwalten. Aber damit war seine Karriere noch nicht beendet. Zwischen 1885 und 1902 war er nicht weniger als dreimal britischer Premierminister. Kein Wunder, dass der amerikanische Historiker Carroll Quigley schrieb, der Einfluss der Familie Cecil habe das britische Leben «seit 1886 vollständig» dominiert.

Salisburys Träume von einer Weltregierung

Und dieser Einfluss betraf vor allem die Aussen- oder Kolonialpolitik. Schon viele Jahre zuvor hatte sich Gascoyne-Cecil/Salisbury seine ganz eigenen Gedanken über die Weiterentwicklung der Welt gemacht. Lord Salisbury fing schon früh an, sich zu überlegen, wie man nicht nur einige, sondern alle Völker unter die Fuchtel des britischen Imperiums bringen könnte. Militärisch und administrativ war das unmöglich, ohne das britische Weltreich zu überdehnen.

Schon 1859, also fünf Jahre nach seiner Aufnahme in das britische Parlament, wandte sich der spätere dreifache Premierminister gegen die «Zersplitterung der Menschheit [...] in eine Vielzahl unendlich kleiner Regierungen.» Die einzige ▶

Das Britische Weltreich 1922



Bevölkerung = 458 Millionen Menschen

Ein Viertel der Weltbevölkerung



Britisches Gebiet
Rest der Welt



= Grösstes Territorium



= George V.

MAXIMALE AUSBREITUNG

GRÖSSTE IMPERIEN DER GESCHICHTE

33,700,000 km ²	BRITISCHES EMPIRE (1922)
33,000,000 km ²	MONGOLISCHES REICH (1279)
22,800,000 km ²	RUSSISCHES KAISERREICH (1866)



► Hoffnung, dass das galoppierende Wettrüsten nicht in einem Krieg enden würde, bestehe darin, «dass die Mächte schrittweise zusammengeführt werden können, um in allen kontroversen Fragen, die sich stellen könnten, gemeinsam in einem freundschaftlichen Geist zu handeln, bis sie am Ende in eine internationale Verfassung geschmiedet werden können, die der Welt gegeben werden wird.» So sollten sich die Nationen also unter einem drohenden Krieg zusammenraufen, bis ihnen «eine internationale Verfassung [...] gegeben werden wird.» Eine interessante Formulierung: Die Staaten sollten sich also nicht selbst eine internationale Verfassung geben, sondern einvernehmlich handeln, bis sie ihnen «gegeben» werde! Vom wem, liess Salisbury in diesem Zitat freilich offen. Damit nahm Salisbury das vorweg, was der Welt später als Ergebnis der beiden Weltkriege präsentiert wurde: Die Vereinheitlichung der Welt unter dem Dach einer Mega-Organisation namens UNO (siehe unsere Themenzeitung Ausgabe 22).

Ist der Krieg also wirklich «Vater aller Dinge», sogar einer internationalen Ordnung und eines Weltstaates? Oder wollte man ihn in Grossbritannien zum Vater dieser Dinge machen? Nach dem Motto: Erst einen verheerenden Brand legen und danach die Feuerwehr gründen? Dienten die Weltkriege als Horrorszenario einer national organisierten Welt, und sollten sie diese ein für al-

lemal diskreditieren (von persönlicher Geldgier und Machtgelüsten einmal abgesehen, die es natürlich auch gab)? Denn gleichzeitig hatten die Weltkriege ja einen häufig vergessenen Vorteil für Globalisten wie Salisbury. Während meistens die Opfer und das unendliche Leid beklagt werden, wird oft vergessen zu erwähnen, dass insbesondere durch den Ersten Weltkrieg die alte Ordnung beseitigt wurde, nämlich die europäischen Monarchien. Eine unabdingbare Voraussetzung für die Gründung von manipulierbaren Demokratien und schliesslich einer einzigen Weltregierung, die Salisbury sich gewünscht hatte. Die Weltkriege dienten nicht nur dazu, den Völkern supranationale Organisationen quasi «zu verkaufen», sondern auch zur Auslöschung der herkömmlichen Herrschaftsstrukturen. Mit dem Ersten Weltkrieg wurden gewaltige Umwälzungen bewirkt, nämlich die Herrscherhäuser der Habsburger, Hohenzollern, Romanows und der Ottomanen «endgültig zerstört» – eine wichtige Voraussetzung für die Errichtung eines «Einheitsstaates». Dies gilt es im Hinterkopf zu behalten. (tk/gw)

Quellen:

Verborgene Geschichte; Gerry Docherty, Jim MacGregor, Kopp Verlag, Rottenburg, 2014

Carroll Quigley, Tragödie und Hoffnung, Kopp Verlag, Rottenburg, 2016

Oktober 1873:

Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland formen das Dreikaiserabkommen



Britischer Cartoon verspottet das Dreikaiserabkommen, Bismarck wird als Puppenspieler porträtiert.

Um das europäische Festland zu vereinigen, handelte Reichskanzler Bismarck ein Abkommen mit den Monarchen Kaiser Wilhelm I. (Deutsches Reich), Kaiser Franz Joseph I. (Österreich-Ungarn) und Kaiser Alexander II. (Russland) aus. Die Allianz ging als «Dreikaiserabkommen» in die Geschichte ein und verfolgte drei Hauptziele:

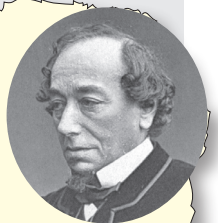
1. Verteidigung gegen antimonarchistische Revolutionen, die z.B. in Frankreich mit der Französischen Revolution und den folgenden Napoleonischen Kriegen zu weit über einer Million Todesopfern geführt hatten.
2. Vermeidung von Kriegen untereinander.
3. Die Verhinderung der Ausbreitung von britischer und französischer Macht.

Die militärische und finanzielle Wucht dieser drei Imperien wurde zu einem nördlich-südlich-östlichen europäischen Machtblock, der für die britischen Imperialisten unkontrollierbar war. Das «Dreikaiserabkommen» musste torpediert werden. (tk)

«[...] die deutsche Revolution (Anm.: damit meinte er die deutsche Reichsgründung 1871) ist ein grösseres politisches Ereignis als die Französische Revolution des vergangenen Jahrhunderts. [...] Das Gleichgewicht der Macht ist völlig zerstört und das Land, welches am meisten darunter leidet und die Wirkungen dieser grossen Veränderungen am meisten spürt, ist England.»

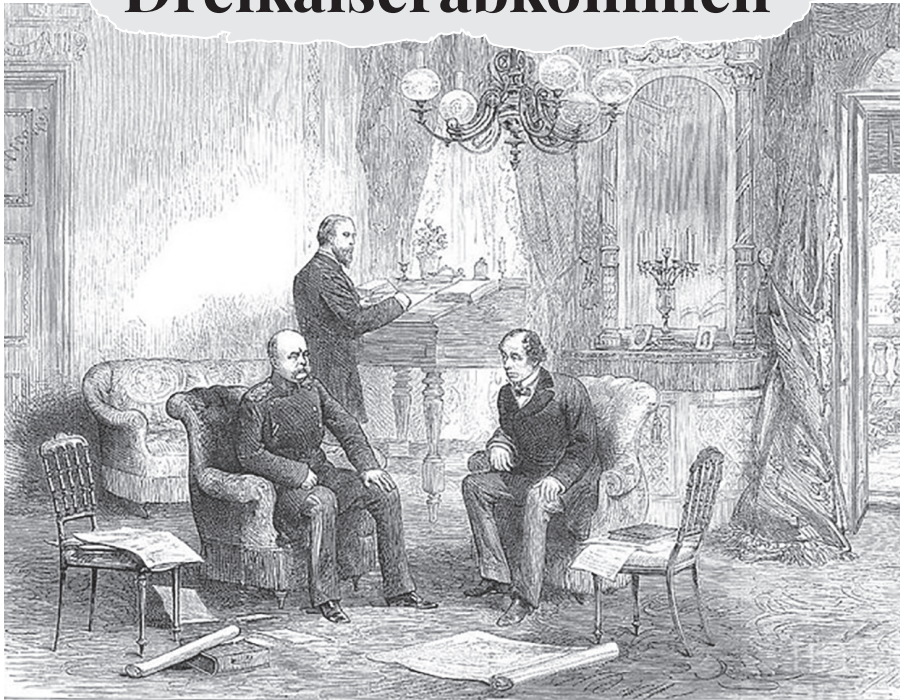
Benjamin Disraeli, später britischer Premierminister, am 09.02.1871 im Unterhaus

Quelle: api.parliament.uk, ADDRESS TO HER MAJESTY ON HER MOST GRACIOUS SPEECH, 09.02.1871



Juni 1878:

Disraeli sägt am Dreikaiserabkommen



Bismarck und Disraeli im Kaiserhof Hotel, Berlin, 1878

Nach dem Sieg Russlands gegen das Osmanische Reich im Russisch-Osmanischen Krieg 1877–1878 stand Russland etwa 20 km vor Istanbul und hatte enorm an Macht dazugewonnen. Da jedoch vor allem Grossbritannien das Gleichgewicht in Europa durch einen überproportionalen Machtzuwachs Russlands gefährdet sah, wurden die Ergebnisse des russisch-türkischen Friedens von San Stefano auf dem Berliner Kongress 1878 in erheblichem Masse eingeschränkt.

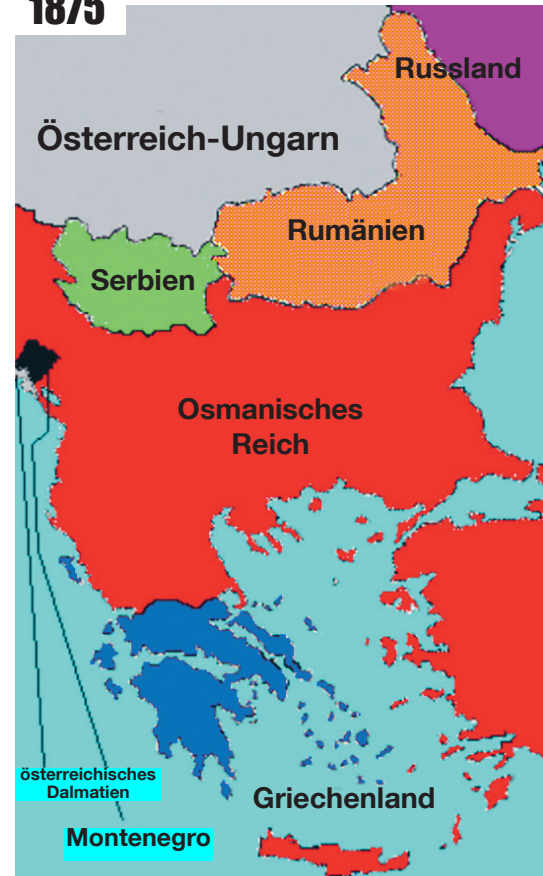
Der britische Premierminister Benjamin Disraeli dominierte den Berliner Kongress gemeinsam mit seinem Aussenminister Lord Salisbury: Um Russland zu provozieren, schloss er einen geheimen Deal mit dem Osmanischen Reich ab, in dem Grossbritannien die strategisch wichtige Insel Zypern weiter überlassen wurde.⁽¹⁾ So hätte Grossbritannien dem Osmanischen Reich von Zypern aus militärischen Beistand leisten können, wäre es zu einem Vormarsch der Russen über ihren Satelliten-Staat Bulgarien in die Türkei gekommen.

Disraeli war nachweislich ein Agent der Rothschild-Familie, den wichtigsten Finanziers des britischen Imperialismus zu dieser Zeit. Sein Begleiter Salisbury hatte schon zwei Jahrzehnte zuvor von einer Weltregierung unter britischer Kontrolle geschwärmt (siehe S.5 f.). Die Disraelis genossen regelmässig die Gastfreundschaft der Rothschilds, und Disraeli zählte die Rothschilds zu seinen besten Freunden. Zudem hatte Disraeli in seiner früheren Karriere als Schriftsteller hohe Schulden angehäuft und musste darauf hoffen, dass Lionel de Rothschild ihm Geld vorschoss.

Disraelis entscheidender Schlag gegen das Dreikaiserabkommen war die Vereinbarung mit Österreich-Ungarn, Bosnien und die Herzegowina ab 1878 zu verwalten. Slawische orthodoxe Christen, so wie die Serben in Bosnien, wurden daraufhin unter österreichisch-ungarische Herrschaft gestellt. Eigentlich hatte Russland mit seinen slawischen Alliierten den Krieg gegen die Türkei gewonnen, doch jetzt wechselte für viele Slawen nur der Herrscher: Vom Osmanischen Reich zu Österreich-Ungarn. Das schürte Hass und Ablehnung bei vielen der slawischen Unterworfenen der Donaumonarchie. So wurde zwischen Österreich-Ungarn und Russland ein erster grosser Keil getrieben.

Kanzler Bismarck versuchte alles, um das Dreikaiserabkommen nicht von Disraeli sprengen zu lassen, aber Russland fühlte sich auf dem Berliner Kongress gedemütigt und stieg aus dem Abkommen aus. Anstatt mit Deutschland verbunden zu sein (das Disraeli primär isolieren wollte), war Russland jetzt für Grossbritannien in einer Position, wo es gegen Deutschlands Verbün-

1875



Berliner Kongress 1878



Auf dem Berliner Kongress nach dem Russisch-Osmanischen Krieg wurden die Grenzen in Südosteuropa neu gezogen. Hier wurde ein erster Keil zwischen die Partner des Dreikaiserabkommens (Österreich-Ungarn, Deutsches Reich, Russland) getrieben.



77

«[...] unser grosses Ziel war es eine Allianz der drei Kaiser zu zerschlagen und diese permanent zu verhindern, [...]»

Benjamin Disraeli, britischer Premierminister

Quelle: Disraeli and the Art of Victorian Politics, Ian St. John, S.180

deten Österreich-Ungarn ausgespielt werden konnte – ein klassisches Teile-und-Herrsche-Schema.

So wurden die ersten Voraussetzungen für den Weltkrieg geschaffen, von einem Agenten der geheimen Elite, die später als Round Table Gruppe (siehe S.8 ff.) in Erscheinung treten sollte. Als Disraeli zurück nach England kam, protzte er vor Königin Victoria damit, wie er das Dreikaiserabkommen zerstört hatte. (tk)

Quelle: 1. en.wikipedia.org, Cyprus Convention

Disraeli trägt die Osmanen beim Berliner Kongress zum Sieg.



A BLAZE OF TRIUMPH.

1887: Friedrich Engels kündigt einen Weltkrieg an

Friedrich Engels – gemeinsam mit Karl Marx Urheber des Marxismus – bestach 1887 mit einer erstaunlichen Hellsichtigkeit, da er einen «Weltkrieg von einer bisher nie gekannten Ausdehnung und Heftigkeit» kommen sah: «Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen.» Die absehbaren Folgen: «Die Verwüstungen des Dreissigjährigen Krieges zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet. Hungersnot, Seuchen, allgemeine [...] Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung [...] in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankrott; Zusammenbruch der alten Staaten [...] derart, dass die Kronen zu Dutzenden über das Strassenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehen, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird.»

Der Krieg werde letztendlich zum «Sieg des Proletariats» führen. (1) Ergo: Ein grosser Krieg auf deutschem Boden war von Engels ausdrücklich erwünscht, um die Monarchien zu stürzen und den Sieg der Arbeiterklasse zu ermöglichen.

Die geheime Zusammenarbeit zwischen britischem Imperialismus, amerikanischer Hochfinanz und Kommunisten wurde bereits u.a. in den Ausgaben 41/42, 50 u. 51/52 thematisiert. (tm/tk)



Friedrich Engels entwickelte gemeinsam mit Karl Marx die heute als Marxismus bezeichnete Gesellschafts- und Wirtschaftstheorie.

Quelle: spiegel.de, «Die Urkatastrophe», 16.02.2004

1. Engels in der Einleitung von Sigismund Borkheims Broschüre «Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten 1806–1807»

Die westlichen Hintermänner des Kommunismus

Es besteht seit langem ein konspiratives Netzwerk geheimer Mächte, die im Schatten der offiziell gewählten Regierungen ihre Fäden spinnen, um die gesamte Menschheit in einen kollektivistischen Weltstaat zu manövrieren. Weitere Informationen, die diese These untermauern u.a. in den **Ausgaben 22, 23, 24, 40, 40/41, 45/46, 50, 51/52**



Cecil Rhodes gründet seinen Geheimbund (Round Table Gruppe) – Die nächste Stufe des britischen Imperialismus

Das Testament eines gewissen Dr. Rhodes Ende des 19. Jahrhunderts sollte die Cecils (siehe S.5) noch mit einem weiteren Machtzentrum vereinigen. Diese bei Insidern wohlbekannte Person war erstens Brite, zweitens sagenhaft reich, und gründete drittens einen eigenen Staat. Die Rede ist von Rhodesien und seinem Gründer und Namensgeber, dem britischen Diamantenkönig Cecil Rhodes. Nach seinem Einstieg ins Diamantengeschäft gelang es ihm Mitte der Achtziger-Jahre des 19. Jahrhunderts, den Bankier Nathan Mayer Rothschild, dessen Familie schon Disraeli (siehe S.7) finanziert hatte, zu überzeugen, seine Aufkäufe in Südafrika zu ermöglichen. Im Lauf der nächsten Jahre unterstützte ihn der britische Bankier dabei, praktisch alle Diamantenminen Südafrikas zu erwerben, um ein ganzes Diamantenimperium aufzubauen (De Beers), sagenhaft reich zu werden und einen eigenen Staat zu gründen, nämlich Rhodesien (heute Sambia und Simbabwe). «In der Hochphase des Imperialismus war er einer der führenden Akteure des Wettlaufs um Afrika», schrieb der Historiker Kurt Messmer. «Wenn es einen Gott gibt, denke ich, dass er von mir erwarten würde, möglichst viel von der afrikanischen Landkarte in britisches Rot zu tauchen», sagte Rhodes.⁽⁴⁾ Rhodes stieg aber nicht nur in Afrika, sondern auch in seiner Heimat Grossbritannien zu einem mächtigen politischen Akteur auf.

Und der Erfolg beflügelte ihn: Warum sollte das, was in Südafrika gelungen war, also grossflächige Eroberungen, nicht auch anderswo gelingen, zum Beispiel in der ganzen Welt? Schliesslich war eins sicher: Am britischen Wesen sollte die Welt genesen (eine Haltung, die man später nur Deutschland unterstellte): **«Ich behaupte, dass wir die führende Rasse der Welt sind, und dass es für die Welt umso besser ist, je mehr wir davon bewohnen», meinte Rhodes.**

Rhodes' Machthunger wurde jedoch durch seine Krankheit gebremst: Er hatte seit seiner Jugend Tuberkulose, erlitt schon früh Herzinfarkte und setzte sich daher sehr oft mit seinem Tod auseinander. Das Ergebnis war eine Folge von mehreren Testamenten, insgesamt sieben, in denen Rhodes sein Vermächtnis und seine Strategien für seinen Nachlass, aber auch für den Erdball niederlegte. Zu diesen gehörte die Gründung einer Geheimgesellschaft ebenso wie der Griff nach dem gesamten Globus. Verschwörungstheorie? Nicht doch. Schliesslich haben wir das schriftlich. Schon sein erstes Testament von 1877 widmete Rhodes der «Einrichtung, Förderung und Entwicklung einer geheimen Gesellschaft, deren wahrer Sinn und Zweck die Ausweitung der britischen Herrschaft über die ganze Welt sein soll». Ebenso hatte Rhodes auch «die Gründung einer so grossen Macht» im Auge, «dass Kriege unmöglich werden und die besten Interessen der Menschheit gefördert werden.» Was erstens an die Ideen von Lord Salisbury erinnerte und zweitens an die der UNO (siehe unsere Themenzeitung Ausgabe 22).

Die Ritter der Imperialistenrunde

Und das war nicht etwa eine flüchtige Idee: «Cecil Rhodes' Geheimbund wird in den ersten fünf seiner sieben Testamente erwähnt», rechnete der berühmte amerikanische Historiker Carol Quigley vor.⁽⁵⁾ Nur im sechsten und siebten Testament wurde der Geheimbund nicht mehr erwähnt, was wohl daran liegt, dass er noch zu Rhodes' Lebzeiten gegründet worden war, nämlich 1891, elf



Cecil John Rhodes war ein britischer, schwerreicher Unternehmer und Politiker, der in der Hochphase des britischen Imperialismus Afrika eroberte und erschloss. Rhodes sah die Briten als «erste Rasse der Welt» an und träumte von einer Wiedervereinigung der anglo-amerikanischen Welt unter einer gemeinsamen, imperialen Regierung. Da die Briten es auf dem militärischen Weg nicht geschafft hatten, sich die USA wieder einzuverleiben, sah Rhodes nur den diplomatischen Weg, um die USA wieder an die britische Grossmacht anzugliedern. Die von ihm geplante anglo-amerikanische Union sollte «die Regierung der ganzen Welt antreten» und «den Frieden in alle Ewigkeit sichern». ⁽¹⁾ (tk)

Quelle: 1. Zitiert nach Markus Osterrieder: Welt im Umbruch, Stuttgart 2014, S. 860

Jahre vor seinem Tod. Nach den «Rittern der Tafelrunde» gab sich der exklusive Club den Namen «Round Table Gruppe». Das globale Lexikon Wikipedia weiss bezeichnenderweise nichts darüber. Dort gibt es nur einen Artikel über die «Round Tables», Rotaryähnliche Wohltätigkeitsclubs, die sich über die ganze Welt verbreitet haben. Aber «an einem Winternachmittag im Februar 1891 waren drei Männer in London in ernste Gespräche vertieft. Aus diesen Gesprächen ergaben sich Folgen von grösster Bedeutung für das Britische Empire und die Welt insgesamt. Denn diese Männer waren dabei, eine Geheimgesellschaft zu gründen, die mehr als 50 Jahre lang eine der wichtigsten Kräfte in der Formulierung und Durchführung der britischen imperialen Politik und Aussenpolitik werden sollte», ►



Nathan Mayer Rothschild,
1. Baron Rothschild, wichtigster
Finanzier des Empires



Cecil Rhodes, schwerreicher
britischer Imperialist



Lord Salisbury, Premierminister
1885–1886 und 1886–1892

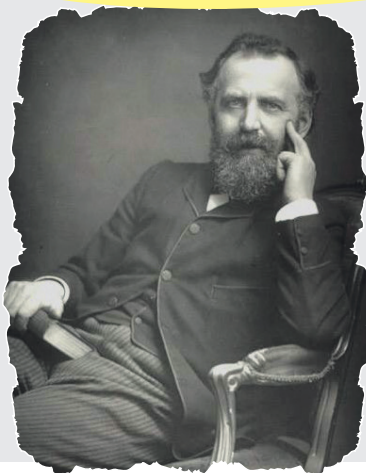


Alfred Milner, einflussreicher
Berater und Politiker im
Auftrag der Rothschilds und
Cecil Rhodes'

Der innerste Kreis der Round Table Gruppe



Lord Esher,
wichtigster
Berater der
britischen
Könige
Edward VII.
und Georg V.



William
T. Stead,
britischer
Journalist



Archibald Primrose, 5. Earl of Rosebery, wichtigster
Mann der Liberalen Partei, Premierminister 1894–
1895, in die Rothschild-Familie eingeheiratet

► beschrieb Quigley eines der Gründungstreffen. «1891 wurde in London ein Geheimbund gegründet, eine Organisation reicher und mächtiger Männer, die das Ziel anstrebte, langfristig die Weltherrschaft zu übernehmen», schrieben auch die beiden britischen Historiker Gerry Docherty und Jim McGregor.⁽²⁾

Ein «Patriot britischer Rasse»

Vordergründig sollte alles zum Besten der Menschen geschehen – in Wirklichkeit aber zum Besten des britischen und später angloamerikanischen Imperiums. Oder andersherum: Was gut für Grossbritannien und die «führende Rasse der Welt» war, war auch gut für alle anderen. Mit anderen Worten wurden das Herrenmenschentum und die Idee einer «Herrenrasse» nicht oder nicht nur in Deutschland erfunden, sondern vor allem in Grossbritannien, der erfolgreichsten Kolonialmacht aller Zeiten. Auch Konzentrationslager waren ursprünglich von den Briten erdacht und erstmals im Zweiten Burenkrieg (1899–1902) angelegt worden. Etwa 28.000 Frauen und Kinder kamen in den britischen KZs im heutigen Südafrika infolge von Unterernährung, fehlender Hygiene oder mangelnder medizinischer Versorgung ums Leben. Als bedeutendster wirtschaftlicher und machtpolitischer Rivale des britischen Kolonialreichs wurde das sich rasch entwickelnde Deutschland angesehen. Bei den späteren kriegerischen Auseinandersetzungen wurde das eigene Weltmachtstreben dem Feind unterstellt – samt Herrenmenschentum, Rassenüberlegenheit und anderem mehr – während man sich selbst als denjenigen präsentierte, der die Welt vor dem Machthunger des anderen retten wollte.

Neben Rhodes nahmen noch zwei weitere Männer an dem Treffen zur Gründung des Geheimbunds teil: Sein Freund, der damals bekannte Enthüllungsjournalist William T. Stead und Lord Esher, kein Geringerer als «ein Freund und Vertrauter von Königin Victoria». Besonders dieser Lord Esher war ein Volltreffer für Rhodes, denn später sollte er der einflussreichste Berater von König Edward VII. und König George V. werden. Also jener beiden britischen Könige, die Grossbritannien in den nächsten Jahrzehnten regierten, d.h. im Zeitalter des Ersten Weltkrieges und im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges (1901 bis 1936). Ja, über Jahrzehnte hinweg war der Round-Table-Mann Lord Esher so etwas wie der Spiritus Rector des englischen Königshauses: «Esher genoss enormen Einfluss in den höchsten Gesellschaftsschichten», schrieben Docherty und McGregor. Als enger Berater von drei britischen Königen (Victoria, Edward VII. und George V.) habe er «mit der einen Hand England gesteuert, während die andere Hand jungen Knaben nachstellte.»⁽³⁾

Des Weiteren kamen noch der legendäre britische Bankier Lord Nathaniel Mayer Rothschild (seinerzeit angeblich «der reichste Mann der Welt»⁽⁴⁾) und ein gewisser Alfred Milner dazu, ein britischer Staatsmann und Kolonialverwalter, der als «Agent Rothschilds» angesehen wurde und sich selbst einen «Patrioten britischer Rasse» nannte. Milner war ein Senkrechstarter und «Selfmademann», der in der britischen Politik einen kometenhaften Aufstieg erlebte. 1897 wurde er zum Gouverneur der britischen Kapkolonie und Hochkommissar für das Südliche Afrika ernannt. Später – im Ersten Weltkrieg – wurde er Mitglied im Kriegskabinett von Premierminister David Lloyd George. Südafrika war der

reinste Talentschuppen für globale Verschwörer und Imperialisten und das Zentrum dieser – im wahrsten Sinne des Wortes – «Weltverschwörung». Zum Beispiel trieb sich dort auch ein gewisser Winston Churchill herum, Kriegsberichterstatte für die britische Morning Post. Der spätere Premier Winston Churchill wurde auf Intervention von Alfred Milner in Südafrika aus der burischen Gefangenschaft entlassen. Schon Churchills Vater Randolph hatte engste Beziehungen zur Familie Rothschild gepflegt und enorme Schulden bei ihr angehäuft. Er hatte beim Londoner Haus mit saten 66.902 Pfund in der Kreide gestanden – damals eine enorme Summe. Mit der Zeit fanden sich an den regelmässigen Meetings des Round Table viele neue, ebenfalls einflussreiche Politiker und Gelehrte ein.

Als ob dies noch nicht genug wäre, kam auch noch die mächtige Dynastie der Cecils hinzu, die schon Königin Elisabeth I. als Berater und Minister gedient hatten (siehe S.5). Der Cecil-Block war von einem uns inzwischen gut Bekannten geschaffen worden, nämlich von Lord Salisbury, also von jenem dreifachen britischen Premier, der sich schon 1859 Gedanken über einen Zusammenschluss der Völker gemacht hatte. Dieser Lord Salisbury «hatte vier Geschwister, fünf

Söhne und drei Töchter, und alle waren durch Hochzeiten mit anderen Personen aus der obersten Gesellschaft verbunden», schreiben Doherty und Macgregor: «Wichtige Regierungsposten wurden entsprechend an Verwandte, Freunde und wohlhabende Anhänger verteilt, die ihre Dankbarkeit dadurch beweisen konnten, dass sie Salisburys Ansichten in der Regierung, im öffentlichen Dienst und in diplomatischen Kreisen verbreiteten.»⁽⁵⁾ Salisbury war auch derjenige, der sein Amt als Premierminister im Jahre 1902 an seinen Neffen Arthur Balfour übergab.

Auf diese Weise gelang es der Round-Table-Gruppe immer mehr, wesentlichen Einfluss auf die Gestaltung der britischen Außenpolitik zu nehmen. Spätestens nach Rhodes' Ableben begannen die Gruppe und ihre peripheren Verbündeten, den Krieg gegen Deutschland zu planen und voranzutreiben. (tk/gw)

Quellen:

1. Carroll Quigley, Tragödie und Hoffnung, Kopp Verlag, Rottenburg, 2016, S.47
2. Verborgene Geschichte; Gerry Docherty, Jim MacGregor, Kopp Verlag, Rottenburg, 2014, S.10
3. Ebenda, S. 22
4. Ebenda, S. 24
5. Ebenda, S. 29

1890 bis 1914:

Deutschland überflügelt Grossbritannien wirtschaftlich



Werkstatt für Treibriemen des Unternehmens Friedrich Krupp im Jahr 1900

Als sich die drei Verschwörer Cecil Rhodes, William Stead und Lord Esher 1891 trafen und ihre Pläne für einen weltbeherrschenden Geheimbund entwickelten, konnte dem Empire (noch) keine Nation das Wasser reichen. Doch wie lange würde dieser Zustand anhalten? Diese Frage wurde von den drei Männern viel und ernsthaft diskutiert: Es musste etwas geschehen, damit Grossbritannien auch in Zukunft seine dominante Position behalten konnte. Zimperlichkeit und Zurückhaltung waren Fremdwörter in der Eroberungspolitik des Empire. Seit Königin Victoria 1837 den Thron bestiegen hatte, hatte Grossbritannien nicht ein einziges Jahr des Friedens erlebt. In über 100 Konflikten waren britische Truppen in allen Regionen des Empire im Einsatz gewesen.

Als der Burenkrieg 1902 beendet war, bei dem Akteure aus dem Round-Table-Club eine entscheidende Rolle gespielt hatten, stand Grossbritanniens Macht auf wackligeren Füßen als lange zuvor. Die «Splendid Isolation», die Abkehr von allen Bündnissen, galt lange Zeit nicht als Last, denn keine andere Macht konnte die britische Überlegenheit infrage stellen. Doch als das 20. Jahrhundert aufzog, gewann ein europäisches Land an Einfluss und gefährdete diese Dominanz. Finanziell war Grossbritannien immer noch die absolute Weltmacht, und auch auf den Meeren führte kein Weg an der britischen Navy und der Handelsmarine vorbei, aber was die industrielle Führung anbelangte, hatte Deutschland den Briten den Rang abgelaufen – und zwar in einer Geschwindigkeit, die einigen Kopfschmerzen bereitete.



Der Berliner Alexanderplatz 1903



BASF-Werk Ludwigshafen, 1881



Foto: Benutzer: Martin von Gager,
Bahnstrecke von Benutzer:Liesel
(<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:BagdadbahnKarte.png>)
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>

Der Bau der Bagdad-Bahn (rot) im Osmanischen Reich durch deutsche Unternehmen wurde von den britischen Imperialisten als Bedrohung wahrgenommen.



► Deutschland machte rasch wissenschaftliche und industrielle Fortschritte – eine bedeutende Entwicklung, die wichtigste in dem halben Jahrhundert vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Die Vereinigung 1871 brachte Deutschland eine neue Machtposition in Europa ein, und ab 1890 stand ausser Frage, dass Deutschland Grossbritannien und Frankreich hinter sich lassen würde. Immer mehr britische Industriezweige fielen hinter der deutschen Konkurrenz zurück, was Kapazität und Erfindungsreichtum anbelangte. Modernste Maschinen, beste technische Fähigkeiten, das Übertragen wissenschaftlicher Durchbrüche auf Produktionsmethoden und die Bereitschaft, sich den Wünschen des Kunden anzupassen, waren nur einige Gründe für Deutschlands Aufstieg.

Der störende Eindringling

Zwischen 1871 und 1906 vervierfachte sich die Kohleförderung, die Roheisenproduktion vervielfachte sich, und die Stahlproduktion, die 1871 noch eine halbe Million Tonnen betragen hatte, durchbrach 1907 die Marke von zwölf Millionen Tonnen. Deutschland war vorher ein dankbarer Abnehmer bri-

tischer Produkte gewesen, doch nun stand man sehr gut auf eigenen Beinen. Und nachdem der Binnenmarkt in deutsche Hand übergegangen war, richteten die deutschen Unternehmen begehrlche Blicke ins Ausland. Im britischen Aussenministerium mehrten sich die Berichte, dass deutscher Stahl und deutsches Eisen Abnehmer in Regionen fanden, die traditionell von britischen Firmen dominiert worden waren, auch in Australien, Südamerika und China. Sogar in Grossbritannien selbst fanden die deutschen Firmen Kunden. Hatte die deutsche Handelsflotte 1871 lediglich aus ein paar Seglern bestanden, die in der Ostsee herumschipperten, bot sich 1900 ein völlig anderes Bild. Über 4000 Schiffe trugen deutsche Güter in alle Welt hinaus, die Hamburg-Amerika Linie (HAPAG) stieg zur weltgrössten Reederei auf.

Diesen Wettkampf in der Schifffahrt nahm man im britischen Aussenministerium noch ernster als die Rivalitäten im Handel, denn Grossbritannien hatte nun einmal die Meere zu beherrschen, das gebot allein schon die Ehre. Zudem hatte die Handelsmarine immer auch als Ort gegolten, an dem sich Seeleute ihre Sporen verdienen konnten, bevor sie zur Kriegsmarine gingen. Das rasche Hochrücken der deutschen Handelsmarine sorgte für Unruhe bei den britischen Imperialisten. Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg sagte, die Briten sähen ein weiter wachsendes Deutschland als unerwünscht und störenden Eindringling an, der die Unantastbarkeit der britischen Oberhoheit über den Handel und die Weltmeere infrage stelle. Man musste sich diesen störenden Eindringling einmal vorknöpfen.

In britischen Industriellenkreisen war es ein offenes Geheimnis, dass Deutschland beispielsweise im Bereich der organischen Chemie oder bei elektronischen Gütern deutlich bessere Produkte ablieferte. Zur Jahrhundertwende wurde der deutsche Erfolg mit schriller Stimme und masslos übertrieben beschimpft, aber das änderte nichts an den Tatsachen: Bei Deutschlands industrieller Expansion waren einige wichtige Industriezweige Grossbritanniens abgehängt worden.

Deutschland hatte 1903 im Einvernehmen mit dem Osmanischen Reich den Bau der 2400 km langen Bagdadbahn begonnen, die von Istanbul nach Basra am Persischen Golf führen sollte und durch Verbindung mit anderen Schienennetzen den



Wussten Sie...

....dass die Handelsbezeichnung **«Made in Germany»** zuerst 1887 von der englischen Regierung als gesetzlich vorgeschriebene Kennzeichnung eingeführt worden war, um die Engländer vor vermeintlich minderwertigen Importartikeln zu schützen. Ein indirekter Boykott deutscher Waren sollte damit ebenfalls erreicht werden, um diese zu stigmatisieren und die wirtschaftliche Vorherrschaft Englands zu sichern.

Zum Verdruss der englischen Machthaber stellte sich jedoch genau der gegenteilige Effekt ein, denn wie sich herausstellte, war die Qualität der deutschen Produkte zumeist gut, oft sogar besser als diese der Insulaner. Das als Warnung vorgesehene **«Made in Germany»** wurde damit zu einem Gütesiegel für Qualität, was schon bald dazu führte, dass deutsche Händler ihre Produkte extra mit der Kennzeichnung versehen.

Transportweg von Berlin nach Basra ermöglichen sollte. Der Faktor Erdöl dürfte dabei keine geringe Rolle gespielt haben. Seit 1902 waren vielversprechende Erdölquellen zwischen Mosul und Basra erschlossen worden. Deutschland hätte dadurch nicht nur einen neuen Wirtschaftsraum erschliessen, sondern auch eine führende Rolle im Erdölgeschäft übernehmen können. Grossbritannien sah dadurch zudem seinen Einfluss im Nahen und Mittleren Osten bedroht. Die Bagdadbahn hätte eine direkte Konkurrenz zum Suezkanal dargestellt und das Transportmonopol der Briten stark gefährdet. Ausserdem trieb Russland zur selben Zeit einige Eisenbahnprojekte in Persien voran. Und auch die USA waren nicht sonderlich begeistert, dass sich das Deutsche Reich auf diesem Weg der Ölabhängigkeit von Amerika entziehen könnte.

Die Konjunktur des Kaiserreichs boomte, die nagelneue Handelsmarine sprach für eine expansive Kolonialpolitik, und nun begann Deutschland auch noch, in Rumänien und Galizien in die Ölproduktion zu investieren. Das war besonders alarmierend, denn die britischen Imperialisten in der Round Table Gruppe wussten sehr wohl, von welcher hohen strategischen Bedeutung Öl künftig für die wirtschaftliche Entwicklung und die Kriegsführung sein würde. Die deutsche Bedrohung musste aus der Welt geschaffen werden. Das liess sich nur durch einen Krieg erreichen. (tk)

Quelle: Verborgene Geschichte; Gerry Docherty, Jim MacGregor, Kopp Verlag, Rottenburg, 2014



Die Bagdadbahn sollte den Transportweg von Berlin bis an die Grenze Persiens ermöglichen.

Januar 1894: Französisch-Russische Allianz: Deutschland wird isoliert

Mit dem neuen Militärbündnis «Französisch-Russische Allianz» wurde Russland endgültig aus der Allianz mit Deutschland und Österreich-Ungarn herausgelöst. Der russische Gigant konnte jetzt im Falle eines Krieges als zweite Front für Frankreich eingesetzt werden. Bismarck hatte vor seinem Rücktritt 1890 alles daran gesetzt, solch eine Allianz gegen Deutschland zu verhindern. Der russische Schriftsteller Leo Tolstoi warnte damals vor der Französisch-Russischen Allianz als Trick der Franzosen, um Russland in einen Krieg zu verwickeln.

Die britischen Imperialisten brauchten die riesigen Heere Frankreichs und Russlands für die gewaltige Aufgabe, Deutschland auszuschalten. Frankreich und Russland hatten den Pakt allerdings geschlossen, um sich gegen zwei gemeinsame Feinde zur Wehr zu setzen: Deutschland und Grossbritannien. Die Round-Table-Drahtzieher machten sich trotz aller alten Feindseligkeiten mit den alten Kolonialrivalen daran, ein neues Bündnis mit Frankreich und Russland zu schmieden, damit man gegen Deutschland ins Feld ziehen konnte. (tk)

Die Französisch-Russische Allianz 1894

Unterstützung bei Angriff durch Deutschland oder Deutschland und Österreich-Ungarn



Unterstützung bei Angriff durch Deutschland oder Deutschland und Österreich-Ungarn



Französisches Magazin lobt die Französisch-Russische Allianz in den höchsten Tönen.



1890 bis 1914:



THE TIMES

Die Round Table Gruppe bringt die britische Presse unter ihre Kontrolle

Round-Table-Anführer Alfred Milner kannte die zentralen Figuren der britischen Presselandschaft. So konnte er dafür sorgen, dass seine Gruppe grosse Teile der Presse unter ihre Kontrolle brachte. Die Times, Grossbritanniens wichtigste Zeitung, hatte beispiellosen Zugang zu Aussen- und Kriegsministerium sowie dem Kolonialamt. Nach sorgfältiger Prüfung segnete die Gruppe 1908 Alfred Harmsworth als neuen Eigner der Times ab, weil dieser die Deutschen nicht leiden konnte. Harmsworth gehörte eine Fülle beliebter Massenblätter. Sein Wert für die Imperialisten war so gross, dass er als Lord Northcliffe geadelt wurde und fortan im Umfeld des innersten Kreises agierte. In seinen Blättern förderte Northcliffe ausgedachte Schauergeschichten über eine deutsche Invasion in England und über zahlreiche deutsche Spione, die angeblich verdeckt im Land agierten. Ziel war es, ein Gefühl der Bedrohung zu erzeugen.

Die Einflussnahme auf das englische Pressewesen zur Prägung des öffentlichen Bewusstseins war vielfältig. Das Round-Table-Mitglied Geoffrey Dawson war zum Chefredakteur der Times gemacht worden. Philip Kerr (Lord Lothian) vom Round Table schrieb in der Times, in Christian Science Monitor, Spectator, Nation and Athenaeum, International Conciliation und Contemporary Review. Edward Grigg, auch Mitglied, publizierte in den National und Fortnightly Reviews sowie im Observer. Vier Round Tablers gehörten zu den Direktoren der Nachrichtenagentur Reuters.

Saturday Review war eine englische Wochenzeitung aus London, die 1855 gegründet wurde und ein Blatt der Oberschicht darstellte. U.a. Lord Salisbury aus der Round Table Gruppe war ein regelmässiger Autor. Bekannt ist das Blatt vor allem dafür, dass es eine der frühesten Zeitungen war, die nach dem Wirtschaftswunder der Kaiserzeit in Deutschland eine feindliche Stimmung gegenüber dem jungen Nationalstaat schürte und dabei sogar von Krieg und der Vernichtung desselben sprach:

«Wir Engländer haben bisher stets gegen unsere Wettbewerber bei Handel und Verkehr Krieg geführt. Unser Hauptwettbewerber ist heute nicht mehr Frankreich, sondern Deutschland. [...] Bei einem Krieg gegen Deutschland kämen wir in die Lage, viel zu gewinnen und nichts zu verlieren.» (24. August 1895)

«Wäre morgen jeder Deutsche beseitigt, so gäbe es kein englisches Geschäft noch irgendein englisches Unternehmen, das nicht zuwüchse. Verschwände jeder Engländer morgen, so hätten die Deutschen den Gewinn. [...] Einer von beiden muss das

Feld räumen. [...] Macht Euch fertig zum Kampf gegen Deutschland, denn Germaniam esse delendam. (Anm: Deutschland muss zerstört werden)» (1. Februar 1896)

«Überall, wo die englische Flagge der Bibel und der Handel der Flagge gefolgt ist [...] bekämpft der deutsche Handelsmann den englischen. [...] Staaten haben jahrelang um eine Stadt oder ein Thronfolgerecht Krieg geführt; und da sollten wir nicht Krieg führen, wenn ein jährlicher Handel von fünf Milliarden auf dem Spiel steht?» (11. September 1897)⁽¹⁾

Vergiftung der öffentlichen Meinung

Die deutsche Führung war zunächst nicht allzu stark über deutschlandfeindliche Presse in Grossbritannien am Anfang des 20. Jahrhunderts beunruhigt. Auch die Avancen, die Grossbritannien den Franzosen machte, hinterliessen keinen bleibenden Eindruck. Das britische Parlament würde doch ein der-



THE PAN-GERMAN MOLOCH.

Kaiser (regarding the latest sacrifice). "POOR OLD KUEHLMANN!—NEXT, PLEASE!"

Eine der bekanntesten antideutschen Karikaturen «Made in Britain», erschienen im Punch-Magazin, «Kaiser Wilhelm und sein ,pangermanischer Moloch'»

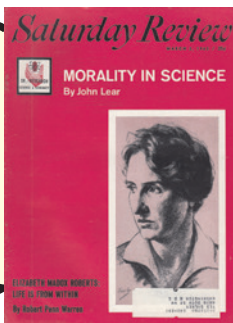
77

«Ja, wir hassen die Deutschen und das von Herzen. [...] Ich werde nicht zulassen, dass meine Zeitungen auch nur das geringste drucken, was Frankreich verletzen könnte. Ich möchte nicht, dass sie irgendetwas aufnehmen, das den Deutschen angenehm sein könnte.»

Lord Northcliffe, britischer Pressemogul aus der Round Table Gruppe, 1907 in der französischen Zeitung «Matin»

Quelle: Gerd Schultze-Rhonhof, «Der Krieg der viele Väter hatte», S. 33





artiges Bündnis niemals absegnen, so die Meinung in Berlin. Deutschland war zwar etwas besorgt, doch glaubte: «Grossbritannien würde sich niemals dem Erzfeind Frankreich annähern und noch weniger seinem erbitterten Rivalen Russland.» Ein schwerer Fehler.

Nur langsam begriffen die Deutschen, was vor ihren Augen geschah. Andere waren da schneller. Der belgische Botschafter in London, der Comte de Lalaing, schrieb am 07.02.1905 an den belgischen Aussenminister:

«Die Feindseligkeit der englischen Öffentlichkeit gegenüber Deutschland beruht offenbar auf Eifersucht und Furcht – Eifersucht angesichts der wirtschaftlichen und kommerziellen Pläne Deutschlands, Furcht davor, dass die deutsche Flotte ihnen eines Tages die Oberhoheit auf den Meeren streitig machen könnte. [...] Diese geistige Haltung wird von der englischen Presse angefacht, ungeachtet jedweder internationaler Komplikationen. [...] ein unkontrollierter Hurra-Patriotismus verbreitet sich im englischen Volk, und die Zeitungen vergiften Schritt um Schritt die öffentliche Meinung.» (tk)

Quellen:

Verborgene Geschichte; Gerry Docherty, Jim MacGregor, Kopp Verlag, Rottenburg, 2014

1. Quelle: Gerd Schultze-Rhonhof, 1939: Der Krieg, der viele Väter hatte, S.29-30

1890–1914:

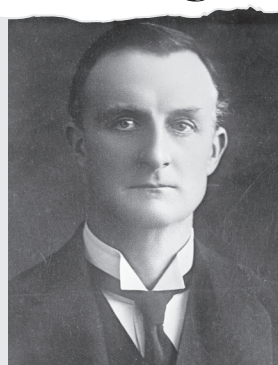
Die Round Table Gruppe rekrutiert Politiker, Adlige und Finanziers



Herbert Henry Asquith,
erst Schatzkanzler
dann Premierminister



Richard Haldane,
Kriegsminister 1905–1912



Edward Grey,
Aussenminister 1905–1916

Asquith, Grey und Haldane waren 1905 die führenden Männer des imperialistischen Flügels der Liberalen Partei und gleichzeitig in enger Verbindung mit der Round Table Gruppe. Sie verschworen sich gegen den kriegsfeindlichen liberalen Premier Campbell-Bannerman.

ter Herbert Asquith angefreundet und stand sein Leben lang mit ihm in engem Kontakt.

Angesichts eines bevorstehenden Regierungswechsels von der konservativen zur liberalen Partei 1905, bestimmte die Round Table Gruppe, dass Schatzkanzler Herbert Asquith, Kriegsminister Richard Haldane und Aussenminister Edward Grey

In ganz Europa, in Grossbritannien und im Empire suchte sich die Round Table Gruppe Politiker und Diplomaten, die sie nach ihrem Willen formen konnte. König Edward VII., der am 22.01.1901 den Thron bestieg, wurde zu ihrer absoluten Geheimwaffe genau wie sein Nachfolger George V.. Zu Edwards und Georges engsten Freunden zählten Lord Esher und Lord Nathaniel Rothschild aus der Round Table Gruppe. Die Könige liessen sich von Alfred Milner beraten und teilten die Auffassung, dass die angelsächsische Rasse die Welt beherrschen sollte.

In Grossbritannien gab es nur zwei grosse Parteien, die die Politik steuerten: Konservative und Liberale. Seine Begeisterung für das Empire und die zukünftige Ausrichtung des britischen Einflussbereichs verschaffte Milner Zugang zu einem ausgesprochen exklusiven Zirkel liberaler Politiker um Lord Rosebery (Archibald Primrose). 1885 wurde Milner das erste Mal nach Mentmore auf Roseberys Anwesen eingeladen. Kein Jahr später war Rosebery Aussenminister, und Milners Karriere im öffentlichen Dienst nahm Fahrt auf, da der Lord die schützende Hand über ihn hielt. Die liberale Partei wurde wie konservative Partei von den Cecils auf ähnliche Weise von der Rosebery-Dynastie dominiert. Archibald Primrose, der fünfte Earl von Rosebery, wurde 1894 sogar Premierminister. Wie so viele andere Mitglieder der herrschenden Klasse waren auch Salisbury (Konservative) und Rosebery (Liberale) Absolventen von Eton und Oxford. Politisch mochten sie sich als Gegner gegenüberstanden haben, aber das hinderte sie nicht daran, an einem Strang zu ziehen. Milner hatte sich auch in Oxford mit dem späteren liberalen Premierminis-

für eine nahtlose Fortsetzung der Aussenpolitik verantwortlich sein sollten. Alle drei standen in enger Verbindung zu Round-Table-Mitgliedern, alle waren sie Freunde und Bewunderer von Alfred Milner, mit dem sie auch regelmässig in Kontakt standen. Im September 1905 trafen sich die drei in Relugas (Schottland), wo sie sich auf den Sturz des liberalen Premierministers Campbell-Bannermann verständigten, dem wenig an einem Krieg mit Deutschland gelegen war. Kriegsminister Haldane erklärte am 12.06.1906 vor dem Unterhaus, dass er die Armee umkrempeln wolle, und zwar «in einer Art und Weise, dass eine Armee daraus entsteht, die einzig dem Zweck dient, für den eine Armee gebraucht wird: für den Zweck des Krieges.» Als Campbell-Bannerman 1908 verschied, hatten die «Drei von Relugas» freie Hand in der Regierung, Asquith wurde Premierminister.

Auf den ersten Blick schien der liberale Lloyd George (Premier ab 1916) wie kein anderer britischer Politiker ungeeignet dafür, unter den Einfluss der Round Table Gruppe zu geraten. Er wettete gegen den Krieg, legte sich mit der Aristokratie an und gerierte sich als Mann des Volkes. Allerdings lebte er gerne in Saus und Braus und hatte einen unersättlichen sexuellen Appetit. Das machte ihn verwundbar. Hätte sie es gewollt, hätte die geheime Elite mehrfach die Gelegenheit gehabt, Lloyd George zu vernichten. Stattdessen schützte sie seinen Ruf und rettete seine Karriere. Er war ebenso fest in der Hand der geheimen Drahtzieher wie viele andere hochrangige Politiker im In- und Ausland. (tk)

Quelle: Verborgene Geschichte; Gerry Docherty, Jim MacGregor, Kopp Verlag, Rottenburg, 2014

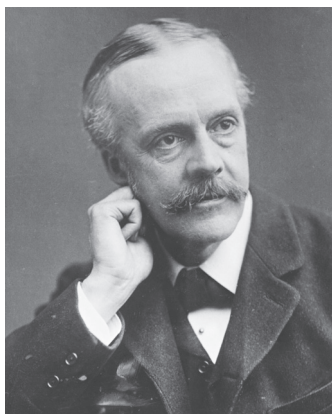


1902:

Gründung des «Committee of Imperial Defence» (CID): Die Kriegsvorbereitungen beginnen

Unverzüglich für die Kriegspläne der Imperialisten war es, die Aussenpolitik fest unter ihrer Kontrolle zu haben. Kriegsministerium, Admiralität (Marine) und vor allem Aussenministerium – allen Mitarbeitern dort musste der Wunsch nach Krieg eingepflegt werden. Regierungen konnten kommen und gehen, aber bei aller Tagespolitik durfte niemand das Ziel aus den Augen verlieren. Um das zu gewährleisten, begründete Arthur Balfour das «Committee of Imperial Defence» (CID). Dieser Verteidigungsrat, eine sehr geheimniskrämerische und exklusive Gruppe, kam erstmals 1902 zusammen, um den Premier in Fragen der nationalen Verteidigung zu beraten, wurde 1904 allerdings neu aufgestellt. Neben Balfour gab es nur ein weiteres dauerhaftes Mitglied aus dem ursprünglichen Ausschuss: Lord Roberts, Oberbefehlshaber der Streitkräfte und langjähriger Freund von Alfred Milner. Später wurde Lord Esher zu einem dauerhaften Mitglied des CID gemacht, was von allerhöchster Bedeutung war, denn so war gewährleistet, dass Edward VII. und später dessen Nachfolger George V. regelmässig Geheimberichte über alle Angelegenheiten des CID erhielten. So dominierte diese geheime Elite zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Neuordnung und Neuausrichtung von Armee und Aussenpolitik. **Das Gremium nahm geheime Militärgespräche mit Frankreich und Belgien auf. Thema: Wie würde man bei einem Krieg gegen Deutschland vorgehen?**

So intensiv und so detailliert waren die gemeinsamen Planungen, dass bereits im Jahr 1906 ranghohe Offiziere einen Krieg mit Deutschland für unausweichlich hielten. **Im Rahmen der streng geheimen militärischen Vorbereitungen reisten britische und französische Stabsoffiziere durch Frankreich und Belgien und begutachteten mögliche künftige Schlachtfelder. Sir Henry Wilson, ab 1910 britischer Direktor für Militäroperationen, verbrachte die Sommermo-**



Carroll Quigley, US-Historiker und Mentor von Bill Clinton

Quelle: Das Anglo-Amerikanische Establishment, Kopp, Rottenburg 2016

Arthur James Balfour, Neffe von Lord Salisbury, Teil der Round Table Gruppe und Aussenminister von 1916–1919, gründete das CID.

nate 1906 radfahrend auf dem belgischen Land. Aufmerksam notierte er, wie das Gelände beschaffen war, wo die Kanäle verliefen, wo die Bahnübergänge waren und wo die Kirchtürme standen, die eines Tages als Beobachtungsposten dienen würden. Eine gigantische Karte Belgiens, auf der mögliche Marschwege der

Armeen eingezeichnet waren, bedeckte eine komplette Wand in seinem Büro in London. Sir Henry Wilson und der französische Generalstab hatten keine Geheimnisse voreinander. Er war sich sicher, dass es früher oder später zum Krieg kommen würde, und arbeitete jahrelang darauf hin, dass Grossbritannien im Fall der Fälle sofort handlungsfähig wäre.

Lloyd George (damals noch Schatzkanzler) und der bei den Rothschilds verschuldete Winston Churchill (Marineminister) wurden 1911 in den Unterausschuss des CID aufgenommen, der die gemeinsamen Kriegsvorbereitungen von Briten und Franzosen steuerte. Am 23.08.1911 wurden sie zu einem Treffen des CID geladen. Hier wurde volle drei Jahre vor dem eigentlichen Ereignis präzise dargelegt, wie der Krieg von 1914 beginnen würde. Die Aussicht auf einen Krieg begeisterte Churchill sehr. Kurz vor Kriegsausbruch am 28.07.1914 sagte Churchill, er sei «glücklich». ⁽¹⁾ (tk)

Quelle:

Verborgene Geschichte; Gerry Docherty, Jim MacGregor, Kopp Verlag, Rottenburg, 2014

1. winstonchurchill.org, The Fine Art of Selective Quoting, Editor, Finest Hour Issue 139, Summer 2008

April 1904: Die Entente cordiale wird geschlossen

Das historische französisch-britische Abkommen «Entente cordiale» war äusserst beunruhigend für Deutschland, setzte es doch einer jahrhundertealten Feindschaft zwischen Frankreich und Grossbritannien ein Ende. Deutschland betrachtete das Abkommen nun allmählich mit grosser Sorge, da sich Frankreich ja bereits 1894 mit Russland verbunden hatte. So wurden die Schachfiguren weiter in Richtung Krieg geschoben – nicht von Deutschland, sondern in erster Linie von Grossbritannien.

Die Annäherung Grossbritanniens an den kolonialen Erzfeind Frankreich war simpler zu bewerkstelligen, als Deutschland sich dies vorgestellt hatte. Im französischen Militär sann man auf Rache für den Deutsch-Französischen Krieg 1870/71. Die sogenannten «Revanchisten» hatten geschworen, nicht zu

ruhen, bis die im Krieg verlorenen Provinzen wieder zu Frankreich gehörten. Dieses Gefühl des Verlustes und diese stark nationalistisch gefärbte Stimmung fachte die Round Table Gruppe noch an und nutzte sie, um Frankreich für den Krieg gegen Deutschland einzuspannen.

Im Sommer 1903, zwei Monate nach dem Besuch des britischen Königs Edward VII. in Paris, erfolgte der Gegenbesuch des französischen Präsidenten Émile Loubet, in seiner Begleitung der Revanchist Théophile Delcassé, den Edward bei einem früheren Besuch kennengelernt und mit dem er sich angefreundet hatte. Delcassé war einer der wichtigsten Kriegstreiber und machte sich nun mit dem britischen Aussenminister Landsowne daran, die Bedingungen für ein Abkommen zwischen Frankreich und Grossbritannien auszuarbeiten. Alte



«Schwierigkeiten» der kolonialen Erzfeinde wurden ausgeklammert, acht Monate später, am 08.04.1904 wurde das Abkommen «Entente cordiale» unterzeichnet. Oberflächlich rückten die beiden Länder durch die Entente cordiale näher zueinander, ohne dass ein Militärbündnis damit einherging. Offiziell ging es um Frieden und Wohlstand, aber ebenfalls am 08. April wurden Geheimklauseln unterschrieben, die ganz andere Folgen hatten, z.B. wurde den Briten Ägypten und Frankreich Marokko überlassen. Die Geheimklauseln wurden nicht umsonst vor dem britischen Parlament, der Öffentlichkeit und anderen Regierungen geheim gehalten. (tk)

Quelle: Verborgene Geschichte; Gerry Docherty, Jim MacGregor, Kopp Verlag, Rottenburg, 2014

Zeitgenössische, in der britischen Zeitschrift Punch veröffentlichte Karikatur zur Entente cordiale: John Bull, eine nationale Personifikation Grossbritanniens, führt Marianne, die nationale Personifikation Frankreichs, am Arm, während ein Offizier mit den Zügen Kaiser Wilhelms II. dies mit verächtlichem Blick quittiert.

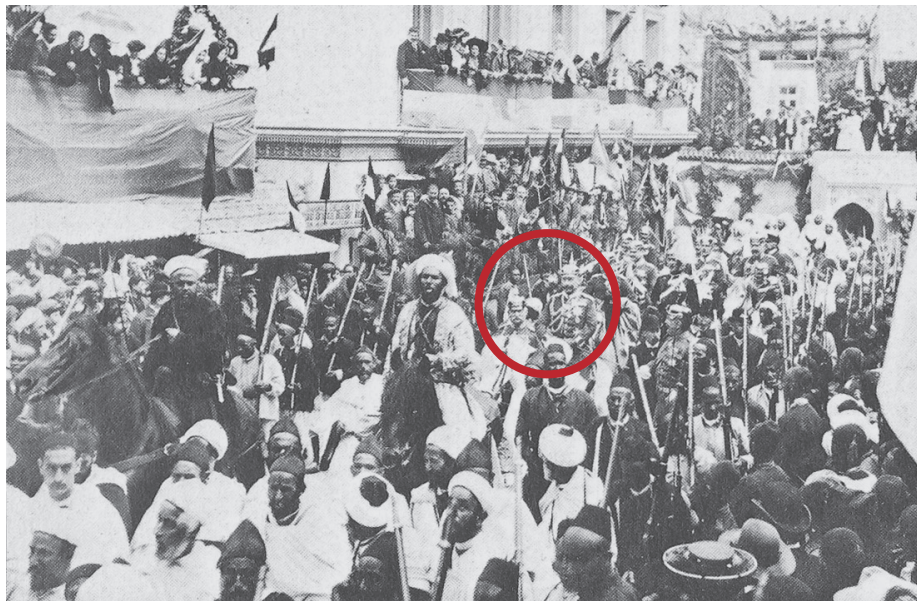
1905:

Erste Marokkokrise als «goldene Möglichkeit» für den Krieg gegen Deutschland

In der Entente cordiale wurden die britische Kontrolle über Ägypten und das Interesse Frankreichs am unabhängigen Marokko bekräftigt. Die deutsche Regierung nahm das britisch-französische Bündnis bis Januar 1905 hin. Dann erfuhr Berlin von Geheimklauseln in der Entente cordiale, die Marokko in die Hand Frankreichs gaben. Den britischen Imperialisten war klar gewesen, dass das Deutsche Reich vom Inhalt der Klauseln erfahren würde und seine legitimen Interessen in Marokko würde schützen wollen. Der neue Verbündete Frankreich wurde ermutigt, ein internationales Abkommen mit Marokko zu brechen und Deutschland dadurch zum Krieg anzustacheln. Es sei «inakzeptabel», Marokkos Unabhängigkeit untergraben zu wollen, verlaubliche das Kaiserreich. Aber anstatt durch eine übermässig aggressive Reaktion einen Krieg zu riskieren, schlug der Kaiser vor, das Thema auf einer Konferenz mit internationaler Beteiligung zu klären. In Grossbritannien und Frankreich wurden der Vorschlag und ein Besuch des Kaisers im marokkanischen Tanger vorsätzlich falsch verstanden. Deutschland sei darauf aus, das neue Bündnis zu sprengen, hiess es.

Am 12.08.1905 – die Marokkokrise stand kurz zuvor davor, sich zu einem Krieg auszuwachsen – nahmen der Erste Seelord Sir John Fisher und Aussenminister Lord Lansdowne an einer Sitzung des CID (siehe S.16) teil. Im Anschluss vertraute Fisher dem Aussenminister an, dass der Streit eine «goldene Möglichkeit» sei, einen Krieg mit Deutschland herbeizuführen. Voller Zuversicht meinte Fisher: «Wir könnten binnen 14 Tagen die deutsche Flotte, den Kaiser-Wilhelm-Kanal und Schleswig-Holstein haben.»

Quelle: Verborgene Geschichte; Gerry Docherty, Jim MacGregor, Kopp Verlag, Rottenburg, 2014



Kaiser Wilhelm II. bei seinem Besuch in Tanger, wo er Marokkos Unabhängigkeit zu schützen versuchte.

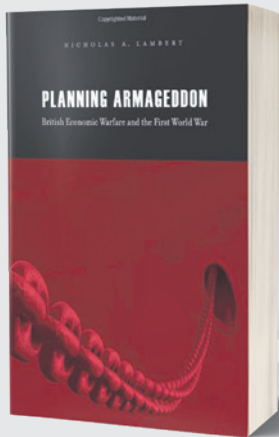


Von Krieg war jetzt in Grossbritannien und Frankreich die Rede, und es war nicht nur Gerede. Aussenminister Lansdowne segnete erste, streng vertrauliche Besprechungen zwischen den Militärs in London und Paris über Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland ab. Auch das belgische Militär wurde, wie bereits gezeigt, hinzugezogen – ein Punkt, den man im Hinterkopf behalten sollte: Fast ein Jahrzehnt bevor es zum angeblichen Opfer der deutschen Aggression wurde, war auch das vermeintlich neutrale Belgien (siehe S.16) an geheimen Beratungen zu einem Krieg gegen das Deutsche Reich beteiligt! (tk)



1906:

Der Krieg wird in Grossbritannien vorbereitet



In seinem 2016 erschienenen Buch «Planning Armageddon» beschäftigt sich der amerikanische Historiker Nicholas A. Lambert intensiv mit der Kriegsplanung der britischen Marine – Jahre vor dem Ersten Weltkrieg. Seine Recherchen ergaben, dass der Erste Seelord John A. Fisher Captain George Ballard Anfang Dezember 1906 mit der Bildung eines geheimen Ausschusses zur Formulierung detaillierter Pläne für einen «Krieg gegen Deutschland» beauftragte. Der Feind stand somit für die britische Elite schon fest: Die Pläne richteten sich auf einen Krieg gegen Deutschland, nicht auf Verteidigung, etwa gegen einen grössenwahnsinnigen Kaiser Wilhelm und seine kriegswütigen preussischen Militärs. (tk)

Quelle:

Wolfgang Effenberger, Europas Verhängnis – Kritische angloamerikanische Stimmen zur Geschichte des Ersten Weltkriegs, 1. Auflage November 2018
 Nicholas A. Lambert, Planning Armageddon – British Economic Warfare and the First World War, London, 2012, S.71 ff.

”

«Das Recht auf Wahrheit ist ein vergessenes Menschenrecht. Das 20.

Jahrhundert wird wahrscheinlich als Jahrhundert der Lüge in die Weltgeschichte eingehen. In keinem Jahrhundert gab es eine so lange andauernde und so umfassende Verfolgung Andersdenkender.»

Theologie-Professor Ernst Lerle

Quelle: Gegen Halbwahrheiten, Meinungsmanipulationen, Tabus; München, 1984, S.319



1907:

Die Triple Entente wird geschlossen



Foto: Furfur, Alphathon (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Alianzen_in_Europa_1914.svg)
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

Machtgefüge am Vorabend des Ersten Weltkriegs: Der Dreibund (rot) wird von der Triple Entente (blau) umkreist («neutrale» Staaten braun).

Noch besorgniserregender für Deutschland war das Militärbündnis «Triple Entente» zwischen Grossbritannien, Frankreich und Russland, das später zur Kriegskoalition wurde. Es wurde als Gegengewicht zum «Dreibund» geschaffen, ein geheimes Defensivbündnis zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien aus dem Jahr 1882 – Italien wechselte allerdings 1915 zur Entente. So wurde Europa aufgeteilt, um kurz darauf beide Machtblöcke in einem Krieg aufeinander zu hetzen. Schon lange war klar, dass der Balkan früher oder später dafür der Auslöser sein sollte.

Der Vertrag von Sankt Petersburg wurde am 31. August 1907 vom britischen Botschafter, Sir Arthur Nicolson, und dem Aussenminister des zaristischen Russlands, Graf Alexander Petrowitsch Iswolski, in Sankt Petersburg unterzeichnet. In ihm einigten sich die beiden Mächte auf die Abgrenzung ihrer Interessensphären in Zentralasien. Ferner bildete der Vertrag die Grundlage für das britisch-russische Kriegsbündnis von 1914 und die Erweiterung der Entente cordiale zur Triple Entente (Russland, Frankreich, Grossbritannien). Was jedoch nur selten erwähnt wird: Die Round Table Gruppe hatte den Aussenminister Iswolski in der Tasche. Er war bankrott gewesen und wurde daraufhin über britische diplomatische Kanäle mit Geld versorgt. Neben der guten alten Bestechung wirkte sich

auch der Umstand, dass Iswolski ebenfalls eine Einkreisung Deutschlands befürwortete, positiv auf die Zusammenarbeit aus.

Bei einem Treffen des britischen Königs 1908 in Reval (heute Estlands Hauptstadt, Tallinn) mit dem Zaren, um die Triple Entente zu festigen, liess sich Edward von seinen Beratern aus der Round Table Gruppe und Mitgliedern des CID (siehe S.16) begleiten. Der Zar kam mit Aussenminister Alexander Iswolski, der auf der Gehaltsliste der britischen Imperialisten stand. Hinter dem Rücken des Zaren stimmte er sich im Vorfeld des Treffens mit dem Geheimbund ab und heimste später das Lob dafür ein, innerhalb weniger Wochen sowohl die Triple Entente als auch ein Bündnis mit Japan zustande gebracht zu haben. (1k)

Quelle:
Verborgene Geschichte; Gerry Docherty, Jim MacGregor, Kopp Verlag, Rottenburg, 2014

Personifikationen Frankreichs (links), Russlands (Mitte) und Grossbritanniens (rechts) auf einem russischen Poster, 1914

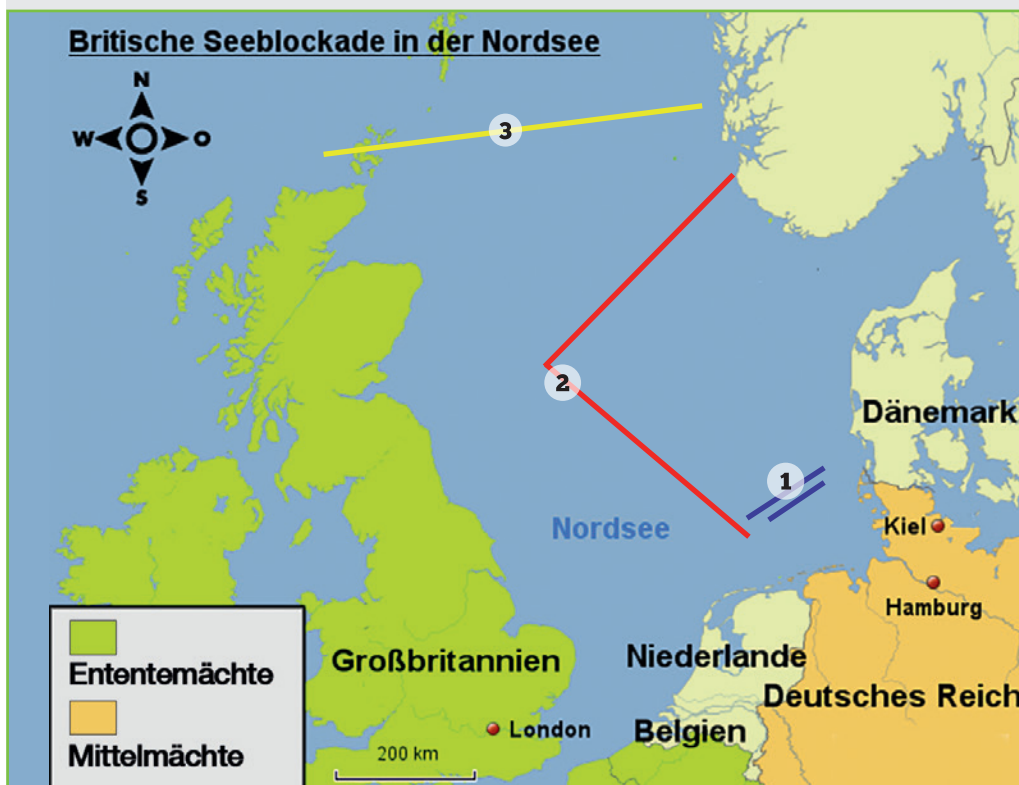


Alexander Petrovitch Iswolski, russischer Diplomat und Aussenminister, wurde von der Round Table Gruppe finanziert.



Dezember 1908:

Britische Admiralität empfiehlt «ökonomische Kriegsführung» gegen Deutschland



Die britische Seeblockade mit dem Ziel, die deutschen Handelswege abzuschneiden, dauerte von 1914 bis 1919 an und bestand aus drei Teilen: 1. Eine dichte Blockade an der Elbmündung (blau) 2. Eine Blockade von der niederländischen bis zur norwegischen Küste (rot) 3. Eine Blockade von der schottischen zur norwegischen Küste (gelb)

War diese Strategie schon 1908 im «Economic Warfare Paper» beschlossen worden?

Ende 1908 erstellte die britische Admiralität (Marine) das sogenannte «Economic Warfare Paper» (Papier zur ökonomischen Kriegsführung). (1) Darin wurde die Anfälligkeit der modernen deutschen Industrie für wirtschaftliche Angriffe konstatiert. Man könne Deutschland empfindlich treffen, wenn man die deutsche Industrie von ihren Zulieferern aus Übersee abschnitt. Ein grosser Krieg liesse die deutsche Wirtschaft am Rand eines Abgrunds taumeln, folglich müsse die britische Strategie darin bestehen, sie vollends zu ruinieren und Deutschland in «Arbeitslosigkeit, Not und schliesslich Konkurs» zu stürzen. (2)

Lord Esher aus der Round Table Gruppe (siehe S.9 ff.) legte im «Economic Warfare Paper» dar, dass Grossbritannien «dem deutschen Handel einen Todesstoss» und daneben noch «die Furcht vor Angriffen» erzeugen könne, er hielt das für eine «ausreichende Erfüllung unseres Anteils an der Entente-Partnerschaft zwischen uns und der französischen Nation.» (3) Meinte er damit etwa, dass die Franzosen und Russen mit ihren Riesenheeren kämpf- ▶



► fen und ihr Blut geben sollten, während es für Grossbritannien aber wohl ausreiche, die Wirtschaft Deutschlands zu zerstören und ab und zu ein paar Attacken durchzuführen? Tatsächlich hatte Grossbritannien am Ende des Ersten Weltkriegs die geringsten Opferzahlen der Triple Entente (siehe S.18) zu beklagen. (tk)

Quellen:

Wolfgang Effenberger, Europas Verhängnis – Kritische angloamerikanische Stimmen zur Geschichte des Ersten Weltkriegs, Verlag zeitgeist, 1. Auflage November 2018

1. kurz für «The Economic Effect of War with German Trade»-Paper

2. Nicholas A. Lambert, Planning Armageddon – British Economic Warfare and the First World War, London, 2012, S.124

3. Ebenda, S.125



«Bei meinen jährlichen Besuchen stellte ich erstaunt und amüsiert fest, wie die Feindschaft gegen Deutschland wuchs. Meine englischen Freunde zögerten nicht, mir mit völliger Offenheit und der üblichen englischen Anmassung zu erklären, dass es nötig sei, Deutschland zu zerstören oder Grossbritannien würde seine wirtschaftliche Vormachtstellung auf den Weltmärkten verlieren.»

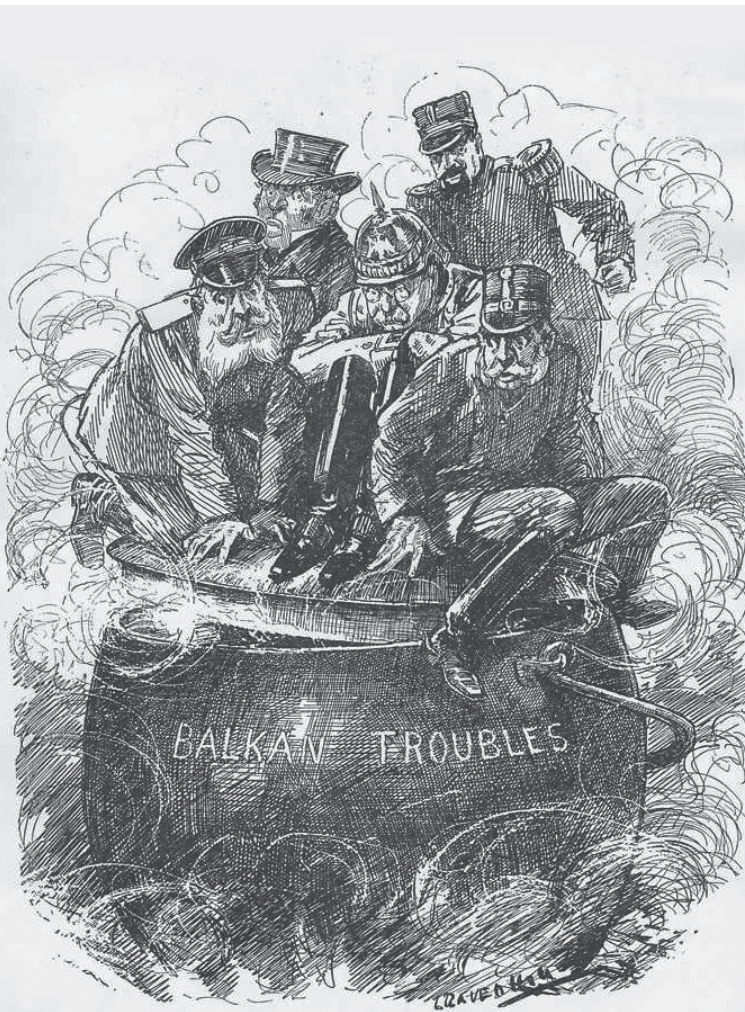
Thomas Gaffney, amerikanischer Generalkonsul in München in seiner Rückschau auf seine Aufenthalte in Grossbritannien vor dem Ersten Weltkrieg

Quelle: Gerd Schultze-Rhonhof, «Der Krieg, der viele Väter hatte», S.32



1908 bis 1914:

Aufstachelung des Balkans



THE BOILING POINT.

The Boiling Point («Der Siedepunkt»). Karikatur des britischen Zeichners Leonard Raven-Hill (1912): Deutschland, Frankreich, Russland, Österreich-Ungarn und Grossbritannien versuchen, den Deckel auf dem überkochenden Kessel mit der Aufschrift «Balkan Troubles» (Balkan-Probleme) zu halten. In Wahrheit waren diese Probleme von Befehlsempfängern der Round Table Gruppe geschaffen worden.

Unter der Anleitung der Round Table Strategen traf sich der russische Aussenminister Iswolski 1908 heimlich mit dem österreichischen Aussenminister Alois Lexa von Aehrenthal. Bei dem Treffen stimmte Iswolski im Namen Russlands der Besetzung Bosniens durch Wien zu, die kurz darauf begann. Gleichzeitig hörte Iswolski aber nicht auf, die Balkanstaaten gegen Kaiserreich und Donaumonarchie aufzustacheln. Er ermutigte die Bewegung für ein «Gross-Serbien», ihre Rachepläne nicht aufzugeben und sich auf spätere Einsätze vorzubereiten. So war die Triple Entente gefestigt und der Balkan ein Hornisennest, in dem Nationalismus, Sektiererei und Verbitterung regierten. Die Voraussetzungen für einen Krieg waren so immer mehr gegeben.

Als das Jahr 1912 anbrach, fachten Agenten der Round Table Gruppe die schwelenden nationalistischen Spannungen auf dem Balkan an. Ziel war es, die Region zu destabilisieren und in einen Brennpunkt zu verwandeln. Der russische Botschafter in Serbien Nikolaus Hartwig war eine Schlüsselfigur bei der 1912 gebildeten Allianz zwischen Serbien, Bulgarien, Griechenland (einziger Nicht-Balkanstaat) und Montenegro namens «Balkanbund» gegen Österreich-Ungarn. Er begriff das Militärbündnis im Einklang mit seinem Vorgesetzten, dem russischen Aussenminister Sasonow (ab 1910 Nachfolger von Iswolski), als Instrument gegen Österreich. Der Balkanbund ging auf die Vorarbeiten von Aussenminister Alexander Iswolski, Nikolaus Hartwig und dem Balkan-Korrespondenten der Times James D. Bouchier zurück – drei Personen mit Verbindungen zur Round Table Gruppe. Im Balkanbund kamen die grundverschiedenen Nationen des Balkans zusammen und stellten so eine Gefahr sowohl für die Türkei als auch für Österreich-Ungarn dar. Die Befehle im Balkanbund schienen aus Sankt Petersburg zu kommen, doch in Wahrheit stammten sie aus London. Die Kommandokette lief vom britischen Aussenministerium zu Iswolski (ab 1910 russischer Botschafter in Paris), weiter zum neuen Aussenminister Sasonow in Russland und schliesslich zu Hartwig in Belgrad.

Während der Balkanbund im September 1912 seine ersten Schritte tat, lud Grossbritanniens George V. den russischen Aussenminister Sasonow ein, ihn auf Balmoral Castle zu besuchen, wo auch Round-Table-Aussenminister Sir Edward Grey



Die Verdrängung des Osmanischen Reichs durch die Balkanstaaten bis an die Grenzen der heutigen Türkei im Ersten Balkankrieg 1912 fand mit geheimer Rückendeckung Grossbritanniens statt.

(siehe S.15) weilte. Die Oktoberrevolution verhinderte, dass die Imperialisten Sasonows Korrespondenz nachträglich überarbeiten konnten, deshalb erfahren wir, dass Sasonow im Anschluss dem Zaren begeistert telegraphierte:

«Es gibt eine Vereinbarung zwischen Frankreich und Grossbritannien, gemäss der im Falle eines Krieges mit Deutschland Grossbritannien die Verpflichtung auf sich genommen hat, Frankreich zu unterstützen, und zwar nicht nur zur See, sondern auch zu Land, indem man Einheiten auf den Kontinent verlegt. Der König hat diese Frage angesprochen und äusserte sich dabei noch deutlicher als sein Minister. [...] Er sagte: ‚Wir werden jedes einzelne deutsche Handelsschiff versenken, dessen wir habhaft werden.‘»

Der Balkanbund griff mit der heimlichen Unterstützung Englands 1912 die Türkei (Teil des Osmanischen Reichs) an und fügte ihr eine schmerzliche Niederlage zu. Ein grosser Krieg wurde dadurch vermieden, dass für Kaiser Wilhelm II. ein Feldzug nicht infrage kam. Er rief stattdessen zu einer Friedenskonferenz in London auf. Der Balkanbund, allen voran Serbien, war in einem fort damit beschäftigt, Österreich zu schwächen und herauszufordern. Die Imperialisten in Grossbritannien hatten

Der russische Botschafter in Serbien Nikolaus Hartwig war ein Verbündeter der Round Table Gruppe und eine Schlüsselfigur bei der Aufstachelung des Balkans.



gelernt: Österreich war es leid, sich noch länger von Serbien beschimpfen und beleidigen zu lassen, und näherte sich dem Ende seiner Geduld. Österreich war die Achillesferse des Deutschen Reichs. (Ik)

Quelle: Verborgene Geschichte; Gerry Docherty, Jim MacGregor, Kopp Verlag, Rottenburg, 2014



Die Round Table Gruppe hatte Raymond Poincarés (Staatspräsident 1913–1920) Wahlkampf finanziert.

1912:

Machtantritt der Revanchisten in Frankreich

Die Round Table Gruppe setzte den russischen Botschafter Alexander Iswolski, ihren Hauptagenten in Paris, darauf an, den amtierenden französischen Ministerpräsidenten und Kriegsgegner Joseph Caillaux zu schwächen und ihn durch Raymond Poincaré ersetzen zu lassen, einen überzeugten Revanchisten und Kriegsbefürworter. Poincaré wusste, dass er Iswolski und ausländischen Bankiers, Zeitungen und Politikern viel zu verdanken hatte, denn sie hatten die Mittel für seine Wahl-Kampagne be-

reitgestellt. Unter Poincaré wurde das Wesen des französisch-russischen Bündnisses auf eine völlig neue Grundlage gestellt – weg vom Verteidigungsabkommen und hin zum Krieg. Bei einem Besuch in Sankt Petersburg versicherte Poincaré dem Aussenminister Sasonow, dass Frankreich und Grossbritannien zum Krieg gegen Deutschland entschlossen seien. 1914 hielten französische Banken über 80 Prozent der russischen Staatsschulden. Poincaré und seine Förderer koppelten die Darlehen an die Bedingung, dass Russland ►



Nr. 141

ISWOLSKI UND POINCARÉ Urheber des Weltkrieges.

Durch die Veröffentlichung der russischen Geheimnisse und der Tagebuchaufzeichnungen des ehemaligen russischen Gesandten Georges Louis in Petersburg sind zwei Personen gekennzeichnet worden: Iswolski und Poincaré.

Der französische Gesandte Louis trat während seiner Amtszeit jedes Abend die Vorkommnisse des Tages, seine Unterredungen mit Ministern, Großfürsten und den Zaren in ein Tagebuch ein. Als im November 1914 die Pariser Zeitschrift „Europe“ Auszüge aus diesem Tagebuchvermerk brachte, wurde man in den Kreisen um Poincaré unruhig. Das Poincaré diese Briefe, geht daraus hervor, daß er im Jahre 1917, als Georges Louis starb, dessen Wohnung versiegelt und eine strenge Hausdurchsuchung vornehmen ließ, um die Papiere in seine Hände zu bekommen. Louis hatte diese jedoch in Sicherheit gebracht.

Alexander Iswolski kam am 25. September 1910 als russischer Botschafter nach Paris. Er war ein Vertreter jener Richtung in der russischen Politik, die der Erhöhung der Meereen Wagt. Auf welchem Wege diese Richtung ihr Ziel zu erreichen suchte, deutet der Eigenname und Schriftleiter des „Zemli“, Ernst Julew, durch die Wiedergabe einer Anekdote an, die der russische Graf Murawjoff nach einem Frühstück im Hotel Maurice ihm gegenüber gemacht habe:

„Am die hellste Krise auszulösen, um die europäische Politik zum Punkte der Bräuen zu führen, muß ich in Paris und nicht in St. Petersburg eingestuft werden.“

In einem umfangreichen Bericht des russischen Außenministers Sazonow an den Zaren, datiert 8. Dezember 1913, heißt es am Schluß:

„Ferner muß ich wiederholen, daß die Meerengänge schwerlich anders als auf dem Wege über europäische Verhandlungen vorwärts kommen kann.“

An Hand zahlreicher Telegramme aus dem Nachlaß Georges Louis weist Ernst Julew nach, daß Iswolski schon von 1912 an eine persönliche Politik betrieb, die darauf hinaus gelaufen sei, eine Krise auf dem Balkan herbeizuführen, damit Rußland heimlich die Balkanländer und Frankreich mit in den Krieg hineinziehen könne.

Der französische Gesandte in Petersburg widersetzte sich dem Vorhaben, Frankreich wegen der Meerengänge zu verpflichten. Als dieser nur gar molle, schreibt Julew, daß Iswolski in Petersburg immer unpopulärer wurde, forderte und erreichte Iswolski, von Poincaré dessen Abberufung. Ernst Julew bemerkt hierzu:

„Wenn Louis auf seinem Posten geblieben wäre, dann wäre der Weltkrieg vermieden worden.“

Zum neuen Gesandten in Petersburg wurde Delcassé ernannt. Über diesen telegraphierte Iswolski an Sazonow:

„Ich wünschte, ich wäre nur zu Berlin, daß Herr Delcassé, dessen politische Vergangenheit Ihnen gut bekannt ist, den Gedanken einer allseitigen Vereinigung zwischen Rußland und Frankreich tatsächlich ganz und gar ablehnt ist, und als einer der staatsrechtlichen Hauptmomenten, falls die künftige Minister kommt, eine entscheidende Rolle im Sinne der Beseitigung irgendwelcher Schwächen bei der Regierung spielen kann.“

Was Delcassés Ernennung zum Gesandten in Petersburg zu bedeuten hatte, versteht der selbstverständliche Außen-

minister Pichon. Er sagte am 14. Januar 1915 zu Georges Louis:

„Wenn Sie Botschafter in Petersburg geblieben, so hätten wir keinen Krieg bekommen. Delcassé ist am Ausbruch des Krieges mitschuldig, weil er die Russen unendlich gegen Deutschland gehetzt hat.“

Als Iswolski im April 1913 aus Paris abberufen werden sollte, wirkten Poincaré und Delcassé auf den Zaren in entgegengegesetzten Sinne ein. Darüber äußerte der österreichische Botschafter Gerard zu Georges Louis:

„Im April 1913 war Iswolski in Petersburg sehr abel ausgerichtet. Seine Abberufung war als erwogen, aber Delcassé in Petersburg und Poincaré in Paris setzten alle Hebel in Bewegung, um den Zaren zu verhindern, daß dieser seinen Botschafter abberufe. Poincaré rettete Iswolski.“

Am 14. Januar 1915 wurde Poincaré zum Ministerpräsidenten und Außenminister der französischen Republik ernannt. Schon am 15. Januar besuchte er nach einem Telegramm Iswolski von gleichem Tage den Vertreter des Zarenreiches und sprach ihm gegenüber die feste Absicht aus:

„Mit Rußland die notwendigsten Beziehungen zu unterhalten und die Autokratie, Frankreich im vollsten Einvernehmen mit Rußland zu führen.“

Am 5. August 1915 erfolgte die erste Reise Poincarés nach Rußland. Am 15. August war er zur Audienz beim Zaren in Petrohof. Über den Verlauf dieser Audienz hat sich Poincaré selbst gegenüber seinem Ministerkollegen händelnd ausgesprochen. Sazonow hat über diese Unterredung für den Zaren einen ausführlichen Bericht angefertigt. Der zweite Punkt dieses Berichts trägt die Überschrift „Strategische Verkehrsstraßen“. Dazu heißt es:

„Poincaré sprach auch von dem Protokoll der letzten Sitzung der Generaldeklaration der französischen Republik, welche ausgedehnten Wünschen nach einer Erhöhung der Leistungsfähigkeit unserer deutschen Grenze zutreffenden Eisenbahnen durch den Bau eines zweiten Schienenstranges auf den in dem Protokoll bezeichneten Linien einen sehr großen Wert bei. Ich erwiderte, daß ich von diesen Wünschen Kenntnis habe und daß sie wahrscheinlich in den Grenzen des Möglichen in Erwägung gezogen würden.“

Ein Brief des russischen Ministerpräsidenten Kokorow vom 27. Juni 1915 enthält die Mitteilung, daß Frankreich bereit sei, dem russischen Staat jährlich 400 bis 500 Millionen Franken für Eisenbahnbau zu leihen, unter der Bedingung, daß mit dem Gelde die geplanten strategischen Eisenbahnen nach der deutschen Grenze hergestellt würden und die Friderichs-Innenlinie des russischen Heeres eine bedeutende Vermehrung erfahre.

Ein Bericht des Generalen Louis gibt eine Stelle aus dem russischen Schwarzbuch wieder. Danach sagte Poincaré zu Iswolski:

„Rußland hat die Initiative in einer Frage zu ergreifen, in der es der Hauptrolle ist. Die Idee Frankreichs besteht darin, es in vollkommenster Weise zu unterstützen. Alles in allem heißt das darauf hinaus, daß, wenn Rußland den Krieg führt, Frankreich ihn gleichzeitig führen wird, denn wir wissen, daß in dieser Frage hinter Österreich Deutschland steht.“

Nr. 141

Deutsches Flugblatt
«Iswolski & Poincaré —
Urheber des Weltkrieges», etwa aus dem
Jahre 1915

Kurz vor Ausbruch des
Ersten Weltkrieges waren
antideutsche Teilungspläne
in Frankreich regel-
recht in Mode gekommen.
Diese Zeichnung war 1913
in einer französischen
Zeitschrift erschienen und
reduzierte Deutschland
in etwa auf das heutige
Thüringen und Teile von
Sachsen-Anhalt und Nieder-
sachsen.





Gavrilo Princip erschiesst Erzherzog Franz Ferdinand und dessen Frau. (Nachempfundene Illustration von Achille Beltrame in der italienischen Zeitung La Domenica del Corriere am 12. Juli 1914)



28. Juni 1914:

Round Table Gruppe steckt hinter Attentat von Sarajevo

Was die Hintergründe des Attentates auf den österreichischen Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin am 28. Juni 1914 in Sarajevo angeht, das schliesslich zum Ersten Weltkrieg führte, zieht sich eine Spur der Schuld von Sarajevo über Belgrad nach Sankt Petersburg und von dort aus weiter bis nach Paris und London. Der russische Botschafter in Serbien Nikolaus Hartwig und der Militärattaché Wiktor A. Artamanow taten sich mit dem serbischen Nationalisten Oberst Apis und dessen Organisation «Schwarze

Hand» zusammen, um das Attentat vorzubereiten und zu steuern. Am Tag der Ermordung war der Personenschutz des Erzherzogs so dramatisch unterbesetzt, wie man es sich kaum vorstellen kann. Eine Komplizenschaft Serbiens an der Ermordung von Franz Ferdinand war schnell nachgewiesen, aber es wurden Anstrengungen unternommen, alle Beweise aus der Welt zu schaffen, die das Attentat mit Russland oder womöglich gar mit den Hintermännern Russlands aus der Round Table Gruppe in Verbindung bringen konnten. Nach dem Anschlag sammelte Österreich beträchtliche Beweise für die Schuld Serbiens.

Die britischen Imperialisten sorgten dafür, dass sich die Morde von Sarajevo zu einer umfassenden Krise auswuchsen. Dafür wirkten sie mit Hilfe ihrer Diplomatenagenten auf zentrale Akteure in Wien und Sankt Petersburg ein. Nach der Ermordung von Erzherzog Franz Ferdinand erhielt Österreich zunächst viel Unterstützung. Die Vertreter Grossbritanniens gaben sich reichlich Mühe, Deutschland mit Freundschaftsbekundungen und Sympathiebeteuerungen hinters Licht zu führen.

Übrigens war das vielleicht wichtigste wirtschaftliche Grossprojekt des Deutschen Reiches – die Bagdadbahn (siehe S.12 f.) – am 2. Juni 1914 bis Bagdad fertiggestellt geworden. 26 Tage später erfolgte der Anschlag von Sarajevo, einen Monat danach brach der Erste Weltkrieg aus – nur Zufälle? Führt England, das seit 1900 die Verwirklichung des Bagdadbahn-Projekts mit politischem Druck und diplomatischen Tricks zu verhindern oder zumindest zu verzögern versucht hatte, seine Politik jetzt mit anderen Mitteln fort? (tk)



Die irische Zeitung «Evening Herald» spricht schon einen Tag nach dem Anschlag in Sarajevo von einem möglichen Krieg.

Quelle:

Verborgene Geschichte; Gerry Docherty, Jim MacGregor, Kopp Verlag, Rottenburg, 2014



14. Juli 1914: Österreich reagiert auf den Mord

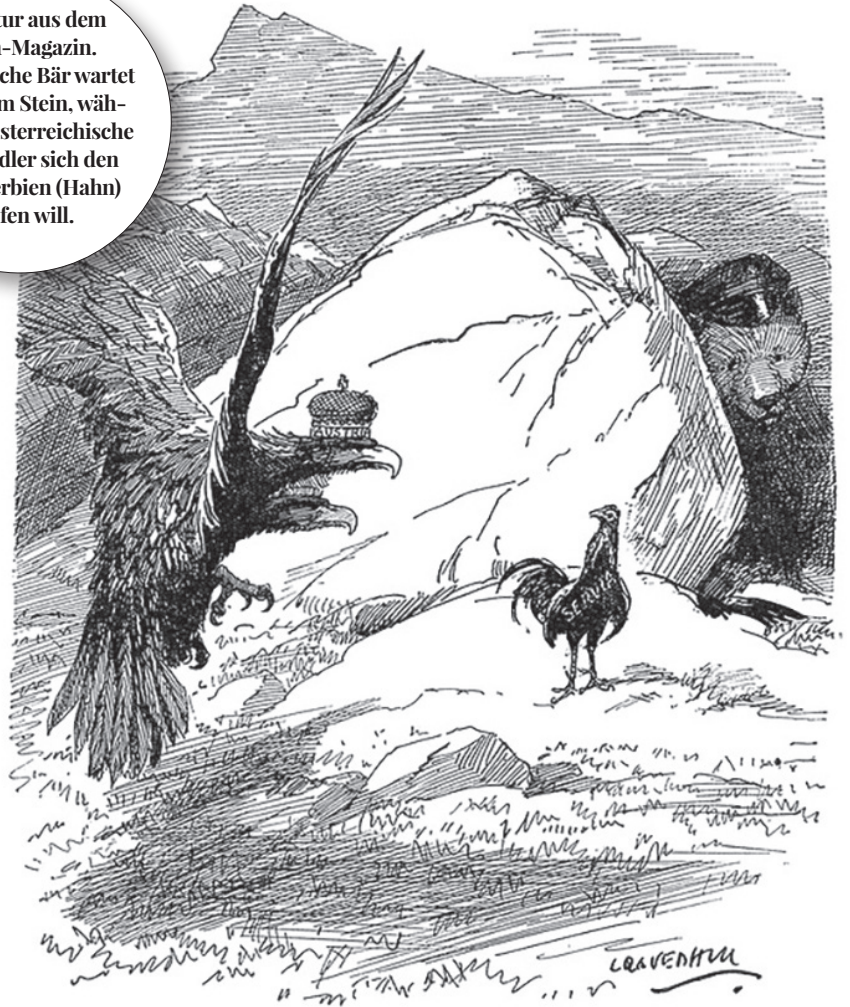
Der österreich-ungarische Außenminister Leopold Berchtold wurde durch das gespielte Verständnis zu einer kühnen Reaktion ermutigt: Er würde der serbischen Aggression ein für alle Mal ein Ende bereiten. Laut der Siegergeschichtsschreibung nach dem Ersten Weltkrieg stellte Kaiser Wilhelm II. Österreich einen «Blankoscheck» aus, eine Beteuerung, der Donaumonarchie bedingungslos zur Seite zu stehen – und zwar in dem vorsätzlichen Versuch, Europa in den Krieg zu stürzen. Dabei musste Österreich-Ungarn auf die serbische Aggression reagieren und wurde in seinem Vorgehen von vielen unterstützt, auch von Grossbritannien und der britischen Presse. Der deutsche Kaiser und seine Berater sprachen sich dafür aus, das lokale Problem auch lokal zu lösen. Sie trafen keinerlei Vorbereitungen für einen Krieg.

Am 14. Juli erklärte Berchtold dem greisen Kaiser, dass man Serbien in einer sehr scharf formulierten diplomatischen Note Forderungen stellen werde: Die feindselige Propaganda gegen Österreich in den Medien und an den Schulen müsse sofort aufhören, König Peter der Serben und die serbische Regierung müssten sich öffentlich für das Attentat entschuldigen, österreichische Polizisten müssten direkt in die strafrechtlichen Ermittlungen in Serbien eingebunden sein und alle Schuldigen müssten umgehend ausgeliefert werden. Die Note wurde am 23. Juli um 18 Uhr der serbischen Regierung übergeben. (tk)

Quelle:

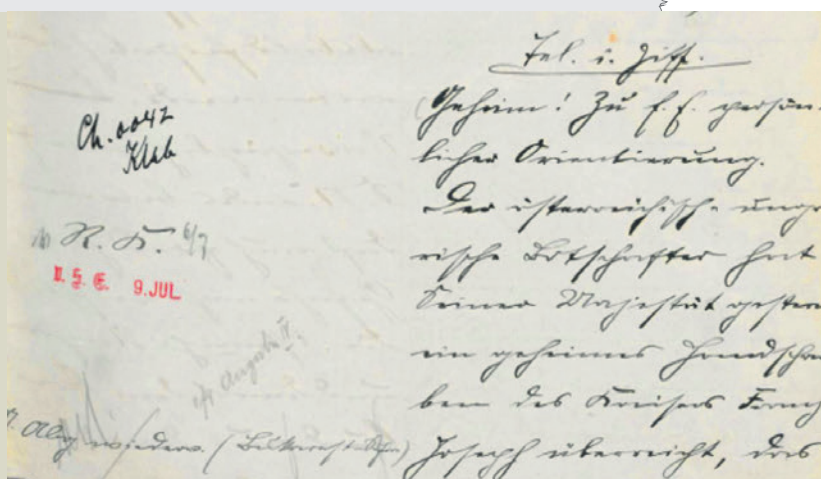
Verborgene Geschichte; Gerry Docherty, Jim MacGregor, Kopp Verlag, Rottenburg, 2014

Karikatur aus dem Punch-Magazin. Der russische Bär wartet hinter dem Stein, während der österreichische Doppeladler sich den Köder Serbien (Hahn) greifen will.



THE POWER BEHIND.

AUSTRIA (at the ultimatum stage). "I DON'T QUITE LIKE HIS ATTITUDE. SOMEBODY MUST BE BACKING HIM."



Am 5. Juli 1914 schrieb der österreichische Kaiser Franz Joseph einen Brief an Kaiser Wilhelm II., in dem er andeutete, dass er wegen des Mordes in Sarajevo eine militärische Strafaktion gegen Serbien ins Auge fasse. Der österreich-ungarische Standpunkt fand in Berlin Unterstützung, und so liess eine Antwort nicht lang auf sich warten: Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg schickte im Auftrag Kaiser Wilhelms II. am 6. Juli 1914 ein Telegramm an die deutsche Botschaft in Wien. Darin erklärte der deutsche Kaiser, «im Einklang mit seinen Bündnisverpflichtungen und seiner alten Freundschaft treu an der Seite Österreich-Ungarns [zu] stehen.» Der Zusatz «unter allen Umständen» im Entwurf des Telegramms, der im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes lagert, war zuvor vom Reichskanzler gestrichen worden. Mit diesem später «Blankoscheck» getauften Dokument wurde Deutschland von den Siegern des Ersten Weltkriegs unterstellt, es habe Europa in den Krieg ziehen wollen. Der «Blankoscheck» sprach sich jedoch nur für begrenzte und lokale Aktionen auf dem Balkan als Reaktion auf das Attentat aus. Ein Anliegen, das anfangs sogar in Grossbritanniens Regierung Unterstützung fand.

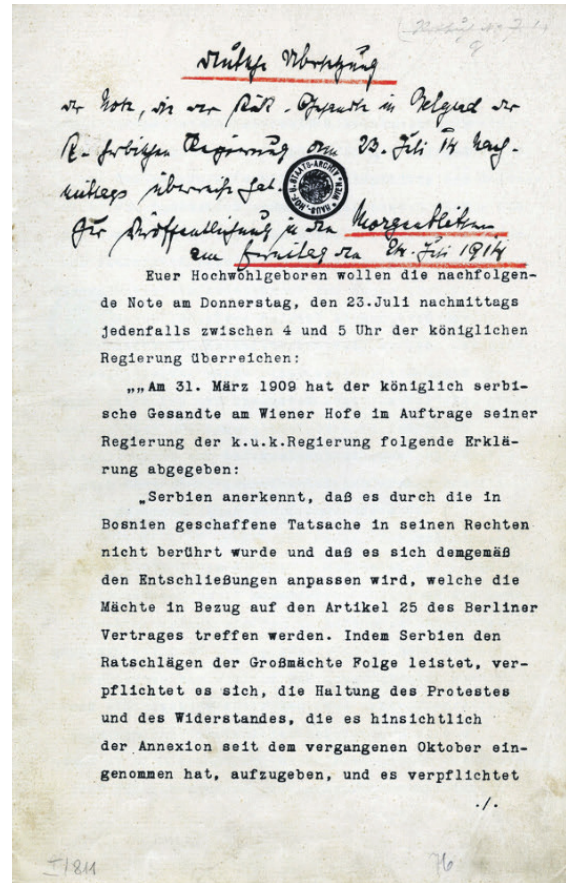
Die Triple Entente täuscht Österreich-Ungarn

! Dem österreichischen Aussenminister Berchtold war anfangs von den späteren Kriegsgegnern wiederholt vermittelt worden, dass man vollstes Verständnis für einen strengen Kurs Österreichs habe. Parallel bereiteten sich Grossbritannien, Frankreich und Russland darauf vor, die Forderungen Österreichs nach der Übergabe des Ultimatums kollektiv in Bausch und Bogen zu verdammen. Man gaukelte also Verständnis vor, um Österreich wenig später in den Rücken zu fallen. Österreichs Forderungen waren weder überraschend noch unfair. Die Triple Entente reagierte aber mit völlig unangemessener Empörung. Seit dem Attentat waren Wien aus dem Ausland Sympathiebekundungen gemacht und Mut zugesprochen worden, doch nach der Übergabe der österreichischen Note an Serbien am 23. Juli kam es zu einer organisierten Überreaktion von Russland, Frankreich und Grossbritannien. War bislang noch ein hartes Durchgreifen Österreichs gutgeheissen worden, hiess es nun, dass die Donaumonarchie die Situation als Vorwand für einen Krieg missbrauche. Die ganze Lage wurde ins absolute Gegenteil verkehrt.

Sir Edward Grey kam am Morgen des 24. Juli mit Österreichs Botschafter Albert Graf von Mensdorff-Pouilly-Dietrichstein in der Downing-Street zusammen. Wenn man berücksichtigt, dass er nicht zu voreiligen Urteilen neigte, wird es umso lachhafter, dass Grey die Note an Serbien unverzüglich als das «furchtbarste Dokument, das ich je einen Staat an einen anderen habe richten sehen» verdammt. Die Triple-Entente-Mitglieder hatten sich orchestriert in einen nahezu perfekten Sturm der Wut hineingestiegt, dennoch bewerteten selbst einige britische Zeitungen und Minister, die nicht in die Kriegspläne eingeweiht waren, die Forderungen Wiens als absolut gerechtfertigt. (tk)

Quelle:

Verborgene Geschichte; Gerry Docherty, Jim MacGregor, Kopp Verlag, Rottenburg, 2014



Schreiben des österreich-ungarischen Aussenministers Berchtold an den österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad, Wladimir von Giesl, mit dem Textentwurf des am 23.07.1914 an die serbische Regierung zu übergebenden Ultimatums.

24. Juli 1914:

Russland macht mobil, was einer Kriegserklärung gleichkommt



Raymond Poincaré und Zar Nikolaus II. am 21. Juli 1914 in Sankt Petersburg.

Der französische Präsident Poincaré und sein Ministerpräsident René Viviani besuchten vom 20. bis 23. Juli 1914 Sankt Petersburg. Im Gepäck war das Versprechen, dass Frankreich an der Seite Russlands in den Krieg ziehen würde, sollte Deutschland Österreich im Konflikt mit Serbien beistehen. Hier war er, der echte «Blankoscheck» für einen grossen europäischen Krieg. Poincaré hatte Sankt Petersburg erst wenige Stunden zuvor verlassen, als sich schon zeigte, wie erfolgreich seine Visite gewesen war: Russland begann am Morgen des 24. Juli mit der Mobilmachung seiner riesigen Armeen und vollzog damit einen unumkehrbaren Schritt in Richtung Krieg. Poincaré als Agent der Round Table Gruppe hatte seinen wichtigsten Auftrag erfüllt.



► Am folgenden Morgen, dem 25. Juli, segnete der russische Ministerrat die Militärpläne ab und bestätigte, dass man für den Krieg bereit sei. Verschlüsselte Telegramme wurden verschickt, die im Russischen Reich stattfindenden Manöver abgebrochen. Die Divisionen wurden angewiesen, unverzüglich aus ihren Sommerlagern in die regulären Kasernen zurückzukehren. Die Truppen sollten ausgerüstet werden und sich darauf vorbereiten, an ihren jeweiligen Grenzübschnitt verlegt zu werden. **Städte entlang der Grenze zu Deutschland und Österreich wurden in «Kriegszustand» versetzt, eine Geheimorder für die «Phase der Vorbereitung auf den Krieg» ausgegeben. Auf diese Weise konnte die russische Heeresleitung umfassend gegen Deutschland mobilisieren, ohne dem Kaiserreich offiziell den Krieg erklärt zu haben.**

Wenn eine Grossmacht eine Generalmobilmachung ihrer Streitkräfte verkündete oder diese bekannt wurde, war das in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts ein klares Signal dafür, dass ein Krieg bevorstand. Der Militärvertrag zwischen Frankreich und Russland sprach eine deutliche Sprache. Wer als erster mobilisierte, musste als Aggressor gelten, und eine Generalmobilmachung «bedeutet Krieg». Alle zentralen Militär- und Regierungseinrichtungen in Frankreich, Russland und Grossbritannien arbeiteten unter dieser Prämisse. 1892 verdeutlichte der Chef des russischen Generalstabs für Mobilmachung, wenn eine der Grossmächte mobil mache, sei das eine massgebliche kriegerische Handlung, denn ab diesem Punkt «ist kein weiteres diplomatisches Zögern mehr möglich». Wurde mobil gemacht, gab es praktisch kein Zurück mehr.

Das Bündnis zwischen Frankreich und Russland basierte ganz klar auf der These, dass eine Mobilmachung einer Kriegserklärung gleichkomme. Den Generalstäben in Russland und Frankreich galt die Mobilmachung als direkte kriegerische Handlung. Sie ordneten an, dass alle normalen operativen Entscheidungen auf dieser Annahme zu fussen hatten. Es ist wichtig klarzustellen, dass den Regierungen in Russland und Frankreich vollkommen bewusst war, was eine Mobilmachung bedeutete, als diese Entscheidungen im Juli 1914 gefällt wurden. War die Order ausgegeben und die Maschinerie angelaufen, liess sie sich nur noch schwer stoppen.



Die Kaiserlich
Russische
Armee 1914

Geheimhaltung der Mobilmachung

Auch beim deutschen Kaiser und seinen militärischen Beratern galt die Regel, dass eine Mobilmachung der erste entscheidende Schritt hin zu einem Krieg sei. Sie wussten, dass ihnen keine andere Wahl blieb, sobald Russland seine Truppen mobil machte: Sie mussten ebenso reagieren. Dieses Szenario bedeutete: In dem Augenblick, in dem Deutschland aus Gründen des Selbstschutzes mobil machte, würde das französisch-russische Bündnis greifen. Frankreich würde ebenfalls mobilisieren, und Deutschland drohte ein Zweifrontenkrieg. Das alles war kein Geheimnis. Beide Bündnisse wussten ganz genau, wie die andere Seite im Kriegsfall reagieren würde. Deutschland sollte gezwungen werden, an zwei Fronten zu kämpfen, wobei Russland, Frankreich und Grossbritannien über deutlich mehr Truppen verfügten. Allein die Armee des Zaren war viel grösser als die des Kaisers, aber weder so gut ausgebildet noch so gut ausgerüstet. Deutschland verfügte über ein moderneres Strassen- und Schienennetz, der Vorteil des Kaiserreichs lag in der Schnelligkeit der Mobilmachung. Russlands Militärapparat dagegen war langsam, schwerfällig

und ineffizient. Angesichts der gewaltigen Grösse des Russischen Reichs, der mangelhaften Infrastruktur, der weniger gut entwickelten Schienenverbindungen nahe der deutschen Grenze und der Ineffizienz der örtlichen Militärbehörden konnte die Mobilmachung nur langsam vonstattengehen. **Russlands strategisches Ziel musste es sein, die Mobilmachung so lange wie möglich geheim zu halten, um so Deutschlands Geschwindigkeitsvorteil wettzumachen.**

Aus geheimen Militärunterlagen Russlands ergibt sich folgendes:

«Es wird von Vorteil sein, die Konzentration [Mobilmachung] vor Eintritt der Feindseligkeiten abzuschliessen, ohne dem Feind dabei unumstösslich die Hoffnung zu nehmen, dass ein Krieg noch abwendbar sei. Unsere entsprechenden Massnahmen diesbezüglich müssen von ausgeklügelten diplomatischen Unterhandlungen maskiert werden, um die Ängste des Feindes weitestmöglich zu besänftigen. [...] Lässt sich durch derartige Massnahmen ein wenig Zeit gewinnen, müssen diese Schritte unbedingt ergriffen werden.» (tk)

Quelle:
Verborgene Geschichte; Gerry Docherty, Jim MacGregor, Kopp Verlag, Rottenburg, 2014

Deutschland soll sich weiter in Sicherheit wiegen

Nach der Mobilmachung traf sich Ausenminister Sasonow am selben Tag (24. Juli) mit den britischen und französischen Botschaftern George Buchanan und Maurice Paléologue in der französischen Botschaft. Paléologue wiederholte Poincarés «Blankoscheck», mit dem sich Frankreich ohne Einschränkungen an Russlands Seite stellte. An Frankreichs Haltung konnte es also keinerlei Zweifel geben. Die Franzosen würden Schulter an Schulter mit den Russen kämpfen. Aber was war mit Grossbritannien? 1912 hatten Ausenminister Grey und König George V. Sasonow die Unterstützung der Briten zugesagt, aber die Freundschaftsbekundungen, die Grossbritannien im Juli 1914 gegenüber Deutschland äusserte, verwirrten Sasonow. Er war nicht gewieft genug, um zu erkennen, dass derartige psychologische Spielchen dazu gedacht waren, das Gegenüber in die Irre zu führen, und dass sie Teil der Täuschung waren. Bis zum allerletzten Moment sollte sich Deutschland in Sicherheit wiegen und glauben, Grossbritannien werde neutral bleiben. Die gesamte «Juli-Krise» über beharrte der britische Ausenminister Sir Edward Grey hartnäckig darauf, dass der Streit zwischen Österreich und Serbien nicht von Belang für ihn sei. Niemand hinterfragte diese Lüge.

Russland begann mit der schrittweisen Mobilisierung, noch bevor die Regierung Pašić in Serbien ihre Antwort auf die österreichische Note überreicht hatte. **Der britische Botschafter Sir George Buchanan drängte Sasonow zur Vorsicht. Deutschland dürfe nicht von der Mobilmachung erfahren, weil es ansonsten unverzüglich das Zarenreich als den Aggressoren hinstellen würde. Er wirkte keineswegs auf den russischen Minister ein, die Mobilmachung abbrechen zu lassen, ganz im Gegenteil: Er drängte ihn, die Deutschen bloss nichts merken zu lassen. Die Mobilisierung musste so weit wie möglich vorangeschritten sein, bevor die Deutschen merkten, dass gegnerische Truppen entlang der Grenze aufmarschiert waren.**

Mobilmachung in Serbien

In Belgrad verkündete die Regierung Pašić am 25. Juli um 15 Uhr, drei Stunden vor Ablauf der von Wien gesetzten Frist, dass man gegen Österreich mobil mache – mit der Gewissheit im Rücken, dass man Russ-

lands militärische Unterstützung genieisse. Um 21.30 am selben Tag antworteten die Österreicher mit einer Teilmobilisierung gegen Serbien. Österreich hatte ganz deutlich gemacht, dass im Falle einer Mobilmachung ein Krieg lokal begrenzt sein würde und dass man keinerlei territoriale Ansprüche gegen Serbien erheben werde. Geplant war, Belgrad zu besetzen, bis Serbien allen Forderungen zustimmte.

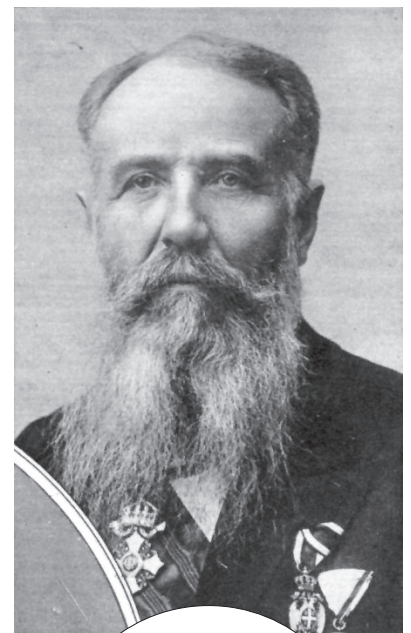
Österreichs Mobilmachung wurde vorsätzlich als direkte Herausforderung und Bedrohung Russlands dargestellt und als Grund für Russlands Mobilmachung. Eine lachhafte Behauptung. Dass Russland seine Streitkräfte mobilisieren würde, war im Grundsatz vereinbart worden, bevor Poincaré am 23. Juli Sankt Petersburg verlassen hatte und noch bevor Österreich Serbien seine Note übergeben hatte. Ein anderes Märchen, das in Umlauf gebracht wurde, besagte, dass Russland als Abschreckung mobilisiert habe. Absurd! Es war die erste Kriegshandlung, und alle Beteiligten waren sich dessen bewusst. Es gibt keinerlei Anlass zu glauben, dass die Mobilmachung als abschreckende Massnahme hätte angesehen werden können. Alle wussten: Wer mobil machte, hatte den Rubikon überschritten. Ein Zurück gab es nicht mehr.

Wiederholt forderten die Deutschen Klarheit über die Absichten des Vereinigten Königreichs, aber Grey blieb bei der offiziellen Linie: Grossbritannien war durch keinerlei Verpflichtungen gebunden, sich an einem Krieg zu beteiligen. Grey missbrauchte seine Freundschaft mit dem deutschen Botschafter Karl Max von Lichnowsky dafür, um anzudeuten, dass sich Grossbritannien höchstwahrscheinlich nicht an einem «ruinösen» Krieg beteiligen werde. Deutschland ging von britischer Neutralität aus und blieb deswegen trotz der Beweise für russische Truppenbewegungen an der deutschen Grenze weiterhin optimistisch, dass ein Krieg zwischen Österreich und Serbien regional begrenzt bleiben werde. Während Reichskanzler Bethmann Hollweg in Deutschland noch verzweifelt nach Wegen suchte, den Frieden zu wahren, fiel die Tür zum Frieden endgültig zu: Am 30. Juli verkündete Russland die Generalmobilmachung.

Erst nachdem Russland die allgemeine Mobilmachung offiziell angeordnet hat- ▶



Im Gespräch mit dem deutschen Botschafter Karl Max von Lichnowsky (Bild) am 1. August 1914 machte der britische Ausenminister Edward Grey unklare und verwirrende Aussagen zur britischen Kriegsteilnahme. Wollte er Deutschland keine andere Wahl lassen, als schnell über Belgien gegen Frankreich ins Feld zu ziehen? Hätte Grossbritannien klar seine Neutralität versprochen, wäre dieser Präventivschlag vielleicht nicht notwendig gewesen.



Serbiens Premierminister Nikola Pašić hatte drei Stunden vor Ablauf der von Wien gesetzten Frist die Mobilmachung gegen Österreich angeordnet.



te, und Frankreich zur gleichen Zeit seinen Grenzschutz aufstellte, erfolgte am 31. Juli die allgemeine Mobilmachung in Österreich-Ungarn.

Am 1. August sandte Iswolski ein Telegramm aus Paris nach Sankt Petersburg: «Frankreichs Kriegsminister, in herzlicher und bester Laune, informierte mich, dass die Regierung sich verbindlich zum Krieg entschieden habe. Er bat mich, der Hoffnung des französischen Generalstabs Ausdruck zu verleihen, dass alle Bemühungen gegen Deutschland gerichtet sein werden...»

Schon Stunden bevor Deutschland die Generalmobilmachung verkündete und Russland den Krieg erklärte, hatte sich Frankreichs Regierung also schon «verbindlich zum Krieg entschieden». Wie passt das zu der Behauptung, Deutschland habe den Ersten Weltkrieg begonnen?

Das militärische Kräfteverhältnis vor dem Ersten Weltkrieg.

Quelle: Reichsarchiv, Bd. 1, 1930

	Kriegsstärke des Heeres	Davon Feldheer	Gesamtzahl der Ausgebildeten
Deutsches Reich	2.823.000	2.398.000	4.900.000
Österreich-Ungarn	2.500.000	1.421.000	3.034.000
Mittelmächte	6.323.000	3.819.000	7.934.000

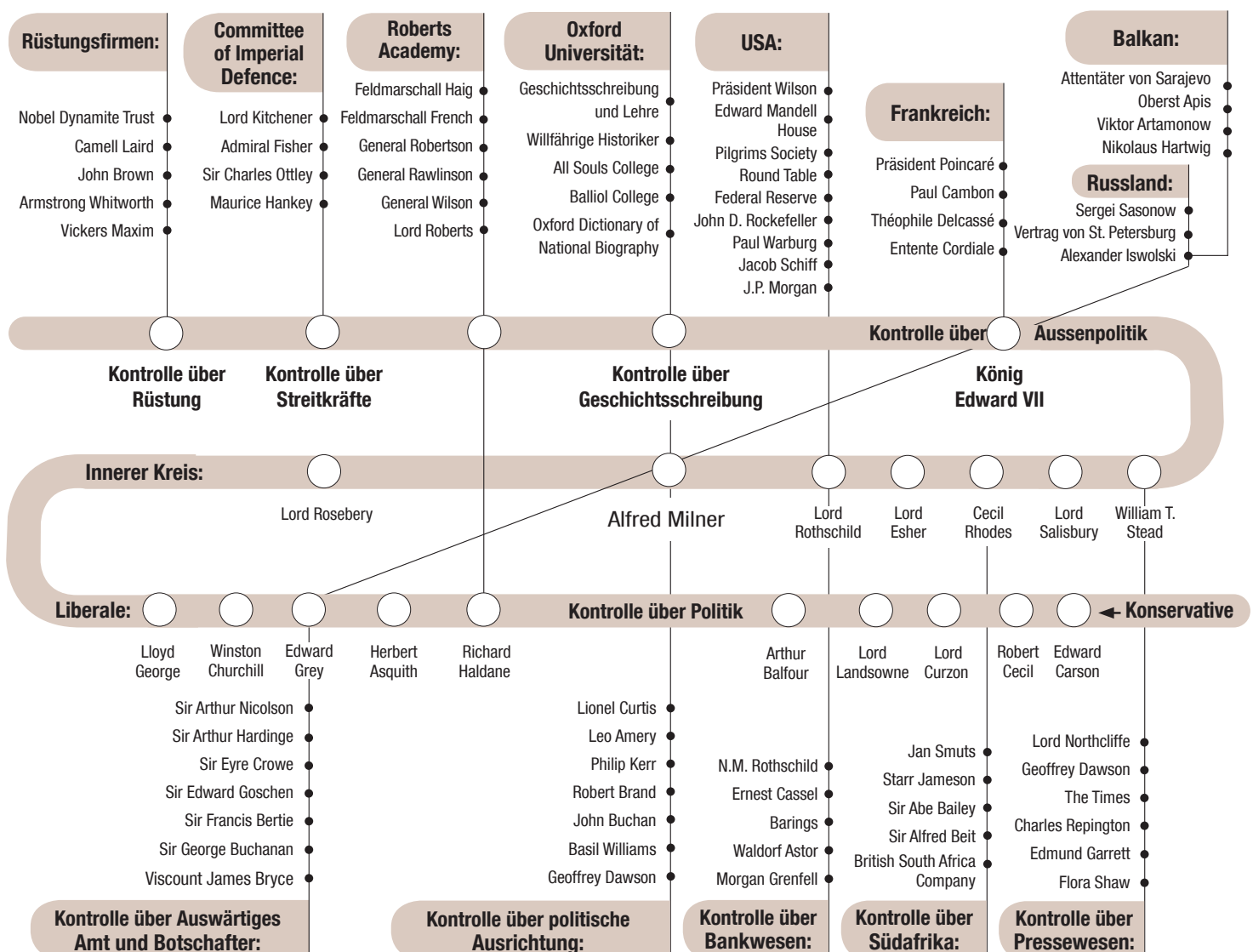
	Kriegsstärke des Heeres	Davon Feldheer	Gesamtzahl der Ausgebildeten
Frankreich	3.580.000	1.867.000	4.980.000
Russland	4.800.000	3.420.000	6.300.000
Grossbritannien	350.000	155.000	1.000.000
Belgien	222.000	117.000	400.000
Serbien	300.000	240.000	400.000
Triple Entente	9.292.000	5.824.000	13.140.000

Das Reich sah sich nun von Frankreich, Russland und England (das die Verkündung seiner Kriegsteilnahme extra lange hinauszögerte) bedroht und entschloss sich zum Handeln, bevor es selbst angegriffen wurde. Am 01.08. um 17 Uhr rief Deutschland die Generalmobilma-

chung aus und erklärte noch am selben Abend Russland den Krieg, am 03.08. auch Frankreich. Am 04.08. erfolgte die Kriegserklärung Englands an Deutschland. (tk)

Quelle: Verborgene Geschichte; Gerry Docherty, Jim MacGregor, Kopp Verlag, Rottenburg, 2014

Verbindungen und Machtbereiche der Round Table Gruppe 1891 bis 1914



Quelle: Verborgene Geschichte; Gerry Docherty, Jim MacGregor, Kopp Verlag, Rottenburg, 2014

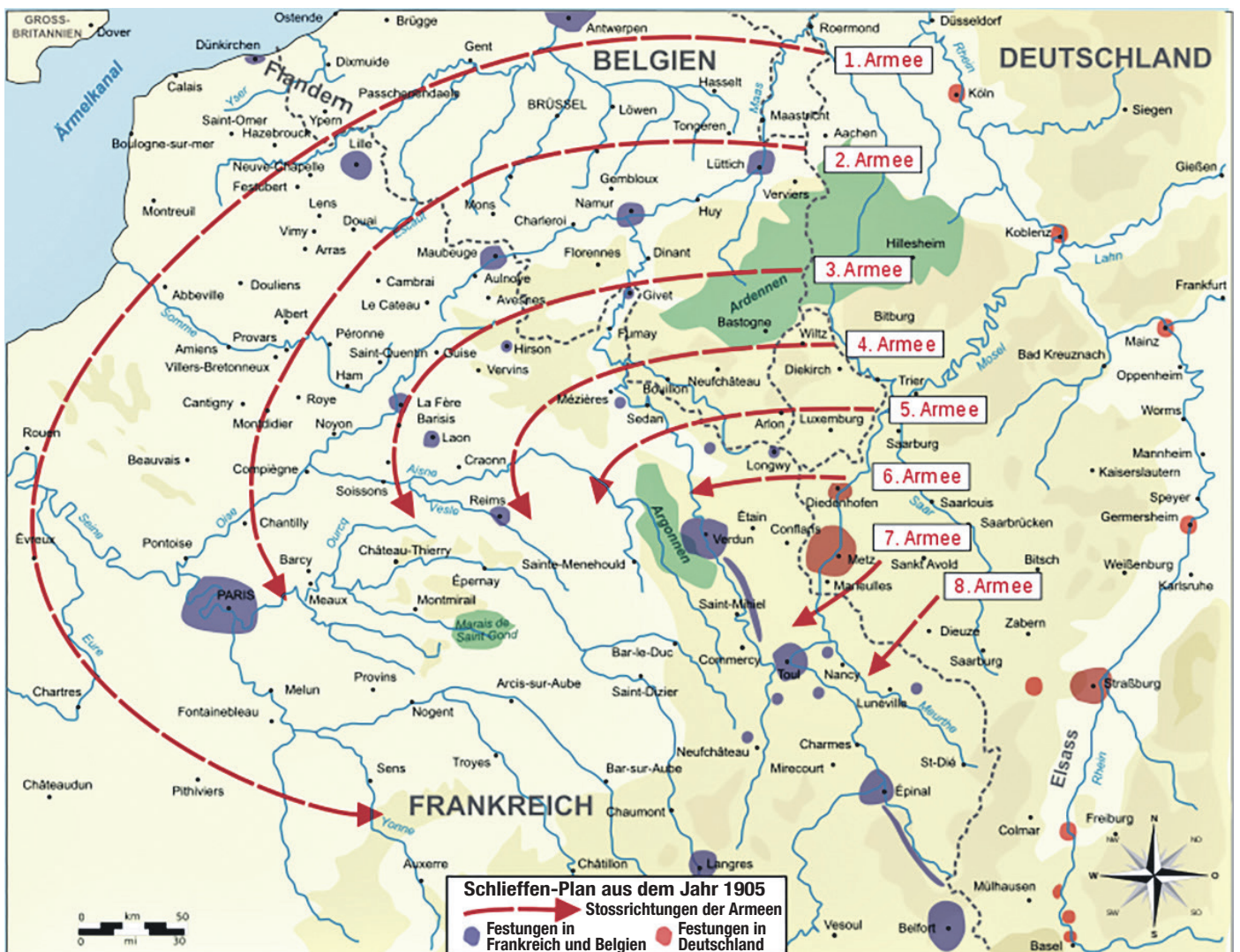
Deutschland marschiert im «neutralen» Belgien ein

Die Round Table Gruppe wusste ganz genau, womit sich die öffentliche Meinung überzeugen liess: Belgien. Das «tapfere kleine Belgien» vor den verachtenswerten deutschen Invasoren zu schützen, das war ein Grund, für den die Leute auf die Strasse gehen würden. Belgiens «Neutralität» würde Aussenminister Grey den besten Vorwand liefern, in den Krieg zu ziehen. Doch die Neutralität Belgiens war nichts als Täuschung. Grey wusste ganz genau, dass sich Belgien an der Seite von Grossbritannien und Russland gegen Deutschland stellen würde. So war es seit Langem arrangiert. Die Northcliffe-Presse (siehe S.14) würde Deutschland mit Hass und Gift überziehen, und die geheime Elite könnte ihren Krieg beginnen.

Dem deutschen Botschafter Fürst Lichnowsky erklärte Grey, dass es sehr, sehr schwierig würde, die öffentliche Meinung in Grossbritannien zurückzuhalten, wenn Deutschland Belgiens Neutralität verletze. Lichnowsky bat um Klarstellung: «Geben Sie mir eine bestimmte Erklärung über die Neutralität Grossbritanniens, vorausgesetzt, dass wir Belgiens Neutralität wahren.» Ein erstaunlicher Vorschlag und ein enormes Zugeständnis, das

Grossbritannien und Belgien die Schrecken des Krieges hätte ersparen können. Bei britischer Neutralität wäre es wohl nicht zu Deutschlands Einmarsch in Belgien gekommen. Lichnowsky wollte genau das Zugeständnis machen, das Grey zufolge das britische Kabinett vom Kaiserreich forderte. Belgiens Souveränität bliebe gewahrt und Grossbritannien bliebe neutral. Doch Grey blieb doppelzüngig wie eh und je. Er redete um den heissen Brei herum, gab keine aufrichtige Antwort und versicherte Lichnowsky stattdessen: «Vorläufig gibt es nicht die geringste Absicht, feindlich gegen Deutschland vorzugehen.» Erstaunlicherweise wurde Lichnowskys Vorschlag zur Neutralität weder dem Kabinett noch dem Unterhaus jemals vorgelegt. Wäre das geschehen, hätte vermutlich eine beträchtliche Mehrheit dem Vorschlag zugestimmt.

Ab 4. August begann «endlich» der Krieg, den die britischen Imperialisten so sehr begehrt hatten. Und alles basierte auf dem Märchen der belgischen Neutralität. Grossbritannien pflegte seit 1906 militärische Beziehungen zu Belgien, aber dieses Geheimnis gehörte zu den am besten gehüteten und ▶



Ziel des Einmarschs in Belgien war es, einen durch die Einkreisung Deutschlands zu erwartenden Mehr-Fronten-Krieg schnell und siegreich zu beenden, ansonsten wäre Niederlage Deutschlands sehr wahrscheinlich geworden.



► war nur einem sehr kleinen Personenkreis bekannt. Kurz nach Kriegsbeginn fanden die Deutschen im Brüsseler Aussenministerium Unterlagen, die belegten, dass es auf höchster Ebene geheime Absprachen zwischen Briten und Belgiern gegeben hatte, und zwar seit Jahren und mit direkter Beteiligung des belgischen Aussenministers. Wie bei den Gesprächen mit den französischen Militärs hatten die Briten auch bei den belgischen Beziehungen nichts schriftlich festgehalten oder als offizielle Politik beschlossen, denn das hätte bedeuten können, sich vor dem Parlament oder den Medien verantworten zu müssen. Weil Belgiens Verhalten nicht mit dem Verhalten eines neutralen Staats vereinbar war, wurde Belgien offiziell nicht in die Triple Entente aufgenommen, denn dadurch wäre das Thema Neutralität vom Tisch gewesen, sodass die Triple Entente ihren Kriegsgrund eingebüsst hätte.

Und nicht nur das: Der britische Staatsbeamte Arthur Ponsonby führte 1925 in einem aufsehenerregenden Artikel im Manchester Guardian aus, dass «Frankreich die belgische Neutralität verletzt hätte, wenn Deutschland es nicht getan hätte.» Dabei berief sich Ponsonby auf den französischen General Alexandre Percin. Am 31. August 1913 war laut dem Artikel zwischen Frankreich und Russland eine Vereinbarung unterzeichnet worden, der zufolge der Begriff «Verteidigungskrieg» nicht wörtlich aufgefasst und eine «kraftvolle Offensive [...] gleichzeitig» ergriffen werden solle. Percin schlussfolgerte: «Konnten wir eine kraftvolle Offensive unternehmen, ohne die belgische Neutralität zu verletzen? Konnten wir wirklich unsere 1.300.000 Mann auf der

Quelle:

Verborgene Geschichte; Gerry Docherty, Jim MacGregor, Kopp Verlag, Rottenburg, 2014
1. Manchester Guardian, 27.01.1925

77

«Was auch immer die Ursachen des Weltkrieges gewesen sein mögen, der deutsche Einmarsch in Belgien war ohne Zweifel keine davon. Er war eine der ersten Folgen des Krieges. Er war nicht einmal der Grund für unseren Eintritt [der Briten] in den Krieg. [...] Politisch war der Einfall in Belgien ein grosser Fehler. In strategischer Hinsicht war es der natürlichste und einleuchtende Weg, den Deutschland wählen musste.»

Arthur Ponsonby, britischer Staatsbeamter, Politiker, Schriftsteller und Pazifist

Quelle: Manchester Guardian, 27.01.1925



schmalen Front von Elsass-Lothringen entwickeln?» Eine Ausweitung des Operationsfeldes konnte demnach nur in Belgien stattfinden. ⁽¹⁾

! Am Ende des Krieges wurde das Deutsche Reich zum Hauptschuldigen gemacht, da die Verletzung der belgischen «Neutralität» der Hauptgrund für die Ausweitung des Konflikts zum Ersten Weltkrieg gewesen sei. Was davor geschehen war, spielte keine Rolle mehr. (tk)

06. August 1914:

Britische Regierung veröffentlicht Blaubuch

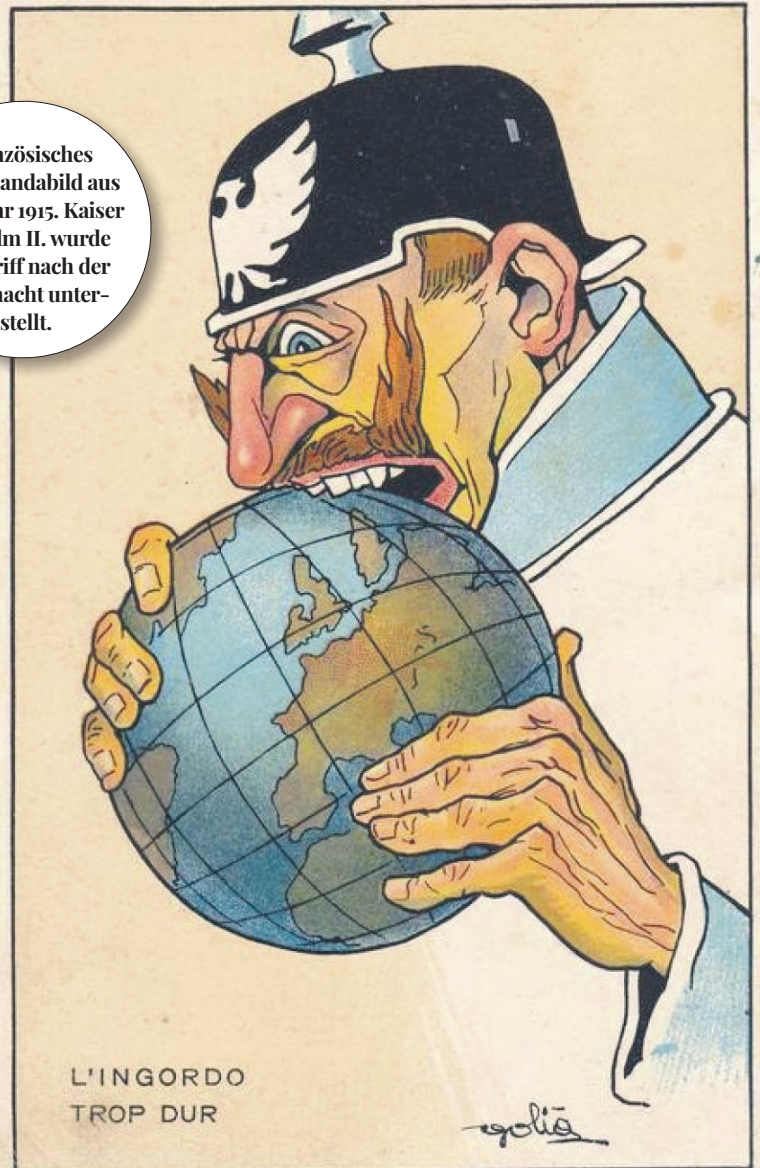
Um das Deutsche Reich und den Kaiser zu verteuflern, war jedes Mittel recht. Das Gemetzel hatte kaum begonnen, als Reich und Kaiser auch schon mit Schuld überhäuft wurden. Die vermeintliche deutsche Verantwortung für den Krieg wurde durch die offiziellen «Bücher» diplomatischer Dokumente, die jede Regierung veröffentlichte, erzeugt. Die britische Regierung legte ihr Blaubuch dem Parlament am 6. August 1914 vor. Das Blaubuch enthielt den diplomatischen Schriftverkehr aus der Zeit unmittelbar vor Kriegsbeginn. Die chronologisch angeordneten «Beweise» schienen umfassend, aufrichtig und stichhaltig zu sein: Durchdacht bestätigten sie die «entschlossenen Bemühungen», die Sir Edward Grey unternommen hatte, «um den Frieden zu wahren». Moskau gab nach der Oktoberrevolution allerdings Dokumente frei, die ganz klar belegten, dass drei Telegramme, mit denen Grey gegenüber dem Parlament seine Bemühungen um Frieden unter Beweis stellen wollte, überhaupt nicht abgeschickt worden waren. Sir George Buchanan, britischer Botschafter in Sankt Petersburg, behauptete, dass bis auf eine einzige Ausnahme sämtli-

Diplomatische Aktenstücke, die die Kriegsschuld Deutschlands beweisen sollten, entpuppten sich als manipuliert.





Französisches Propagandabild aus dem Jahr 1915. Kaiser Wilhelm II. wurde der Griff nach der Weltmacht unterstellt.



Die weithin für richtige gehaltene Ansicht, das Deutsche Reich trage den überwiegenden Teil der Verantwortung für den Kriegsausbruch 1914, wird zunehmend infrage gestellt. Die beiden britischen Historiker Gerry Docherty und Jim Macgregor richten den Fokus in ihrem Buch «Verborgene Geschichte» auf einen einflussreichen Zirkel in Grossbritannien, der lange vor Beginn des Ersten Weltkriegs die militärische Niederwerfung Deutschlands anstrebte. Die Autoren belegen, dass die Berichterstattung über die Kriegsgründe vorsätzlich verfälscht wurde, um eine geheime Elite sehr wohlhabender und einflussreicher Männer in London zu schützen.

Die offizielle Version der Kriegsgründe weist laut den Autoren massive Fehler auf und wird verzerrt durch die Berge an Beweisen, die vernichtet wurden oder noch heute der Öffentlichkeit vorenthalten werden. Darunter allein 375.000 Bände geheimer Kriegsunterlagen!

cher diplomatischer Schriftverkehr zwischen ihm und dem Ausenminister im Blaubuch enthalten sei. Das war eine skandalöse Lüge. Harvard-Professor Sydney Fay fand heraus, dass «über ein Dutzend» nicht enthalten waren und dass in Telegrammen und Briefen zentrale Passagen sorgfältig entfernt worden waren.

Das russische «Orangebuch» enthielt 79 Dokumente, die betonen sollten, wie sehr sich das Zarenreich für den Frieden eingesetzt habe, aber es vertuschte Fakten wie Russlands Mobilmachung und schob den Mittelmächten (Deutsches Reich und Österreich-Ungarn) die Schuld zu. Im Orangebuch fehlen Versöhnungsvorschläge, die Deutschland während der Juli-Krise 1914 gemacht hatte, sowie sämtliche Beweise für die französisch-russische Kriegspolitik. Auch in dem mit deutlicher Verspätung veröffentlichten französischen «Gelbbuch» wurden einige Telegramme unterschlagen und andere dahingehend verfälscht, dass Frankreich mehr Wunsch nach Frieden zugestanden und Deutschland mehr Schuld am Krieg gegeben wurde.

Keinerlei Rücksicht hatte die Triple Entente, wenn es um die Manipulation offizieller Dokumente ging. Gelb-, Blau- und

Orangebuch durchzogen Auslassungen und Falschinformationen, die die Wahrheit vertuschen sollten und die von der Propagandamaschinerie brav als Beleg für die Schuld des Kaiserreichs dargestellt wurden.

Die britische Zeitung Guardian berichtete im Herbst 2013, dass in Hanslope Park, einem Hochsicherheitsareal der beiden Geheimdienste MI5 und MI6 in der Nähe von London, ca. 1,2 Millionen offizielle Akten des britischen Ausenministeriums der Öffentlichkeit vorenthalten werden. In mehreren Artikeln wurde darüber berichtet, wie es einer kleinen Gruppe von Historikern gelungen war, eine Führung durch das Geheimarchiv zu erzwingen. Die Oxfordprofessorin Margaret MacMillan, bislang zuverlässig im Mainstream schwimmend, äusserte anschliessend, sie müsse ihre Arbeiten über den Ausbruch des Ersten Weltkriegs überdenken.⁽¹⁾ Auf die Frage des Guardian, was die Spezialsammlungen uns über die Geschichte sagen könnten, die wir doch zu kennen glaubten, antwortete MacMillan: «Fragen Sie mich nicht, wer den Ersten Weltkrieg veranlasst hat.»⁽²⁾ (tk)

Quellen:

Wolfgang Effenberger, Europas Verhängnis – Kritische angloamerikanische Stimmen zur Geschichte des Ersten Weltkriegs, Verlag zeitgeist, 1. Auflage November 2018

1. theguardian.com, Foreign Office hoarding 1m historic files in secret archive, 18.10.2013

2. vice.com, The UK Government Has Opened Up Thousands of Secret Files to the Public, 14.05.2014



27. August 1914:

Gräuelpropaganda mit abgehackten Kinderhänden in Belgien



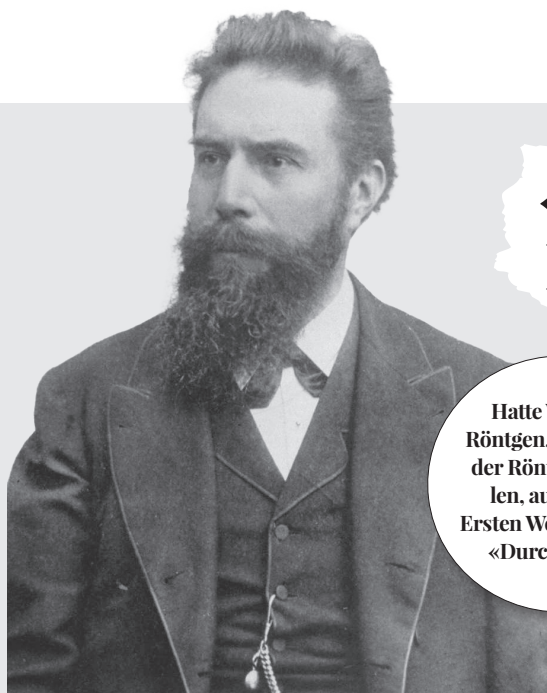
Die Gräuellüge, dass deutsche Soldaten im Sommer 1914 in Belgien Kinder die Hände abgehackt hätten, lief ab August um die Welt und wurde eines der wichtigsten Propagandamittel gegen Deutschland im Ersten Weltkrieg. Entsprechende Karikaturen und falsche Bilder verstärkten die Wirkung des Gräuelmärchens aus britischen und französischen Zeitungen, das sich inzwischen zugegebenermaßen als reine Erfindung erwiesen hat. (tk)



In unendlichen Variationen zeigte die alliierte Propaganda im Ersten Weltkrieg erfundene deutsche Gewaltakte der makabersten Sorte.

September 1914:

«Manifest der 93» gegen die Kriegsschuld Deutschlands



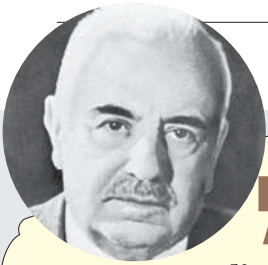
Hatte Wilhelm Röntgen, Entdecker der Röntgenstrahlen, auch beim Ersten Weltkrieg den «Durchblick»?

93 führende Wissenschaftler und Intellektuelle schrieben ihren Namen unter ein Manifest, das der einseitigen Propaganda der Alliierten widersprach. Der bekannteste Unterzeichner war Wilhelm Röntgen, Entdecker der nach ihm benannten Röntgenstrahlen. Das Manifest lässt verlauten:

«[...]Es ist nicht wahr, dass Deutschland diesen Krieg ver-

schuldet hat. Weder das Volk hat ihn gewollt noch die Regierung noch der Kaiser. Von deutscher Seite ist das Äusserste geschehen, ihn abzuwenden. Dafür liegen der Welt die urkundlichen Beweise vor. Oft genug hat Wilhelm II. in den 26 Jahren seiner Regierung sich als Schirmherr des Weltfriedens erwiesen; oft genug haben selbst unsere Gegner dies anerkannt. Ja, dieser nämliche Kaiser, den sie jetzt einen Attila zu nennen wagen, ist jahrzehntelang wegen seiner unerschütterlichen Friedensliebe von ihnen verspottet worden. Erst als eine schon lange an den Grenzen lauernde Übermacht von drei Seiten über unser Volk herfiel, hat es sich erhoben wie ein Mann. !

Es ist nicht wahr, dass wir freventlich die Neutralität Belgiens verletzt haben. Nachweislich waren Frankreich und England zu ihrer Verletzung entschlossen. Nachweislich war Belgien damit einverstanden. Selbstvernichtung wäre es gewesen, ihnen nicht zuvorkommen.



„«Man musste siegen, siegen um jeden Preis [...] Um zu siegen, musste man vor allem hassen, dem Feind alles Hassenswerte zumuten [...] Damals malte man die Deutschen als Barbaren der Kultur, als die Wurzel aller Übel der Menschheit. Es gab keine Grausamkeit, die man ihnen nicht zuschrieb, und wenn sie keine wehrlosen Frauen erschossen, hackten sie den Kindern die Hände ab. Vor allem ist die Legende von den abgehackten Kinderhänden während des Krieges ausgeschlachtet worden [...] als unwiderlegbarer Beweis der Hunnennatur [...] Sofort nach dem Kriege wollte ich mich von der Wahrheit all dieser Anschuldigungen versichern und beauftragte mehrere meiner Freunde mit den nötigen Nachforschungen nach Zeit, Ort, Namen.

Lloyd George (Anm.: Premierminister ab 1916) hatte denselben Gedanken und verhörte auf einer Reise in Belgien alle nur möglichen Zeugen über die ‚schrecklichen Amputationen‘. Aber weder mir noch ihm ist es gelungen, auch nur einen einzigen Fall als tatsächlich festzustellen.»

Francesco Nitti, italienischer Ministerpräsident 1919–1920 und später im antifaschistischen Widerstand gegen Mussolini

Quelle: Die Tragödie Europas – und Amerika?, 1924, S.39-56

Es ist nicht wahr, dass eines einzigen belgischen Bürgers Leben und Eigentum von unseren Soldaten angetastet worden ist, ohne dass die bitterste Notwehr es gebot. Denn wieder und immer wieder, allen Mahnungen zum Trotz, hat die Bevölkerung sie aus dem Hinterhalt beschossen, Verwundete verstü-

melt, Ärzte bei der Ausübung ihres Samariterwerkes ermordet. Man kann nicht niederträchtiger fälschen, als wenn man die Verbrechen dieser Meuchelmörder verschweigt, um die gerechte Strafe, die sie erlitten haben, den Deutschen zum Verbrechen zu machen. [...]» (tk)

Quelle: de.wikipedia.org, Manifest der 93

1916:

Schweizer Historiker weist Kriegswille Englands nach



Schon in einer preisgekrönten Untersuchung des Schweizer Historikers Jacob Ruchti von 1916 «Zur Geschichte des Kriegsausbruches» (Neuauf- lage Basel 2005) wird gezeigt, dass die behauptete Friedensliebe und selbstlosen Vermittlungsversuche der englischen Regierung in den Tagen vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges eine Maske waren, hinter der sich der Kriegswille versteckte.

Ruchti weist z.B. nach, dass der deutsche Botschafter Lichnowsky noch am 1. August 1914 den englischen Aussenminister Grey (der dem Round Table nahestand) nach dessen eigener Notiz eindringlich gefragt hat, «ob, im Falle Deutschland verspräche, die Neutralität Belgiens nicht zu verletzen, Grossbritannien seinerseits das Versprechen, neutral zu bleiben, geben würde.» Doch Grey lehnte das ab. «Der Botschafter», so berichtet Grey, «drang in mich, ob ich die Bedingungen, unter welchen wir neutral bleiben würden, nennen könne. Er meinte sogar, dass es möglich wäre, die Integrität Frankreichs und seines Kolonialgebiets zu gewährleisten.» Grey sagte nur, «dass wir unsere Hände frei behalten müssten», was keine klare Antwort auf Lichnowskys Angebot war. Ruchti zieht das Fazit, «dass England im Sinne hatte, unter allen Umständen an einem Kriege gegen den deutschen Rivalen teilzunehmen.» Dazu brauchte es die deutsche Neutralitätsverletzung Belgiens als eigenen Kriegsvorwand vor der britischen Öffentlichkeit, der Grey die deutschen Angebote verschweig. (tk)

Quelle:

fassadenkratzer.wordpress.com, Wie einflussreiche Kreise in England zum Ersten Weltkrieg trieben, 04.08.2014

12. Dezember 1916:

Friedensangebot der Mittelmächte

Das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 war eine Friedensnote im Verlauf des Ersten Weltkriegs, die aber ohne Folgen blieb. Noch zu dem Zeitpunkt, als ein Sieg Deutschlands deutlich wahrscheinlicher schien als ein Sieg der Alliierten, streckten die vier Mittelmächte Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich und Bulgarien die Hand aus.

! «Getragen von dem Bewusstsein ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft, und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum Äussersten fortzusetzen, zugleich aber von dem Wunsch beseelt, weiteres Blutvergiessen zu verhüten und den Gräueln des Krieges ein Ende zu machen, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. Die Vorschläge, die sie zu diesen Verhandlungen mitbringen werden, und die darauf gerichtet sind, Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu sichern, bilden nach ihrer Überzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens», so das



Auf sein Friedensangebot bekam Wilhelm II. von den Alliierten eine unmissverständliche Antwort. (Französische Karikatur)

Friedensangebot, das von den Alliierten am 30.12.1916 abgelehnt wurde. Warum wollten die Alliierten nicht

einmal verhandeln, um endlich das Sterben auf den Schlachtfeldern zu stoppen? (tk)

Quelle: de.wikipedia.org, Friedensangebot der Mittelmächte

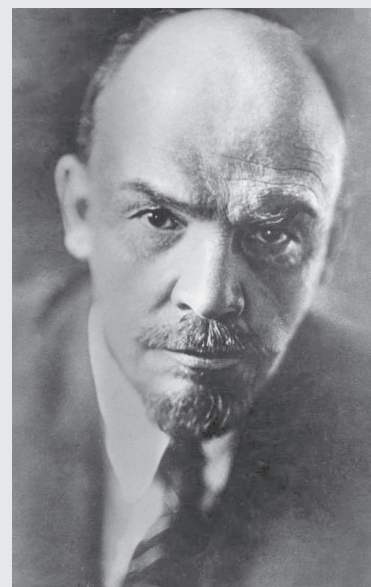
1914–1916:

Lenin hofft auf die Weltrevolution durch den Weltkrieg

Der von Friedrich Engels angekündigte (siehe S.8) Weltkrieg und von vielen Kommunisten lange ersehnte Weltkrieg sollte nach den Vorstellungen des Revolutionärs Wladimir Lenin, dem neuen Führer der kommunistischen Bewegung, zu einer Niederlage des Russischen Zarenreichs führen, um im Gefolge dieser Niederlage die russische Monarchie zu stürzen und einen Bürgerkrieg auszulösen. Ähnliches sollte nach Lenins Vorstellung, der den Beginn des Krieges aus dem Schweizer Exil verfolgte, auch in den anderen vom Krieg betroffenen Staaten geschehen, so dass der Weltkrieg in einen weltweiten Bürgerkrieg übergehen würde, der in die Errichtung des Weltkommunismus münden sollte. Doch für den Fall, dass es nicht gelingen würde, mit dem Weltkrieg unmittelbar die Weltrevolution loszutreten, hatte Lenin im Herbst 1914 ein «Minimalprogramm» formuliert, das die Machtergreifung der Kommunisten in wenigstens einem Land vorsah, um damit eine staatliche Basis zu schaffen, von der aus die roten Revolutionäre gegen die gesamte übrige Welt antreten würden, um dort Unruhen und Aufstände zu entfachen oder direkt zum bewaffneten Angriff überzugehen. Wenn also, so schrieb Lenin im Jahr 1916, «die Revolution [...] trotz unserer Bemühungen aus diesem Kriege noch nicht geboren wird», dann dürfe man nicht «die unangenehme Möglichkeit ignorieren, dass die Menschheit im schlimmsten Falle noch einen zweiten imperialistischen Krieg durchmachen wird».

⁽¹⁾ Lenin kündigte somit bereits im Jahr 1916 ausdrücklich an, dass auf den Ersten Weltkrieg ein zweiter folgen würde, wenn der Erste Weltkrieg noch nicht den erhofften Sieg des Kommunismus im Weltmassstab bringen würde. (tm)

Quelle: 1. Wladimir Lenin, Das Militärprogramm der proletarischen Revolution, 1916



Wladimir Lenin sah den Ersten Weltkrieg als grosse Chance für die Errichtung des Weltkommunismus.

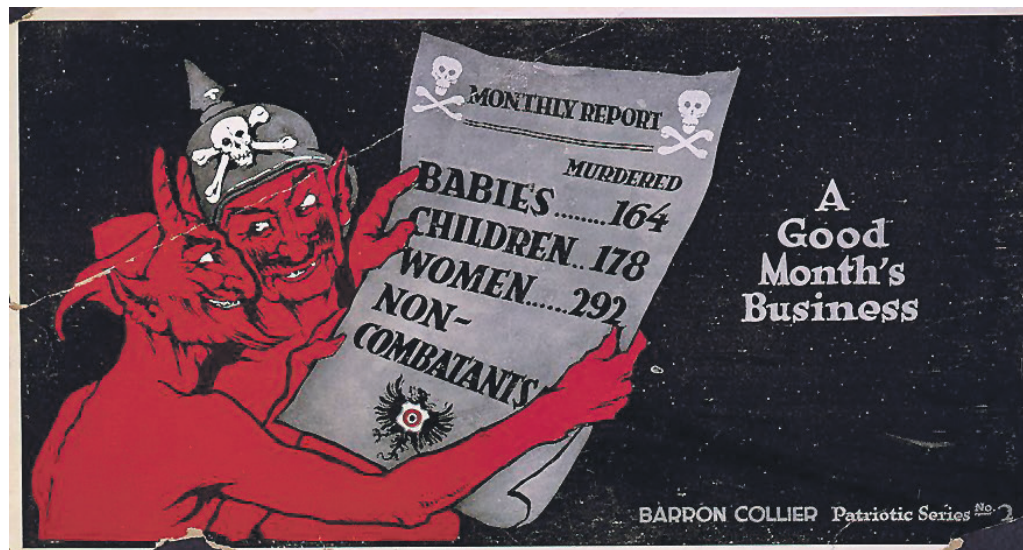


Die Ähnlichkeit der Rekrutierungsplakate für britische und US-Armee kam nicht von ungefähr. Schliesslich pflegte die Round Table Gruppe auch hervorragende Kontakte in die USA. In den Vereinigten Staaten streckte Uncle Sam, in Grossbritannien Kriegsminister Lord Kitchener dem Betrachter den Zeigefinger entgegen.

April 1917: Propaganda-Komitee in den USA



Bei Versammlungen für Kriegsanleihen richteten Stummfilm-Stars wie Charlie Chaplin ihr Wort an tausende Amerikaner. 1918 drehte Chaplin sogar einen Film namens «The Bond» (Die Anleihe), um amerikanische Zuschauer zum Kauf von Kriegsanleihen anzuregen. In dem Film verprügelt Chaplin Kaiser Wilhelm II. mit einem Hammer, auf dem «Liberty Bonds» (der Name der US-Kriegsanleihen) geschrieben steht.



Der «Teufel» Kaiser Wilhelm wirft einen zufriedenen Blick auf den Monatsbericht der Kriegsoffer, Propaganda aus einer amerikanischen Zeitung.

Das «Committee on Public Information» (CPI) oder «Creel-Kommission» (CPI), war ein Propagandainstrument der US-Regierung unter Woodrow Wilson, welches dazu diente, die Bevölkerung psychologisch auf die Teilnahme der USA am Ersten Weltkrieg ab 1917 einzustimmen. Das Propaganda-Genie Edward Bernays (siehe Ausgabe 44) wurde Mitglied des CPI.

Die Teilnahme am Ersten Weltkrieg lag nicht im Interesse der Amerikaner. Viele Familien waren extra in die USA ausgewandert, um nicht mehr in europäische Kriege involviert zu werden. Woodrow Wilson war als «der Präsident» wiedergewählt worden, «der uns vom Krieg fernhielt», aber schon zu Beginn seiner Zweiten Amtszeit entschied er sich, am Krieg gegen Deutschland teilzunehmen und amerikanische Infanteristen in die mit Gas gefüllten Gräben und auf die Schlachtfelder von Frankreich zu schicken.

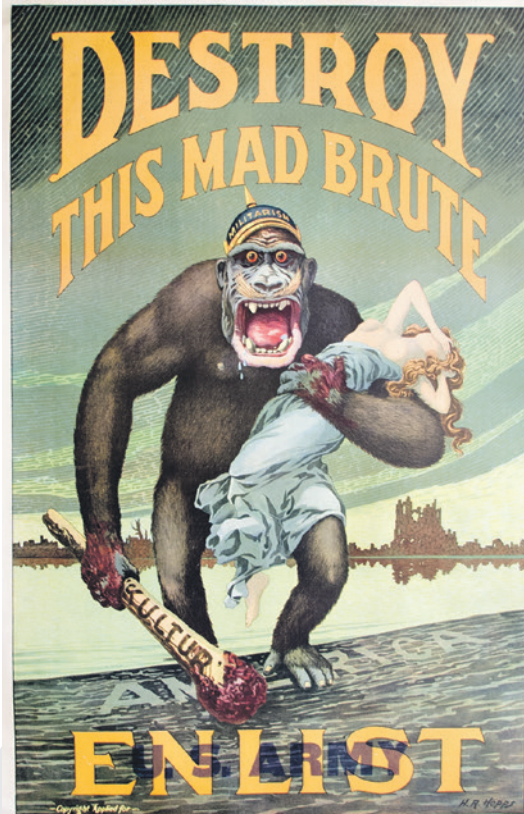
Um den Hass auf die deutsche Armee zu schüren, griff die US-Propaganda zu einer gehörigen Portion Tricks und Überhöhungen. Die Deutschen wurden als bru- ▶



► tale Monster dargestellt, die keinerlei Gewissen kannten. Die Kampagne verglich die Deutschen mit den Hunnen – einem militaristischen, furchterregenden Kriegervolk, das ursprünglich aus der Mongolei kam und im 4. Jahrhundert n. Chr. über Europa hereingefallen war. Den wilden Hunnen wurde vorgeworfen, Städte in Schutt und Asche gelegt, die Frauen missbraucht und die Einwohner getötet zu haben. Die Amerikaner wussten 1917 nicht, was am anderen Ende der Welt vor sich ging und nahmen die Desinformation ihrer Regierung für bare Münze.

In melodramatischer Form wurden die bereits von der britischen und französischen Propaganda erfundenen deutschen Grausamkeiten durch ständige Wiederholung im öffentlichen Bewusstsein verankert. Der deutsche Kaiser wurde zu einem brutalen Kriegshetzer stilisiert, einem Barbaren mit Pickelhaube. Amerikanische Zeitungen schlossen sich der Gräuelpropaganda an und berichteten ebenfalls, belgischen Babys seien die Hände abgeschlagen worden, die deutschen Hunnen hätten Babys auf Bayonetten aufgespiesst oder in einem Fall an eine Tür genagelt. Ein Kanadier sei von deutschen Soldaten gekreuzigt worden und tote Körper würden von den Deutschen eingekocht, um später als Munition und Schweinefutter verwendet zu werden. Erst Jahre nach dem Beitritt der USA zum Ersten Weltkrieg entpuppten sich die angeblichen Gräueltaten deutscher Soldaten als faustdicke Lügen. Mit Bernays Slogan «Make the world safe for democracy!» («Macht die Welt sicher für die Demokratie») wurden etwa 2 Millionen Amerikaner auf die europäischen Schlachtfelder geschickt. (tk)

Quelle: de.wikipedia.org, Committee on Public Information



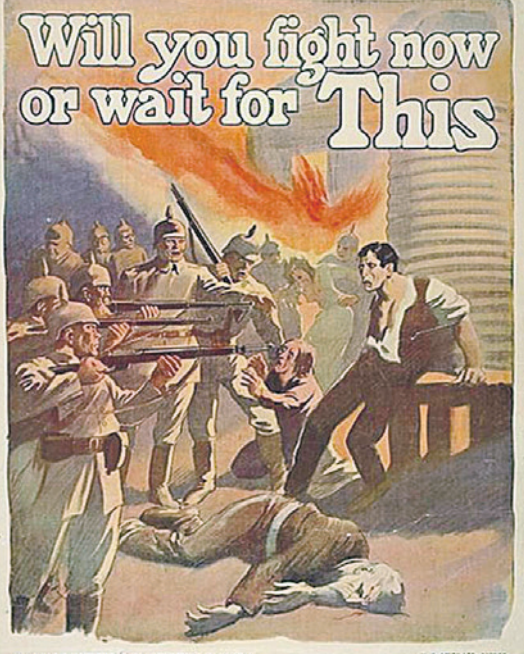
Die deutschen Soldaten wurden von der US-Kriegspropaganda als kaltblütige Monster dargestellt. Dieses Plakat forderte den Betrachter auf: «Zerstört diese Unmenschen. Tretet der Armee bei!»



„Im Kriege ist die Wahrheit so kostbar, dass sie immer von einer Leibwache von Lügen umgeben sein sollte.“

Winston Churchill

Quelle: spiegel.de, Lügen für den Sieg, 10.10.2001



Bernays' Creel-Ausschuss gründete eine Division für Bild-Propaganda. Talentierte Zeichner wurden rekrutiert, um Poster zu malen, die die Amerikaner dazu drängten, Kaufsanleihen zu kaufen oder der Armee beizutreten. Die Poster stellten die Deutschen als blutrünstige Barbaren dar. Insgesamt wurden 1438 Designs für Poster, Fensterkarten, Zeitungs-Werbungen, Cartoons, Siegel und Knöpfe produziert.

Den Deutschen wurden von Bernays' Creel-Ausschuss Gräueltaten unterstellt, die sie nie begangen hatten. Mit dem Slogan «Wirst du kämpfen oder warten, dass das (Anm.: Der Mord an Unschuldigen) passiert?» appellierte man an die Schuldgefühle des normalen US-Bürgers. Jeder amerikanische Mann, der sich nicht bereit erklärte, gegen die Deutschen zu kämpfen, wurde dafür verantwortlich gemacht, dass das Morden von unschuldigen Kindern und Frauen weiterging.

Sus Bonos de la Libertad ayudarán a dar fin con esto



Oktoberrevolution in Russland – Sturz der deutschen Regierung wird vorbereitet

Nachdem es den Bolschewiken mit ihrer Oktoberrevolution gelungen war, dem Kommunismus die in Lenins «Minimalprogramm» (siehe S.34) angestrebte staatliche Basis in Russland zu verschaffen, initiierte Lenin unverzüglich einen Waffenstillstand an der gesamten Ostfront des Ersten Weltkrieges, der am 15. Dezember 1917 in Kraft trat und auf den am 3. März 1918 der Friedensvertrag von Brest-Litowsk folgte, welcher das Ausscheiden Russlands aus dem Ersten Weltkrieg bewirkte. Der im Jahr 1978 zum Westen übergelaufene Offizier des sowjetischen Militärgheimdienstes GRU Viktor Suworow erklärte, welches Kalkül Lenin zu diesem Friedensschluss bewog:

«Mag Deutschland seinen Krieg im Westen führen, mag es sich ruhig auszehren und zugleich auch die westlichen Bundesgenossen bis zur Erschöpfung schwächen. Wir werden um jeden beliebigen Preis Deutschland behilflich sein, bis zur eigenen äussersten Auszehrung weiterzukämpfen, und dann...»⁽¹⁾

Denn zur selben Zeit, als auf Lenins Drängen in Brest der Friedensvertrag zwischen Deutschland und Russland unterzeichnet wurde, arbeitete man «in Petrograd (Anm.: das ehemalige St. Petersburg) intensiv an den Vorbereitungen zum Sturz der deutschen Regierung. In Petrograd wurde in einer Auflage von einer halben Million Exemplaren die kommunistische deutschsprachige Zeitung ‚Die Fackel‘ herausgebracht, und noch vor der Unterzeichnung des ‚Friedensvertrages‘ von Brest wurde im Januar 1918 in Petrograd die deutsche kommunistische ‚Spartakus‘-Gruppe gegründet. Auch die Zeitungen ‚Die Weltrevolution‘ und ‚Die Rote Fahne‘ erlebten ihre Geburtsstunde nicht in Deutschland, sondern im kommunistischen Russland, auf Weisung Lenins, der den ‚Frieden‘ mit Deutschland unterzeichnet hat.»⁽¹⁾

! In anderen Worten, Lenin beendete zwar den Krieg zwischen Deutschland und Russland, aber er bereitete schon zur selben Zeit den kommunistischen Bürgerkrieg vor, der Deutschland und ganz Europa erfassen sollte, sobald die an der West- und Südfront noch immer kriegführenden Staaten ausreichend erschöpft wären. Tatsächlich führte dies noch im selben Jahr zur Novemberrevolution, zum Ende des Kaiserreichs und zur Ausrufung der Weimarer Republik, wodurch Deutschland in ein politisches und wirtschaftliches Chaos gestürzt wurde, das zur Verelendung grosser Teile des deutschen Volkes führte. (tm)

Quelle: 1. Viktor Suworow, Der Eisbrecher, S.18 f.



Sowohl der kommunistische Spartakusbund, der in Deutschland Ende 1918 die Revolution vorantrieb, als auch sein Parteiorgan «Die Rote Fahne» hatten ihre Geburtsstunde in der Sowjetunion.

08. Januar 1918:

US-Präsident Woodrow Wilson verkündet sein 14-Punkte-Programm



US-Präsident Wilson versprach allen Völkern der Welt Selbstbestimmung, doch schon mit dem Versailler Vertrag (siehe S.41 ff.) war davon in Bezug auf die Besiegten keine Rede mehr.

Als «14-Punkte-Programm» werden die Grundzüge einer «Friedensordnung» für das vom Ersten Weltkrieg erschütterte Europa bezeichnet, die der amerikanische Präsident Woodrow Wilson am 8. Januar 1918 in einer programmatischen Rede vor beiden Häusern des US-Kongresses umriss. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, dem zufolge jedes Volk das Recht hat, frei, also unabhängig von ausländischen Einflüssen, über seinen politischen Status, seine Staats- und Regierungsform und seine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu entscheiden, wurde von Wilson der Öffentlichkeit gegenüber als ein wichtiger Teil des Programms vertreten. Dies gilt es im Hinterkopf zu behalten, da das von Wilson hochgepriesene Selbstbestimmungsrecht der Völker nach Ende des Weltkrieges auf deutschem Gebiet so gut wie keine Anwendung mehr fand (siehe u.a. S.44 u. S.55). (tk)

Quelle: de.wikipedia.org, 14-Punkte-Programm


11. November 1918:

Die Dolchstosslegende – wirklich nur eine Legende?

Im Herbst von 1918 war klar, dass Deutschland den Krieg nicht gewinnen konnte. Die Taktik lautete nun, ihn auch nicht zu verlieren. Ein Sieg der Alliierten war ebenso weit entfernt, da Deutschlands Ostfront mit Russland geschlossen war. Auf deutschem Boden stand kein einziger alliierter Soldat, Berlin war 900 km entfernt von der Westfront und das deutsche Militär war in der Lage, die Heimat zu verteidigen.

Dann kollabierte Deutschland von innen: Marxistische Politiker, Gewerkschaftsführer und Medienmogule taten sich

zusammen, um Deutschland gemeinsam mit den Bolschewisten in Russland (siehe S.46) zu destabilisieren – zu einem Zeitpunkt, als der Gegner noch keinen Fuss in das Land gesetzt hatte und deutsche Friedensangebote nicht erhört wurden, was ahnen liess, dass ein Sieg der Alliierten Unheil für das gesamte deutsche Volk bedeuten würde. In der marxistisch dominierten «Novemberrevolution» setzten sich allein Sozialisten an die Spitze des «Rates der Volksbeauftragten», welcher den Kaiser zum Abdanken zwang und den Übergang zur Weimarer Republik gestaltete.

Während der «Rat der Volksbeauftragten» nur aus etwas moderateren «demokratischen Sozialisten» bestand, brach eine Revolution der Radikal-Kommunisten aus: Rote Revolutionäre wollten im «Spartakusaufstand» vom 05. bis 12.01.1919 in Berlin die Macht ergreifen. So hätte ganz Deutschland damals in die Hände der Kommunisten geraten können, wenn nicht Freikorps aus ehemaligen Frontsoldaten den Aufstand niedergeschlagen hätten. Deutschland wurde (vorerst) vor dem Schicksal bewahrt, das Russland nach der Machtübernahme der Bolschewisten blühte (siehe S.51).

Die «Dolchstosslegende», die die Schuld an der Niederlage vor allem auf die Sozialdemokratie und den Bolschewismus schob, und mit der Hitler später Wahlkampf gegen die Kommunisten machte, entbehrte also nicht jeder Grundlage. (tk)



Die Kommunisten erdolchen die deutschen Frontsoldaten von hinten, ein Wahlplakat der Deutschnationalen Volkspartei 1924

Quellen:

de.wikipedia.org, Spartakusbund

de.wikipedia.org, Dolchstosslegende

11. November 1918:

Der Erste Weltkrieg endet mit 20 Millionen Toten

Der Erste Weltkrieg endete nach im Mainstream genannten Zahlen (die deutsche Wikipedia richtet sich nach dem US-Militärhistoriker Spencer Tucker) mit über 20 Millionen Toten, etwa 10 Millionen tote Soldaten und 10 Millionen tote Zivilisten. Die meisten Opfer entfielen auf das Deutsche Reich mit 2 Millionen toten Soldaten und 700.000 Zivilisten (eine eher niedrige Schätzung). Österreich-Ungarn verzeichnete etwa 1,4 Millionen gefallene Soldaten und 400.000 verstorbene Zivilisten. Schlimm genug, doch kann den Zahlen, die im Nachhinein von den bekanntlich geschichtsschreibenden Siegern verlautbart wurden, überhaupt trauern?

Von den massgeblichen Staatsmännern des Jahres 1914 hatte Kaiser Wilhelm II. den Krieg am wenigsten gewollt, dessen ungeachtet wurde er später am meisten verleumdet. Sein Sturz, die Kriegsniederlage 1918, der Versailler Vertrag und endlose revolutionäre Wirren ebneten in Deutschland schliesslich den Weg für den Aufstieg Hitlers und den Nationalsozialismus (siehe S.50). (tk)

Quelle: de.wikipedia.org, Erster Weltkrieg



Schlacht um Verdun, 14. (oder 15.) März 1916



1919: Gründung der Kommunistischen Internationale (Komintern)

Noch während des Russischen Bürgerkriegs wurde in Moskau die Organisation «Kommunistische Internationale» gegründet, die kommunistische Parteien in Frankreich, Italien, China, Deutschland, Spanien, Belgien, der USA und vielen anderen Nationen gründete oder übernahm. Sie sollte als Werkzeug dienen, antikommunistische Nationen von innen heraus zu schwächen oder gar die Machtübernahme der Kommunisten durch Revolutionen oder Wahlen herbeizuführen. Das Ziel der Internationale war – kaum zufällig – den Vorstellungen von Cecil Rhodes und Lord Salisbury (siehe S.5 u. S.9) sehr ähnlich: Die Errichtung «einer internationalen Sowjetrepublik», also einer Weltregierung. (tk)

Quelle: en.wikipedia.org, Communist International

Theoretisches Magazin der Kommunistischen Internationale, das seit seinem Bestehen in den Sprachen der Mitgliedsparteien veröffentlicht wurde.

1914–1919:

Churchills Hungerblockade lässt rund eine Million Zivilisten verhungern

Am 2. November 1914 erklärte die britische Admiralität unter der Leitung des Marineministers Winston Churchill die gesamte Nordsee zum Kriegsgebiet und zwang damit den Seehandel der neutralen Staaten unter die Kontrolle Englands. Damit wurde für dieses Gewässer eine gegen Deutschland gerichtete Seeblockade eingeleitet. So gelang es den Briten, die Seeherrschaft über die Nordsee zu erlangen. Dadurch waren praktisch alle Seewege von und nach Deutschland abgeschnitten, was später auch die allgemeine Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln und Kolonialwaren stark beeinträchtigte.

Der offizielle Vorwand für diesen Bruch des Völkerrechts war, dass die nicht ausdrücklich für britische Häfen bestimmten Güter letztendlich der deutschen Armee zugute kommen könnten. Der wahre Grund dieser staatlichen Piraterie lag jedoch in der Absicht «die gesamte (deutsche) Bevölkerung auszuhungern - Männer, Frauen und Kinder, Alt und Jung, Verwundete und Unversehrte - bis sie sich unterwirft»⁽¹⁾, wie Winston Churchill 1918 freimütig bekannte. Die Hungerblockade wurde nach dem Waffenstillstand von Compiègne im November 1918 in erpresserischer Absicht weiter aufrechterhalten, bis sich Deutschland zur Unterzeichnung des Versailler Vertrags (siehe S.41 ff.) gezwungen sah. Die Forderung nach Abdankung von Kaiser Wilhelm II. war ebenso Voraussetzung für die Aufgabe der Hungerblockade. Erst im Sommer 1919 wurde sie aufgehoben.

Der britische General Herbert Plumer soll sich darüber beschwert haben, seine Besatzungstruppen könnten nicht mehr den Anblick ertragen von «Horden von dünnen aufgedunsenen Kindern, die um die Abfälle der britischen Unterkünfte betteln». ⁽²⁾ Im «Lexikon der Völkermorde» (1999) von Gunnar Heinsohn findet sich der Eintrag «Deutsche Opfer/Hunger- ▶

Lord Robert Cecil aus der Round Table Gruppe war von 1916 bis 1918 Blockademinister und so für den Hungertod von über einer Million Menschen mitverantwortlich.



Foto: Bundesarchiv, Bild 102-12282 / CC-BY-SA 3.0



Käthe Kollwitz' bekannteste Zeichnung «Hungernde Kinder»



► blockade 1917/1918». Demnach starben etwa eine Million Zivilisten im Deutschen Reich und Österreich-Ungarn an Unterernährung, «weil die Lebensmittelblockade der Alliierten ungemein effektiv funktionierte».

Kaum zufällig war Winston Churchill aus der Round Table Gruppe als Marineminister und später als Premierminister bei zwei der gravierendsten Vergehen an unschuldigem Menschenleben auf deutschem Boden im 20. Jahrhundert massgeblich beteiligt: Der Hungerblockade im Ersten Weltkrieg und den Terrorbombardements im Zweiten Weltkrieg. Gemeinsam mit dem dritten Sohn von Lord Salisbury (siehe S.5) Lord Robert Cecil, der von 1916 bis 1918 Blockademinister war, hungerte er die deutsche Bevölkerung aus. (tk)

Quellen:

1. New York Times, Human Smoke, 23.03.2008

2. John V. Denson, The Costs of War: America's Pyrrhic Victories

77

«[Der Zweck der Seeblockade liegt darin,] die gesamte (deutsche) Bevölkerung auszuhungern – Männer, Frauen und Kinder, Alt und Jung, Verwundete und Unversehrte – bis sie sich unterwirft.»

Winston Churchill

4. März 1919:

Massaker an Sudetendeutschen – Das Selbstbestimmungsrecht der Völker gilt für die Besiegten nicht



Das einst nahezu vollständig deutsch besiedelte Sudetenland, heute Teil von Tschechien. Fast alle ca. drei Millionen Deutschen wurden vertrieben (siehe S. 93 ff.).

terreich. Die deutschen Abgeordneten dieser drei genannten Gebiete beteiligten sich 1918 auch an der Gründung von Deutschösterreich. Das Grundgesetz des neuen Deutschösterreichs führte die sudetendeutschen Gebiete als Teile des neuen österreichischen Staates auf.

Besetzung durch die Tschechen

Obwohl damit eindeutig der Wille der geschlossen siedelnden Deutschen in Böhmen und Mähren erklärt war und das alte Österreich-Ungarn noch bis zum Inkrafttreten des Vertrags von St. Germain (Ende des Staatskonzepts Deutschösterreichs und Gründung der «Republik Österreich» durch Befehl der Alliierten) am 10. September 1919 rechtlich bestand, besetzten tschechische Truppen ab Dezember 1918 die deutschen Gebiete des Sudetenlandes. Im festen Vertrauen auf ihr gutes Recht und die Versprechungen in Wilsons 14 Punkten leisteten die Deutschen dagegen bis auf wenige Ausnahmen keinen Widerstand und hofften, auf dem Verhandlungswege ihr Wollen durchsetzen zu können.

Das von Woodrow Wilson viel beschworene Selbstbestimmungsrecht der Völker (siehe S.37) wurde den deutschen Völkern nach dem Krieg weitgehend vorenthalten. Ein besonders herausragendes Beispiel für die Verletzung dieses Selbstbestimmungsrechts war das Massaker der Tschechen an Sudetendeutschen am 4. März 1919, als diese friedlich für ihr eindeutiges und immer wieder von Politikern grossspurig vertretenes Selbstbestimmungsrecht demonstrieren wollten.

Als am 28. Oktober 1918 eine selbständige Tschechoslowakei ausgerufen wurde, kam es zur Besetzung des Sudeten-

landes (nahezu ausschliesslich deutsch besiedelte Gebiete und vor dem Ersten Weltkrieg Teil von Österreich-Ungarn). Daraufhin beschlossen die deutschen Abgeordneten von Nordböhmen die Bildung des Landes «Deutschböhmen», die von Ostböhmen, Nordmähren und Österreichisch Schlesien die Gründung des Landes «Sudetenland». Zwei demokratisch legitimierte Vertreter erklärten die Zugehörigkeit dieser Länder zum neugebildeten «Deutschösterreich». Am 3. November 1918 beschlossen die Deutschen Südmährens ebenso den Anschluss ihres deutsch besiedelten Kreises «Deutsch-Südmähren» an Deutschös-

Das nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker entstandene «Deutschösterreich» mit dem Sudetenland im Norden wurde von den Alliierten abgelehnt und im Süden durch die «Republik Österreich» ersetzt, während das Sudetenland gegen den Willen der Bevölkerung an die Tschechoslowakei angeschlossen wurde.

Als ganz Deutschösterreich am 16. Februar 1919 seine verfassungsgebende Nationalversammlung wählte, wurden die Sudetendeutschen durch die inzwischen in ihrer Heimat eingerichteten tschechischen Besatzungsbehörden an der Teilnahme gehindert. Daraufhin riefen alle Parteien des Sudetenlandes zum Generalstreik und für den 4. März 1919, dem Tag des ersten Zusammentretens der Nationalversammlung in Wien, allgemein zu Demonstrationen für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in allen Bezirksstädten des Sudetenlandes auf.

Als sich an diesem 4. März Hunderttausende Deutsche, darunter viele Frauen und Kinder, in ihrer Heimat friedlich versammelten, schoss tschechisches Militär auf die Demonstranten. Da gleichzeitig an verschiedenen Orten das Feuer eröffnet wurde,

war von den Tschechen wohl von Anfang an ein bewaffnetes gewaltsames Eingreifen beabsichtigt gewesen. Insgesamt waren an diesem einen Tag im Sudetenland 54 deutsche Todesopfer zu beklagen, dazu 104 Verwundete. Unter den Toten waren 20 Frauen

und Mädchen, der jüngste Tote war erst 11 Jahre, der älteste Erschossene 80 Jahre alt. In der Zeit von 1918 bis 1922 starben noch weitere 53 Sudetendeutsche eines gewaltsamen Todes von tschechischer Hand, nur weil sie Deutsche waren. (tk)

Quellen:

Ernst Nitter (Hg.), «Dokumente zur sudetendeutschen Fragen 1916–1967» Ackermann-Gemeinde, München, 1967
Oskar Böse und Rolf Josef Eibicht (Hg.), «Die Sudetendeutschen», Josef C Huber Verlag, Diessen 1989, S. 48 f.

Alleinschuld Deutschlands in Versailles

28. Juni 1919:

Am 11. November 1918 wurde nördlich von Paris, im Wald von Compiègne, im Eisenbahnwaggon von General Foch der Waffenstillstand mit Deutschland unterzeichnet. Der Vertrag besagt, der Deutsche Kaiser habe einen Expansionskrieg geführt und Europa tyrannisiert, während Grossbritannien, Frankreich und Russland alles getan hätten, um dies zu verhindern. Gemäss der zynischen Analyse hatte Deutschland «vorsätzlich alle der zahlreichen Versöhnungsvorschläge der Entente-Mächte abgeschmettert und ihre wiederholten Bemühungen, einen Krieg zu vermeiden, durchkreuzt.» Deutschland habe sich der «schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Freiheit, die je eine Nation beging, die sich selbst als zivilisiert bezeichnet», schuldig gemacht. Die furchtbare Verantwortung für die Millionen Kriegstoten lud man allein vor Deutschlands Tür ab, denn das Kaiserreich «hielt es für angebracht, seine Lust nach Tyrannei dadurch zu stillen, dass es Zuflucht im Krieg suchte». ⁽¹⁾

Mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln – Universitäten, Presse, Kirchen-



Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens zwischen dem Deutschen Reich und den beiden Westmächten Frankreich und Grossbritannien am 11. November 1918

kanzeln und dem gesamten Staatsapparat – trug die Round Table Gruppe diese falsche Schuldzuweisung in die Welt hinaus. Sie diffamierte den Kaiser und Deutschland und glorifizierte die Entente-Mächte. Schliesslich hatten deren Männer für die «Zivilisation» gekämpft und ihr Leben gegeben.

Bei den Vertragsverhandlungen in Versailles stolperte man quasi auf Schritt und

Tritt über Gesandte aus Grossbritannien, Frankreich und den USA, die aus dem Umfeld der Round Table Gruppe kamen. Die wenigen deutschen Gesandten, denen man die Teilnahme erlaubt hatte, baten darum, dass man ihnen Beweise für Deutschlands angebliche Schuld vorlege, aber das verwehrte man ihnen. Wie denn auch, wenn es gar keine Beweise gab?



► Keinerlei Verteidigung war zulässig. Am 28. Juni 1919 wurde im Schloss von Versailles der «Friedensvertrag» unterzeichnet. Nach dem Attentat in Sarajevo hatte die Round Table Gruppe exakt fünf Jahre benötigt, um ihr Ziel zu erreichen. Die deutsche Gesandtschaft musste Artikel 231 unterzeichnen und damit Deutschland alle Schuld aufladen:

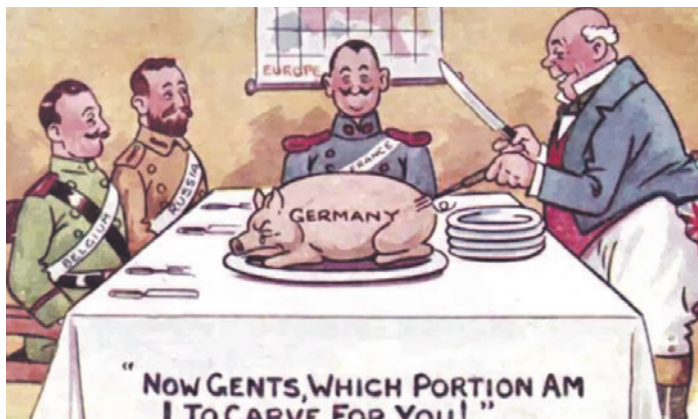
! «Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.»

Durch die Unterschrift räumte Deutschland die alleinige Verantwortung für den Ersten Weltkrieg ein. Ein hungerndes, verzweifelter Volk stand vor der Wahl: Entweder man gab unverzüglich seine «Schuld» zu oder die Alliierten würden das Land besetzen und die Hungerblockade aufrechterhalten, was aller Wahrscheinlichkeit nach früher oder später dazu führen würde, dass man den Deutschen ein Schuldeingeständnis abpresste. Professor Harry Elmer Barnes schrieb:

«Deutschland hatte die Position eines Gefangenen vor Gericht inne. Der Staatsanwalt erhielt sämtliche Freiheiten, was den Zeitpunkt und die Präsentation seiner Beweise anbelangte, während dem Angeklagten der Rechtsbeistand ebenso verweigert wurde wie die Möglichkeit, Beweise vorzulegen oder Entlastungszeugen zu benennen.»

Nach Durchsicht der Bedingungen, die ihnen am 7. Mai 1919 übergeben worden waren, wies das Kabinett Scheidemann – das erste Kabinett der Reichsregierung in der Weimarer Republik – die Kriegsschuld als eine Lüge zurück. Für Felix Fechenbach, den Präsidenten der Nationalversammlung, bedeutete der Versailler Vertrag die Vernichtung des deutschen Volkes.

«Now Gents, which portion am I to carve for you!» (Nun meine Herren, welches Teil darf ich Ihnen abschneiden!) Belgien, Russland, Frankreich und Grossbritannien teilen sich das geschlachtete Schwein Deutschland auf (englische Postkarte).



Europa vor dem Ersten Weltkrieg



Europa nach dem Ersten Weltkrieg



Da Kanzler Philipp Scheidemann eine Unterzeichnung ablehnte, musste sein Kabinett zurücktreten.

Der Versailler «Vertrag»

Der «Friedensvertrag» von Versailles (auch Versailler Vertrag) wurde bei der Pariser Friedenskonferenz 1919 im Schloss von Versailles von den Mächten der Triple Entente und ihren Verbündeten bis Mai 1919 ausgehandelt – ohne deutsche Beteiligung. US-Präsident Woodrow Wilson, der

französische Ministerpräsident Georges Clemenceau, der britische Premierminister David Lloyd George und der italienische Minister Vittorio Emanuele Orlando waren bei der Konferenz federführend. Frankreichs Premier Clemenceau war ein Deutschenhasser, der öffentlich geäußert hatte:

! «Der Fehler der Deutschen ist, dass es 20 Millionen zu viele von ihnen gibt.»⁽²⁾

Die wesentlichen Bedingungen dieses Vertrags, den Deutschland unter dem Druck einer Hungerblockade unterschreiben musste, lauteten:

1. Deutschland muss die volle Verantwortung für die Auslösung des Kriegs übernehmen (der sogenannte «Alleinschuld-Paragraph» 231)
2. Deutschlands Armee wird auf 100.000 Mann beschränkt (Stark genug, um während eines Aufstands die Ordnung wiederherzustellen, aber zu schwach, um eine Invasion abzuwehren)
3. Die Besetzung des Rheinlands und des Saarlands für 15 Jahre
4. Abtretung von Elsass-Lothringen an Frankreich



Gebietsverluste des Deutschen Reiches nach Versailles an andere Staaten

5. Die deutschen Flüsse werden internationalisiert. Deutschlands Hoheit über den Rhein wird eingeschränkt.
6. Die deutsche Kriegsflotte und die deutschen Handelsschiffe müssen den Alliierten übergeben werden. Deutschland muss fünf Jahre lang neue Schiffe für die Alliierten bauen. (Dadurch wurden Wirtschaft und Handel Deutschlands in Übersee unmöglich gemacht)
7. Alle deutschen Kolonien müssen den Alliierten überlassen werden, einschliesslich von Privateigentum und Privatbesitzungen.
8. Deutschland darf keine Luftwaffe haben, auch keine speziellen Akademien zur Offiziersausbildung.
9. Eine alliierte Kommission wird gebildet, die das Recht hat, sich überall und zu allen Zeiten in Deutschland zu bewegen und allerorts Inspektionen vorzunehmen.
10. Die deutsche Region Westpreussen muss an die neue Nation Polen abgetreten werden. (Zwei Millionen Westpreussen mussten daraufhin ihre Heimat verlassen und Ostpreussen wurde von Deutschland isoliert.)

11. Das deutsche Sudetenland muss an die neue Nation Tschechoslowakei abgetreten werden.
12. Der Ostseehafen Danzig wurde von Deutschland getrennt und zur «Freien Stadt» unter Schutz des Völkerbunds gestellt.
13. Deutschland muss enorme Kriegsschädigungen zahlen (Die Reparationen wurden später auf die horrende Summe von 132 Milliarden Goldmark festgesetzt, plus 26% der Gewinne des deutschen Exports. Eine finanzielle Last, die nahezu unmöglich zu schultern war. Da das Deutsche Reich keine Reparationszahlungen in notwendiger Höhe leistete, besetzten französische und belgische Truppen ab dem 11. Januar 1923 zusätzlich noch das Ruhrgebiet.) (tk)

Quellen:

- Verborgene Geschichte; Gerry Docherty, Jim MacGregor, Kopp Verlag, Rottenburg, 2014
 1. Alfred von Wegerer, «A Refutation of the Versailles War War Guilt Thesis», S.146
 2. spiegel.de, Der Unfriede von Versailles, 06.07.2009



«Der Fehler der Deutschen ist, dass es 20 Millionen zu viele von ihnen gibt.»

Georges Benjamin Clemenceau, Französischer Ministerpräsident 1906-1909 und 1917-1920

Gegen die «Alleinschuld Deutschlands» für den Ersten Weltkrieg spricht, dass:

- ▶ Grossbritannien über das gesamte 19. Jahrhundert Weltmachtträume hegte und seit etwa 1890 im Geheimen nachweislich einen Krieg gegen Deutschland plante
- ▶ Die britische Presse schon 20 Jahre vor dem Ersten Weltkrieg begonnen hatte, die öffentliche Meinung gegenüber Deutschland feindlich zu stimmen
- ▶ Grossbritannien, Frankreich und sogar das «neutrale» Belgien rund 10 Jahre vor dem Krieg offensive militärische Vorbereitungen trafen
- ▶ Russland (instruiert aus Grossbritannien) die Balkanstaaten gegen Deutschland und Österreich-Ungarn aufhetzte
- ▶ Russland (instruiert aus Grossbritannien) hinter dem Mord in Sarajevo steckte
- ▶ die Reaktion des österreichischen Kaisers auf den Mord von der Entente ausgenutzt wurde, um Europa in den Krieg zu manövrieren
- ▶ spätestens mit dem Besuch Poincarés in Russland am 20. Juli 1914 die Entscheidung der Entente für den Krieg gefallen war
- ▶ Russland schon vor Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich heimlich mobil machte, was einer Kriegserklärung gleichkam
- ▶ England seine Kriegserklärung extra lange hinauszögerte und das lange Zeit verhandlungsbereite Deutschland sich deshalb gezwungen sah, durch Belgien zu marschieren, um gegenüber der Entente einen Vorteil erlangen zu können
- ▶ eine Niederlage sehr wahrscheinlich geworden wäre, hätte sich Deutschland nicht zum Marsch durch Belgien entschieden
- ▶ von den Alliierten bewusst hanebüchene Lügen über Kriegsverbrechen der Mittelmächte verbreitet wurden
- ▶ Beweise für all diese Vorkommnisse in grossem Stil manipuliert und vertuscht wurden
- ▶ ein Friedensangebot der Mittelmächte 1916 von den Alliierten abgelehnt wurde.



«Wir haben einen Friedensvertrag, aber er wird keinen dauernden Frieden bringen, weil er auf dem Treibsand des Eigennutzes gegründet ist.» ⁽¹⁾

«Die Versailler Friedensverträge werden die Quelle eines neuen Krieges sein. Dies ist so sicher wie die Wiederkehr des Tages nach entschwundener Nacht.» ⁽²⁾

Robert Lansing, US-Aussenminister 1915-1920

Quellen:

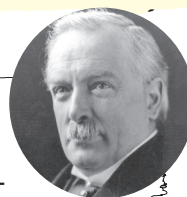
1. rp-online.de, Vom Erbfeind zum Verbündeten, 12.07.2019
 2. zeit.de, Grossmachtwahn und Schwertglaube, 04.04.1997



«Der Vorschlag der polnischen Kommission, 2,1 Mio. Deutsche der Aufsicht eines Volkes von anderer Religion zu unterstellen, das noch niemals im Laufe der Geschichte die Fähigkeit zu stabiler Selbstregierung bewiesen hat, muss meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen.»

Der englische Premier Lloyd George über die Abtretung deutscher Gebiete an Polen in einem Memorandum vom 25.03.1919

Quelle: Gerd Schultze-Rhonhof, «Der Krieg der viele Väter hatte», S.410



1918 bis 1939:

Polen: Die planmässige «Entdeutschung» mit vielen Vertriebenen und Todesopfern

Schon im Winter 1918/19 schaffte das neu gegründete Polen Fakten, indem es vor allem in Oberschlesien deutsche Gebiete besetzte. Der Versailler Vertrag erkannte diese geschaffenen Realitäten unter der Bedingung eines umfassenden Minderheitenschutzes an, der jedoch nicht eingehalten wurde. Im August 1919 drangen polnische Verbände weiter auf deutsches Gebiet vor, auch im August 1920 und im Mai 1921 überfielen polnische Einheiten Dörfer im Reichsgebiet und brannten sie nieder. Unter Missachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker (siehe S.37) raubte Polen weite Gebiete deutsch besiedelten Landes.

In den Jahren 1918/19 gründete Polen auch seine ersten «Konzentrationslager» zur Internierung deutscher Vertriebenen in Stralkowo und Szczypiorno, wo ca. 16.000 Deutsche als «Staatsfeinde» hinter Stacheldraht gesetzt wurden, viele von ihnen starben dabei. Später kamen noch zwei weitere derartige Lager hinzu. Der Grossteil der deutschen Schulen wurde geschlossen, deutscher Grundbesitz beliebig und willkürlich enteignet.

Das in Versailles mitunterzeichnete Minderheiten-Schutzabkommen war in der Praxis nur ein Fetzen Papier. Zwischen 1919 und 1923 wurden vom Völkerbund 75 Beschwerden der deutschen Minderheit in Polen anerkannt. Am 10. September 1923 stellte der Internationale Gerichtshof fest, dass Polen das Minderheitenrecht verletzt und den Minderheitenschutzvertrag gebrochen hatte. Selbst französische Intellektuelle und Politiker protestierten 1924 offen gegen den «polnischen Terror», der von 1918 bis 1939 viele Deutsche das Leben kostete.

Die planmässige «Entdeutschung» wurde von Polen auch öffentlich verkündet. Am 10. April 1923 erklärte der damals amtierende polnische Ministerpräsident General Ladislaus Sikorski bei einer Rede im Posener Rathaus in grosser Offenheit nach der Begrüssung durch den Stadtpräsidenten Cyryl Ratajski, der festgestellt hatte, dass «die deutsche Gefahr» nicht eher beseitigt sei, als «bis



alles deutsche Land in polnische Hände übergegangen sei und der Feind nicht mehr unnötig im eigenen Lande ernährt zu werden brauche» ⁽¹⁾, ebenso offen: «Es liegt im unmittelbaren Interesse der [polnischen] Minderheit, dass dieser historische Prozess, nach langer Bedrückung durch die preussische Regierung, dieser Prozess, den man **Entdeutschung** der westlichen Woiwodschaften (Anm.: polnische Verwaltungsbezirke) nennt, in einem möglichst kurzen und raschen Tempo vollführt werde. [...] Der Starke hat immer Recht, und der Schwache wird als besiegt angesehen, und man schiebt ihn auf den zweiten Plan.» ⁽²⁾

1926 wurden weitere Lager eingerichtet, nicht nur für Deutsche, sondern auch für Ukrainer und andere Minderheiten in Polen sowie für polnische Oppositionelle: die Lager Bereza-Kartuska und Brest-Litowsk.

In den Jahren zwischen 1918 und 1939 wurden viele deutsche Zivilisten von Polen ermordet. ⁽³⁾ «Rund 400.000 Deutsche (einige Quellen sprechen sogar von rund einer Million) mussten in den Jahren 1919–1921 ihre an Polen ge-

langte Heimat verlassen, weit mehr als die Hälfte der Deutschen, nämlich etwa 1,5 Millionen, bis 1939. In Bromberg sank zum Beispiel der Anteil der deutschen Bevölkerung im Jahre 1910 von 77,4 % auf 27,3 % im Jahre 1926, in Thorn von 66 % auf 12,5 %, in Graudenz von 84,8 % auf 20,7 %, in ganz Westpreussen von 42,7 % auf 18,7 %.» Viele Deutsche wurden in den ersten Nachkriegsjahren des Ersten Weltkrieges ermordet oder kamen in die von Polen errichteten Konzentrationslager, die ersten in Mitteleuropa, so der Autor Pit Pietersen. ⁽⁴⁾ (*Ik*)

Quelle:

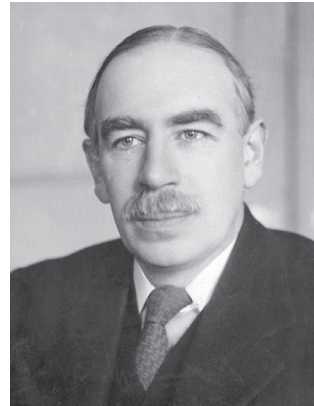
Albert Kotowski: Polens Politik gegenüber seiner deutschen Minderheit 1919–1939, Harrassowitz 1998

1. Im Bericht des Deutschen Generalkonsuls in Posen an das Auswärtige Amt vom 12.04.1923 in: Auswärtiges Amt (Hg.), Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Carl Heymanns, Berlin 1939, S.10
2. Posener Neueste Nachrichten, 12.04.1923; Auszug in: Auswärtiges Amt (Hg.), ebenda, S.10
3. Alfred de Zayas, Die Deutschen Vertriebenen, 2006
4. Pit Pietersen: Kriegsverbrechen der alliierten Siegermächte, S.261

John Maynard Keynes – einflussreichster Ökonom des 20. Jahrhunderts – sieht im Versailler Vertrag die «Versklavung» Deutschlands und neuen Krieg als unausweichlich

Der britische Nationalökonom John Maynard Keynes, Berater der englischen Delegation in Versailles, wertete den «Versailler Vertrag» in seinem Buch «Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages» als «einen Versuch, Deutschland der Versklavung zuzuführen und als ein Gewerbe von jesuitischen Auslegungen zur Bemäntelung von Ausraubungs- und Unterdrückungsabsichten.» Und an anderer Stelle dieses Buches schrieb Keynes: **«Je öfter ich diesen Vertrag lese, um so übler wird mir. Das grösste Verbrechen sind die Reparationsklauseln. [...] Wenn ich die Deutschen wäre, würde ich mit keinem Strich unterschreiben.»** ⁽¹⁾

Zudem prophezeite er, dass der Versailler Vertrag einen weiteren Krieg unausweichlich machen würde: «Denn wenn wir bewusst auf die Verarmung Mitteleuropas hinarbeiten, dann wird – das wage ich vorherzusagen – die Rache nicht auf sich warten lassen. Nichts kann dann mehr lange den letzten Bürgerkrieg zwischen den Mächten der Reaktion und den verzweifelten Zuckungen der Revolution aufhalten, jenen Bürgerkrieg, angesichts dessen die Schrecken des Krieges mit Deutschland ein Nichts scheinen werden, jenen Krieg, der, ganz gleich wer siegt, die Zivilisation und den Fortschritt unserer Generation vernichten wird.» ⁽²⁾ (tk)



John Maynard Keynes

Quellen: 1. Gerd Schultze-Rhonhof, «Der Krieg, der viele Väter hatte», S.81

2. deutschlandfunk.de, John Maynard Keynes: «Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles», 08.09.2014

Juli 1920: Moskaus Invasion in Polen zur Ausweitung des kommunistischen Machtbereichs

Polnische Verteidigungsstellungen bei der siegreichen Schlacht an der Weichsel gegen die Sowjetunion.



Der Militärbefehlshaber Michail Tuchatschewski drohte offen mit Gewalt gegen Zivilisten im Falle eines Durchbruchs der Roten Armee nach Deutschland.

! Den Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs wollte Lenin für die Ausweitung der kommunistischen Revolution nach Mitteleuropa nutzen, weshalb er im Jahr 1920 der Roten Armee unter dem Befehl von Marschall Michail Tuchatschewski den Befehl gab, durch Polen nach Deutschland vorzustossen um dort den gewaltsamen Klassenkampf zu entfachen. Diesen Vorstoss bezeichnete GRU-Überläufer Suworow als den ersten Versuch, «den Zweiten Weltkrieg zu entfesseln» und er wurde, wie Suworow ausdrücklich betonte, von den Sowjets unternommen. Der Revolutionäre Kriegsrat Sowjetrusslands gab im Juli 1920 eine Proklamation an die Rote Armee heraus, welche die Zielsetzung der Kommunisten klar zum Ausdruck brachte: «Im Westen wird das Schicksal der Weltrevolution entschieden. Über der Leiche Weisspolens verläuft die Strasse zum Weltenbrand. Auf Bajonetten werden wir der werktätigen Menschheit Frieden und Glück bringen.» ⁽¹⁾

Doch schon im August 1920 wurde Tuchatschewskis Angriff in der Schlacht an der Weichsel durch die polnische Armee zerschlagen. Drei Jahre später beschrieb Tuchatschewski seinen gescheiterten Versuch, den Kommunismus nach Europa zu bringen

mit den Worten: «Es unterliegt keinem Zweifel, dass der ganze europäische Kontinent von den Flammen der Revolution erfasst worden wäre, wenn wir an der Weichsel gesiegt hätten [...] Dieser Brand wäre nicht auf Polen begrenzt geblieben. Seine Flammen hätten ganz Westeuropa erfasst.» ⁽²⁾

Tuchatschewski gab damals auch erstaunlich offen zu verstehen, welchen unvorstellbar blutigen Klassenkampf die Völker Europas erlitten hätten, wenn der Roten Armee der militärische Durchbruch nach Deutschland gelungen wäre, denn «die Vernichtung der feindlichen Armee» bedeutet laut Tuchatschewski nicht etwa das Ende, sondern «nur den Anfang des Krieges, das Ziel des Krieges besteht darin, die freie Anwendung von Gewalt zu ermöglichen.» ⁽³⁾

Was das dann für die Zivilbevölkerung bedeutet hätte, hatte Tuchatschewski bereits in den Jahren zuvor während des russischen Bürgerkriegs unter Beweis gestellt. (tk/tm)

Quellen:

1. de.wikipedia.org, Polnisch-Sowjetischer Krieg

2. Viktor Suworow, Stalins verhinderter Erstschatz S.46

3. Der letzte Mythos - Wer entfesselte den 2. Weltkrieg?, Filmdokumentation



1923:

Die Hyperinflation löscht den Mittelstand aus

Deutschland war im Jahr 1923 von einer Hyperinflation und damit einer galoppierenden Teuerungsrate der reichsdeutschen Währung betroffen. Verlauf: Im Januar 1922 zahlte man für einen Dollar 200 Mark, im Juli = 500, im Januar 1923 = 18.000 Mark, im Juli 1923 = 350.000, im August 1923 = viereinhalb Millionen, im September fast 100 Millionen, im Oktober 25 Milliarden und am 15. November 1923 = 4,2 Billionen. So wurden die Sparvermögen Millionen Deutscher inner-

halb kürzester Zeit vernichtet. Rentner und Sparer verloren ihr Vermögen, Massenarmut war die Folge. Ein braunschweigisches Schulbuch aus dem Jahr 1929 stellt fest: «Der grösste Inflationsgewinnler aber war die Grossindustrie. Mit geliehenem Gelde, das bei Rückzahlung fast wertlos war, kaufte sie alles auf, was an industriellen Unternehmungen zu haben war. Diese vereinigten Unternehmungen wurden zu Trusten und Konzernen zusammengeschlossen und bilden heute im Wirtschaftsleben eine gewaltige Macht.»⁽¹⁾ Für diese «Gewinnler» mögen die Zwanziger-Jahre «golden» gewesen sein, aber nicht für die Kleinunternehmer und Arbeitnehmer. (tk)

Quelle: 1. Geschichtsbilder, Braunschweig 1929, S.152 f.



Ein im Ersten Weltkrieg mit dem Eisernen Kreuz geehrter kriegsversehrter Soldat muss um Geld betteln (Berlin 1923)

Höchste jemals gedruckte deutsche Banknote, 100 Billionen Mark, 15. Februar 1924



November 1923:

Das Scheitern des «Deutschen Oktobers»

Die Sowjets liessen sich von ihrer Niederlage gegen Polen (siehe S.45) nicht von ihrem Plan abbringen, den roten Massenmord auf Deutschland und Europa auszuweiten, denn schon im Herbst 1923 auf dem Höhepunkt der Weimarer Staatskrise wurde der nächste Versuch unternommen, die Weimarer Republik in einen kommunistischen Bürgerkrieg zu stürzen. Wie Boris Baschanow, der im Jahr 1928 nach Frankreich geflohene Sekretär Stalins, berichtete, fand Ende September 1923 eine geheime Sitzung des sowjetischen Politbüros statt, in der das Datum für den kommunistischen Umsturz in Deutschland festgelegt wurde: Der «Deutsche Oktober» sollte auf Betreiben Trotzki am 9. November 1923 ausbrechen.⁽¹⁾ Zur Vorbereitung der deutschen Revolution wurde Josef Unschlicht, der Vizevorsitzende der Geheimpolizei Tscheka und Stellvertreter Trotzki im Revolutionären Kriegsrat war, illegal nach Deutschland eingeschleust, um die Untergrundarbeit der deutschen Kommunisten zu koordinieren und die Bildung der kommunistischen Streitkräfte in Deutschland zu überwachen.⁽²⁾ Wie Baschanow erklärte, entfiel auf Unschlicht «die Organisation von Abteilungen des bewaffneten Aufstandes für den Umsturz, ihre Rekrutierung und Versorgung mit Waffen. Ausserdem sollte er eine deutsche Tscheka zur Vernichtung der Bourgeoisie und der Revolutionsgegner nach dem Umsturz aufstellen.»⁽³⁾

Bereits lange vor der geplanten Revolution hatte der Krenl keine Mühen und Kosten gescheut, Deutschland für den Umsturz zu präparieren. Doch die kommunistische Revolution kam nicht



Verhaftung eines Mitglieds der Proletarischen Hundertschaften durch Reichswehr-Truppen

wie geplant zum Ausbruch. Ein wesentlicher Grund für das Scheitern des «Deutschen Oktobers» lag in der beginnenden Zwietracht an der Spitze der kommunistischen Bewegung, denn nachdem sich Lenin aufgrund mehrerer Schlaganfälle im Jahr 1922 aus der Politik zurückziehen musste, setzte in Moskau ein erbitterter Machtkampf ein, den Stalin letztlich für sich entscheiden konnte, nachdem er Trotzki ins Exil gezwungen und den sowjetischen Staatsapparat von politischen Gegnern «gesäubert» hatte. (tm)

Quellen:

1. Viktor Suworow, Stalins verhinderter Erstschatz S.47 f.
2. de.wikipedia.org, Josef Unschlicht
3. Boris Baschanow, Ich war Stalins Sekretär, S. 58

1924:

Utopische Reparationsforderungen erdrücken die deutsche Wirtschaft

«Als Reparationsschuld waren dem Reich im Jahre 1921 31,4 Milliarden Dollar (132 Milliarden Goldmark) zudiktiert worden. Diese utopische Summe sollte Deutschland bezahlen, weil der in seinem Deutschenhass masslose französische Ministerpräsident Raymond Poincaré ausser den eigentlichen Reparationen auch Frankreichs Kriegskosten und sogar Pensionen bezahlt wissen wollte»⁽¹⁾, so der Spiegel 1960. Diese vorzeitige Gesamthöhe der Reparationszahlungen wurde am 5. Mai 1921 von den Alliierten auf der Londoner Schuldenkonferenz festgelegt.

Wie unrealistisch hoch diese Ansprüche waren, beschrieb der Autor Josef A. Kofler: «Deutschland wurde gezwungen, 137 Milliarden Goldmark (Anm.: Die Summe variierte im Laufe der Zeit) ‚Wiedergutmachung‘ zu bezahlen. Diese Forderungen waren das Vierfache des damaligen Goldbestandes der Welt. Sie waren das Vierunddreissigfache der Kontributionen von 1871, die Frankreich zahlen sollte [...] (Anm.: Nach verlorenem Krieg gegen Deutschland)»⁽²⁾

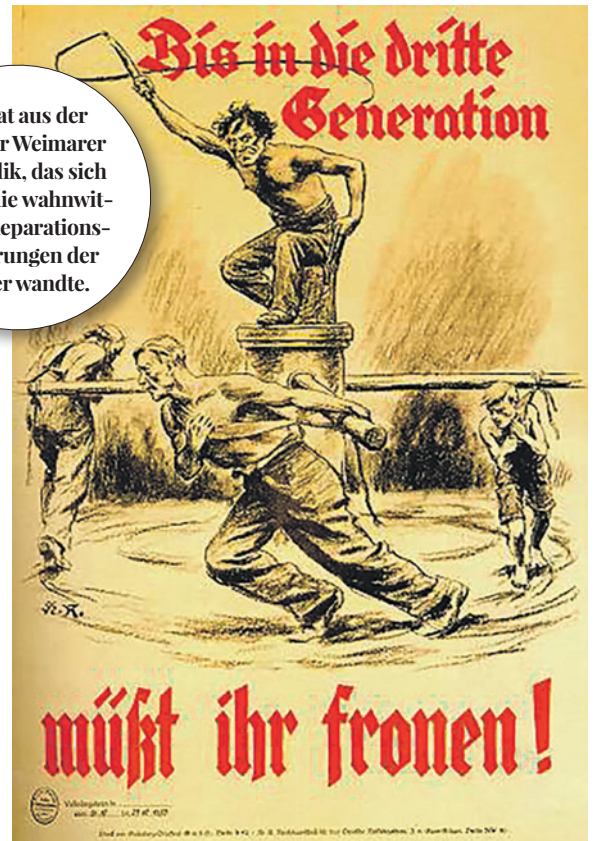
Im Versailler Vertrag war weder eine präzise Endsumme festgelegt worden noch ein Zeitraum, in welcher diese zu zahlen gewesen wäre. Die Alliierten konnten selbst darüber entscheiden, was zu der anfänglichen Forderung von 132 Milliarden Goldmark führte. Als die Weimarer Republik, wie schon 1919 vorauszusehen war, diesen haushohen Forderungen nicht nachkommen konnte, wurde unter englisch-nordamerikanischer Leitung im August 1924 der Dawes-Plan entwickelt. Er vermied die Angabe einer Endsumme und bestimmte als regelmässige deutsche Jahreszahlung – abgesehen von den vier ersten Jahren – die ebenfalls viel zu hohe Summe von 2,5 Milliarden Goldmark. Als Pfand stellte er die Reichsbank und die neu gegründete Deutsche-Reichsbahn-Gesellschaft unter ausländische Überwachung und setzte dazu einen nordamerikanischen Generalbevollmächtigten in Berlin ein.

Nur mittels hoher Auslandsanleihen konnten die ersten Zahlungen des Dawes-Planes erfüllt werden. Deutschland – nach wie vor nicht zahlungsfähig – liess sich das verlangte Geld bei US-Banken und zahlte seine Reparationen nun fünf Jahre lang mit immer neuen Schulden. Die deutschen Schulden bei den Alliierten wurden also von amerikanischen Banken bezahlt, was absurd war, da Zahlungen der Alliierten, circa in Höhe der deutschen Reparationen, etwa gleichzeitig an amerikanische Banken gingen, bei denen sich die Alliierten im Ersten Weltkrieg verschuldet hatten.

Der Young-Plan

Die im Dawes-Plan festgelegten Verpflichtungen erwiesen sich als eine für das Deutsche Reich nicht tragbare Belastung. Im Juni 1929 legte daher ein Sachverständigenausschuss unter Leitung von Owen Young einen neuen Zahlungsplan für Reparationen vor (Young-Plan), der dem deutschen Wunsch nach Senkung der Schuldenlast minimal, aber nicht ausreichend entgegenkam. Die Reparationssumme wurde nun auf 112 Milliarden Reichsmark mit einer Laufzeit bis 1988 festgelegt. Die durchschnittliche Jahresrate betrug 2 Milliarden Reichsmark. Das war zwar eine Senkung der Forderungen, doch weit weniger als sich die Deutschen erhofft hatten. Die deutsche Wirtschaft wurde so weiter erdrückt und der Widerstand gegen den Young-Plan wuchs. Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) sowie die NSDAP hatten deshalb leichtes Spiel, den Unmut in der Bevölkerung auszunutzen. Schliesslich wurde ein ganzes Volk so für fast 60 Jahre zum Schuldenzahlen verdammt. Plakate gegen den Young-Plan legten den Alliierten die Worte «Eure Kinder gehören uns» in den Mund.

Plakat aus der Zeit der Weimarer Republik, das sich gegen die wahnwitzigen Reparationsforderungen der Sieger wandte.

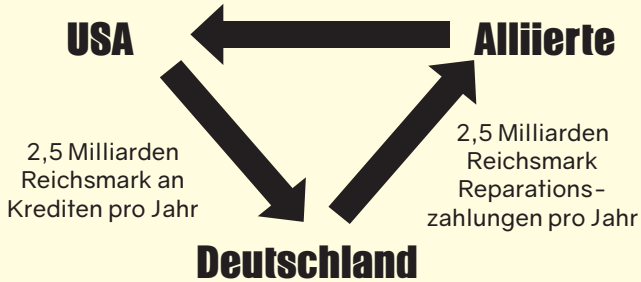


Plakat zum (gescheiterten) Volksbegehren gegen den Young-Plan. Auch die nächste Generation sollte für die utopischen Reparationsforderungen der Alliierten aufkommen.



Das internationale Finanzsystem unter dem Dawes- und Young Plan 1924-1930

2,6 Milliarden Reichsmark Kriegsschulden
(Allerdings wurde die Summe nicht ganz bezahlt)



Deutschland musste sich bei amerikanischen Banken verschulden, um Reparationen an die Alliierten zu zahlen, die ebenfalls bei amerikanischen Banken verschuldet waren.



Nationalsozialistisches Wahlplakat gegen den Dawes-Plan

► Hitlers Reichsbankchef Hjalmar Schacht bestätigte in einem Verhör der Nürnberger Prozesse, dass der Young-Plan für den Aufstieg Hitlers mitverantwortlich gewesen war: «Die Annahme des Young-Plans und seiner finanziellen Prinzipien liess die Zahl der Arbeitslosen immer weiter ansteigen, bis es etwa eine Million Arbeitslose gab. Die Menschen waren verzweifelt. Hitler sagte, er würde die Arbeitslosigkeit beseitigen. Die amtierende Regierung dieser Zeit war eine äusserst schlechte, und die Lage des Volkes wurde immer schlimmer. Dies war eigentlich der Grund für den enormen Erfolg, den Hitler bei der Wahl zu verzeichnen hatte.» ⁽³⁾ (tk)

Quellen:

de.wikipedia.org, Dawes-Plan

1. spiegel.de, Dawes-Anleihe: Etwas besseres gibt es nicht, 23.03.1960

2. Josef A. Kofler: Die falsche Rolle mit Deutschland, S. 13

3. Anthony C. Sutton, Wallstreet und der Aufstieg Hitlers, S.28

1927:

Stalins Vorbereitungen für den Zweiten Weltkrieg beginnen

Stalins Plan zur Ausweitung der Revolution nach Europa, den er ab dem Jahr 1924 entwickelte, orientierte sich an den Dogmen des Marxismus-Leninismus, denen zufolge Europa in einen Zweiten Weltkrieg verwickelt werden müsse, bei dem die Sowjetunion zunächst unbeteiligt ihre Neutralität wahren sollte, um dann, sobald sich die westlichen Staaten gegenseitig ausreichend geschwächt hätten, in einer grossen Invasion ganz Europa zu überrennen.⁽¹⁾ Auf einer Sitzung des Zentralkomitees sagte Stalin im Januar 1925 – also zu einer Zeit als Hitlers NSDAP noch eine unbedeutende Kleinpartei war – die Rote Armee müsse sich auf die Situation vorbereiten, dass in den Nachbarstaaten der Sowjetunion ein neuer Weltkrieg ausbricht: **«Wenn dort der Krieg ausbricht, dann werden wir dabei nicht tatenlos zusehen. Wir werden in den Krieg ziehen, aber wir werden die letzten sein, die hineinziehen, um unser Gewicht in die Waagschale zu werfen, das Gewicht, das den Ausschlag geben wird. Deshalb lautet die Schlussfolgerung: Wir müssen auf alles vorbereitet sein, wir müssen unsere Armee vorbereiten, sie mit Stiefeln und Bekleidung ausrüsten, sie trainieren, ihre technische Ausrüstung verbessern, ihren Schutz gegen Chemiewaffen und die Luftwaffe verbessern und unsere Rote Armee insgesamt auf ein angemessenes Niveau bringen.»**⁽²⁾

Knapp drei Jahre später, im Dezember 1927, betonte Stalin unter Verweis auf Lenin erneut, dass sehr viel für den Aufbau des Kommunismus davon abhängt, «ob es uns gelingen wird, den Krieg mit der kapitalistischen Welt hinauszuzögern, der unvermeidlich ist, den man aber hinauszögern kann [...] bis zu dem Moment, da die Kapitalisten einander [...] in die Haare geraten.»⁽³⁾

Im selben Jahr 1927 begann Stalin die Industrialisierung und Kollektivierung der Sowjetunion, die ohne Rücksicht auf zivile

Verluste nur auf das Ziel ausgerichtet war, die Rote Armee zur schlagkräftigsten Streitkraft Europas zu machen und der Sowjetunion eine erdrückende militärische Überlegenheit über die westlichen Staaten zu verschaffen. GRU-Überläufer Suworow schrieb hierzu in seinem sehr lesenswerten Buch «Der Eisbrecher»:

«Diese Industrialisierung war in Fünfjahresabschnitten geplant, und der erste Fünfjahrplan setzte in dem nämlichen Jahr 1927 ein. Wozu diese Fünfjahrpläne nötig waren, kann man an der folgenden Tatsache ablesen: Zu Beginn des ersten Fünfjahresplanes besass die Rote Armee 92 Panzer, an seinem Ende über 4000 Stück. Dennoch ist die militärische Ausrichtung im ersten Fünfjahrplan nicht so augenfällig. Das Hauptinteresse gilt nicht der Rüstungsproduktion, sondern zunächst der Schaffung einer industriellen Basis, die anschliessend Waffen produzieren wird. Der zweite Fünfjahrplan dient dem weiteren Ausbau dieser industriellen Basis. Das bedeutet die Errichtung von Kokereien, Martinofen, riesigen Elektrizitätswerken und Sauerstofffabriken, Walzstrassen und Blockwalzwerken sowie den Ausbau von Bergwerken und Erzgruben. Die Rüstungsproduktion ist vorerst nicht das Hauptanliegen, auch wenn sie von Stalin nicht vergessen wird: In den ersten beiden Fünfjahrplänen wurden 24.708 Kampfflugzeuge produziert. Doch nun kommt der dritte Fünfjahrplan, der 1942 auslaufen sollte – und er bringt die Produktion. Kriegsproduktion. In gigantischen Mengen von hoher Qualität.» ⁽⁴⁾ (tm)

Quellen:

1. Viktor Suworow, Der Eisbrecher, S.62

2. Josef Stalin, Collected Works Vol. 7, S.14

3. Josef Stalin, Werke X., S.143

4. Viktor Suworow, Der Eisbrecher, S. 39 f.

Ab 1924:

Die Wall Street investiert in Deutschlands Kriegsindustrie und finanziert den Aufstieg Hitlers

Ausgerechnet von Hitlers Kriegsgegner Franklin D. Roosevelt soll die Aussage stammen: «In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, dass es auch auf dieser Weise geplant war.» Hundertprozentig belegt ist, was dem damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer 2010 in der ARD-Sendung «Pelzig unterhält sich» herausrutschte: «Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden!»

Ist es also überhaupt realistisch, dass sich eine einzelne Person aus eigener Kraft und ohne Hilfe von finanzstarken Hintermännern an die Spitze eines Staates setzen kann?

Auch das Buch «Wall Street und der Aufstieg Hitlers» des amerikanischen Historikers Anthony C. Sutton stellt diese Frage und beantwortet sie zumindest im Fall von Adolf Hitler mit einem klaren: «Nein». Ohne ausländische Finanziere hätte laut Sutton weder Hitler 1933 die Macht ergreifen, noch das Deutsche Reich einen wirkungsvollen Krieg führen können. Gemäss Sutton entstand mit Darlehen der US-Hochfinanz (siehe Dawes-Plan S. S.47 f.) ab 1924 das Chemieunternehmen IG Farben, dessen Produktionskapazitäten Hitler den Krieg erst ermöglichten.

So deckten die Produktionswerke der IG Farben nicht nur über 70% der deutschen Sprengstoffproduktion, sondern auch 95% des Giftgases sowie sage und schreibe 100% des Schmierölbedarfs, genauso wie 100% des für Flugzeugtriebwerke so wichtigen Methanols. Diese Auflistung ist dabei nur exemplarisch und könnte noch lange für andere Rohstoffe mit ganz ähnlichen hohen Prozentsätzen fortgeführt werden.

Dr. Schnitzler, Aufsichtsrat der IG Farben, sagte 1943: «Es ist nicht übertrieben zu behaupten, dass ohne die Arbeit der deutschen ChemieWerke unter dem Vierjahresplan die Führung eines modernen Krieges undenkbar gewesen wäre.»⁽¹⁾

Patentaustausch und Elektrifizierung

Dazu kamen noch unzählige – teilweise hochgradig kriegsnotwendige – Patente, die von US-Firmen mit Nähe zur Wall Street unentgeltlich an Deutschland übertragen wurden. Der grösste Patentaustausch fand zwischen der IG Farben und der US-Ölfirma Standard Oil statt. So wanderte beispielsweise ein amerikanisches Patent von Standard Oil zur Herstellung von Öl aus Braunkohle über den Atlantik direkt in die deutsche Kriegsindustrie. Standard Oil wurde kontrolliert von der Rockefeller-Familie, die sowohl die US-Zentralbank Federal Reserve mitgegründet als die bolschewistische Revolution 1917 mitfinanziert hatte. Danach hielten ihre Banken und Unternehmen auch das marode System des Kommunismus des durch technologische Transfers weltweit am Leben, wie Sutton in seinem Buch «Der leise Selbstmord. Amerikas Militärhilfe an Moskau» nachweist.

Auch in anderen Sektoren lässt sich die Spur des Geldes in die USA zurückverfolgen: Die grössten Panzerhersteller des deutschen Reiches, Opel und die Ford A.G., waren beide Un-

ternehmen, die in den Händen von Amerikanern lagen. Opel war im Vollbesitz von General Motors, das dem US-Bankier J.P. Morgan gehörte, und die Ford A.G. unterstand dem namensgebenden Industriemagnaten und Inhaber Henry Ford.

Von der Firma AEG wurde ein massgeblicher Anteil der deutschen Kriegselektronik hergestellt. Die AEG war mit Krediten der Wall-Street-Bank «National City Bank» aufgebaut worden. J.P. Morgans Firma General Electric war zudem mit etwa 30 Prozent der grösste Einzelteilhaber der AEG und hatte damit die grössten Mitspracherechte. General Electric hatte auch in den 20er-Jahren die Elektrifizierung der frühen Sowjetmacht durchgeführt und sie so erst am Leben erhalten. Besonders interessant: Bei Bombardierungen wurde die AEG – im Gegensatz zu ihrem rein deutschen Branchennachbar Siemens – systematisch ausgespart. Das lässt aufhorchen.

Der NSDAP-Wahlkampf wurde von der IG Farben ebenfalls mit hohen Geldsummen unterstützt. Der Autor G. Edward Griffin schreibt: «Der Generaldirektor der I.G. Farben, Hermann Schmitz, war persönlicher Berater von Reichskanzler Brüning. Dr. Karl Duisberg, der erste Vorsitzende der IG Farben (und Gründer American Bayer Co.), und Carl Bosch, Schmitz' Vorgänger als Generaldirektor der IG Farben, gründeten einen geheimen, vierköpfigen politischen Ausschuss, um Verbindungen zu allen politischen Parteien in Deutschland zu schaffen und sie unter Kontrolle zu bringen. In den Nürnberger Prozessen sagte Baron von Schnitzler aus, dass die IG Farben nicht zögerte, in ihrer Rolle als verborgener politischer Manipulator erhebliche finanzielle Mittel einzusetzen. Er schätzte, dass jede Wahl das Kartell etwa 400.000 Reichsmark kostete – eine gewaltige Summe in den 1930er-Jahren.»⁽²⁾ Genau diese «gewaltige» Summe wurde kurz vor der Wahl im März 1933 an eine einzige Partei gezahlt, nämlich an die NSDAP⁽³⁾, und machte die IG Farben zum wichtigsten heimischen Unterstützer Hitlers. Der Autor Richard Sasuly sprach sogar von Zuwendungen in Höhe von drei Millionen Reichsmark ab dem Herbst 1932.⁽⁴⁾

Mit der Finanzierung der Sowjetunion und deren Verbindung zur Wallstreet beschäftigt sich Sutton in «Wallstreet und die Bolschewistische Revolution». Zu allem Überflus weist Sutton in seinem Werk «Roosevelt und die internationale Hochfinanz: die Weltverschwörung in der Wallstreet» nach, dass auch Franklin D. Roosevelt mit Unterstützung der Wall Street an die Spitze der US-Regierung befördert wurde.

Handelte es sich bei den Kriegen etwa nur um ein abgekartetes Spiel der Finanziere von Internationalem Sozialismus, Nationalsozialismus und Roosevelts «New-Deal-Sozialismus», um Europa in den Krieg zu manövrieren? (tk)

Quellen:

Anthony C. Sutton: Wall Street und der Aufstieg Hitlers, Basel, Perseus Verlag, 2008, 4. Auflage

1. Subcommittee of Committee on Military Affairs – Elimination of German Resources, S.947

2. G. Edward Griffin: Eine Welt ohne Krebs – Die Geschichte des Vitamin B17 und seiner Unterdrückung, Rottenburg, Kopp-Verlag, 2006, S.225.

3. Anthony C. Sutton, Wall Street und der Aufstieg Hitlers, S.36

4. Griffin, S.226



24. Oktober 1929:

Zusammenbruch der New Yorker Börse

Der Historiker Hellmut Diwald schrieb über den «Schwarzen Donnerstag» in New York: «Von den Auswirkungen dieser Weltwirtschaftskrise wurde praktisch jedes Land der Erde hart getroffen, doch für die Weimarer Republik bedeutete sie eine Katastrophe.»⁽¹⁾ Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland lag Ende September 1929 bei 1,4 Millionen, im Februar 1930 waren es 3,5 Millionen. Als diese Zahl im Frühjahr 1930 nicht zurückging, hofften Reichsregierung und die Reichsbank noch lange auf eine

Selbstheilung der Wirtschaft, obwohl die Arbeitslosenzahl schon Ende des Jahres mit 5 Millionen im weltweiten Vergleich auf höchstem Niveau stand. Heinrich Brüning erliess daraufhin ein Sparprogramm, wobei die öffentlichen Gehälter um 25% vermindert und die Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe stark gekürzt wurden. Im Februar 1932 standen 6,12 Millionen Arbeitslose, also 16,3% der Gesamtbevölkerung, nur 12 Millionen Beschäftigten gegenüber. (tk)

Quelle: 1. Hellmut Diwald, Geschichte der Deutschen, 1978

Obwohl Deutschland keine Alleinschuld am Ersten Weltkrieg trug, hatte es am schwersten unter ihm zu leiden. Von 1914 bis 1932 musste das Land u.a. Folgendes ertragen:

- ▶ etwa 2 Millionen gefallene Soldaten im Krieg (nach offiziellen Zahlen)
- ▶ Churchills Hungerblockade mit fast einer Million toten Zivilisten (S.39)
- ▶ Gebietsverluste von rund 70.000km², was ca. 13% des Deutschen Reichs (ohne Kolonien) entsprach
- ▶ die fast vollständige Beschlagnahme (90%) der reichsdeutschen Handelsflotte

- ▶ den Verlust wesentlicher Rohstoffe vorkommen und Produktionsstätten
- ▶ den Verlust der Kolonien
- ▶ das Ende militärischer Verteidigungsfähigkeit, während die umliegenden Staaten ihre Schlagkraft beibehielten oder verstärkten
- ▶ die Ermordung, Verfolgung, Drangsalierung und Vertreibung der Sudetendeutschen

- ▶ die Ermordung von vielen und Vertreibung von über einer Million Deutschen in Polen (siehe S.44)
- ▶ Massenarmut durch Hyperinflation, utopische Reparationsforderungen und Weltwirtschaftskrise
- ▶ mehrere gewalttätige kommunistische Umsturzversuche und die Furcht vor der im Osten lauenden roten Gefahr

Juli und November 1932:

NSDAP wird zur grössten Partei im Reichstag

Die Reichstagswahlen, bei denen Hitlers NSDAP die höchste Anzahl an Stimmen erhielt, fanden in einer Zeit des Chaos und der Krise statt. Auf den Strassen bekämpften sich NSDAP-Braunhemden und Kommunisten. Putschversuche und Aufstände linker sowie rechter Revolutionäre erschütterten das Land. Die harte Haushaltssanierung von Reichskanzler Heinrich Brüning hatte

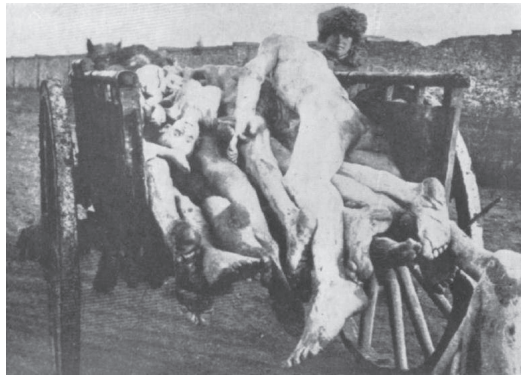
die deutsche Wirtschaft um 25% schrumpfen lassen. Die Arbeitslosenquote stieg auf 30% und die Selbstmordrate erreichte einen Rekordhöchststand.

Die sich immer wieder anbahnende wirtschaftliche Gesundung der Weimarer Republik war durch ins Grenzenlose gesteigerte Wiedergutmachungs-Ansprüche der Siegerstaaten ständig zerstört worden. Dadurch erklärten sich auch die rasch

aufeinanderfolgenden Regierungswechsel in Berlin – vor Hitlers Machtübernahme 20 an der Zahl. Die Regierung wechselte von 1918 bis 1933 also mehr als ein Mal pro Jahr. Jede neue Regierung versuchte, die begründeten deutschen Wünsche, die Umsetzung des Versailler Vertrags erträglicher zu gestalten, darzulegen, wurde aber unverzüglich mit einem «Nein» der Siegermächte abgewiesen. (tk)

Wahlergebnisse der NSDAP im Deutschen Reich

Wahl	14. September 1930	31. Juli 1932	6. November 1932	5. März 1933
Prozent	18,3 %	37,4 %	33,1 %	43,9 %



Beim Holodomor (auch «Hungerholocaust» genannt) handelte es sich um eine bewusst und systematisch herbeigeführte Hungersnot. Den meisten Einschätzungen zufolge starben während dieser bolschewistischen Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in der Ukraine rund sieben Millionen Menschen (davon drei Millionen Kinder) in den Jahren 1932/33. Einige Historiker, wie Robert Conquest, beziffern die Gesamttopferzahl auf bis zu 14,5 Millionen Menschen. Die Angst der deutschen Bevölkerung – die Schrecken der alliierten Hungerblockade noch im Gedächtnis –, eine solche Hölle könne auch über sie hereinbrechen, half Hitler bei der Machtübernahme und -ausweitung.



Fussgänger und
Leichen verhungelter
Bauern auf einer
Strasse in Charkiw,
1933.



1932: Abtransport
der Ernte durch
sogenannte
«Rote Züge»

Januar 1933:

Hitler wird zum Reichskanzler ernannt – Die Armut und der rote Terror ermöglichen seinen Aufstieg



Adolf Hitler am
Abend des 30. Janu-
ar 1933 nach seiner
Ernennung zum
Reichskanzler

Um Hitlers Aufstieg zu verstehen, muss man sich die allgegenwärtige, nachvollziehbare Angst vor den kommunistischen Revolutionären in ganz Europa vor Augen führen. Sie hatten von 1918 bis zu Hitlers Wahl 1933 Millionen unschuldige Todesopfer in der Sowjetunion zu verantworten. Die sowjetische Regierung unter Wladimir Lenin hatte schon am 02.01.1922 statistisches Material veröffentlicht, wonach nach offiziellen Angaben innerhalb von vier Jahren 1.766.118 politische Gegner ermordet worden waren. (1) Unter diesen Opfern hatten sich mehrheitlich Zivilisten (Lehrer, Ärzte, Intellektuelle, Priester, Arbeiter usw.) befunden. Zum Vergleich: Im Ersten Weltkrieg hatten 1,85 Millionen russische Soldaten ihr Leben verloren. In der Ukraine waren dann 1932/33 etwa sieben Millionen unschuldige Bauern (Frauen, Kinder, Alte) zu Tode gehungert worden. Die Wahlentscheidung für Hitlers antikommunistische NSDAP ergab sich zum Grossteil aus der Furcht vor der im Osten lauernden roten Gefahr.

Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Paul von Hindenburg NSDAP-Führer Adolf Hitler zum deutschen Reichskanzler. Nach einer langen Krisenphase in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft war die Weimarer Republik von 1930 bis 1933 mit Notverordnungen regiert worden. Als die Nationalsozialisten 1933 an die Macht gelangten, übernahmen sie ein morsches Gebilde, das schon längst aufgehört hatte, eine funktionierende Demokratie zu sein. Viele verzweifelte Deutsche sahen in Hitler die einzige Möglichkeit, ►



► die Kommunisten davon abzuhalten, dieses Chaos für eine Machtübernahme auszunutzen. Hindenburgs Ernennung Hitlers zum Reichskanzler geschah mit der Erklärung, man wolle das Land vor dem Kommunismus schützen. Gleich nach Hitlers Machtantritt folgte eine gross angelegte Kampagne der Kommunisten gegen ihn. Allerdings waren die Kommunisten – wohl kaum zu Unrecht – bei einem grossen Teil der Bevölkerung gefürchtet, was der NSDAP bei der nächsten Wahl im März 1933 weitere Zugewinne bescherte.

Zudem war in den Notzeiten nach dem Versailler Vertrag in allen Kreisen der deutschen Bevölkerung die Sehnsucht und das Verlangen nach einer grundlegenden Änderung, Besserung und Gesundung vorhanden; das galt für die Betriebe der Industrie ebenso wie für den kaufmännischen und handwerklichen Mittelstand und für die Millionen arbeitslosen, ausgesperrten und aussichtslos mit Plakaten und Streiks protestierenden Arbeiter. Für sie alle schienen die Parteipunkte der NSDAP und damit Hitler eine Alternative zu bieten, denn sowohl die bisherige Politik (in Weimar) als auch der Kommunismus (in Russland) waren nachvollziehbarerweise in ihren Augen gescheitert. Will man heute, aus weiter zeitlicher Distanz ein neutrales Urteil über Hitlers Machtergreifung in Deutschland fällen, sollte man den Ersten Weltkrieg und die katastrophalen Jahre der Weimarer Republik berücksichtigen. Dabei pauschal die Kriegslust und Obrigkeitshörigkeit der Deutschen für Hitlers Aufstieg verantwortlich zu machen, greift zu kurz und analysiert die damalige Gemengelage nur sehr oberflächlich. (tk)

Quelle: 1. Junge Freiheit 52/11-01/12, S. 21, «Historisches Kalenderblatt»



Bis heute wird das Mantra alleiniger und kollektiver Schuld der deutschen Bevölkerung am Zweiten Weltkrieg gepredigt, während der Kommunismus wieder salonfähig wird.

Opferzahlen des Kommunismus

Staat	Tote	Staat	Tote
China	65 Millionen	Afghanistan	2 Millionen
Sowjetunion	30 Millionen	Osteuropa	1 Million
Nordkorea	2 Millionen	Lateinamerika	150.000
Afrika	1,7 Millionen		

Quelle: Gunnar Heinsohn: Lexikon der Völkermorde, 1998, S. 244

November 1933:

Roosevelt erkennt die Sowjetunion diplomatisch an

1917 hatten die USA ihren Botschafter aus Russland zurückgezogen. 1922 wurde die Sowjetunion gegründet, und schon bald bemühte sie sich um die diplomatische An-

erkennung durch die USA – zunächst vergeblich. Nicht nur, dass die US-Amerikaner das sowjetische Gesellschaftssystem ablehnten, auch die Weigerung der neuen russischen Regierung, die Schulden des Zarenreichs aus der Zeit des Ersten Weltkriegs zu übernehmen, spielte eine Rolle.

Der Kurswechsel kam 1933 mit dem Amtsantritt des demokratischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt. Am 16. November 1933 konnte der sowjetische Aussenkommissar Maxim Litwinow in Washington mit Präsident Roosevelt die Anerkennung der UdSSR vereinbaren. Roosevelt erkannte also einen Staat an, der mit der Komintern (siehe S.39) offen das Ziel verfolgte, alle «bourgeois» Regierungen zu stürzen, inklusive die der USA. Diese Annäherung an den kommunistischen Terrorstaat, der in der Ukraine eben erst sieben Millionen Menschen verhungern hatte lassen, half den Sowjets dabei, ihre Macht zu konsolidieren. (tk)

Quelle: wissenschaft.de, USA erkennen UdSSR an, 01.11.2018



Verleihung des «Stalingradswerts für besondere Verdienste um die Sowjetunion» an Roosevelt auf der Konferenz von Teheran Ende 1943

Staat	Militärische Flugzeuge
Frankreich	3.000
England	1.800
Sowjetunion	1.700
Tschechoslowakei	700
Polen	700
Belgien	350
Deutsches Reich	70

Rüstungsstand der europäischen Armeen 1933 am Beispiel Luftwaffe

Quelle: Die Aufrüstung in Europa und USA 1918-1939, vorkriegsgeschichte.de

1918 bis 1935:

Die Alliierten brechen den Versailler Vertrag

Im 1. Teil (Artikel 8) des Versailler Vertrages wurde festgelegt, «dass es die Aufrechterhaltung des Friedens nötig macht, die nationalen Rüstungen auf das Mindestmass herabzusetzen, das mit der nationalen Sicherheit vereinbar ist.» Die Entmilitarisierung des Deutschen Reiches sollte «die Einleitung einer allgemeinen Rüstungs-

beschränkung aller Nationen» bedeuten. Das Deutsche Reich sollte also zuerst abrüsten, so dass danach die Siegermächte des Ersten Weltkrieges folgen konnten. Die Alliierten dachten aber nie daran, abzurüsten, im Gegenteil: Sie rüsteten teilweise sogar auf.⁽¹⁾

! Damit erscheint der Vorwurf, Deutschland habe durch die Aufrüstung ab 1935 den Versailler Vertrag gebrochen, in einem völlig anderen Licht: Warum sollte Deutschland eine Pflicht gehabt haben, sich an den Vertrag zu halten, wenn die Alliierten ihn schon gebrochen hatten?

Hitler hatte bei einer Rede im Reichstag am 17. Mai 1933 gesagt: «Deutschland wäre auch ohne weiteres bereit, seine gesamte militärische Einrichtung überhaupt aufzulösen und den kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anliegenden Nationen ebenso restlos das gleiche tun würden. Wenn aber die anderen Staaten nicht gewillt sind, die im Friedensvertrag von Versailles auch sie verpflichtenden Abrüstungsbestimmungen durchzuführen, dann muss Deutschland

zumindest auf der Forderung seiner Gleichberechtigung bestehen.»⁽²⁾

Durch das «Gesetz über den Aufbau der Wehrmacht» vom 16. März 1935 wurde die Grundlage für einen Wiederaufbau der Armee festgelegt, um die Reichsgrenzen im Notfall schützen zu können, was die Alliierten seit Jahren abgelehnt hatten. Trotzdem schloss Deutschland in Anerkennung der englischen Seemacht noch am 18. Juni 1935 ein Flottenabkommen mit England ab und verpflichtete sich, die eigene Flotte im Verhältnis 35:100 zur britischen Commonwealth-Flotte zu beschränken. Reagierte Deutschland also nicht in zumindest nachvollziehbarer Art und Weise auf einen klaren Vertragsbruch der Alliierten? Es war sogar weiterhin bereit, seine Rüstung im Vergleich zu Grossbritannien niedrig zu halten. **(tk)**

Quelle:

1. Gerd Schultze-Rhonhof, «Der Krieg, der viele Väter hatte», S. 247 ff.
2. Max Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen von 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. Würzburg 1962/63. S. 276

13. Januar 1935:

Das Saarland entscheidet sich in Volksabstimmung für das Deutsche Reich

Das Saarland war 1920 durch den Versailler Vertrag für 15 Jahre zum Mandatsgebiet des Völkerbundes gemacht worden. Nach Ablauf dieser Zeit sollte laut Versailler Vertrag die saarländische Bevölkerung in einer Volksabstimmung selbst entscheiden, ob sie in Zukunft französisch, deutsch oder unabhängig sein wollte. In der Abstimmung entschieden sich 90,8 Prozent der Teilnehmer für die Wiedereingliederung des Saarlandes in das Deutsche Reich. Für den Anschluss an Frankreich stimmten nur 0,4 Prozent. **(tk)**

Demonstration vor der Saarabstimmung



17.09.1936

Lloyd George preist Hitler als «George Washington Deutschlands»

Nach seinem Besuch auf dem Obersalzberg (Hitlers Zweitresidenz) schilderte der ehemalige britische Premier seine Eindrücke im Daily Express mit den Worten:

«Erstmals seit dem Krieg ist ein allgemeines Gefühl der Sicherheit festzustellen. Die Menschen sind glücklicher, und im ganzen Land kann man eine gesteigerte Lebensfreude feststellen [...] Ein Mann hat dieses Wunder vollbracht [...] Hitler ist Deutschlands George Washington.»

Der einstige Liberale Premier Lloyd George schüttelt Hitler 1936 die Hand.



Quelle: Jones, Thomas (1951), Lloyd George, Harvard University Press



September 1937:

Churchill lobt Hitler

Im September 1937 erschien ein Aufsatz vom baldigen Kriegspremier Winston Churchill im britischen «Evening Standard». Darin schrieb Churchill: «Man mag Hitlers System nicht mögen, doch trotzdem seine patriotischen Leistungen bewundern. Wenn unser Land besiegt werden würde, würde ich hoffen, dass wir einen so unzählbaren Kämpfer für die Wiederherstellung unseres Selbstvertrauens finden, der uns zurückführt an unseren Platz unter den Nationen.»⁽¹⁾

Etliche weitere hochrangige Persönlichkeiten sprachen sich für die Sache der Nationalsozialisten aus, versicherten Hitler bis 1940 ihre Rückendeckung, z.B. auch Winston Churchills Sohn Randolph Churchill, der ein Anhänger der englischen Faschisten unter Oswald Mosley war. Das erinnert an die Verständnis- und Friedensbekundungen, die Österreich-Ungarn und Deutschland kurz vor dem Ersten Weltkrieg aus dem britischen Außenministerium erhielten. Wieder dachte die deutsche Regierung lange Zeit, England wäre nicht zu einem Krieg bereit. Vor dem Zweiten Weltkrieg wirkte so manches warme Wort aus England geradezu wie eine Unterstützung für den Einmarsch in Polen. Erst ab dem Machtantritt des Round-Table-Manns Churchill am 10. Mai

Ein anderer Hitler-freundlicher Artikel Churchills war bereits 1935 im «Strand Magazine» erschienen.

1940 drehte der Wind wieder klar in eine antidutsche Richtung und die Kriegspropagandamaschinerie begann erneut auf Hochtouren zu laufen. Es scheint, als wäre der Kontinent zum wiederholten Mal von Grossbritannien

bzw. den finanzstarken Hintermännern aus der Wallstreet bewusst in einen Krieg manövriert worden. (tk)

Quelle:

1. winstonchurchill.org, Did Churchill Ever Admire Hitler?, Finest Hour 156, Autumn 2012

12. März 1938:

Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich

Nachdem Österreich-Ungarn durch den Versailler Vertrag aufgelöst und zur neuen Republik Deutschösterreich verkleinert worden war, war die österreichische Bevölkerung unzufrieden. Der Wunsch, sich dem Deutschen Reich

anzuschliessen, der in einem grossen Teil der Bevölkerung vorhanden war, wurde von den neuen Regierungen, die den Alliierten hörig waren, nicht berücksichtigt.

Trotzdem liessen im April 1921 sowohl der Salzburger als auch der Tiroler Land-

tag Abstimmungen über eine Vereinigung mit dem Deutschen Reich abhalten. Diese endeten mit einer Zustimmung von 98,8 % bzw. 99,3 % für eine Vereinigung, blieben aber wegen der Bestimmungen des Versailler Vertrages ohne praktischen Effekt – ein weiterer Bruch des Selbstbestimmungsrechts der Völker (siehe S.37).

Am 12. März 1938 marschierten auf Weisung Adolf Hitlers deutsche Wehrmachtstruppen unter dem Jubel der Bevölkerung in Österreich ein, ohne einen Schuss abzufeuern. In einer Ansprache am 15. März verkündete der deutsche Kanzler auf einer Massenkundgebung am Wiener Heldenplatz die Vereinigung.

Das «Gesetz über die Wiedervereinigung» nur wenige Wochen danach wurde durch eine Volksabstimmung bestätigt. Im Deutschen Reich sprachen sich 99% der Bevölkerung für die Vereinigung der beiden Staaten aus. Auf die Frage: «Bist Du

Adolf Hitler in Wien nach dem Anschluss Österreichs, März 1938



mit der am 13. März 1938 vollzogenen Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich einverstanden und stimmst Du für die Liste unseres Führers Adolf Hitler?» gab es in Österreich 4.453.772 (= 99,73 %) Ja-Stimmen, 11.929 Nein-Stimmen und 5.776 ungültige Stimmzettel.⁽¹⁾ Rolf Steininger, Leiter des Institutes für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, schrieb zum Abstimmungsergebnis am 10. März 2018 auf dem Onlineportal der Wiener Zeitung:

! «Dabei ist davon auszugehen, dass es Wahlfälschungen [...] nicht gab – sie waren unter den gegebenen Umständen auch nicht nötig.»⁽²⁾ (tk)

Quellen:

1. Wiener Zeitung, 08.03.2008
2. wienerzeitung.at, «Die Stunde ist gekommen», 10.03.2018

Adolf Hitler in Wien nach dem Anschluss Österreichs, März 1938



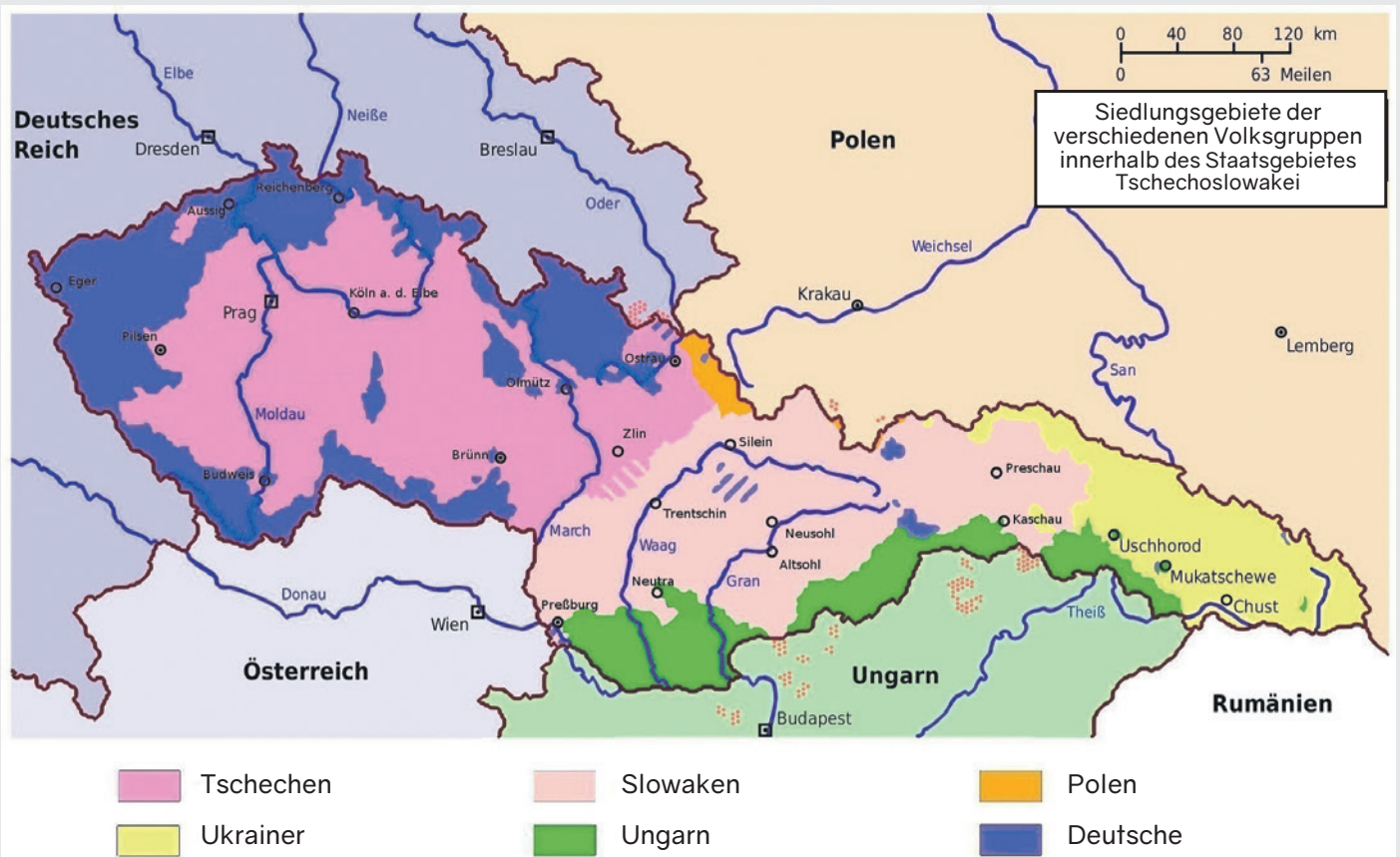
1. Oktober 1938:

Anschluss des Sudetenlandes

Das Sudetenland bezeichnet den Raum des deutschen Grenzgebirges zwischen Böhmen, Mähren und dem schlesischen Riesengebirge. Im Versailler Vertrag wurde das Selbstbestimmungsrecht der deutschsprachigen Bevölkerung im Sudetenland, die im

Oktober 1918 eigentlich eigenständige Provinzen gegründet hatte, nicht berücksichtigt. Die Gebiete wurden gegen den Willen der drei Millionen Sudetendeutschen in den neuen, künstlich geschaffenen Staat Tschechoslowakei integriert, in dem die Tschechen und Slowaken regier-

ten. Auch die Sudetendeutschen wünschten sich eine Vereinigung mit dem Deutschen Reich, doch der pro-kommunistische tschechoslowakische Präsident Edvard Beneš erlaubte es nicht. In ca. 20 Jahren unter tschechoslowakischer Herrschaft war es immer wieder zu ▶



Karte des Kunststaates Tschechoslowakei



► Verfolgungen und Massakern an den Sudetendeutschen gekommen, z.B. als am 4. März 1919 tschechisches Militär auf deutsche Demonstranten schoss, die für Unabhängigkeit der Sudeten protestierten, und 54 von ihnen dabei starben (siehe S.41).

Ende September 1938 wurde eine Notfallkonferenz in München einberufen, an der Adolf Hitler, der britische Premierminister Neville Chamberlain, der französische Ministerpräsident Édouard Daladier und der italienische Diktator Benito Mussolini teilnahmen. Im daraufhin geschlossenen Münchener Abkommen vom 29. September 1938 wurde der Wiederanschluss des Sudetenlandes an das Deutsche Reich auf friedlichem Wege erreicht. Die Teilnehmer waren sich einig, dass das Sudetenland wieder zu Deutschland gehören sollte. Am 1. Oktober 1938 rückten deutsche Soldaten der 30. Infanterie-Division und der 2. Panzerdivision in das zuvor geräumte deutsche Sudetenland ein. Mit dem «Gesetz über die Wiedervereinigung der sudetendeutschen Gebiete mit dem Deutschen Reich» vom 21. November 1938 wurde das wieder eingeglied-



Postkarte zum Anschluss des Sudetengebietes 1938

derte Sudetenland nun auch rechtsgültig zum Bestandteil des Deutschen Reiches. Ohne einen Tropfen Blut zu vergiessen, wurden die Sudeten wieder ins Deutsche Reich integriert. Ähnlich wie in Öster-

reich war die überwältigende Mehrheit für einen Anschluss. Der britische Premier Chamberlain bejubelte das Münchener Abkommen als «Frieden für unsere Zeit» («Peace for our time»). ⁽¹⁾ (tk)

Quellen: 1. en.wikipedia.org, Peace for our time

1918–1939:

Polen pocht auf Expansion

Polen war trotz grosser Landgewinne am Ende des Ersten Weltkriegs unzufrieden mit der Neuordnung Osteuropas. Das neue Polen begann umgehend nach Kriegsende mit dem Aufbau eines starken Heeres und annektierte Grenzregionen der Nachbarländer. Damit waren die Konflikte für die nächsten 20 Jahre vorgezeichnet.

Auf Landkarten des Westmarkenvereins (Verein für die Expansion Polens nach Westen mit Zehntausenden Mitgliedern) wurden nach Polens Okkupation grosser Teile Deutschlands die Grenzen

des angestrebten «Grosspolens» eingezeichnet, die bis kurz vor Berlin gingen.

Warschaws Kriegswille ist vielfach belegt. Der polnische Marschall und Oberbefehlshaber der Armee Edward Rydz-Śmigły erklärte in einem Vortrag vor polnischen Offizieren im Sommer 1939: «Polen will den Krieg mit Deutschland, und Deutschland wird ihn nicht vermeiden können, selbst wenn es das wollte.» ⁽¹⁾

Der von 1937 bis 1939 in Danzig amtierende schweizerische Völkerbunds-Hochkommissar Carl Jacob

Burckhardt schrieb am 5. Juli 1939 an den Generalsekretär des Völkerbunds, Joseph Avenol: «Bei den Polen setzt sich eine gefährliche Stimmung durch.» ⁽²⁾ Bei der grossen Warschauer Truppenparade am polnischen Nationalfeiertag 1939 wurden Truppen immer wieder mit Sprechhören aus den Zuschauerreihen wie «Auf nach Danzig!» oder «Vorwärts nach Berlin!» begrüsst und angefeuert.

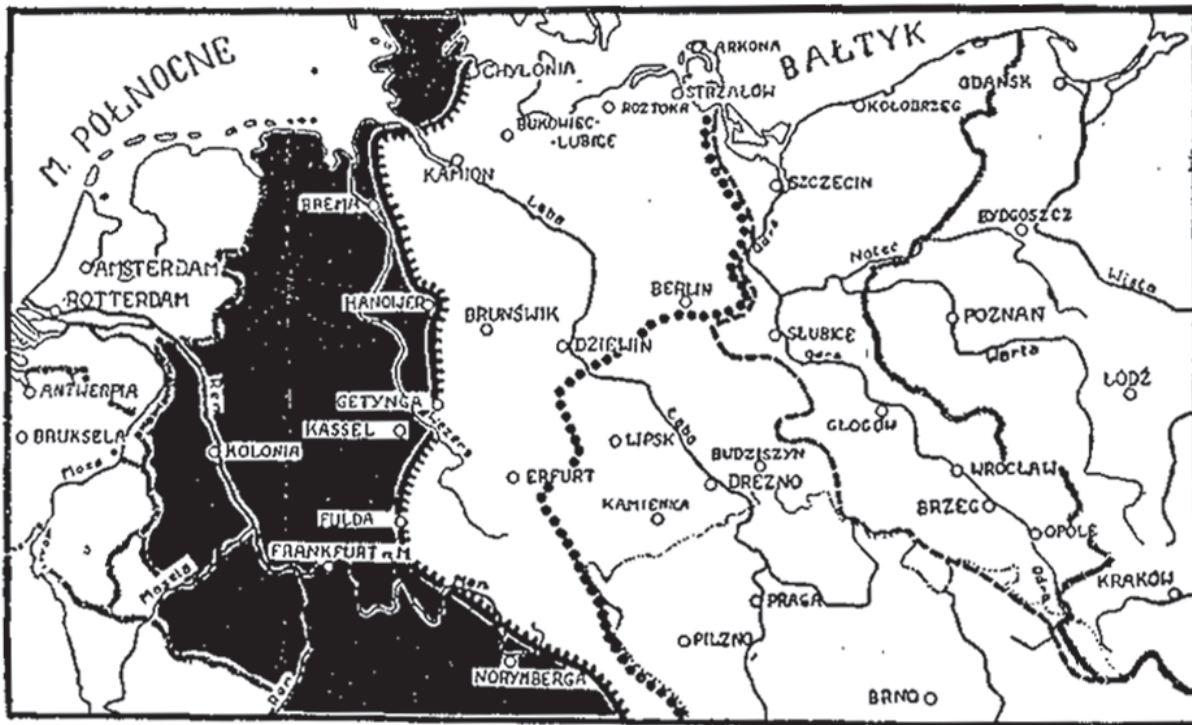
Der deutschen Auslandsabwehr gelang es im Jahre 1933, Polens Angriffspläne gegen Deutschland mitsamt des polnischen Mobilmachungsplanes auf-

«Die Deutschen sind ein sehr geduldiges Volk. Ich kann mir auch nicht einen Augenblick lang vorstellen, dass Grossbritannien zwanzig Jahre lang ruhig zugesehen hätte, wie drei und eine halbe Million Briten unter der Knute eines durch und durch verabscheuten Volkes lebten, das eine fremde Sprache spricht und eine völlig verschiedene nationale Weltanschauung hat. Soweit ich meine Landsleute kenne, wären sie nach wenigen Jahren gegen eine solche Vergewaltigung eingeschritten.»

Lord Rothermere, britischer Zeitungsmagnat, am 06.05.1938 zur Lage der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei

Quelle: Gerd Schultze-Rhonhof, «Der Krieg, der viele Väter hatte», S.157





Eine 1939 von polnischen Imperialisten gezeichnete Karte über Polens Traum vom Grossreich, das bis an die Stadt Hannover grenzt. Die im besetzten Posen erschienene polnische Zeitung «Dziennik Poznański» druckte am 26. Juni 1939 diese Karte ab, die polnische Gebietsansprüche gegen Deutschland belegen sollte.

1. Niemcy dzisiejsze
2. Najdalszy zasięg Słowian na zachód według słow. nazw geograficznych miejscowości ustalonych przez ks. St. Kozierowskiego
3. Granica zachodnia Polski za Bolesława Chrobrego według prof. Wł. Semkowicza
4. Granica zachodnia Polski za Bolesława Krzywoustego według prof. Wł. Semkowicza
5. Dzisiejsza granica zachodnia Polski

Podziałka
0 20 40 km

zudecken. Dem polnischen Staatschef Marschall Piłsudski gelang es jedoch nicht, Frankreich für die Teilnahme zu gewinnen und er wagte einen Angriff deshalb nicht. Erst nachdem Piłsudski seine Kriegspläne gegen Deutschland nicht verwirklichen konnte, gab es eine

Annäherung an Deutschland, was insbesondere zum deutsch-polnischen Nichtangriffspakt im Jahr 1934 führte. 1936 versuchte Polen nochmals mit Frankreich einen Krieg gegen Deutschland vom Zaun zu brechen, doch Frankreich lehnte erneut ab. ⁽¹⁾ (tk)

Quellen:

1. Karl Seeger, 1912-1932: Generation ohne Beispiel, Verlag für Zeitgeschichte, Butzbach 1991, S.270
2. Carl Jacob Burckhardt, Meine Danziger Mission, Georg D. W. Callwey, München 1960, S.318
3. Pit Pietersen: Kriegsverbrechen der alliierten Siegermächte, S. 262

1938: Churchill will die deutsche Wirtschaft zerstören

Als der frühere deutsche Reichskanzler Heinrich Brüning dem englischen Aussenministerium einen Kompromissvorschlag unterbreitete, um die Gefahr eines Militärschlages zu bannen, wies Winston Churchill ihn schroff zurück und machte Brüning unmissverständlich klar, welche Interessen Grossbritannien verfolge: «Was wir wollen, ist, dass die deutsche Wirtschaft vollkommen zusammengeschlagen wird.» (tk)

Quelle: de.wikiquote.org, Winston Churchill

77

THE SUNDAY
CORRESPONDENT
No. 0001 SEPTEMBER 17th 1989 50p

«Wir sind 1939 nicht in den Krieg gezogen, um Deutschland vor Hitler [...] oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, dass wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten.»

Die englische Sonntagszeitung Sunday Correspondent, London, 17. September 1989



Vermittlungsversuche des ehemaligen Reichskanzlers Heinrich Brüning wurden von Churchill zurückgewiesen.



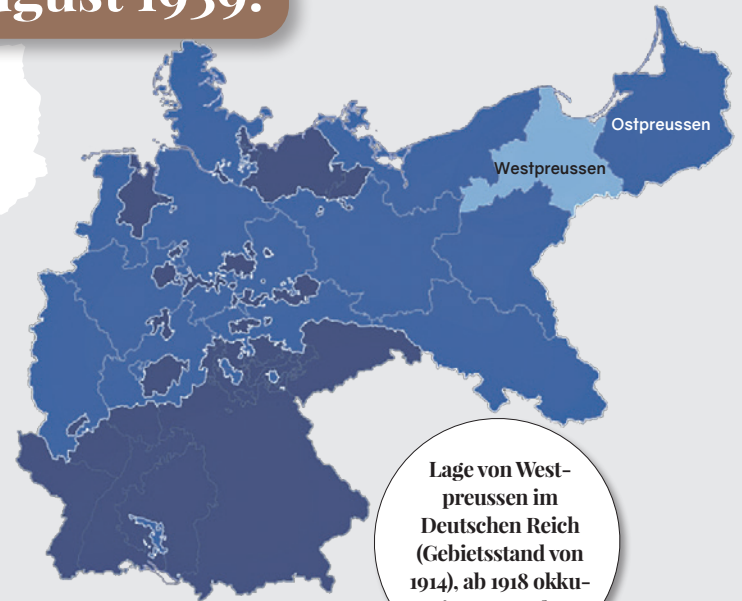
24. Oktober 1938 bis 30. August 1939:

Verhandlungsversuche mit Polen

Das neu entstandene Polen okkupierte nun seit fast 20 Jahren im Zuge der Bestimmungen des Versailler Vertrags die deutschen Provinzen Westpreussen, Posen und Ost-Oberschlesien. Der Polnische Korridor oder auch Weichselkorridor war ein 30 bis 90 km breiter Landstreifen, der zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg Ostpreussen (über zwei Millionen Einwohner) vom Kernland des Deutschen Reiches abtrennte. Er bestand aus einem grossen Teil der ehemaligen Provinz Westpreussen und Teilen der ebenfalls abgetretenen Provinz Posen.

Am 24. Oktober 1938 waren dem polnischen Botschafter in Berlin Vorschläge zur Bereinigung aller bestehenden Reibungen zwischen Deutschland und Polen dargelegt worden. Danach sollte die «Freie Stadt» Danzig aus der polnischen Zollunion entlassen werden, in die sie am 01. April 1922 eingebunden worden war. Und weiter sollte die 1920 dem Land Westpreussen vorenthaltene Volksabstimmung nachgeholt werden – zumindest in dem Teil Westpreussens nördlich des Flusses Netze. Sollte diese zugunsten Polens ausfallen, sei ein Damm für Eisenbahn und Autobahn durch den Korridor zu errichten, der Ostpreussen mit dem Reich verbinde. Sollte sie zugunsten Deutschlands ausfallen, müsse ein gleicher Damm von der polnisch okkupierten Provinz Posen (über zwei Millionen Einwohner) nach dem Hafen Gdingen – der in jedem Fall bei Polen verbleiben sollte – gebaut werden. Die ehemals deutsche Provinz Posen sollte im Zuge dessen endgültig an Polen fallen. Der Autor

Gerd Schultze-Rhonhof schreibt: «Die deutsche Reichsregierung nimmt sechsmal vergeblich Anlauf zu Verhandlungen. Die Serie der Gespräche beginnt am 24. Oktober 1938 und setzt



sich mit immer neuen Versuchen am 19. November, am 5. Januar 1939, am 25. und 26. Januar, am 21. März und am 28. April fort, bis am 30. August 1939 die letzte Offerte an Polen geht.» ⁽¹⁾

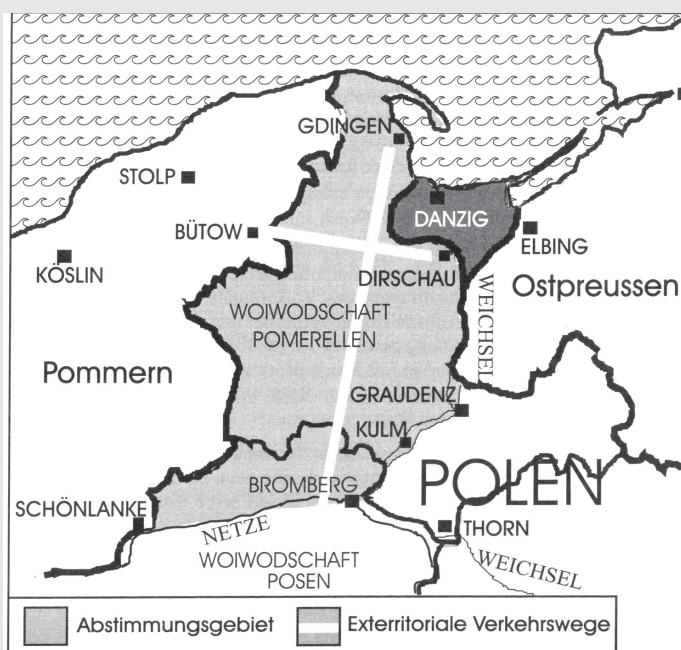
Lösungsversuche für das Danzig-Problem

Die «Freie Stadt» Danzig war zu 95% deutsch. Durch den Versailler Vertrag war sie unter grober Missachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker (siehe S.37) vom deutschen Hauptland abgetrennt und zu einer «Freien Stadt» mit polnischer Zollhoheit und polnischen Sonderrechten gemacht worden. So wie die Sudetendeutschen (siehe S.55 f.) und die Deutschen im polnischen Korridor waren auch die Deutschen in Danzig eine verfolgte und diskriminierte Minderheit, die unter polnischen Übergriffen und Verhaftungen zu leiden hatte. Ihre Unzufriedenheit wuchs stetig. Anstatt den Konflikt zwischen Polen und Deutschen eskalieren zu lassen, schlug Hitler eine Volksabstimmung vor, in der die Bevölkerung Danzigs selbst entscheiden hätte können, ob sie zu Polen oder Deutschland gehören will. ⁽²⁾ Dieses Angebot wurde von Polen, wie auch alle vorherigen Vorschläge, abgelehnt. Jedes Selbstbestimmungsrecht der deutschen Völker im neuen Polen blieb unberücksichtigt. In seinem Werk «1939: Der Krieg, der viele Väter hatte. Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg» gibt der Autor Gerd Schultze-Rhonhof Polen mit der Ablehnung der deutschen Verhandlungsangebote eine Mitschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. (Ik)

Quelle:

1. Gerd Schultze-Rhonhof: Befreiung, Niederlage oder was?, Preussische Allgemeine Zeitung, 16. April 2005

2. Max Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen von 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. Würzburg 1962/63. S.923 ff.



Karte 34: Die deutschen Vorschläge vom 30. August 1939

Hitler schlug sowohl für Danzig als auch für den polnisch besetzten Korridor eine Volksabstimmung vor. Sollte das Korridor-Gebiet sich für eine Zugehörigkeit zu Polen entscheiden, dann sollte eine extraterritoriale deutsche Strasse von Bütow nach Dirschau entstehen, um Ostpreussen und je nachdem Danzig mit dem Deutschen Reich zu verbinden. Sollte es sich für Deutschland entscheiden, dann sollte Polen eine extraterritoriale Strasse von Posen zum weiterhin polnisch bleibenden Ostseehafen Gdingen bekommen.

31. März 1939:

Britisch-französische Garantieerklärung an Polen

Der Strick um Deutschlands Hals zog sich allmählich wieder zu. Als britisch-französische Garantieerklärung wird die Erklärung der Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs vom 31. März 1939 bezeichnet, deren Inhalt die Versicherung des Beistandes in jeglicher Form war, sollte sich eine Situation ergeben, in der Polen zur militärischen «Verteidigung» seiner territorialen Unversehrtheit gezwungen wäre. Am 25. August unterschrieben Polen und Grossbritannien zusätzlich einen militärischen Beistandspakt. Jetzt fehlte nur noch der Verteidigungsfall für Polen, um ganz Europa erneut mit einem Krieg zu überziehen. Der britische Botschafter in Berlin Neville Henderson argwöhnte, die Polen würden «die Dinge auf die Spitze treiben». Mit Hilfe der britischen Garantieerklärung wollten sie, so berichtete der Botschafter am 8. August 1939 nach London, über Deutschland einen ungerechten Vorteil erlangen.⁽¹⁾

Die britisch-französische Garantie-Erklärung an Polen wirkte einer gerechten und friedlichen Lösung des deutsch-polnischen Konflikts entgegen. Sofort verstärkte sich in Polen die Hetze gegen Deutschland. Polnische Zeitungen forderten, Danzig und ganz Ostpreussen zu besetzen und die Westgrenze bis zur Oder vorzuschieben. In Versammlungen wurde gesagt, dass nicht die Oder, sondern die Elbe Polens Grenze sei. Berlin sei keine deutsche Stadt, sondern eine alte polnische Ansiedlung. Plakate erschienen an den Hauswänden mit dem Aufruf «Auf nach Berlin!».⁽²⁾

Als der polnische Kriegsminister General Tadeusz Kasprzycki im Mai 1939 in Frankreich weilte, um mit dem französischen General Maurice Gamelin zu konferieren, war auch der

französische Aussenminister Georges Bonnet anwesend. Er dokumentierte in seinen Erinnerungen an diese Zeit eine Aussage von Kasprzycki, den Zustand der Befestigungen an der deutsch-polnischen Grenze betreffend: «Wir haben keine [Befestigungen], denn wir gedenken, einen Bewegungskrieg zu führen und gleich zu Beginn der Operationen in Deutschland einzufallen.»⁽³⁾ (tk) 



Polnische Streitkräfte 1939

Quellen:

1. spiegel.de, «Herr Hitler will den Frieden retten», 02.09.1964
2. Zentner, Kurt: «Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges», Südwest-Verlag, München, 1964, S.64.
3. Georges Bonnet, «Vor der Katastrophe», Köln, 1951, S.220

1918 bis 1939:

Die deutsch-polnischen Beziehungen vor dem Zweiten Weltkrieg

Die Bundeszentrale für politische Bildung schreibt über den Beginn des Zweiten Weltkrieges: «Am 1. September 1939 entfachte das Deutsche Reich mit dem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg. Er kostete in sechs Jahren knapp 60 Millionen Menschen das Leben. Am längsten litt Polen unter der brutalen Besatzungspolitik der Nationalsozialisten – eine Tatsache, die das deutsch-polnische Verhältnis auch nach Kriegsende viele Jahrzehnte belastete.»⁽¹⁾ Doch das deutsch-polnische Verhältnis war schon vor jenem 1. September des Jahres 1939 belastet – und zwar so sehr, dass der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges unter Berücksichtigung aller vorliegenden Informationen in einem anderen Licht erscheint (auch hinsichtlich der Schuldfrage). Betrachtet man insbesondere den Zeitraum zwischen dem Versailler Vertrag von 1919 und dem September 1939 unvoreingenommen, so lässt sich nur schwerlich ein friedfertiges und harmloses Polen erkennen, welches überraschend und unprovokiert zum Opfer des Deutschen Reiches wurde.

Der Autor Günter Zemella notiert diesbezüglich in seinem Buch «Deutschland im Fadenkreuz»: «Heute sieht sich Polen gern

als ein Opferstaat nicht nur des 20. Jahrhunderts. Es wird auch vom Ausland vielfach als unschuldiges Opfer des deutschen «Überfalls» 1939 betrachtet. Die historischen Tatsachen sprechen jedoch gegen eine solche Bewertung. Richtig ist vielmehr, dass Polen von 1918 bis 1939 ein Aggressorstaat war, der in dieser Zeit einige seiner Nachbarn überfallen [...] und ihnen mehrheitlich nicht-polnische Gebiete geraubt hat. In den erworbenen Gebieten hat Polen sofort scharfe Polonisierungsmassnahmen durchgeführt, die jeweiligen Minderheiten unterdrückt oder zur Flucht getrieben. Die polnische Regierung drohte sogar, Deutschland mit einem Krieg zu überziehen.»⁽²⁾ Diese Behauptungen widersprechen dem offiziellen Narrativ gewaltig. Polen ein «Aggressorstaat»? Betrachtet man die Sachlage nüchtern, so ist diese Bezeichnung in der Tat zutreffend: Weder war die polnische Staatsführung in den Angelegenheiten des Danzig-Korridors (siehe S.58) sowie der in den polnischen Gebieten lebenden deutschstämmigen Minderheiten besonders verhandlungsbereit, noch wurden jene Minderheiten allzu respektvoll behandelt. ▶



„«Polen, obwohl es nach dem äußeren Anschein als das erste Opfer des Zweiten Weltkriegs dasteht, gehört bei genauerem Betrachtchen auch zu den ersten Tätern. Der 1918 wiedererstandene Staat Polen bringt es fertig, in den ersten vier Jahren seiner neuen Existenz Streit und Kriege mit fast allen seinen Nachbarn zu beginnen. 1918, noch vor den Versailler Grenzzentscheidungen, nutzt Polen den Waffenstillstand der Siegerstaaten mit dem Deutschen Reich und nimmt im Handstreich die bis dahin deutschen Provinzen Posen und Westpreußen in Besitz. Letztere ist allerdings nicht überwiegend polnisch, und die Annexion des Nordens der Provinz trennt den deutschen Landesteil Ostpreußen vom Rest des Deutschen Reiches. Es entsteht der sogenannte Korridor. Auch wenn die Sieger dieses Landstück den Polen später zugestehen, so ist es dennoch Polen, das zuerst die Fakten schafft, das dann eine Volksabstimmung im umstrittenen Land verhindert, und das 1939 eine moderate Lösung für die Verkehrsanbindung Ostpreußens an das Reich als unzumutbar ablehnt. Das Korridor-Problem, von Polen geschaffen und erhalten, wird Polen 1939 zum Verhängnis. Zum gleichen Stil gehören von 1919 bis 1921 die polnischen Versuche, in Oberschlesien eine Volksabstimmung zu vereiteln, und als das nicht funktioniert, das deutsche Oberschlesien zu erobern. Das Verhalten der Polen im Oberschlesien-Streit trägt nicht unerheblich dazu bei, daß ein Großteil aller Deutschen die Kriegseröffnung Hitlers 1939 als recht und billig akzeptiert, auch wenn sie diesen Krieg mit Polen an und für sich nicht führen möchten. [...] Auch der Versuch Marshall



Pilsudskis von 1933, Frankreich zu einem Angriffskrieg gegen Deutschland zu bewegen, gehört zum Stil der Polen jener Zeit, mit Kriegen aktive Außenpolitik zu machen. So grenzt das Volk der Polen 1939, abgesehen von den Letten und Rumänen, an kein Nachbarvolk, das den Polen gegenüber Skrupel haben müsste, in gleicher Münze heimzuzahlen. [...] Mit ihrer vertragswidrigen Mobilmachung gegen Deutschland vom März 1939 als direkte Antwort auf ein deutsches

Verhandlungsangebot veranlasst die polnische Regierung Adolf Hitler, den Deutsch-Polnischen Freundschafts- und Nichtangriffspakt von 1934 aufzukündigen. Auch wenn diese Entscheidung Hitlers völkerrechtlich umstritten ist und als überzogen gilt, so wird sie doch von Polen selber ausgelöst. So schafft Polen bis zum Kriegsausbruch um sich herum einen vertragsfreien Raum, in dem nur noch die Regeln des Stärkeren gelten, wie Polen sie seit 1918 gegenüber fast allen Nachbarstaaten anwendet. [...] Ab Mai 1939 nehmen die Verfolgungen und Drangsalierungen der Minoritäten wieder in einer Weise zu, daß eine neue vertragliche Absicherung der Menschen- und Bürgerrechte der deutschsprachigen Bürger Polens unaufschiebbar wird. So überlagert die deutsch-polnische Minderheitenfrage zum Schluß das Danzig-Korridor-Problem und gibt ihm eine eigene, gefährliche Dynamik. Hitler kommt damit unter einen Zeitdruck, der allein mit Danzig und dem Korridor so nicht entstanden wäre. **Polens Art, mit seinen 10 Millionen Bürgern fremder Muttersprache umzugehen, ist der Brandbeschleuniger zum Ausbruch des Krieges am 1. September 1939.»**

Der ehemalige Bundeswehr-Generalmajor Gerd Schultze-Rhonhof in seinem Werk «Der Krieg, der viele Väter hatte»

Quelle: Gerd Schultze-Rhonhof, Der Krieg, der viele Väter hatte, Olzog Verlag, München, 2. Auflage, S.523-526

► Das Schicksal deutscher Minderheiten

Der Versailler Vertrag von 1919 trennte große Teile Ostdeutschlands vom Deutschen Reich und sprach diese Gebiete, entgegen dem Selbstbestimmungsrecht, Polen zu. In der Folge litten die deutschen Bewohner unter einer zunehmend harschen Behandlung durch die polnischen Behörden und Zivilisten. Der deutsche Jurist Heinz Nawratil schreibt in seinem bekannten «Schwarzbuch der Vertreibung» beispielsweise: «Am 15. Mai 1927 meldete man aus [der schlesischen Stadt] Rybnik pogromähnliche Ausschreitungen gegen Deutsche.»⁽³⁾ Im September 1934 verweigerte Polen schließlich jegliche Kontrolle des zugesicherten Minderheitenschutzes durch den Völkerbund. Nawratil kommentiert: «In den Archiven des Völkerbunds in Genf lagern 20 Kästen mit Protesten und Petitionen ausgewiesener Deutscher aus der Vorkriegszeit. Polen wurde so oft von internationalen Gremien und Gerichten wegen des Bruchs des Minderheitenschutz-Abkommens vom 28.07.1919 verurteilt, dass es sich schließlich 1934 von diesem Abkommen einseitig lossagte.»⁽⁴⁾ Nach früheren Landreformen enteignete eine weitere Maßnahme von 1938 viele Deutsche, und ein Grenzlandgesetz vom Februar 1939 schrieb vor, dass Deutsche in einem 30 Kilometer breiten Streifen entlang der polnischen Westgrenze kein Land mehr besitzen durften. Von 1919 bis 1938 waren weit mehr als eine Million Deutsche angesichts der Unterdrückungs- und Enteignungsmaßnahmen aus ihrer ostdeutschen Heimat geflohen – die erste große Massenvertreibung von Deutschen im Osten.

Vatikan rügt Polens Vorgehen

Im Frühjahr und Sommer 1939 erreichte das Leid der Volksdeutschen (Personen deutscher Abstammung und Muttersprache, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen) in dem mit Hass aufgeladenen Polen ein immenses Ausmaß: «Ab Mai 1939 nehmen die Ausschreitungen von Polen gegen Deutsche wieder schlimme Formen an. Auf dem Lande werden deutsche Höfe in großer Zahl von Polen angezündet, die Bauern weggetrieben, Menschen in den Städten verprügelt, in Einzelfällen totgeschlagen. Deutsche Gottesdienste werden so häufig gestürmt und aufgelöst, dass sich der Vatikan genötigt sieht, dies bei der polnischen Regierung zu beklagen. Die Deutsche Reichsregierung muss im Sommer 1939 Auffanglager einrichten, um des Stromes deutscher Flüchtlinge aus Polen Herr zu werden. [...] Von Anfang Juli bis Mitte August 1939 melden die deutschen Konsuln in Polen viele hundert Überfälle auf «Volksdeutsche». Das Spektrum reicht dabei vom Verprügeln bis zur Kastration», notiert der ehemalige Bundeswehr-Generalmajor Gerd Schultze-Rhonhof in seinem Werk «Der Krieg, der viele Väter hatte».⁽⁵⁾ Jene tadelnden Worte des Vatikans in Richtung Polen dokumentiert das Passauer Bistumsblatt, welches am 9. Juli 1939 unter der Überschrift «Störung deutscher Gottesdienste in Polen» über die Blüten des anti-deutschen Zorns in Polen schrieb: «Der Hass der polnischen Chauvinisten gegen die deutsche Volksgruppe in Polen ist schon soweit gediehen, dass selbst das Gotteshaus vor deutschfeindlichen Ausschreitungen nicht mehr verschont bleibt. In Kattowitz und zahlreichen anderen Orten wurden Gottesdienste

von Polen gestört, als die Priester deutsch predigten oder deutsche Gebete beteten. Zu den Vorfällen meldet das deutsche Nachrichtebüro aus Rom, dass nun der Vatikan, der sich ja immer für die religiöse Betreuung der völkischen Minderheiten in ihrer Muttersprache einsetzt, den polnischen Episkopat wegen der fortgesetzten Beeinträchtigung der deutschen Katholiken zur Ordnung rufen ließ.»⁽⁶⁾ So ordnet Nawratil die Geschehnisse in seinem «Schwarzbuch der Vertreibung» ein: «Als ab April/Mai 1939 die deutsch-polnischen Beziehungen immer schlechter wurden, kam es vereinzelt zu Morden an Volksdeutschen [...]. Allerdings hatte der Terror nicht das Ausmaß, wie es die NS-Propaganda später behauptete. Immerhin gab es Dörfer, in denen fast alle deutschen Häuser demoliert waren; in einigen ländlichen Gebieten übernachtete man aus Angst vor nächtlichen Überfällen in Wäldern und Feldern; deutschsprachige Zeitungen wurden in rascher Folge beschlagnahmt, es kam zu Massenentlassungen deutscher Arbeiter, und deutsche Kirchgänger und Schulkinder lebten in dauernder Furcht, unterwegs verprügelt zu werden.»⁽⁷⁾

Bromberger Blutsonntag

Der Autor fährt fort: «Wer geglaubt hatte, es könne nicht mehr viel schlimmer werden, wurde nach Ausbruch des Krieges eines Besseren belehrt.»⁽⁸⁾ Worauf Nawratil hier anspielt, sind die Geschehnisse des 3. September 1939, der als «Bromberger Blutsonntag» in die Geschichte eingehen sollte (siehe S.65), sowie der nachfolgenden Tage. Wider Erwarten war Polen europäischer Vorreiter, was das Konzept der Konzentrationslager anbelangte: «Schon vor Kriegsbeginn wurden zwei große Konzentrationslager für die geplante Verschleppung von Deutschen und Angehörigen anderer Minderheiten eingerichtet, und am 1. September 1939 begann dann die angekündigte «Jagd auf Deutsche» (Polowanie na Niemców)», so Heinz Nawratil.⁽⁹⁾ Der US-amerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred de Zayas, der von Mai 2012 bis April 2018 unabhängiger Experte des «Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung» war, schreibt in seinem Buch «Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle» über einen Besuch des Marineoberkriegsgerichts Dr. Ulrich Schattenberg in Polen. Schattenberg führte vom 9. bis 13. September 1939, also kurz nach Kriegsbeginn, eidliche Zeugenvernehmungen in Bromberg durch. Er gab über die Ausmaße der deutschfeindlichen Pogrome zu Protokoll: «Insgesamt sind von mir über 40 Volksdeutsche eidlich als Zeugen vernommen worden über die Ermordung ihrer Angehörigen. Jeder Zeuge bekundete die Ermordung von wenigstens zwei oder drei seiner Angehörigen, z.T. wurden ganze Familien ausgerottet ... Bei den Hausdurchsuchungen wurden zunächst von den Soldaten und dem Mob sämtliches Geld und Wertsachen gestohlen, die Wohnungen auch sonst ausgeplündert und verwüstet. Die Männer der Familien, und zwar ohne Rücksicht auf ihr Alter, von 13-jährigen oder gar 10-jährigen Jungen bis zum 70- oder 80jährigen Greis, wurden in fast allen Fällen in viehischer Weise umgebracht. Nur in wenigen Fällen begnügte man sich mit dem einfachen Abschießen. Zumeist wurden die Ermordeten mit Brechstangen, Seitengewehren, Gewehrkolben, Knüppeln derart zusammengeschlagen, dass ihre Gesichter bis zur Unkennt-

lichkeit verstümmelt wurden ... In vielen Fällen mussten die Volksdeutschen die Ermordung ihrer Väter, Brüder oder Kinder mit ansehen, ohne ihnen, wenn die Verletzten noch nicht gleich tot waren, Hilfe bringen zu dürfen. Dabei wurden sie noch von den Soldaten und vom Pöbel verhöhnt. In anderen Fällen mussten sie die Ermordung der Angehörigen ansehen, um dann selbst als nächstes Opfer erschlagen oder erschossen zu werden.»⁽⁹⁾

Gipfel der Gewalt

Heinz Nawratil kommentiert in seinem «Schwarzbuch der Vertreibung»: «Das Geschehen ist nicht nur durch die Ermittlungen der Wehrmacht-Untersuchungsstelle [...] und mehrere tausend Aussagen überlebender Deutscher, sondern auch durch die beigezogenen ausländischen Pressevertreter und Ärzte zuverlässig bezeugt. Die meisten Morde wurden von Militär, Polizei und paramilitärischen Jugendeinheiten verübt, nur ein geringerer Teil von aufgehetzten Zivilisten. Der Ablauf war meistens der gleiche. Es begann regelmäßig mit Verhaftung wegen Verdachts der Spionage und subversiver Tätigkeit oder mit Verschleppung ohne Angabe von Gründen. Die bisherigen Forschungen haben aber kaum Anhaltspunkte für die genannten Vorwürfe ergeben. Willkürliches Erschießen oder Erschlagen von Angehörigen der Minderheit standen oft am Ende der Maßnahmen, und auch Vergewaltigungen häuften sich. Kleine Dörfer im Grenzgebiet verloren bis zu 50 Prozent ihrer Bevölkerung. Im Osten des Landes ging es den Ukrainern übrigens nicht besser.»⁽¹⁰⁾ Den Bromberger Blutsonntag vom 3. September 1939 kausal als bloße Reaktion auf eine «deutsche Aggression» vom 1. September zurückzuführen, so wie es die offizielle Geschichtsschreibung tut, wird den historischen Tatsachen schlicht und ergreifend nicht gerecht. Vielmehr kann das Ereignis als (einer der) Gipfel der anti-deutschen Gewalttaten in Polen betrachtet werden, wobei der Kriegsbeginn lediglich als endgültiger Freibrief für das brutale Abschachten der deutschstämmigen Bewohner der Gebiete unter polnischer Verwaltung angesehen wurde. Der polnisch-stämmige Autor und Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki schrieb in seiner Biografie aus dem Jahr 2000: «[...] es war gekommen, was viele befürchteten und nicht wenige erhofften: der Krieg. [...] Die Nachricht vom deutschen Überfall auf Polen haben wir dann, so unwahrscheinlich dies auch anmuten mag, mit Erleichterung, mit befreitem Aufatmen zur Kenntnis genommen. Und als am 3. September Frankreich und Großbritannien Deutschland den Krieg erklärten, konnte sich das Volk vor lauter Glück kaum beherrschen: Die Stimmung war – und nicht nur in Warschau – enthusiastisch.»⁽¹¹⁾ Sowohl der gesunde Menschenverstand als auch die unzähligen Augenzeugenberichte und gut dokumentierten Fälle über Gewaltakte gegen und Ermordungen von Volksdeutschen in Polen, die hier nicht ansatzweise erschöpfend aufgeführt wurden, weisen darauf hin, dass die hasserfüllte Stimmung und die daraus entspringenden Gräueltaten nicht über Nacht auftraten, sondern sich über Monate und Jahre entfalteten. Die historisch zweifelsfrei belegten Geschehnisse des Bromberger Blutsonntags und die über eine Million deutschstämmigen Flüchtlinge verleihen all diesen Berichten von der Zeit davor ausreichende Glaubhaftigkeit. (tk)

Quellen:

1. bpb.de, 1939: Überfall auf Polen, 29.08.2014
2. Günter Zemella, Deutschland im Fadenkreuz, Klosterhaus-Verlag, Wahlsburg, 2013, S.101
3. Heinz Nawratil, Schwarzbuch der Vertreibung, Universitas Verlag, München, 2000, 8. Auflage, S.44
4. Ebenda, S.43

5. Gerd Schultze-Rhonhof, Der Krieg, der viele Väter hatte, Olzog Verlag, München, 2. Auflage, S.447/451
6. Passauer Bistumsblatt, 09.07.1939
7. Heinz Nawratil, Schwarzbuch der Vertreibung, Universitas Verlag, München, 2000, 8. Auflage, S.44
8. Ebenda, S.44 f.

9. Alfred M. de Zayas, Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle, Verlag Ullstein, Frankfurt/M, Berlin, 4. erw. Auflage, S. 227 f.
10. Ebenda, S.45
11. Marcel Reich-Ranicki, Mein Leben, dtv, München, 2001, 4. Auflage, S.191



„Polen will den Krieg mit Deutschland, und Deutschland wird ihn nicht vermeiden können, selbst wenn es das wollte.“



Der polnische Armee-Oberbefehlshaber Rydz-Śmigły in einem Vortrag vor polnischen Offizieren im Sommer 1939



Englische Karikatur verspottet den Deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Für die deutsche Regierung war der Pakt notwendig, um einen Zwei-Fronten-Krieg zu vermeiden. Allerdings wurde die Sowjetunion von Hitler niemals so massiv aufgerüstet und unterstützt wie von den Alliierten (siehe S.78 f.). Waren in Wahrheit nicht viel eher Roosevelt und Stalin das Liebespaar? Es war nicht Hitler, sondern Roosevelt, der Stalin übermässig aufrüstete und den Sowjets so die Eroberung von ganz Osteuropa ermöglichte. (siehe S.83 f.)

19. August 1939:

Stalin will, dass Hitler Polen angreift, um ihm später in den Rücken zu fallen



Foto: Bundesarchiv, Bild 183-H27337 / CC-BY-SA 3.0

Durch eine ans Licht der Öffentlichkeit gekommene Rede Stalins vor Mitgliedern des Politbüros und der Komintern wurde deutlich, dass Stalin Krieg gegen das Deutsche Reich plante, obwohl er wenige Tage später einen Nichtangriffspakt mit ihm unterschrieb. «Die Frage Krieg oder Frieden tritt für uns in eine kritische Phase», heisst es in dem Dokument. In der Rede werden mögliche Strategien erörtert, welche die Sowjetunion verfolgen könnte:

«Wenn wir einen Beistandspakt mit Frankreich und Grossbritannien abschliessen, wird Deutschland von Polen ablassen und einen Modus vivendi mit den Westmächten suchen. Der Krieg würde vermieden, aber im weiteren Verlauf könnten die Ereignisse einen für die Sowjetunion gefährlichen Charakter annehmen.»

Nehme die Sowjetunion hingegen den Vorschlag Deutschlands an und schliesse mit den Deutschen einen Nichtangriffspakt, dann würden diese schliesslich Polen angreifen. Eine Einmischung Frankreichs und Englands werde daraufhin unvermeidlich. Wörtlich heisst es:

«Westeuropa wird ernsthafte Unruhen und Unordnungen erleben. Unter diesen Umständen haben wir grosse Chancen, dem Konflikt fernzubleiben, und wir können auf einen günstigen Moment unseres Eintritts in den Krieg hoffen.»

Foto: Slawek (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Suworow_Wiktor.jpg)
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en>

„Stalin beschloss am 19. August 1939 den Krieg zu beginnen und das ging von oben Schritt für Schritt nach unten und sollte am 6. Juli 1941 mit unserem Überfall auf Deutschland enden.“



Viktor Suworow, GRU-Überläufer, 1999

Quelle: Der letzte Mythos - Wer entfesselte den 2. Weltkrieg?, Filmdokumentation

Handschlag zwischen Stalin und Reichsaussenminister Joachim von Ribbentrop nach der Unterzeichnung des Deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts; Moskau, 24. August 1939

«Unsere Aufgabe besteht darin, dass Deutschland so lange wie möglich Krieg führen kann. In Erwartung ihrer Stunde wird die UdSSR dem heutigen Deutschland Hilfe leisten, indem sie es mit Rohstoffen und Lebensmitteln versorgt. Man muss alles dafür tun, damit dieser Krieg solange wie möglich dauert mit dem Ziel der Erschöpfung beider Seiten. Gerade aus diesem Grund müssen wir mit dem Abschluss des Pakts, der von Deutschland vorgeschlagen wurde, einverstanden sein und daran arbeiten, dass dieser Krieg, einmal erklärt, die maximale Zeit andauert.»⁽¹⁾

Der spätere KPdSU-Generalsekretär Nikita Chruschtschow, der zur damaligen Zeit bereits Mitglied in Stalins Politbüro war, berichtete in seinen Memoiren wie Stalin nach der Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes mit Deutschland am 24. August triumphierte: «Ich habe Hitler hinter Licht geführt!»⁽²⁾ (tk/tm)

Quellen:

- Heinz-Dietrich Löwe: Stalin, der entfesselte Revolutionär, Bd. 2, Muster-Schmidt Verlag, 2002, S.304
- Viktor Suworow, Stalins verheimerter Erstschock S.89
- Nikita Chruschtschow, Erinnerungen Band 2, S.69



«Die UdSSR wird sich in geballter Masse in Richtung der Grenzen Deutschlands zu einem Zeitpunkt bewegen, wenn das Dritte Reich in einen Kampf um die Neuordnung der Welt verwickelt ist.»

Leo Trotzki, kommunistischer Revolutionär im August 1939

Quelle: Viktor Suworow, Der Eisbrecher, S.28 f.

27. August 1939:

Verhandlungsangebot aus Deutschland



Der französische Ministerpräsident Édouard Daladier ging nicht auf Hitlers Angebote ein.

In einem Schreiben an den französischen Ministerpräsidenten Édouard Daladier betonte Hitler, dass das Deutsche Reich keine kriegerischen Absichten gegenüber Frankreich verfolgen und wies wiederholt auf die Verbrechen der Polen an Deutschen hin, die nunmehr nach jahrelangen, vergeblichen Bemühungen beendet werden müssten. Dabei stellte er die Frage, wie wohl Frankreich reagiert hätte, wenn ihm dasselbe widerfahren wäre wie Deutschland:

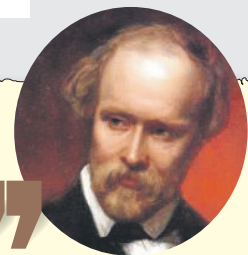
«Darf ich mir nun die Frage erlauben, Herr Daladier, wie würden Sie als Franzose handeln, wenn durch irgendeinen unglücklichen Ausgang eines tapferen Kampfes eine Ihrer Provinzen durch einen von einer fremden Macht besetzten Korridor abgetrennt würde, eine grosse Stadt – sagen wir Marseille – verhindert würde, sich zu Frankreich zu bekennen und die in diesem Gebiete lebenden Franzosen nun verfolgt, geschlagen, misshandelt, ja bestialisch ermordet würden? Sie sind Franzose, Herr Daladier, und ich weiss daher, wie Sie handeln würden.»⁽¹⁾

Zudem verlangte Hitler eine Beendigung der «untragbarsten Bestimmungen» des Versailler Vertrags. Diese Forderung war auch von nahezu allen seinen Vorgängern gestellt worden. Schon der nationalliberale Reichskanzler Gustav Stresemann, der 1926 den Friedensnobelpreis erhalten hatte, hatte auf die Zurückgewinnung Danzigs und des polnischen Korridors gedrängt. (tk)

Quelle: 1. Max Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen von 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. Würzburg 1962/63. S.1329



Die New York Times bestätigte auf ihrer Titelseite am 28.08.1939, dass Hitler Frankreich Angebote für «friedliche Lösungen» gemacht hatte.



«Es gibt nur eine Sünde, die gegen die ganze Menschheit mit allen ihren Geschlechtern begangen werden kann, und dies ist die Verfälschung der Geschichte.»

Friedrich Hebbel, deutscher Lyriker und Dramatiker

Quote: Friedrich Hebbel, Richard Maria Werner (Hg.): Tagebuchblätter von Friedrich Hebbel, B. Behrs, 1908, S. 36



Ende August 1939:

Vermittlungsversuche von Dahlerus

Der schwedische Grossindustrielle Birger Dahlerus verfügte über ausgezeichnete Kontakte zu massgeblichen Engländern und führenden Männern des Dritten Reiches (u. a. frühe Bekanntschaft mit Hermann Göring). Mit Billigung Hitlers schaltete Göring im August 1939 Dahlerus ein, um eine Übereinkunft mit London zustandezubringen. Der Schwede traf am 27. August mit Hitler zusammen und richtete daraufhin Premier Chamberlain und Aussenminister Lord Halifax seine Botschaften aus. In der ganz heissen Phase am Vorabend des Kriegsausbruchs versuchte er noch in Telefongesprächen, das Unheil abzuwenden. Am 31. August suchte er um 11.00 Uhr vormittags in Begleitung des britischen Delegationsrates George Ogilvie-Forbes den polnischen Botschafter Józef Lipski auf, um das deutsche Angebot in der Danzig-Frage zu erläutern.

Dahlerus schrieb über diese Zusammenkunft in seinen Memoiren «Der letzte Versuch» (1948) auf Seite 110:

«Bereits bei der Ankunft spürte man sehr deutlich den Ernst der Lage. In der Halle standen Kisten aufgereiht, und überall war das Personal damit beschäftigt, die Abreise



In Dahlerus' Memoiren erfahren wir, wie er versuchte, zwischen Deutschland, Grossbritannien und Polen zu vermitteln.

vorzubereiten. Lipski empfing uns in seinem Arbeitszimmer, aus dem bereits ein Teil der Ausstattung entfernt war[...] Forbes bat mich hierauf, die deutsche Note an Polen vorzulesen, was ich tat. Aber Lipski erklärte bald, dass er den Inhalt nicht verstehen könne. Forbes notierte hierauf eigenhändig die Hauptpunkte und übergab die Aufzeichnungen Lipski, der das Papier mit zitternden Händen nahm und eine Weile betrachtete – dann aber erklärte, dass er nicht deuten könne, was dort stehe. Ich erbot mich hierauf, die Note sofort seiner Sekretärin zu diktieren [...] Während ich der Sekretärin diktierte, hatte Lipski Forbes mitgeteilt, dass er in keiner Weise Anlass habe, sich für Noten oder Angebote von deutscher Seite zu interessieren.»

In den ersten Tagen nach Kriegsausbruch setzte Dahlerus seine Bemühungen fort, stiess aber in London mit dem Angebot, Göring würde sofort nach England zu Verhandlungen kommen, bei der britischen Führung auf Ablehnung. Der Vermittler scheiterte an Polens und Englands Kriegsambitionen. (tk)

01. September 1939:

Beginn des Zweiten Weltkriegs – Churchill will die «Vernichtung Deutschlands»



Hitlers Rede im Reichstag am 01. September 1939 mit dem berühmten Ausspruch «Seit 5 Uhr 45 wird jetzt zurückgeschossen».



«Dies ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.»

Winston Churchill

Wie im Ersten Weltkrieg war Deutschlands «Überfall auf Polen» wieder eine gegnerische Mobilmachung vorhergegangen, was nach Genfer Konvention einer Kriegserklärung gleichkam. Die Generalmobilmachung in Polen erfolgte bereits am 24. August 1939, wurde aber erst am 29. August 1939 öffentlich zugestellt. ⁽¹⁾ Dazu kamen, wie bereits erläutert, die hohe Anzahl schon

erfolgter Vertragsbrüche der Alliierten (siehe u.a. S.52 f.), deren fehlende Verhandlungsbereitschaft (siehe u.a. S.63), die Grossmachtabitionen Polens (siehe S.56 f.) und zuvorderst die dramatische Ausweitung der Vertreibung/Er mordung der Deutschen in Polen (siehe S.44). All diese Vorkommnisse gilt es zu berücksichtigen, um ein neutrales Urteil über den Kriegsbeginn fällen zu können.



77

«[Wer die ersten Schüsse abgegeben hat] ist ganz belanglos. Entscheidend ist, was den ersten Schüssen vorausgegangen ist.»

Asher ben Nathan, israelischer Botschafter in Bonn, 1967 nach Beginn des «Sechs-Tage-Krieges» in der Fernsehsendung «Die Woche in Bonn»

Quelle: Gerd Schultze-Rhönhof, Der Krieg, der viele Väter hatte, S.14

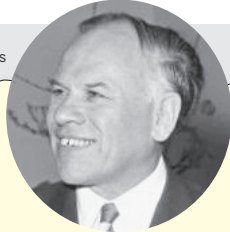
Am 03. September folgten England und Frankreich ihrer Bündnispflicht und erklärten Deutschland den Krieg. Der britische Aussenminister Lord Halifax sagte zufrieden: «Jetzt haben wir Hitler zum Krieg gezwungen, so dass er nicht mehr auf friedlichem Wege ein Stück des Versailler Vertrages nach dem anderen aufheben kann.»⁽²⁾

Winston Churchill wurde am 03. September 1939, dem Tag der Kriegserklärung, noch deutlicher: «Dies ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.»⁽³⁾ (tk)

Quellen:

1. Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Berlin 1939; Alfred Schickel: Deutsche und Polen, Bergisch Gladbach 1984; Gotthold Rhode: Geschichte Polens, Darmstadt 1980; Hartmut Boockmann: Ostpreussen und Westpreussen, Berlin

Foto: Armin Kübelbeck, CC-BY-SA, Wikimedia Commons



«Was wir im deutschen Widerstand während des Krieges nicht wirklich begreifen wollten, haben wir nachträglich vollends gelernt: Dass der Krieg schliesslich nicht gegen Hitler, sondern gegen Deutschland geführt wurde.»

Eugen Gerstenmaier, deutscher evangelischer Theologe und Politiker (CDU)

Als Mitglied des Kreisauer Kreises war er in der Zeit des Nationalsozialismus in Pläne zum Attentat auf Adolf Hitler eingeweiht und wurde am 20. Juli 1944 verhaftet.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. März 1975

1992, zitiert in: Michael Grandt: Erika Steinbach hat recht!, Kopp Online, 10. September 2010

2. Nation Europa, Jahrg. 1954, Heft 1, S.46

3. zeit.de, Der 20. Juli 1944: Ein vergessener Tag

03. September 1939:

Bromberger Blutsonntag

77



DEUTSCHER BUNDESTAG

«Polen ging nach dem Urteil des Bonner Historikers Albert Kotowski [nach dem Putsch von Marshall Józef Piłsudski im Mai 1926] von einer «planlosen» zu einer «planmäßigen Entdeutschung» seiner westlichen Landteile über [...].»

Aus einer Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags vom Jahr 2009

Quelle: Deutscher Bundestag/Wissenschaftliche Dienste, Deutsche Minderheiten in der Zwischenkriegszeit, 31.07.2009

Der «Bromberger Blutsonntag» war ein am 3. September 1939 von Polen gegen Deutsche verübtes Pogrom. Bei diesem Massaker wurde eine grosse Anzahl Deutscher in der seit 1918 im polnischen Korridor gelegenen deutschen Stadt Bromberg durch Polen massakriert. Die polnischen Soldaten und Zivilisten, die über die Deutschen herfielen, gingen dabei äusserst grausam vor, verstümmelten die Opfer – darunter auch Kinder, Alte und Frauen – oft bis zur Unkenntlichkeit.

Insgesamt bewegen sich die Angaben über die Zahl der deutschen Opfer in der Literatur meist zwischen 700 und 1.200 Menschen. Der polnische Historiker Janusz Piekalkiewicz spricht dagegen von 5000 bis 6000 Ermordeten. Verbrechen wie diese hatten bereits vielen Deutschen das Leben gekostet (siehe S.44). (tk)



Eight murdered Germans in one place, of whom 2 were found lying separately and 2 others lying apart, in Głock, near Bromberg



Der deutsch-katholische Pfarrer von der Herz-Jesu-Kirche in Bromberg beim stillen Gehen vor den Leichen ermordeter Bromberger Volksdeutschen



Die Leichen durch Polen ermordeter Deutscher am «Bromberger Blutsonntag»



03. September 1939:

Round-Table-Mann Churchill wird wieder Marineminister

Kurz nach dem Ausbruch des Kriegs wurde Winston Churchill wieder in der britischen Regierung installiert. Sein Gehalt von 5,000 Pfund reichte wohl kaum aus, um seinen dekadenten Lebensstil zu ermöglichen. Zudem war er nach dem Börsencrash 1929 hochverschuldet. ⁽¹⁾ Stark anzunehmen, dass er sich weiterhin von der geheimen Round-Table-Elite (siehe S.9 ff.) in Grossbritannien finanzieren liess. (tk)

Quelle: 1. baremuenze.ch, Wie Churchill ein Vermögen machte – und verlor, 03.04.2018

07. September 1939:

Stalin erfreut über Ausbruch des Krieges

Nach dem Kriegsbeginn machte Georgi Dimitroff, der Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, folgende Notizen über Stalins Einschätzung der Lage. Stalin meinte: «Der Krieg wird zwischen zwei Gruppen von kapitalistischen Staaten geführt (arme und reiche im Hinblick auf Kolonien, Rohstoffe usw.) um die Neuaufteilung der Welt, um die Weltherrschaft! [...] Wir haben nichts dagegen, dass sie kräftig aufeinander einschlagen und sich schwächen. [...] Nicht schlecht, wenn Deutschland die Lage der reichsten kapitalistischen Länder (vor allem England) ins Wanken brächte. [...] Hitler selbst zerrüttet und untergräbt, ohne es zu verstehen und zu wollen, das kapitalistische System [...]». ⁽¹⁾

Stalin wollte also in Ruhe abwarten, bis die westeuropäischen Staaten sich zerfleischt hatten, um dann Europa in kommunistisches Rot zu tauchen. (tk)

Quelle: 1. Georgi Dimitroff, Tagebücher 1933–1943, Berlin 2000, S. 273



07. September 1939:

Französische Truppen überfallen Deutschland zuerst

Um den Verpflichtungen des französisch-polnischen Beistandspakts vom Mai 1939 Genüge zu tun, befahl der französische Generalstab die «Opération Sarre». Französische Truppen überschritten am 07. September die deutsche Grenze. Truppen der Wehrmacht leisteten befehlsgemäss keinen Widerstand (Deutschland wollte einen Zweifrontenkrieg vermeiden). Am 12. September standen die französischen Truppen bis zu acht Kilometern auf deutschem Gebiet. (tk)

Quelle: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Band 2. Stuttgart 1979



Die New York Times vom 07.09.1939 berichtet von einer Invasion Frankreichs ins Deutsche Reich.

17. September 1939:

Sowjetischer Überfall auf Ostpolen wird von Frankreich und Grossbritannien ignoriert



Exhumierte polnische Opfer sowjetischer Gewalt in Katyn (April 1943)



Polnische Kriegsgefangene der Roten Armee (September 1939)

Die sowjetische Besetzung Ostpolens begann mit dem Einmarsch der Roten Armee am 17. September 1939. Grossbritannien und Frankreich hatten für den Fall eines Angriffs einer europäischen Macht eine Garantie für die Unabhängigkeit Polens abgegeben. In einem geheimen Zusatzprotokoll war diese Garantie allerdings auf den Angriff des Deutschen Reiches beschränkt worden, sodass die sowjetische Besetzung keine Reaktion der Garantiemächte auslöste – sogar

als Polen Frankreich und Grossbritannien um Hilfe bat. ⁽¹⁾ Das zeigte, dass es den Alliierten anscheinend nicht um Polen ging, sondern darum, einen erneuten Krieg gegen Deutschland zu führen. Polen musste allein mit der brutalen Besetzung durch die Sowjets fertigwerden, die Zehntausende Polen ermorden liessen, u.a. im weltbekannten Massaker von Katyn im April 1940 mit mindestens 20.000 Toten. *(tk)*

Quelle: 1. de.wikipedia.org, Sowjetische Besetzung Ostpolens

06. Oktober 1939:

Ein weiterer Verhandlungsversuch Deutschlands

Nachdem der Polen-Feldzug beendet war, richtete Hitler in einer Reichstagsrede seine Worte an die Staaten, welche Deutschland den Krieg erklärt hatten. Im Verhältnis zu Frankreich forderte Hitler die Rückgabe des deutschen Saargebiets, das nach dem Ersten Weltkrieg von Frankreich annektiert wurde. Ansonsten gäbe es keinerlei Forderungen an Frankreich. Das deutsche Reichsland Elsass-Lothringen akzeptierte er als Folge des sogenannten Versailler Vertrages als nun französisch, «um einen Krieg zu

vermeiden!». Die alte Erzfeindschaft zwischen Frankreich und Deutschland solle «nun für immer begraben werden, um in der gemeinsamen Geschichte weiterzugehen.» Auch Grossbritannien bot er eine Beendigung des Krieges an.

Diese Angebote wurden ignoriert und die Alliierten begannen mehr als 2 Millionen Soldaten in Nordfrankreich zu mobilisieren. *(tk)*

Quelle: reichstagsprotokolle.de, Reichstagsprotokolle 1939/42,1

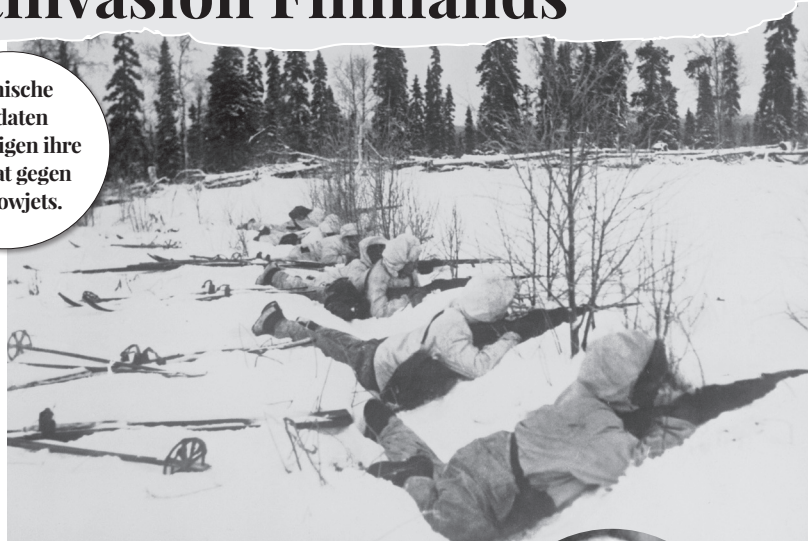


30. November 1939:

Frankreich und Grossbritannien tolerieren die Sowjetinvasion Finnlands

Die Rote Armee griff am 30. November 1939 das Nachbarland Finnland an. Nur zwei Monate nach Stalins Angriff auf Polen, brach er einen weiteren Nicht-Angriffspakt, nämlich den Sowjetisch-finnischen-Nichtangriffspakt aus dem Jahr 1932. Trotz seiner offenen Vertragsbrüche hielt sich die «internationale Gemeinschaft» mit verbalen Verurteilungen gegen Stalin zurück. Stalin wurden nur kleine, eher symbolische wirtschaftliche Strafen auferlegt, die seine Politik kaum berührten. Weder ein grossflächiger Boykott noch eine Kriegserklärung gegen Stalin wurde verkündet, obwohl er ein internationales Abkommen nach dem anderen brach. (tk)

Finnische Soldaten verteidigen ihre Heimat gegen die Sowjets.



1940:

Ära des «Vansittartismus» in Grossbritannien?



=



=



Robert Gilbert Vansittart war bis 1937 oberster Beamter im Aussenministerium. Als Gegner der britischen Appeasement-Politik geriet er in Konflikt mit Premier Arthur Neville Chamberlain und wurde auf den Posten eines Beraters abgeschoben. Mit dem Machtantritt Winstons Churchills wuchs sein Einfluss jedoch wieder. Er wurde zum wichtigsten diplomatischen Berater des Aussenministeriums.

Im Spätherbst 1940 veröffentlichte er in BBC-Radiosendungen, von ihm selbst verlesen, und von Januar bis März 1941 in Broschüren-Form mit einer Auflage von über 1 Million Stück verteilt, antideutsche Pamphlete, die den Begriff des «Vansittartismus» begründeten. Vansittart vertrat in Rundfunkreden und Büchern die These, es dürfe kein Unterschied gemacht werden zwischen Deutschland und dem Deutschland zur Zeit des Nationalsozialismus, da der kriegerrische Charakter dieser Nation seit Karl dem Grossen gleichgeblieben sei. Für den Neuzeithistoriker Hans Rothfels bedeutete «Vansittartismus» die These, «dass es keine ‚guten Deutschen‘ gäbe, mit Ausnahme der Toten [...], und dass Bestialität die spezifische Eigenschaft eines so verderbten Volkes sei». (1) Laut Vansittart war der «aggressive deutsche Charakter» nicht naturgegeben, sondern die Folge einer falschen Erziehung. Deshalb gehörte die Umerziehung der Deutschen zu seinen Hauptforderungen. Der spätere Bundeskanzler der BRD, Willy Brandt, war ein Gegner des Vansittartismus. In dieser pauschalierenden Betrachtung sah er ein Denken, das «der Hitlerschen Rassenlehre sehr nahe verwandt» sei. (2) (tk)

1. Jörg Später: Vansittart. Britische Debatten über Deutsche und Nazis 1902-1945. Wallstein-Verlag, 2003

2. Willy Brandt: Verbrecher und andere Deutsche. Dietz, Bonn 2007, S. 45 ff.

77



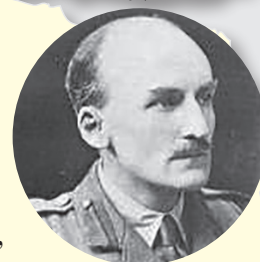
«Der Deutsche [...] war immer der Barbar, der Bewunderer des Krieges, der Feind – heimlich oder offen – der Menschenfreundlichkeit, des Liberalismus und der christlichen Zivilisation; und das Hitler-Regime ist kein zufälliges Phänomen, sondern die logische Konsequenz der deutschen Geschichte, des Deutschen in excelsis.»

Lord Robert Vansittart,
britischer Diplomat

Quelle: de.wikipedia.org, Robert Vansittart,
1. Baron Vansittart

77

«Nicht die politischen Lehren Hitlers haben uns in den Zweiten Weltkrieg gestürzt. Anlass war diesmal der Erfolg seines Versuches, eine neue Wirtschaft aufzubauen. Die Wurzeln des Krieges waren Neid, Gier und Angst.»



J.F.C. Fuller, Britischer General und Historiker in seinem Buch «Der Zweite Weltkrieg»

10. Mai 1940:

Sollten die Alliierten mit dem Westfeldzug aufgehalten werden?



Britische Soldaten landen bereits im September 1939 in Frankreich. Nur eine Präventiv-massnahme?

War der Westfeldzug Deutschlands am 10. Mai 1940 einen Präventivkrieg, um Frankreich, Belgien und die Niederlande als Kriegsgegner des Deutschen Reiches auszuschalten und die bereits gegen Deutschland aufmarschierenden britischen Truppen aufzuhalten? Belgien hatte bereits, wie schon im Ersten Weltkrieg, durch Kooperation mit den Alliierten seine Neutralität aufgegeben. Der französische General Maurice Gamelin hatte schon 1939 einen Überfall auf die Niederlande geplant (Dyle-Plan) und dafür Geheimabsprachen mit Belgien getroffen.⁽¹⁾

Der Westfeldzug wird heute von Mainstream-Historikern als «Überfall auf die Niederlande, Belgien und Luxemburg» gewertet. Dabei bleibt die Mobilmachung der weit über zwei Millionen britischen und französischen Soldaten vor der deutsch-französischen Grenze sowie die Kollaboration des angeblich «neutralen» Belgiens mit den Alliierten allzu oft unerwähnt. Schon im September 1939 trafen die ersten Einheiten der «British Expeditionary Force» (BEF) in Frankreich ein. Insgesamt wurden etwa 400.000 britische Soldaten nach Frankreich gebracht.

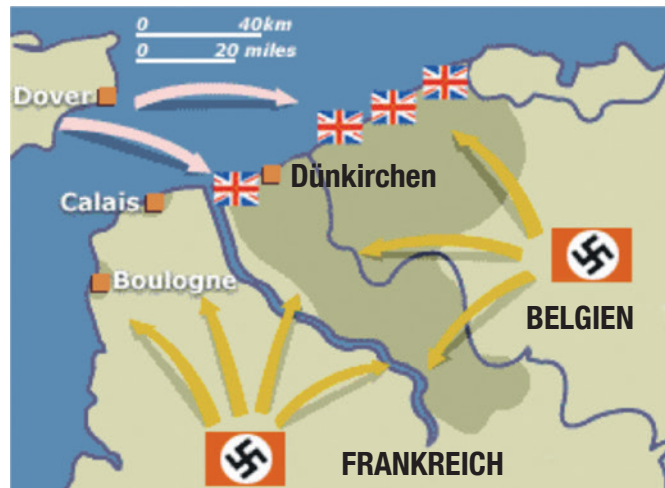
Das Mainstream-Narrativ für diesen Angriff lautet, die Benelux-Staaten seien schlicht Opfer von Hitlers Machtgelüsten geworden. Doch war es wirklich so eindimensional? Zeigte der Truppenaufmarsch in Frankreich nicht, dass ein Angriff von alliierter Seite sich ankündigte? So könnte man den Westfeldzug eben auch als die Reaktion auf den Truppenaufmarsch im Westen interpretieren. Schliesslich macht es einen gewaltigen Unterschied, ob man einen unschuldigen/neutralen Staat aus dem Nichts überfällt oder in ein Land einmarschiert, das mit einem Kriegsgegner kooperiert, auf dessen Gebiet sich zwei Millionen Soldaten formieren und der sogar bereits angegriffen hatte (siehe S.66). (tk)

Quelle:

1. en.wikipedia.org, Dyle Plan/Plan D, 1940



Britische Soldaten warten bei Dünkirchen auf ihre Evakuierung.



Die von der Wehrmacht eingekesselten alliierten Truppen in Dünkirchen

27.Mai – 04.Juni 1940:

Warum wurden die Briten bei Dünkirchen verschont?

Operation Dynamo war im Zweiten Weltkrieg eine militärische Evakuierungsaktion der britischen Admiralität unter der Leitung des Hafenkommandanten von Dover. Im Rahmen der Operation wurden vom 26. Mai bis zum 4. Juni 1940 die Reste des britischen Expeditionskorps (BEF) und Reste der französischen Armee, die von deutschen Truppen bei Dünkirchen eingekesselt waren, zu Schiff nach England transportiert. Bis zum 4. Juni konnten insgesamt 338.226 alliierte Soldaten, davon etwa 110.000 Franzosen, evakuiert werden.

Adolf Hitler erliess gegen den Willen des Oberbefehlshabers des Heeres, Walther von Brauchitsch, einen später als «Wunder von Dünkirchen» bezeichneten Haltebefehl, also den Stopp aller Truppenbewegungen. Einige Historiker führen diesen auf die bloße Exzentrizität Hitlers zurück, er habe sich als Führer gegenüber der Heeresleitung als oberste Autorität behaupten wollen. Andere Theorien besagen wiederum, Hitler habe durch diesen Haltebefehl ein Zeichen des Friedens setzen wollen. Dass Hitler aus reiner Eitelkeit einen militärischen Triumph geopfert hätte, passt für viele nicht ins Bild. Sie nehmen an, dass er den Briten eine blamable Niederlage ersparen und damit einen Schritt in Richtung Ende des Krieges gehen wollte. (tk)



Ankunft von in Dünkirchen eingeschifften britischen Truppen in Dover

Juni 1940:

Stalin annektiert die baltischen Staaten und Ostrumänien

Als die Augen der Weltöffentlichkeit auf Westeuropa gerichtet waren, begann Stalin sein Imperium auszuweiten. Die «Roten» annektieren die baltischen Staaten Lettland, Estland, Litauen, ausserdem Teile von Ostrumänien. Stalin hatte inzwischen innerhalb von 9 Monaten sechs Länder angegriffen. In den besetzten Gebieten errichtete seine Geheimpolizei eine Schreckensherrschaft und ermordete Zehntausende Unschuldiger, doch in Frankreich und England galt die Aufmerksamkeit nur dem Kriegsgegner Deutschland. Kaum ein Wort der Kritik aus London und Paris. (tk)



Ausweitung des deutschen und sowjetischen Machtbereichs in Mittel- und Osteuropa (1938–1941)

Foto: Mosedschurte (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Nazi-Soviet_1941.png) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>



Foto: Eric Gaba (Sting - fr:Sting) for original blank map Rama for zones (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:France_map_Lambert-93_with_regions_and_departments-occupation-de.svg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Karte von Frankreich und Umgebung ab Juni 1940 (Vichy-Regime)

Frankreich im Zweiten Weltkrieg ab Juni 1940

- direkt von Deutschland verwaltet (Elsass-Lothringen)
- eingeschränkter Zugang; für deutsche Besiedlung vorgesehen
- von Deutschland besetzte Zone
- von Brüssel aus verwaltet
- Küstenzone; Zugang untersagt
- von Italien besetzte Zone
- unbesetzte Zone (bis November 1942)



Die französische Delegation unter der Führung von General Huntziger bei der Unterzeichnung des nach 1918 zweiten Waffenstillstandes von Compiègne am 22. Juni 1940

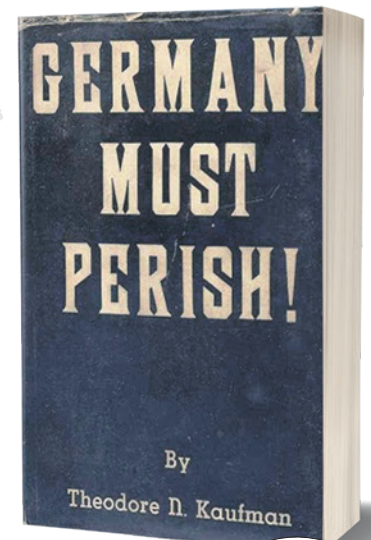
22. Juni 1940:

Gründung des Vichy-Regimes in Frankreich

Im Verlauf der sich abzeichnenden französischen Niederlage gegen das nationalsozialistische Deutsche Reich wurde der Kriegsheld Philippe Pétain am 16. Juni 1940 letzter Regierungschef der Dritten Republik und erwirkte den Waffenstillstand von Compiègne am 22. Juni. Es wurde bestimmt, dass Deutschland vorerst den Norden Frankreichs okkupiert, um sich vor einer weiteren britischen Invasion zu schützen. Die französische Regierung wurde nach Vichy im Süden verlegt. **Nach dem Frankreichfeldzug betrugen die Kriegsoffer bei weitem nicht mal 1% der gesamten Opferzahl des Zweiten Weltkriegs.**

Der Journalist William L. Shirer beschrieb am 17. Juni 1940 in seinem «Berliner Tagebuch», wie viele französische Frauen bei der ersten deutschen Besatzungswelle, aus Furcht davor, was die deutschen Armeen mit ihnen machen würden, aus Paris geflohen waren: «Es scheint so», schrieb er, «als ob die Pariser wirklich glauben, dass die Deutschen ihre Frauen vergewaltigen und noch Schlimmeres den Männern antun würden. [...] Die anderen, die blieben, sind umso mehr erstaunt über das – soweit – korrekte Verhalten der Truppen.» (tk)

US-Autor schlägt die Ausrottung aller Deutschen vor



Kaufman wollte Deutschland und Österreich von der Landkarte tilgen. Die Zeichnung stammt von ihm und zeigt seine erwünschten Grenzverläufe.

Titelbild von «Deutschland muss sterben» (1941)

Als Kaufman-Plan wird der Anfang 1941 vom Geschäftsmann Theodore Newman Kaufman in einer im Selbstverlag unter dem Titel «Germany Must Perish» (dt. etwa «Deutschland muss zugrunde gehen» oder «Deutschland muss sterben») veröffentlichten Broschüre dargelegte Plan bezeichnet, die Deutschen u.a. durch Zwangssterilisation zu vernichten und durch Angehörige anderer Völker zu ersetzen. Hier einige Textauszüge:

«[...] Verbleibt also nur noch, [...] wie die Höchststrafe am deutschen Volke vollzogen werden kann. Dabei versteht es sich von selbst, dass Pogrome und restlose Liquidierung ausserhalb jeder Diskussion stehen. Ausserdem wären sie nicht durchführbar, bei einer Bevölkerung von annähernd siebzig Millionen. Derartige Methoden wären unvereinbar mit den moralischen Gesetzen und ethischen Verpflichtungen der Zivilisation. Als einzige Möglichkeit, die Welt ein für allemal vom alldeutschen Gedanken zu befreien, bleibt also nur, die Quelle zu verstopfen, aus der die kriegslüsterne Seele ihren Ursprung nimmt. D.h. das deutsche Volk daran zu hindern, seine Art immer erneut zu zeugen. Diese moderne Methode, wissenschaftlich unter dem Begriff rasseveredelnder Sterilisation bekannt, ist einfach, menschlich und gründlich. Dem Wort ‚Sterilisation‘ hat man ein wissenschaftliches Mäntelchen umgehängt und es als das beste Mittel bezeichnet, eine Rasse von ihren Missgeburten, den Degenerierten und erblich Kranken und erblich belasteten Verbrechern zu befreien. Sterilisation darf man nicht mit Kastrieren verwechseln. Es handelt sich hierbei um eine einfache und sichere Operation, vollkommen harmlos und schmerzlos, die den Patienten weder verändert noch den Geschlechtsverkehr behindert. Meistens ist die Sterilisation weniger schmerzlich als eine Impfung und nicht ernster zu nehmen als Zahnziehen. Auch geht eine solche Operation ausserordentlich schnell vonstatten und dauert nicht länger als zehn Minuten. Hinterher kann der Patient sofort seine Arbeit wieder aufnehmen. Selbst bei der Frau ist die Operation ebenso sicher wie auch leicht, sie benötigt nur mehr Zeit. Man hat sie schon mehrere tausendmal vorgenommen, ohne dass Komplikationen oder Todesfälle bekannt geworden wären. Wenn man bedenkt, dass

Impfungen und Behandlungen mit Seren als gezielte Wohltaten für die Gesamtheit angesehen werden, dann kann die Sterilisation des deutschen Volkes als eine grosse Gesundheitsmassnahme verbucht werden, befürwortet von der gesamten Menschheit, um diese selbst für immer immun gegen den Virus des alldeutschen Gedankens zu machen!

Die Bevölkerung Deutschlands, ohne die eroberten und besetzten Gebiete, beträgt ungefähr 70.000.000 Menschen, fast zu gleichen Teilen Männer und Frauen. Um das deutsche Volk aussterben zu lassen, braucht man nur etwa 48.000.000 zu sterilisieren, ausgeschlossen sind Männer über 60 und Frauen über 45 Jahre wegen ihrer natürlichen Einschränkung von Zeugungs- und Gebärfähigkeit.

Was die Sterilisation der Männer anbetrifft, so würde diese am leichtesten und schnellsten bei den Heeresseinheiten in Gruppen durchzuführen sein. Nehmen wir die Zahl der Ärzte mit etwa 20.000 an und schätzen wir, dass jeder am Tage mindestens 25 Operationen vornimmt, so würde ein Zeitraum von höchstens einem Monat benötigt, um die Sterilisation durchzuführen. Je mehr Ärzte zur Verfügung stehen – und es könnten bedeutend mehr als 20.000 gestellt werden, wenn man bedenkt, dass andere Nationen hinzugezogen werden können – um so weniger Zeit würde natürlich benötigt werden. Die gleiche Anzahl Frauen Deutschlands könnte innerhalb von drei Monaten behandelt werden. Da die Sterilisation der Frau etwas mehr Zeit beansprucht, kann man damit rechnen, dass die gesamte weibliche Bevölkerung Deutschlands innerhalb von drei Monaten, vielleicht sogar eher, sterilisiert werden könnte. Die vollständige Sterilisation beider Geschlechter ist deshalb notwendig, weil, nach der heutigen deutschen Lehre, ein Tropfen deutschen Blutes wieder einen Deutschen hervorbringt.

Nach vollständiger Sterilisation wird es in Deutschland keine Geburten mehr geben. Bei einer normalen Sterberate von 2% jährlich wird sich die Bevölkerung im Jahr um etwa 1.500.000 verringern. Demzufolge würde das, was Millionen Menschenleben und Jahrhunderte vergeblicher Anstrengungen gekostet hat, näm-



► lich die Ausrottung des grossdeutschen Gedankens und seiner Träger, eine vollendete Tatsache werden. Durch Sterilisation verliert der Deutsche seine Möglichkeit sich fortzupflanzen, dadurch verkümmert der deutsche Wille so, dass die deutsche Macht zur Bedeutungslosigkeit herabsinkt.

Wenn man den oben erwähnten Plan kritisch betrachtet, findet man die sich zwingend ergebende und ausser Diskussion stehende Befürwortung von selbst. Denn:

Erstens wird den Deutschen durch die Sterilisation keinerlei körperliche Qual zugefügt und zudem wird ihnen eine menschlichere Behandlung zuteil, als sie verdient hätten. Auch muss in Betracht gezogen werden, dass die gequälten Völker Europas, nach der Niederlage Deutschlands, nach einer weniger menschlichen Rache als nur Sterilisation verlangen würden.

Zweitens würde die Durchführung dieses Planes weder eine Bevölkerungsverschiebung mit sich bringen, noch würde sie eine

plötzliche seelische Belastung bedeuten. Dass die Deutschen nach und nach aus Europa verschwinden, wird keine nennenswerte negative Lücke hinterlassen, keine grössere als das allmähliche Verschwinden der Indianer hierzulande. [...]

Und somit fällt die Ausrottung über Deutschland, die es anderen zgedacht hatte. [...]

! In einer Zeit, als Amerika angeblich noch «neutral» war, wurde dieses perverse Machwerk in der New York Times und dem Time Magazine besprochen – so gelangte es zu seiner Bekanntheit. In Anbetracht des verheerenden Friedens von Versailles und dem, was Deutschland in den vorherigen 20 Jahren durchmachen musste, war der Kaufman-Plan, der durch seine Veröffentlichung in amerikanischen Medien auch in Deutschland bekannt wurde, einer von vielen kleinen Nadelstichen, der die Wehrmachtssoldaten dazu anstachelte, sich unter keinen Umständen zu ergeben. (tk)

Quelle: Theodore N. Kaufman: Germany must perish!, Newark, N.J., 1941

05. Mai 1941: Stalin lässt die Maske fallen

In einer Rede vor den Absolventen der sowjetischen Militärakademien gab Stalin erneut zu, dass es ihm nie um Frieden, sondern nur um einen idealen Zeitpunkt für den Kriegseintritt gegangen war:

«Die friedliche Politik ist eine gute Sache. Bis zu einer bestimmten Zeit haben wir die Linie der Verteidigung vertreten, bis zum Zeitpunkt, bis wir unsere Armee noch nicht umgerüstet haben, die Armee noch nicht mit modernen Kampfmitteln ausgerüstet haben.

! **ben. Jetzt aber, da wir unsere Armee umgestaltet haben, sie reichlich mit Technik für den modernen Kampf ausgestattet haben, jetzt, da wir stark geworden sind, jetzt muss man von der Verteidigung zum Angriff übergehen. Bei der Verwirklichung der Verteidigung unseres Landes sind wir verpflichtet, offensiv zu handeln. Wir müssen von der Verteidigung zur Militärpolitik des offensiven Handelns übergehen. Wir müssen unsere Erziehung, unsere Propaganda, Agitation, unsere Presse in offensivem Geist umbauen. Die Rote Armee ist eine moderne Armee, eine moderne Armee ist aber eine offensive Armee.»⁽¹⁾**

Stalins Ausführungen sind keine hohlen Phrasen. Der grösste Posten des sowjetischen Staatshaushalts war das Militär. Nur einen Tag vor Stalins Rede hatte das Politbüro in Moskau den Bau von 20 neuen und den Ausbau von 231 alten Flugplätzen angeordnet, die in der Regel nicht mehr als ein 100 km von der deutsch-sowjetischen Grenze entfernt waren. (tk)

Quelle: 1. Lev A. Bezymenskij: Die Rede Stalins am 5. Mai 1941 – dokumentiert und interpretiert. In: Osteuropa 42. Jg. (1992), Heft 3, S. 248–252; als textgleicher Zweitabdruck auch bei Lev A. Bezymenskij: Stalins Rede vom Mai 1941 – neu dokumentiert. In: Gerd R. Ueberschär, Lev A. Bezymenskij (Hrsg.): Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941, Darmstadt 1998, S. 136–140 sowie online bei 1000dokumente.de



„Wir werden den Krieg offensiv führen und auf das Territorium des Gegners tragen.»

Felddienstordnung der Roten Armee, 1941

Quelle: Viktor Suworow, Stalins verhängnisvoller Erbschlag S.201

10. Mai 1941: Was wollte Rudolf Hess in England?



Hess 1918 als Flieger

Rudolf Hess war als Stellvertreter Hitlers der zweite Mann im Deutschen Reich. Der britische Historiker James Leasor⁽¹⁾ – sowie viele andere Vertreter seiner Zunft – vertraten bzw. vertreten die These, dass Hess am 10. Mai 1941 mit einer Messerschmitt Bf 110 nach Schottland flog, um mit dem Anführer – so habe er jedenfalls geglaubt – der englischen Friedensbewegung Douglas Douglas-Hamilton über einen Frieden zu verhandeln. Dabei musste er aus ungeklärten Gründen aus seinem Flugzeug per Fallschirm abspringen, wurde als Parlamentär völkerrechtswidrig verhaftet und geriet somit in britische Gefangenschaft.



Sein Flug wurde nach dem Scheitern von Verhandlungen vor der deutschen Öffentlichkeit als Verrat gewertet, und Hess wurde daraufhin in der Öffentlichkeit als «verwirrt» und als Opfer von «Wahnvorstellungen» dargestellt. Doch vieles spricht dafür, dass Hess' Anliegen war, einen Zweifrontenkrieg mit Grossbritannien und der Stalin-UdSSR zu verhindern, den er als «selbstmörderisch» bezeichnete. Umstritten ist bis heute, ob Hess auf eigene Faust oder mit Wissen bzw. sogar auf Anweisung Hitlers nach England flog. Der britische Publizist Martin Allen vertritt die Ansicht, dass Hitler zumindest von dem Vorhaben gewusst haben muss, da sich beide noch kurz zuvor auf dem Obersalzberg getroffen hatten. Dies wird auch in der Dokumentation «Geheimakte Hess» so ausgeführt, die auf N-TV ausgestrahlt wurde. ⁽²⁾

Zwar bezeichnete Hitler Hess später selbst als verwirrt, doch möglicherweise liess das Scheitern des Hess-Fluges, mitten im Kriege, keine andere glaubhafte Begründung zu, als die Erklärung mit einer vorgeblichen «geistigen Umnachtung», da alles andere als Schwäche Deutschlands seitens seiner Kriegsgegner gewertet worden wäre.

Bereits zuvor hatte Hess geglaubt, in Samuel Hoare, dem britischen Botschafter mit Sondervollmachten in Spanien, einen möglichen Friedensvermittler gefunden zu haben, nicht allein deswegen, weil dieser sich bislang stets gemässigt geäussert hatte, sondern auch, weil Hoare fast anstelle Churchills im Mai 1940

Premierminister geworden wäre. So flog Hess bereits zwischen September 1940 und Januar 1941 nach Spanien und mehrmals in die Schweiz, um dort unter vier Augen Gespräche mit Hoare führen zu können. Dabei hinterliess er für den Fall, dass er nicht zurückkehren würde, in seinem Haus in München-Harlaching Abschiedsbriefe an die Familie.

Bericht im Spiegel über Mitwissen Hitlers

Sogar das Wochenmagazin Der Spiegel berichtete im Jahre 2011 unter der Überschrift «Wahnsinn und Wahrheit – War der legendäre Flug von Rudolf Hess nach Grossbritannien 1941 mit Adolf Hitler abgestimmt? Die neu aufgetauchte Aussage eines Hess-Adjutanten stützt diese These»:

«Bislang ging die historische Forschung davon aus, Hitlers Stellvertreter sei auf eigene Faust gestartet. „Hess handelte ohne Hitlers Wissen, aber in der tiefen, wenn auch konfusen Überzeugung, seine Wünsche auszuführen“, urteilt etwa der britische Hitler-Biograf Ian Kershaw. Doch nun wirft ein unbekanntes Dokument ein neues Licht auf Hess' legendären [Flug]: ein 28-seitiger handschriftlicher Bericht, den der Historiker Matthias Uhl vom Deutschen Historischen Institut Moskau im Staatsarchiv der Russischen Föderation entdeckt hat. Verfasst hat ihn im Februar 1948 ein Mann aus Hess' nächster Nähe: sein Adjutant Karlheinz Pintsch, der von 1945 bis 1955 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft sass. [...] er (Anm.: Pintsch) hatte tags ▶



Hess-Gedenkstein in Schottland mit folgender Inschrift: «Dieser Stein markiert die Stelle, wo der tapfere, heroische Rudolf Hess in der Nacht des 10. Mai 1941 mit dem Fallschirm landete, bei dem Versuch, den Krieg zwischen Britannien und Deutschland zu beenden.» Auch viele Briten vermuteten hinter dem Hess-Flug etwas anderes als die alliierte Kriegspropaganda behauptete.





► darauf Adolf Hitler auf dem Obersalzberg wecken lassen, um ihm ein Schreiben zu überreichen. Es begann laut Augenzeugen mit den Worten: ‚Mein Führer, wenn Sie diesen Brief erhalten, bin ich in England.‘ Entgegen der gängigen Meinung habe Hitler, so Pintsch, die Nachricht keinesfalls tobend aufgenommen: ‚Hitler hörte mit Ruhe meine Meldung an und entliess mich ohne eine Bemerkung.‘ Der Führer sei längst eingeweiht gewesen, behauptet der Adjutant in dem Bericht, denn Berlin habe schon seit längerem mit London verhandelt. Der Flug sei in ‚vorheriger Übereinkunft mit den Engländern erfolgt‘.

Hess' Aufgabe sei es gewesen, ‚mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, wenn schon nicht ein Militärbündnis Deutschlands mit England gegen Russland, so doch wenigstens eine Neutralisierung Englands zu erreichen‘. Muss ein Teil der Geschichte des Zweiten Weltkriegs also neu geschrieben werden? Handelte es sich bei dem Manöver etwa doch um offizielle Diplomatie? Das neue Dokument stützt jedenfalls diejenigen, die an die Version des einsamen Überzeugungstäters nie geglaubt haben; so hatte schon Hitlers Kammerdiener Heinz Linge nach dem Krieg erzählt: ‚Ob er von Hess' Englandflug gewusst habe, wagte ich ihn nicht zu fragen; aber sein Verhalten sagte mir: Er hat es nicht nur vorher gewusst, sondern Hess wahrscheinlich sogar nach England geschickt.‘ Ähnliches berichteten auch Gauleiter Ernst Wilhelm Bohle von der Auslandsorganisation der NSDAP und Hermann Görings Adjutant Karl-Heinrich Bodenschatz, die beide in den Tagen, als Hitler die Nachricht vom Hess-Flug erhielt, auf dem Obersalzberg weilten. [...]»⁽³⁾



Der Friedensflug - Michael Vogt & Jo Conrad | Bewusst.TV 15.8.2015
10:291 Aufrufe



Weiterführende Informationen über den möglichen Friedensflug von Rudolf Hess auf Youtube: Der Historiker Prof. Dr. Michael Vogt im Gespräch mit Jo Conrad.

Auf Befehl von Churchill wurde Hess nach seinem Absprung über Schottland nach London gebracht und dort isoliert eingesperrt. In den Nürnberger Prozessen wurde Hess wegen Planung eines Angriffskrieges und Verschwörung gegen den Weltfrieden zu lebenslanger Haft verurteilt und in das alliierte Militärgefängnis Berlin-Spandau überführt, wo er 1987 «starb». (tk)

Quellen:

bewusst.tv, Der Friedensflug, 15.08.2015

1. James Leasor - Botschafter ohne Auftrag. Der Englandflug Rudolf Hess'

2. youtube.com, Geheimakte Rudolf Hess - Die Wahrheit (Langfassung), 28.01.2012

3. Der Spiegel, 22/2011, S. 38 f.

22. Juni 1941:

Der Russlandfeldzug (Unternehmen Barbarossa) beginnt

Verhinderte der deutsche Feldzug gegen die Sowjetunion am 22. Juni 1941 einen bevorstehenden sowjetischen Angriff auf das Deutsche Reich? Die Aufrüstung und die zunehmend expansionistische Politik des stalinistisch-bolschewistischen Regimes waren schliesslich kaum zu übersehen.

Stalin hatte mit dem Krieg im Westen die Situation erreicht, auf die er seit dem Jahr 1927 (siehe S.48) hingearbeitet hatte: Nun mussten sich die europäischen Armeen nur lange genug gegenseitig abnutzen, bis die sowjetische Offensive gegen Europa beginnen konnte.



Deutsche Soldaten an der Ostfront, 1941

Im Juni 1941 stand auf russischer Seite mit 5,2 Millionen Soldaten, 14.700 Panzern, 13.300 Flugzeugen und mehr als 100.000 Geschützen das stärkste Heer, das die Geschichte je gesehen hatte, den 3,8 Millionen Mann der deutschen Front mit deren 3.200 Panzern und 2.780 Flugzeugen gegenüber. Zu den zahlreichen Indizien für einen im Sommer 1941 bevorstehenden sowjetischen Angriff auf das Deutsche Reich und Europa gehören:

1. Die Sowjets hatten eine mächtige Luftlandeorganisation aufgebaut, die nur zum Angriff, nicht für eine Verteidigung sinnvoll war.

2. Millionen russischer Karten von Gebieten westlich der sowjetischen Grenze fielen den Deutschen bei ihrem Feldzug in die Hände.

3. Die sowjetischen Panzer waren teilweise so gebaut, dass sie ihre schwerfälligen Raupenkettens abwerfen und auf Hartgummirädern mit grosser Geschwindigkeit weiterfahren konnten. Das war für einen Verteidigungskampf im unwegsamen russischen Gelände hinderlich, ergab aber durchaus Sinn beim Angriff nach Westen zum Vormarsch auf dem gut ausgebauten deutschen und westeuropäischen Strassennetz.

4. Seit den Dreissiger-Jahren waren die russischen Schienenfahrzeuge, die ursprünglich für die breitere russische Spur vorgesehen waren, zum Umspurieren auf die mittel- und westeuropäische schmalere Eisenbahnspurweite ausgerüstet worden, damit der Waggonpark schnell auf mittel- und westeuropäischen Schienen eingesetzt werden konnte.



77 «Die Militärdoktrin der Roten Armee besagt: „Der Feind ist auf seinem eigenen Territorium zu schlagen!“»

Sowjetische Armee-Zeitung «Roter Stern», 18. April 1941

Quelle: Viktor Suworow, Stalins verhinderter Erstschatz, S.251

5. Die für den Sommer 1941 vorgesehene und weitgehend durchgeführte Heranführung der sowjetischen Streitkräfte an die Westgrenze hätte sich mit dem bestehenden Verkehrspotenzial ohne Angriff vor dem Winter 1941/42 nicht rückgängig machen lassen, noch hätten die dort mobilisierten Truppen im folgenden Winter versorgt werden können. Spätestens im Herbst 1941 hätte also von daher ein Vormarsch der Roten Armee nach Westen erfolgen müssen, wenn nicht unlösbare Versorgungsschwierigkeiten für die vielen Rotarmisten auftreten sollten.

6. Es waren im westlichen Gebiet der UdSSR keine festen Plätze für Führungsgefechtsstände vorgesehen, wie man sie zur Verteidigung benötigt. Es gab nur mobile Gefechtsstände für den Angriff.

7. Die bis dahin vorhanden gewesenen Verteidigungsanlagen und Sperren im Hinterland der Westgrenze waren im Frühjahr 1941 von den Sowjets «überraschend» abgebaut worden.

8. Versorgungsdepots, Betriebsstofflager und Mobilmachungsvorräte waren im Frühjahr 1941 von den Sowjets nahe an die westliche Staatsgrenze vorgeschoben worden.

9. Die Rote Armee war nicht auf Verteidigung, sondern nur auf Angriff eingerichtet. Es gab keine Verteidigungsbefehle oder

–richtlinien. Nur deshalb konnte die Wehrmacht in den ersten Tagen solche Siege erringen.

Zusammenfassend stellte der Militärhistoriker Joachim Hoffmann 1986 fest: «Alle diese Massnahmen lassen zweifelsfrei erkennen, dass es Stalin eben gerade nicht um die Vorbereitung zu einem Verteidigungskrieg zu tun war.»⁽¹⁾

Hitler vereitelte die Pläne Moskaus zur «Befreiung Europas» im Sommer 1941, denn er kam Stalins geplantem Angriff mit der am 22. Juni 1941 anlaufenden «Operation Barbarossa» – dem deutschen Feldzug gegen die Sowjetunion – um etwa zwei Wochen zuvor. Die Rote Armee war direkt an den Grenzen zwar zum schnellen Vorstoss, aber nicht für die Verteidigung aufgestellt, so dass ein Grossteil ihrer Luftwaffe auf den Flugplätzen verlorenging, ebenso wie viele ihrer Panzer und enorme Mengen von Munition, Treibstoff und anderem Nachschubmaterial, während Millionen vom deutschen Angriff überraschte Rotarmisten zum ungeordneten Rückzug gezwungen wurden oder in Gefangenschaft gerieten.⁽²⁾

! Wäre den Sowjets der geplante Angriff in ihrer grossen Menschen- und Materialüberlegenheit überlassen worden, so hätte wohl keine Macht in Europa diese militärische «Dampfwalze» aufhalten können. Die Rote Armee hätte bis zum Atlantik durchstossen können, und nicht nur Osteuropa – wie 1945 durch die Hilfe der Westalliierten ermöglicht – wäre ein Opfer des Bolschewismus geworden, sondern ganz Europa schon 1941. (tm/tk)

Quellen:

Viktor Suworow, Stalins verhinderter Erstschatz

1. Joachim Hoffmann, «Stalin wollte den Krieg», Leserbrief in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.10.1986

2. Der letzte Mythos - Wer entfesselte den Zweiten Weltkrieg?, Filmdokumentation

03. Juli 1941:

Stalin ruft zum völkerrechtswidrigen Partisanenkampf auf



Nach Stalins «Fackelmännerbefehl» sollten kommunistische Partisanen in Wehrmachtuniform russische Dörfer niederbrennen und Gräueltaten verrichten, um die Versorgung der deutschen Armee zu sabotieren und die Feindschaft der russischen Bevölkerung gegenüber den Deutschen zu steigern.

Stalin rief am 3. Juli 1941 zum Partisanenkampf auf und erklärte damit, auf völkerrechtswidrige Weise Krieg führen zu wollen. Die sowjetische Bevölkerung in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten sollte einen umfassenden «Volkskrieg» im Hinterland des Feindes organisieren. Das gewaltsame Vorgehen von Zivilisten gegen eine Besatzungsmacht ist durch Artikel 1 der Haager Landkriegsordnung verboten. Vorsätzliche Tötungshandlungen durch Zivilisten an Besatzungssoldaten sind nach dem Völkerrecht also als Mord anzusehen. Hunderttausende deutscher Soldaten wurden von Partisanen ermordet.

Der sogenannte Fackelmännerbefehl ist der **Befehl Stalins Nr. 0428 vom 17. November 1941**. Er besagt, dass sowjet-bolschewistische Partisanen (auch in deutschen Uniformen – vornehmlich denen der Waffen-SS) in «40 bis 60 km Tiefe ab der Hauptkampflinie alle Siedlungen zu zerstören und die Zivilbevölkerung niederzumachen» hätten. Weiterhin sei darauf zu achten, dass Überlebende zurückblieben, die über die vermeintlich deutschen Gräueltaten berichten könnten. Damit befahl Stalin den Mord an unschuldigen Zivilisten seiner Nation, um den deutschen Vormarsch zu erschweren. Die brutalen Verbrechen wollte man unter falscher Flagge begehen, um die Überlebenden gegen die deutsche Wehrmacht aufzuhetzen. So wuchs der Hass gegen die deutschen Besatzungstruppen. (tk)

Quelle: de.wikipedia.org, Fackelmänner-Befehl



1941:

Stalins Massenmord an den Wolgadeutschen

Wolgadeutsche sind Nachkommen deutscher Einwanderer, die im Russischen Reich unter der Regierung Katharinas der Grossen an der unteren Wolga ansässig wurden. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion 1941 beschuldigte man die Wolgadeutschen der Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich, löste die Wolgadeutsche Republik auf und deportierte die Deutschen nach Sibirien. Eine Massnahme des Völkermordes, der mehr als 30 Prozent der Deportierten zum Opfer fielen. (tk)



Die Wolgadeutschen wurden per Zug in sibirische Arbeitslager abtransportiert. Ihr einziges Verbrechen war, deutsch zu sein.

Deutsche Siedlungen in Russland seit Mitte des 19. Jahrhunderts, ein grosser Teil ihrer Bewohner wurde von Stalin nach Sibirien deportiert.

"I'M GLAD YOU DUG UP YOUR CONSTITUTION, JOE; I CAN'T FIND OURS"



US-Cartoon aus den 1930ern zeigt ideologische Parallelen zwischen Stalin und Roosevelt, beide halten sich nicht an die Verfassung ihrer Staaten.

1941:

Roosevelt baut Stalin auf

US-Präsident Roosevelt begann, die Sowjetunion materiell zu unterstützen, obwohl die USA noch gar nicht offiziell in den Zweiten Weltkrieg eingetreten waren. Da die Rote Armee durch den Barbarossa-Feldzug (siehe S.76 f.) drastisch geschwächt worden war, war diese Hilfe auch bitter notwendig, um den Krieg im Osten überhaupt weiterführen zu können.

Durch das Leih- und Pachtgesetz vom 11. März 1941 bekamen die russischen Streitkräfte von den USA bis zum Ende des Krieges militärisches Material im Wert von elf Milliarden Dollar – eine kaum vorstellbare Summe für heutige Verhältnisse. Die USA lieferten den Sowjets in dieser Mission u.a. 77.900 Jeeps, 151.000 leichte Transportfahrzeuge, 14.795 Flugzeuge und 131.633 Maschinengewehre. ⁽¹⁾ Erst mit dieser Ausrüstung konnten die Sowjets weit in den Westen vorstossen und grosse Teile Europas erobern. Die «Verteidiger der freien Welt» schauten passiv zu, wie ihr russischer Verbündeter (und späterer Erzfeind) erbarmungslos über die Zivilbevölkerung in Polen, Ungarn, Österreich usw. hinwegfegte. Die inzwischen stark geschwächten Sowjets eroberten Gebiete, die die Amerikaner mit Leichtigkeit hätten einnehmen können.



Das Leih- und Pachtgesetz (engl.: Lend-Lease Act), das der US-Kongress am 18. Februar 1941 verabschiedete, ermöglichte es den damals noch offiziell neutralen, Vereinigten Staaten, vor allem Grossbritannien und die Sowjetunion, mit kriegswichtigem Material zu beliefern. Vor allem über Alaska und den nördlichen Hafen in Murmansk wurde die UdSSR versorgt.

Auch danach machten die Amerikaner das sowjetische Unterdrückersystem durch Wirtschaftshilfen auf lange Zeit lebensfähig, wie der US-Historiker Anthony C. Sutton nachwies. Erst durch Beistand der Vereinigten Staaten wurden die UdSSR laut Sutton zur neuen «Supermacht». ⁽²⁾

Wie realistisch klingt es also, dass der US-Führung ab 1947 – nach jahrelanger Unterstützung der Sowjetunion – plötzlich auffiel, dass Freiheit und Marktwirtschaft mit Diktatur und Planwirtschaft inkompatibel sind, und sie sich dazu entschied, die Konfrontation mit den Kommunisten zu suchen? Auf einmal wurden die Verbündeten zum Erzfeind erklärt und medial-po-

litisch eine Auseinandersetzung erzeugt, die all den im Zweiten Weltkrieg getroffenen Massnahmen widersprach – der Kalte Krieg begann. In Anbetracht der grosszügigen US-Hilfen, um das kommunistische System am Leben zu erhalten, wirkt der Kalte Krieg im Nachhinein eher wie eine geplante Inszenierung zur Täuschung der Öffentlichkeit, um die globale Macht beider Seiten weiter auszubauen. (tk)

Quelle:

1. de.wikipedia.org, Leih- und Pachtgesetz

2. Anthony C. Sutton: Der leise Selbstmord – Amerikas Militärhilfe an Moskau, Bonn, Verlag SOI, 1976

1941:

Hunderttausende ausländische Freiwillige melden sich zum Kampf in der Waffen-SS



Werbeplakat der Waffen-SS

Ausländische Freiwilligenverbände der Waffen-SS waren militärische Einheiten im Zweiten Weltkrieg, die aus Angehörigen fremder Staaten gebildet wurden. Von anfänglich 28.500 Mann (1939) wuchs die Waffen-SS auf 910.200 Mann (1945) an, wovon etwa die Hälfte aus dem Ausland kam (vor allem aus Ungarn, Rumänien und dem Baltikum). Das hauptsächliche Motiv für die Meldung zum Dienst in der Waffen-SS lag in erster Linie im Befreiungskampf gegenüber dem stalinistischen Terror-Regime bzw. der Verteidigung bzw. Befreiung ihrer Länder gegen die sowjetischen Okkupanten. In weiten Kreisen der Sowjetunion, vor allem in der Ukraine, wurden die Deutschen als Befreier vom Bolschewismus begrüsst, der in den Jahren zuvor Millionen Tote durch Ermordung und systematische Aus-hungerung zu verantworten hatte. (tk)

Quelle: de.wikipedia.org, Ausländische Freiwillige der Waffen-SS



14. Januar 1943:

Harvard-Professor fordert Genozid an den Deutschen

Ernest Albert Hooton, Professor der Anthropologie an der Harvard-Universität, veröffentlichte im New Yorker «Peabody Magazine» eine Abhandlung, in der er eine Bevölkerungspolitik vorschlug, die die Besatzungsmächte in Deutschland nach Kriegsende durchführen könnten. Zum Zweck der Ausrottung des deutschen Nationalismus empfahl Hooton, der unterschiedslos alle Deutschen für «moralische Schwachsinnige» ⁽¹⁾ hielt, die Geburtenzahl der Deutschen zu reduzieren sowie die Einwanderung und Ansiedlung von Nicht-Deutschen, insbesondere von Männern, in Deutschland zu fördern:

«Während dieser Zeit (Anm.: der Besetzung) soll ebenfalls die Einwanderung und Ansiedlung nichtdeutscher Menschen, insbesondere nichtdeutscher Männer, in die deutschen Staaten gefördert werden.»

Um grösseren Widerstand bei den Deutschen zu vermeiden, schlug Hooton vor, diese Umzüchtung langsam durchzuführen. ⁽²⁾

Über Hooton schreibt die Encyclopedia Britannica: «Viele der bedeutendsten US-Anthropologen waren seine Schüler, sein Einfluss war ausserordentlich gross.» (tk)



Quellen: 1. The Canadian Jewish Chronicle, Oct. 20, 1944, S.8; 2. Klaus Rainer Röhl: Verbotene Trauer. Ende der deutschen Tabus, S. 49

14. bis 26. Januar 1943:

Forderung nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands

Die Konferenz von Casablanca war ein Geheimgespräch zwischen US-Präsident Franklin D. Roosevelt und dem britischen Premierminister Winston Churchill. Nach zehntägiger Beratung teilten die Westalliierten der Presse erstmals ihre offiziellen Kriegsziele mit: «Bedingungslose Kapitulation Deutsch-

lands, Italiens und Japans.» Da es von alliierter Seite damit keine politische Lösung zur Beendigung des Krieges geben würde, wurde Deutschland zur Ausrufung des «totalen Krieges» und zur Mobilisierung der letzten Reserven veranlasst. Hatten Roosevelt und Churchill in Casablanca aber nicht zuerst den «totalen Krieg» erklärt, da sie von «bedingungsloser Kapitulation» sprachen?

Mit der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation wurde auch der deutschen Opposition gegen den Nationalsozialismus entgegengearbeitet, denn so wurde das Signal vermittelt, auch ein Staatsstreich gegen Hitler werde dem Krieg kein Ende setzen. Die Frage, wer in Berlin regiert, war demnach zweitrangig. Das Ziel «Bedingungslose Kapitulation» garantierte, dass der lange zermürende Kampf, der einen grossen Teil Europas in Ruinen mit Millionen von Toten zurückliess, bis zum bitteren Ende fortgesetzt würde.

Zudem beschlossen die Westalliierten in Casablanca die Verstärkung der Luftangriffe auf deutsche Städte und den damit verbundenen Völkermord an Deutschen, wie auch an allen anderen Ethnien, die sich zu dieser Zeit in deutschen Städten aufhielten. Fortan flogen die Briten nachts und die amerikanischen Bomber tagsüber. (tk)



Roosevelt (links) und Churchill in Casablanca

„Wenn man die Wahrheit verschliesst und in den Boden vergräbt, dann wird sie nur wachsen und so viel explosive Kraft ansammeln, dass sie an dem Tag, an dem sie durchbricht, alles, was ihr im Wege steht, fortlegt.“

Émile Zola, französischer Schriftsteller und Kunstkritiker, veröffentlicht in der Zeitung L'Aurore vom 13. Januar 1898



Januar bis Mai 1943:

Das passierte, als sich die deutsche Armee ergab



Die Mehrheit deutscher Soldaten, die sich Stalins Armee ergaben, wurden dafür mit dem Tod «belohnt».

Der Oberbefehlshaber der 6. Armee in Stalingrad Friedrich Paulus bat Hitler im Januar um die Erlaubnis, sich den Sowjets zu ergeben. Hitler lehnte ab. Hatte er geahnt, welches Schicksal seine Truppen unter Stalin zu erleiden gehabt hätten? Er forderte Paulus auf, die Stellung zu halten. Als sich Paulus' Armee im Februar ergab, wurden die übriggebliebenen 91.000 Soldaten in sowjetische Gulags (Arbeitslager) abtransportiert. Nur 6.000 von ihnen kamen wieder zurück nach Hause. (tk)

Juli 1943:

Die alliierten Massenbombardements beginnen

Operation Gomorrha (Unternehmen «Sündenstadt») war der militärische Name für eine Serie von Luftangriffen, die von der britischen Royal Air Force im Zweiten Weltkrieg, beginnend Ende Juli 1943, auf Hamburg ausgeführt wurden. Es waren die damals schwersten Angriffe in der Geschichte des Luftkrieges.

Befohlen wurde dieses Kriegsverbrechen von Winston Churchill, ausgeführt wurde es von Luftmarschall Arthur Harris, dem Oberbefehlshaber des Britischen Bombenkommandos

(British Bomber-Command). Die verheerende Operation Gomorrha forderte 44.600 Tote (über die Hälfte waren Frauen und Kinder) und 38.000 registrierte Verletzte. Da aber viele Verletzte aus Hamburg flüchteten, kann ihre Gesamtzahl nur geschätzt werden. Unter anderem fielen 24 Krankenhäuser, 277 Schulen und über 255.000 Wohnungen dem Verbrechen zum Opfer. (tk)

Quelle:

Pit Pietersen: Kriegsverbrechen der alliierten Siegermächte: Terroristische Bombenangriffe auf Deutschland und Europa, 2006, S.51



Hamburg 1943
nach dem Angriff
der Royal Air
Force



Szene, mit der Rettungsarbeiter von Polizei, Feuerwehr und Luftschutz konfrontiert wurden, als sie einige Tage nach dem Luftangriff in Hamburg einen Schutzraum betraten. Die Opfer erlitten Kohlenmonoxidvergiftungen, ganze deutsche Familien starben Arm in Arm.



1943:

Churchill für Hungertod von bis zu 4 Mio. Indern mitverantwortlich



Verhungertes Kind, Oktober 1943 in Kalkutta

Im März 1942 wurde die britische Kronkolonie Burma von den Japanern erobert, so dass die Reis-Importe, mit denen das indische Bengalen zu Friedenszeiten zum Teil versorgt worden war, nicht mehr zur Verfügung standen. Churchill hatte Möglichkeiten, die Bengalen weiter zu versorgen. Doch z.B. ein Angebot für Essenslieferungen aus den USA wurde von ihm abgelehnt. Churchills einziges Interesse war es, die gute Versorgung der Armee mit Nahrungsmitteln sicherzustellen. Nach manchen Schätzungen fielen der Hungersnot vier Millionen Bengalen zum Opfer.

Quelle: de.wikipedia.org, Hungersnot in Bengalen 1943

September 1944:

Der genozidale «Morgenthau Plan» wird veröffentlicht

Der Morgenthau-Plan vom August 1944 war ein vom damaligen US-amerikanischen Finanzminister Henry Morgenthau veranlasster Entwurf zur Umwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat nach dem absehbaren Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg. Das sollte langfristig verhindern, dass Deutschland je wieder einen Angriffskrieg führen könnte.

Der Plan, den Morgenthau am 2. September 1944 niederlegte, sah eine Teilung Deutschlands in einen Norddeutschen Staat, einen Süddeutschen Staat und eine Internationale Zone sowie eine komplette Deindustrialisierung und die Umwandlung in ein Agrarland, einhergehend mit einer drastischen Dezimierung der Bevölkerung im Zeitraum von 20 Jahren, vor. **Die Umsetzung wäre laut der Einschätzung von zahlreichen Experten, die sowohl Churchill als auch Roosevelt warnten, mit der Vernichtung von bis zu 40 Prozent des deutschen Volkes einhergegangen.** Der Plan wurde möglicherweise nur wegen des Todes des US-Präsidenten Roosevelt im April 1945 nicht in die Tat umgesetzt.

Durch eine gezielte Indiskretion wurde der Plan am 21. September 1944 in die Öffentlichkeit gespielt. Die öffentliche Reaktion war so negativ, dass sich Roosevelt, der sich mitten im Wahlkampf befand, öffentlich distanzieren musste, obwohl er sich bei der Zweiten Québec-Konferenz mit Churchill schon darauf verständigt hatte. Ab Ende September 1944 wurde der Plan offiziell nicht mehr erwähnt. Trotzdem wurde die deutsche Wehrmacht durch solche Ankündigungen – einhergehend mit Roosevelts und Churchills Forderung nach bedingungsloser Kapitulation (siehe S.80 f.) – weiter radikalisiert, bis zum bitteren Ende weiterzukämpfen. US-General George Marshall beschwerte sich, dass der deutsche Widerstand wegen der Veröffentlichung des Planes gewachsen sei. (tk)

Quellen: de.wikipedia.org, Morgenthau-Plan



„Wir müssen mit Deutschland hart umgehen, und ich meine dabei das deutsche Volk, nicht nur die Nazis. Wir müssen entweder das deutsche Volk kastrieren oder man muss die Deutschen so behandeln, dass sie nicht einfach weiterhin Menschen zeugen können, die im alten Geist fortfahren wollen.“

Franklin D. Roosevelt am 9. August 1944 im Gespräch mit Henry Morgenthau

Quelle: spiegel.de, "Diese Deutschen sind ja solche Teufel", 11.12.1967

„Immer doch schreibt der Sieger die Geschichte des Besiegten. Dem Erschlagenen entstellt der Schläger die Züge. Aus der Welt geht der Schwächere und zurück bleibt die Lüge.“

Bertolt Brecht, deutscher Schriftsteller

Quelle: «Die Verurteilung des Lukullus» in: Stücke, Band 7, Berlin und Weimar 1964, S. 261



30. Januar 1945:

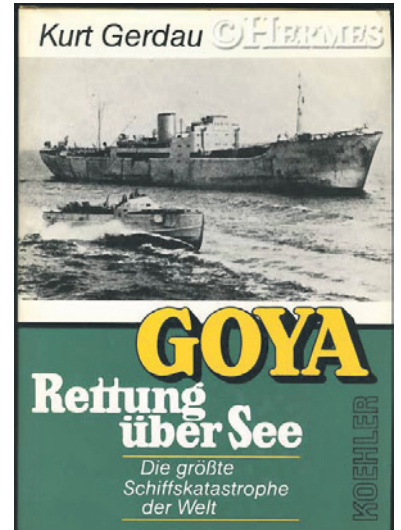
Sowjetunion versenkt die «Wilhelm Gustloff»: Tausende Flüchtlinge ertrinken

Nach dem Durchbruch der Roten Armee an der Ostfront wurden zu Beginn des Jahres 1945 viele Menschen, deren frühzeitige Evakuierung durch Gauleiter Erich Koch verzögert worden war, in Ostpreussen von den Fluchtmöglichkeiten abgeschnitten. Nun wurde das Unternehmen «Hannibal» angeordnet, in dessen Rahmen 2,5 Millionen Menschen – Zivilisten wie Soldaten – vorübergehend in den westlichen Teil des Reiches evakuiert werden sollten. Daran sollte sich auch das Kreuzfahrtschiff «Wilhelm Gustloff» beteiligen. Am 30. Januar 1945 gegen 13.10 Uhr legte es mit nur leichtem Geleitschutz und schätzungsweise über 10.000 Menschen an Bord in Gotenhafen ab.

Auf der Höhe von Stolpmünde wurde die «Wilhelm Gustloff» gegen 21 Uhr von dem sowjetischen U-Boot S 13 gesichtet, das vor der Danziger Bucht in Lauerstellung lag. Um 21.16 Uhr liess der Kommandant der S 13, Alexander Iwanowitsch Marinesko, aus etwa 700 Metern Entfernung vier Torpedos abfeuern. Die Versenkung durch das sowjetische U-Boot war mit rund 10.000 Opfern, darunter mehr als 5.000 Kinder sowie tausende Frauen, Greise und Verwundete, die grösste Katastrophe in der Geschichte der Seefahrt.

Auf einem knappen Platz zwei der grössten Schiffs-Katastrophen folgte am 16.04.1945 das Frachtschiff «Goya». Es wurde auch im Zuge des Unternehmens «Hannibal», wie alle anderen verfügbaren Schiffe, für die vorübergehende Evakuierung der deutschen Bevölkerung

aus Ostdeutschland ins Kernreich eingesetzt. Nachdem das Schiff bereits 19.785 Personen evakuiert hatte, wurde es am 16. April 1945 nach der Abfahrt von der Halbinsel Hela durch ein sowjetisches U-Boot torpediert. Dabei kamen etwa 7.000 bis 10.000 Menschen ums Leben, da das Schiff als Frachtschiff keine Rettungsboote besass. Die minimal geschätzte Todeszahl entsprach der siebenfachen Anzahl der Titanic-Todesopfer. Filme wurden aber weder über die «Goya» noch die «Wilhelm Gustloff» gedreht. Weitere Evakuierungsschiffe, die versenkt wurden: Die «General Steuben», die «Athen», die «Deutschland», die «Thielbek» und die «Cap Arcona». (lk)



Buch des Seefahrers und Schriftstellers Kurt Gerdau über «die grösste Schiffs-katastrophe der Welt» – die Versenkung der Goya –, wobei die Opferzahlen bei der «Wilhelm Gustloff» wohl etwas höher lagen.



Die «Wilhelm Gustloff» im Jahre 1938

04. bis 11. Februar 1945:

Roosevelt schenkt den Kommunisten Osteuropa



Churchill, Roosevelt und Stalin auf der Jalta-Konferenz

Die Konferenz von Jalta war ein diplomatisches Treffen der alliierten Staatschefs Franklin D. Roosevelt (USA), Winston Churchill (Vereinigtes Königreich) und Josef Stalin (UdSSR) im auf der Krim gelegenen Badeort Jalta vom 4. bis zum 11. Februar 1945.

Bei diesem Treffen wurde ein weiterer Schritt vom kommunistischen Plan zur Eroberung der Welt Wirklichkeit (siehe u.a. Ausgaben Nr. 41/42, 45/46, 50). Das gesamte Osteuropa wurde den Kommunisten überschrieben. Elf souveräne Nationen wurden mit einem Federstrich in die rote Sklaverei verbannt. Unmittelbar darauf wurden Millionen Bürger jener Nationen in Viehwaggons nach allen Teilen des kommunistischen Imperiums zur Zwangsarbeit verfrachtet. Die Feder führte der amerikani- ▶



Stalin reisst sich Europa unter den Nagel. Karikatur in der amerikanischen Zeitung Chicago Tribune nach der Jalta-Konferenz. Sogar amerikanische Medien erkannten, dass Stalin in Jalta ein unverhältnismässiger Gefallen getan wurde.

sche Präsident Franklin D. Roosevelt mit seinem Berater Alger Hiss (einem Sowjetagenten).

Darüber hinaus wurde die völkerrechtswidrige «Operation Keelhaul» beschlossen. Dieser Beschluss besagte, dass zu den West-Alliierten übergelaufene russische Soldaten an die Sowjets ausgeliefert werden sollten, was für die meisten von ihnen das sichere Gulag (sowjetisches Arbeitslager) respektive den Tod bedeutete. (tk)

Quellen:

de.wikipedia.org, Konferenz von Jalta
de.wikipedia.org, Operation Keelhaul



„Der Konflikt zwischen Berlin und Warschau war 1939 der Vorwand für die Durchsetzung der veralteten englischen Gleichgewichtspolitik. Aus ihr ging ein sinnloser Vernichtungskrieg gegen Deutschland hervor. Jeder alliierte Soldat des Westens kämpfte unbewusst für die Ausbreitung des Bolschewismus und gleichzeitig unterhöhle er die Sicherheit jeder westlichen Nation. Niemals zuvor sind einer unedlen Sache so viele Opfer gebracht worden.»

David L. Hoggan, US-amerikanischer Historiker (Harvard, Massachusetts Institute of Technology, Berkeley, Ludwig-Maximilians-Universität München)

Quelle: David L. Hoggan, Der erzwungene Krieg, 4. Auflage, Seite 93

13. bis 15. Februar 1945:

Luftangriffe auf Dresden



Blick vom Turm der Kreuzkirche auf die durch die Luftangriffe zerstörte Innenstadt Dresdens (1945)

Unter den brutalsten Massakern der Menschheitsgeschichte befindet sich die Bombardierung Dresdens zwischen dem 13. und 15. Februar 1945. Das Bombardement war derart grausam, dass man von einem kaltblütigen Völkermord sprechen muss. Circa neunzig Prozent der Stadt Dresden wurde zerstört.

Vor seiner Bombardierung war Dresden eine der schönsten Städte Europas, ein Zentrum der Kultur voll eleganter Paläste, Kirchen und Denkmäler. Es war eine Märchenstadt, mit verwinkelten Kopfsteinpflasterstrassen, Kirchtürmen und pittoresken Gebäuden. Militärisch war es völlig bedeutungslos. Im letzten Kriegsjahr war es eine Lazarettstadt zur Versorgung





Leichenberg auf dem Dresdner
Altmarkt, Februar 1945



Britischer Lancaster-Bomber

hunderttausender verwundeter deutscher Soldaten. Nicht eine einzige deutsche Militäreinheit war dort stationiert.

Während von offizieller Seite besonders seit der Wiedervereinigung die Opferzahlen der deutschen Bevölkerung von Jahr zu Jahr weiter heruntgesetzt werden und sich aktuell im Fall Dresdens bei 25.000 bewegen (Stand 2010), gehen andere Schätzungen von bis zu 500.000 Getöteten aus. Geht man also von der höchsten Schätzung (500.000 Tote) aus, kamen bei den Flächenbombardements 40% der Bewohner um. Glaubt man der am häufigsten geschätzten Zahl von 250.000, starben im «Feuersturm über Dresden» rund 20% aller dort befindlichen Dresdner Bürger und Flüchtlinge.

Es kamen bei der Bombardierung verschiedene Bombentypen zum Einsatz. Unter anderem die Flammstrahlbombe, bestehend aus Magnesium, Benzin und Kautschuk, die beim Aufschlag eine meterhohe Stichflamme entzündete. Ebenfalls eingesetzt wurden Kanisterbomben mit einer extrem brennbaren Gummi-Phosphor-Mischung. Diese wurde durch die Detonation in alle Richtungen verspritzt. Auch Flüssigbomben mit einer zähen Brandmasse aus Benzol und Gummi wurden verwendet. 1,8 Tonnen schwere Luftminen kamen zum Einsatz, welche einen enormen Luftdruck entwickelten und damit Lungen und Trommelfelle in der Nähe befindlicher Menschen zerrissen. Über 68.000 davon wurden während des Zweiten Weltkrieges über deutschen Städten abgeworfen.

Neunzig Prozent aller Gebäude in der Innenstadt wurden komplett zerstört, darunter mehr als 20 Krankenhäuser. Der verursachte Qualm stieg mehr als 4,5 Kilometer in die Höhe. 2.640 Tonnen Bomben prasselten auf Dresden nieder, zwei Drittel davon waren Brandbomben. Doch nicht nur die Flächenbrände verursachten hunderttausende Tote, viele Men-

schen erstickten auch durch mangelnden Sauerstoff. Oder sie sprangen auf der Flucht vor dem Feuer in Wassertanks, in denen sie in vielen Fällen kochendes Wasser vorfanden. Dort wurden sie dann «zu Tode gekocht». Die Brandbomben machten aus ganzen Familien mit Frauen und Kindern «menschliche Fackeln», wie der damalige Kriegsgefangene und 1919 geborene Zeitschreiber Victor Gregg in einem Gastbeitrag im britischen Guardian schrieb. Die ganze Stadt habe wie eine Fackel gebrannt und muss «für die Piloten hunderte Meilen entfernt sichtbar gewesen sein.» Er hörte die Schreie derer, die lebendig verbrannt wurden wie auch die Schreie derer, die es noch nicht erwischt hatte. Dresden habe keinerlei militärische Verteidigung besessen. «Nicht einmal Flakgeschütze oder Scheinwerfer, nichts.» Viele Überlebende wurden später durch das Maschinengewehrfeuer britischer Jagdflieger niedergemäht.

Häufig wird das Massaker als eine Reaktion Grossbritanniens auf die Bombardierung der britischen Flugzeugwerke von Coventry durch die Deutschen dargestellt. Allerdings steht dies in keinerlei Verhältnis. Zudem war der Angriff auf die Rüstungsfabriken im Gegensatz zur Bombardierung der Dresdner Zivilbevölkerung von militärisch-strategischer Bedeutung und seinerseits eine Reaktion auf die Bombardierung Berlins. Bei der Bombardierung der Industriestadt Coventry wurden gezielt Fabriken beschossen, wodurch je nach Quelle zwischen 380 und 554 Menschen ums Leben kamen.

⚠️ **Offizielles Ziel des «moralischen Bombardements» (nach Luftmarschall Arthur Harris) war die Demoralisierung der deutschen Zivilbevölkerung, um die Menschen gegen die eigene Regierung aufzubringen und somit den Krieg zu verkürzen. Mit dieser Logik könnte man wohl jedes bisher geschehene Kriegsverbrechen an Zivilisten im Nachhinein als «notwendiges Übel», um den Feind zu demoralisieren und den Krieg schneller zu beenden, verklären.** Nicht einmal die wohlhabenden und einflussreichen Teile der Bevölkerung wollte man «demoralisieren», sondern explizit die «Arbeiterklasse». Churchills Berater Frederick Lindemann, dessen Plänen er folgte, empfahl: «Die Bombenangriffe müssen gegen die Häuser der deutschen Arbeiterklasse ge- ▶

Nach offizieller Geschichtsschreibung

**Tote durch Luftangriffe auf
britischer Seite im Zweiten Weltkrieg
Ca. 43.000**

**Tote durch Luftangriffe auf
deutscher Seite im Zweiten Weltkrieg
Ca. 635.000**

Bekanntlich schreibt der Sieger die Geschichte, doch selbst die offiziellen Zahlen der zivilen Opfer durch Luftangriffe sprechen eine eindeutige Sprache. Die Masslosigkeit der alliierten Luftangriffe wird von den etablierten Medien dennoch kaum thematisiert.



richtet werden. Mittelstandshäuser in ihrer aufgelockerten Bauweise führen unvermeidlich zu einer Verschwendung von Bomben.»⁽¹⁾

Die in Dresden befindlichen Flüchtlinge waren zuvor vor der vorrückenden Roten Armee geflohen, die sich zu diesem Zeitpunkt nur noch 100 Kilometer vor Dresden befand. Die Häuser waren überfüllt mit Flüchtlingen, Tausende sahen sich mangels Platz gezwungen, auf den Strassen zu zelten, und waren so den Bomben schutzlos ausgeliefert. **(tk)**

Quellen:

gegenfrage.com, 13.02.1945: Bomben auf Dresden
theguardian.com, I survived the bombing of Dresden and continue to believe it was a war crime, 15.02.2013

1. spiegel.de, England/Bombenkrieg - Wissenschaftlich, 10.05.1961



Dresdner Altmarkt

Cremation on Altmarkt, 1945.

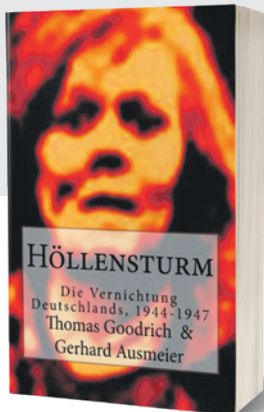
1940 bis 1945:

Alliierter Bombenkrieg gegen Deutschland

Alle Kriegführenden hatten sich bis zum 10. Mai 1940 streng an die Regel gehalten, keine freien Städte und keine Zivilbevölkerung anzugreifen. An diesem Tage aber übernahm in London Sir Winston Churchill die britische Regierung. Noch in derselben Nacht begann – erstmalig in der Geschichte – ein Luftangriff gegen die Zivilbevölkerung. Churchill sprach dabei von «Ausrottungsangriffen» («extermination attacks»).⁽¹⁾ Schätzungen der Opferzahlen reichen von 300.000 bis drei Millionen.

Weitere deutsche Städte, in denen von Briten und Amerikanern gezielt Zivilisten bei Luftangriffen attackiert wurden, waren Kiel, Neumünster,

Stralsund, Bremerhaven, Emden, Wilhelmshaven, Hamburg, Neubrandenburg, Neustrelitz, Prenzlau, Bremen, Hannover, Rheine, Osnabrück, Hildesheim, Braunschweig, Magdeburg, Berlin, Potsdam, Frankfurt/Oder, Bocholt, Münster, Kleve, Wesel, Dortmund, Hamm, Soest, Krefeld, Mönchengladbach, Düsseldorf, Aachen, Düren, Bonn, Köln, Siegen, Koblenz, Trier, Bingen, Bad Kreuznach, Mainz, Worms, Kaiserslautern, Pirmasens, Karlsruhe, Pforzheim, Stuttgart, Freiburg, Friedrichshafen, Ulm, München, Augsburg, Straubing, Heilbronn, Nürnberg, Ingolstadt, Bayreuth, Mannheim, Ludwigshafen, Darmstadt, Offenbach, Hanau, Frankfurt/Main, Schweinfurt, Würzburg, Giessen, Kassel, Nordhausen, Merseburg, Leipzig, Chemnitz, Eilenburg, Halberstadt, Magdeburg, Gelsenkirchen, Oberhausen, Witten,



«Höllensturm – Die Vernichtung Deutschlands, 1944–1947» ist ein geschichtsforschendes Sachbuch des US-amerikanischen Historikers und Autors Thomas Goodrich über die Verbrechen der Alliierten während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Kaum ein Buch ist besser geeignet, um zu erfahren, welche ungeheuren Leiden das deutsche Volk während des Bombenterrors ertragen musste. Basierend auf dem Buch wurde von Kyle Hunt ein Dokumentarfilm erstellt.

Lübecks brennender Dom während eines alliierten Luftangriffs



Bundesarchiv, Bild 146-1977-047-10
Foto: o. Ang. | 1942

Duisburg, Hagen, Wuppertal, Solingen, Neuss, Remscheid, Brilon, Aschaffenburg und Swinemünde.

Bereits Mitte der 30er Jahre begann Grossbritannien mit der Entwicklung und dem Bau schwerer Langstreckenbomber. Die Lancaster, die B17 und die B24 wurden zu keinem anderen Zweck gebaut, als Städte zu zerstören und der deutschen Bevölkerung schwere Verluste zuzufügen. Zielsichere militärische Operationen erfordern kleine, schnelle, wendige und taktische Flugzeuge, wie sie die Deutschen mit ihren Sturzkampf- und Tiefflugbomben für die Unterstützung des Bodenkampfes einsetzten. Armadas aus tausend viermotorigen schweren strategischen Bombern der Engländer und der Amerikaner dienten keinem direkten militärischen Zweck, sondern einzig der flächendeckenden Zerstörung deutscher Städte.

Kurz vor Kriegsende waren die meisten Gross- und grösseren Städte schon zerstört; nun wurden auch Kleinstädte und Dörfer Ziel der Bomber – schlicht weil sie noch nicht bombardiert worden waren. Bis Kriegsende wurden 1000 deutsche Städte und Kleinstädte bombardiert, ein grosser Teil von ihnen blieb als Trümmerfeld zurück. Viele hatten zu den ältesten und schönsten Städten Europas gezählt und in ihrer künstlerischen und kulturellen Bedeutung Orten wie Florenz, Paris oder Rom geglichen. Sie bargen die gesammelten Kulturschätze von Jahrhunderten – Kunst, Galerien, Bildhauerei, Architektur, Bibliotheken, Museen, Paläste, Brücken, Rathäuser, Kirchen und Kathedralen. Ein Jahrtausend hatte es gebraucht, die Wahrzeichen dieser hoch entwickelten Kultur zu erbauen und zusammenzutragen, doch nur Minuten, um sie durch Bomben zu vernichten. (tk)

Quelle: 1. welt.de; Erstickt, verkohlt, zerstückelt; 06.02.2005



**«Wir werden
Deutschland
zu einer Wüste
machen, ja zu
einer Wüste.»**

**«Es gibt knapp 70 Millionen bössartige
Hunnen (Anm.: Churchill meinte Deutsche), die einen sind heilbar und die anderen zum Schlachten.»**

Winston Churchill

Quelle: welt.de; Erstickt, verkohlt, zerstückelt; 06.02.2005



1939 bis 1945:

Von den Alliierten abgelehnte Friedensinitiativen

Jahrzehntelang wurde in der veröffentlichten Meinung und in Schulbüchern das Bild von der Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg verbreitet und festgesetzt. Doch es lässt sich eindeutig erkennen, dass den Westalliierten, insbesondere Churchill und Roosevelt, daran gelegen war, dass ein national begrenzter Konflikt zu einem Weltkrieg ausgeweitet werden sollte. In welchem grossen Umfang dagegen Friedensbemühungen von Anfang an von deutscher und neutraler Seite ausgegangen sind, belegt die Tatsache, dass allein für die Jahre 1939 bis 1940 im britischen Staatsarchiv PRO (Public Record Office) dazu acht Aktenbände zu je 250 Seiten lagern, zusammen also 2000 Seiten. Deren Inhalt soll anscheinend nicht bekannt werden. In dem Buch «Gescheiterte Friedensmissionen» hat der Historiker

**Im britischen
Staatsarchiv lagern
die Aktenbände der
deutschen Friedens-
sinitiativen.**

Dr. Hans Meiser in etwa 70 Fällen nachgewiesen, dass sämtliche Friedens- und Vermittlungsangebote von britischer Seite konsequent abgelehnt wurden. So darf man sich fragen, warum es in London sonst ging, wenn nicht um die Vernichtung des Deutschen Reiches, wie es auch zahlreiche Zitate und Schriften belegen. (tk)

1944-1945:

Flucht der Zivilbevölkerung vor den sowjetischen Truppen

Als sich im Oktober 1944 die Front der Ostgrenze des Deutschen Reiches näherte, flohen die Zivilisten aus berechtigter Angst vor der Roten Armee gen Westen. Die einsetzende Massenflucht verlief ungeordnet, chaotisch und panisch. Flüchtlingszüge wurden in vielen Fällen von Einheiten der Roten Armee eingeholt, daraufhin geplündert, die Flüchtenden weggetrieben, erschossen und die Frauen vergewaltigt. Jagdflieger der sowjetischen Luftwaffe drangen viele Kilometer hinter die Front und nahmen die Flüchtlingstrecks unter Beschuss. Wer nicht floh, erlitt die Schrecken der Besatzungsherrschaft: Vergewaltigung, Raub und Vertreibung. Der letzte Witz, den die Ostprovinz hervorbrachte, betraf den Plünder- und Demoliereifer der Russen: «Wenn sie unser Mobiliar in Ruhe lassen würden, könnten sie längst in Berlin stehen.»

Stalins Chefpropagandist Ilja Ehrenburg, dessen Schriften extra an die Rote Armee verteilt wurden, war mit seiner Hasspropaganda wegbereitend für den gegen Ende des Zweiten Weltkrieges eskalierenden Völkermord am deutschen Volk. Die Mitverantwortlichkeit Ehrenburgs für die Verbrechen der



Zu Fuss oder mit Pferdekarren; 14 Millionen Menschen aus den deutschen Ostgebieten wurden vertrieben und flüchteten in Richtung Westen.

Roten Armee, insbesondere in Ostpreussen, wird mit Verweis auf ein Flugblatt Ehrenburgs untermauert, das die Sätze enthielt: «Brecht mit Gewalt den Rasenhochmut der deutschen Frauen! Nehmt sie als rechtmässige Beute!»⁽¹⁾ Weitere Aufrufe Ehrenburgs an die Rote Armee lauteten so:

«Wir wissen alles. Wir erinnern uns an alles. Wir haben begriffen: Die Deut-

schen sind keine Menschen. Von nun ab ist das Wort ‚Deutscher‘ für uns der allerschrecklichste Fluch. Von nun ab entlädt das Wort ‚Deutscher‘ das Gewehr. Wir werden nicht reden. Wir werden uns nicht empören. Wir werden töten. Wenn du im Laufe des Tages einen Deutschen nicht getötet hast, ist dein Tag verloren. Wenn du denkst, dass dein Nachbar für dich einen Deutschen tötet, dann hast du die Bedro-



«Die Vertreibung» des renommierten Tiermalers Manfred Schatz gilt als eines seiner beeindruckendsten, ergreifendsten Gemälde, das sich mit dem unbegreiflichen Verbrechen der millionenfachen deutschen Vertreibung während und nach dem Zweiten Weltkrieg auseinandersetzt, unter der auch die Familie Schatz aus Pommern schwer litt.



„«Die Austreibung der Deutschen aus ihrer eigenen, in mehr als tausendjähriger Kultur durch Werke des Friedens ausgestalteten und unverlierbar gebliebenen Heimat war ein Völkermord.»

Jakob Altmaier, SPD-Abgeordneter am 08.06.1954 im Deutschen Bundestag

Quelle: fr.de, «Wir waren nicht wichtig genug», 09.12.08



Ausschnitt aus der Bild-Zeitung

das bittet die alte Mutter. Töte den Deutschen! – das fleht das Kind. Töte den Deutschen! – das ruft die Heimerde. Verfehle nicht das Ziel. Lass ihn nicht entgehen. Töte!»⁽²⁾

Am 23. November 1943 liess die Politische Hauptverwaltung der Roten Armee mit dem Vermerk «laut vorlesen» folgende Sätze aus der Feder Ehrenburgs verbreiten:

«Es genügt nicht, die Deutschen nach Westen zu treiben. Die Deutschen müssen ins Grab hineingejagt werden. Gewiss ist ein geschlagener Fritz besser als ein unverschämter. Von allen Fritzchen aber sind die toten die besten.»

Ein Jahr später – die Rote Armee stand an den Grenzen Ostpreussens – schrieb Ehrenburg in der Frontzeitung «Unitschtschim Wraga» («Zerstöre den Feind») vom 17. September 1944:

«Die Deutschen werden die Stunde verfluchen, da sie unseren Boden betreten. Die deutschen Frauen werden die Stunde verfluchen, in der sie ihre Söhne – Wüteriche – geboren haben. Wir werden nicht schänden. Wir werden nicht verfluchen. Wir werden nicht hören. Wir werden totschiagen.»⁽³⁾

Die Orgie der Gewalt, die daraufhin ausbrach, war eine der schlimmsten Episoden der menschlichen Geschichte. Etwa zwei Millionen Frauen wurden missbraucht – oft verprügelt, gequält und sogar verstümmelt. Die Weltpresse schenkte diesem grauenhaften Massaker jedoch nur wenig Beachtung. (tk)

Quellen:

1. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Februar 1995, Seite 7
2. Ilya Ehrenburg, Der Krieg, 1943
3. Wilfried Ahrens, Verbrechen an Deutschen, Arget 1984, S. 16 f.

hung nicht erkannt. Wenn du den Deutschen nicht tötest, wird der Deutsche dich töten. Er holt deine Nächsten und wird sie in seinem verfluchten Deutschland quälen.»

«Wenn du den Deutschen mit der Kugel nicht töten kannst, töte den Deutschen mit dem Seitengewehr. Wenn es auf deinem Frontabschnitt ruhig ist, wenn du auf den Kampf wartest, töte den

Deutschen vor dem Kampf. Wenn du den Deutschen leben lässt, wird der Deutsche einen russischen Menschen erhängen und eine russische Frau schänden.»

«Wenn du einen Deutschen getötet hast, töte noch einen – es gibt für uns nichts Lustigeres als deutsche Leichen. Zähle nicht die Tage. Zähle nicht die Gersten. Zähle nur eins: die von dir getöteten Deutschen. Töte den Deutschen! –

George Smith Patton war einer der wichtigsten Befehlshaber der US-Armee, dem mit seiner anti-kommunistischen Einstellung jedoch regelmässige Steine von Oberbefehlshaber Dwight D. Eisenhower in den Weg gelegt wurden. Nach einem Besuch im zerstörten Berlin schrieb er seiner Frau am 21. Juli 1945:

«Berlin hat mir den Rest gegeben. Wir haben das zerstört, was ein gutes Volk hätte sein können und sind im Begriff, es mit mongolischen Wilden zu ersetzen. Und ganz Europa wird kommunistisch. Es heisst, dass in der ersten Woche, nachdem sie Berlin einnahmen, alle Frauen, die auf der Strasse waren, erschossen und wenn nicht, vergewaltigt wurden. Ich hätte es anstelle der Sowjets nehmen können, wäre es mir erlaubt worden.»

Quelle: Martin Blumenson, The Patton Papers, 1996





8. Mai 1945: Tag der «Befreiung»

Wie schon im Ersten Weltkrieg standen auch im Zweiten die vier grossen alliierten Gegner gegen Deutschland: USA, Grossbritannien, Frankreich und Russland. Und wieder waren es die USA, die mit ihrer Finanzkraft und Rüstungsindustrie den entscheidenden Ausschlag gaben. Die Kapitulation der sechsten Armee in Stalingrad und des deutschen Afrika-Korps in Tunesien, die Landung alliierter Truppen auf Sizilien, die Invasion in der Normandie, der Bombenkrieg über Deutschlands Städten und der Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte an der Ostfront markierten die lange Kette deutscher Niederlagen. Es kam zu der von Churchill und Roosevelt erwünschten «bedingungslosen Kapitulation» am 08.05.1945. Seitdem wird diesem 8. Mai in der Bundesrepublik Deutschland als «Tag der Befreiung» gedacht. In Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg ist er ein offizieller Gedenktag.

Was ab diesem 08. Mai bis September 1950 folgte, entspricht jedoch kaum dem, was für gewöhnlich unter «Befreiung» verstanden wird: Millionen Deutsche wurden verfolgt, verschleppt, vertrieben, vergewaltigt oder ermordet. In der Nachkriegszeit starben wohl über zwei Millionen deutscher Soldaten in alliierter Gefangenschaft (siehe S.91 u. 93). 14 Millionen Deutsche wurden aus Ostdeutschland vertrieben, wobei mindestens zwei Millionen von ihnen starben. (siehe S.93 f.) **Etwas 5,7 Millionen Zivilisten sind nach einer Berechnung des US-Historikers James Bacque, die auf der Gegenüberstellung verschiedener Statistiken beruht, zwischen Oktober 1946 und September 1950 in allen vier Besatzungszonen umgekommen, ohne dass ihr Tod registriert worden sei.**

⁽¹⁾ Diese seien laut Bacque Opfer verweigerter Nahrungsmittelhilfe und einer gezielten Sabotage geworden, weil die Alliierten andere Prioritäten gesetzt hätten, als Verkehrswege wieder herzurichten oder die Menschen mit dem Nötigsten aus Industrie und Landwirtschaft zu versorgen.

Sollte eine «Befreiung» nicht mit einer Verbesserung der Zustände anstatt eines Massensterbens einhergehen? Was heute als «Befreiung» zelebriert wird, erschien den meisten Deutschen zu diesem Zeitpunkt wie ein totaler Zusammenbruch.

US-Militärdirektive: «Besetzung» statt «Befreiung»

Deutschland wurde «nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat. Ihr Ziel (Anm.: der Militärregierung) ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen», so die Militärdirektive JCS 1067, die Präsident Truman am 10. Mai 1945 billigte und die die Grundlinien der US-amerikanischen Besatzungspolitik für die erste Zeit nach der Kapitulation Deutschlands festlegte. Ihre Bestimmungen blieben bis zum Juli 1947 gültig. ⁽²⁾

Demnach kann auch nicht von «Befreiung» im Sinne von einem «Ende einer Fremdherrschaft» gesprochen werden, denn die Herrschaft der Nationalsozialisten wurde, wie es die Militärdirektive wortwörtlich bestätigt, einfach durch die der Alliierten ersetzt. Wie ist es also zu begründen, vor dem Ende dieser Militärdirektive im Juli 47 von einer «Befreiung» zu sprechen, wenn

Der Spiegel titelt in Ausgabe 8/2004 «Der zweite Dreissigjährige Krieg».



Foto: World Economic Forum (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Henry_Kissinger_-_World_Economic_Forum_Annual_Meeting_Davos_2008_num2.jpg)
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en>



«Letztendlich wurden zwei Weltkriege geführt, um eben das, eine dominante Rolle Deutschlands, zu verhindern.»

Henry Kissinger, Welt am Sonntag, 23. Oktober 1994

Deutschland eben gerade «nicht [...] zum Zwecke seiner Befreiung» «besetzt» worden war?

Auch bei den wichtigsten Anführern der Siegermächte muss die Frage erlaubt sein, ob die Bezeichnung «Befreier» zu ihnen passt:

- Josef Stalin – Einer der schlimmsten Verbrecher der Menschheitsgeschichte, dessen grossangelegten Säuberungen und Hungersnöten circa 20 Millionen Menschen zum Opfer fielen (siehe S.51)

- Franklin D. Roosevelt – Ein Sozialist, der Kommunisten und sogar sowjetische Agenten wie Alger Hiss in hohe Regierungsämter befördert hatte, der die Sowjetunion (und damit den Massenmörder Stalin) diplomatisch anerkannt und mit grosszügigen Hilfen das kommunistische System am Leben erhalten hatte (siehe S.78 f. u 185 ff.)

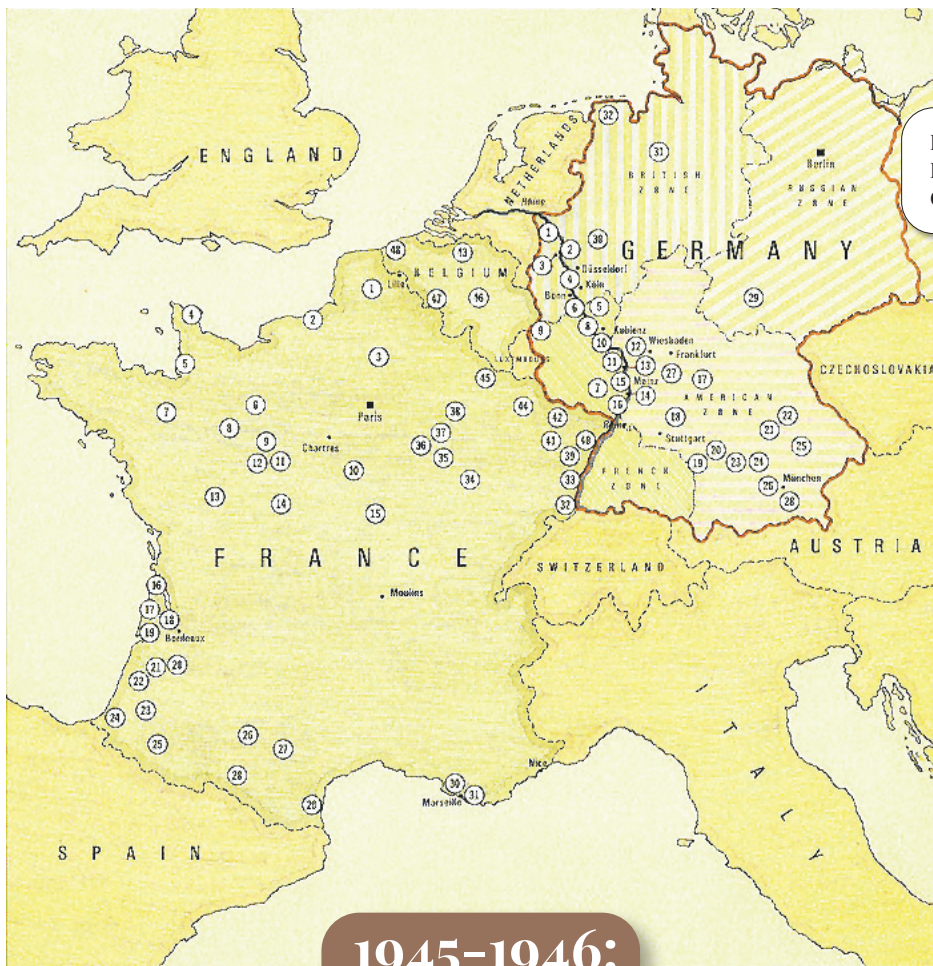
- Winston Churchill – Ein überzeugter Kolonialist, der seit Anfang des 20. Jahrhunderts nachweislich in einen elitären Plan eingebunden war, die Macht des Britischen Empire auf die ganze Welt auszuweiten (siehe S.9 ff.). Er war für den Tod von Millionen Menschen hauptverantwortlich, u.a. durch die Hungerblockade (siehe S.39 f.), die Hungersnot in Bengalen (siehe S.82) oder die Massensbombardements (siehe S.84 ff.). Schon seine dokumentierte Wortwahl deutete darauf hin, dass ihm eine ausgedehnte Mordlust zu eigen war. Im Frühsommer 1944 forderte er beispielsweise seine Stabschefs auf, sich darauf vorzubereiten, notfalls «Deutschland mit Giftgas zu durchtränken». ⁽³⁾ Es schien in manchen Momenten so, als ob Churchill den Krieg geradezu genoss. Auf den Einsatz von Giftgas wurde dann übrigens im letzten Moment zugunsten von überwältigenden Brandangriffen verzichtet.

Kommt hinzu, dass die «Befreier» bis zum Kriegsende von «bedingungsloser Kapitulation» (siehe S.80 f.) oder gar der «Vernichtung Deutschlands» (siehe S.64) gesprochen hatten. Dass am 08. Mai 1945 ein plötzlicher Sinneswandel auf alliierter Seite eintrat und aus der «Vernichtung» kurzerhand eine «Befreiung» wurde, ist durchaus anzuzweifeln. (tk)

Quellen:

1. faz.net, «Sollen die Deutschen doch leiden», 28.11.1995
2. de.wikipedia.org, JCS 1067
3. spiegel.de, «So muss die Hölle aussehen», 06.01.2003

Die alliierten Gefangenenlager in Frankreich, Belgien und den vier Besatzungszonen ohne Ostdeutschland und Sudetenland



Über eine Million deutsche Soldaten sterben in alliierter Kriegsgefangenschaft

Nach der vermeintlichen «Befreiung» Deutschlands wurden gemäss dem US-Militärbefehl Nr.27 der US-Infanterie-Division viele deutsche SS-Soldaten, die sich ergaben, sofort erschossen. Weiteren wurde der Kriegsgefangenenstatus einfach entzogen, sie wurden verschleppt, gefoltert und zu fragwürdigen Geständnissen für die Presse gezwungen. Die übrigen deutschen Soldaten, die auf Befehl der Führung die Waffen niedergelegt hatten, kamen in riesige Gefangenenlager, wie die berühmten Rheinwiesenlager, wo sie zusammengepfercht unter freiem Himmel schutzlos überwintern mussten. Nach Schätzungen des Historikers James Bacque starben über eine Million deutsche Soldaten in alliierter Kriegsgefangenschaft, die «Befreier» liessen sie einfach verhungern. Um die Genfer Konvention zu ►

Kriegsgefangene im Lager Rheinberg gruben sich als Schutz vor den Witterungen Löcher in die Erde.



US-Historiker enthüllt Verbrechen der Besatzer

Der renommierte kanadische Journalist und Schriftsteller James Bacque hat die gewaltige Tragödie der US-Gefangenenlager in seinem hervorragenden Buch «Der geplante Tod: Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946» (englisch: «Other Losses») dokumentiert.

Hier eine kurze Zusammenfassung des Inhalts: In den von der US-Armee geleiteten Lagern in Deutschland und Frankreich wurden am Ende des Zweiten Weltkriegs 3,4 Millionen deutsche Soldaten unter freiem Himmel monatelang mit völlig unzureichenden Essens- und Wasserrationen gefangengehalten, so Bacques Fazit. Eine Million (wenigstens 750.000) von ihnen seien infolge von Unterernährung oder Krankheiten gestorben. Die meisten davon waren laut Bacque Wehrmachtssoldaten, die sich im Mai 1945 ergeben hatten, doch dazu kamen Zehntausende von Frauen, Kindern und alten Männern. Die meisten Todesfälle wurden einfach als «sonstige Verluste» (Other Losses) registriert.

Im Verlauf seiner sorgfältigen und umfangreichen Nachforschungen hat James Bacque Hunderte von ehemaligen Gefangenen, Wächtern und Armeemoffizieren befragt und eine Fülle von Beweisen gesammelt, die ein schockierendes, riesiges Verbrechen enthüllen. (tk)

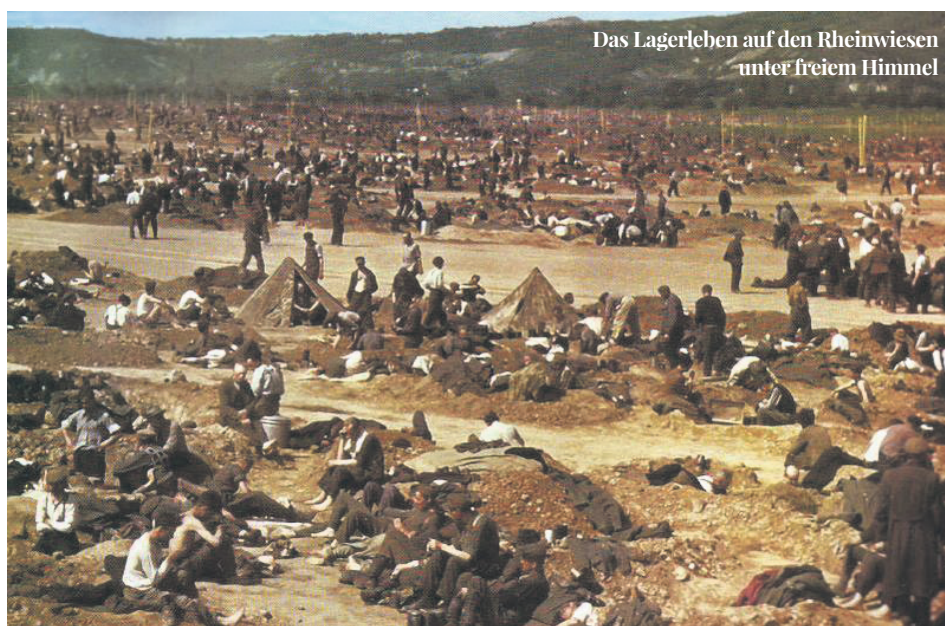


„«Etwa 60.000 Menschen aller Altersklassen waren auf einem stacheldrahtumzäunten offenen Feld eingesperrt. Frauen hielt man in einem separaten stacheldrahtumzäunten Grosskäfig. Die Männer, die ich bewachte, hatten kein Dach über dem Kopf und verfügten über keinerlei Decken, viele hatten auch keine Mäntel. Sie mussten im kalten und nassen Schlamm schlafen. Besonders schockiert war ich vom Anblick von Kriegsgefangenen, die Gras und Unkraut zu einer dünnen Suppe bereiteten, und sie sagten mir, damit wollten sie ihren Hunger stillen. Sie magerten zusehends ab. Die Ruhr breitete sich aus. Bald schlieften sie in ihren eigenen Exkrementen, weil sie zu schwach waren, die Latrinengräben zu erreichen. Viele von ihnen bettelten um Nahrungsmittel. Sie siechten und starben vor unseren Augen dahin. Wir hatten reichlich Nahrungsmittel und Vorräte, taten aber nichts, um den deutschen Gefangenen zu helfen, leisteten auch keine ärztliche Hilfe. Ich war empört über diese Zustände und protestierte bei meinen Vorgesetzten. Doch die Reaktion war Feindschaft und Gleichgültigkeit. Als ich hartnäckig blieb, erklärte man mir, es sei ‚höherer Befehl‘. Als ich Lebensmittel über den Stacheldraht zu den Gefangenen warf, schnappte man mich und drohte mir mit Strafen, doch ich wiederholte mein ‚Vergehen‘. Nun drohte ein Offizier mir die Erschiessung wegen Befehlsverweigerung an. Ich konnte es nicht glauben, bis ich auf einer Anhöhe über dem Rhein einen Captain traf, der mit einer Pistole hinunter in eine Gruppe deutscher Frauen und anderer Zivilpersonen schoss, die Lebensmittel über den Stacheldrahtzaun werfen wollten. Ich fragte ihn: ‚Warum?‘ Er sagte: ‚Zielübungen‘ und feuerte bis das Magazin leer war.»

*Martin Brech über seine Erfahrungen als junger Wachsoldat im Rheinwiesenlager
Andernach, 1990 in der Tageszeitung
«Christian Science Monitor»*



Waren die Rheinwiesenlager ein Völkermord an den Deutschen?



Das Lagerleben auf den Rheinwiesen unter freiem Himmel

► umgehen, klassifizierte General Eisenhower die deutschen Kriegsgefangenen einfach zu «Disarmed Enemy Forces» («entwaffnete feindliche Streitkräfte») um.

Die Rheinwiesenlager waren ein Komplex von etwa zwanzig US-amerikanischen Gefangenenlagern für etwa 3,4 Millionen Deutsche im Rheinland in der Zeit zwischen Frühjahr und Spätsommer 1945. Den «entwaffneten feindlichen Streitkräften» wurde ihre Feldausrüstung weggenommen, so dass ihnen nichts anderes übrigblieb, als sich Erdlöcher zu graben, in die sie sich nachts – sofern es nicht regnete – legen konnten. Die Ernährung und die hygienischen Verhältnisse in diesen Lagern – eingezäunte verschlammte Wiesen unter freiem Himmel, auf denen die Gefangenen mangels Baracken in offenen Erdlöchern lebten – waren schlecht bis katastrophal.

Die Lager glichen Viehkoppeln, ohne jede Einrichtung. Unter freiem Himmel, oftmals ihrer Mäntel und Zelte beraubt, vegetierten die Kriegsgefangenen auf engstem Raum zusammengedrängt dahin. Ärztliche Versorgung gab es monatelang nicht. Verpflegung gab es in den ersten Tagen gar nicht, erst nach einiger Zeit wurden Brotrationen verteilt (ein Brot für 25 Mann z. B. in Remagen und Bad Kreuznach). Die Essensrationen blieben erheblich unter dem Lebensminimum und wurden unregelmässig ausgegeben. Deutsche Zivilisten, die die Lagerinsassen mit Essen beschenken wollten, wurden abgewiesen, teilweise sogar von Soldaten beschossen.

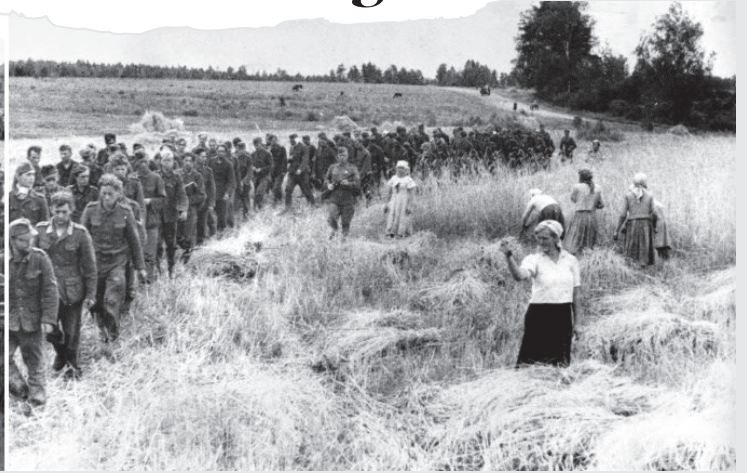
Nach offiziellen US-Angaben starben angeblich nur 5.000 Personen in diesen Lagern, unabhängige Berichte (z.B. von James Bacque) gehen von einer Million Toten aus. Andere Forschungen bestätigen eine Mindestopferzahl von 750.000. Die Toten der Rheinwiesenlager gehören wohl zu den am meisten verharmlosten und verschwiegenen Kriegsverbrechen aller Zeiten. (tk)

Quellen: Kurt W. Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen in amerikanischer Hand, München 1972

James Bacque, Der geplante Tod - Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946, Ullstein, 2. Auflage, 1996

Franz W. Seidler/Alfred M. de Zayas (Hrsg.): Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert, Mittler, Hamburg, Berlin, Bonn, 2002

Stalin ermordet über eine Million deutsche Gefangene



Deutsche Gefangene wurden zuerst auf den Strassen vorgeführt und dann nach Osten in die Gulags gebracht.

Zwischen 1941 und 1945 gerieten schätzungsweise 3,2 bis 3,6 Millionen Soldaten der Wehrmacht in sowjetische Kriegsgefangenschaft. 1,11 Millionen kamen dabei ums Leben oder kehrten nie zurück. ⁽¹⁾ Sie starben an Hunger, als Folge von Willkür und Desorganisation, Kälte und brutalen Arbeitsbedingungen in Sibirien.

Das stalinistische Zwangssystem, so schreibt der britische Militärhistoriker Antony Beevor in seinem Buch «Stalingrad», betrachtete sie wie Material, «das sich dafür eignete, gebraucht und verbraucht zu werden». Erst 1955/56 kamen, nach Konrad Adenauers Besuch in Moskau, die letzten Überlebenden von ihnen frei. (tk)

Quelle: 1. de.wikipedia.org, Kriegsgefangene des Zweiten Weltkrieges

1944 bis 1948:

Die Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Südeuropa

Am 13. Dezember 1944 erklärte der britische Premierminister Winston Churchill vor dem Unterhaus in London sein Einverständnis zur Vertreibung:

«Natürlich würde ein Bevölkerungsaustausch im Osten und Norden die Folge sein. Die Umsiedlung von mehreren Millionen Menschen müsste vom Osten nach dem Westen oder Norden

durchgeführt werden, ebenso die Vertreibung der Deutschen – denn das wurde vorgeschlagen: völlige Vertreibung der Deutschen – aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt. Denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel.» ⁽¹⁾

Bei den Vertreibungsgebieten handelte es sich um:

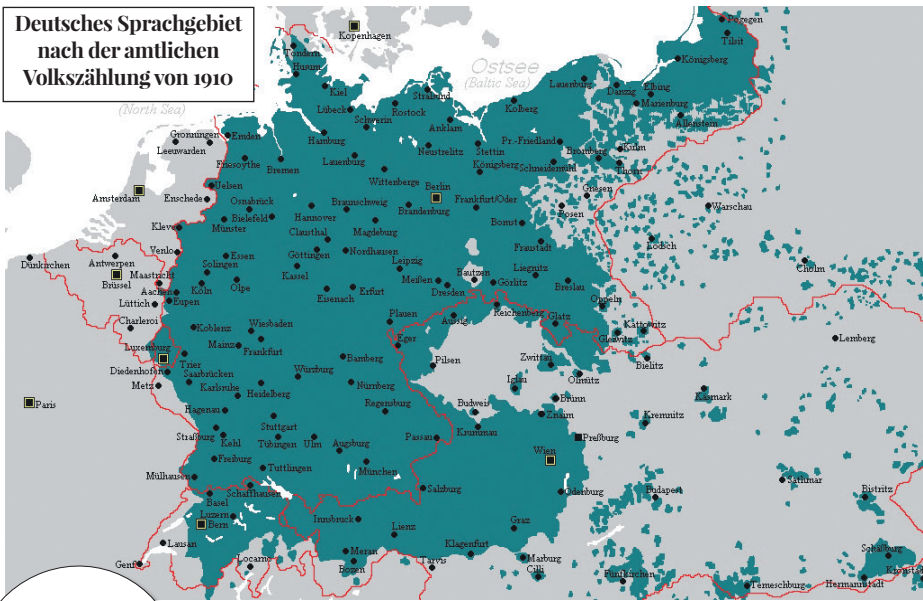
- das südliche Ostpreussen, Danzig-Westpreussen, Pommern und die Neumark Brandenburg sowie Schlesien;
- den nördlichen Teil Ostpreussens, von Stalin der russischen Teilrepublik Litauen angegliedert;
- das zwischen Deutschland und Litauen lange umstrittene Memelland;
- Gebiete, die seit 1919 dem Deutschen Reich abgesprochen wurden, in denen aber nach wie vor viele Deutsche lebten (beispielsweise Westpreussen und das östliche Oberschlesien)
- deutsche Siedlungsgebiete in den baltischen Staaten



Die Rote Armee betritt im Oktober 1944 erstmals ostpreussischen Boden. Bald brechen die ersten Flüchtlinge auf, um in den Westen des Deutschen Reiches zu gelangen.



Deutsches Sprachgebiet nach der amtlichen Volkszählung von 1910



Deutsches Sprachgebiet vor und nach 1945



- das Sudetenland sowie Südböhmen und Südmähren, also die nördlichen, südlichen und westlichen Randgebiete der Tschechoslowakei
- Prag und die deutschen Sprachinseln in Zentral-Böhmen und -Mähren
- Gebiete der damaligen Sowjetunion, neben einer weitläufigen Streubesiedlung vor allem die von deutschstämmigen Staatsangehörigen besiedelte «Wolga-Republik»
- mehrere Regionen in Südosteuropa, vor allem in Ungarn, Rumänien (Siebenbürgen, Banat), Kroatien (Slawonien), Serbien (Wojwodina) und Slowenien (Marburg a. d. Drau) und viele mehr.

14 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene



Die Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Südosteuropa ist die grösste



Deutsche Mädchen und Frauen waren Freiwill. Nach der Vergewaltigung wurden sie von den Sowjets erschossen oder totgeschlagen.

Vertreibung in der neueren europäischen Geschichte. Sie forderte laut dem «Bund der Vertriebenen» rund zwei Millionen Tote. ⁽²⁾

Darunter waren:

- über 500.000 deutsche Zivilisten, die 1945 aus den östlichen Provinzen

Deutschlands in sowjetische Arbeitslager deportiert wurden,

- bis zu 160.000 deutsche Zivilisten, die bereits schon ab 1944 aus den deutschen Minderheitsgebieten in Ungarn, Jugoslawien und Rumänien als «lebende Reparationen» oft für Jahre zur Zwangsarbeit in die Industriereviere der UdSSR verschleppt wurden,
- etwa 200.000 deutsche Zivilisten, die weit nach Kriegsende in Arbeits- und Internierungslager in Polen, Jugoslawien oder der Tschechoslowakei gebracht wurden.

In dieser Aufstellung sind die rund 280.000 Deutschen aus Russland nicht berücksichtigt (sogenannte Administrativ-Umsiedler), die während des Krieges aus der Sowjetunion nach Deutschland kamen und nach 1945 in die UdSSR zwangsrepatriert wurden. Auch die Deutschen aus Russland sind hier nicht mitgezählt, die – innerhalb der Sowjetunion – zwischen 1941 und 1945 aus ihren europäischen Siedlungsgebieten in andere Teile der UdSSR deportiert bzw. in sowjetische Arbeitslager verbracht wurden. (siehe S.78)

Die Zivilbevölkerung in den Ostprovinzen des Deutschen Reiches bekam die volle Härte des Kriegsendes besonders zu spüren. Dort war die Zahl der Zivilisten seit 1943 noch stark angewachsen, weil viele Frauen, Mütter und Kinder wegen der Bombenangriffe auf die deutschen Grossstädte in den vermeintlich sicheren Osten des Reiches evakuiert worden waren. Sie erlebten zum Ende des Krieges als erste die sogenannten Vergeltungs- und Strafmassnahmen der Roten Armee. In den östlichen Provinzen gingen in diesen Monaten Hand in Hand:

- flächendeckende Verhaftungen vermeintlicher Kriegsverbrecher,
- willkürliche Erschiessungen angeblicher «Saboteure» und «Terroristen»,
- Zwangsrekrutierung und Deportation männlicher und weiblicher Arbeitskräfte – darunter auch 12jährige Mädchen und 70jährige Greise – sowie brutalste Gewalt gegen deutsche Frauen als sogenannte «Kriegsbeute».

Vertreibung der Sudetendeutschen

Besonders umfangreiche Gewaltverbrechen an deutschen Zivilisten sind an den Sudetendeutschen begangen worden. Politisch und programmatisch von der sogenannten tschechischen Exilre-



Sudetendeutsche gedenken der Gefallenen, der Toten und der geraubten Heimat.



Opfer des von der Roten Armee verübten «Massakers von Nemmersdorf» in Ostpreussen. Auf diesem Foto handelt es sich um eine Grossmutter, eine Mutter und deren drei Kinder bzw. Enkelkinder.

gierung lange vorbereitet, erreichte die Drangsalierung der deutschen Zivilbevölkerung nach Kriegsende eine ungeahnte Brutalität.

Den Startschuss für die brutalen Vertreibungen gab der Prager Aufstand 1945, in dessen Folge es zu den ersten Übergriffen auf deutsche Zivilisten kam. In den nächsten Monaten häuften sich diese Vorfälle. Eine unrühmliche Rolle spielten dabei die sogenannten «Revolutionsgarden», die sich in ihrer Rücksichtslosigkeit und Grausamkeit besonders hervortaten. Diese, selbst von den Tschechen als «Räbergarden», «Goldgräber» und «Fünf-Minuten-Partisanen» bezeichneten Banditen waren aus ehemaligen Partisanen hervorgegangen. Zu den wenigen Partisanen, die schon während der deutschen Okkupation aktiv waren, gesellten sich jetzt Abenteurer und Glückssucher, die ihre patriotischen Gefühle erst nach der deutschen Kapitulation entdeckt hatten.

Es waren überwiegend Mitglieder der Revolutionsgarden, die jetzt, auf zum Teil grausame Art, in den einzelnen Regionen die öffentliche Macht ausübten. Dokumentiert sind Fälle von Plünderungen, Folter und Massenerschiessungen. Deutsche Zivilisten konnten wahllos aus der flüchtenden Menge herausgegriffen und erschossen oder bei lebendigem Leib angezündet werden, an früheren Vertretern des «Naziregimes» rächte man sich, indem man sie u.a. lebendig einmauerte oder ihnen brennende Hölzchen unter die Fingernägel trieb. Gemeinsam war allen Opfern, dass sie «Němci» (Deutsche) waren. ⁽³⁾ Alle deutschen Bürger in Böhmen und Mähren mussten eine Armbinde mit einem «N» für «Němec» (Deutscher) tragen. Mit gezielten Gewaltaktionen

wie dem «Todesmarsch von Brünn» oder dem Massaker in Aussig (zusammen 7000 Tote) sollten sie mürbe gemacht, zum «freiwilligen» Verlassen ihrer Heimat gezwungen werden. Exil-Präsident Edvard Beneš befahl:

! «Es ist Ihnen und allen von uns klar, dass die Liquidierung der Deutschen hundertprozentig sein muss.» ⁽⁴⁾

«Werft sie aus ihren Wohnungen. Kein Bauer darf auch nur einen Quadratmeter Boden behalten!» ⁽⁵⁾

Dafür schaffte er auch die juristische Basis: jene von ihm unterzeichneten Enteisungsdekrete (Beneš-Dekrete), die heute noch kontrovers diskutiert werden. Die brutalen Ausschreitungen, teils wie in Aussig offiziell initiiert, hatten das gewünschte Ergebnis. Zahlreiche der Verfolgten gingen von selbst.

Deutlich äusserte sich ebenfalls General Sergej Ingr, der Verteidigungsminister der tschechoslowakischen Exilre-

gierung in London, am 3. November 1944 in einer Rundfunkansprache: «Wenn unser Tag kommt, wird das ganze Volk wieder den alten Hussitenruf anstimmen:

! **Schlagt sie, tötet sie, lasst niemanden am Leben. Jedermann sollte sich bereits jetzt nach der bestmöglichen Waffe umsehen, die die Deutschen am stärksten trifft: Wenn keine Feuerwaffe zur Hand ist, sollte man irgendeine sonstige Waffe vorbereiten und verstecken – eine Waffe, die schneidet oder sticht oder trifft.» ⁽⁶⁾**

Erst im Frühling 1946 kam es zu «geregelten» Massendeportationen in Güterwaggons. Doch auch diese Bevölkerungstransfers verliefen keineswegs unter «humanen Bedingungen». Die Vertreibungen der Sudetendeutschen waren mit Gewalt und Mord verbunden. Der Schriftsteller Heinz Nawratil gab die deutschen Todesopfer in der Tschechoslowakei mit ca. 272.000 an. Erwähnenswert ist auch die Tatsache, dass in den ▶



Bundesarchiv, Bild 175-S00-00326
Foto: o. Ang. 1 10-46

Verzweifelte Flucht aus der deutschen Heimat in Ostpreussen



▶ sudetendeutschen Gebieten etwa 1.000 Ortschaften verfallen oder sogar gänzlich vom Erdboden verschwunden sind. Die ehemalige Stadt Duppau beispielsweise ist heute Teil eines Truppenübungsplatzes.

Nahezu alle im Sommer 1945 durchgeführten Pogrome und Straftaten wurden nachträglich unter Straffreiheit gestellt. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass ca. 2,8 Millionen Sudetendeutsche (fast 100 %) aus ihrer Heimat vertrieben wurden.

Quellen:

Gerhard Reichling: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen, Teil I: Umsiedler, Verschleppte, Vertriebene, Aussiedler 1940–1985, Bonn, 1986

Heinz Nawratil: Die deutschen Nachkriegsverluste. Vertreibung, Zwangsarbeit, Kriegsgefangenschaft, Hunger, Stalins deutsche KZs, Ares-Verlag, Graz, 2008

1. Alfred Schickel: «Reiner Tisch wird gemacht werden», PAZ, 11. Dezember 2004

2. de.wikipedia.org, Flucht und Vertreibung Deutscher aus Mittel- und Osteuropa 1945–1950

3. Steffen Harmel: Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten 1945–48

4. spiegel.de, Gefährlicher Schmelzbrand, 18.02.2002

5. spiegel.de, Die Rache der Sieger – «LAUFT, IHR SCHWEINE!», 01.06.2002

6. faz.net, «Schlagt sie, tötet sie, lasst keinen am Leben!», 08.05.2015

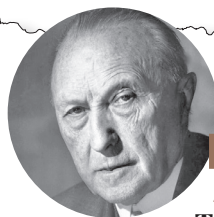


Foto: Bundesarchiv, B 145
Bild-F078072-0004 / Katherine Young / CC BY-SA 3.0 DE

„Es sind aus den östlichen Teilen Deutschlands, aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn usw. nach den von amerikanischer Seite getroffenen Feststellungen insgesamt 13,3 Millionen Deutsche vertrieben worden. 7,3 Millionen sind in der Ostzone und in der Hauptsache in den drei Westzonen angekommen. 6 Millionen Deutsche sind vom Erdboden verschwunden. Sie sind gestorben, verdorben.“

Konrad Adenauer, von 1949 bis 1963 der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Quelle: konrad-adenauer.de, 23. März 1949:
Rede vor der Interparlamentarischen Union in Bern

! Waren die Opferzahlen der Vertreibung etwa um das Dreifache höher, als der «Bund der Vertriebenen» (siehe S.94) sie heute angibt? Die extrem hohe Zahl, die Adenauer nur drei Jahre nach Ende der Vertreibung anführte, lässt vermuten, dass die deutschen Opferzahlen im Laufe der Jahrzehnte drastisch reduziert wurden.



«Töten auf tschechisch» – ZDF berichtete über Massenmord an Deutschen in der Tschechoslowakei

Das Magazin «ZDF-History» zeigte im September 2010 im deutschen Fernsehen die Dokumentation «Töten auf Tschechisch – Die andere Seite der Vertreibung», die nach ihrer Ausstrahlung im tschechischen Staatsfernsehen im Mai 2010 eine emotional aufgeladene Debatte ausgelöst hatte. Bis zum Ende der Sowjetunion waren die Massen-Exekutionen an Deutschen nie thematisiert worden. Erst danach begannen einige wenige Zeitzeugen zu sprechen.

Am Anfang des Films stehen Aufnahmen mit einer 8-Millimeter-Kamera, die zeigen, wie im Mai 1945 in Prag deutsche Zivilisten von tschechischen Milizen er-

schoffen werden. Zwei Tage nach Kriegsende wurden die deutschen Bewohner Prags mit brutaler Gewalt aus der Stadt getrieben. Es war der Beginn der Vertreibung von fast drei Millionen Sudetendeutschen aus ihrer Heimat. Die Massenmorde an Zehntausenden deutschen Zivilisten fanden ohne eine Prüfung ihrer Schuld oder ihrer Sympathie für die Nationalsozialisten statt. Die meisten Opfer waren keine überzeugten Nazis, da die meisten Nazis sich vor oder unmittelbar nach Ende des Krieges aus Tschechien abgesetzt hatten, da sie ahnten, was ihnen blühte. Die tschechische Armee und die oft kommunistischen «Fünf-Minuten-Partisanen» schreckten vor Morden an Frauen und Kindern nicht zurück, löschten ganze Familien und sogar teilweise ganze deutsche Dörfer aus. Die Dokumentation rekonstruiert das «Massaker von Postelberg» (etwa 760 Tote), bei dem die deutsche Bevölkerung des Ortes im Juni 1945 nahezu vollständig vernichtet wurde.

Das alles geschah mit Rückendeckung des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Beneš, der in einer Rede gesagt hatte: «[...] wir müssen die Deutschen auf tschechischem Gebiet beseitigen.» Der Ausdruck «Beseitigen» liess wohl extra viel Interpretationsspielraum für die Selbstjustiz der Tschechen. Sehr einfach konnte er als Aufruf zur Gewalt verstanden werden. Der Historiker Thomas Brod kommentierte in der ZDF-Dokumentation: «Es ist die Pflicht eines demokratischen Staatsmanns – wenn er diesen Namen verdient – den Mob im Zaum zu halten. Er hätte sagen müssen: „Ja, wir werden mit den Deutschen abrechnen, aber wir machen das durch unsere Gerichte, nach Recht und Gesetz.“

Die tschechischen Verbrechen wurden praktisch nie gerichtlich verfolgt, kaum ein Schuldiger wurde je belangt. «Es war eine gesetzlose Zeit und die Opfer waren Deutsche, also kümmerte sich niemand darum», so ein im Film befragter Tscheche. (tk)

Quelle: youtube.com, Toeten auf Tschechisch, 05.07.2012



Filmaufnahmen, die zeigen, wie im Prager Bezirk Borislavka mehr als 40 deutsche Zivilisten erschossen wurden.

1945 bis 1950:

Der grösste Patentraub der Geschichte



104 deutsche Luft- und Raumfahrtwissenschaftler im Camp Overcast, Fort Bliss, Texas 1946.

Bis heute wird weltweit verschwiegen, dass die USA ihren steilen Aufstieg zur «einzigen Weltmacht» nach 1945 zu grossen Teilen den Patenten verdanken, die aus dem besetzten Deutschland gewaltsam mitgenommen wurden. Die amerikanische Führung hatte früh bemerkt, dass das Deutsche Reich in Wissenschaft und Technik den anderen Nationen um Jahre voraus war und eine unglaubliche Fülle neuer Forschungsergebnisse und Verfahrensweisen zu bieten hatte.

Unter Leitung und ausdrücklicher Genehmigung von US-Präsident Truman kam es nach Kriegsende zum grössten Technologieraub aller Zeiten. Höchste amerikanische Gremien aus Industrie und Wissenschaft hatten vorher die Operation zur Ausbeutung der deutschen Wirtschaft und Technik von langer Hand geplant und durchgesetzt. Dabei ging es um unvorstellbare Summen. Bis heute ist nicht geklärt, wie hoch der Schaden für die Deutschen war.

Tausende von US-Spezialisten kamen im Frühjahr 1945 ins Reich und durchkämmten die deutschen Betriebe nach neuen Maschinen, Verfahren und technischen Erfindungen. Neben der vollständigen Wegnahme von Hunderttausenden von deutschen Patenten, Gebrauchsmustern und Entwicklungsskizzen nahmen die Amerikaner dazu noch Tausende von deutschen Forschern und Technikern einfach mit, die dann jahrelang zur Forschungsarbeit und zur Entwicklung neuer Geräte in den USA gezwungen wurden. (tk)



Walt Disney (links) und der deutsche Raketenwissenschaftler Werner von Braun (rechts)

„« ,Die Geschichte ist keine Religion. Der Historiker akzeptiert kein Dogma, respektiert kein Verbot, kennt keine Tabus. Er kann stören.’ Zweitens: ,Die Geschichte ist nicht die Moral. Es ist nicht die Rolle des Historikers, zu preisen und zu verdammen; er erklärt.’ Drittens: ,Die Geschichte ist nicht die Sklavin der Aktualität. Der Historiker drückt der Vergangenheit nicht die ideologischen Schemata der Gegenwart auf und bringt in die Ereignisse von einst nicht die Sensibilität von heute. Viertens: Die Geschichte ist nicht mit Gedächtnis gleichzusetzen. Fünftens: ,Die Geschichte ist kein Rechtsgegenstand. In einem freien Staat ist es weder Sache des Parlaments noch der Justiz, geschichtliche Wahrheit zu definieren.’»

Auszug eines Manifests von französischen Historikern gegen ein Gesetz, das die positive Darstellung des Kolonialismus an Schulen vorschreibt, Dezember 2005

Quelle: spiegel.de, «Schreiend lautes Schweigen», 17.12.2005



Mahnmal am
Rheinwiesenlager
Bretzenheim.



Foto: Achim Berg (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Mahnmal_Feld_des_Jammers_1.jpg)
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

1950–2019:

Grabungen nach den Toten der Rheinwiesenlager nicht erlaubt

Ca. 5000 Tote sind zu Lagerzeiten auf Lagerfriedhöfen der Rheinwiesenlager beigesetzt worden, gerade so viele, wie heute von der offiziellen Geschichtsschreibung zugegeben werden. Von offizieller Seite ist nie die Notwendigkeit gesehen worden, nach Massengräbern in der Umgebung der Rheinwiesenlager zu suchen, denn Tote, die es nach offizieller Meinung nicht gibt, brauchen nicht gesucht zu werden.

Dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. sind durch das Gräbergesetz von 1952 die Hände gebunden, weil er danach nur für Kriegstote im Ausland zuständig ist. Im Inland muss er auf einen Grabungsauftrag seitens deutscher Behörden warten. Solch ein Grabungsauftrag wurde bis heute nicht erteilt.

Nur in einem Falle könnte der Volksbund von sich aus tätig werden: Wenn jemand über die Position eines Massengrabes eine eidesstattliche Erklärung abzugeben bereit ist. Das ist bisher nicht geschehen. Wer sollte dazu auch in der Lage sein? Massengräber wären von den Amerikanern sicher ohne Zeugen angelegt worden. Nur durch eine professionelle Suche könnten sie ausfindig gemacht werden.

Grabung im Lager Bretzenheim wird unterbunden

Nur einmal wurde ein Grabungsversuch unternommen, von inoffizieller Seite: Der Bundeswehrangehörige und Grabungsexperte Otto Schmitt aus Guldental bei Bretzenheim hatte es sich seit ca. 1970 zur Aufgabe gemacht, in Eigenleistung Vermisstenschicksale aufzuklären. Er hatte erfahren, dass auf ehemaligen Lagergeländen der Rheinwiesen von Land-

wirten Erkennungsmarken deutscher Soldaten gefunden worden waren. Er beschloss, auf dem Gelände des Lagers Bretzenheim auf eigene Kosten einen Grabungsversuch zu machen. Im Herbst 1985 begann Otto Schmitt nach Rücksprache mit dem Eigentümer Otto Tullius die ersten Grabungsarbeiten. Das Interesse der Umwohner und der lokalen Presse wurde wach. Würde es gelingen, seit bald einem halben Jahrhundert versunkene Tote zu bergen?

Noch war kein Toter gefunden, da erschien nach kurzer Zeit ungebetener Besuch. Eine Abordnung der Kreisverwaltung Bad Kreuznach überbrachte ein Schreiben, in welchem mitgeteilt wurde, dass das Gelände unter Denkmalschutz stehe und dass daher auf Anordnung des Landesamtes für Denkmalpflege in Mainz Grabungen bei Androhung von 250.000 DM Geldstrafe verboten seien. Otto Schmitt musste das Feld räumen und es wurde wieder still um die Toten des Gefangenlagers Bretzenheim. Bis heute hat sich daran nichts geändert. Die BRD besteht weiterhin darauf, dass es ausser den offiziell Begrabenen der Rheinwiesen keine weiteren Toten in nennenswerter Anzahl gebe. (fk)

Quelle: rheinwiesenlager.de, Keine Suche nach den Toten

„Moralisch gesehen ist es ebenso falsch, sich schuldig zu fühlen, ohne etwas Bestimmtes angerichtet zu haben, wie sich schuldlos zu fühlen, wenn man tatsächlich etwas begangen hat. Ich habe es immer für den Inbegriff moralischer Verwirrung gehalten, dass sich im Deutschland der Nachkriegszeit diejenigen, die völlig frei von Schuld waren, gegenseitig und aller Welt versicherten, wie schuldig sie sich fühlten.“

Hannah Arendt, deutsch-jüdische Philosophin und Publizistin

Quelle: Hannah Arendt, «Die persönliche Verantwortung unter der Diktatur», in Konkret, Heft 6, 1991, S.38

„Dass die jetzt in Deutschland, im besetzten wohlgemerkt, in Gang gebrachte Tötungsmaschinerie etwas anderes leisten soll als die vollständige Vernichtung, das können nur noch liberale Demokraten und sogenannte Christen glauben machen wollen.“

Martin Heidegger, Deutscher Philosoph, 1946 über die Nachkriegssituation in Deutschland

Quelle: jungle.world, Irren ist menschlich, 13.05.2015

Letzte Reparationszahlung Sonntag ist der Erste Weltkrieg zu Ende

Die Schlagzeilen des Kölner Express' und vieler anderer Medien am 28.09.2010 kamen für viele Leser überraschend. Deutschland hatte jahrzehntelang, von der Allgemeinheit nahezu unbemerkt, Reparationen für den Ersten Weltkrieg abbezahlen müssen, bis im Oktober 2010 die letzte Rate fällig war.

Quelle: express.de, Letzte Reparationszahlung - Sonntag ist der Erste Weltkrieg zu Ende, 28.09.2010



«Die Alliierten befinden sich technisch immer noch in einem Kriegszustand mit Deutschland, obwohl die politischen und militärischen Einrichtungen des Feindes zusammengebrochen sind. Als ein Militärgerichtshof stellt dieser Gerichtshof eine Fortsetzung der Kriegsanstrengungen der alliierten Nationen dar.»

Robert H. Jackson, der Hauptklagevertreter bei den Nürnberger Prozessen am 26. Juli 1946

Seite 156

«Ich bin dafür, erst zu zerstören und um die Bevölkerung werden wir uns dann in zweiter Linie Sorgen machen.»

US-Finanzminister Henry Morgenthau in seinen Tagebüchern über seine Vorstellungen für Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

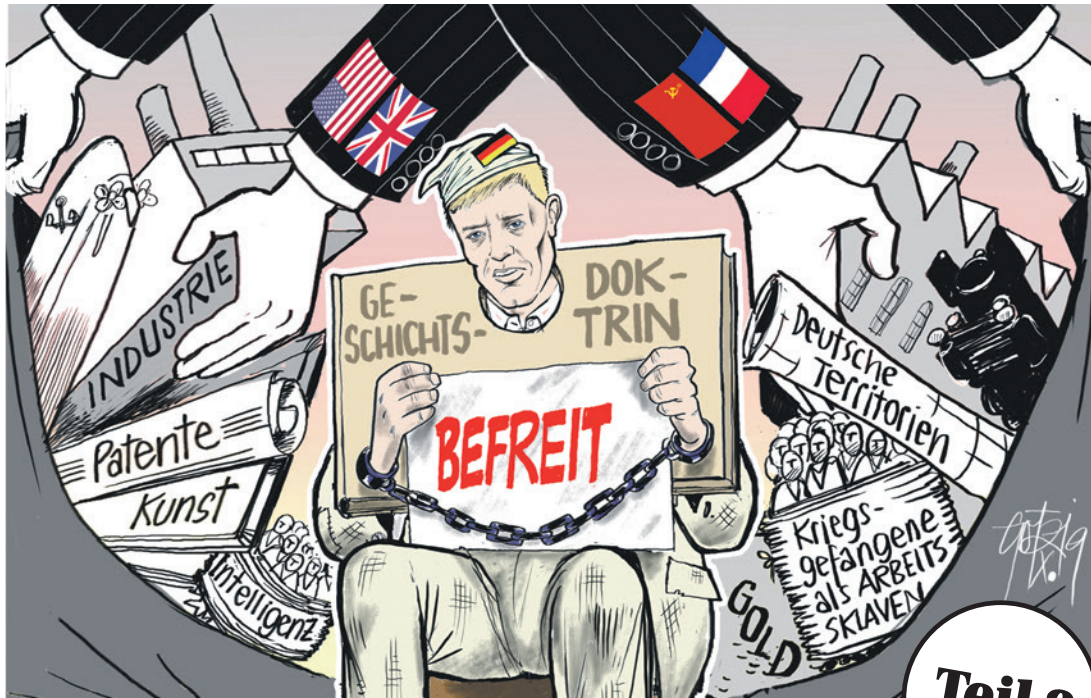
Seite 116



MetanoiaMagazin

FÜR KRITISCHE PERSPEKTIVEN UND UNBEIRRTES DENKEN

Ausgabe 29, November 2019

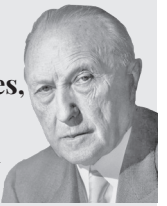


Teil 2

100 Jahre Krieg gegen Deutschland Unter dem Joch der «Befreiung»

In gegenwärtigen Rückblicken und Geschichtsdarstellungen wird seit einiger Zeit zunehmend von der «Befreiung» Deutschlands im Jahre 1945 gesprochen. Seitdem der 1985 amtierende Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner Rede zum 40. Jahrestag des 8. Mai 1945 (Kapitulation der Wehrmacht) von diesem als einem «Tag der Befreiung» gesprochen hatte, hat sich diese Bezeichnung allmählich im kollektiven Bewusstsein verankert. Doch kann hier wirklich von einer «Befreiung» im Sinne von dem «Ende einer Fremdherrschaft» gesprochen werden? Neben der Tatsache, dass die Alliierten nach Kriegsende Millionen weitere, vollkommen vermeidbare deutsche Todesopfer – davon auch Millionen Zivilisten – billigend in Kauf nahmen, spricht auch die unrechtmässige Ausplünderung deutschen Besitzes, völkerrechtswidrige Siegerjustiz und staatsrechtlich äusserst fragwürdige Einschränkung der BRD-Souveränität nicht gerade für eine «Befreiung» der deutschen Bevölkerung.

«Wir sind keine Mandanten des deutschen Volkes, wir haben den Auftrag von den Alliierten.»



Konrad Adenauer, erster Bundeskanzler der BRD

Seite 163



«Wir sind doch faktisch ein Protektorat der Vereinigten Staaten.»

Kurt-Georg Kiesinger, 1966–1969 dritter Bundeskanzler der BRD 1958

Seite 165



«Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen!»

Wolfgang Schäuble, ehemaliger Präsident des Deutschen Bundestages und Finanzminister

Seite 168



«Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zweck der Befreiung, sondern als eine besiegte Feindnation.»

Ausschnitt aus der «Direktive JCS 1067» der US-Regierung. Mit ihr wurden die Grundzüge der amerikanischen Besatzungspolitik festgelegt.



Liebe Leser

Beim 08. Mai 1945 vom Tag der Befreiung zu sprechen, ist, als wenn die Japaner die Atombomben über Hiroshima und Nagasaki als Geschenke des Himmels bezeichnen würden, mit dem Unterschied, dass dabei deutlich weniger Menschen zu Tode kamen als die Millionen Deutschen in der Nachkriegszeit. Sicherlich trifft dieser Begriff auf die politisch, rassisch oder religiös Verfolgten zu, doch dass dieser Tag von vielen Deutschen, trotz der Millionen Toten und des unsäglichen Leids, als «Tag der Befreiung» angesehen wird, darf wohl als eine der grossen propagandistischen Leistungen der Siegermächte und der Mächte dahinter angesehen werden.

Im ersten Teil dieser Trilogie «100 Jahre Krieg gegen Deutschland» haben wir Ihnen auf beinahe 100 Seiten quellenbasiert und ergänzt mit zahlreichen Zitaten dargelegt, wie Deutschland, zwecks seiner Vernichtung, zusammen mit anderen europäischen Völkern von elitären, meist britischen Kreisen in die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, den Ersten Weltkrieg, getrieben wurde, wie Deutschland von den Siegermächten in Versailles dafür die alleinige Schuld diktiert wurde und wie es unter dem Joch dieses Versailler Diktats grösste Verluste an Menschenleben, Volksvermögen und Staatsgebieten hinnehmen musste. Dieses Unrecht, bezeichnet als Versailler Friedensvertrag, gilt – mittlerweile auch von Systemhistorikern anerkannt – als Nährboden und Ursprung für den bald darauffolgenden Zweiten Weltkrieg, für den wiederum Deutschland die alleinige Schuld gegeben wurde, und findet seine Fortsetzung in der «Befreiung Deutschlands», auf die wir in dieser Ausgabe etwas vertiefter eingehen werden:

Gemäss der (eigentlich bereits vielsagenden) US-Besatzungsdirektive «Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zwecke der Befreiung, sondern als eine besiegte Feindnation» haben die Besatzungstruppen auch gehandelt und dabei jegliches geltende Recht mit Füßen getreten. Wie im Blutrausch und gemäss Anordnung von oben wurde gemordet, gemeuchelt, vergewaltigt und vertrieben, wie man es sich schlimmer nicht vorstellen könnte. Nach dem Krieg verloren mehr Deutsche ihr Leben als während des Krieges – nach unabhängigen Schätzungen bis zu acht Millionen! Vier Millionen Menschen starben den (organisierten!) Hungertod, Millionen von Soldaten und Zivilisten wurden teils bis nach Sibirien zu jahrelanger, teils jahrzehntelanger Zwangsarbeit deportiert und versklavt, viele von ihnen überlebten die Strapazen nicht. Mehr als zwei Millionen Frauen und Mädchen wurden vergewaltigt, dabei kamen etwa 240.000 zu Tode! Diese Aufzählung könnte beliebig fortgesetzt werden und kratzt nur an der Oberfläche der Fülle unendlichen menschlichen Leides und Schreckens, welches dem deutschen Volk von Seiten der «zivilisierten» Siegermächte nach(!) dem Krieg widerfahren ist.

«Befreit» wurde Deutschland jedoch nicht nur von unzähligen Menschenleben und rund einem Drittel seiner (bis heute völkerrechtlich nach wie vor anerkannten!) Staatsfläche, sondern ebenfalls und gegen jegliches Völker- und Kriegsrecht verstossend, von seinem Vermögen, seiner Industrie, seinem technischen Fortschritt, Patenten, Intelligenz, Kunst- und Kulturgütern, «befreit» von allem, was geraubt und geplündert werden konnte! Der dabei entstandene Schaden ist kaum zu beziffern und geht inflationsbereinigt selbst bei vorsichtigen Schätzungen in die zweifeligen Billionen resp. mehr als 10.000 Milliarden Euro! Bei all dem nachträglichen Unrecht an der deutschen Bevölkerung so undifferenziert von «Befreiung» zu sprechen, macht nur noch sprachlos. Gleichzeitig deutet dieser (und viele weitere Umstände) aber auch eindrücklich darauf hin, wie vollumfänglich manipuliert das deutsche Volk resp. dessen Überreste heute sind und dass die deutschen Regierungen und Parteien von links bis rechts eben nicht in dessen Interesse und Auftrag handeln! Die Ursprünge dafür lassen sich in den beiden anderen Themenblöcken dieser Ausgabe vermuten – den Nürnberger Prozessen und der Gründung der BRD:

Zum einen gelten die Nürnberger Prozesse als Ausgangspunkt einer Erfolgsgeschichte des internationalen Rechts, zum anderen bilden sie die Grundlage für das «dunkelste Kapitel» der deutschen Geschichtsschreibung. Beides erstaunt, führt man sich all die bei den Prozessen sträflichst missachteten Rechtsgrundsätze, zusammen mit den Worten von US-Hauptankläger Robert H. Jackson vom 26. Juli 1946, vor Augen, die da lauteten: «Die Alliierten befinden sich technisch immer noch in einem Kriegszustand mit Deutschland, obwohl die politischen und militärischen Einrichtungen des Feindes zusammengebrochen sind. Als ein Militärgerichtshof stellt dieser Gerichtshof eine Fortsetzung der Kriegsanstrengungen der alliierten Nationen dar». Man neigt unweigerlich dazu, an Schauprozesse, Willkür- und Siegerjustiz zu denken und erinnert sich an Bertolt Brechts Worte: «Immer doch schreibt der Sieger die Geschichte des Besiegten. Dem Erschlagenen entstellt der Schläger die Züge. Aus der Welt geht der Schwächere und zurück bleibt die Lüge.»

Wenn also dieser Militärgerichtshof trotz Kriegsende laut Jackson «eine Fortsetzung der Kriegsanstrengungen der alliierten Nationen» darstellt, wann wurden diese Kriegshandlungen dann beendet? Oder wurden sie es gar nie? Vieles deutet jedenfalls auf die Fortführung dieses Krieges ohne Waffen hin, was wir im dritten Teil dieser Reihe noch umfangreich ausführen werden! Ein Friedensvertrag beispielsweise fehlt bis heute, und in der UNO wird Deutschland nach wie vor als Feindstaat aufgeführt! Auch wurde laut Carlo Schmid, dem «Vater» des Grundgesetzes, die Bundesrepublik Deutschland auf einem Teil des Gebietes des Deutschen Reichs eben «nicht als Staat errichtet» sondern

Verlag InfoXpress GmbH, Hohestr. 130, CH-4104 Oberwil
Kontakt Tel +41 61 511 45 08, info@metanoia-magazin.com
Website www.metanoia-magazin.com
Erscheinung 6-8 x jährlich im Abonnement
Bestellung www.metanoia-magazin.com

Redaktion Tilman Knechtel (tk) / André Barmettler (ab)
Satz/Layout Elementi Studio
Fotos Sofern nicht vermerkt: commons.wikimedia.org
Original-Coverbilder Götz Wiedenroth
Cover-Sonderedition Johannes Sonneaug

als «Staatsfragment», welches «die Möglichkeit gibt, gewisser Notstände Herr zu werden», und zwar mit einer Organisation «die geeignet ist, den praktischen Bedürfnissen der inneren Ordnung eines Gebietes gerecht zu werden». Unzählige Hinweise deuten darauf hin, dass die Bundesrepublik Deutschland ein reines Besatzungskonstrukt ist und den Kriterien eines legitimen Staates mit hoheitlicher Staatsgewalt, einem Staatsvolk und einem Staatsgebiet nicht standhält. Laut einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist die BRD jedenfalls «NICHT Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches» (Hervorhebung durch Autor), da dieses «den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig». Würde dies den fehlenden Friedensvertrag erklären

und die Feindstaatenklausel in der UNO, da Frieden ja nur mit einem bisherigen Feind, dem nach wie vor existierenden, jedoch «nicht handlungsfähigen» Deutschen Reich geschlossen werden müsste, welches nach offiziellem Narrativ seitens Politik, Medien und Wissenschaft jedoch längst untergegangen ist?

Liebe Leser, die Lüge wird unsichtbar, wenn sie, über Generationen gewachsen, kultiviert, gestützt und verteidigt, genügend grosse Ausmasse angenommen hat und von allen Vertrauensinstitutionen einer Gesellschaft im Gleichklang verlaublich wird. Doch mit jeder neuen Erkenntnis erscheint ein weiterer Mosaikstein eines gewaltigen wie auch unheimlichen Bildes, welches in seinem wahren Ausmass jegliche Vorstellungskraft zu sprengen scheint. Selbst mit 12 Ausgaben zu diesem Thema «100 Jahre Krieg gegen Deutschland» würden wir nach wie vor nur an der Oberfläche kratzen. (ab)

«Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zweck der Befreiung, sondern als eine besiegte Feindnation.» (siehe S.101 f.) Dies zeigte sich in der Zeit nach dem Krieg u.a. dadurch, dass:

Teil 1: Plünderungen

- ▶ 14 Millionen Deutsche bei der Vertreibung aus Ost- und Südeuropa ihre Heimat verloren, wobei mindestens 2 Millionen von ihnen starben **Ausgabe 28**
- ▶ Millionen Deutsche an einer Hungersnot starben, die von den Alliierten leicht hätte verhindert werden können (bzw. von ihnen forciert wurde) **105**
- ▶ Millionen Deutsche in Lager gesteckt und zur Zwangsarbeit gezwungen wurden, wobei ein grosser Teil von ihnen starb **108**
- ▶ private Besitztümer jeglicher Art, Industrieanlagen, Maschinen, Kunstschatze, Edelmetalle uvm. in (inflationbereinigt) zweistelliger Billionenhöhe der deutschen Bevölkerung geraubt wurden **110**
- ▶ die deutsche Geisteselite in der Wissenschaft zu grossen Teilen ins Ausland entführt wurde **118**

- ▶ hunderttausende deutscher Patente beschlagnahmt und Erfindungen gestohlen wurden **120**
- ▶ weitere Milliarden D-Mark an Reparationszahlungen noch viele Jahre nach Ende des Krieges von der BRD erfüllt werden mussten **122**
- ▶ der Marshallplan eine geschickte Propagandakampagne der Alliierten und keine echte Hilfe für die Deutschen war **125**

Teil 2: Nürnberger Prozesse

- die Nürnberger Prozesse ein reiner Schauprozess der Siegermächte waren, weil
- ▶ Taten verurteilt wurden, die zuvor keine strafbaren Vergehen waren **130**
- ▶ Taten verurteilt wurden, die die Ankläger selbst begingen bzw. begangen hatten **138**
- ▶ Ankläger und Richter der Siegerpartei angehörten und dementsprechend einseitig entschieden **144**

- ▶ die Verteidigung massiv behindert wurde **146**
- ▶ Zeugen und Angeklagte bedroht und gefoltert wurden **148**
- ▶ Die Echtheit vieler Beweisdokumente zweifelhaft war **152**

Teil 3: BRD

- ▶ die Besatzungsmächte das Grundgesetz vollumfänglich zu verantworten hatten und das deutsche Volk es deshalb nicht beschlossen oder durch Volksabstimmung gebilligt hat **158**
- ▶ Kritiker gute Argumente in der Hand haben, um zu behaupten, die BRD erfülle nicht einmal ein einziges der drei völkerrechtlich notwendigen Kriterien für einen Staat **162**
- ▶ bis heute kein Friedensvertrag, wie nach dem Krieg lange Zeit vorgesehen, mit Deutschland geschlossen wurde **171**
- ▶ die «Wiedervereinigung» 1990 eigentlich eine «Teilwiedervereinigung» war **177**



Das
«befreite»
Würzburg

Die Chronik des Deutschland –



08. Mai 1945:

Wurde Deutschland «befreit»?

Das
«befreite»
Hamburg



Das
«befreite»
Lübeck



In gegenwärtigen Rückblicken und Geschichtsdarstellungen wird, seit einiger Zeit zunehmend, häufig von der «Befreiung» Deutschlands im Jahre 1945 gesprochen. Seitdem der 1985 amtierende Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner Rede zum 40. Jahrestag des 8. Mai 1945 von diesem als einem «Tag der Befreiung» ge-

sprochen hatte – damals noch unter weitgehendem Protest vieler Bürger –, ist diese Bezeichnung in der Öffentlichkeit immer mehr von den politisch führenden Kreisen und den Medien gefördert und verwendet worden, so dass sie zu entsprechenden Jahrestagen in Deutschland inzwischen allgemein benutzt wird.

Doch abgesehen von der dann beginnenden schweren Leidenszeit für die allermeisten Deutschen im Zug von Vertreibung, Verfolgung, Verurteilung, Enteignung stellten die Alliierten damals selbst in aller Klarheit in ihrer massgeblichen Direktive JCS 1067 – am 23. März 1945 von US-Präsident Roosevelt gebil-

Kriegs gegen Teil 2

ligt und von seinem Nachfolger Truman bestätigt – als Prinzip ihrer Behandlung der Deutschen fest: «Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zweck der Befreiung, sondern als eine besiegte Feindnation. Der Zweck ist [...] die Besetzung Deutschlands zum Zweck der Durchsetzung gewisser alliierter Ziele.»⁽¹⁾

Todesstrafe für Lügen und «Grusspflicht»

Bezeichnend für die damalige «Befreiung» war auch die bereits vor Kriegsende erlassene Verordnung, wofür im besetzten Deutschland die Todesstrafe verhängt werde: U.a. befanden sich unter den mit dem Tode belegten Vergehen «Ungesetzlicher Besitz oder Verfügungsmacht über Feuerwaffen, Munition, Sprengstoff oder sonstiges Kriegsmaterial oder Sende-Geräte irgendwelcher Art, welche zur Nachrichten-Übermittlung geeignet sind» (Punkt 9) oder die sehr frei interpretierbare «Vorsätzliche störende Einwirkung auf oder absichtliche Irreführung irgendeines Angehörigen der Alliierten Streitkräfte oder einer anderen in deren Auftrage handelnden Person, soweit dies deren dienstliche Tätigkeit betrifft» (Punkt 17).⁽²⁾ Und diese

Androhungen wurden bei Erfüllung des Tatbestandes auch verwirklicht, insbesondere bei Waffenfunden.

Ein weiteres Dokument der «Befreiung» ist die Verordnung über das Grüssen der «Befreier» durch die deutsche Zivilbevölkerung. So wurde mehr als acht Wochen nach Kriegsende nach früheren offenbar nicht so erfolgreichen Erlassen die Tübinger Bevölkerung energisch aufgefordert, den französischen Militärfahrzeugen endlich ihre Ehrerbietung zu erweisen. Die entsprechende Bekanntmachung hatte den folgenden Wortlaut:

«Nr. 177 Grusspflicht:

1. Von der Militärregierung wurde festgestellt, dass die deutsche Bevölkerung die amtlichen französischen Wagen, auch Regimentsfahnen, nicht grüsst. Es wurde daher von der Militärregierung angeordnet, dass alle Männer Fahnen oder offizielle Fahnen zu grüssen haben; Frauen haben eine korrekte Haltung einzunehmen. Die Wagen sind am blau-weiss-roten Fähnchen erkenntlich.

2. Die hohe Persönlichkeit der französischen Generäle erfordert von der deutschen Bevölkerung besondere Zeichen der Ehrerbietung. Jeder Wagen eines Generals ist an einem Fähnchen erkennt-

77 «Es sollte den Deutschen beigebracht werden, dass Deutschlands skrupellose Kriegsführung aus dem Geist des fanatischen Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht hat und dass die Deutschen der Verantwortlichkeit nicht entrinnen können für das, was sie selbst über sich gebracht haben. Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zwecke der Befreiung, sondern als eine besiegte Feindnation.»

Ausschnitt aus der «Direktive JCS 1067» der US-Regierung an den Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen. Mit ihr wurden die Grundzüge der amerikanischen Besatzungspolitik festgelegt.

Quelle:
germanhistorydocs.ghi-dc.org,
Direktive an den Oberbefehlshaber der
US-Besatzungstruppen in Deutschland
(JCS 1067) (April 1945)

lich, das die Sterne des Dienstgrades trägt und auf dem linken Vorderflügel des Wagens befestigt ist. Die Bevölkerung hat den Wagen der Generäle Platz zu machen, die Männer haben zu grüssen. Die deutsche Polizei ist angewiesen, die strikte Ausführung dieser beiden Anordnungen, die am 19. Juli 1945 in Kraft treten, zu überwachen.»⁽³⁾

Ähnlich demütigende Anordnungen für die deutsche Bevölkerung wurden für Stuttgart erlassen. Wird man dabei nicht an den den Deutschen gemachten Vorwurf der «Herrenmenschen» Europas oder an oft kritisierte Bräuche der Kolonialmächte gegenüber Eingeborenen erinnert? Die einheimischen Zivilisten in den von Deutschen besetzten Länder während der Kriegszeit waren übrigens nicht gehalten gewesen, Wehrmachtfahrzeuge zu grüssen. Anhand solcher Vorgaben ist es passender, von «Unterwerfung» und nicht von «Befreiung» zu sprechen. ▶

Einmarsch der
Amerikaner in
Crailsheim am
21. April 1945





Die Schrecken der Nachkriegszeit

Die Bezeichnung «Befreiung» ist schlicht falsch, verzerrt die historische Wirklichkeit und verharmlost das schwere Schicksal, das die meisten Deutschen ab 1945 traf. Dass Minderheiten wie die in Deutschland und in den von Deutschen besetzten Gebieten Verfolgten und insbesondere die Insassen von Konzentrationslagern ihre Befreiung begrüßten und heute daran erinnern, ist verständlich. Doch für die allermeisten damaligen Deutschen bedeutete dieser Tag – trotz des ersehnten Endes des Krieges mit seinen täglichen Ängsten – den Beginn einer grossen Katastrophe. Tatsachen, die die Deutschen nach dem 8. Mai 1945 – und damit nach dem Ende des eigentlichen Krieges – betrafen, sind:

- Etwa 11 Millionen Soldaten gerieten – oft für Jahre – in Gefangenschaft.
- Circa 3 Millionen Gefangene überlebten die alliierten Lager nicht.
- Millionen deutscher Soldaten und Zivilisten wurden zur Zwangsarbeit deportiert.
- Mindestens 14 Millionen Menschen verloren Heimat und Besitz.
- Mindestens 2 Millionen Personen kamen bei der Vertreibung ums Leben.
- Mehrere Millionen Zivilisten starben an der auferlegten Hungersnot.

Nach der Rückeroberung Nemmersdorfs – dem ersten deutschen Ort, den sowjetische Truppen im Zweiten Weltkrieg eroberten – kamen unbeschreibliche Gräueltaten der Sowjets an Deutschen ans Licht.



Zwei Rotarmisten bedrängen 1945 eine deutsche Frau.



- Mehr als 2 Millionen Frauen und Mädchen wurden vergewaltigt.
- 240.000 Frauen überlebten die Vergewaltigungen nicht. ⁽⁴⁾
- Deutschland verlor ein Drittel seines Territoriums in Ost und West.
- Das Deutsche Reich wurde zerschlagen und zersstückelt, das Land Jahre besetzt. **(tk)**



Quellen:

Der Grosse Wendig - Richtigstellungen zur Zeitgeschichte, Band 2, Grabert-Verlag, Tübingen

1. de.wikipedia.org, JCS 1067

2. Frankfurter Presse, Nummer 1, 19.04.1945

3. Bekanntmachung Nr. 117 der Stadtverwaltung und des Landratsamtes. Aus: Nachrichtenblatt der Militärregierung für den Kreis Tübingen, 20.07.1945

4. James Bacque, Verschwiegene Schuld - Die alliierte Besatzungspolitik in Deutschland nach 1945, Pour le Mérite, 2002



In der ehemals weitgehend deutsch besiedelten Stadt Aussig im Sudetenland ereignete sich Ende Juli 1945 ein Massaker (Zeichnung eines Augenzeugen). Viele Deutsche wurden von einer Brücke in die Elbe gestossen – vom Kleinkind im Kinderwagen bis zum Greis. Wer sich schwimmend zu retten versuchte, wurde meist mit Maschinengewehren erschossen. Bis weit nach Sachsen wurden Tote aus der Elbe geborgen.

Welt-Online schreibt dazu: «Alle Deutschen, derer die Verfolger habhaft werden konnten, wurden von den ansässigen wie eigens angereisten Tschechen mit Fausthieben und Latten durch die Strassen getrieben. Die Täter erschlugen etliche Deutsche, ertränkten andere im Löschwasserteich, viele wurden auch von der Brücke über die Elbe gestossen und im Wasser beschossen. Eine junge Frau warf der Mob samt ihrem Baby, das im Kinderwagen lag, über das Brückengeländer in den Fluss. Etliche Leichen wurden später in Meissen, Pirna und Bad Schandau aus der Elbe geborgen. Einer der Ermordeten war ein Monteur der Firma Brönnner, ein Sozialdemokrat, der vier Jahre im Konzentrationslager inhaftiert gewesen war: Er wurde skalpiert und dann erschossen.» ⁽¹⁾

In einem anderen Welt-Online-Bericht heisst es: «Völlig unklar bleibt die Zahl der Opfer; fest steht allein: Es gab mindestens 42 deutsche Tote. Historiker wie Pustejovsky halten nach dem Studium von Vermisstenmeldungen, Krankenhausakten und Krematoriumslisten 100 bis 220 Opfer für realistisch. In älteren Publikationen von Vertriebenenverbänden ist dagegen schon mal von bis zu 4000 Toten die Rede.» ⁽²⁾ Da es nie eine juristische Untersuchung in der Tschechoslowakei gab, im Gegenteil Verbrechen während der Vertreibung der Deutschen pauschal als «nicht widerrechtlich» amnestiert wurden, dürften sich die Hintergründe wohl nicht mehr weiter erhellen lassen. **(tk)**

1945:

Alliierte verbieten Verständigung mit deutscher Bevölkerung

Im Gegensatz zur Deutschen Wehrmacht in den von ihr besetzten Ländern verboten die Alliierten nach Ende des Krieges (im «Frieden») ihren Truppen vorerst jede Verständigung und Versöhnung mit den besiegten Deutschen und setzten die Politik der «Non-Fraternisation» (Nicht-Verbrüderung) für einige Zeit durch. In dem einschlägigen, zunächst geheimgehaltenen US-Handbuch⁽¹⁾ zur Besatzungspolitik heisst es unter anderem:

«Definition: ‚Non-Fraternisation‘ ist die Vermeidung des Sich-Einlassens mit Deutschen in alle Arten von Freundschaft, Leutseligkeit oder Vertraulichkeit, weder im einzelnen noch in Gruppen, weder im amtlichen noch im nichtamtlichen Umgang.»⁽²⁾

«Es wird keine Fraternisation zwischen alliierten Personen und den deutschen Beamten oder der Bevölkerung geben. Diese Politik der Non-Fraternisation ist notwendig, um das Verhältnis zwischen den Besatzungsmächten und ihnen nachdrücklich zu betonen und ihre Bemühungen zu verhindern, die Ziele unserer **EROBERUNG** zu vereiteln.»⁽³⁾

«Heirat mit Deutschen oder Personen aus anderen Feindstaaten ist verboten [...] Folgendes muss verboten werden: deutsche Wohnungen zu besuchen; mit Deutschen zu trinken; ihnen die Hand zu geben; mit ihnen zu spielen oder Sport zu treiben, ihnen Geschenke zu geben oder von ihnen anzunehmen; an deutschen Tanz- oder anderen Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen; Deutsche auf der Strasse, in Theater, Gasthäuser, Hotels oder irgendwohin (ausser im amtlichen Auftrag) zu begleiten; mit Deutschen zu diskutieren oder zu argumentieren, insbesondere über Politik oder die Zukunft Deutschlands.»⁽⁴⁾ (tk)

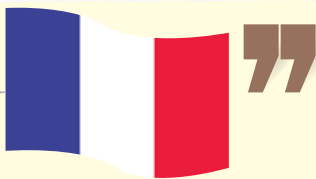
Quellen:

Der Grosse Wendig - Richtigstellungen zur Zeitgeschichte, Band 2, Grabert-Verlag, Tübingen

1. «Handbook governing Policy and Procedure for the Military Occupation of Germany, Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force; 2. Ebenda, Punkt 629; 3. Ebenda, Punkt 630; 4. Ebenda, Punkt 632



Fotokollage aus der amerikanischen Presse mit der an die Verbrechen der Deutschen erinnernden Aufschrift «Erinnert euch daran! – Verbrüderet euch nicht!»



«1. Sollte auf einen Soldaten der Besatzung geschossen werden, werden 25 Deutsche erschossen, ohne Rücksicht darauf, von wem (Wehrmacht, HJ, Zivil) geschossen wird.»

Bekanntmachung der französischen Militärregierung in Stuttgart, unmittelbar nach dem Einmarsch

Quelle: Stuttgarter Zeitung, 25.04.1995. Serie «Stuttgart vor 50 Jahren»

1945–1949:

Hunger als Nachkriegswaffe

In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg wurde von den Alliierten systematisch der Hunger als Waffe eingesetzt, um die eigenen Besatzungsziele zu erreichen. Man liess nicht nur Hunderttausende gefangener deutscher Soldaten nach Kriegsende – besonders auf den berüchtigten Rheinwiesenlagern⁽¹⁾ – verhungern und erliess strenge Verbote, Nahrung den Gefangenen zukommen zu lassen,⁽²⁾ sondern belegte auch die Zivilbevölkerung mit einer Hungersnot, obwohl genügend Nahrung vorhanden war oder hätte beschafft werden können. Und im Jahr nach Kriegsende wurde die Hungersnot noch bewusst vergrössert. So wurden

zum Beispiel die Hochseefischerei und die Herstellung synthetischer Fette den Deutschen nach 1945 jahrelang verboten. Hunderttausende Menschen starben an Entkräftung, insbesondere in dem kalten Winter 1946/47, als die Kohlenzuteilung verringert wurde. Die geförderte Kohle musste grösstenteils ans Ausland abgeliefert werden.

Die nach Kriegsende herbeigeführte Not geht unter anderem aus der am 15. Juni 1947 – über zwei Jahre nach Kriegsende – auf der Ärztekammertagung in Bad Nauheim verabschiedeten «Resolution der deutschen Ärzte zur deutschen Ernährungslage» hervor, die folgenden Wortlaut hat: «Die deutsche ▶



Hungernde Deutsche um Pferdekadaver 1945. In der US-Zone betrugen die Lebensmittelrationen 1000 Kalorien am Tag, in Wuppertal sogar nur 850.

77 «In Berlin werden pro Tag mehr als 1000 Menschen mit Erfrierungen, Hungerödemen, Tuberkulose und anderen Mangelkrankheiten eingeliefert. 20–30% Untergewicht sind keine Seltenheit. Historiker schätzen, dass mehrere hunderttausend Menschen in diesem Winter an den Folgen von Kälte und Hunger starben. Exakte Opferzahlen gibt es nicht. Knapp 10% aller Todesfälle sind die Folge von Tuberkulose. Es fehlt an Medizin.»



Beschreibung des Hungerwinters 1946/1947, aus der NDR-Reportage «Hungerwinter - Überleben nach dem Krieg», ausgestrahlt am 21.02.2010

Quelle: youtube.com, Hungerwinter 1946/47, 15.08.2016



Opfer der «Befreiung»: Drei deutsche Waisenkinder aus Danzig, die – so die Londoner Times in einem Kommentar zu diesem Bild am 12.11.1945 – für die «Sünden ihrer Eltern» zu büßen hätten.

► Ärzteschaft appelliert an das Weltgewissen, den bereits weit fortgeschrittenen körperlichen Verfall des deutschen Volkes nicht weiter zuzulassen. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung lebt zur Zeit von Rationen, die nur ein Drittel des international anerkannten Mindestbedarfs ausmachen. Selbst die Zulagen der Schwerarbeiter reichen nur aus, das Leben zu erhalten, nicht aber, um die geforderte Arbeit zu leisten. Diese bestehende chronische Unterernährung hat bereits zum weitgehenden Abbau der Körpersubstanz des Deutschen geführt und nicht nur seine körperliche Leistungskraft extrem herabgesetzt, sondern auch seine geistige Spannkraft vermindert und sein seelisches Gefüge verändert. Der hungernde Mensch ist antriebslos, reizbar, überkritisch und untauglich für Aufbau und staatsbürgerliche Betätigung. Die Ärzteschaft warnt vor den Gefahren, die diese unvermeidbaren physiologischen Folgen des chronischen Hungers in jedem davon betroffenen Volk für die übrige Welt, für die Ethik, für die Sicherheit der übrigen Menschheit in sich bergen.

Die deutsche Ärzteschaft ruft aus ärztlicher Verantwortung heraus die Hilfe der Welt an für Neuaufbau und sofortige entscheidende Aufbesserung der Ernährung. Sie hält folgende Sofortmassnahmen für durchführbar: Zulassung Deutschlands zum Walfang und zur Hochseefischerei, Ermöglichung synthetischer Fettherstellung, Herstellung der nötigen Düngemittel, Transitverarbeitung von Ölkuchen. Die deutsche Ärzteschaft ist der Ansicht, dass noch vor diesen Massnahmen eine gross-

zügige Lebensmittellieferung von aussen die bereits verlorene Arbeitsfähigkeit des deutschen Volkes wiederherstellen muss. Danach muss dem deutschen Volk die Möglichkeit zurückgegeben werden, aus eigenem Export von Fertigwaren den unentbehrlichen Import zu finanzieren. Die deutsche Landwirtschaft war nie in der Lage, den Nahrungsmittelbedarf zu decken; unter den heutigen Verhältnissen einer auf verminderten Raum zusammengedrückten, vermehrten Bevölkerung und einer unzureichenden Versorgung mit Düngemitteln, Saatgut und technischen Ausrüstungen ist sie es weniger denn je. Die deutsche Ärzteschaft ist überzeugt, dass dem deutschen Volk der Anspruch auf Leben als primitivstes Menschenrecht zuerkannt wird. Eine gesunde und ausreichende Ernährung darf keinem Volk vorenthalten werden. Die Humanität gebietet, entgegenstehende Interessen diesem unabdingbaren und unwandelbaren Menschenrechte unterzuordnen.»

Schon im und nach dem Ersten Weltkrieg war durch die von England gegen Deutschland verhängte Hungerblockade, die bis 1919 zur Erzwungung der deutschen Unterschrift unter den Versailler Vertrag aufrechterhalten wurde, eine grosse Anzahl Deutscher gestorben. (tk)

Quellen:

1. Der Grosse Wendig - Richtigstellungen zur Zeitgeschichte, Band 2, Grabert-Verlag, Tübingen
1. James Bacque, Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945/46, Ullstein, Frankfurt/M. - Berlin 1989
2. Ebenda, S. 83



Szene aus
Hamburg
1946



Foto: Bundesarchiv, Bild 183-B0527-0001-753/CC-BY-SA 3.0

Hungerwinter 1947. Wegen der katastrophalen Ernährungslage legten am Montag, 31. März 1947, in Krefeld Tausende die Arbeit nieder und versammelten sich zu einer Protestkundgebung auf dem Karlsplatz.



„Die grosse Masse des deutschen Volkes ist, was Ernährung, Heizung und Wohnung anbelangt, auf den niedrigsten Stand gekommen, den man seit hundert Jahren in der westlichen Zivilisation kennt.“

Herbert Hoover, US-Präsident von 1929 bis 1933, nach nach zwei Deutschlandbesuchen im Frühjahr 1946 und Februar 1947

Quelle: spiegel.de, «Die Moral geht zum Teufel», 20.02.2017



Köln in der Nachkriegszeit: Ein alter Mann nimmt an einer Mülltonne seine Mahlzeit ein.



„In Osteuropa werden jetzt von unseren Verbündeten Massendeportationen in einem unerhörten Ausmass durchgeführt, und man hat offensichtlich die Absicht, viele Millionen Deutsche auszulöschen, nicht durch Gas, sondern dadurch, dass man ihnen ihr Zuhause und ihre Nahrung nimmt und sie einem langen schmerzhaften Hungertod ausliefert.“

Bertrand Russell, britischer Philosoph und Nobelpreisträger, in einem Leserbrief an die Times am 19. Oktober 1945

Quelle: bund-der-vertriebenen.de, Massenphänomen der Unmenschlichkeit - Millionen Deutsche mussten Zwangsarbeit leisten)

Hungerverstärkende Massnahmen der Alliierten

- Bis zum 5. Juni 1946 war es verboten, Lebensmittel-Pakete nach Deutschland zu schicken. ⁽¹⁾ Die Amerikaner liessen im Juni 1945 zwei Güterzüge voller Lebensmittel aus den gefüllten Lagerhäusern der Schweiz – vom Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) nach Augsburg und Mannheim entsandt – von dort voll wieder in die Schweiz zurückfahren, wobei die US-Offiziere den verwunderten Schweizer Begleitern erklärten, dass ihre Vorratsdepots voll seien und die Deutschen keine weiteren Nahrungsmittel bräuchten. Selbst als Max Huber, der damalige Präsident des IKRK, deswegen an das amerikanische Aussenministerium

um schrieb und um Abhilfe bat, blieben die Amerikaner hart, und Dwight Eisenhower, der US-Oberbefehlshaber in Deutschland, teilte (wahrheitswidrig) mit, dass gemäss der von der Armee mit dem Amerikanischen und Britischen Roten Kreuz getroffenen Vereinbarung die Verwendung von Lebensmitteln (des Roten Kreuzes) für Feindpersonen verboten sei. ⁽²⁾

- US-Truppen wurden die Bereitstellung von Hilfe, insbesondere von Nahrungsmitteln, an hungrige Deutsche verboten. Amerikanische Haushalte im besetzten Deutschland wurden angewiesen, deutschen Hausangestellten keine Speisereste zu überlassen; alle überschüssigen Lebensmittel mussten vernichtet oder ungeniessbar gemacht werden. ⁽¹⁾

- Das sogenannte «Hamstern» (das Horten von Notvorräten) war in allen Besatzungszonen verboten. Oft gerieten «Hamsterer» in eine Kontrolle und mussten die mühsam erbeuteten Waren wieder abgeben. ⁽³⁾



Zusammengebrochener Mann im Hungerwinter 1948

Quellen:

- de.wikipedia.org, Deutschland 1945 bis 1949
- James Bacque, Der geplante Tod - Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945–1946, Ullstein, Frankfurt/M.-Berlin, 1989
- youtube.com, Hungerwinter 1946/47, 15.08.2016



1946: Britischer Hitler-Gegner entsetzt vom Elend in Nachkriegsdeutschland

Victor Gollancz wurde 1893 geboren, seine jüdischen Eltern waren aus dem damals russischen Polen nach England ausgewandert. Gollancz stand links, er wurde Verleger und kritisierte das nationalsozialistische Deutschland wegen dessen antisemitischer Politik in den Büchern seines Verlages und in Zeitschriftenartikeln. Aber bereits im Krieg trat er für eine faire Behandlung der deutschen Bevölkerung ein. Er sprach sich zum Beispiel gegen die Forderung nach «bedingungsloser Kapitulation» (siehe S.80) aus. Nach Kriegsende besuchte er schon 1946 das kriegszerstörte Deutschland und war von dem Elend so erschüttert, dass er in seinem Buch «In Darkest Germany» («Im dunkelsten Deutschland») die Besatzungspolitik heftig als unmenschlich angriff. ⁽¹⁾ Er schilderte die schlechte Ernährungslage,



Ein Foto aus Gollancz' dokumentarischem Buch «In Darkest Germany». Alliierte Doktoren untersuchen einen abgemagerten Jungen in Hamburg.

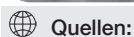
die mangelnde Bekleidung und vor allem das fehlende Schuhwerk, die verzweiflungsvolle Wohnsituation, alles mit dokumentarischen Fotos, und dann die «geplante Zerstörung» der deutschen Wirtschaft als Lebensgrundlage. Er begann diesen Abschnitt mit den Worten «Ich habe nun sechs Wochen in einem Irrenhaus gelebt!»

In dem Abschnitt «Die Reeducation Deutschlands» schilderte er, dass das Verhalten der englischen Besatzungsmacht oft genau so war, wie man es den Deutschen vorwarf. Er legte den Zustand der deutschen Bevölkerung dar und versuchte Sympathie für sie zu wecken. Das Buch wurde nie in Deutschland veröffentlicht.

Gollancz setzte sich für die deutschen Kriegsgefangenen ein und obwohl er Pazifist war, ebenso für die deutschen Generäle und Offiziere. So kritisierte er mit harten Worten die in der Öffentlichkeit gezeigte schlechte Behandlung des über siebzigjährigen und stark gehbehinderten Generalfeldmarschalls Gerd von Rundstedt. Er forderte die Entlassung aller Kriegsgefangenen und ein Ende der Kriegsverbrecherprozesse. ⁽²⁾ Selbst gegen den Eichmann-Prozess (Prozess gegen SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann 1961 in Israel) sprach er sich aus, nicht, weil er Sympathie für Eichmann hatte, sondern, weil er dessen Entführung aus Argentinien als völkerrechtswidrig ansah. 1960 erhielt er noch den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, aber heute ist er in Deutschland vergessen, fast niemand kennt seinen Namen. (tk)



Victor Gollancz (rechts) 1946 im Ruhrgebiet.



Quellen:

Der Grosse Wendig - Richtigstellungen zur Zeitgeschichte, Band 2, Grabert-Verlag, Tübingen

1. Victor Gollancz, In Darkest Germany - The Record of a Visit, London, 1947

2. Gerhard Frey, Prominente ohne Maske, Bd. 2, 1000 weitere Lebensläufe bekannter Zeitgenossen; FZ, München, 1986, S. 114 f.

1945-1956: Das Schicksal der deutschen Zwangsarbeiter

Konkrete Angaben über die Gesamtanzahl der zur Zwangsarbeit verurteilten Deutschen in der Nachkriegszeit liegen nicht vor. Nach Schätzungen des Autors Heinz Nawratil wurden etwa 6 Millionen deutsche Zivilisten und Soldaten zur Zwangsarbeit herangezogen.

Nach dem Krieg wurden Millionen deutscher Kriegsgefangener als Zwangsarbeiter missbraucht. Gefangene Soldaten hielten sich gemäss Heinz Nawratil vor allem die Sowjetunion (3.060.000), Frankreich (937.000) und Jugoslawien (194.000) als Zwangsarbeiter. Aber auch in den USA, in England, Polen, der Tschechoslowakei

und in den Beneluxstaaten wurden nach 1945 deutsche Zwangsarbeiter – teils Zivilisten, teils Soldaten – eingesetzt. Allein von den deutschen Kriegsgefangenen sind laut Nawratil bei der Zwangsarbeit in Russland weit über eine Million, in Frankreich 167.000 und in Jugoslawien zirka 100.000 gestorben.

Deutsche Kriegs-
gefangene an einem
Strand der Normandie
(Juli 1944). Sie wurden
in britische Gefange-
nenlager verschifft.



Die Sowjets verschleppten mit westalliiertter Zustimmung ausserdem noch etwa 900.000 deutsche Zivilpersonen zur Zwangsarbeit. **Deportationen aus der Zivilbevölkerung sind, insbesondere nach Ende des Krieges, im Völkerrecht verboten.** Dennoch wurden nach 1945 Massenverhaftungen von Deutschen und ihre Verbringung zur Zwangsarbeit – insbesondere nach Russland – durchgeführt. Allein auf den Transporten nach Russland starben, so Nawratil, bereits zehn Prozent der Deportationsopfer an Misshandlungen, Hunger und Kälte. Aber der Transport war erst die Vorhölle: Fast die Hälfte der sogenannten «Reparationsverschleppten» starb nach Schätzung Nawratils in den Lagern. Erst 1955/56 kamen, nach Konrad Adenauers Besuch in Moskau, die letzten Überlebenden von ihnen frei.

Deportation und Zwangsarbeit sind nach allgemeinem Völkerrecht und nach dem Londoner Statut vom 08.08.1945 über die «Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achse» Kriegsverbrechen bzw. «Verbrechen gegen die Menschlichkeit». Führende Nationalsozialisten wie Hermann Göring, Alfred Rosenberg, Martin Bormann, Hans Frank oder Fritz Sauckel wurden in Nürnberg wegen ebendieser Praktiken zum Tode verurteilt. (siehe S.128 ff.).

Die «Entschädigung»

Nach einem im November 2015 vom Bundestag verabschiedeten Gesetz konnten alle, «die als Zivilpersonen aufgrund ihrer deutschen Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit kriegs- oder ▶

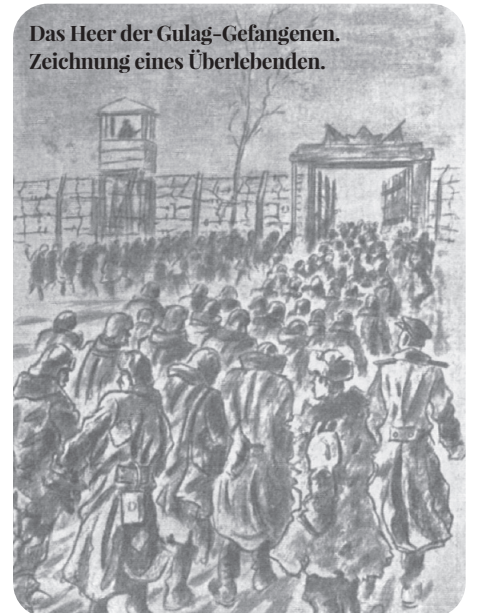


Deutsche Kriegsgefangene in England. Nach 1945 übergaben die USA, England und Frankreich etwa 1,75 Millionen deutsche Kriegsgefangene zur Zwangsarbeit.

Deutsche Zwangsarbeiter in Stalins Gulag-System. Zeichnung eines Zeitgenossen.



Das Heer der Gulag-Gefangenen. Zeichnung eines Überlebenden.





► kriegsfolgenbedingt von einer ausländischen Macht zur Zwangsarbeit herangezogen wurden»⁽¹⁾, bis zum 31. Dezember 2017 einen Antrag auf Gewährung einer einmaligen Anerkennungsleistung stellen. Die Opfer sollten einen symbolischen Anerkennungsbetrag von gerade einmal 2.500 Euro erhalten. Die meisten Zwangsarbeiter waren zu diesem Zeitpunkt natürlich schon verstorben. Nur noch 46.000 ehemalige deutsche Zwangsarbeiter beantragten Zahlungen wegen ihres einst erlittenen Unrechts.⁽²⁾ Peanuts im Vergleich zu den Geldsummen, die Opfer der NS-Zwangsarbeit wenige Jahre nach dem Krieg erhielten. (tk)

Deutsche Kriegsgefangene beim Minenräumen, Stavanger, August 1945. Auch Norwegen zwang nach dem Zweiten Weltkrieg deutsche Kriegsgefangene zur Zwangsarbeit als Minenräumer, bis zum 29. August 1945 kamen dabei 275 ums Leben.

Quelle: Jonas Tjersland, Tyske soldater brukt som mineryddere, VG, 8. April 2006



Quellen:

Heinz Nawratil, Die deutschen Nachkriegsverluste, München – Berlin, 1988
 Heinz Nawratil, Die deutschen Nachkriegsverluste, Ares-Verlag, Graz, 2008
 Franz Lorenz, Schicksal Vertreibung – Aufbruch aus dem Glauben, Köln, 1980, S.116
 1. bund-der-vertriebenen.de, Anerkennungsleistung an ehemalige deutsche Zwangsarbeiter
 2. taz.de, 46.000 beantragen Entschädigung, 12.01.2018



Gefangene deutsche Soldaten marschieren in Kettenformation die Minenfelder an der dänischen Küste ab.



Mit blossen Händen werden die Minen geräumt.



Obwohl die Genfer Konvention eindeutig bestimmt, dass Kriegsgefangene nicht zu lebensgefährlichen Arbeiten herangezogen werden dürfen, wurden deutsche Kriegsgefangene zum Minenräumen in den dänischen Dünen eingesetzt. Zu diesem düsteren Kapitel ist im Herbst 1998 das Buch «Under Tvang» («Unter Zwang») des dänischen Juristen und Historikers Helge Hagemann erschienen. In Deutschland berichtete das Magazin Focus darüber.⁽¹⁾ Nach Hagemanns zehnjährigen Nachforschungen kamen mindestens 250 gefangene deutsche Soldaten beim Minenräumen in Dänemark nach Kriegsende ums Leben, etwa ebenso viele wurden dabei schwer verletzt. Es handelte sich nach seinem Urteil dabei um ein Kriegsverbrechen. «Mit Billigung der britischen Befreier schickten die Dänen Wehrmachtsoldaten in die Minenfelder. Ungenügend instruiert, mussten sie nach den Sprengsätzen graben. Die Dänen schreckten nicht zurück, die Kriegsgefangenen in Kettenformationen durch lebensgefährliche Terrains schreiten zu lassen, Folge: fast täglich tödliche Detonationen,» so der Focus.⁽¹⁾

Quelle: 1. focus.de, Tödlicher Einsatz, 30.11.1998

1945–1951:

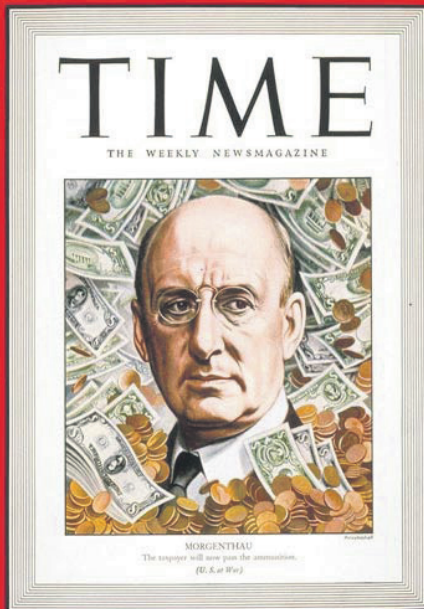
Die Alliierten plündern Deutschland unrechtmässig aus

Die Richtlinien der amerikanischen Besatzungspolitik für Deutschland nach 1945, die in der Direktive JCS 1067 festgelegt waren, atmeten den Geist des Finanzministers der Vereinigten Staaten von Amerika, Henry Morgenthau jr.. Der alles andere als deutschfreundlich eingestellte amerikanische Historiker Nicholas Balabkins räumte ein, dass die Richtlinien, wenn

auch in abgeschwächter Form, die offizielle Version des **MORGENTHAU-PLANES*** (siehe S.82) gewesen waren.⁽¹⁾ Nachkriegsdeutsche Zeitgeschichtler wie Rolf Steininger verschlissen sich in der Regel dieser nüchternen Feststellung und meinen, dass der Morgenthau-Plan, «insbesondere beim Thema Zerstückelung und zukünftige Wirtschaft Deutschlands, in der Geschichtsschreibung immer noch

einen herausragenden Platz ein[nimmt], der ihm von seiner tatsächlichen Bedeutung her jedoch nicht zukommt.»⁽²⁾

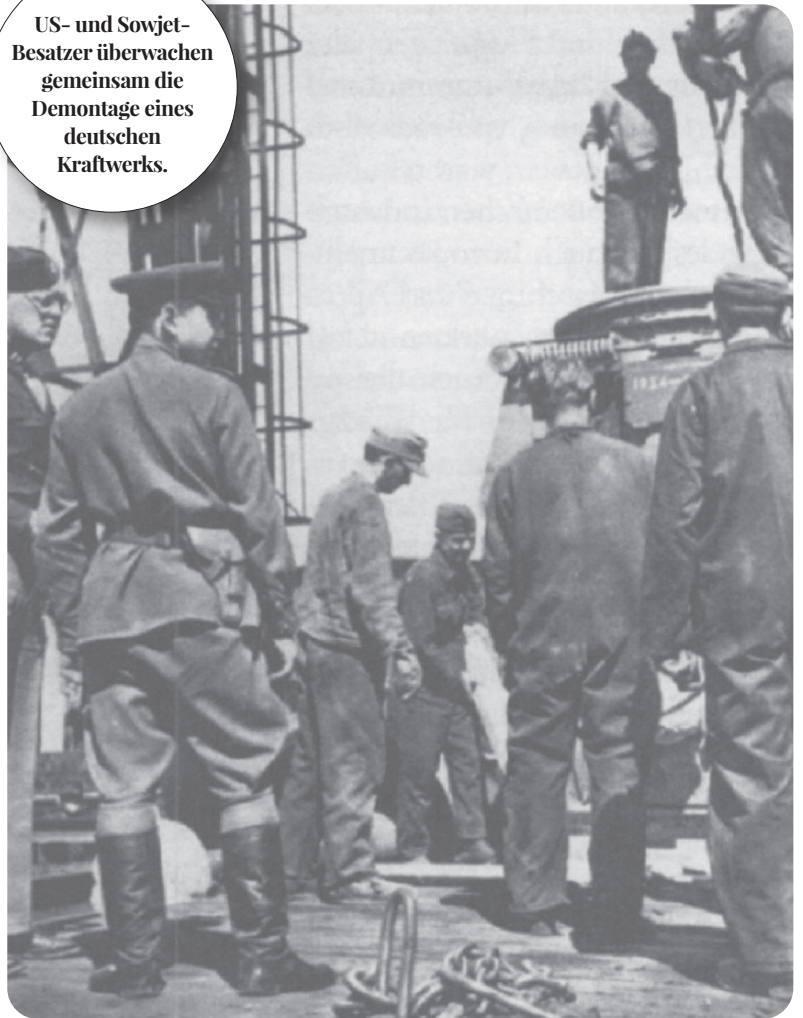
Trifft diese Behauptung zu? Diese Frage ist gerade unter dem Gesichtspunkt der Reparationen zu beantworten. Morgenthau hatte US-Präsident Franklin D. Roosevelt davon überzeugt, mit den Deutschen «tough», also hart, umzugehen. Hierfür stellte er seinen nach ihm



Roosevelts Finanzminister Henry Morgenthau, Verfasser des Morgenthau-Plans, 1943 auf dem Cover des Time-Magazins

* Der Morgenthau-Plan vom August 1944 war ein vom damaligen US-amerikanischen Finanzminister Henry Morgenthau veranlasster Entwurf zur Umwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat nach dem absehbaren Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg. 1:1 umgesetzt hätte er laut der Einschätzung von zahlreichen Experten, die sowohl Churchill als auch Roosevelt warnten, zum Tod von 40 Prozent der deutschen Bevölkerung geführt.

US- und Sowjet-Besatzer überwachen gemeinsam die Demontage eines deutschen Kraftwerks.



benannten Plan auf. Unter dem Gesichtspunkt der Reparationen bedeutete dies, Deutschland in einen entindustrialisierten, bevölkerungsarmen Agrarstaat umzuwandeln. Nach den Vorstellungen Morgenthau's galt es, Deutschland nicht nur völlig zu entwaffnen, sondern auch dessen gesamte Industrie abzubauen oder zu vernichten. Die Bergwerke und Kohlschächte sollten geflutet werden. Auch hinsichtlich der zu erbringenden Reparationen hatte Morgenthau genaue Pläne: Sie sollten ausser durch Zahlungen und Ablieferungen vor allem durch die Abtretung der vorhandenen deutschen Bodenschätze erfolgen, durch Abtretung deutscher Gebiete und deutscher Privatrechte auf industrielles Eigentum an die «überfallenen Länder», durch Abtransport und Verteilung der industriellen Anlagen und Ausrüstungen, durch Zwangsarbeit Deutscher ausserhalb Deutschlands und durch Beschlagnahme aller deutschen Guthaben jedweder Natur ausserhalb Deutschlands.⁽³⁾

In der zunächst nur die amerikanische (nach der Potsdamer Konferenz die gesamtalliierte) Deutschlandpolitik bestimmenden Direktive JCS 1067 wurden auch die Massnahmen zum industriellen

Abbau genau dargelegt. Es wurden drei Formen des Abbaus genannt: erstens Reparationen, also die Demontage deutscher Fabriken und Maschinen, zweitens die völlige Zerstörung deutscher Produktionsmöglichkeiten und drittens die staatlich vorgeschriebene Vernachlässigung (statutory neglect) von Fabriken und Maschinen. Diese Massnahmen zur Vernichtung der Existenzmittel der deutschen Bevölkerung hatten grosse Überschneidungen mit dem Morgenthau-Plan. Am 21. Dezember 1945 wurde die Interalliierte Reparationsagentur (IARA) in Brüssel gegründet, die die Verteilung des nicht auf die Sowjetunion und Polen entfallenden Anteiles an den Reparationslieferungen der Westzonen festhalten sollte. In einem am 26. März 1946 unterzeichneten «Plan für Reparationen und das Niveau der deutschen Nachkriegswirtschaft in Übereinstimmung mit dem Berliner Protokoll» wurden schliesslich der Umfang und die Art der Reparationen aus Deutschland entfernt werden sollten. Der amerikanische Historiker F. Roy Willis meinte diesbezüglich, dass die Deutschen nichts anderes tun konnten, als wehrlos zuzuschauen, wie

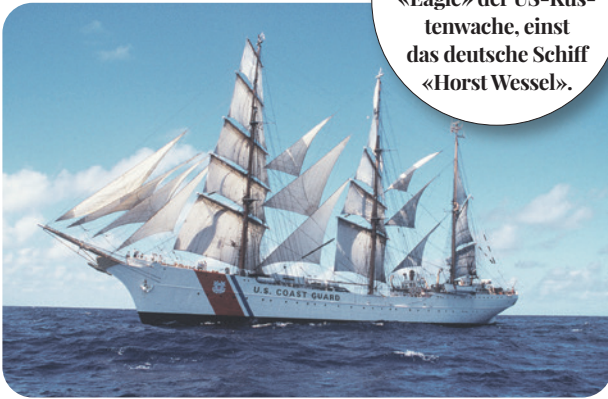
die Besatzungsmächte sich nach Gutdünken am deutschen Besitz vergriffen.⁽⁴⁾

Völkerrechtswidriger Raub

! Eine rechtliche Grundlage für die von den Siegermächten vollzogenen Demontagen hat es nie gegeben. Der Haager Landkriegsordnung (HLKO) zufolge waren die Zerstörung oder Wegnahme feindlichen Eigentums, ausser in den Fällen, bei denen die Zerstörung oder Wegnahme durch die Erfordernisse des Krieges dringend bedingt werden, ausdrücklich verboten. Artikel 43 HLKO besagt: «Nachdem die gesetzmässige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.» Artikel 46 bestimmt, dass Privateigentum nicht eingezogen werden darf, und Artikel 47 verbietet ausdrücklich die Plünderung. Diese Bestimmungen sind in jedem Bereich schwer verletzt worden. Praktisch haben die Sieger damit das Gleiche getan, was sie in Nürnberg während ▶



**Kriegsbeute der USA:
Das Segelschiff
«Eagle» der US-Küstenwache, einst
das deutsche Schiff
«Horst Wessel».**



Die vertriebenen Volksdeutschen hinterliessen in den Ostgebieten und im Sudentenland ein gigantisches Sachvermögen.

► des «Internationalen Militärtribunals» Deutschland vorgeworfen haben und wofür Deutsche bestraft worden sind. (siehe S.128 ff.)

Lediglich ein Friedensvertrag hätte Demontagen vereinbaren und gegebenenfalls rechtfertigen können. Einen solchen hat es zu dem Zeitpunkt der Zerstörung und Wegnahme jedoch nicht gegeben; bekanntlich ist bis heute kein Friedensvertrag ausgearbeitet und unterzeichnet worden. (siehe S.171 ff.) Zu «den vollständig verbotenen und zu demontierenden Produktionsanlagen gehörten nicht nur Fabriken, in denen Waffen, Munition und anderes Kriegsgerät hergestellt worden waren, sondern die gesamte Produktion von Rollen- und Kugellagern, der Bau schwerer Werkzeugmaschinen und Traktoren, die synthetische Gewinnung von Benzin, Öl, Gummi (Buna) und Ammoniak. Ebenso sollten sämtliche Anlagen zum Bau von Seeschiffen und Flugzeugen aller Art der Demontage verfallen. Sogar die Erzeugung von Rohaluminium und Magnesium, der Bau

von Funkgeräten und die Gewinnung von radioaktivem Material fielen unter das Verbot». ⁽⁵⁾



Von den Demontagen waren ausserdem Industriezweige betroffen, «die das Fundament der deutschen Industrie bildeten und die für den Wiederaufbau des Landes und auch Europas unentbehrlich waren, wie die Stahlproduktion, der Bau von Maschinen und Apparaten, die Automobil- und Elektroindustrie, die chemischen Werke und fast alle übrigen Bereiche der Erzeugung von Investitionsgütern». ⁽⁶⁾ Auch alle seetüchtigen Schiffe waren der «Interalliierten Reparationsagentur» (IARA) abzuliefern. Das galt nicht nur für alle Kriegsschiffe – die im übrigen nicht dem Reparationskonto gutgeschrieben, sondern als Kriegsbeute angesehen wurden –, sondern auch für alle Schiffe der Handelsmarine. Noch viele Jahrzehnte nach diesem staatlich sanktionierten Diebstahl fuhren deutsche Schiffe, freilich unter anderem Namen, unter fremder Flagge auf allen sieben Weltmeeren – bis heute. Beispielsweise handelt es sich

bei dem Dreimaster «Eagle» der amerikanischen Küstenwache, den angehende US-Offiziere zu Weltreisen benutzen und der am Unabhängigkeitstag gern zu Schau gestellt wird, um das Segelschiff «Horst Wessel» der deutschen Kriegsmarine.

Ausplünderung durch die Sowjets

Zu den ersten Demontagen ist es in Ostdeutschland (dem heutigen Polen) gekommen. Bevor die Sowjets den Polen den grössten Teil Ostdeutschlands zur Verwaltung übergaben und aus diesem abzogen, hatten sie zuvor mitgenommen, was sie konnten. Privatwohnungen wurden durchwühlt und geplündert. Darüber hinaus wurden aber vor allem Maschinen und Einrichtungen aus den Betrieben abgebaut und entwendet. Das gesamte Ausmass der Plünderung durch die Rote Armee lässt sich nicht in Zahlen wiedergeben, da die Plünderer natürlich über ihre Beute nicht Buch führten. Wohl kann man angesichts der Art und Weise, wie die Plünderungen vorstättengingen, das Ausmass der Demontage durch die Sowjets grob umreissen – sie kannte so gut wie keine Grenzen: Fussböden, Türrahmen, Lichtschalter, Waschbecken – alles wurde herausgerissen und verladen. ⁽⁷⁾

In Mitteldeutschland (Sowjetische Besatzungszone, SBZ) begannen die Sowjets umgehend mit dem Abbau nicht nur von ganzen Wohnungen, Büros und Fabriken, sondern auch von Infrastruktur, die ohne Zeitverlust in die Sowjetunion abtransportiert wurde. «Das besorgten sie



Reparationsgüter ohne Kontrolle, ohne einen offenkundigen Plan wanderten in Kisten mit kyrillischen Buchstaben nach Osten. Zur Regelung der Reparationsquoten war am 14. Januar 1946 in Paris ein Abkommen über die Reparationsleistungen Deutschlands unterzeichnet worden. Der Gesamtwert der Reparationen, die das besiegte Deutschland zu leisten hatte, blieb allerdings offen.



so gründlich, dass selbst die Schienenstränge der Eisenbahnen, die Isolatoren an den Hochspannungs- und Telegrafenleitungen, die Installationen in Wohnungen und Verwaltungsgebäuden nicht verschont blieben.»⁽⁸⁾ Der Geisteswissenschaftler und Publizist Kurt Düwell hat den wirtschaftlichen Gesamtverlust für Mitteldeutschland errechnet. Hiernach ergibt sich nach vorsichtigen Schätzungen durch Beuteaktionen, Demontagen, Reparationsnebenkosten uvm. ein Betrag von mindestens 28,4 Milliarden Mark (heute in Euro ein hoher dreistelliger Milliardenbetrag), wobei die Entnahmen aus den laufenden Produktionen ausdrücklich noch nicht enthalten sind. Die Höhe der Warenlieferungen belief sich auf weitere 34,7 Milliarden Mark. Zusammen mit 3,3 Milliarden Mark Preissubventionen «kommt man auf die astronomische Gesamtsumme von 66,4 Milliarden Mark an russischen Entnahmen aus der Wirtschaft der Sowjetischen Besatzungszone.»⁽⁹⁾

Ausschaltung der deutschen Konkurrenz

Die Durchführung der Demontagen in Westdeutschland war von den antideutschen Absichten Morgenthau geprägt. Nach inoffiziellen Angaben wurden in der amerikanischen 186, in der britischen 496 und in der französischen Besatzungszone

170 Firmen und Fabriken teilweise oder vollständig demontiert. Hierbei handelt es sich jeweils um Mindestzahlen; andere Quellen gehen von wesentlich höheren Zahlen aus. In keiner Besatzungszone wurden vollständige Listen der abgebauten Maschinen und Werksanlagen geführt. Selbst im Jahre 1949 wurden in den Westzonen noch 268 Fabriken vollständig oder teilweise demontiert. In der französischen Zone wurden 1946 zehn Fabriken, 1947 neun, 1948 vierzig und 1949 einundfünfzig Fabriken abgebaut und nach Frankreich verfrachtet.⁽¹⁰⁾ Bis zum 1. Januar 1948 waren allein aus der französischen Zone insgesamt etwa 43.000 Maschinen im Werte von 192 Millionen Reichsmark abtransportiert worden.⁽¹¹⁾ In den Westzonen wurden die Demontagen und der Abtransport von Maschinen und Anlagen erst im April 1951 eingestellt, bezeichnenderweise nachdem das sogenannte amerikanische Hilfsprogramm Marshallplan (siehe S.125 ff.) bereits zwei Jahre angelaufen war. Hätte man den Deutschen wirklich helfen wollen, dann hätte es gereicht, die Demontagen früher zu beenden.

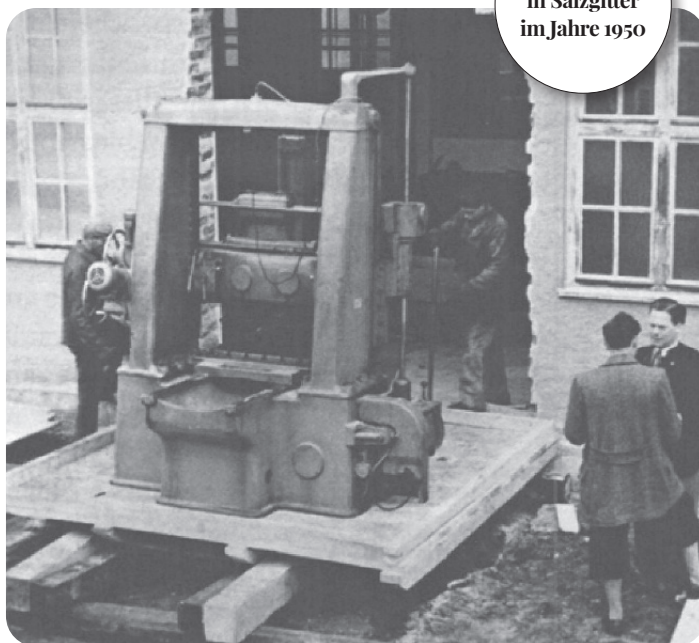
Es ist, wie dies zeitgeistkonform unentwegt geschieht, eine Augenwischerei zu behaupten, von den Demontagen seien hauptsächlich Rüstungsbetriebe betroffen gewesen. Die Rhein-Neckar-Zeitung vom 10. August 1948 bringt

am Beispiel der französischen Zone einige Hintergründe zur Demontage, aus denen sich ergibt, dass von den abgebauten Fabriken kaum 10 Prozent der Rüstungsindustrie zuzuzählen waren. Vor allem die Firmen der Uhrenindustrie (Hermle in Golsheim, Jäckle in Schwenningen, Müller in Mühlheim an der Donau, Junghans und Kern in Schramberg u.a.) waren unter den Leidtragenden. Besonders hebt die Zeitung hervor, «dass alle neueren Maschinen in den Betrieben bereits früher von den Franzosen abgebaut wurden. Nach der Demontage würde die französische Zone nur noch über etwa 40 bis 50 Prozent der Kapazität des Jahres 1936 verfügen.» Die in London erscheinende Fachzeitschrift «Jeweller and Metalworker» berichtete am 1. Juli 1948 über die Jahresversammlung der britischen Uhrenindustrie. Hier heisst es, dass man über Frankreich viele der in Deutschland demontierten Uhrenwerke erhalten würde. Damit erhalte Britannien eine dringend benötigte «Atempause», da mit dieser Massnahme vorerst einmal die deutsche Konkurrenz ausgeschaltet würde. War es nicht schon das Ziel britischer Machtstrategen im Ersten Weltkrieg gewesen, Deutschlands industrielle Expansion einzudämmen?

Der spätere Bundespräsident Walter Scheel bezifferte am 19. Juni 1954 den ▶



Ein britischer Offizier heftet die Beschlagnahmeverfügung an das Tor eines Kohlenbergwerks.



Der britische Militärgouverneur Brian Robertson (rechts) gab am 16. Oktober 1947 eine neue Demontageliste bekannt. 682 Betriebe (496 in der britischen, 186 in der US-amerikanischen Zone) sollten zum Abbruch kommen. Der Abbruch sollte innerhalb von zwei Jahren erfolgen und rund 30.000 Arbeiter beschäftigen. Es war vorgesehen, 25 Prozent der demontierten Einrichtungen in die Sowjetunion zu überführen; der Rest sollte den 18 Mitgliedsstaaten der Interalliierten Reparationsagentur (IARA) zukommen. Das «Petersberger Abkommen» vom 22. November 1949 enthielt zwar wesentliche Einschränkungen des Demontageprogramms, Adenauer musste aber im Gegenzug erhebliche Eingeständnisse machen, die Kurt Schumacher drei Tage später zu seinem Spruch bewogen, Adenauer sei «ein Kanzler der Alliierten».

► Verlust durch Demontagen allein in den drei Westzonen auf etwa 6 Milliarden DM. Bei allen Schätzungen von offizieller Seite sind die in astronomische Größen gehenden Neben- und Folgeschäden – sogenannte stille Reparationen – noch nicht berücksichtigt: Beispielsweise musste die Bundesrepublik Deutschland zu erheblich höheren Preisen amerikanische Kohle einkaufen, um den westdeutschen Bedarf zu decken, da die westdeutschen Bergwerke demontiert oder zwangstillgelegt waren. Dasselbe gilt für die meisten anderen Zweige, so dass hier weitere Milliardenbeträge in unschätzbare Höhe addiert werden müssen.

Raub unersetzbarer Kulturschätze

Weniger offensichtlich als die Demontagen war der alliierte Raub deutscher Kulturschätze aus dem gesamten Reich, dessen Umfang bis heute unschätzbar ist. Die Rote Armee hatte mehr als 2 Millionen Kunstwerke und Kulturgüter aus Deutschland in die Sowjetunion geschafft. Diese Zahl ergibt sich aus einer Bestandsaufnahme des Jahres 1957, die einen Überblick über jene Kunstgegenstände aus Deutschland liefert, die von den sogenannten «Beutebrigaden der Roten Armee» geplündert und in die UdSSR überführt wurden. Über das Ausmass der «privaten Beute» durch Rotarmisten gibt es ohnehin keine verlässlichen Angaben. Schon 1944 hatten die sowjetischen Streitkräfte die Erlaubnis erhalten, Pakete mit Beutegütern aus Deutschland in die Heimat zu schicken. Zehntausende Gemälde, Zeichnungen, Plastiken und Skulpturen, Millionen von

Büchern und Archivalien verschwanden, in der gängigen Literatur als «Kriegsverluste» oder als «verschollen» deklariert, in die Sowjetunion. Es ist unmöglich, auch nur eine grobe Übersicht der gestohlenen Kunstschatze wiederzugeben. Lediglich einige wenige ausgewählte Beispiele können das unvorstellbare Ausmass dieses Raubes am gewachsenen Kulturbesitz Deutschlands darstellen.

Es sind keineswegs nur unbezahlbare kunsthistorische Schätze, die die «Befreier» in Ost und West aus Museen und Galerien stahlen. Vor allem entwendeten oder vernichteten die Sieger unzählige und unersetzbare Kulturgüter aus dem privaten Bereich, wie zum Beispiel Bücher, Briefmarken- und Münzsammlungen, Bilder, Silberbestecke und Schmuck.



Demontage einer Lehnbohrmaschine 1948 in München

Vernichtet wurden grösstenteils auch Testamente, Grundbucheintragungen, Zeugnisse, Lehrbefähigungen, Diplome und Sparbücher.

Wie die Rotarmisten bedienten sich auch die demokratischen «Befreier» skrupellos am deutschen Füllhorn. Der amerikanische Geistliche Ludwig A. Fritsch gab unumwunden zu: «Millionen Tonnen an gestohlenen Gütern wurden als ‚Souvenirs‘ mit unseren Transportmitteln durch unsere US-Post- und Zollämter nach Amerika gebracht. Das silberne Tafelgeschirr des letzten Kaisers, ein Geschenk der deutschen Städte zu seinem 25jährigen Regierungsjubiläum, wiegt allein sieben Tonnen, und der Oberst, der dieses herrliche Kunstwerk stahl und als Kriegstrophäe betrachtete, ist im Privatleben Rechtsanwalt! [...] Welch eine Fülle von Kunstschatzen aller Art war in jenem ersten Kulturland der schöpferischen Nation[en] in Museen, Schlössern, Gutshäusern und Privatsammlungen als das Eigentum der grossen geschichtlichen Familien durch die Jahrhunderte gesammelt worden! Jede grössere Stadt in Deutschland besass so viele Kunstgegenstände wie sonst ein ganzes Land.»

Zig Tonnen «Souvenirs»

Die Alliierten machten in ihrer Raubgier und Zerstörungswut keinen Unterschied zwischen Denkmälern, Werken der Architektur, der Plastik, der Malerei, der Volkskunst und des Kunstgewerbes oder wertvollem Schriftgut verschiedenster Art, Büchern und anderen Erzeugnissen des Druckes, handgeschriebenen Urkunden und Akten. Gestohlen wurden beispielsweise bedeutsame Teile des Weimarer Museums, die Bibliotheken des Potsdamer Schlosses und der Reichskanzlei, fast alle Kunstwerke aus der Sammlung des Schlossmuseums Gotha, nahezu der gesamte Bestand der nach Mitteldeutschland ausgelagerten Bremer Kunsthalle mit tausenden Zeichnungen, Gemälden und Druckgraphiken von Dürer, Corot, Delacroix, Raffael, Rodin und Degas. Es waren zig Tonnen von «Souvenirs», die über den Atlantik oder in den Tiefen der Taiga auf Nimmerwiedersehen verschwanden.

Teilweise wird das Beutegut allerdings öffentlich ausgestellt, so zum Beispiel der Marschallstab von Reichsmarschall Hermann Göring, der als Trophäe in der amerikanischen Militärakademie West Point in einer Vitrine hinter Panzerglas ausgestellt ist. Oder die ►



US-Besatzer mit Kriegsbeute (Nachbildungen der Insignien Karls des Grossen)

Weiteres Diebesgut der Alliierten

Familienschatz des Fürstenhauses Hessen

Während des Zweiten Weltkrieges war der Familienschatz des Fürstenhauses Hessen (Kronen, Diademe, viele Juwelen und andere Schmuckstücke) zunächst in einem Frankfurter Banktresor eingelagert gewesen. Da dieser Aufenthaltsort wegen der zunehmenden Bombardierungen gegen Kriegsende zu unsicher erschien, wurde der ganze Schatz in einen Keller unter dem grossen Turm des Schlosses Kronberg am Taunus verbracht und dort eingemauert. 1945 beschlagnahmte die US-Armee das Schloss. Durch Zufall untersuchte ein US-Soldat die Mauer, brach sie auf und fand den Schatz. Mit ihm bedienten sich die beiden Vorgesetzten an den Wertsachen, nahmen vieles aus dem Schatz und verkauften es bei mehreren Reisen in der Schweiz und in den USA. Als die Sache aufflog, kam es 1946 zu einem spektakulären Prozess, bei dem die drei Angeklagten Haftstrafen von 3 bis 15 Jahre erhielten. Grosse Teile des Schatzes blieben jedoch verschwunden, der Rest wurde an das Fürstenhaus zurückgegeben.



Eberswalder Goldschatz

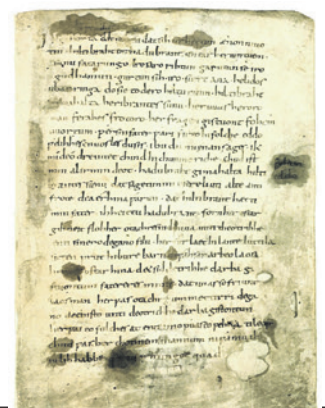
Der Eberswalder Goldschatz gilt als bedeutendster mitteleuropäischer Bronzezeit-Fund und ist der grösste vorgeschichtliche Goldfund in Deutschland. Nach dem Zusammenbruch Deutschlands 1945 wurde er von den Sowjets gestohlen. Seit 1945 galt der Schatz als verschollen, bis Russland erst im Jahre 2004 zugab, den Schatz gestohlen zu haben. 2013 wurde die Beutekunst bei einer Ausstellung in Sankt Petersburg gezeigt. Deutschland verlangte die Rückgabe des Goldschatzes. Russland lehnte dies mit dem Argument ab, die Kunstschatze seien mit dem Blut sowjetischer Soldaten bezahlt worden.

Quelle: sueddeutsche.de, Diplomatisches Chaos um Beutekunst-Ausstellung, 21.06.2013

Das Hildebrandslied

Die Handschrift des Hildebrandsliedes, des ältesten germanischen Heldenliedes in deutscher Sprache, wie auch die kostbare Willehalm-Handschrift waren im Zweiten Weltkrieg aus der Landesbibliothek Kassel vor Bombenangriffen in das ruhigere Bad Wildungen gebracht worden. Dort wurden beide Handschriften 1945 beim Einmarsch der Amerikaner gestohlen.

Erstes Blatt des Hildebrandsliedes





► Schlossstreppe des Hohenzollernschlosses Kamenz (Schlesien), die heute im Kulturpalast in Warschau steht. Oder der Kunstraub von Gnissau (u.a. Originalmanuskripte von Friedrich Hölderlin und Georg W. F. Hegel, Musikhandschriften mit Originalpartituren von Wolfgang Amadeus Mozart, Ludwig van Beethoven und Sebastian Bach, Nachlässe von Alexander von Humboldt und Hoffmann von Fallersleben), der in Krakau in der Jagiellonischen Bibliothek zu besehen ist.

Der grosse Teil des geraubten deutschen Kulturschatzes gilt jedoch als im Ausland «verschollen». Teile tauchen immer wieder meist zufällig auf. So werden unersetzliche deutsche Kulturschätze auf Versteigerungen, wie zum Beispiel in London vom Auktionshaus Sotheby's, an Meistbietende weggegeben! Furore machte vor einigen Jahren die Nachricht, dass der gestohlene Quedlinburger Domschatz in den USA wiederaufgetaucht sei. Der Schatz war seinerzeit von einem GI gestohlen und nach dessen Tod an seine Verwandten «vererbt» worden. Diese wollten ihn jedoch nicht haben und verkauften ihn

77

«Ich bin dafür, erst zu zerstören und um die Bevölkerung werden wir uns dann in zweiter Linie Sorgen machen.»

US-Finanzminister Henry Morgenthau in seinen Tagebüchern über seine Vorstellungen für Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

Quelle: Hermann Schild, Das Morgenthau-Tagebuch, Leoni, 1970

Anfang der Neunziger-Jahre für 2,7 Millionen US-Dollar der Bundesrepublik Deutschland. (siehe S.117)

Deutsche Goldreserven in den USA

Einen der grössten Schätze erbeuteten die Amerikaner im Kalibergwerk im thüringischen Merkers. Dort lag mit 220 Tonnen Gold der Grossteil der Goldreserven des Deutschen Reiches. Darüber hinaus waren dort Milliardensummen an Reichsmark und ausländischen Währungen deponiert, sowie hunderte von Kisten mit tausenden von Kunstwerken, beispielsweise Gemälde von Albrecht Dürer, Originalmanuskripte von Johann Wolfgang von Goethe und viele andere, die zum Schutz vor den Bombenteppichen tief in das Bergwerk eingelagert worden waren. Aller Wahrscheinlichkeit nach liegen noch heute die Goldreserven des Deutschen Reiches in den USA. Der materielle Wert all dieser Schätze kann,

wenn überhaupt, nur mit einem dreistelligen Milliardenbetrag ausgedrückt werden.

Hinzu kommt jedoch der unschätzbare immaterielle Wert, wie dies der deutsche Publizist Günther Wolf erkannt und dargelegt hat: **«Jedes Volk hat seine kulturelle Vergangenheit und Gegenwart. Beide sind Teil seiner nationalen Identität. Beraubt man ein Volk der Dokumente seiner kulturellen und historischen Überlieferung, ist das ein Angriff auf seine Identität.»** ⁽¹²⁾

Wie ist nun der hier dargestellte Bereich der Reparationen zu werten? Roosevelt hatte Morgenthau's Idee von der deutschen Kollektivschuld am Krieg aufgegriffen und stimmte dessen Plänen zu, Deutschland einer zerstörenden Nachkriegsbehandlung zu unterziehen. Diese Pläne zur Zerschlagung des Herzens Europas wurden im September 1944 während der Zweiten Québec-Konferenz in abgeschwächter Form offiziell als Programm für das Nachkriegsdeutschland anerkannt. ⁽³⁾ Es galt, wie schon vor dem Ersten Weltkrieg in britischen Elitezirkeln geplant, durch den Abbau der deutschen Industrie und durch die damit verbundene wirtschaftliche Entmachtung Deutschlands das Reich als politischen Faktor auf Dauer auszuschalten und damit die eigenen wirtschaftlichen und politischen Positionen auszubauen und zu festigen. (Ik)



Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in grossem Stil Kunstwerke aus Deutschland abtransportiert. Vieles davon ist noch immer verschollen.

Schloss Finckenstein im Kreis Rosenberg: Eines der vielen hundert deutschen Schlösser, die 1945 von den Polen ausgeraubt wurden.



Quellen:

Der Grosse Wendig - Richtigstellungen zur Zeitgeschichte, Grabert-Verlag, Tübingen

1. Nicholas Balabkins, Germany under direct controls. Economic aspects of industrial disarmament 1945-1948, New Brunswick 1964, S.14
2. Rolf Steininger, Deutsche Geschichte 1945-1961. Band 1, Frankfurt/M. 1983, S. 34
3. Helmuth K.G. Rönnfarth und Heinrich Euler, Konferenzen und Verträge - Teil 2 Band 4a: Neueste Zeit 1914-1959, Würzburg, S. 231 f.
4. F. Roy Willis, The French in Germany 1945-1949, Stanford, 1962, S.117
5. Gustav Stolper, Deutsche Wirtschaft seit 1870, Tübingen, S.211
6. Ebenda, S. 212
7. Johannes Kaps, Die Tragödie Schlesiens 1945/46 in Dokumenten, München 1952/3, S. 60
8. Gustav Stolper, ebenda, S.215
9. Kurt Düwell, Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland (1945-1961), Köln-Wien, 1981, S. 48
10. James Bacque, Crimes and Mercies - 1944-1950, London, 1998, S. 96
11. Handelsblatt, 22.04.1948
12. Günther Wolf, Der grosse Kunstraub 1945/46
13. Nicholas Balabkins, ebenda, S.10

«Ehemaliger Wehrmachtssoldat macht Millionen mit Diebesgut» – Skandal! «Ehemaliger US-Soldat macht Millionen mit Diebesgut!» – Lustige Anekdote!

Reliquienschrein
aus dem 13.
Jahrhundert im
Domschatz in
Quedlinburg



Der Schatz des Quedlinburger Domes, der früheren Stiftskirche St. Servatius, gehört zu den wertvollsten erhaltenen Kirchenschätzen Deutschlands. Um ihn im Zweiten Weltkrieg vor Zerstörung zu schützen, war er in einen Bergwerkstollen ausgelagert worden. 1945 übernahmen US-Truppen dessen Bewachung. Deren Leiter, der amerikanische Oberleutnant Joe T. Meador, hatte Kunst studiert und erkannte den Wert des Schatzes. Er wählte mit Kennerblick die zwölf wertvollsten Teile aus und sandte sie dann ganz normal mit der Feldpost an seine Mutter in Texas. Dort übergab er später Teile des Schatzes seiner Bank als Sicherheit für einen Kredit für sein Geschäft.

Einige Jahre nach Meadors Tod (1980) versuchten seine Geschwister Teile des ihnen zugefallenen wertvollen Erbes zu Geld zu machen. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands boten sie das Stück im April 1990 der «Kulturstiftung der Länder» (KSL) an, wobei drei Millionen Dollar als «Finderlohn» gefordert wurden. Der Generalsekretär der Stiftung, Klaus Maurice, ging angesichts des Wertes des Stückes notgedrungen darauf ein und vereinbarte Ratenzahlung. Nach Zahlung der ersten beiden Raten in Höhe von 1,75 Millionen Dollar konnten die unrechtmässigen Besitzer in den Vereinigten Staaten ausgemacht und die restlichen Stücke in Texas beschlagnahmt werden.



Joe Meador,
Oberstleutnant,
Kunstexperte
und Dieb

Wer nun allerdings meint, daraufhin wäre das Diebesgut dem rechtmässigen Besitzer, der Lutherischen Kirche von Quedlinburg, übergeben und die Erpresser wären bestraft worden, liegt daneben. Nach einem komplizierten Rechtsstreit zwischen der KSL und den Meador-Erben, musste sich die KSL bereiterklären, für den gesamten gestohlenen Schatz noch einmal 912.500 Dollar an die Erben des Diebes zu zahlen. Daraufhin kehrten die restlichen Stücke nach über 45 Jahren am 29. April 1992 nach Deutschland zurück. Was dagegen passiert wäre, wenn ein ehemaliger Wehrmachtssoldat aus ausländischem Diebesgut hätte Kapital schlagen wollen, kann man sich denken.... (tk)

Quelle: welt.de, So kam der berühmteste Domschatz nach Deutschland zurück, 19.09.2018

Nazi-Gold: Die Hauptspur des Raubgoldes führt in die ... - Welt

<https://www.welt.de> › Geschichte › Zweiter Weltkrieg



11.04.2019

Angeblich sollen 28 Tonnen Barren Gold der Deutschen Reichsbank versteckt in Schlesien liegen. Das ...

▶ 3:44

Vor 20 Jahren: Nazigold in England und in der Schweiz ...

<https://www.youtube.com> › watch › Diese Seite übersetzen



20.11.2016 - Hochgeladen von SPIEGEL TV

Nichts ist so sicher wie das Gold im Keller der Bank von England. Doch im Herbst 1996 sah es so aus ...

▶ 7:42

Neuer Nazischatz?: Ein SS-Mann, sein Tagebuch und 28 ...

<https://www.welt.de> › Geschichte › Zweiter Weltkrieg



27.03.2019

An Tausenden Orten in ganz Mitteleuropa haben Schatzsucher in den vergangenen Jahrzehnten ...

▶ 2:42

Nazi-Gold in Schlesien: Polnischer Goldzugjäger findet einen ...

<https://www.welt.de> › Geschichte



22.03.2019

Als Piotr Koper 2015 mit seiner vermeintlichen Entdeckung an die Öffentlichkeit trat, provozierte er einen ...

▶ 1:29

Der Medienkonsument hat eine schier endlose Auswahl an Filmen und Dokumentationen über von den Nazis entwendete Schätze und Besitztümer (hier eine Google-Video-Suche) zur Verfügung. Eine Thematisierung des alliierten Raubes im Nachkriegsdeutschland sucht man dagegen vergebens.



1945–1946:

Die Entführung der deutschen Geisteselite



104 deutsche Luft- und Raumfahrtwissenschaftler im Camp Overcast, Fort Bliss, Texas 1946.

Die Alliierten beschränkten sich bei ihrer Plünderung Deutschlands 1945 keineswegs nur auf den Raub deutscher Patente und Kunstwerke oder die Demontage deutscher Industrieanlagen. Besonders interessiert waren die Sieger an den Schöpfern dieser unermesslichen Schätze. Der stellvertretende Kommandeur für die Verwaltung der US-Luftstreitkräfte in Europa, Generalmajor Hugh Knerr, legte dieses gewaltige Interesse der Alliierten mit einem Bekenntnis ab: **«Die Besetzung deutscher wissenschaftlicher und industrieller Einrichtungen hat die Tatsache enthüllt, dass wir auf verschiedenen Gebieten der Forschung alarmierend rückständig sind. Wenn wir diese Gelegenheit nicht benutzen, den technischen Apparat und die Köpfe, die ihn entwickelt und geleitet haben, zu ergreifen, und wenn wir die deutschen Techniker nicht sofort wieder an ihre Arbeit setzen, werden wir mehrere Jahre lang im Rückstand bleiben.»**⁽¹⁾

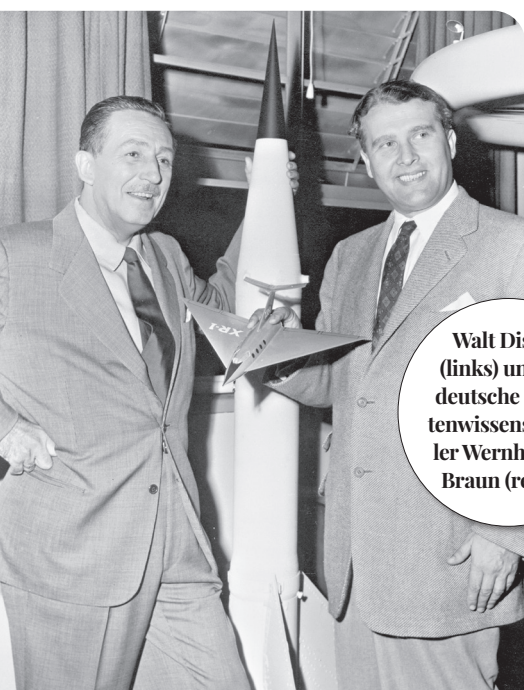
Folglich organisierten die «Befreier» die professionelle Jagd auf die Vertreter der deutschen Intelligenzschicht. Es war eine genau geplante und rigoros ausgeführte Massnahme, die mit der Vernichtung oder Neutralisierung der deutschen wissenschaftlichen Führungsschicht, der geistigen Elite Deutschlands, enden sollte. Bekanntlich hatten die Amerikaner bei Eintritt des Waffenstillstandes am 9. Mai 1945 auch grosse Teile Mitteldeutschlands und des Sudetenlandes besetzt. Die dort ansässigen Wissenschaftler und Techniker galt es selbstredend noch vor dem Abzug der US-Truppen zum 1. Juli 1945 für die eigenen Zwecke zu sichern. Folglich wurden in Thüringen und Sachsen Hunderte Repräsentanten der deutschen Intelligenz «überredet», zunächst einmal in die amerikanische Zone überzuwechseln. Diese Aktionen liefen von April bis Juni 1945 auf Hochtouren, schliesslich handelte es sich um überaus lohnende «Menschenware». Im noch amerikanischen Bereich befanden sich wesentliche Vertreter der deutschen Crème de la Crème aus Technik, Wissenschaft und Forschung: In Merseburg stand das Forschungszentrum für die Gewinnung synthetischen Kraftstoffs, in Jena lagen die Zeiss-Optikwerke und das revolutionäre Glaswerk Schott & Genossen, die Forschungslaboratorien der IG Farben waren in Wolfen in der Nähe von Bitterfeld, die Junkerswerke in Dessau, und nicht zu vergessen waren die Eliteschulen der Nation, die Universitäten Halle, Leipzig und Jena, sowie viele andere Firmen und Einrichtungen mehr. Als der Termin des vereinbarten Abzuges immer näher rückte, wurden sich die Amerikaner – und die Briten, die den Grossteil Mecklenburgs

besetzt hielten und sich ebenso zum 1. Juli zurückziehen mussten – bewusst, dass der Schöpfungsreichtum der Deutschen viel zu umfangreich war, um ihn innerhalb weniger Wochen ausgiebig plündern zu können. Folglich galt es, in den Besitz der entsprechenden Menschen selbst zu kommen.

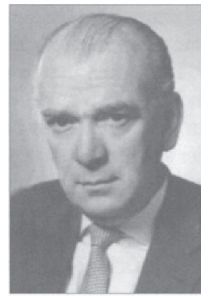
Project Paperclip

Im Juli 1945 lief das amerikanische «Project Overcast» an. Im Zuge dieses mit der höchsten Geheimhaltungsstufe versehenen Militärunternehmens galt es, die etwa 350 auf der Welt führenden Raketenspezialisten und -ingenieure in die USA zu bringen. Im Herbst 1946 wurde dieses Vorhaben auf 1000 deutsche Gehirne erweitert und in «Project Paperclip» umbenannt. Der theoretischen Absicht sollten Taten folgen. Tatsächlich sind zwischen 1945 und 1955 nicht weniger als 765 Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker und andere Spezialisten unter diesem Programm in die Vereinigten Staaten gebracht worden.⁽²⁾

Das «Project Paperclip» war allerdings keineswegs, wie es im zeitgeisthörigen Schrifttum verniedlichend dargestellt wird, lediglich ein Aktionsprogramm, die deutsche Rakettenindustrie abzubauen und für eigene Zwecke zu gebrauchen. Unter dem Projekt «Paperclip», das die Amerikaner als umfangreiche intellektuelle Reparationsmassnahme ansahen, verstand man vielmehr die Suche und Rekrutierung herausragender deutscher und österreichischer Wissenschaftler sowie Techniker aller Fachrichtungen, die unter Umgehung der üblichen Einwanderungsvorschriften mit ihren Familien im Interesse der amerikanischen Nation und im Interesse der nationalen Sicherheit in die USA gebracht werden sollten. In diesem Falle verzichteten die Amerikaner



Walt Disney (links) und der deutsche Rakettenwissenschaftler Wernher von Braun (rechts)



Sie wurden in die Sowjetunion verschleppt. V.l.n.r.: Nobelpreisträger Gustav Hertz, Ingenieur für Maschinenbau Hellmut Gröttrup, die Physiker Manfred von Ardenne und Nikolaus Riehl

welche Reparationen in Bargeld bei weitem übersteigen.» ⁽⁴⁾ In der Tat: Bereits 1947 schätzte die amerikanische Besatzungsmacht die Ersparnisse durch den Einsatz deutscher Raketenforscher auf mindestens 750 Millionen US-Dollar. ⁽⁵⁾

Massenabtransport durch die Sowjets

Nach Grossbritannien wurden vor allem Atomforscher und viele Luftfahrtingenieure gebracht, u.a. der Pionier der Antriebstechnik Dietrich Küchemann. Dort mauserte er sich zu einem der erfolgreichsten Konstrukteure Englands, wurde zu einem vielbewunderten und mit Orden ausgezeichneten britischen Staatsbürger und konstruierte das einzige Überschall-Linienflugzeug der Welt, die Concorde.

Die Sowjets standen ihren amerikanischen und alliierten Verbündeten in deren Gier nach deutschem Wissen und deutscher Intelligenz um nichts nach. Die weiträumigste Entführung deutscher Wissenschaftler und Techniker wurde in Mitteldeutschland unter dem Codenamen «Operation Osoaviakhim» durchgeführt. Sie fand in der Nacht vom 21. auf den 22. Oktober 1946 statt. In dieser Nacht erhielten tausende Facharbeiter vor allem aus den Kernbetrieben der Motoren- und Luftfahrtindustrie und der Waffentechnik den Befehl, umgehend nach Russland «auszuwandern». Innerhalb weniger Stunden hatten sie sich mit ihren Familien für den Abtransport bereit zu machen. In jener Nacht traten etwa 20.000 Deutsche – Wissenschaftler, Techniker und deren Familien – die Reise ins Ungewisse an, vor allem mit der Bahn. 92 Züge sollen es gewesen sein, die vollbepackt mit der Beute Mensch über Frankfurt/Oder-Posen-Warschau-Brest-Minsk nach Moskau liefen. Es waren Deutsche, derer man sich als Zwangsarbeiter beliebig bedienen konnte, während gleichzeitig deutsche Industrielle und Politiker vor den Tribunalen der Sieger standen, die sich für die während des Krieges beschäftigten Fremdarbeiter zu verantworten hatten und hierfür meist zum Tode verurteilt wurden. (tk)

grosszügig auf die sonst üblichen entehrenden Entnazifizierungsmassnahmen. ⁽⁴⁾ Viele der deutschen Spitzenwissenschaftler und Forscher waren Mitglieder in der NSDAP oder Angehörige der SA, der SS oder anderer nationalsozialistischen Organisationen gewesen, was für gewöhnliche Sterbliche ein Einreiseverbot in die USA oder aber eine Verweigerung der Aufenthaltsgenehmigung bedeutete. In diesen besonderen Fällen freilich handelte man von Seiten der Amerikaner unter Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen flexibler. Sobald die deutschen Fachleute in die Vereinigten Staaten eingereist waren, wurden sie, ihren Forschungsbereichen entsprechend, auf amerikanische Firmen, Universitäten und Forschungszentren aufgeteilt. Diese der deutschen Volkswirtschaft entnommenen Eliten wurden fortan für die USA genutzt.

Deutsche Forscher mehr wert als Reparationen

In einer ursprünglich zur Veröffentlichung freigegebenen, schliesslich aber doch zurückgehaltenen Presseerklärung des US-Geheimdienstes (Joint Intelligence Objectives Agency) vom 11. März 1946 heisst es denn auch unumwunden, dass die amerikanische Staatsführung lange vor Einstellung der Kampfhandlungen beschlossen habe, eine «vollständige Ausbeutung Deutschlands in bezug auf technische Kenntnisse» durchzuführen («complete exploitation of Germany for technical information»). Die «Regierung arbeitet nunmehr daran, Deutschland in allem technischen und wissenschaftlichen Wissen, das beschafft werden kann, auszubeuten.

Die Ausbeutung machte es nötig, mehrere hundert hochqualifizierte amerikanische Techniker und Wissenschaftler dicht an den Fersen unserer erobernden Armeen nach Deutschland zu entsenden. Diese Untersuchungsbeamten haben Herstellungspläne und Betriebsanlagen, Aufzeichnungen und Dokumente geprüft sowie deutsches Personal ins Kreuzverhör genommen. [...] Schritte werden nun unternommen, die Ausbeutung auszudehnen: Die besten deutschen Wissenschaftler und Techniker werden hierher ins Land gebracht, damit deren Talente hier nutzbar gemacht werden können: [...] Viele dieser deutschen Wissenschaftler und Techniker werden in Verbindung mit der Waffenentwicklung zur Ausbeutung durch die Luftwaffe und Kriegsdienststellen aus Gründen der nationalen Sicherheit hierher gebracht. [...] Andere deutsche Wissenschaftler und Techniker werden für zivile Zwecke zur Ausbeutung in die Vereinigten Staaten gebracht werden, vor allem für die amerikanische Industrie. [...] Sie werden eher auf einer uneingeschränkten Grundlage ausgebeutet, als von bestimmten Firmen angestellt werden [...] Die Ausbeutung dieser hochqualifizierten Deutschen wird von enormem Wert für die Entwicklung neuer Waffensysteme sein, die die Deutschen bereits am Ende des Krieges entworfen hatten. [...] Aus dem oben Genannten ist es einleuchtend geworden, dass die Regierung Staubsaugermethoden anwendet, um die gesamte technische und wissenschaftliche Kenntnis zu erhalten, über die die Deutschen verfügen. Der Wert dieser Informationen für die Vereinigten Staaten wird aller Wahrscheinlichkeit nach irgend-



schon verfügen. Der Wert dieser Informationen für die Vereinigten Staaten wird aller Wahrscheinlichkeit nach irgend-

Foto: Eduard Marmet (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:British_Airways_Concorde_G-BOAC_02.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>



Die Aérospatiale-BAC Concorde, kurz Concorde, war das erste Überschall-Passagierflugzeug im Linienfluggdienst. Es wurde von 1976 bis 2003 betrieben. Massgeblich entwickelt wurde es von dem in der Nachkriegszeit für die Briten rekrutierten Ingenieur Dietrich Küchemann.

Quellen:

- Der Grosse Wendig - Richtigstellungen zur Zeitgeschichte, Band 2, Grabert-Verlag, Tübingen
1. Bernd Ruland, Werner von Braun - Mein Leben für die Raumfahrt, Offenburg, 1969, S. 262
 2. Linda Hunt, U.S. coverup of Nazi scientists, in: Bulletin of the Atomic Scientists, April 1985, S. 16
 3. John Gimbel; Science, Technology, and Reparations - Exploitation and Plunder in Post War Germany, Stanford, 1990, S. 50f.
 4. Ebenda, S. 187 ff.
 5. Thomas Stamm, Zwischen Staat und Selbstverwaltung - Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945-1965, Köln, 1981, S.45

1945–1946:

Der grösste Geistesraub der Weltgeschichte

Immer wieder stösst man im gängigen Schrifttum über das Dritte Reich auf die Behauptung, die deutsche Geisteselite habe nach der Regierungsübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933 Deutschland verlassen und sei ins Exil gegangen. Angesichts der Tatsache, dass die Alliierten bereits vor und erst recht nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht im Mai 1945 Tausende von deutschen Wissenschaftlern, Facharbeitern und Intellektuellen entführt und Zehntausende von Erfindungen, Entdeckungen, Warenzeichen, Patenten, Forschungsergebnissen und anderes geistiges Eigentum gestohlen haben, scheint es fraglich, ob sich diese Behauptung nach einer sachlichen Bestandsaufnahme halten lässt. Unmittelbar hinter den kämpfenden alliierten Truppen rückten 1945 anglo-amerikanische Verbände unter der Bezeichnung CIOS (Combined Intelligence Objectives Subcommittee) nach. Diese unter Führung des amerikanischen Offiziers Ted Beets und dem vom britischen Versorgungsamt abgestellten R.F. Sinstead stehenden Verbände hatten die Aufgabe, im Deutschen Reich geistiges Eigentum zu sichten und sich gegebenenfalls anzueignen. Darüber hinaus hatten die CIOS-Truppen den Auftrag, die deutsche Intelligenzschicht an einer etwaigen Flucht ins Ausland zu hindern.

Die CIOS-Einheiten setzten sich aus 10.000 Technikern und Wissenschaftlern zusammen, die in 3.000 Gruppenverbänden in über 33.000 deutsche Fabriken, Universitäten, Laboratorien, Bibliotheken und Büros eindringen und tonnenweise Dokumente, Materialproben, Warenzeichen, Patentschriften und Maschinen beschlag-



Der niederländisch-amerikanische Physiker Samuel Goudsmit erhält vom US-Staat einen Orden für seine Verdienste. Unmittelbar nach der Landung der Alliierten 1944 hatte er den Auftrag erhalten, mit seiner Gruppe sämtliche wissenschaftlichen und industriellen Geheimnisse in Deutschland aufzustoßern, bevor sie vernichtet würden.

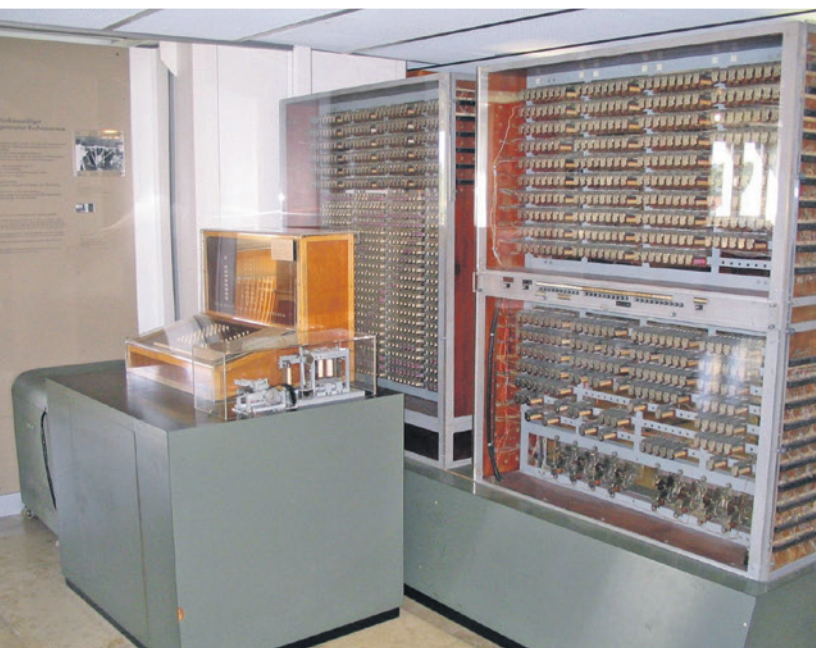
nahmen, deutsches Spitzenpersonal verhörten und verschleppen liessen.⁽¹⁾ Allein im Reichspatentamt wurden 186.000 Akten gestohlen. Beschlagnahmt, gestohlen und geplündert wurde grundsätzlich in allen Gebieten, auf denen Deutsche forschten, entwickelten und arbeiteten – also im Prinzip überall.

Gigantischer deutscher Erfindungsreichtum

Der britische News Chronicle lieferte am 21. Februar 1946 einen ersten Überblick. Unter der Überschrift «Deutschland hat seine militärischen Reichtümer aufdecken müssen» wurden viele der erbeuteten deutschen Geisteskräfte aufgelistet, wobei es auffallend ist, dass diese Reichtümer weit weniger militärischer als viel mehr medizinischer, technischer und naturwissenschaftlicher Art waren. Darunter befanden sich beispielsweise Erfindungen und Anleitungen zur Herstellung von synthetischem Treibstoff, synthetischem Gummi, synthetischen Schmierölen, zu

synthetischer Faser- und Textilherstellung, Dieselmotoren, Optiken, schweren Druckpressen, Windkanälen, in denen Geschwindigkeiten von über 8000 km/h erreicht wurden; Infrarot-Zielgeräten, Kassettenspektrometern, elektrischen Kondensatoren, haltbaren Fruchtsäften, Maschinen zum Einwickeln von Schokolade, Holzzucker, synthetischen Saphiren für Uhren, synthetischem Glimmer, Buttermaschinen, die 1500 Pfund Butter pro Stunde ausstießen; Quarzuhren, Zelluloseprodukten, einer Vielzahl pharmazeutischer Produkte, Insektiziden, Zyana-miden als Rostschutzfarbe und als Ersatz für Zinkchrom, Kunstleder, Plastik, Farbphotographie, Nähmaschinen, eine unüberschaubare Anzahl von Präzisionsgeräten, Frostschutzmitteln und tausend anderen Entdeckungen auf chemischen, physikalischen, technologischen und elektronischen Gebieten, auf denen die Deutschen allen anderen Nationen um Klassen, sprich um fünf, zehn oder noch mehr Jahre in der Entwicklung voraus waren.⁽²⁾ Auch auf dem Gebiet der Waffen- und Raketentechnik war das Deutsche Reich seinen alliierten Gegnern unvorstellbar weit voraus. Fernlenkung für Raketen und Torpedos, Infrarot, Ultraschall, alle Methoden des Düsenantriebs waren bekannt.

Selbst auf den ausgefallensten Gebieten der Gesundheitsforschung war das Deutsche Reich allen anderen Staaten weit überlegen. Diesbezüglich sind beispielsweise Untersuchungen zu nennen, die am Kaiser Wilhelm-Institut für Biophysik in Frankfurt/Main durchgeführt wurden. So stellte der Journalist C. Lester Walker damals fest: «Diese [Forschungen] betrafen die Beziehungen von elektronisch geladener Luft auf die Gesundheit. Positiv geladene Luft wurde als gefährlich für das



Die erste elektronische Rechenmaschine und somit der Prototyp des ersten Computers der Welt, die Z3, wurde von dem deutschen Erfinder und Bauingenieur Konrad Zuse 1939 im Deutschen Reich entwickelt. – Nachbau im Deutschen Museum in München

menschliche Wohlbefinden festgestellt, weil sie Unbehagen und Depressionen, beispielsweise bei fallendem Luftdruck, verursacht. Bei manchen Personen, so wurde befunden, brachte positiv geladene Luft Asthma, Neufieber und nervöse Erscheinungen. Der Blutdruck stieg dabei bis an den Gefahrenpunkt. Sie verursacht die Symptome, wie sie bei Bergkrankheiten bekannt sind: erschwerte und schnelle Atmung, Schwindel, Ermüdung, Schlaflosigkeit und dergleichen. Negativ geladene Luft bewirkte das Gegenteil. Sie wirkte erheitend, ein Gefühl von Geistesfreiheit und Wohlbefinden. Gemütsdepressionen wurden dadurch beseitigt. In pathologischen Fällen beruhigt sie die Atmung, reduziert hohen Blutdruck, brachte ein Auslöschen von Allergien und Asthma. Die Wichtigkeit negativ geladener Luft ist da, wo menschliche Wesen leben und arbeiten oder von Krankheit Erholung suchen. Die Schaffung dieser Luftbedingungen wird eines Tages zur Hauptaufgabe werden.»⁽³⁾

Den Deutschen war laut Walker also nichts anderes gelungen, als die Atemluft mit künstlichen Zusätzen zu versehen, so dass beim Menschen je nach Bedarf Gelassenheit oder Furcht, Verdruss oder Optimismus, Freude oder Niedergeschlagenheit hervorgerufen werden konnten.⁽⁴⁾

Unschätzbare Verluste

Im April 1945 stiessen Soldaten der 1. US-Infanteriedivision in Völkenrode bei Braunschweig auf das Luftfahrtforschungsinstitut Hermann Göring, das damals modernste Institut seiner Art auf der Welt. Die Amerikaner waren perplex: «Die blosse Fülle und hervorragende Qualität der Instrumente, Werkzeuge und Testvorrichtungen war überwältigend. In der aerodynamischen Abteilung gab es Windkanäle für niedrige Geschwindigkeiten, für den Unterschall-, den Überschall- und den transsonischen Bereich. Die Triebwerkabteilung war mit einer Kamera ausgestattet, die eintausend Bilder pro Sekunde aufnehmen konnte, um zu untersuchen, wie sich eine Flamme aufbaut; in einer Unterdruckkammer konnte man die in einer Höhe von fünfzehn Kilometern herrschenden Bedingungen simulieren. Die Waffenabteilung besass zwei vierhundert Meter lange Schiesstunnels, in denen die Auswirkungen von Seitenwindgeschwindigkeiten bis zu achthundert Stundenkilometer auf fliegende Raketen untersucht wurden.»

Diese und unzählige andere überwältigende Beweise der Überlegenheit der deutschen Forschung galt es, für die Alliierten zu vereinnahmen und damit unschätzbare



Foto: Jörg Zägel (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Berlin_Kreuzberg_Gitschiner_Straße_97-103_Kaiserliches_Patentamt_01.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

Die Alliierten stürmten und plünderten das Gebäude des Reichspatentamts, heute Sitz der Berliner Aussenstellen des Deutschen Patent- und Markenamts und des Europäischen Patentamts.

Forschungsgelder und unermesslich viel wertvolle Zeit einzusparen. Was die Amerikaner übrig liessen, wurde 1946 von den Engländern geplündert, abgebaut und nach Britannien verfrachtet. Auf diese Weise entstanden auf der Insel die vier hochmodernen Luftfahrtforschungszentren Farnborough, Bedford, Pyestock und Fort Halstead.

Der finanzielle Nutzen, den die Alliierten aus diesem geistigen Diebstahl gezogen haben (und ziehen), ist nicht abschätzbar; er ging in die Milliarden, die heute wohl Billionen Dollar wert sind, oder, wie es die Westfälischen Nachrichten im Januar 1947 nüchtern ausdrückten: **«Mit der Herausgabe dieser seiner Patente und Erfindungen hat das deutsche Volk in Wirklichkeit bereits eine Reparationsleistung vollbracht, wie sie in solcher Höhe noch kein Volk der Welt jemals aufgebracht hat. Diese Tatsache wird im Ausland meist mehr oder weniger geflissentlich übersehen.»** Und in der BRD ebenso, wäre hinzuzufügen.

Der Gesamtumfang und der Wert gestohlener Patente durch die Alliierten kann nur geschätzt werden. Der US-amerikanische Professor für Geschichte (Kalifornien und Düsseldorf) John Gimbel zeigte Beispiele auf, in denen die Geistesarbeit eines einzelnen deutschen Wissenschaftlers oder Technikers amerikanischen Firmen Profite von vielen zigmillionen Dollar eingebracht hatte. An deutschen Patenten wurden von den Siegern insgesamt 346.000 Patente als Kriegsbeute beschlagnahmt. Für die notwendige Berechnung des Gesamtumfangs der Werte allein an gestohlenen Patenten liegen bezeichnenderweise keine endgültig nachprüfbaren Zahlen vor – auch nicht bei Stellen, von denen man es erwarten

können sollte. So muss der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) einräumen, dass leider «keine Erkenntnisse» vorliegen,⁽⁵⁾ dem Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA) ist es «nicht möglich, den Wert der Reparationen, die durch die zeitweise Beschlagnahme von Schutzrechten geleistet wurden, zu quantifizieren»,⁽⁶⁾ und dem Österreichischen Patentamt sind «Untersuchungen betreffend gestohlener Patente» gleich gar nicht bekannt.⁽⁷⁾

Für den US-Journalisten C. Lester Walker stellte sich das unvorstellbare Ausmass wie folgt dar: 1945 spielte sich der gewaltigste Diebstahl von geistigem Eigentum ab. Die entdeckten und gestohlenen wissenschaftlichen, industriellen und militärischen Geheimnisse des nationalsozialistischen Deutschlands waren, wie Walker mit Berufung auf Washington zitiert, «die grösste einzelne Quelle dieser Art von Material in der Welt, die erste vollständige Ausbeutung der Geisteskräfte eines ganzen Volkes». Es handelte sich in der Tat um den grössten Geistesraub in der Weltgeschichte. (Ik)



Quellen:

- Der Grosse Wendig - Richtigstellungen zur Zeitgeschichte, Band 2, Grabert-Verlag, Tübingen
1. Hans Dollinger, Deutschland unter den Besatzungsmächten 1945-1949, München, 1967, S.282
 2. Michael Bar-Zohar, Die Jagd auf die deutschen Wissenschaftler (1944-1960), Berlin, 1966, S. 165
 3. C. Lester Walker, übersetzte Wiedergabe von Hans Werner Woltersdorf, Die grösste Geistesbeute der Weltgeschichte, S. 6
 4. Michael Bar-Zohar, ebenda, S.152
 5. Schreiben des deutschen Industrie- und Handelstages vom 20.07.2000 an den Autor Herbert Grabert
 6. Schreiben des deutschen Patent- und Markenamtes vom 31.08.2000 an den Autor Herbert Grabert
 7. Schreiben des österreichischen Patentamtes vom 03.08.2000 an den Autor Herbert Grabert



Die gewaltigsten Reparationen, die je ein Volk erbracht hat!

Den endgültigen Gesamtwert der vom deutschen Volk an die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und ihre Assoziierten geleisteten Reparationen genau anzugeben ist nicht möglich; es dürfte auf heutigem Stand ein Wert sein, der sich zwischen 9 und 10 Billionen Euro bewegt, so in etwa das Ergebnis der Arbeit des Staats- und Völkerrechtlers Helmut Rumpf.⁽¹⁾

Der übliche völkerrechtliche Rahmen für Reparationen ist ein Friedensvertrag. So wurden Deutschlands Reparationsverpflichtungen nach dem Ersten Weltkrieg vor allem im Friedensvertrag von Versailles (Teil 8) festgelegt. Obwohl nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Deutschen Reich – bis heute! – kein Friedensvertrag geschlossen worden ist (siehe S.171 ff.), hat die Bevölkerung der BRD, der DDR und Österreichs gewaltige Reparationen erbracht – die gewaltigsten, die je in der Weltgeschichte von einem Volk erbracht worden sind.

Gerechtfertigt wurden diese finanziellen Leistungen mit Verträgen, die im Nachhinein zwischen den Alliierten und ihren jeweiligen deutschen Satelliten geschlossen wurden. Im «Überleitungsvertrag» von 1954 beispielsweise bestimmte Teil 4, Art. 1: «Die Frage der Reparationen wird durch den Friedensvertrag zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern oder vorher durch diese Frage betreffende Abkommen geregelt werden.» Im Teil 6 werden unter der Überschrift «Reparationen» der Rechtsweg und diplomatische Einwendungen gegen Konfiskationen deutschen Eigentums ausgeschlossen. Art. 3 Abs. 1 lautet: «Die Bundesrepublik wird



in Zukunft keine Einwendungen gegen die Massnahmen erheben, die gegen das deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen durchgeführt worden sind oder werden sollten, das beschlagnahmt worden ist für Zwecke der Reparation oder Restitution oder auf Grund des Kriegszustandes oder auf Grund von Abkommen, die die drei Mächte mit anderen alliierten Staaten oder ehemaligen Bundesgenossen Deutschlands geschlossen haben oder schliessen werden.» Die Verantwortung für die Entschädigung der früheren Eigentümer wurde der Bundesrepublik aufgebürdet. Art. 5: «Die Bundesrepublik wird Vorsorgetreffen, dass die früheren Eigentümer der Werte, die auf Grund der in Artikel 2 und 3 dieses Teiles bezeichneten Massnahmen beschlagnahmt worden sind, entschädigt werden.»

Weitere «Wiedergutmachungen»

Die Hauptreparationen, die Deutschland zu leisten hatte, ergaben sich nach dem Pariser Reparationsabkommen von 1946 aus Beschlagnahmungen deutschen Vermögens, Beschlagnahmungen von Pa-

tenten und Wissenschaftlern sowie Demontagen. Mit der Gründung der BRD folgten jedoch zahlreiche weitere «Wiedergutmachungszahlungen» an vom Krieg betroffene Staaten, Personen oder Organisationen. Darunter selbst Staaten und Organisationen, die kaum mit dem westlichen Demokratieverständnis in Einklang zu bringen sind, wie die Roten Brigaden Spaniens, die Résistance Frankreichs und vor allem die Ostblockstaaten.

Als erster Staat erhielt Israel von der BRD eine kollektive «Wiedergutmachung», obwohl dieser Staat 1945 noch gar nicht existiert hatte. Auf Grund des «Luxemburger Abkommens» vom 10. September 1952 wurden Israel drei Milliarden DM in Form von Sachleistungen zugesagt. Die «Conference on Jewish Material Claims against Germany» erhielt gleichzeitig zusätzlich 450 Millionen DM. Die Leistungen wurden als Entschädigung für die Kosten der Aufnahme und Eingliederung verfolgter Juden bezeichnet. Nach Israel wurde Jugoslawien als nächster Staat durch ein Abkommen vom 16. Oktober 1956 kollektiv entschädigt: Das Tito-Regime erhielt 300 Millionen DM, davon 240 Millionen DM als Wirtschaftshilfe-Kredit für 99 Jahre und 60 Millionen zur Abgeltung verschiedener individueller Kriegsschadensansprüche. Es folgten Geldzahlungen u.a. an Polen, Italien, Schweiz, Litauen, Griechenland, Belgien. Die Gesamtsumme aller Entschädigungsleistungen der öffentlichen Hand belief sich bis Ende 2016 auf 74,513 Milliarden Euro.⁽²⁾ (tk)



Unterzeichnung des «Luxemburger Abkommens» zwischen der BRD und Israel, in dem Israel sogenannte «Wiedergutmachungszahlungen» in Höhe von über drei Milliarden DM zugestanden wurden.

Quellen:

1. Helmut Rumpf, Die Regelung der deutschen Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, Mohr Siebeck GmbH & Co. KG
2. de.wikipedia.org, Deutsche Wiedergutmachungspolitik

Die deutschen Reparationen in Zahlen

A) Reparationen auf Besatzungsbefehl	
I. Westzonen	
1. Kohleexport bis 1947	200 Mio. \$
2. Holzexport bis 1947	1 Mrd. RM
3. Industriedemontagen und Auslandsvermögen laut alliierten, deutscherseits als zu niedrig angefochtenen Schätzungen im IARA-Bericht von 1961	520 Mio. \$
4. Auslandsvermögen, Stand 1958, nach deutscher Schätzung	20 Mrd. DM
5. Arbeitsleistung deutscher Kriegsgefangener im Westen	keine Ziffer bekannt
II. Sowjetische Besatzungszone	
1. Demontagen	1,6 Mrd. \$
2. Holzexport bis 1947	600 Mio. \$
3. Reparationen aus laufender Produktion bis 1949	2-2,5 Mrd. \$
4. Produktion der Sowjetischen Aktiengesellschaft (SAG, ehemals deutsche Betriebe im sowjetischen Eigentum) bis 1948	950 Mio. \$
5. Gleisabbau	6000 km
6. Enteignete Lokomotiven	1200
7. Arbeit rund 1 Mio. Kriegsgefangener und rund 30.000 Deportierter	keine Wertangabe
Gesamtwert (West- und Sowjetzone) 1945-1950 nach einer deutschen Schätzung:	26,8 Mrd. DM

B) Reparationen und Wiedergutmachung aufgrund von Verträgen und Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland		
1. Haager Abkommen mit Israel 1952		3 Mrd. DM
2. Haager Abkommen mit der «Conference on Jewish Material Claims against Germany», 1952		0,45 Mrd. DM
3. Vertrag mit Jugoslawien, 1956		300 Mio. DM
4. Wiedergutmachungs-Globalabkommen mit 11 westeuropäischen Staaten und Österreich zwischen 1959 und 1964:	a) Luxemburg	18 Mio. DM
	b) Norwegen	60 Mio. DM
	c) Dänemark	16 Mio. DM
	d) Griechenland	115 Mio. DM
	e) Niederlande	125 Mio. DM
	f) Frankreich	400 Mio. DM
	g) Belgien	80 Mio. DM
	h) Italien	40 Mio. DM
	i) Schweiz	10 Mio. DM
	j) Österreich	95 Mio. DM
5. Entschädigung von Opfern medizinischer Menschenversuche (Globalabkommen)	k) Grossbritannien	11 Mio. DM
	l) Schweden	1 Mio. DM
	a) Jugoslawien	8 Mio. DM
	b) Ungarn	6,25 Mio. DM
6. Entschädigung an Griechenland für Neutralitätsschäden des Ersten Weltkriegs (Vertrag von 1974)	c) Tschechoslowakei	7,5 Mio. DM
	d) Polen	100 Mio. DM
7. Leistungen auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes zugunsten der Opfer des NS-Regimes bis 1.1.1984		56,2 Mrd. DM (davon nach Israel 40%, ins übrige Ausland 40%)
8. «Abschlussgeste» der Wiedergutmachung aufgrund von Bundestagsbeschluss von 1979 an den Weltrat der Juden in Raten, 1980-1983		400 Mio. DM
Die Gesamtsumme aller Entschädigungsleistungen der öffentlichen Hand belief sich bis Ende 2016 auf 74,513 Milliarden Euro. (siehe S.122)		

Innerdeutsche Wiedergutmachungsleistungen sind nicht berücksichtigt.

Quelle: Alle Tabellen und Daten nach «Der Marshallplan-Schwindel und die Zukunft Europas», in: Deutschland in Geschichte und Gegenwart Nr. 4, 1997, S. 1-10

Ausraubungen und Zerstörungen insgesamt von 1945 bis 1952 in Zahlen

1. Raub aus dem Volksvermögen

Der direkte Raub aus dem Sachvermögen betrifft Demontagen, Sachgüter, Geld, Gold, Wertpapiere, Auslandsguthaben, Auslandsvermögen, militärisches Gut (Beute), Patente, Besatzungsdiebstahl, Kunstdiebstahl, Bücherdiebstahl und vieles mehr:

	Mrd. DM
Ausraubungen von 1945 bis Ende 1947	50
Weitere Ausraubungen bis 1952:	
Ausraubung der Sowjetischen Besatzungszone von 1948 bis 1950 (inklusive Demontagen)	70
Militärisches Gut, von Russen und Westalliierten erbeutete deutsche Waffen	50
Raub der Patente	20
Raub an Bargeld	25
Besatzungsdiebstahl	1
Kunstdiebstahl, Bücherdiebstahl, im Grunde unschätzbar, aber mindestens	10
Summe des Raubs aus Volksvermögen	263

2. Raub/Erpressung durch laufende Entnahmen aus der Produktion 1945-1952

Hierunter fallen Wegnahme von Rohstoffen, Besatzungskosten, Demontagekosten, Verlust an Lizenzeinnahmen, Bargeld, Gegenwert der Arbeitsleistung der deutschen Kriegsgefangenen und Zivilverschleppten und weiteres. Diese «laufenden Ausraubungen» mussten in den acht Jahren von 1945 bis 1952 durch schwerste Steuerbelastungen der verarmten und verelendeten deutschen Bevölkerung aufgebracht werden:

	Mrd. DM
Für den erzwungenen Export von deutscher Kohle	4
Für sogenannte Restitutionen	2
Durch den vollständigen Raub der deutschen Flotte:	
Verlust an Frachteinnahmen und Kosten für Frachtzahlungen an die Alliierten	2,5
Demontagekosten	11
Ausraubung des Saargebietes (Kohle)	5
Wert der Zwangsarbeit der völkerrechtswidrig zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen und Zivilverschleppten:	
Kriegsgefangene	35
Zwangsverschleppte	38
Verlust an Lizenzeinnahmen (bis 1955) aus Patenten, Warenzeichen u.ä.	10
Besatzungskosten nach Angaben der Bundesregierung (Zeittafel 1949-1969):	
Allein für die Westzonen 1945 bis 1952	50
Für die Ostzone mindestens	40
Summe der laufenden Ausraubung	197,50



3. Volkswirtschaftlicher Schaden durch die Zerreissung Deutschlands

1945 wurde Deutschland in zehn voneinander getrennte Wirtschaftsgebiete zerrissen, namentlich:

- Nordostpreussen (Memelland) (an Litauen)
- Schlesien mit Oberschlesien, Danzig, Westpreussen, Pommern, Teile von Brandenburg (an Polen)
- Österreich
- Sudetenland (an Tschechoslowakei)
- Südtirol (an Italien)
- Elsass-Lothringen (an Frankreich)
- Saargebiet (bis 1959 an Frankreich)
- Eupen-Malmedy (an Belgien)
- Sowjetische Besatzungszone, später DDR
- Westzonen, später BRD.

Ab 1945 waren diese von Deutschen bewohnten Gebiete durch Zollgrenzen getrennt, also wirtschaftlich vollkommen auseinandergerissen. In der Regel war jahre- oder jahrzehntelang keine wirtschaftliche Zusammenarbeit möglich. Die politische Zerreissung bedeutete für viele Grossunternehmen eine völlige Zerstörung ihres Produktionsverbundes (zum Beispiel für Siemens, Daimler-Benz, Bosch, IG-Farben, Vereinigte Stahlwerke). Grosser wirtschaftlicher Schaden entstand zudem durch die Zerstörung des Aussenhandels.

Der Schaden durch die politische Zerreissung Deutschlands wurde auf mindestens 240 Mrd. DM allein im Zeitraum von 1945 bis 1952 geschätzt.



Prag 1945.
Die Deutschen
müssen ihre
Heimat
verlassen.

4. Verluste in den Vertreibungsgebieten

Durch den Raub der deutschen Ostgebiete, des Sudetenlandes sowie des Vermögens der dortigen Bevölkerung entstanden weitere grosse Verluste. Allein das geraubte deutsche Vermögen (reproduzierbares Sachvermögen, ohne Bodenwert) in Ostdeutschland, Danzig, Memelland, Sudetenland und an den sechs Millionen Volksdeutschen in Osteuropa und auf dem Balkan betrug mindestens 300 Mrd. DM.

Der Raub am deutschen Volk insgesamt:

Damit ergeben sich als Gesamtsumme (Punkt 1-4) für Gesamtdeutschland 1350 Mrd. DM.! Inflationsbereinigt eine zweistellige Billionensumme! Über 10.000 Milliarden Euro!

Zu beachten ist dabei noch, dass diese Summe nur einen Näherungswert darstellt. Alle Ausraubungen und Zerstörungen konnten gar nicht erfasst werden. Die Auswirkungen reichen bis weit über das Jahr 1952 – dem Ende des Marshallplans – hinaus und sind heute noch spürbar. Deutschland wurde dadurch im weltweiten Wettbewerb meilenweit zurückgeworfen.

Ergänzung: Der Verlust durch Minderleistung der DDR

Zu den oben berechneten Verlusten durch direkte Ausraubung, Zerstörung und Landraub muss noch der Verlust an Wirtschaftsleistung durch die 45 Jahre lange Zerstörung der Wirtschaft in der DDR hinzugezählt werden. Die dadurch entstandene Minderleistung, Veralterung des Produktionsapparates, Zerfall der Bausubstanz usw. mit einem geschätzten Gesamtwert von rund 5,5



Billionen DM müssen heute von allen Deutschen in jahrzehntelanger Arbeit bei stark erhöhter Steuerlast aufgeholt werden. Der Zerfall und die wegen des Sowjetsystems nicht mögliche Entfaltung und Erneuerung des Sachvermögens sind ein Verlust durch Zerstörung und Behinderung, der nach der Vereinigung der DDR mit der BRD von der vergrösserten BRD behoben werden muss. Das heisst, dass die Deutschen Billionen DM in den Wiederaufbau Mitteldeutschlands investieren mussten.



! Alle Zerstörungen, Ausraubungen, Folgen von Produktionsverboten und Tributzahlungen von 1945 bis heute in der ehemaligen BRD und DDR beliefen sich 1997 nach hochgezinstem Wert auf rund 16 Billionen DM, das entsprach rund fünf Bruttosozialprodukten der BRD 1996.

Verrat von innen?

Die Haltung der bundesdeutschen Parteien in der Reparationspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg unterscheidet sich erheblich von der ihrer Vorläufer in der Zwischenkriegszeit 1918–1939. Dies gilt für die österreichischen Schwesterparteien nicht minder. Nach dem Ersten Weltkrieg waren alle deutschen Parteien von der KPD über die SPD, Zentrum, Demokraten, Deutschnationale bis zu den Nationalsozialisten, wenn auch in verschiedener Intensität und mit unterschiedlicher Argumentation, sich in ihrer Bemühung einig, die erdrückenden, gewaltigen, anfangs unbegrenzten Reparationsforderungen der Sieger abzuwehren oder wenigstens zu beschränken. Die moralische Berechtigung dieser alliierten Forderungen im Sinne der Kriegsschuldthese des Art. 231 des Vertrags von Versailles wurde von keiner Partei anerkannt, der Vorwurf der

Kriegsschuld allgemein abgewiesen. Der bundesdeutschen und österreichischen Geschichtsschreibung nach 1945 geht das Verständnis für den damaligen Kampf gegen die Reparationen und die alliierten Kontrollinstanzen zu deren Eintreibung weithin ab. Die allgemeine und widerstandslose Wiedergutmachungsbereitschaft der deutschen Regierungen ergab sich nach 1945 aus einem durch gezielte Propaganda bewirkten deutschen Schuldbewusstsein. Eine solche grossflächige Beeinflussung im Dienste alliierter Geschichtsauffassung war nach 1919 nicht geschehen. Die BRD hingegen sieht ihr Fundament, auf dem sie aufgebaut sei, in der Anerkennung ihrer Schuld. Hier wurzelt die kritiklose Bereitwilligkeit zu andauernden und immer neuen Zahlungen an ausländische Staaten und Organisationen. Jedoch nicht nur das eingeredete und an-erzogene «deutsche schlechte Gewissen», auch der gleichzeitig wachsende individuelle Wohlstand der bundesdeutschen Bürger liessen das deutsche Volk diese unerhörten Lasten ohne hörbares Murren weitertragen. (tk)

Quelle: Alle Tabellen und Daten nach «Der Marshallplan-Schwindel und die Zukunft Europas», in: Deutschland in Geschichte und Gegenwart Nr. 4, 1997, S. 1-10

1948–1952:

Der Marshallplan hilft Deutschland nicht



Logo des Marshallplans

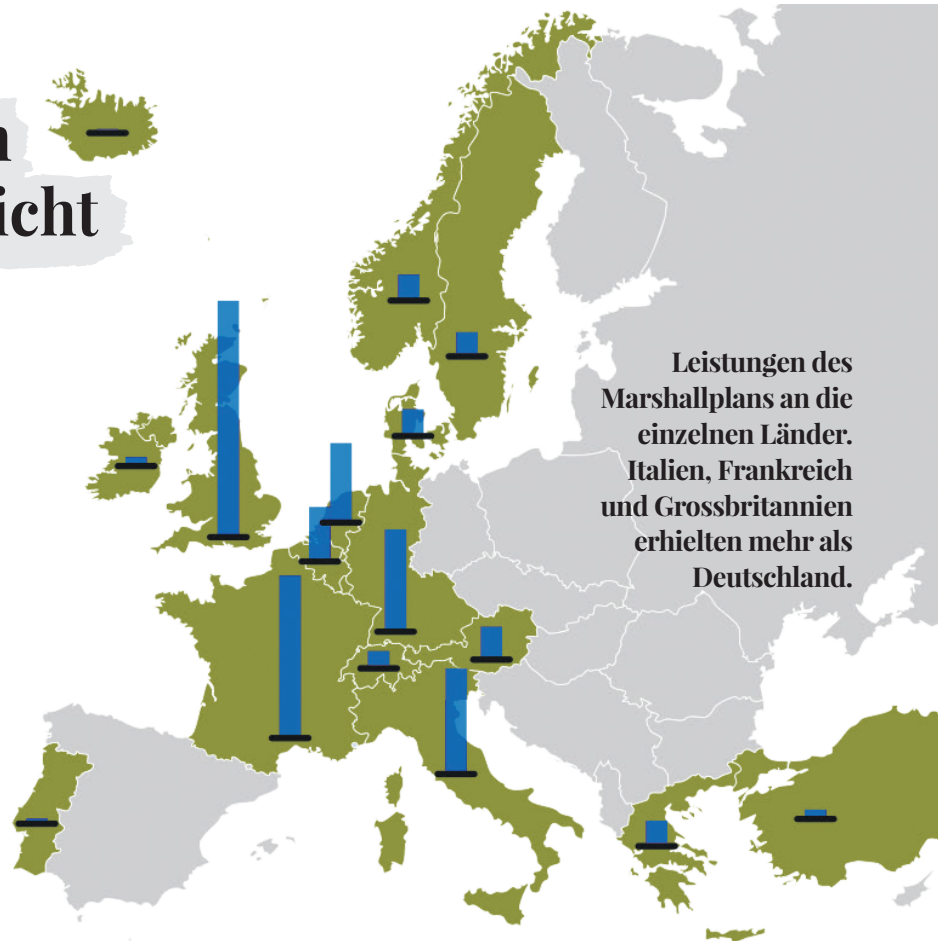
Ein langlebiger Mythos ist die von bundesdeutschen und österreichischen Politikern, Verlegern, Redakteuren, Journalisten, Lehrern, Dozenten und anderen in meinungsbildenden Berufen Tätigen propagierte Behauptung, mit Hilfe der von 1948 bis 1952 nach Westdeutschland und Österreich geflossenen amerikanischen Devisen sei der wirtschaftliche Aufschwung gewährleistet worden. Für Bundeskanzler Helmut Kohl war dieser Vorgang sogar einmalig in der Weltgeschichte: Amerikas Staatskasse und die Vorratslager hätten sich auch dem «in Trümmern liegenden Feindstaat Deutschland» geöffnet. Es würde seiner Ansicht nach kein anderes welthistorisches Beispiel geben, bei dem der Sieger dem Besiegten «so grosszügig» aufgeholfen und ihn dabei unterstützt habe, in den «Kreis der Völker zurückzukehren». ⁽¹⁾ In

einer Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung behauptete der Historiker und Politologe Wolfgang Benz, ohne «diese Hilfe hätte das deutsche ‚Wirtschaftswunder‘ zum mindesten länger auf sich warten lassen». ⁽²⁾

Beispiele dieser Art gibt es zu Hunderten. Sie alle geben vor, der Marshallplan sei ein gezieltes humanitäres Wiederaufbauprogramm der USA gewesen, das die

Versorgung der westeuropäischen Völker mit Nahrungsmitteln, Treibstoff, Saatgut und Dünger vorgesehen habe. Er sei deshalb, wie die Bundesregierung 1978 behauptete, als «Initialzündung» ⁽³⁾ für das anschliessende westdeutsche «Wirtschaftswunder» zu betrachten. Entsprechen aber diese und ähnlich lautende Behauptungen der historischen Wahrheit?

Leistungen des Marshallplans an die einzelnen Länder. Italien, Frankreich und Grossbritannien erhielten mehr als Deutschland.





Marshallplan zur Schaffung der EU?

In einer Rede an der Harvard-Universität am 5. Juni 1947 formulierte der damalige US-Aussenminister General George Marshall das künftige strategische Vorgehen der USA in Europa, das der Marburger Historiker Gerd Hardach so zusammenfasst: «Westeuropa sollte seine Staatshaushalte sanieren, feste Wechselkurse einführen, sich ökonomisch zusammenschliessen und zugleich zum Weltmarkt öffnen. Das Geld des Marshallplans habe als Anreiz gedient, um die zögernden Regierungen auf den Pfad der Integration zu bringen.»⁽⁴⁾ Das wesentliche Ziel des European Recovery Program (ERP) – wie die offizielle Bezeichnung des Marshallplans lautete – war also die Vorbereitung der Auflösung wirtschaftlicher und nationaler Grenzen in Europa zugunsten der Errichtung eines supranationalen europäischen Blocks. (siehe Ausgabe 23/24)

Das ERP trat im April 1948 in Kraft. Seine Umsetzung lag in den Händen der im gleichen Jahr geschaffenen Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), der Vorläuferin der 1960 gegründeten Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Diese koordinierte zugleich die Öffnung der Grenzen auf dem Kontinent und schuf damit die Voraussetzungen für die 1957 erfolgte Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die später in der EG (Europäische Gemeinschaft) und 1992 in der EU aufging.⁽⁵⁾

Zwischen 1948 und 1952 gewährten die USA 16 Staaten Europas etwa 13 Milliarden US-Dollar, von denen rund 25% an Grossbritannien, 20% an Frankreich und 10% an Westdeutschland gingen, das damit weniger erhielt als Italien, aber etwas mehr als die Niederlande. In konkreten Zahlen ausgedrückt setzte sich das Verhältnis wie folgt zusammen:

Grossbritannien	3,2 Mrd. US-Dollar
Frankreich	2,7 Mrd. US-Dollar
Italien	1,5 Mrd. US-Dollar
Westdeutschland	1,4 Mrd. US-Dollar
Niederlande	1,1 Mrd. US-Dollar

Westdeutschland musste bis 1962 als einziger Empfänger den Grossteil der Hilfsgelder den USA wieder zurückzahlen – das ERP war also für Deutschland kein Ge-



Plakat, mit dem die US-Regierung in Europa für den Marshallplan warb. Die Botschaft: Europa könne nur geeint Wohlstand erreichen.

schenk, sondern ein Kredit mit negativen Zinsen: Von den 1,4 Milliarden Dollar, die Deutschland erhielt, zahlte es etwa eine Milliarde zurück, etwa 400 Millionen wurden ihm erlassen. Somit belief sich der Nettogewinn für Deutschland durch den ERP auf gerade einmal etwa 400 Millionen US-Dollar.⁽⁶⁾ Eine kaum wahrnehmbare Summe verglichen mit den bereits aufgeführten deutschen Verlusten durch Plünderungen, Demontagen und «Wiedergutmachungszahlungen».

Auch diesbezüglich wird im Schrifttum oftmals Wahrheit mit Dichtung verwechselt. Tatsächlich kommt das Hervorheben der Höhe der Marshallplan-Hilfe einer Augenwischerei gleich: Der Betrag, den die westlichen Besatzungszonen

oder die BRD als Kredit erhalten hatten, war ein fast nicht ins Gewicht fallender Bruchteil dessen, was allein die USA in Deutschland unter Verstoß gegen das Völkerrecht geplündert, gestohlen, demontiert und enteignet hatten (siehe S.110 ff.). Davon ganz abgesehen überstiegen allein die jährlichen Besatzungskosten, wie der Bundeshaushalt des Jahres 1949 belegt, mit 4,7 Mrd. DM bei weitem die Höhe der amerikanischen «Wirtschaftshilfe».⁽⁷⁾

Reine Propaganda

Bis heute wird die Behauptung aufrechterhalten, der Marshallplan sei das ausschlaggebende Moment zum westdeutschen Wirtschaftswunder gewesen, doch er ist für den wirtschaftlichen Aufschwung in der BRD unbedeutend. Am tiefstinnigsten hat sich der Bielefelder Historiker Werner Abelshauser mit dem Marshallplan auseinandergesetzt, dem er eine entscheidende wirtschaftliche Wirkung abspricht. Abelshauser ist der Auffassung, dass Westdeutschland der wirtschaftliche Aufstieg ohne Hilfe von aussen gelungen wäre: «Die ERP-Lieferungen kamen zu spät, um als Initialzündung eines Aufschwungs wirken zu können, der längst mit eigenen Mitteln in Gang gesetzt worden war.»⁽⁸⁾ Die Grundlage für Abelshausers Aussage ist die Auffassung, dass der westdeutsche Wirtschaftsaufschwung schon vor Beginn der ersten Lieferungen aus dem Marshallplan und darüber hinaus ohne Fremdeinwirkung begonnen hatte. Ihm zufolge spielten das breite Produktions-



Die wohl entscheidende Antriebskraft des Wiederaufschwungs waren der Wille und der Einsatz aller Schichten der deutschen Bevölkerung (hier die unermüdlichen «Trümmerfrauen» im Einsatz).

77

Begleitet wurde der Marshallplan von einem bis dahin beispiellosen Propagandafeldzug. So wurden insgesamt 269 Marshallplanfilme gedreht. Selbst der WDR konstatierte im Kommentar zu einer Marshallplan-Radiodokumentation aus dem Jahre 2008 zweifelnd:

«In der Tat haben diese anscheinend nur wohlgemeinten Freundschaftsdienste über Jahrzehnte für ein stabiles pro-amerikanisch und stramm antikommunistisch ausgerichtetes Politklima in Deutschland gesorgt. Eben dieser propagandistischen Zielvorstellung verdankt [...] der Marshallplan, seine Entstehung. [...] Wie weit der Marshallplan allerdings tatsächlich für das deutsche Wirtschaftswunder verantwortlich war, wird unter Historikern inzwischen kontrovers diskutiert.»



Quelle: wdr.de, 03. April 2008 - Vor 60 Jahren: USA unterzeichnen European Recovery Program

wissen und die hohe Motivation der Bevölkerung die entscheidende Rolle beim wirtschaftlichen Wiederaufstieg, der ausschliesslich von den Deutschen selbst bewältigt worden ist.

Während des Zweiten Weltkrieges waren die deutschen Industrieanlagen durch anglo-amerikanische Bombardierungen weit weniger in Mitleidenschaft gezogen worden als die Wohngebiete, auf die sich die alliierten Bombenflieger erstrangig konzentriert hatten. Hätten die westlichen Besatzungsmächte in Westdeutschland nach 1945 die funktionstüchtigen Fabriken nicht zerstört oder demontiert, keine Produktions- und Forschungsverbote erlassen und keine Verfolgung leitender Wirtschaftsführer durchgeführt, sondern den Deutschen den freien Gebrauch ihres vorhandenen Produktionsapparates gestattet, wären die wirtschaftlichen Kapazitäten erhal-

ten geblieben: **«Wäre Westdeutschland 1945 nicht von den Alliierten systematisch ausgeraubt, zerstört und niedergehalten worden, sondern hätte man die deutsche Leistungskraft wie in den anderen europäischen Staaten freigegeben, so wäre bereits 1945 die Wirtschaftsleistung (Bruttosozialprodukt) von 1950 möglich gewesen.»**⁽⁹⁾

Alles in allem bleibt folglich festzustellen: Die Umsetzung des Marshallplans war kein Akt der Nächstenliebe, sondern eigennütziges politisches Kalkül. Die Höhe der im Rahmen des Marshallplans als Kredit zu Verfügung gestellten Geldbeträge steht in gar keinem Verhältnis zu den Unsummen, die die Amerikaner, ganz zu schweigen von den übrigen Siegern und Nutzniessern des Zweiten Weltkrieges, aus Deutschland völkerrechtswidrig gestohlen, demontiert, zerstört und der deutschen Bevölkerung vorenthalten haben. (tk)

Quellen:

- Der Grosse Wendig - Richtigstellungen zur Zeitgeschichte, Grabert-Verlag, Tübingen
1. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Journal für Deutschland, Heft August/September 1997
2. Wolfgang Benz, «Wirtschaftsentwicklung von 1945 bis 1949», in: Informationen zur politischen Bildung (Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung), Heft 239
3. Lexikon-Institut Bertelsmann, Tatsachen über Deutschland - Auflage für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Gütersloh 1978, S. 62
4. Gerd Hardach, Der Marshallplan, Auslandshilfe und Wiederaufbau in Westdeutschland 1948-1952, München, 1994
5. Hans-Albert Schraepfer, Taschenbuch der Internationalen Organisationen, München, 1994, S. 170 ff. u. 319 ff.
6. de.wikipedia.org, Marshallplan
7. Gerhart Jentsch, Der Marshallplan und Deutschlands Platz darin, Frankfurt/M. 1950, S.31 u. 83
8. Werner Abelshäuser, Hilfe und Selbsthilfe - Zur Funktion des Marshallplans beim westdeutschen Wiederaufbau, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr.37, 1981, S. 63-113
9. Der Marshallplan-Schwindel und die Zukunft Europas, in: Deutschland in Geschichte und Gegenwart Nr. 4, 1997, S.1-10

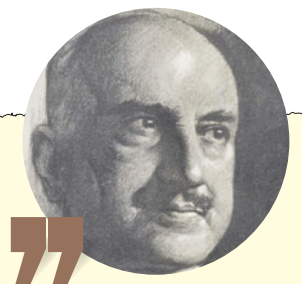
77 «Es sind aus den östlichen Teilen Deutschlands, aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn usw. nach den von amerikanischer Seite getroffenen Feststellungen insgesamt 13,3 Millionen Deutsche vertrieben worden. 7,3 Millionen sind in der Ostzone und in der Hauptsache in den drei Westzonen angekommen. 6 Millionen Deutsche sind vom Erdboden verschwunden. Sie sind gestorben, verdorben.»

Konrad Adenauer, von 1949 bis 1963 der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

77 «Deutschland will selbständig sein, und England strebt danach, es industriell zu unterjochen [...]»

Karl Marx, Urheber des Marxismus, in einem Artikel der Neuen Rheinischen Zeitung vom 03.09.1848

Quelle: marxwirklichstudieren.files.wordpress.com, Karl Marx und Friedrich Engels, Werke, Band 5, S.357



77 «Wer sich seiner Vergangenheit nicht erinnert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.»

George Santayana, spanischer Philosoph und Schriftsteller

Quelle: de.wikiquote.org, George Santayana

Nürnberger Siegerjustiz verhöhnt das Recht



Die Angeklagten vor dem Tribunal von Nürnberg. Vordere Reihe: Hermann Göring, Rudolf Hess, Joachim von Ribbentrop, Wilhelm Keitel, Ernst Kaltenbrunner, Alfred Rosenberg, Hans Frank, Wilhelm Frick, Julius Streicher, Walther Funk, Hjalmar Schacht.

Hinterere Reihe: Karl Dönitz, Erich Raeder, Baldur von Schirach, Fritz Sauckel, Alfred Jodl, Franz von Papen, Arthur Seyss-Inquart, Albert Speer, Konstantin von Neurath, Hans Fritzsche.

Warum muss den Nürnberger Prozessen («Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher») an dieser Stelle solch grosse Aufmerksamkeit gewidmet werden? Dies liegt darin begründet, dass die Urteilsprüche und Ergebnisse dieser Gerichtsverhandlung von allzu vielen deutschen Historikern, Autoren und Journalisten als geschichtliche Quelle angesehen wurden und werden. Damit stellen die Nürnberger Prozesse die vielleicht wichtigste Grundlage für unser heutiges Geschichtsbild in Deutschland dar.

Das ist fatal, denn es handelte sich um einen Strafprozess, in dem auch historische «Fakten» nur insoweit aufgenommen wurden, als sie von den Nürnberger Juristen für die jeweiligen problematischen Vorwürfe von Bedeutung waren und die deutschen Angeklagten belasteten. Alles, was darüber hinausging,

blieb unbeachtet. Es ist also nicht so, dass gewissermassen die «Weisesten der Welt» in den Nürnberger Prozessen eine geschichtswissenschaftliche Darstellung abgegeben hätten. Es blieb, vom System des Strafprozesses her, alles ausser Betracht, was nicht der Belastung der damaligen Angeklagten dienen konnte. Darin liegt einer der wichtigsten Gründe für die grosse Einseitigkeit der deutschen Nachkriegsgeschichtsschreibung: Das

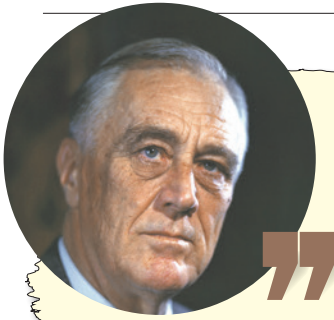
System der Nürnberger Prozesse wurde fortgesetzt. Es wurde die oberste Regel der Geschichtsschreibung vernachlässigt, jedenfalls zunächst einmal nichts anderes zu tun, als aufzuzeigen, «wie es eigentlich gewesen sei» (der deutsche Historiker Leopold von Ranke um 1830). Seit Nürnberg haben grosse Teile der heutigen Geschichtswissenschaft, soweit sie die Zeit von 1870 bis 1945 betrifft, nicht den Charakter einer wahrheitsgemässen,



«Die Deutschen müssen lernen, all das zu verlernen, was ihnen beigebracht wurde, nicht nur von Hitler, sondern auch von seinen Vorläufern in den letzten hundert Jahren [...].»

Henry A. Wallace, von Januar 1941 bis Januar 1945 Vizepräsident in der Regierung von Franklin D. Roosevelt





«Dem gesamten deutschen Volk muss eingehämmert werden, dass die ganze Nation an einer gesetzlosen Verschwörung gegen die Gesittung der modernen Welt beteiligt war.»

Franklin Delano Roosevelt, US-Präsident 1933-1945, in einem Brief an Kriegsminister Stimson

Quelle: Alfred M. de Zayas, Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, München, 1977, S.37



Nachkriegszeit:
Deutsche Zwangsarbeiter
im polnischen Lager
in Lamsdorf. Von etwa
8.000 eingelieferten
Deutschen starben dort ca.
6.500. Die grauenhaften
alliierten Gefangenenlager
entsprachen genau den
«Verbrechen gegen die
Menschlichkeit», für die
die deutschen Befehlshaber
zum Tode verurteilt wurden.



Der preussische Historiker Leopold von Ranke ist einer der Gründerväter der modernen Geschichtswissenschaft. Laut dem von ihm mitentwickelten Wissenschaftskonzept des «Historismus» hat der Historiker die Aufgabe, aufzuzeigen, «wie es eigentlich gewesen» ist. Das Kriterium der Ranke'schen möglichst grossen Objektivität bei der Wiedergabe der Geschichte wurde bei den Nürnberger Prozessen nicht erfüllt.

umfassenden Darstellung des wirklichen Geschehens, sondern den Charakter eines Strafprozesses mit dem Ziel, Deutschland zu belasten.

Die Einseitigkeit der Nürnberger Prozesse setzte sich in der Nachbetrachtung der historischen Ereignisse um den Zweiten Weltkrieg fort. Dabei machten sich die Alliierten genau der Verbrechen schuldig, für die sie die Deutschen anklagten: Sie bombardierten deutsche Wohnstädte, um die Bevölkerung angeblich zu «demoralisieren» und nahmen Hunderttausende, wenn nicht Millionen Todesopfer billigend in Kauf. Sie erschossen deutsche Kriegsgefangene zu Tausenden. Nach der Kapitulation erkannten sie den in Lagern unter freiem Himmel zusammengepferchten Gefangenen den Kombattantenstatus ab und entzogen ihnen den Schutz des Völkerrechts, um sie als

Arbeitssklaven einsetzen zu können. Sie billigten und unterstützten die grösste ethnische Säuberung in der Geschichte Europas bei der Vertreibung von 14 Millionen Deutschen aus ihrer Heimat. Sie eigneten sich skrupellos deutsches Vermögen und deutsches Wissen an. Die

jahrelangen Demontagen zerstörten die Reste der Industrie, die den Krieg überlebt hatten. Sie taten nichts gegen die Hungersnot und das Frieren mangels Heizmaterial, an denen Millionen von Deutschen zugrunde gingen. Sie sperrten Millionen Deutsche in Lagern ein. Sie lieferten die Bürger aller nichtrussischen Länder, die in deutscher Uniform gegen Stalin gekämpft hatten, an die Rote Armee aus. Sie schoben Millionen Fremdarbeiter gegen ihren Willen aus dem Deutschen Reich in die Fänge des sowjetischen Geheimdiensts NKWD ab. Wie die Westalliierten nach der Besetzung des Landes mit den Deutschen und deren Eigentum umgingen, unterschied sich nur graduell von dem Verhalten der Bolschewiken in ihrem eigenen Land und in den von der Roten Armee besetzten Gebieten.

Die Grundlage der «Umerziehung»

Schon vor und erst recht nach der Kriegserklärung des Deutschen Reichs an die Vereinigten Staaten am 11. Dezember 1941 versuchte der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt den Kampf der von ihm so bezeich-

Aufruf aus der US-Besatzungszone 1947. Deutschland befinde sich «am Scheideweg» zwischen Gut (US-Besatzer) und Böse (das alte Deutschland). Diese Schwarz-Weiss-Einteilung war ein wichtiger Bestandteil der US-Propaganda.





neten «demokratischen Staaten» gegen das Deutsche Reich als einen moralischen Feldzug, einen Kreuzzug gegen das Böse darzustellen. Am 6. Januar 1942 sagte er in einer Botschaft an den Kongress: «Es gab noch niemals – und es kann ihn auch nicht geben – einen Kompromiss zwischen dem Guten und dem Bösen. Nur der totale Sieg kann den Kämpfer für Toleranz, Anstand und Redlichkeit belohnen.» Vizepräsident Henry Wallace gab den Kurs für die Zeit nach dem Sieg gegenüber Deutschland in einer Radioansprache am 29. Dezember 1942 vor. Die deutsche Vergangenheit müsse gelöscht werden und die Deutschen müssten zu «Demokraten» umerzogen werden: **«Die Deutschen müssen lernen, all das zu verlernen, was ihnen beigebracht wurde, nicht nur von Hitler, sondern auch von seinen Vorläufern in den letzten hundert Jahren, von so vielen ihrer Philosophen und Lehrer, den Jüngern von Blut und Eisen [...] Wir müssen die Menschen rück- und umerziehen für die Demokratie [...] Als einzige Hoffnung für Europa bleibt ein Mentalitätswechsel auf Seiten des Deutschen. Er muss belehrt**



«Sie (Anm.: die Deutschen) haben die alten Schranken eingerissen, und deshalb sage ich, dass sie sich nicht auf das alte Europa berufen können. Falls sie sich fügen, falls sie wiedergutmachen müssen, haben sie kein Recht, die Grundlage der Moralgesetze zu beschwören, die sie selbst nicht geachtet haben, oder auf Mitleid und Gnade zu rechnen, die sie niemals anderen zuteil werden liessen.»

Clement Attlee, Nachfolger von Winston Churchill als Premierminister Grossbritanniens in einer Rede am 01.03.1945 vor dem Unterhaus

Attlee deutete damit schon an, womit Deutschland nach dem Krieg zu rechnen hatte: Da die Deutschen angeblich auf die «Grundlage der Moralgesetze» verzichtet hatten, war es den Alliierten nun erlaubt, dies ebenfalls zu tun. So wurde das Narrativ der einzigartigen Schuld des gesamten deutschen Volks – später auch «Kollektivschuld» genannt – zum bequemen Argument, um die extreme Brutalität zu rechtfertigen, mit der man die Besiegten behandelte.

Quelle: Alfred M. de Zayas, die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, München, 1977, S.38

werden, den ein Jahrhundert alten Gedanken aufzugeben, dass er einer Herrenrasse angehört.» ⁽¹⁾ (tk)

Quellen:

Franz W. Seidler, Das Recht in Siegerhand, Pour le Mérite, 2007

1. Jeffrey K. Olick, In The House of the Hangman, Chicago, 2005, S.40 f.

Im Nürnberger «Hauptkriegsverbrecherprozess» 1945/46 wie in den zwölf Nachfolgeverfahren wurde von den alliierten und amerikanischen Tribunalen gegen grundlegende europäische Rechtsnormen verstossen. Zu den in Nürnberg praktizierten offenkundigen Rechtsverstössen gehörte vor allem die Nichtbeachtung folgender allgemein anerkannter Grundprinzipien:



Der Hauptanklagevertreter Robert H. Jackson prägte das «Londoner Statut», das die rechtliche Grundlage für die Nürnberger Prozesse lieferte, entscheidend.

1 «nullum crimen, nulla poena sine lege» («kein Verbrechen, keine Strafe ohne Gesetz»): Niemand darf wegen einer Handlung bestraft werden, die zur Zeit der Tat nicht strafbar war.

Die Nürnberger Anklagepunkte (I.: Verschwörung gegen den Frieden, II.: Verbrechen gegen den Frieden, und IV.: Verbrechen gegen die Menschlichkeit) galten bis dahin gar nicht als strafbedrohte Handlungen.

Auf der Londoner Konferenz vom 26. Juni bis 8. August 1945 wurden von den vier Siegermächten in insgesamt 15 Sitzungen das «1. Londoner Vier-Mächte-Abkommen über die Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achse» und die «Verfassung des Internationalen Militärgerichtshofs» (Londoner Statut) erarbeitet und beschlossen. ⁽¹⁾ Die Verträge wurden am 8. August 1945 von 19 Staaten unterzeichnet, darunter unter dem Druck der USA auch von Staaten «mit verschieden-

artigen, aber sehr angesehenen Rechtsauffassungen».

Bei der Formulierung des Londoner Statuts spielte Robert H. Jackson die entscheidende Rolle. Jackson war zuvor Justizminister der USA gewesen und zur Zeit der Nürnberger Prozesse Richter am Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten (für diesen Zeitraum beurlaubt). Er schuf die Rechtsgrundlagen und die Verfahrensvorschriften für den Prozess, bei dem er als Ankläger auftreten würde, und für sich selbst damit die besten Voraussetzungen, um als Chefankläger die Zügel in der Hand zu behalten.

Richter



Francis Beverley Biddle und
John Johnston Parker (USA)



Iona Nikittschenko und
Alexander Woltschkow (UdSSR)



Sir Geoffrey Lawrence und
Norman Birkett (Grossbritannien)



sowie Henri Donnedieu de Vabres
und Robert Falco (Frankreich)



Die Ankläger



Robert H. Jackson
(USA)



Roman Rudenko
(UdSSR)



Sir Hartley Shawcross
(Grossbritannien)



François de Menthon,
nach seinem Rücktritt
Auguste Champetier de
Ribes (Frankreich)

Keine Grundlage im Völkerrecht

Mit dem Londoner Statut sollte anscheinend in einem Staatsvertrag ein neues Völkerrecht, das den alliierten Interessen entsprach, begründet werden. Der Beitritt von 15 Staaten zu einem Vertrag, den vier Staaten ausgearbeitet hatten, erzeugte jedoch noch lange kein internationales Recht. Dazu wäre eine internationale Konferenz der Mehrheit der Kriegsbeteiligten vor dem Krieg notwendig gewesen, aus deren Beschlüssen erst nach der Ratifizierung durch die Mehrheit der Parlamente ein allgemeinverbindlicher Staatsvertrag geworden wäre. So war das z.B. bei den Haager und Genfer Konventionen 1907 und 1929 der Fall. Was damals beschlossen worden war, galt als Internationales Recht. Wenn ein Unterzeichner aufgrund veränderter Verhältnisse ein solches Abkommen ändern will, muss eine neue Konferenz einberufen werden. Das Einvernehmen von vier Mächten reicht dazu nicht aus. Das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal konnte sich weder

auf nationales noch auf internationales Recht stützen. Es wurde von keinem internationalen Gremium autorisiert und beruhte auf keiner völkerrechtlich anerkannten Rechtsgrundlage. Es schuf sich seine eigene Gründungsurkunde, bastelte sich seine eigenen Gesetze und schuf sich ein den Bedürfnissen angepasstes Verfahrensrecht. Es war eine Institution der Sieger und praktizierte nichts anderes als Siegerrecht.⁽²⁾

Das Londoner Statut machte nicht wie die Haager oder Genfer Völkerrechtskonventionen den Versuch einer grundsätzlichen Problemlösung für alle Staaten der Welt, sondern diente unverblümt den Zweck, bestimmte Menschen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit verurteilen zu können. Es handelte sich um «ad hominem» (nur für bestimmte Personen) gemachte Bestimmungen.⁽³⁾ Um diese rechtsstaatlichen Mängel zu kaschieren, entwickelten die Ankläger eine neue Theorie: Das Völkerrecht sei nicht statisch, sondern befinde sich in einem dynamischen Prozess. Deshalb komme es nicht auf die genauen Worte der Völker-

rechtsverträge an, sondern auf den «Geist der Gerechtigkeit», der sich fortschreitend entwickle.

Prof. André Gros von der französischen Delegation war der einzige, der diesem Konstrukt auf der Londoner Konferenz widersprach. Er sah im geltenden Völkerrecht keine Möglichkeit, den Männern der deutschen Staatsführung die persönliche Verantwortung für den Beginn des Krieges zuzuweisen. «Was den deutschen Führern vorzuwerfen ist, kennt man doch seit Urzeiten», sagte er. Robert H. Jacksons Antwort: «Wir müssen einfach erklären, dass sie persönlich verantwortlich sind.» Der britische Delegierte Sir David Maxwell Fyfe stimmte zu: «Wir erklären einfach, was das Völkerrecht ist, so dass es keine Diskussion geben wird, ob es Völkerrecht ist oder nicht.» Allen Anwesenden in London war klar, dass sie mit solchen Festsetzungen das Völkerrecht vergewaltigten. Nach dem bestehenden Völkerrecht gab es keine individuellen Verantwortlichkeiten für Verletzungen des Völkerrechts, sondern nur eine Verantwortung von Staaten. Die völkerrechtliche Staatshaftung sah vor, dass die Staaten für die Wiedergutmachung angerichteter Schäden einzustehen hatten, z.B. mit Kriegskontributionen, Landabtretungen oder Wirtschaftsabgaben. Wie sie mit Schuldigen im eigenen Land umgingen, war ihre Sache.

Ein reines Siegerstatut

Nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht war Deutschland den Alliierten auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Sie konnten verfahren, wie sie wollten. Insofern war das Londoner Statut auch Ausdruck der deutschen Ohnmacht. Nachdem die letzte «Geschäftsführende Reichsregierung» am 23. Mai 1945 verhaftet worden war, konnte kein Deutscher mehr mit Rechtsschutz eines souveränen Staates rechnen, wie das 1918/19 der Fall gewesen war.

An die Mitsprache deutscher Völkerrechtler bei der Ausarbeitung des Statuts war nie gedacht worden. Nicht einmal die bekanntesten Völkerrechtler der Alliierten wurden als Berater beigezogen. Sie hätten das Statut, das die Vertreter der vier Sieger nach rein politischen Vorgaben erarbeiteten, nur verwässert oder gar verhindert. Als es fertig war, gab es neben dem Statut nichts rechtlich Bindendes. Auf bestehendes Völkerrecht brauchten die Richter keine Rücksicht zu nehmen, auf deutsches Recht schon gar nicht.

In den Eröffnungsansprachen der vier Hauptanklagevertreter wurden zwei ►



► sich widersprechende Thesen vertreten. Die einen sagten, «dass das Statut ein vollkommener Ausdruck des geltenden Völkerrechts sei und mit der gemeinsamen Rechtsüberzeugung aller Mitglieder der Völkerrechtsgemeinschaft in Übereinstimmung stehe». Die anderen behaupteten, dass es eine Hauptaufgabe des Gerichts sei, «das Völkerrecht fortzuentwickeln». Im Urteil bestätigten die Richter beide Thesen. Das Londoner Statut sei «Ausdruck des zur Zeit der Schaffung des Statuts bestehenden Völkerrechts» gewesen, und das Statut sei selbst «ein Beitrag zum Völkerrecht».

Unter Anklage wurden gestellt:

1. Erarbeitung und Ausführung eines Gemeinsamen Planes (Verschwörung) zur Begehung von Verbrechen gegen den Frieden, das Kriegsrecht und die Humanität
2. Teilnahme an der Planung, Vorbereitung, Entfesselung und Führung von Angriffskriegen, die internationale Verträge, Abkommen und Zusicherungen verletzen
3. Kriegsverbrechen (Verletzung der Kriegsgesetze oder Kriegsgebräuche wie Mord, Misshandlungen, Deportationen, Misshandlung von Kriegsgefangenen, Töten von Geiseln, Plünderung, mutwillige Zerstörungen)
4. Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportationen, Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen)

Eigenverantwortung trotz Gehorsamspflicht

Artikel 8 des Londoner Statuts lautete: «Die Tatsache, dass ein Angeklagter auf Befehl seiner Regierung oder eines Vorgesetzten gehandelt hat, gilt nicht als

Strafausschlussgrund, kann aber als Strafmilderungsgrund berücksichtigt werden, wenn dies nach Ansicht des Gerichtshofes gerechtfertigt erscheint.»

Mit diesem Artikel wollten die Alliierten ausschliessen, dass sich die Angeklagten auf Befehle von Vorgesetzten beriefen. Bei der ausgeprägten Hierarchie im Dritten Reich wäre sonst Hitler der Letztverantwortliche gewesen. Dann hätte es keine Eigenverantwortlichkeit ausserhalb seiner Person gegeben. Jeder hätte sich auf Weisungen, Anordnungen und Befehle berufen können. Im militärischen Bereich mussten die Bestimmungen des Artikels 8 die Grundlagen von Befehl und Gehorsam erschüttern. Soldaten waren Hoheitsträger. Der Staat war für ihr Verhalten verantwortlich. In den nationalen Militärstrafgesetzbüchern war festgelegt, was verboten war und wie Gesetzübertretungen zu bestrafen waren. Zu den Straftaten gehörte auch Gehorsamsverweigerung. Nach dem deutschen Militärstrafrecht konnte sie mit Gefängnis bis zu 10 Jahren bestraft werden. Nur Befehle, die gegen das Strafgesetz verstiessen, durften nach Paragraph 47 MSTGB (Militärstrafgesetzbuch) verweigert werden. Für die Ausführung aller anderen Befehle trug der Vorgesetzte die Verantwortung. **Die Amerikaner und Briten kannten nicht mal die Einschränkung des Paragraph 47 des deutschen Militärstrafgesetzbuchs. Bei ihnen war jeder Befehl verbindlich. Für die Ausführung eines Befehls durfte keiner ihrer Soldaten zur Rechenschaft gezogen werden, weder von den eigenen Behörden noch von denen des Feindes:** 1936 deklarierte das Britische Militärrechtshandbuch (British Manual of Military Law) in Paragraph 443, dass Soldaten, die die Befehle ihrer Regierung oder ihrer Kommandeure befolgten, keine Kriegsverbrecher seien



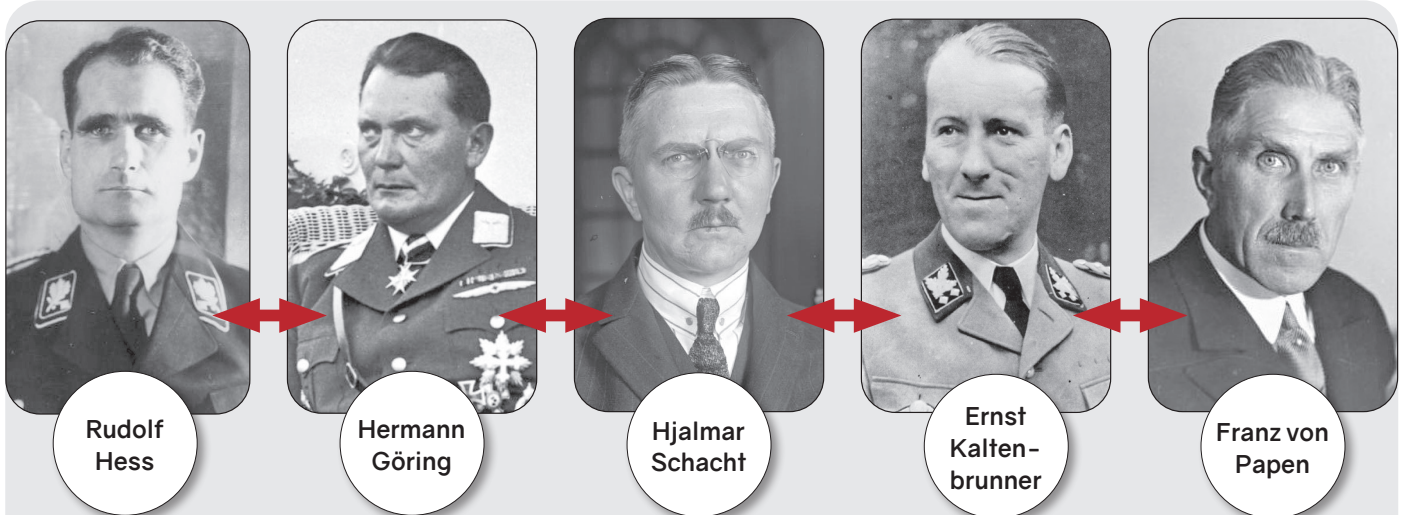
Während der alliierte Oberbefehlshaber Dwight D. Eisenhower vor und nach dem Zweiten Weltkrieg von US-Truppen bedingungslosen Gehorsam forderte, wurde von deutschen Militärs erwartet, Befehle zu hinterfragen.

und vom Feind nicht bestraft werden dürfen. Der Feind könne lediglich die Beamten und Offiziere bestrafen, die die Befehle erteilt hätten, wenn sie in seine Hände fielen. Die amerikanische Heeresdienstvorschrift (Basic Field Manual) besagte das gleiche.

Im April 1944, als die Kriegsverbrechensabteilung (War Crimes Commission) der Alliierten bereits auf der Suche nach deutschen «Kriegsverbrechern» war, merkte man in London und Washington, dass sich die deutschen Soldaten auf die englischen und amerikanischen Militärstrafgesetze berufen könnten. Deshalb änderte das Kriegsministerium in London den Text des britischen Militärrechtshandbuchs ganz schnell ab. Die Bestimmung wurde entfernt, dass sich britische Soldaten auf einen Befehl berufen durften, wenn ihnen kriminelle Handlungen vorgeworfen wurden. Paragraph 443 lautete nun: «Der klar illegale Charakter des Befehls – illegal in bezug auf allgemein anerkannte Prinzipien



Es ist allgemein anerkannt, dass es sich bei Nazi-Deutschland um eine totalitäre Diktatur gehandelt hatte – nach heutigem Geschichtsbild weit totalitärer als Frankreich, USA und Grossbritannien. Warum wurde gerade den deutschen Angeklagten in niederen Rängen das Recht entsagt, sich auf Befehle berufen zu können, wo man doch die Konsequenzen für Gehorsamsverweigerung in einer totalitären Diktatur kennen sollte?



Auf der Anklagebank wurden Personen einer gemeinsamen «Verschwörung» beschuldigt, die sich teilweise im Dritten Reich feindlich gegenüberstanden oder im Laufe des Krieges vollkommen unterschiedlich agierten.

en des internationalen Rechts und als illegal erkannt durch die zwingenden Regeln der Menschlichkeit, wie sie jeder Person mit normalem Menschenverstand offensichtlich sind – macht die Tatsache höherer Befehle irrelevant.») Massstab für den Befehlsempfänger war jetzt der «normale Menschenverstand». Mit der Änderung der militärrechtlichen Bestimmungen über den militärischen Gehorsam entzog man den deutschen Angeklagten die Möglichkeit, unter Hinweis auf die geltenden Richtlinien für alliierte Soldaten die Gleichbehandlung vor dem Gesetz einzuklagen.

Als Eisenhower, der ehemalige Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa, der nach der deutschen Kapitulation gegen den deutschen «Militarismus und Kadavergehorsam» gewettert hatte, 1953 Präsident der USA geworden war, forderte er von den amerikanischen Soldaten unbedingten Gehorsam: «Der Gehorsam eines Offiziers hat ein unbedingter zu sein und unterliegt nicht etwa dem eigenen Gewissen. [...] Das Wesen einer Armee beruht darauf, dass die Befehle des Vorgesetzten und der Regierung ohne Bedenken ausgeführt werden, wofür die Verantwortung beim obersten Befehlshaber liegt. In der Armee wie überhaupt im Staatsdienst verpflichtet der Dienstest zum Gehorsam gegenüber den Vorgesetzten und ihren Befehlen.»⁽⁴⁾

Vorwurf der «Verschwörung»

Die Ankläger stellten zu Prozessbeginn die Behauptung auf, die Angeklagten hätten zur Erreichung ihrer verbrecherischen Ziele und Zwecke die totalitäre Kontrolle über Deutschland vorbereitet, damit sich kein wirksamer Widerstand erheben konnte. Es sei ihre Absicht gewesen:

1. die Bestimmungen des Versailler Vertrages zu löschen
2. sich jene Gebiete wieder anzueignen, die Deutschland im Ersten Weltkrieg verloren hatte
3. weitere Gebiete in Europa als Lebensraum zu erobern

Dieser gemeinsame Plan, «Verschwörung» genannt, sei über einen Zeitraum von 25 Jahren seit der Gründung der NSDAP verfolgt worden.

Unter dem Oberbegriff «Verschwörung» konnte man alle Angeklagten eines gemeinsamen Verbrechens beschuldigen, auch wenn sie mit einzelnen Gesetzesverstößen im Dritten Reich nichts zu tun hatten. Im Völkerrecht war der Begriff «Verschwörung» unbekannt. Ein solches Konstrukt war nicht nur eine juristische Kühnheit, es war auch eine juristische Unverschämtheit.⁽⁵⁾ Der einzelne brauchte keine eigene illegale Handlung begangen zu haben. Es genügte, dass er mit einem anderen «Schuldigen» in Verbindung stand, um «schuldig» zu sein.

«Anführer, Organisatoren, Anstifter und Teilnehmer, die an der Formulierung oder Ausführung eines gemeinsamen Plans oder einer Verschwörung zur Begehung eines Verbrechens teilnehmen, sind für alle Handlungen verantwortlich, die von irgendeiner Person in Ausführung eines solchen Planes begangen worden sind.»

So definierte Artikel 6 des Londoner Statuts nach der Aufzählung der drei Anklagepunkte die Gesamtverantwortlichkeit der Angeklagten. Sie waren allesamt verantwortlich für den ihnen zur Last gelegten Angriffskrieg, für die angeblich begangenen Kriegsverbrechen und für die ihnen vorgeworfenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Dritten Reich.

Es wurde ignoriert, dass alle Angeklagten den Weisungen des Reichskanzlers folgen mussten. Befehle von höheren Stellen mussten befolgt werden, wie dies auch bei den Alliierten der Fall war. Im Vordergrund standen nicht das Interesse oder die Ansicht des einzelnen, sondern die Ausführungen der Weisungen, gleich ob man ihnen zustimmte oder nicht. Hätte es die behauptete Verschwörung der Reichsregierung gegeben, hätte Hermann Göring nicht Ende August 1939 Anstrengungen unternommen, den schwedischen Grossindustriellen Birger Dahlerus einzuschalten, um eine Übereinkunft mit London zustande zu bringen. (siehe S.64) Dr. Hjalmar Schacht, der aus dem Konzentrationslager befreit wurde, in das er wegen seiner Verwicklung vom Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 durch den Gestapo-Chef Kaltenbrunner gebracht worden war, sass mit diesem gemeinsam auf der Anklagebank, als hätten sie eine gemeinsame Verschwörung betrieben. Franz von Papen hatte bis zum Jahr 1933 alles getan, um den Regierungsantritt Hitlers zu verhindern, und wurde jetzt angeklagt, mit diesem das gemeinsame Ziel verfolgt zu haben, einen verbrecherischen Krieg zu beginnen. Der als Mitverschwörer auf der Anklagebank sitzende Rudolf Hess flog mitten im Krieg nach England, möglicherweise um den Frieden zu vermitteln – die Hintergründe seines Fluges bleiben bis heute ungeklärt. Als Teilnehmer einer gemeinsamen Verschwörung hätte er auf diesen Flug sicherlich verzichtet.

Die Theorie der Verschwörung war auch unter den Alliierten nicht unumstritten. Bei den Urteilsberatungen am 27. Juni und 14. August 1946 bemängelte der französische Richter Donnedieu de Vabres, dass das Staatsrecht und das Völkerrecht das ▶



► Verbrechen der Verschwörung nicht kennen würden. Auch in den USA lehnten viele Juristen die Theorie der Verschwörung ab. Der Richter Billings Learned Hand nannte sie das «Lieblingskind im Kindergarten des modernen Anklägers». Viele Ankläger versuchten mit diesem Schleppnetz all jene zu fangen, die sie sonst nicht hätten belangen können. Wenn sie mit den Hauptübeltätern auch nur die leiseste Verbindung hätten, würden sie mitangeklagt.⁽⁶⁾

Der Vorwurf des Angriffskrieges

Um die Deutschen wegen «Verbrechen gegen den Weltfrieden durch einen Aggressionskrieg» verurteilen zu können, mussten Anklage und Gerichtshof das Völkerrecht verbiegen. **1939, als der Zweite Weltkrieg begann, gab es keine völkerrechtlichen Normen, die den Krieg als strafwürdiges und strafbares Verbrechen rechtsverbindlich verurteilten. Vor dem Zweiten Weltkrieg galten Angriffskriege nicht als Verbrechen.** Daran änderte auch der viel beschworene Briand-Kellogg-Pakt aus dem Jahr 1928 nichts, der bis 1939 von 63 Staaten ratifiziert worden war (darunter Grossbritannien, Frankreich, USA und das Deutsche Reich). Dieser war ein völkerrechtlicher Vertrag zur Ächtung des Krieges, der allerdings weder juristisch noch politisch den Krieg als legales Mittel der Politik ausschaltete.

Jeder Krieg hat einen Angreifer und einen Angegriffenen. Nach keinem Krieg wurde vor 1945 Einvernehmen darüber erzielt, wer denn einen «Angriffskrieg» und wer einen «Verteidigungskrieg» führte und wann der Angriff in die Verteidigung oder



US-Präsident Calvin Coolidge unterzeichnet den Briand-Kellogg-Pakt, der US-Aussenminister Frank Billings Kellogg und dem französischen Aussenminister Aristide Briand benannt wurde. Dieser war zwar ein gültiger völkerrechtlicher Vertrag, schaltete den Krieg als legales politisches Mittel der Politik aber nicht aus.

die Verteidigung in den Angriff übergang. Jeder Staat behauptete, der Krieg, den er führe, sei ein «Verteidigungskrieg». Es gab keine internationale Autorität, die darüber entschied, wann ein «Verteidigungskrieg» vorlag, wann ein Angriffskrieg anfang oder wann beide ineinanderflossen. Es stand nur fest, dass ein Krieg mit der Kapitulation von einer kriegführenden Seite aufhört. Es war völkerrechtlich festgelegt, was im Krieg und danach erlaubt und verboten war, aber Kriege waren weiterhin legitime Mittel der Politik. In seinem Plädoyer für Generaloberst Alfred Jodl führte Professor Dr. Hermann Jahrreiss aus, dass es der Welt bisher nicht gelungen sei, im allgemeinen Völkerrecht die Unterscheidung zwischen verbotenen und nicht verbotenen Kriegen festzulegen. Das sei genauso schwierig wie

die Unterscheidung zwischen gerechten Kriegen und ungerechten Kriegen. Sowohl der Angreifer als auch der Verteidiger behaupten, einen gerechten Krieg zu führen.

Mit der dauernden Bezugnahme auf den nicht klar juristisch bindenden Briand-Kellogg-Pakt, den Deutschland wesentlich gebrochen habe, versuchten die Ankläger in ihrer Beweisnot, einen Ausweg aus ihrer völkerrechtsverdrehenden Argumentation zu finden. Sie behaupteten, der Briand-Kellogg-Pakt habe «im Bewusstsein der Weltöffentlichkeit» den Angriffskrieg geächtet, so dass der genaue Wortlaut des Vertrages nicht mehr so wichtig sei. Der Geist des Vertrages sei entscheidender als dessen präziser Inhalt. Die Verteidiger schlugen ihnen dieses Argument aus der Hand. Sie zeigten, dass sogar der amerika-



Japanische Soldaten 1931 ziehen in China ein (Mandschurei-Krise, rechts) und italienische Soldaten während des Überfalls auf Abessinien in Ostafrika 1935, in dem 350.000 und 760.000 Abessinier starben. Diese und ähnliche Kriege wurden zwar durch den Briand-Kellogg-Pakt gerügt, doch nicht als Verstoß gegen ihn angesehen.



”

«Was immer für Gesetze die Alliierten für die Zwecke des Nürnberger Prozesses aufzustellen versuchten, die meisten dieser Gesetze haben zur Zeit, als die Taten begangen wurden, noch nicht existiert. Seit den Tagen Ciceros ist eine Bestrafung ex post facto von den Juristen verdammt worden.»

Das amerikanische Magazin TIME im November 1945

Quelle: de.wikipedia.org, Nürnberger Prozesse

nische Senatsausschuss für Äusseres am 15. Januar 1929 bestätigt hatte, dass der Vertrag keine Sanktionen vorsah. Deshalb habe nie «weder ausdrücklich noch stillschweigend irgend eine Verpflichtung oder Verbindlichkeit, Straf- oder Zwangsmassnahmen gegen den vertragsbrüchigen Staat zu ergreifen», bestanden. Wie Professor Jahrreiss während des Prozesses ausführte, gab es vor 1939 «in der Wirklichkeit des zwischenstaatlichen Lebens keine wirkliche allgemeine völkerrechtliche Regelung über verbotene Kriege». Nicht einmal im Bewusstsein der leitenden Staatsmänner habe so etwas existiert. Deshalb sei weder der Einmarsch der Japaner in die Mandschurei 1931 noch der Abessinien-Krieg der Italiener 1935/36 und auch nicht der sowjetische Angriff auf Finnland im Jahre 1939 als ein Verstoß gegen den Briand-Kellogg-Pakt angesehen worden.

Die verbrecherischen Organisationen

Der Artikel 9 des Londoner Statuts bestimmte, dass der Internationale Militärgerichtshof (IMT) in Nürnberg Gruppen oder Organisationen, von denen das eine oder andere Mitglied wegen Kriegsverbrechen verurteilt werden würde, zu «verbrecherischen Organisationen» erklären könnte. Mit der Formulierung des Artikels 10 des Statuts wurde jeder Besatzungsmacht das Recht gegeben, im Anschluss an den Spruch des IMT allen Personen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer solchen verbrecherischen Gruppe oder Organisation vor nationalen Militär- oder Okkupationsgerichten den Prozess zu machen und neben der Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Organisation auch zusätzliche individuelle Verbrechen zu ahnden: «Ist eine Gruppe oder Organisation vom Gerichtshof als verbrecherisch erklärt worden, so hat die zuständige nationale Behörde jedes Signatars das Recht, Personen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer solchen verbrecherischen Organisation vor nationalen, Militär- oder Okkupations-Gerichten den Prozess zu machen. In diesem Falle gilt

der verbrecherische Charakter der Gruppe oder Organisation als bewiesen und wird nicht in Frage gestellt», so Artikel 10.

Der verbrecherische Charakter der vom IMT gebrandmarkten Organisationen durfte also nicht mehr bezweifelt werden. Er galt als feststehende Tatsache und gehörte zum allgemeinen Wissen.

Die Theorie der verbrecherischen Organisationen verfolgte wohl den gleichen Zweck wie die Theorie der «Verschwörung» gegen den Frieden und die Menschlichkeit: Sie sollte alle Betroffenen ohne Rücksicht auf ihre persönliche Schuld kumulativ ins Unrecht setzen. Jedes Mitglied, das dann individuell angeklagt würde, sollte sich dafür verteidigen müssen. Das war eine fragwürdige Rechtskonstruktion. Der Hess-Verteidiger Dr. Seidl führte am 25. Juli 1946 folgendes aus: «Es gibt weder einen Rechtssatz des Völkerrechts noch einen Rechtssatz irgendeines nationalen Rechts, der die Mitgliedschaft in einer Organisation für verbrecherisch erklärt, ohne dass im einzelnen Fall untersucht wird, ob der Betreffende durch sein Handeln oder Unterlassen sich persönlich schuldig gemacht hat. Entgegen den allgemeinen Prinzipien des Strafrechts, wie sie sich aus dem Strafrecht aller zivilisierten Nationen ableiten, sieht das Statut in Artikel 9 eine strafrechtliche Verantwortlichkeit und eine Kollektivhaltung aller Mitglieder gewisser Organisationen und Institutionen vor, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob das einzelne Mitglied ein Verschulden trifft. Das Statut verlässt damit einen Grundsatz, der ein integrierender Bestandteil jeder modernen

Strafrechtspflege ist. Der Satz ‚ohne Schuld keine Strafe‘ [...] ist ein wesentlicher Bestandteil des Strafrechtsbewusstseins unserer Zeit [...]. Wird allein schon die Mitgliedschaft in einer bestimmten Organisation zum Gegenstand eines kriminellen Unwerturteils gemacht, dann erscheint die zum Vorwurf gemachte Handlung nicht mehr als rechtlich zu missbilligender Ausdruck der Persönlichkeit des Handelnden. Das muss insbesondere in Bezug auf Organisationen gelten, die Hunderttausende, ja Millionen von Mitgliedern hatten.» Dr. Seidl sah in der Regelung einen «Rückfall in die ersten Anfänge strafrechtlichen Denkens». Pauschale Verurteilungen ohne Schuldbeweis gehörten nicht in die Gegenwart.

Das Statut sah kein Strafmass zur Bestrafung der Mitglieder von verbrecherischen Organisationen vor. Dieses festzulegen, überliess das IMT nationalstaatlichen Gerichten. In Deutschland war das Sache der alliierten Besatzungsmächte. Die Rechtsgrundlage schuf der Alliierte Kontrollrat mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20. Dezember 1945, das die Überschrift trug: «Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben.» Jeder einzelne, der vor Gericht stand, konnte zwar nicht mehr den «verbrecherischen Charakter» der Organisation, der er angehört hatte, in Zweifel ziehen, aber er konnte bestreiten, dass seine Teilnahme freiwillig war, oder beweisen, dass er unter Zwang gehandelt hatte, als er beitrug.

Ein Brief genügt

In der Anklageschrift wurden als verbrecherische Organisationen genannt: das Reichskabinett, das Korps der politischen Leiter der NSDAP, die SS, der Sicherheitsdienst, die Geheime Staatspolizei, die SA, der Generalstab der Wehrmacht und das Oberkommando der Wehrmacht. Bereits in diesem Stadium wurde festgelegt, dass alle Mitglieder von Organisationen, die als «verbrecherisch» erkannt werden würden, ohne weitere Beweisführung als Mit-





► glieder einer verbrecherischen Organisation anzusehen seien. Diese Tatsache durfte im Folgenden nicht mehr in Frage gestellt werden.

Das Verbrechen der Verschwörung und der Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Vereinigung bestand darin, dass jemand für Handlungen verantwortlich sei, die er nicht persönlich begangen habe, die aber die Taten der Mitverschwörer erleichtert oder unterstützt hätten. Es genügte, jemandem einen Brief zur Post mitgegeben zu haben, um ihn in eine Verschwörung zu verstricken, wenn der Brief den verschwörerischen Zielen diene. Harmlose Handlungen in Ausführung eines gemeinsamen Plans reichten aus, jemanden für die Handlungen anderer verantwortlich zu machen, die zu einem verbrecherischen Zweck begangen wurden. Der Beitritt zu einer Organisation des Dritten Reiches war automatisch eine Bestätigung ihrer Ziele. Es war unerheblich, wenn das eine oder andere Mitglied zum Eintritt gezwungen wurde, vorausgesetzt die Mitgliedschaft war grundsätzlich freiwillig. Es war unerheblich, wenn Mitglieder nichts von den verbrecherischen Zielen oder Methoden ihrer Organisation wussten, wenn diese nach alliierter Diktion offenkundig oder allgemein anerkannt waren. Es war unerheblich, wenn sich die Mitglieder keiner gesetzwidrigen Handlung schuldig gemacht hatten, wenn die Ziele der Organisation, der sie angehörten «verbrecherisch» waren.



Wieder ein deutscher Rechtsgelehrter: Paul Johann Anselm von Feuerbach gilt als Begründer der modernen deutschen Strafrechtslehre. Er formulierte den Grundsatz «keine Strafe ohne Gesetz».

Rückwirkendes Recht

Das IMT vergewaltigte einen der wichtigsten Grundsätze des modernen Rechts: «nullum crimen, nulla poena sine lege» («kein Verbrechen, keine Strafe ohne Gesetz»). Niemand darf für Taten zur Rechenschaft gezogen werden, die zur Tatzeit nicht verboten sind. Hauptankläger Jackson gab zu, dass es «im Rechtsleben kein Beispiel oder Vorbild für das Statut» gebe. Aber das Völkerrecht setze sich nicht nur aus Verträgen und Abkommen zusammen, sondern auch aus dem Gewohnheitsrecht, das in dauernder Entwicklung sei, setzte er nebulös hinzu. Irgendein Staat oder irgendeine Institution müsse den ersten Schritt tun, es anzuwenden. Die rückwirkende Kraft

der neuen «völkerrechtlichen Festlegungen» im Londoner Statut für die Angeklagten rechtfertigte Jackson damit, dass diese sich während ihrer Herrschaft «überhaupt nicht auf ein Gesetz» gestützt hätten. Sie hätten ihre Macht willkürlich ausgeübt. Ihr Programm habe jedes Gesetz missachtet. Sie hätten sich niemals «in irgendeiner Lage auf das Völkerrecht gestützt oder im geringsten darum gekümmert».

Deshalb, so Jackson weiter, könne das neue Völkerrecht erstmals gegen sie angewandt werden. Das Gericht, das an das Londoner Statut gebunden war, musste der Anklage folgen. Im Urteil wird behauptet, die Angeklagten müssten gewusst haben, «dass sie allem Völkerrecht entgegenhandelten, als sie mit vollem Vorbedacht ihre auf Invasion und Angriff gerichteten Absichten ausführten». Deshalb könne auf sie der Rechtsgrundsatz «kein Verbrechen, keine Strafe ohne Gesetz» nicht angewandt werden. ⁽¹⁾ (tk)



Quellen:

- Franz W. Seidler, Das Recht in Siegerhand, Pour le Mérite, 2007
1. Londoner Viernächte-Abkommen vom 8. August 1945
 2. Victor Beligion, Victor's Justice, Hinsdale, Illinois, 1949, S.132
 3. 9, S.12
 4. New York Times vom 13. Mai 1954
 5. Viktor Freiherr von der Lippe, Nürnberger Tagebuchnotizen November 1945 bis Oktober 1946, Frankfurt, 1951, S.361
 6. Gerhard E. Gründler, Das Gericht der Sieger, Oldenburg, 1967, S.216
 7. Viktor Freiherr von der Lippe, S.502

2. Strafgesetze müssen allgemein gelten.

Das Nürnberger «Recht» war ein reines Ausnahmerecht, das niemals vorher und niemals nachher angewendet wurde, obwohl auch danach ähnliche Tatbestandsmerkmale vorlagen. Das Nürnberger «Recht» war nur für die Aburteilung der Besiegten von 1945 geschaffen.

Zur selben Zeit, als die Alliierten, die Deutschland am 8. Mai 1945 in die Knie gezwungen hatten, am 8. August 1945 das Londoner Statut als Grundlage für den «Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher» unterzeichneten, um mit deren Bestrafung «ein neues Recht für eine bessere Welt» zu schaffen, warfen die Amerikaner zwei Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki ab. Innerhalb von drei Tagen wurden 260.000 Menschen getötet und tödlich verstrahlt. Politisches Ver-

brechertum und juristische Scheinheiligkeit wurden selten so deutlich wie in diesen Tagen im August 1945. Der britische Dramatiker und Satiriker George Bernhard Shaw sah das genauso: «Die Alliierten haben in ethischer Hinsicht kein Recht, die Nazi-Angeklagten in Nürnberg hinzurichten. Die Atombombe hat unser moralisches Getue aus dem Gerichtssaal in den Wind geblasen. Nachdem wir die Bombe ohne Warnung abgeworfen und das völlig unnötig ein zweites Mal getan haben, sind wir nicht mehr moralisch be-



Der britische Schriftsteller George Bernhard Shaw sah nach dem Abwurf der Atombombe keine moralische Grundlage mehr, um die deutschen Befehlshaber zu verurteilen.

rechtigt, irgendjemanden aufzuhängen, auch wenn er es verdient.» ⁽¹⁾

Die Dinge der Welt nahmen nach 1945 ihren Lauf, als hätte es Nürnberg nie gegeben. Viele militärische und politische Aktionen der Folgezeit widersprachen



Atompilz von
«Little Boy» über
Hiroshima
(6. August 1945)

den Massstäben, die das IMT (Internationales Militärtribunal) vorgab, zu setzen. Seit Nürnberg wurden weit über 100 Kriege geführt, und keiner der Kriegsführenden kümmerte sich um das, was dort beschlossen worden war. Die USA und die UdSSR, die der Zweite Weltkrieg zu Weltmächten gemacht hatte und die in Nürnberg letztmalig freundschaftlich kooperierten, waren die Hauptverursacher. Sie hatten überall ihre Finger im Spiel.

So begann die Regierung Bush junior 2002 Aggressionskriege nach dem gleichen Schema, für das Deutsche zum Tode verurteilt wurden. Francis A. Boyle, Professor für internationales Recht an der Hochschule für Recht des US-Staates Illinois (Illinois College of Law), schrieb 2005:

«Tatsächlich ist es die grosse Ironie der heutigen Situation, dass vor 60 Jahren in Nürnberg Repräsentanten der US-Regierung an der Verfolgung, Aburteilung und Hinrichtung von Vertretern der nationalsozialistischen Regierung teilnahmen, dafür dass diese einige derselben verabscheuungswürdigen, internationalen Verbrechen begangen hatten, die Mitglieder der Regierung Bush junior überall auf der Welt den Völkern gegenwärtig zufügen.»⁽²⁾ (tk)

Quellen:

Franz W. Seidler, Das Recht in Siegerhand, Pour le Mérite, 2007

1. Stars and Stripes (Zeitung für die Truppen der US-amerikanischen Streitkräfte), 19. September 1946

2. informationclearinghouse.info/article9136.htm (zuletzt geöffnet am 06. September 2006)

In der Folge findet sich eine kleine Zusammenstellung der Kriegshandlungen der USA seit 1945:

1945 bis 1960	China	100.000 Soldaten und CIA-Operationen zur Unterstützung Tschang-Kai-Scheks
1946	Italien	Die CIA sabotierte Wahlen.
1946	Bolivien	Die CIA organisierte den Sturz und die Ermordung des reformerischen Präsidenten Gualberto Villarroel López.
1947	Griechenland	Logistisches, finanzielles und technisches Eingreifen der USA zur «Abwehr des Kommunismus» in Form der Unterstützung der faschistischen Diktatur
1950 bis 1953	Korea	Kriegshandlungen der USA gegen Nordkorea
1953	Iran	Die CIA betrieb den Sturz des Premierministers Mohammad Mossadegh.
1954	Guatemala	Die CIA organisierte eine Söldnerinvasion gegen Guatemalas Präsidenten Jacobo Arbenz Guzmán.
1956	Ägypten	Militärisches Eingreifen der USA in der «Suez-Krise»
1958	Libanon	Militärisches Eingreifen der USA im Bürgerkrieg
1958	China	Militärisches Eingreifen der USA in der Taiwan-Strasse
1959	Kuba	Logistisches, finanzielles und technisches Eingreifen der USA zum Sturz der Regierung von Ministerpräsident Fidel Castro
1960	Kongo	Die CIA betrieb einen Putsch gegen die Regierung. Der demokratisch gewählte Ministerpräsident Lumumba wurde ermordet.
1961	Kuba	Eine von den USA ausgebildete und ausgerüstete Guerillagruppe aus Exilkubanern scheiterte bei der Invasion in der Schweinebucht auf Kuba. Die Operation wurde durch die US-amerikanische Bombardierung kubanischer Luftabwehrstellungen vorbereitet.
1963	Dominikanische Republik	Der legitime Präsident wurde unter direkter Beteiligung der CIA gestürzt.
1964	Laos	jahrelange massive direkte Kriegshandlungen der USA gegen Laos
1964	Brasilien	Mit logistischer Unterstützung durch die CIA wurde der linksgerichtete Präsident João Goulart gestürzt. Es erfolgte die Errichtung einer Militärdiktatur durch die USA, die bis 1982 das Land beherrschte.
1964 bis 1975	Vietnam	Kriegshandlungen der USA gegen Nordvietnam.
1964 bis 1982	Bolivien	Die USA inszenierten eine Vielzahl von militärischen Staatsstreichchen.
1965	Dominikanische Republik	Militärintervention der USA mit Installation einer Marionettenregierung
1965	Kambodscha	Kriegshandlungen der USA gegen Kambodscha zur Ausweitung des Vietnamkrieges
1965	Indonesien	Militärputsch unter direkter Beteiligung der CIA.
1966	Ghana	Die CIA betrieb einen Putsch gegen den Präsidenten Nkrumah.
1967	Israel	Logistisches, finanzielles und technisches Eingreifen für Israel gegen die arabischen Staaten in Nahost im «Sechs-Tage-Krieg»
1970	Kambodscha	Eingreifen der USA zur Installation einer Marionettenregierung und Ausweitung des Vietnam-Krieges auch auf Kambodscha
1970	Jordanien	Im jordanischen Bürgerkrieg ergriffen die Vereinigten Staaten Partei für das Königshaus und entsandten Flugzeugträger und Kriegsschiffe ins östliche Mittelmeer.
1971	Indien/Pakistan	Im indisch-pakistanischen Konflikt um die Unabhängigkeit Bangladeschs entsandten die Vereinigten Staaten Flottenverbände in den Golf von Bengalen.
1973	Chile	Die CIA stürzte Präsident Salvador Allende. In der Folge des Putsches wurden mindestens 3.000 Menschen umgebracht. Die Macht übernahm auf Betreiben der USA eine Militärjunta.
1975	Peru	Die USA förderten einen Staatsstreich gegen den peruanischen Präsidenten Alvarado.
1976	Angola	Militärisches Eingreifen der USA zur Unterstützung von «Rebellen» in ihrem Kampf gegen die Regierung.
1976	Argentinien	Die CIA betrieb einen Militärputsch gegen die Regierung und installierte eine Militärdiktatur.
1977	El Salvador	Logistisches, finanzielles und technisches Eingreifen der USA, Folge
1981	Nicaragua	Finanzielle, militärische und logistische Unterstützung der USA für Anhänger der davongejagten Diktatur von Anastasio Somoza und Kampf gegen die Regierung von Nicaragua
1981	Panama	Der seit 1970 auf einer geheimen und später vom Kongress veröffentlichten Mordliste des CIA stehende General Omar Torrijos – seit 1968 der führende Politiker in Panama – wurde von der CIA durch eine als Hubschrauberabsturz getarnte Aktion umgebracht.
1981	Afghanistan	Massive finanzielle, militärische und logistische Hilfe der USA für die Taliban in ihrem Kampf gegen die sowjetische Besetzung



1982	Argentinien	Militärische Unterstützung der USA für die britische Armee im Falkland Krieg
1983	Libanon	Militärisches Eingreifen der USA in den libanesischen Bürgerkrieg
1983	Grenada	Direkte Kriegshandlungen der USA gegen die dortige Regierung
1986	Libyen	Direkte Kriegshandlungen der USA gegen die dortige Regierung
1989	Panama	Kriegshandlungen der USA gegen die dortige Regierung, Panama wurde besetzt. Der Präsident Panamas, General Manuel Noriega, wurde in die USA entführt.
1990	Liberia	Kriegshandlungen der USA im dortigen Bürgerkrieg
1990	Kolumbien	Kriegshandlungen der USA zur Bekämpfung kommunistischer Rebellen
1991	Irak	Kriegshandlungen der USA nach der Besetzung Kuwaits durch den Irak
1992	Jugoslawien	Kriegshandlungen der USA zur Schwächung und Destabilisierung von Jugoslawien
1992	Irak	militärisches Eingreifen der USA zur Errichtung und Durchsetzung einer Flugverbotszone für irakische Flugzeuge
1992	Somalia	Direktes militärisches Eingreifen der USA in den dortigen Bürgerkrieg
1994	Haiti	Die USA setzten militärisch die Reinstallation des 1991 durch einen Militärputsch gestürzten Präsidenten Jean-Bertrand Aristide durch.
1998	Sudan	Militärische Intervention der USA in Form eines Luftangriffs auf eine angebliche Giftgasfabrik, die sich im Nachhinein als Arzneimittelfabrik herausstellte
1999	Jugoslawien	Kriegshandlungen der USA in Form von umfangreichen Bombardements gegen Ziele in Jugoslawien zur Abspaltung des Kosovo

M1A1-Ab-
rams-Kampf-
panzer im
Irakkrieg 2003



2001	Afghanistan	massive Kriegshandlungen der USA zum Sturz des Taliban-Regimes, Einsetzen eines Marionetten-Regimes zur dauerhaften militärischen Besetzung.
2003	Irak	Kriegshandlungen der USA gegen den Irak zum Sturz des Regimes von Saddam Hussein sowie zur dauerhaften militärischen Besetzung
2004	Haiti	Truppenstationierung nach dem Sturz von Präsident Jean-Bertrand Aristide zur Unterdrückung von Unruhen in der Bevölkerung
2011	Libyen	Kriegshandlungen der USA zum Sturz von Präsident Gaddafi
2011	Irak & Syrien	Militäreinsätze gegen Syrien unter dem Vorwand, den Islamischen Staat (IS) zu bekämpfen, der wie Taliban und Al Quaida von den USA gegründet, aufgebaut und umfassend finanziert worden war.

3

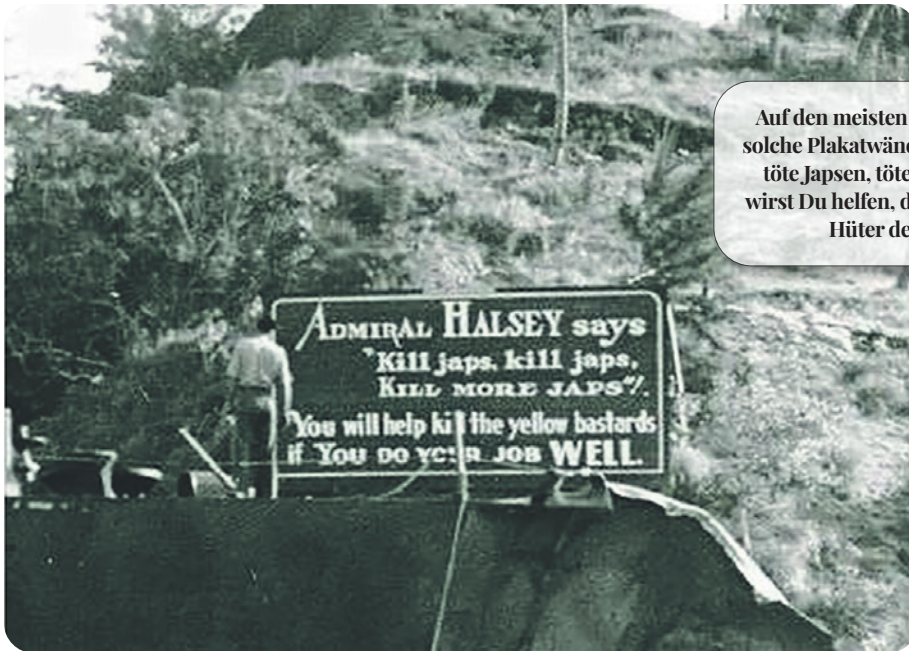
Gleichheit vor dem Gesetz und «Tu-quoque» («Auch-du»)-Argument - Eine Seite wird entlastet, wenn sie der anderen dieselbe Tat nachweisen kann.

In Nürnberg durften nur solche Personen angeklagt werden, die «im Interesse der europäischen Achsenmächte», also Deutschlands und seiner Verbündeten, gehandelt hatten, jedoch keine, die im Namen der Alliierten Verbrechen gehandelt hatten. Von der Verteidigung durften Kriegsverbrechen der Sieger nicht erwähnt werden.

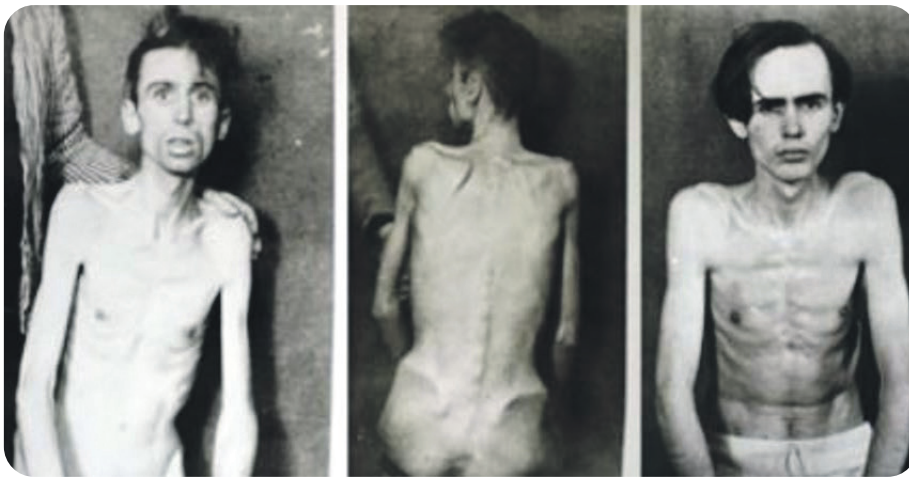


Massaker an deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg, die sich ergeben hatten, zählen zu den dunklen Geheimnissen der US-amerikanischen Militärgeschichte.

Das IMT unterdrückte jeden Hinweis darauf, dass sich die Alliierten gleicher, ähnlicher oder schlimmerer Verstöße gegen das Kriegsvölkerrecht, gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht hatten als die Deutschen. Sooft ein Verteidiger auf einen solchen Verstoß zu sprechen kam, schaltete sich die Anklagevertretung ein, wenn der Vorsitzende Richter nicht von sich aus tätig wurde. Der sowjetische Anklagevertreter war bei diesem Punkt hellwach, weil er am meisten zu befürchten und am meisten zu verbergen hatte. Der sowjetische Hauptankläger nannte das Ansinnen der Verteidigung, die Untaten der Gegenseite zu zitieren, «befremdlich». Es handle sich um einen Pro-



Auf den meisten US-amerikanischen Basen im Südpazifik gab es solche Plakatwände mit den Worten Admiral Halseys: «Töte Japsen, töte Japsen, töte mehr Japsen! Wenn Du Deinen Job gut machst, wirst Du helfen, die gelben Bastarde zu töten.» Die USA wirkten als Hüter der Moral in Nürnberg recht fehl am Platz.



Ging es den Zwangsarbeitern im Dritten Reich schlechter als diesen deutschen Nachkriegsgefangenen im britischen Lager in Bad Nenndorf?

zess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher und nicht um ein Verfahren gegen andere. Alle Fragen nach alliierten Kriegsverbrechen wurden abgeblockt.⁽¹⁾

Alle vier Alliierten begingen Kriegsverbrechen in grosser Zahl. Dazu gehörten die Erschiessung deutscher Kriegsgefangener, die Unterstützung des Partisanenkrieges in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten und die Flächenbombardements deutscher Städte bis in die letzten Kriegstage. Von den Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die Engländer und Franzosen in ihren Kolonien begangen hatten, und von den Konzentrationslagern für japanischstämmige Bürger in den USA war beim Prozess nicht die Rede. Nur bei der Rechtfertigung des deutschen U-Boot-Krieges räumten die Westalliierten ein, ebenso gehandelt zu haben wie die Deutschen.

Was sich die Westalliierten in den zwanzig Jahren vor dem IMT an Völkerrechtsverstössen geleistet hatten, war noch gering im Vergleich zu dem, was sich das bolschewistische Regime der UdSSR zuschulden kommen liess: Millionen von

Menschenopfern während der Säuberungen, Angriffskriege gegen Polen und Finnland 1939, Kriegsverbrechen gegen finnische, deutsche, italienische, rumänische, kroatische und slowakische Soldaten im Zweiten Weltkrieg, die in die Hände der Roten Armee fielen; ein völkerrechtswidriger Partisanenkrieg, der als antifaschistischer Befreiungskrieg getarnt wurde; eine Politik der verbrannten Erde, die Vergewaltigung und Ermordung von Millionen Deutschen bei der Besetzung des Reichsgebiets und vieles mehr. Eigentlich war es ein Witz, dass Vertreter eines Landes, das seit 1917 Verbrechen auf Verbrechen angehäuft hatte, über «Hauptkriegsverbrecher» zu Gericht sitzen durften, die angeklagt waren, das gleiche getan zu haben wie die Sowjets.

Zwangsarbeit

Eines der brisanten Themen, für das nur die Deutschen verantwortlich gemacht wurden, war die Frage der Zwangsarbeiter. Das Thema durchzog den ganzen Prozess. Beschuldigt am Zwangsarbeitereinsatz be-

teiligt gewesen zu sein beziehungsweise diesen organisiert zu haben, wurden vor allem Reichsmarschall Hermann Göring, Reichsminister für Bewaffnung und Munition Albert Speer, der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz Fritz Sauckel und der Generalgouverneur in Polen Hans Frank.

Am Ende des Krieges befanden sich rund sieben Millionen ausländische Arbeiter in Deutschland. Ein grosser Teil von ihnen war freiwillig gekommen, aber ein nicht unbeträchtlicher Teil war zwangsrekrutiert worden. Die Anklage beschäftigte sich nur mit den letzteren. Die anderen waren uninteressant. Schon das Vorhandensein von Freiwilligen deutete darauf hin, dass die Arbeitsbedingungen bei aller Härte des Krieges bei den Deutschen nicht so menschenunwürdig gewesen waren, wie sie dargestellt wurden. In seinem Plädoyer zur Frage wies Verteidiger Dr. Seidl darauf hin, dass sich nach dem Kriegsende Hunderttausende sogenannter Zwangsarbeiter weigerten, in ihre Heimat zurückzukehren, obwohl niemand sie daran hinderte. Unter diesen Umständen könne angenommen werden, «dass der Zwang nicht so gross und die Behandlung in Deutschland nicht so schlecht gewesen sein kann, wie von der Anklage behauptet wird».

Über das Schicksal der nach dem Zweiten Weltkrieg verschleppten Deutschen wurde nicht geredet. Das fiel unter das unausgesprochene «tu-quoque»-Verbot. Etwa 900.000 Zivilisten waren in die UdSSR zwangsdeportiert worden, von denen fast die Hälfte starb. Über 3 Millionen deutschen Kriegsgefangenen in russischer Gefangenschaft wurde die ihnen nach der Haager Landkriegsordnung und der Genfer Kriegsgefangenenkonvention zustehende Entlassung verweigert, weil sie als Zwangsarbeiter verwendet wurden. 30.000 deutsche Kriegsgefangene wurden widerrechtlich in den belgischen Kohlegruben zwangsbeschäftigt. Fast 700.000 Kriegsgefangene übergaben die Amerikaner den Franzosen zum Arbeitseinsatz. Zahlreiche deutsche Wissenschaftler und andere Fachkräfte wurden aus Deutschland in die Siegerländer abtransportiert. Die Alliierten taten sogar zur gleichen Zeit, als sie über die Zwangsarbeiterfrage im Deutschen Reich während des ▶



► Zweiten Weltkriegs richteten, genau das, was die verurteilten.

Als Dr. Seidl in seinem Abschlussplädoyer für Frank am 11. Juli 1946 eine Beziehung herstellen wollte zwischen den deutschen Umsiedlungen im besetzten Polen, die – obwohl sie in der Regel ohne Gewalttaten verliefen – als Verbrechen gegen die Menschlichkeit am Pranger standen, und den von den Alliierten in Potsdam gebilligten Vertreibungen der Deutschen aus Ostdeutschland, wurde er vom Anklagevertreter sofort unterbrochen. Zur Entschuldigung Franks, dem die menschenrechtswidrige Behandlung der Polen im Generalgouvernement vorgeworfen wurde, erwähnte Dr. Seidl, dass auch die Siegermächte Konzentrationslager für Staatsfeinde eingerichtet hätten. Prompt wurde er von Robert Kempner, dem Hilfsankläger der USA, unterbrochen: «Wir erheben Einspruch. Diese Sache ist völlig unerheblich.» Seidl kam auch nicht dazu, die Passagen aus dem Hirtenbrief der deutschen Bischöfe zu verlesen, in denen das unmenschliche Vorgehen der Tschechen, Polen, Ungarn und Jugoslawen gegen Deutsche gerügt



Robert M. Kempner wirkte in Nürnberg als Vertreter des Hauptanklägers Taylor. Selbst die von den Siegern ausgewählte Lizenzpresse (siehe S.157 ff.) bezeichnete ihn als «Menschenjäger».



«Die Zerstörung von Dresden war eines jener Verbrechen gegen die Menschlichkeit, deren Urheber in Nürnberg unter Anklage gestellt worden wären, wenn jener Gerichtshof nicht in ein blosses Instrument alliierter Rache pervertiert worden wäre.»

Richard Crossman, prominenter sozialistischer Politiker aus Grossbritannien

Quelle: spiegel.de, «Überall Leichen, überall Tod», 13.02.2018



wurde. Beide Male entschied Lordrichter Sir Geoffrey Lawrence, dass dieser Punkt «unerheblich» sei. Immerhin durfte er, als er auf die angebliche Verschleppung polnischer Arbeiter nach Deutschland zu sprechen kam, anführen, dass viele von ihnen nach dem Krieg keine Lust hätten, nach Hause zurückzukehren.

Churchill als Zeuge abgelehnt

Als Görings Verteidiger Dr. Stahmer am 22. März 1946 auf den Luftkrieg zu sprechen kam, schaltete sich der britische Ankläger ein: «Ich widerspreche diesem Beweisvorbringen.» Der Vorsitzende entschied wieder: «Es scheint mir, Dr. Stahmer, dass diese Frage genauso liegt wie die, über die wir gerade entschieden haben.» Der britische Ankläger David Maxwell Fyfe protestierte gegen die beabsichtigte Ladung Winston Churchills als Zeugen. Churchill sollte bestätigen, dass er 1937 gegenüber dem deutschen Botschafter von Ribbentrop bei einem Besuch in der Botschaft geäußert hatte, England müsse Deutschland zerstören, wenn Deutschland zu stark werde. Der britische Ankläger stellte sich sofort schützend vor seinen Landsmann und erhob Einspruch. Es habe sich lediglich um ein Gespräch «zwischen dem deutschen Botschafter und einem Herrn, der damals keine Amtsstellung in England bekleidete», gehandelt – gemeint war Churchill, der erst

1939 wieder Erster Lord der Admiralität und im Mai 1940 Premierminister wurde. Dr. Martin Horn, der Verteidiger Ribbentrops, liess nicht locker: Diese Äusserung Churchills sei so wichtig, weil sie Hitler zu der Konferenz vom 7. November 1937 veranlasste, die von seinem Adjutanten Oberst Friedrich Hossbach als anzweifelhafte Niederschrift überliefert wurde. (siehe S.152 f.) Das Gericht liess nicht einmal die Einholung von eidesstattlichen Erklärungen zu diesen strittigen Fragen zu. ⁽²⁾

Am Ende des Prozesses, am 30. August 1946, wollte Dr. Hans Laternser, Verteidiger von Generalstab und Oberkommando der Wehrmacht, einen Brief als Beweismittel einbringen, der zeigte, dass bei einer der alliierten Nationen – nämlich den Briten – «der bakteriologische Krieg als offensive und defensive Waffe vorbereitet» wurde. Der Richter wies ihn darauf hin, dass «alle Anspielungen auf das, was die Alliierten gemacht hätten», unerheblich seien.

Weil das IMT alle Hinweise auf alliierte Völkerrechtsvergehen unterband, konnte es keinerlei moralische Autorität gewinnen. Zwar hielten sich die Westalliierten, vor allem die USA, eine «hohe demokratische Moral» zugute, aber zu dem Eingeständnis, dass sie im Grunde nicht weniger schlimm waren als die Deutschen, fanden sich die Sieger selbstverständlich nicht bereit. ⁽³⁾ Der Verweis auf die Untaten anderer kann zwar die eigene Schuld nicht tilgen, relativiert jedoch die Anklage. Wenn Kläger und Beklagte das gleiche tun, müssen beide verurteilt werden oder keiner.

Kritische Situationen in der Anklagebehörde

In den meisten Fällen gelang den gemeinsamen Anstrengungen von Anklage und Richtern, kritische Situationen, die die Alliierten in Erklärungsnot gebracht hätten, zu unterdrücken. Nur wenige Male misslangen diese Manöver. Folgende fünf Fälle stachen besonders ins Auge:

Nach offizieller Geschichtsschreibung

**Tote durch Luftangriffe
auf britischer Seite im
Zweiten Weltkrieg**

Ca. 43.000

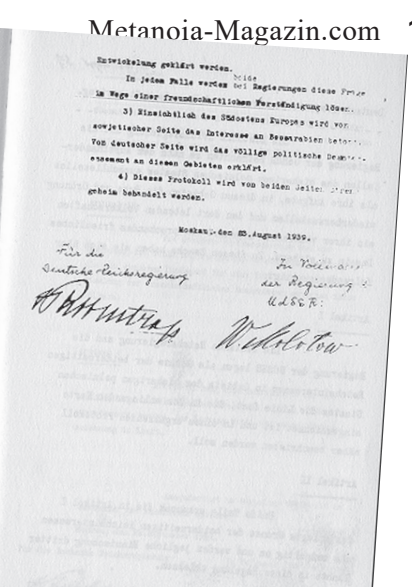
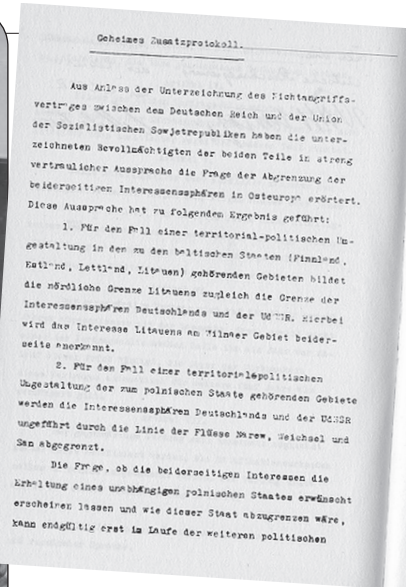
**Tote durch Luftangriffe
auf deutscher Seite im
Zweiten Weltkrieg**

Ca. 635.000

Bekanntlich schreibt der Sieger die Geschichte, doch selbst nach offiziellen Zahlen haben die Briten durch ihren Luftkrieg ca. 15mal mehr Deutsche (meist Zivilisten) getötet als andersherum.



Moskau, 24.
August 1939: Handschlag
zwischen Stalin und dem
deutschen Aussenmini-
ster Ribbentrop nach
der Unterzeichnung des
Deutsch-sowjetischen
Nichtangriffsakts.



Das Original des geheimen Zusatzprotokolls wurde erst in den 90ern entdeckt. Die Verteidiger in Nürnberg hatten es angeführt, um zu zeigen, dass Stalin ebenso grosse, wenn nicht gar grössere Eroberungspläne als Hitler hegte. Das Abkommen präzisierte u.a. die Aufteilung Polens und schlug die baltischen Staaten der Sowjetunion zu.

1. das geheime Zusatzabkommen zum Ribbentrop-Molotow-Vertrag vom 23. August 1939
2. die britischen Invasionspläne in Norwegen
3. die Katyn-Frage
4. der deutsch-britische Flottenvertrag vom 18. Juni 1935
5. die Verhandlungsbereitschaft der deutschen Regierung im August 1939

1. Geheimes Zusatzabkommen: Nicht einmal der sowjetische Anklagevertreter ahnte, dass bei der Verteidigung von Hitlers Aussenminister Joachim von Ribbentrop am 28. März 1946 eine Bombe platzen würde. Ribbentrops Verteidiger Dr. Martin Horn trug vor, dass zu dem am 23. August 1939 abgeschlossenen Ribbentrop-Mo-

lotow-Vertrag/Deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt eine streng geheime Zusatzklausel gehörte, die die deutschen und russischen Interessenssphären in sechs osteuropäischen Staaten festlegte. Die Sekretärin Ribbentrops bestätigte, dass es einen solchen Geheimvertrag gab. Um Dr. Horn zu unterstützen, erwähnte Dr. Alfred Seidl, der den Angeklagten Hess verteidigte, eine eidesstattliche Versicherung von Dr. Friedrich Gaus, langjähriger Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin, in der dieser bestätigte, dass es einen solchen Geheimvertrag gab. Da er keine Kopie des Vertrages in den Händen hatte, nahm das Gericht, um die Sowjets nicht zu verärgern, keine Notiz von dem Vortrag der Verteidiger. Er durfte nicht zu den Akten genommen werden. Wenn die

Deutschen der Verschwörung gegen den Frieden beschuldigt wurden, dann hätten die Sowjets genauso dessen beschuldigt werden müssen. Gegen die Vernehmung von Zeugen über das Zustandekommen der Verträge erhob die Anklagevertretung Einspruch. Später konnte Seidl sogar den verifizierten Wortlaut des Vertrags in die Hände bekommen, womit die Blamage für die Sowjets perfekt war. Der Beweis wurde dennoch vom Gericht abgelehnt.

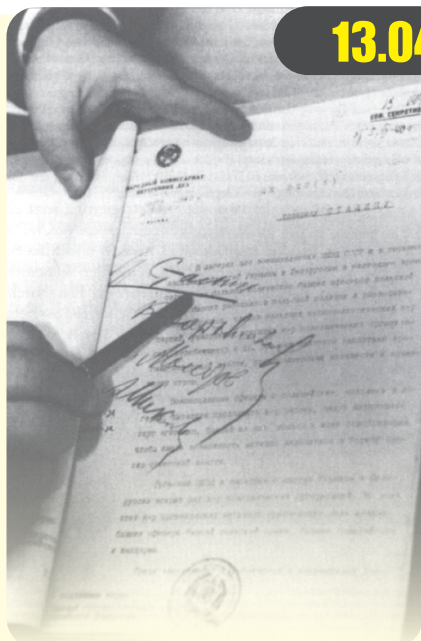
2. Britische Invasionspläne: Der Grossadmiral Erich Raeder düpierte die Briten, als er am 20. Mai 1946 dem Gericht klarmachte, dass diese schneller in Norwegen sein wollten als die Deutschen. Die Deutschen hatten laut Raeder so viele Nachrichten darüber, dass sie die Einschiffung der deutschen Truppen für das Unternehmen «Weserübung», das der Besetzung Norwegens und der Sicherung der für das Deutsche Reich äusserst wichtigen Erzverschiebungshafens Narvik dienen sollte, beschleunigen mussten, um ihnen zuvorzukommen. In der zweiten Märzhälfte 1940 hätten die norwegischen deutschfreundlichen Politiker Vidkun Quisling und Albert Viljam Hagelin von der «Nationalen Sammlung» die Deutschen mehrfach vor einer englischen Besetzung des Landes gewarnt. «Und dann erwies sich alles als richtig», sagte Raeder im Kreuzverhör. In der Nacht vom 7. bis zum 8. April 1940 hatten die Engländer tatsächlich Minen in den norwegischen Küstengewässern verlegt, um ihre Landung abzusichern. Am 9. April 1940 landeten die deutschen Truppen in Norwegen. Es gelang der britischen Flotte nicht, die deutschen Schiffe abzufan- ▶



Die deutschen Zerstörer Diether von Roeder und Wolfgang Zenker im Hafen von Narvik



13.04.1990: Sowjetmord in Katyn fliegt endgültig auf



Der von Stalin am 05. März 1940 unterzeichnete Befehl zur Ermordung des polnischen Offizierskorps in Katyn. Das Dokument tauchte ebenso wie der Berija-Vorschlag im Oktober 1992 auf und wurde vom damaligen amtierenden russischen Präsidenten Boris Jelzin dem polnischen Präsidenten Lech Walesa überlassen.

Am Karfreitag, dem 13. April 1990, gestand die Sowjetregierung offiziell ein, dass der frühere sowjetische Geheimdienst NKWD unter Stalin über 20.000 Gefangene in Katyn und anderenorts 1940 ermordet hatte. In der Nacht vom 3. auf 4. April 1990 wurden die die Deutschen dieses Verbrechens bezichtigenden Tafeln in Katyn entfernt. Polens Staatschef Jaruzelski legte am 14. April 1990 an der Gedenkstätte Katyn nach einem Besuch beim Kremlchef Gorbatschow einen Kranz nieder und hielt einen Totenappell ab. ⁽¹⁾ Am 14. Oktober 1992 gab die Moskauer Regierung die Originaldokumente zum Fall Katyn für die Weltöffentlichkeit frei. Darunter war unter anderem der Vorschlag des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten, L. Berija, an Stalin vom März 1940, Nr. 794/5 und «Streng geheim», mit dem Wortlaut:

«An Genossen Stalin,

in den Gefangenenlagern des NKWD der UdSSR und in den Gefängnissen der westlichen Gebiete der Ukraine und Weissrusslands werden gegenwärtig eine grosse Anzahl ehemaliger Offiziere der polnischen Armee, ehemalige Mitarbeiter der polnischen Polizei und andere festgehalten.

Ausgehend davon, dass sie alle eingefleischte und unverbesserliche Feinde der Sowjetmacht sind, hält es der NKWD der UdSSR für unausweichlich:

1. Die Angelegenheit der sich in Kriegsgefangenenlagern befindlichen 14.700 ehemaligen polnischen Offiziere, Beamten, Gutsbesitzer, Polizisten, Gendarmen und Gefängniswärter

2. und auch die Angelegenheit der verhafteten und sich im Gefängnis der westlichen Gebiete der Ukraine und Weissrusslands befindenden 11.000 Mitglieder verschiedener konterrevolutionärer Gruppen zu behandeln und die höchste Strafe über sie zu verhängen – die Erschiessung.

Im weiteren die Behandlung dieser Angelegenheit ohne die Vorladung der Verhafteten und ohne Eröffnung der Anklage durchzuführen.

Der Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der Union der UdSSR
L. Berija.»

gen. Die Eroberung Narviks durch die Briten misslang. So sehr sich auch der britische Anklagevertreter Maxwell Fyfe bemühte, die Verletzungen der norwegischen Neutralität als deutsches Kriegsverbrechen hinzustellen, sah er sich plötzlich in der Position eines Angeklagten. Von Raeder in die Enge getrieben, wechselte er das Thema und sprach vom U-Boot-Krieg gegen Russland in der Ostsee.

3. Katyn: Am 1. Juli 1946 folgte die nächste grosse Blamage der Sowjets. Überzeugt von der Unangreifbarkeit der Position als Siegermacht, machten die sowjetischen Ankläger im Auftrag ihrer Regierung die Deutschen für das Massaker an polnischen Offizieren bei Katyn in der Nähe von Smolensk verantwortlich, wo im April und im Mai 1941 tausende polnische Offiziere erschossen worden waren.

Weil die deutschen Verteidiger die Katynfrage mehrfach zur Sprache brachten, liess das Gericht gegen den Widerstand der russischen Seite eine beschränkte Beweisaufnahme zu. Sie fand am 01. Juli 1946 statt. Jeder Seite wurde erlaubt, drei Zeugen zu benennen. Nachdem die drei Zeugen der Verteidigung mit klareren Argumenten überzeugt hatten als die drei russischen Anklage-Zeugen, tauchte das Wort «Katyn» im Urteil nicht mehr auf. In

Exhumierte
Opfer in Katyn
(April 1943)



diesem Fall hatte sich die deutsche Seite mehr oder weniger erfolgreich gegen die Beschuldigungen der Russen verteidigt.

4. Flottenvertrag: Zu den Fragen um den deutsch-englischen Flottenvertrag vom 18. Juni 1935, mit dem Deutschland erlaubt wurde, seine Flotte aufzurüsten und der als erster Schritt in Richtung der an-

geblichen Kriegsziele Deutschlands gedeutet wurde, gelang es dem Verteidiger Ribbentrops Dr. Horn, am 28. März 1946 den Chefdolmetscher des Auswärtigen Amtes Dr. Paul Schmidt als Zeugen vorzuladen. Die drei anderen Zeugen, die er beantragt hatte, waren auf Antrag der Anklage vor Gericht abgelehnt worden. Der Anklagebehörde gefiel sicherlich nicht, was Dr.



Im April 1990 empfängt der polnische Präsident Wojciech Jaruzelski zwei Kassetten mit Katyn-Dokumenten vom russischen Staatsoberhaupt Michail Gorbatschow, die belegen, dass die Sowjets für die Gräueltaten von Katyn verantwortlich waren.

In einem Schauprozess in der Sowjetunion wurden, nachdem die Massengräber bei Katyn gefunden waren, wider besseres Wissen dafür nicht verantwortliche deutsche Offiziere und Soldaten des Massenmordes angeklagt, zum Tode verurteilt und gehängt. Die wahren Verantwortlichen wurden nie zur Rechenschaft gezogen. (fk)

Quelle: 1. Frankfurter Allgemeine Zeitung 14./17.04.1990

Schmidt zu sagen hatte. Wahrscheinlich bereute sie, dass sie ihn nicht gleichfalls abgelehnt hatte.

Dr. Horn konnte aufgrund dessen, was Dr. Schmidt sagte, behaupten, dass Außenminister Ribbentrop zu diesem Zeitpunkt «nicht zielbewusst auf einen Angriffskrieg hingewirkt noch an einer Verschwörung zur Entfesselung eines Angriffskrieges, zumindest damals nicht, teilgenommen» hatte.

5. Verhandlungsbereitschaft: Zu den Punkten, die in Nürnberg unter den Teppich gekehrt wurden, gehörten auch die Umstände des Kriegsausbruchs 1939.

Grossbritannien und Frankreich hatten am 03. September 1939 dem Deutschen Reich den Krieg erklärt, nachdem sie vorher den Polen den Rücken gestärkt hatten, keine Verhandlungen über Danzig, den Korridor und die Volksdeutschen in Polen aufzunehmen, so dass Deutschland die offenen Fragen mit militärischen Mitteln beantwortete.

Die Aussagen des Dolmetschers Dr. Schmidt über die Besprechung zwischen Hitler, dem britischen Botschafter Sir Neville Henderson und Ribbentrop am 25. August 1939 waren dem Gericht nicht willkommen, weil deutlich wurde, dass Hit-

ler und Ribbentrop zu einer Einigung mit Polen kommen wollten. Dr. Horn wurde vom Vorsitzenden gemassregelt, als er den Dolmetscher Dr. Schmidt bat, zu erläutern, welchen Eindruck Hitler auf ausländische Staatsmänner gemacht hatte. Er wollte deutlich machen, dass er bei ihnen in hohem Ansehen stand. Der Vorsitzende sagte: «Der Gerichtshof glaubt kaum, dass dieser Punkt erheblich ist. [...] Das beeinflusst uns in keiner Weise.»

Dr. Schmidt berichtete als Zeuge auch von der deutschen Reaktion auf das britische Ultimatum, das Botschafter Henderson am 03.09.1939 der Reichsregierung überbrachte. Er beschrieb die niedergedrückte Stimmung Hitlers, Ribbentrops, Görings, Goebbels' und anderer Kabinettsmitglieder. Leute, die einen Angriffskrieg führen wollen, hätten anders reagiert. Sie hätten sich freuen müssen, dass es endlich so weit war.

Angriffskriege

Wenn das Verbot des Angriffskrieges auch vergangene Kriege erfasste, wie es die Richter darstellten, dann hätten auch die Angriffskriege der Alliierten während des Zweiten Weltkriegs zur Sprache kommen und geahndet werden müssen. Das war jedoch nicht der Fall. Es ging nur um das Handeln der Deutschen. In Nürnberg wurde weder der Überfall der Sowjetunion ▶

Der britische Botschafter Henderson schüttelt Hitler die Hand. Laut dem Dolmetscher Schmidt strebten Hitler und Ribbentrop bei Gesprächen mit ihm Lösungen in Bezug auf Polen an. Sie hätten sich nicht so verhalten wie Personen, die an der Entfesselung eines Krieges interessiert waren.





Britischer Konvoi mit sowjetischer Eskorte, September 1941 im Iran. War die britisch-sowjetische Iran-Invasion nicht auch ein Angriffskrieg?



► auf Finnland im November 1939 noch der Einfall der Roten Armee in Litauen, Lettland und Estland ein paar Monate später thematisiert. Auch die Tatsache, dass Grossbritannien und die Sowjetunion im August 1941 den neutralen Iran besetzten, blieb unerwähnt. Noch bevor das Nürnberger IMT seine Arbeit aufnahm, griff am 08. August 1945 eine der Klägmächte, die Sowjetunion, das kapitulationsbereite Japan unter Verletzung des japanisch-sowjetischen Neutralitätspaktes vom 13. April 1941 an. All das war keinem Prozessbeteiligten ein Wort wert. In den Fällen, in denen das Deutsche Reich und die Alliierten im Zweiten Weltkrieg die gleichen Planungen umsetzten, waren vor dem IMT nur die Deutschen strafwürdig. Die deutsche Besetzung Norwegens im April 1940 wurde als Angriffskrieg bezeichnet, weil die Deutschen

angeblich nicht wissen konnten, ob die Engländer definitive Pläne für einen ähnlichen Schritt hatten. Es wurde nicht einmal bestritten, dass die Engländer Angriffspläne gehabt hatten. Aber da die Wehrmacht vor der britischen Armee anlandete, waren die Deutschen die Verbrecher. Auch der deutsche Einmarsch in Griechenland im April 1941 war laut der Anklage ein Angriffskrieg, obwohl die Engländer bereits einen Monat vorher Truppen an Land gebracht hatten. Angeblich hatte Deutschland auch ein Verbrechen gegen den Frieden begangen, weil es Japan gedrängt hatte, die USA anzugreifen. Der Beweis wurde nie erbracht. Es gibt viele Punkte, die das Nürnberger Prozessverfahren unglaublich machen, selbst wenn man von der grundsätzlichen Illegalität des Verfahrens absieht. Die einseitige Ausrichtung auf die

Völkerrechtsverstöße des Deutschen Reiches gehört zu den krassensten.

Die Haltlosigkeit der Worte Jacksons über die zukünftige Relevanz der Nürnberger Beschlüsse bei Angriffskriegen wurde wenige Jahre später deutlich, als 1950 der Koreakrieg ausbrach, als die UdSSR 1956 in Ungarn intervenierte und die Briten und Franzosen im gleichen Jahr den israelischen Angriffskrieg gegen Ägypten unterstützten. ⁽⁴⁾ (tk)



Quellen:

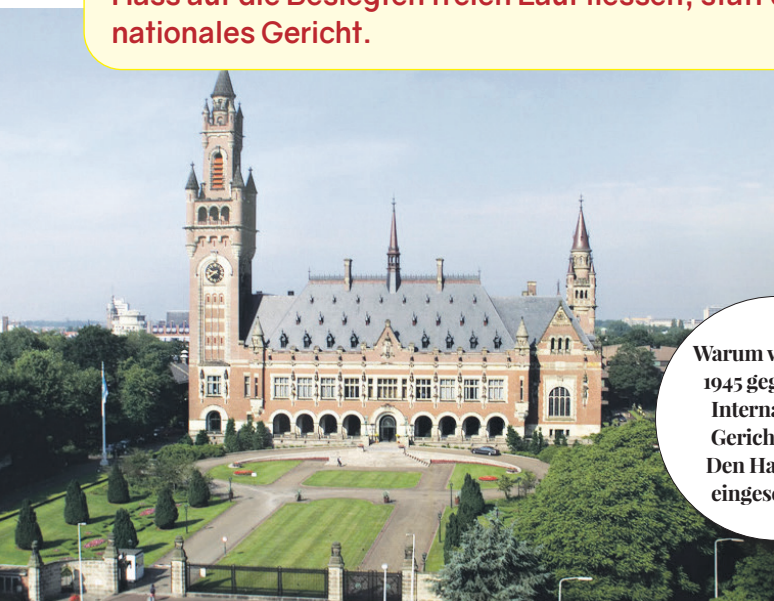
Franz W. Seidler, Das Recht in Siegerhand, Pour le Mérite, 2007

1. Viktor Freiherr von der Lippe, Nürnberger Tagebuchnotizen November 1945 bis Oktober 1946, Frankfurt, 1951, S.171
2. Ebenda, S.149
3. Otto Kranzbühler, Rückblick auf Nürnberg, Hamburg, 1949, S.16 f.
4. Joe J. Heydecker, Der Nürnberger Prozess, Köln, 1958, S.10

4

■ Gewaltenteilung bzw. Unabhängigkeit der Richter.

Geradezu grotesk war die Tatsache, dass die Verfasser des Nürnberger Gerichtsstatuts, die Ankläger und die Richter alle nur einer Partei, der der vier Sieger, angehörten und erkennbar ihrem Hass auf die Besiegten freien Lauf liessen, statt dem Recht zu dienen. Es war kein neutrales internationales Gericht.



Warum wurde der 1945 gegründete Internationale Gerichtshof in Den Haag nicht eingeschaltet?

Nach dem Zweiten Weltkrieg hätte es mehrere Möglichkeiten gegeben, die im Krieg wirklich begangenen Kriegsverbrechen aufzuklären und abzuurteilen. Aber in der Fülle ihrer Macht wiesen die Siegermächte andere Vorschläge als ihr Vorgehen zurück. Es bestanden prinzipiell vier andere Möglichkeiten, die Frage der Kriegsverbrechen zu regeln:

1. eine Generalamnestie für alle Verbrechen von Siegern und Besiegten wie nach dem Dreissigjährigen Krieg
2. ein Gericht aus Vertretern neutraler Staaten, vor dem sich Sieger und Besiegte nach denselben Massstäben zu verantworten hätten

3. die nationale Bewältigung der Verbrechen aller Kriegführenden mit einheimischen Richtern nach den Gesetzen ihrer Länder
4. die Beauftragung der neuen UNO und des alten Internationalen Gerichtshofes in Den Haag

Die Alliierten nutzten keine der vier Möglichkeiten. Sie bestanden auf dem Siegerrecht, über die Besiegten zu richten. Sie scheuten sich nicht vor der «einseitigen Gerechtigkeit», wie es die französische Zeitung Le Monde vom 27. November 1950 nannte.

Den Vorschlag, ein Gericht aus neutralen Staaten zur Aburteilung der den Deutschen zur Last gelegten Verbrechen einzusetzen, wimmelte Chefankläger Robert H. Jackson mit dem Argument ab, die Deutschen hätten so viele Länder angegriffen, dass es nur noch wenige Neutrale auf der Welt gebe. Das war zwar nachweislich falsch, weil die meisten Staaten Deutschland den Krieg erklärt hatten und nicht umgekehrt, verhinderte aber, dass die übriggebliebenen neutralen Staaten gefragt wurden, ob sie diese Aufgabe übernehmen würden. Jackson fürchtete wohl, dass ein neutrales Gericht seine Ermittlungen nicht

auf die deutsche Seite beschränken, sondern auch die alliierte Seite einbeziehen würde. In der Schweiz, in der Türkei und in Irland war die Bereitschaft, so einen Auftrag zu übernehmen nicht sehr ausgeprägt. Diese Länder standen sowieso unter dem Druck der Siegermächte, die fragten, warum sie nicht beizeiten wie die Italiener auf ihre Seite getreten waren. ⁽¹⁾ Wenige Jahre später kamen selbst bei denen, die auf der Siegerseite in diesen Prozessen mitgewirkt hatten, Skrupel wegen des eigenen Vorgehens auf, und sie fragten sich, ob ein Gericht aus Vertretern neutraler Staaten nicht die sinnvollste Lösung gewesen wäre. Der amerikanische Oberstleutnant McClure verlangte aufgrund seiner Erfahrungen als Richter und Ankläger in den Dachauer Kriegsverbrecherprozessen (Schwesterprozesse von Nürnberg), in Zukunft Kriegsverbrechen ausschliesslich von neutralen Richtern aburteilen zu lassen. ⁽²⁾ Auch die anderen Optionen wurden mit fadenscheinigen Begründungen abgelehnt. (tk)

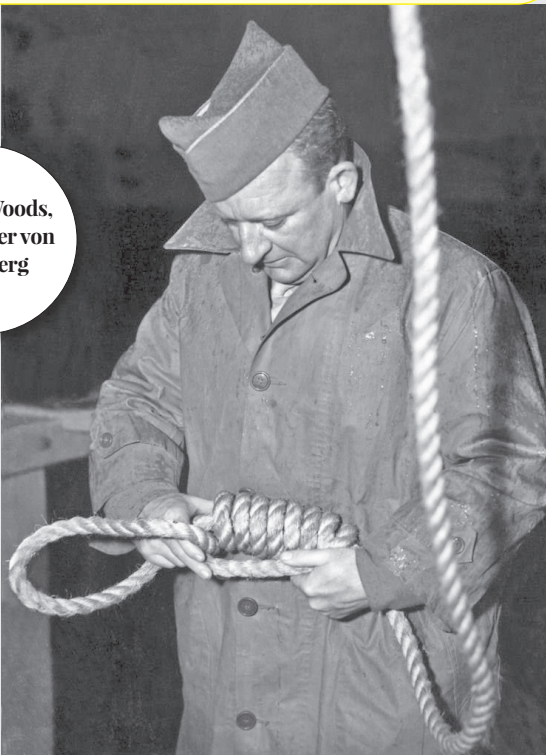
Quellen:

- Franz W. Seidler, Das Recht in Siegerhand, Pour le Mérite, 2007
 1. William J. Bosch, Judgement on Nuremberg, Chapel Hill, 1970, S.10
 2. The Times vom 20. Juli 1950

5. Möglichkeit der Berufung.

In Nürnberg war keine Berufung oder Revision zugelassen. Die Strafen wurden sofort nach den Urteilsprüchen vollstreckt, auch die Todesstrafen.

John C. Woods,
der Henker von
Nürnberg



«Der Mangel an Berufungsmöglichkeiten für die Angeklagten gibt mir das Gefühl, dass die Gerechtigkeit nicht genügend beachtet worden ist.» Mit diesen Worten kennzeichnete laut dem deutschen Verteidiger Rudolf Aschenauer der US-amerikanische Richter Charles F. Wennerstrum, ein Richter bei den Nürnberger Prozessen, das Verfahren. (tk)

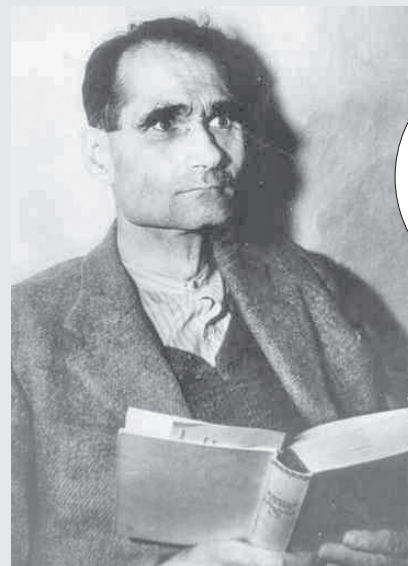
Quelle: Franz W. Seidler, Das Recht in Siegerhand, Pour le Mérite, 2007

6. Möglichkeit der Ablehnung des Gerichts oder einzelner Richter wegen Befangenheit.

Nach dem Statut für Nürnberg konnte keine solche Ablehnung erfolgen. Auch offensichtlich von Hass getriebene und Rechtsbeugung übende Richter durften urteilen und haben geurteilt.

Mit dem Londoner Statut gab sich das Gericht gegen die Hauptkriegsverbrecher eine Verfahrensordnung, die rechtlich unhaltbare, willkürliche und unübliche Festsetzungen enthielt. Nach Artikel 3 waren weder die Anklagebehörde noch der Angeklagte oder die Verteidigung berechtigt, den Gerichtshof und seine Mitglieder oder Stellvertreter abzulehnen. Befangenheitsanträge gegen einzelne Mitglieder des Tribunals, die sich zum Beispiel bei der Verfolgung von Deutschen hervorgetan oder ihrem Hass gegen Deutschland Ausdruck gegeben hatten und deshalb nach dem allgemeinen Rechtsempfinden befangen waren, waren ausgeschlossen. (tk)

Der ehemalige
Stellvertreter Hitlers,
Rudolf Hess in
seiner Gefängnis-
zelle in Nürnberg



Quelle:
Franz W. Seidler, Das Recht
in Siegerhand, Pour le
Mérite, 2007

7. Die Verteidigung muss sich für die Angeklagten ungehindert einsetzen können.

In Nürnberg wurde die Verteidigung massiv behindert, eingeschüchtert, teilweise sogar bedroht, in Einzelfällen wurden Verteidiger verhaftet und für einige Zeit festgesetzt. Ihre Arbeitsbedingungen waren unzumutbar. Ihnen wurden fast alle technischen Mittel vorenthalten.



Die Verteidigung der in Nürnberg Angeklagten wurde massiv behindert. Hier Alfred Seidl (Bild Mitte), der Verteidiger von Rudolf Hess und Hans Frank.

Wohl um zu verhindern, dass die Prozesse weltweit als Siegerjustiz (victors' justice) in Misskredit kamen, wurde den Angeklagten das Recht erteilt, Verteidiger ihrer Wahl zu nehmen. Dadurch wurde zumindest der Anschein eines gerechten Verfahrens gewahrt. Die Freisprüche der Kriegsverbrechergerichte, die hin und wieder vorkamen, wurden als Beweis dafür angesehen, wie fair die Prozesse waren. Tatsächlich täuschten sie nur über den fragwürdigen Gesamtcharakter der Prozesse hinweg.

Die Angeklagten in den Nürnberger Prozessen mussten vielfach auf Anwälte zurückgreifen, die ihnen vorher nicht bekannt waren, denn es durfte kein Verteidiger gewählt werden, der sich in alliierter Haft befand. Dort waren jedoch fast alle, die im

Dritten Reich im Justizdienst tätig gewesen waren. Unter den Verteidigern war deshalb keiner, der in den vergangenen zwölf Jahren als nationalsozialistischer Jurist bekannt gewesen war.⁽¹⁾

Kaum ein Anreiz, Verteidiger zu werden

Einige Anwälte, die gebeten wurden, die Verteidigung der Angeklagten zu übernehmen, lehnten ab, entweder weil sie aus politischen Gründen nicht für die Angeklagten eintreten wollten und oder weil sie sich im Hinblick auf ihre spätere berufliche Tätigkeit vor öffentlicher Diffamierung fürchteten. In der Bevölkerung konnten sie kaum mit Beifall rechnen. Die Lizenzpresse polemisierte gegen sie. Einige Verteidiger wur-

den persönlich so heftig attackiert, dass das Gericht für ihren Schutz sorgen musste. Die Kölner Anwaltskammer verweigerte zum Beispiel allen Anwälten, die sich zur Verteidigung von Deutschen bereit erklärten, die Zulassung. Gelegentlich wurden sogar Drohungen ausgesprochen, zum Beispiel gegenüber Dr. Hanns Marx von der Berliner Presse.⁽²⁾ Man brauchte Mut, um in Nürnberg als Verteidiger aufzutreten.

Für die Angeklagten des IMT arbeiteten insgesamt 50 deutsche Verteidiger, einige vor Gericht, einige in den Kommissionen und einige als Hilfsverteidiger. Sie wurden nicht in Dollar bezahlt, sondern in der verfallenen Reichsmarkwährung. Für jeden Mandanten erhielten sie 3.500 Reichsmark im Monat und mussten davon ihre Assistenten, Sekretärinnen und Hilfskräfte bezahlen, Nachforschungen finanzieren und den eigenen Lebensunterhalt bestreiten. Die Arbeitsbedingungen vor Ort waren denkbar schlecht. Allen Verteidigern zusammen standen anfangs nur zwei Telefonleitungen zur Verfügung. Weil ihr Geschäftszimmer zu klein war, teilten sich anfangs zwei Anwälte einen Schreibtisch. Erst im Januar 1946 durften sie in die geräumige Bibliothek des Gerichtsgebäudes umziehen.⁽³⁾ Die Staatsanwälte als Vertreter der Anklage standen ganz anders da. Sie hatten als Offiziere oder Angestellte der Besatzungsmacht kostenlosen Wohnraum in beschlagnahmten Villen und grosse Büros im Justizgebäude. Sie konnten alle Rechtsquellen unentgeltlich benutzen. Sie hatten Mitarbeiter, Hilfskräfte, Assistenten und Schreibhilfen in unbeschränkter Zahl. Der Fahrdienst der Armee besorgte ihren Transport.

Im angelsächsischen Strafrecht, nach dem das Nürnberger Verfahren offiziell geführt wurde, standen Ankläger und Verteidiger auf einer Stufe. In Nürnberg waren Welten dazwischen, im Gericht und ausserhalb.

Riesenvorsprung für die Anklage

Nach Artikel 16 des Londoner Statuts musste jeder Angeklagte innerhalb einer «angemessenen Zeit vor Beginn des Prozesses» eine Abschrift der Anklageschrift



Justizpalast Nürnberg, Schauplatz der Nürnberger Prozesse 1945–49, aufgenommen im Jahr 2007



Seltenes Farbfoto der Prozesse

vor dem IMT ausführte. Seine Mitarbeiter hatten die Aufgabe, nur die Schriftstücke herauszusuchen, die für die Anklage von Beweiskraft waren.

Die Anklagebehörde sah es als ihr gutes Recht an, jedes in ihrem Besitz befindliche Dokument und jeden Zeugen, die etwas zur Entlastung der Angeklagten beitragen könnten, vor der Gegenseite geheimzuhalten. Da nach dem angelsächsischen Prozessrecht das Gericht nicht die Aufgabe hatte, Beweismaterial für die eine oder andere Seite zu beschaffen, blieben viele Dokumente in den Händen der Anklage, die der Verteidigung hätten dienlich sein können. Ein Beispiel: Als Hauptmann Samuel Harris dem Chefankläger Jackson mitteilte, dass die Akten des Chefs der Reichskanzlei Hans Heinrich Lammers nichts Belastendes gegen Schacht enthielten, sondern eher seiner Verteidigung dienlich seien, blieben die Unterlagen bei der Anklage unter Verschluss.⁽⁴⁾

In der Nachmittagssitzung des 4. Juli 1946 monierte der Verteidiger Dr. Stahmer zu Beginn seiner Verteidigungsrede für Göring, dass das Kräfteverhältnis zwischen der Anklagebehörde und der Verteidigung «allzu ungleich» sei. Mit einem grossen Stab erfahrener Mitarbeiter habe die Anklagebehörde monatelang vor Beginn des Prozesses alle Archive durchforsten und Zeugen in allen Gebieten vernehmen können. (tk)

Quellen:

Franz W. Seidler, Das Recht in Siegerhand, Pour le Mérite, 2007

1. Mark Lautern, Das letzte Wort über Nürnberg, Buenos Aires, 1950, S.22
2. Viktor Freiherr von der Lippe, Nürnberger Tagebuchnotizen November 1945 bis Oktober 1946, Frankfurt, 1951, S.162
3. Ebenda, S.81
4. Robert E. Conot, Justice at Nuremberg, London, 1983, S.397

erhalten. Im allgemeinen waren es 30 Tage. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Anklage schon monatelang Zeit gehabt, die Sachverhalte und Tatbestände zu studieren, die den Angeklagten zur Last gelegt werden sollten. Die Angeklagten durften erst mit der Aushändigung der Anklageschrift einen Wahlverteidiger benennen beziehungsweise einen Pflichtverteidiger kontaktieren. Diese hatten dementsprechend maximal vier Wochen Zeit, entlastendes Material und Entlastungszeugen für ihre Mandanten zu besorgen und mit den Mandanten zu sprechen, bevor der Prozess begann. Das war in allen Fällen zu wenig. Zudem war die Anklageschrift, die den Beschuldigten ausgehändigt wurde, meistens pauschal und unvollständig. Da die Anklage das Recht hatte, bis zum Beginn der Hauptverhandlung Nachbesserungen, Abänderungen und Zusätze zur Anklageschrift einzureichen, wussten einige Angeklagte oft erst wenige Tage vor Prozessbeginn, was die Summe der Einzelbeschuldigungen war. Alles Beweismaterial war bei der Aushändigung der

Anklageschriften in den Händen der Anklagebehörde. Es war nicht ihre Aufgabe, Umstände zugunsten des Angeklagten zu ermitteln und vorzubringen. Das war Sache der Verteidigung, die auf den meist nicht vorhandenen guten Willen der Anklagebehörde angewiesen war, wenn sie Unterlagen aus deren Besitz erbat. Die Dokumente in den Händen der Anklagebehörde wurden den Verteidigern nur zugänglich gemacht, wenn sie die Schriftstücke genau definierten, wenn sie den früheren Verwahrungsort angeben konnten und wenn die Anklagebehörde diese Dokumente noch nicht als eigenes Material, d.h. als Anklagematerial, klassifiziert hatte.

Die siegreichen Alliierten hatten nach der deutschen Niederlage jeden Papierschnipsel gesammelt, der zur Anklage geeignet sein könnte. Allein aus dem Auswärtigen Amt konfiszierten die US-Beamten 485 Tonnen Papier. Insgesamt waren es «Hunderte von Tonnen» amtlicher deutscher Schriftstücke, die gesichtet wurden, wie der damit beauftragte Major William H. Coogan

8. Entlastendes, entschuldigendes und die Tat verständlich machendes Material muss vorgelegt werden können und gewertet werden.

In Nürnberg wurde umfangreiches entlastendes Material nicht zugelassen sowie den Verteidigern vorenthalten.

Artikel 19 des Londoner Statuts lautete: «Der Gerichtshof ist an Beweisregeln nicht gebunden, er soll im weiten Ausmass ein schnelles und nicht formelles Verfahren anwenden, und jedes Beweismaterial, das ihm Beweiswert zu haben scheint, zulassen.» Das Gericht hatte also die Möglichkeit, nach eigenem Ermessen festzulegen, worüber gesprochen werden durfte und worüber nicht.

Die Verteidiger im IMT waren den autoritären und oft undurchsichtigen Entscheidungen der Richter unterworfen, deren Machtfülle sich aus dem Londoner Statut ergab. Noch so stichhaltige Rechtsinterpretationen nutzten nichts, weil sie ohne Begründung als «beweiserheblich» abgelehnt werden konnten.⁽⁴⁾

Die Schaltstelle lag beim Generalsekretariat. Dort hatte die Verteidigung die Herbeischaffung von Zeugen oder von Urkunden

schriftlich zu beantragen. Der Antrag musste auch die Tatsachen enthalten, die durch den Zeugen oder die Urkunde bewiesen werden sollten, und es musste begründet werden, warum diese Tatsachen für die Verteidigung erheblich waren. Bevor er tätig wurde, leitete der Generalsekretär den Antrag an die Anklagebehörde weiter, deren Zustimmung er benötigte. Selbst wenn die Anklagebehörde nichts dagegen hatte, konnte sie aus dem Antrag ersehen, was die Verteidigung vorhatte, und sich entsprechend vorbereiten. Erhob die Anklage Einwendungen, musste der Gerichtshof entscheiden, ob dem Ersuchen der Verteidigung stattgegeben werden sollte oder nicht. Er brauchte sich nicht an das Votum des Anklagevertreters zu halten, tat dies jedoch in den meisten Fällen. ►



► Das gleiche galt für die Dokumente, die die Verteidigung anbot. Wenn die Verteidiger während des Prozesses um die Entscheidung über die Zulassung eines Dokuments baten, das in den Zusammenhang passte, sagte der Vorsitzende des Gerichts meistens: «Wir werden zuerst sehen, was die Anklage sagt, nachdem sie das Dokument gesehen hat.» Es gab, wie für Schauprozesse typisch, nur wenige Fälle, in denen das Gericht anders entschied als die Anklage wollte.

Während das Gericht die Anklage im Beweisverfahren nicht behinderte, wurde die Verteidigung mit dem Argument, es müsse Zeit eingespart werden, zur Eile angetrieben. Statt Zeugen vorzuladen, sollte die Verteidigung eidesstaatliche Erklärungen

anfordern. Zahlreiche Dokumente wurden als «unerheblich» abgelehnt, weil ihre Verlesung zu viel Zeit in Anspruch nähme. Dazu gehörten wesentliche Beweise zur Entlastung der Angeklagten. Am 9. April 1946 verlangte das Gericht, dass zuerst die Angeklagten vernommen werden sollten, bevor weiteres Beweismaterial von der Verteidigung vorgebracht würde. Die Richter gaben vor, dass sich die Vorlage vieler Entlastungsdokumente und die Befragung einiger Zeugen erübrigen würde.

Am deutlichsten litt die Verteidigung des Angeklagten Aussenministers Ribbentrop unter der Ablehnung von Beweisdokumenten. Am 3. April 1946 wurde fast die Hälfte der Beweisunterlagen des Verteidigers Dr.



«Der Gerichtshof ist an Beweisregeln nicht gebunden, er soll im weiten Ausmass ein schnelles und nicht formelles Verfahren anwenden, und jedes Beweismaterial, das ihm Beweiswert zu haben scheint, zulassen.»

Artikel 19, Statut für den Internationalen Militärgerichtshof

Horn zurückgewiesen. Die Berichte der deutschen Gesandtschaften an das Auswärtige Amt, die von der Verteidigung vorgelegt wurden, wurden auf Antrag der Anklage vom Gericht als «beweiserheblich» verworfen, weil man anscheinend Angst hatte, dass darin unangenehme Tatsachen über die Siegermächte zur Sprache kommen könnten. Andere Gesandtschaftsberichte aus dem Fundus des Auswärtigen Amts waren jedoch beweiserheblich, wenn sie von der Anklage vorgelegt wurden. Mit derselben Begründung wie bei den deutschen Gesandtschaftsberichten wurden die Weissbücher der Reichsregierung abgelehnt, in denen die Völkerrechtsverletzungen der Alliierten dokumentiert waren. Der französische Hauptankläger Auguste Champetier de Ribes bat das Gericht am 2. April 1946, 25 Dokumente der Verteidigung über die englisch-französischen Absprachen zur Verletzung der Neutralität Belgiens abzulehnen, «weil wir die Diskussion darüber als eine Zeitverschwendung ansehen». Das Gericht entsprach seinem Wunsch. (tk)

Quellen:

Franz W. Seidler, *Das Recht in Siegerhand*, Pour le Mérite, 2007

1. Viktor Freiherr von der Lippe, *Nürnberger Tagebuchnotizen November 1945 bis Oktober 1946*, Frankfurt, 1951, S.91/93/98/111



Hermann Göring im Kreuzverhör

9. Freie Zeugen- und Angeklagtenaussage.

In Nürnberg wurden Zeugen und Angeklagte massiv beeinflusst. Zeugen wurde mit der Auslieferung an die Sowjets – was sicheren Tod bedeutete – für den Fall nicht genehmer Aussagen gedroht. Auch Angeklagte wurden bedroht und gefoltert, um Geständnisse zu erzwingen.

Die von den Alliierten unmittelbar nach Kriegsende festgenommenen und für den IMT vorgesehenen Beschuldigten wurden in den Lagern Mondorf bei Luxemburg und Kramsberg bei Frankfurt zusammengezogen. Die beiden Lager trugen die abschätzigen Codenamen «Ashcan» (Ascheimer) bzw. «Dustbin» (Mülltonne), um die Insassen zu charakterisieren. Hier begannen die «Ermittlungen» der Alliierten: Bei den Verhören gehörte die psychologische Erpressung zum Repertoire der Befrager. Von den

Vernehmenden wurden die vorgeladenen Personen im Unklaren gelassen, ob sie als Beschuldigte oder Zeugen auszusagen hatten. Auf das Zeugnisverweigerungsrecht wurde keiner hingewiesen. Vermutlich hätte niemand dieses Recht in Anspruch genommen, denn die Vernehmungen fanden in einer Atmosphäre der Unsicherheit und der Angst statt. Die Vernehmen waren auf sich allein gestellt. Ihnen sassen zwei oder mehr Vernehmer gegenüber. Sie verlangten schlagartige Antworten auf ihre Fragen, am besten mit ja oder nein. Niemand stand den Be-

fragten zur Seite. Bei den Ermittlungen waren keine Berater zugelassen. Erst nach der Anklageerhebung durften die Verteidiger aktiv werden. In vielen Fällen lagen dann bereits die unter dubiosen Umständen zustande gekommenen Geständnisse der Angeklagten vor.

Das gleiche galt für die Zeugenaussagen, die von der Ermittlungsbehörde gegen die Angeklagten zusammengetragen wurden. Die Verhaltensweise der Vernehmer, die in den Vorermittlungen für die Nürnberger Prozesse Belastungszeugen befragten und eidesstaatliche



Hochrangige nationalsozialistische Funktionsträger und Militärs im US-Gefangenenlager «Camp Aschan» in Bad Mondorf (Luxemburg)

Seine Hörleistung sei seitdem um 40% geringer. ⁽³⁾ Diese Aussagen Streichers wurden aus dem offiziellen Protokoll des IMT gestrichen, sind aber auf den Seiten 8494 und 8495 der hektographierten amerikanischen Ausgabe zu finden. ⁽⁴⁾

SS-Obergruppenführer Gottlob Berger hatte vor seiner Einlieferung in das Nürnberger Kriegsverbrechergesängnis 18 Monate Einzelhaft hinter sich, darunter drei Monate Dunkelhaft. In Frankreich und in Dachau wurde er von amerikanischen Posten misshandelt und verlor dabei einen Teil seines Erinnerungsvermögens. ⁽⁵⁾

SD-Chef Ernst Kaltenbrunner war von Mai bis September 1945 in London verhört worden. Unter den ausgeklügelten psychischen Foltermethoden und unter den ständigen Drohungen, aufgehängt zu werden, wurde seine Gesundheit ruiniert, so dass er wenige Tage vor Prozessbeginn eine Hirnblutung bekam. ⁽⁶⁾

Belastende Aussagen gegen Funk

Das bekannteste Opfer der Ermittler war der SS-Obergruppenführer Oswald Pohl, Chef des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes. Was er in britischer Gefangenschaft an Gewalt, Zwang und Nötigung erlebte, wurde von anderen SS-Führern, denen es genauso ging, in eidesstattlichen Erklärungen bestätigt. Die Art der Folter scheint überall dem ähnlich gewesen zu sein, was Pohl erlebte. ⁽⁷⁾ Pohl wurde im britischen Vernehmungslager Bad Nenndorf fürchterlich misshandelt.

Nachdem er im Prozess gegen das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt am 03. November 1947 zum Tode verurteilt worden war, schrieb er in Erwartung seiner Hinrichtung in der Landsberger Einzelzelle am 1. Juni 1948 nieder, dass er brutal gefoltert worden war: «Schließlich stürzten sich wie auf Kommando alle anwesenden Personen – es befanden sich etwa sechs bis zehn Personen in der Zelle – auf mich, rissen mich hoch und schlugen blindlings auf mich ein, der ich wehrlos gefesselt war. Es hagelte Faustschläge gegen den Kopf und Fusstritte gegen alle Körperteile. Ich taumelte, mich mühsam auf den Beinen haltend, von einer Ecke in die andere, bis ich unter einem gewaltigen Schlag oder Fusstritt in die Magengegend besinnungslos zusammensackte.» ▶

Versicherungen aufstellten, war äusserst zweifelhaft. Sie fertigten die Protokolle nach den Verhören aufgrund von Notizen in ihren Worten und nach dem, was sie herausgehört hatten, an und liessen sie von den Befragten unterschreiben. Nur wenige wagten, ein paar Korrekturen anzubringen. Einige Vernehmungsbeamte waren berüchtigt für Verfälschungen. Die Unterzeichner hätten ganze Abschnitte streichen müssen, bevor sie die Wahrheit der Niederschrift beglaubigten. Die einen nahmen die Übertreibungen und Verfälschungen, die die Vernehmungsbeamten eingefügt hatten, hin, weil sie hofften, durch die Belastung von anderen Personen, über die sie befragt wurden, sich selbst zu entlasten, und die anderen fürchteten, Strafen ausgesetzt zu werden, wenn sie den Inhalt der Protokolle zugunsten der Angeklagten milderten.

Da falsche Aussagen in den Kriegsverbrecherprozessen nicht mit Meineidverfahren geahndet werden konnten, brauchte niemand Angst zu haben vor falschen eidesstaatlichen Versicherungen, solange sie zu Lasten der Angeklagten gingen. Die Anklagebehörde schützte sie. ⁽¹⁾

Folter der Angeklagten

Bei der Vernehmung von Angeklagten oder potentiellen Angeklagten waren die Verhöroffiziere noch weniger zimperlich als bei der Vernehmung von Zeugen. Die Methoden der vier Siegermächte unterschieden sich wenig voneinander. Entweder durch körperliche Misshandlungen oder mit raffiniertem psychologischem Druck wurden die Befragten mübe gemacht. Oft gestanden sie, was ihnen zur Last gelegt wurde, auch wenn es nicht stimmte. Manche sagten sich, dass sie das alles korrigieren könnten, wenn sie vor dem Richter stehen würden. Sie ahnten nicht, dass die eidesstaatlichen Aussagen zum offiziellen Beweismaterial zählten. ⁽²⁾

Der einzige Angeklagte, der vor dem IMT über seine Behandlung vor und während der Ermittlungen sprach, war der NS-Medienmogul Julius Streicher. Am 26. April 1946 erklärte er, dass er nach seiner Verhaftung am 22. Mai 1945 vier Tage lang in Freising in einer Zelle ohne Bekleidung eingesperrt und mit brennenden Gegenständen gefoltert wurde. Er sei ausgepeitscht und geprügelt worden. Dabei seien ihm die Hoden zerquetscht worden.



In diesem Gebäude in Bad Nenndorf (Niedersachsen) – 1945 bis 1947 ein britisches Internierungslager – wurden gefangene Nationalsozialisten teilweise bis zum Tod gefoltert. War das die hochgepriesene Demokratie, die nun in Deutschland Einzug hielt?



Am 22. Januar 1948 brachte die Hamburger Wochenzeitung Die ZEIT den mit dem Kürzel «Tgl.» (= Richard Tüngel) gezeichneten Artikel «Nürnberger Recht», der die Nürnberger Siegerjustiz schonungslos anprangerte. Es heisst in dem Artikel unter anderem:

„**«Wir haben zu vielem, was in Nürnberg unter Verantwortung der Anklagebehörde geschieht, bisher geschwiegen. Wir haben geschwiegen zu dem, was sich in dem Zeugenflügel des Gerichts abspielt, wir haben geschwiegen zu den Drohungen und Einschüchterungen, denen Zeugen ausgesetzt sind und die unserer Gerichtsverfassung nicht entsprechen. Wir haben geschwiegen, als Zeugen uns berichteten, dass man sie veranlassen wollte, unrichtige Protokolle zu unterschreiben, die den Aussagen nicht glichen, für die man sie vereidigt hatte. Wir haben geschwiegen, obgleich wir wussten, dass unschuldige Zeugen monatelang in Haft gehalten worden sind – es war ein amerikanischer Richter, der dies im Generalprozess festgestellt hat. [...] Wir klagen an. Wir, die wir Hitler und sein ‚Drittes Reich‘ immer gehasst, wir, die wir gefordert haben, dass die Schuldigen des Nazisystems streng bestraft werden sollen, wir sehen uns gezwungen, dafür einzutreten, dass in Nürnberg Recht geschieht. Sechs deutsche Anwälte sind verhaftet worden. Nach dem amerikanischen Gerichtsverfahren ist dies zulässig – in Deutschland geschah das gleiche nur vor den Sondergerichten des ‚Dritten Reiches‘.**

[...] Der amerikanische Anwalt Carroll hat dem Frankfurter Vertreter der New York Herald Tribune gegenüber erklärt, die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse seien eine ‚tragische Verhöhnung der amerikanischen Justiz‘. Wir hoffen, dass der Antrag, den er beim Supreme Court der Vereinigten Staaten stellen will, diese Prozesse für ungültig zu erklären, wenigstens dazu führen wird, dass von hoher unparteiischer Stelle die Methoden der Anklagebehörde überprüft werden, damit das deutsche Volk Vertrauen zu den Nürnberger Verfahren gewinnen kann.»

► Von den Folterungen zermürbt, willigte Pohl schliesslich ein, die vorbereitete eidesstattliche Versicherung gegen den im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess angeklagten Reichsbankpräsidenten Dr. Walter Funk zu unterschreiben. Darin stand, dass er als Leiter des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes zu Funks Reichsbank Geschäftsverbindungen «wegen der Juwelen, Ringe, Goldzähne, Devisen und anderer Wertsachen aus dem Besitz von Personen, besonders Juden, die in den Konzentrationslagern getötet worden waren», gehabt habe.

Drohung mit dem Galgen

Ein weiteres Opfer war der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Dr. Friedrich Gaus. Auf ihn als Entlastungszeugen hatte Aussenminister Joachim von Ribbentrop seine ganze Hoffnung gesetzt. Ribbentrop bewahrte eine ungewöhnliche Ruhe, als die Anschuldigungen der

Anklage gegen ihn geschleudert wurden, weil er fest davon überzeugt war, dass Gaus ihn entlasten werde. Gaus hatte den Minister seit 1938 zu allen Konferenzen begleitet und alle Verträge des Deutschen Reiches formuliert. Es gab niemanden im Auswärtigen Amt, der die Vertragstexte so gut kannte wie er.

Gaus war jedoch zum Werkzeug der Anklage geworden: Die Wandlung vom Mitarbeiter des deutschen Aussenministers zum Kronzeugen der Anklage wurde 1948 aus dem Originalprotokoll seiner Vernehmung durch Robert Kempner und Peter Beauvais vom 6. März 1947 deutlich. Gaus kam nach vierwöchiger Einzelhaft zum Verhör und war ein seelisches Wrack. Man stellte ihm hunderte von Fragen. Bereits bei der zwölften Frage wurde ihm gedroht: «Ja, so einfach ist die Sache nicht, die Russen interessieren sich für Sie, das ist Ihnen doch klar?» Bei der Frage 32 sagte Kempner: «Besser, wenn wir die Sache mit Ihnen erledigen.

Vor was für einem Gericht würden Sie lieber stehen, vor einem deutschen, russischen, englischen oder amerikanischen?» Bei der Frage 50 bekam Gaus zu hören: «Sie müssen nachdenken. Das einzige, womit Sie Ihren Kopf retten, ist, dass Sie die Wahrheit sagen. Oder wollen Sie als rechte Hand [des Aussenministers] zum Galgen gehen? Denn Sie kennen das alte deutsche Sprichwort: mitgefangen, mitgehungen.» Bei der Frage 52 wollte ihn Kempner zu einer Falschaussage verleiten. Gaus wandte ein: «Es hat keinen Zweck, einen Meineid zu schwören.» Darauf reagierte Kempner mit folgendem Vorschlag: «Wenn ich meinen Kopf retten könnte, würde ich jeden Meineid schwören.» Bei der 113. Frage unterbrach Gaus den Vernehmer: «Liefere Sie mich doch den Russen nicht aus!» Gaus war nun bereit, seine Kollegen aus dem Auswärtigen Amt anzuschwärzen. Er erklärte sich bereit, in den Dienst der Anklage zu treten, wenn ihm die Auslieferung an die Russen erspart würde.

Die Höss-«Geständnisse»

Der frühere Kommandant von Auschwitz, Rudolf Höss, war, bevor er nach Nürnberg kam, von britischen Geheimdienstbeamten im Ermittlungslager Heide verhört worden. Er unterschrieb ein Bekenntnis, das als Schlüsseldokument in Nürnberg gebraucht wurde und nicht mehr in Frage gestellt werden durfte.⁽⁸⁾ Seine Frau hatte unter der Bedrohung für ihr und ihrer Kinder Leib und Leben den Ort verraten, an dem sich ihr Mann versteckt hielt. Am 11. März 1946 drang der Brite Sergeant Bernard Clarke mit fünf Geheimdienstspezialisten in ihre Wohnung in Heide ein und drohte ihr, sie zur



Heinrich Himmler und Rudolf Höss (rechts)



Die Anklage baute unter anderem auf den erfolgten Höss-«Geständnissen» auf. Rudolf Höss, hier im Zeugenstand, wusste nach eigener Aussage bezeichnenderweise nicht, was in dem Vernehmungsprotokoll stand, obwohl er dieses unterschrieben hatte.

Erschiessung in ein russisches Lager zu bringen und ihre beiden Kinder in ein sibirisches Arbeitslager schaffen zu lassen, was ebenfalls einem Todesurteil gleichgekommen wäre. Auch der Sohn und die Tochter wurden durch Erpressung zu einem Geständnis gebracht. Der Geheimbericht vermerkt zynisch: «Geeignete Einschüchterung des Sohnes und der Tochter erbrachte präzise übereinstimmende Information.» Man fand Höss, der sich den Namen Franz Lang zugelegt hatte, auf dem angegebenen Bauernhof. Um zu verhindern, dass Höss die Zyanalkapsel zerbiss, die er nach Vermutung der alliierten Verfolger bei sich hatte, wurde ihm eine Taschenlampe in den Mund gerammt. Dann wurde er nackt auf einen Fleischertisch gelegt und von den Angehörigen des Suchtrupps halb totgeschlagen. Seine Schreie waren so grässlich, dass ein Sanitätsarzt einschreiten musste, weil er befürchtete, Höss würde ganz totgeschlagen. Beim Abtransport floss ihm Whisky ein, um seine Schmerzen zu dämpfen. Am Einschlafen hinderte ihn Clarke. Im alliierten Bericht heisst es: «Clarke rammte seinen Schlagstock unter das Augenlid des Mannes und befahl auf deutsch: ‚Halt die Augen offen, du Schwein!‘»

Das Buch «Legions of Death» des englischen Journalisten und Nazigeg- ▶

Simpson-van-Roden-Kommission bestätigt Folter in US-Gefängnissen

Vom Dezember 1945 bis Anfang Mai 1946 wurden im Gefängnis von Schwäbisch Hall 600 bis 700 Mannschaften und Offiziere der 1. SS-Panzerdivision zu der Erschiessung von amerikanischen Soldaten vernommen. Ihnen wurde vorgeworfen, mindestens 82 kriegsgefangene US-amerikanische Soldaten im belgischen Malmédy erschossen zu haben. 74 von ihnen kamen schliesslich vor Gericht, 43 wurden zum Tode durch den Strang, 22 zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Ein Drittel der Angeklagten war unter 20 Jahre alt.

Die ersten Nachrichten über brutale Geständnispressungen durch das Vernehmungspersonal drangen durch den Revisionsantrag und eine Petition des amerikanischen Verteidigers Oberst Willis L. Everett an die Öffentlichkeit. Das Oberste US-Bundesgericht erklärte sich für unzuständig. Aber Everett blieb stur. Zwei Jahre lang führte er den Kampf für seine Mandanten und gegen die Vernehmungsoffiziere auf eigene Kosten weiter. Er er-

reichte schliesslich, dass General Clay nur zwölf von 43 Todesurteilen bestätigte und dass Kenneth C. Royall als US-Heeresminister eine aus den Richtern Edward van Roden und Gordon Simpson bestehende Untersuchungskommission einsetzte, die im August und September 1948 von München aus Oberst Everetts Angaben und ähnliche Vorgänge aus anderen Prozessen durch direkte Befragung der Betroffenen nachprüfte.

Das Resultat: Körperliche Misshandlungen und ausgeklügelte Folterungen brutalster Art durch amerikanische Offiziere und Angestellte sind im Gefängnis Schwäbisch Hall an der Tagesordnung gewesen. Richter Edward van Roden erklärte am 14. Dezember 1948: «Sämtliche Deutsche bis auf zwei in den 139 von uns untersuchten Fällen hatten durch Fusstritte in die Hoden unheilbare Schäden erlitten. Dies war die übliche Untersuchungsmethode unserer amerikanischen Untersuchungsbeamten.» ⁽¹⁾



Tote US-Soldaten in Malmédy. Dass es sich dabei um ein Kriegsverbrechen der SS handelte, ist bis heute nicht bewiesen, da die Geständnisse im «Malmédy-Prozess» nachweislich unter Folter erpresst wurden.

Quellen:

zeit.de, Senator McCarthy klagt an, 02.06.1949

1. Freda Utey, Kostspielige Rache, Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur, Viöl, 1993, S.216



„Als praktischer Anwalt und als Richter des Kreisgerichts in Wisconsin kenne und achte ich das amerikanische System der Justiz. Ich glaube, die Welt hat eine Demonstration amerikanischer Rechtspflege erwartet, die selbst auf unsere besiegten Feinde angewendet werden soll. Stattdessen sind Gestapo- und GPU-Methoden angewandt worden. Ich habe Zeugenaussagen gehört und dokumentarische Beweise gesehen, die besagen, dass angeklagte Personen Schlägen und körperlichen Misshandlungen unterzogen wurden in Formen, wie sie nur von kranken Gehirnen erfunden werden konnten. Sie wurden Scheinprozessen und -hinrichtungen ausgesetzt, man drohte, ihre Familien der Lebensmittellkarten zu berauben, welches alles die Ankläger rechtfertigten als notwendig zur Schaffung der richtigen psychologischen Atmosphäre zur Erlangung von Geständnissen. Ich bin fest davon überzeugt, dass unschuldige Personen ebensogut wie schuldige, auf diese Weise in die ‚richtige psychologische Atmosphäre‘ versetzt, Geständnisse machen oder alles und jedes bestätigen werden. Ich will nicht, dass mörderische Nazis freigesetzt werden. Ich will nur, dass Unschuldige geschützt werden gegen Hitlermethoden, faschistische Art der Befragung und bolschewistische Formen der Rechtsprechung.»

Joseph McCarthy, Senator von Wisconsin bis zu seinem Tod 1957

Quelle: zeit.de, Senator McCarthy klagt an, 02.06.1949

ners Rupert Butler beschreibt, was bei Höss' Verhaftung passierte:

«Clarke schrie: ‚Wie heisst du?‘ Mit jeder Antwort ‚Ich heisse Franz Lang‘ landete die Hand von Clarke krachend im Gesicht des Gefangenen. Nach dem vierten Schlag war Höss gebrochen und gestand, wer er war. Das Geständnis entlud plötzlich den Abscheu der jüdischen Sergeants des Verhaftungskommandos, deren Eltern in Auschwitz aufgrund eines Befehls von Höss starben. Der Gefangene wurde von der oberen Schlafkoje gezerzt, und seinen Schlafanzug rissen sie ihm vom Leib. Anschliessend wurde er nackt auf eine der Schlachtbänke gestossen, wobei seine Schreie und sein Stöhnen Clarke endlos vorkamen. Endlich drängte der anwesende Mediziner den Hauptmann, die Folter an Höss einzustellen: ‚Rufen Sie sie zurück, wenn Sie keinen toten Körper wegschaffen wollen.‘ Eine Decke warf man über Höss und trieb ihn zu Clarkes Auto, wo der Sergeant ihm eine Flasche Whisky in die Kehle schüttete. Höss fielen die

Augen zu. Clarke schob seine Gummiknüppel unter die Augenlider von Höss und schrie ihn auf deutsch an: ‚Halt die Augen offen, du Schwein!‘ [...] Es dauerte drei Tage, bis Höss ein zusammenhängendes Geständnis ablegte. Aber dann redete er, ohne aufzuhören.»⁽⁹⁾

Für die deutsche Wikipedia, die Höss' Folterung nicht abstreitet, sind die «drei Tage» Pause zwischen dem fast tödlichen Gewaltexzess und dem Geständnis ein klarer Beleg dafür, dass dieses nicht durch Folter entstanden sei. «Im Gegenteil: Butler beschreibt, dass Höss nach der Misshandlung aus freien Stücken aussagte und dabei nicht zu bremsen war», so die Wikipedia. Mit solch fadenscheinigen Argumenten könnte Wikipedia wahrscheinlich auch die mittelalterliche Inquisition als einwandfreies rechtsstaatliches Verfahren verkaufen.⁽¹⁰⁾

Weitere unter Folter und Drohungen zu Geständnissen gezwungene Angeklagte waren Jupp Aschenbrenner, Fritz Sauckel und Dr. Hans Frank. (tk)



Rudolf Höss
vor seiner
Hinrichtung

Quellen:

Franz W. Seidler, Das Recht in Siegerhand, Pour le Mérite, 2007

1. Mark Lautern, Das letzte Wort über Nürnberg, Buenos Aires, 1950, S.41 f.
2. Victor Belgion, Victor's Justice, Hinsdale, Illinois, 1949, S.83
3. Viktor Freiherr von der Lippe, Nürnberger Tagebuchnotizen November 1945 bis Oktober 1946, Frankfurt, 1951, S.244
4. heretical.com/porter/nganger.html (zuletzt geöffnet am 06. Oktober 2006)
5. Lautern, S.45
6. Robert E. Conot, Justice at Nuremberg, London, 1983, S.95 f.
7. Nachlass Dr. August Bender, Bundesarchiv Koblenz
8. Shigetoshi Wakaki, Terror-Tribunal, München, 1996, S.46 f.
9. R. Butler, Legions of Death, Arrows Books Ltd., London, 1986, S. 236 f.
10. de.wikipedia.org, Rudolf Höss

10. Die Echtheit von Beweisdokumenten.

An der Authentizität mancher in Nürnberg vorgelegten Beweisstücke ist zu zweifeln.

Die Anklage scheute sich nicht, dem Gericht und der Presse Schriftstücke zu überreichen, die sich zum Teil auf der Stelle und zum Teil später als Fälschungen oder Verfälschungen erwiesen. Bei keinem der drei Dokumente, die sie zum Beweis der «Verschwörung» vorlegte, konnte sie einen überzeugenden Echtheitsbeweis führen. In allen drei Fällen handelte es sich um Kopien, von denen es keine beglaubigten Originale gab.

1. Die Hossbach-Niederschrift

Am 26. November 1945 legte der britische Ankläger Sidney Alderman das sogenannte Hossbach-Protokoll, besser als Hossbach-Niederschrift zu bezeichnen, als «eines der eindrucksvollsten und aufschlussreichsten aller dieser Dokumente» für die «Verschwörung zum Angriffskrieg» dem Gericht vor. Es handelte sich um die

Rede Hitlers vom 5. November 1937 vor dem Reichskriegsminister, Werner von Blomberg, dem Reichsminister des Äusseren, Konstantin von Neurath und den Oberbefehlshabern der Wehrmachtteile Fritsch, Göring und Raeder. Oberst Friedrich Hossbach, der Adjutant Hitlers, fertigte ein paar Tage später aus dem Gedächtnis eine Niederschrift an. Sie war – was völlig korrekt war – in indirekter Rede geschrieben und kein Wortprotokoll. Hitler hatte



Der 30. August 1946 war ein besonderer Tag für die Nürnberger Ankläger: Sie traten zum letzten Mal vor Gericht auf. Aus diesem Anlass posierten sie vor der Kamera. V.l.n.r: Auguste Champetier de Ribes (Frankreich), Thomas Dodd (USA), David Maxwell Fyfe (Grossbritannien), Roman Rudenko (UdSSR) und Telford Taylor, der Hauptankläger aus den USA.

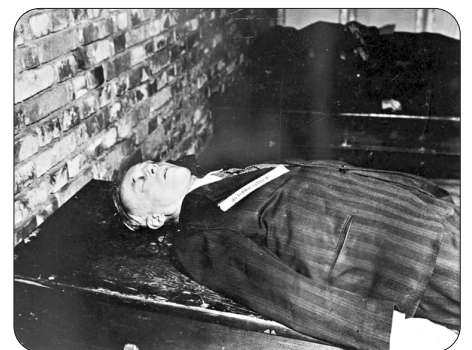
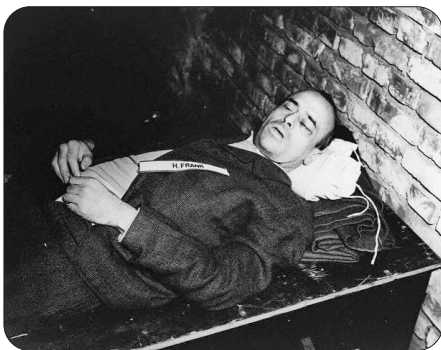
sie wohl gesehen, aber nicht abgezeichnet. Nach der Kenntnisnahme durch den Chef des Generalstabes des Heeres Ludwig Beck wurde sie im Reichskriegsministerium zu den Akten genommen. Bei der Sichtung der vor dem Bombenkrieg nach Liegnitz in Sicherheit gebrachten Hinterlassenschaft des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) fertigte Oberst Graf Kirchbach eine Abschrift an, die er im Januar 1944 seinem Schwager Viktor Martin zur Aufbewahrung gab. Im Herbst 1945 wurde eine Fotokopie der britischen Militärregierung ausgehändigt. ⁽¹⁾ Bei der in Nürnberg vorgelegten Urkunde handelte es sich also lediglich um die beglaubigte Fotokopie einer unauthentischen Abschrift eines verschollenen Originals.

Mehrere Absätze der Hossbach-Niederschrift flossen in die Urteilsbegründung ein, mit der die Planung eines «Angriffskrieges» begründet wurde. Aus dem Papier selbst hätte sich ebenso das Gegenteil dessen, was die Alliierten herauslasen, schlussfolgern lassen können: Alle Anwesenden ausser Göring hatten Bedenken, das Heer war nicht zu einem Angriffskrieg bereit. Laut der Interpretation der Anklage seien die Teilnehmer von Hitler in dem Glauben bestärkt worden, «dass Deutschlands Stellung so gut und Deutschlands bewaffnete Macht so überwältigend sein werde, dass die erwünschten Gebiete kampflos gewonnen werden könnten» (Zitat aus dem Protokoll). Offensichtlich war den Richtern nicht bewusst, dass der

kampflose Gewinn von Land keinen Angriffskrieg darstellen konnte.

2. Das «Schmundt-Protokoll»

Das zweite Schlüsseldokument der Anklage war eine Hitlerrede vom 23. Mai 1939, das sogenannte «Schmundt-Protokoll», verfasst vom Chefadjutanten des OKW beim Führer, Oberstleutnant Rudolf Schmunt. ⁽²⁾ Die dokumentierte Konferenz fand im Arbeitszimmer des Reichskanzlers in der neuen Reichskanzlei statt. Schmunt hatte das, was er im Gedächtnis behalten hatte, «sinngemäss» nacherzählt, dabei allerdings unzulässigerweise die direkte Rede verwendet, so dass es wie ein Wortprotokoll aussah. Im zweiten Nürnberger Nachfolgeprozess gegen den Generalfeldmarschall Erhard Milch konnte dessen Verteidiger beweisen, dass das Schmunt-Protokoll erst lange nach der Konferenz entstanden sein musste, mit Sicherheit erst nach dem Frankreichfeldzug, wahrscheinlich im Herbst 1940, um Hitlers visionäre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Es enthalte zu viele Fehler, als dass es unmittelbar nach der Besprechung geschrieben sein könnte. Nicht einmal die Liste der Anwesenden stimmte. Einige Inhalte waren eindeutig falsch. Der Zeuge Otto Schniewind, Generaladmiral der Kriegsmarine, der als Chef des Stabes der Seekriegsleitung an der Besprechung teilgenommen hatte, bestätigte, dass weder über den Zweifrontenkrieg noch über die Rolle Italiens und Japans im Krieg gesprochen worden sei. Im Protokoll tauchten ▶



Ausschnitt der in Nürnberg Erhängten und Verstorbenen.



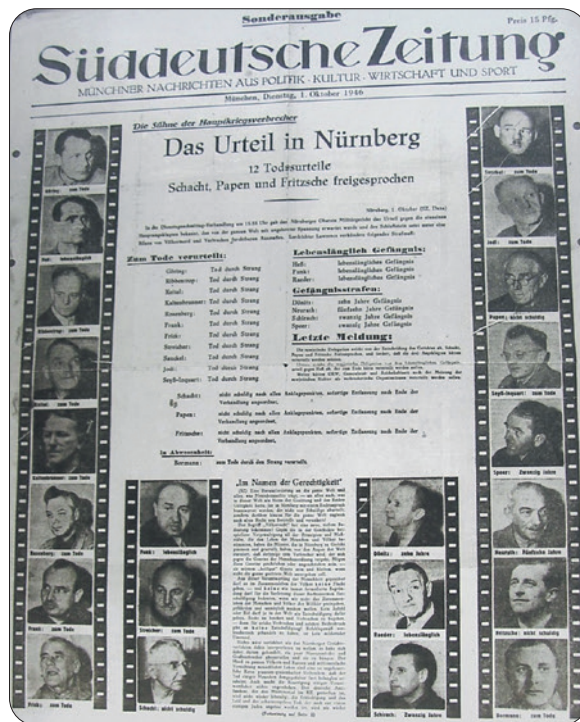
► diese Theorien jedoch auf. Selbst einige Inhalte des Führerbefehls vom 12. Dezember 1940 waren darin zu finden.

3. Ansprache Hitlers vor den Oberbefehlshabern am 22. August 1939

Das dritte Schlüsseldokument war die zweieinhalbstündige Rede, die Hitler am 22. August 1939 auf dem Obersalzberg vor den höchsten militärischen Führern gehalten hatte. Von ihr gab es mehrere Versionen, von denen sich viele nachweislich als Fälschungen entpuppten. Wenn fotokopierte «Beweisstücke» in mehreren Fassungen vorlagen, griff die Anlage gern auf die diskriminierendste zurück. Nur zwei Fassungen der Hitlerrede kamen als Beweisstück in Frage. Das Gericht versteifte sich darauf, dass die Version Nr. 2 am glaubhaftesten sei, obwohl diese einer anderen Version, die als Fälschung erkannt worden war, inhaltlich glich und mit derselben Schreibmaschine auf demselben Papier geschrieben worden war.

Der Verteidiger des Grossadmirals Raeder, Dr. Siemers, bemühte sich am 16. Mai 1946 im Kreuzverhör mit seinem Mandanten, zu zeigen, dass keine der von der Anklage vorgelegten Fassungen echt war. Er legte ein Protokoll vor, das der Admiral Hermann Boehm am gleichen Tag nach der Rückkehr in sein Hotel Vier Jahreszeiten in München aufgrund seiner Notizen zusammengestellt hatte. Im Vergleich zu den anderen Fassungen war es für die Anklage und erst recht für die Presse nicht brauchbar, weil es die These von Hitlers Angriffspolitik nicht bestätigte. Siemers bezweifelte die Aussagen, die Hitler nach dem vom Gericht für echt gehaltenen Protokoll gemacht hatte. U.a. folgende Sätze, die dort enthalten waren, seien nicht gefallen:

1. «Ich wollte zunächst mit Polen ein tragbares Verhältnis herstellen, um zunächst gegen den Westen zu kämpfen.»
2. «Wir haben nichts zu verlieren, nur zu gewinnen. Unsere wirtschaftliche Lage ist infolge unserer Einschränkung so, dass wir nur noch wenige Jahre durchhalten können.»
3. «Die Gründung Grossdeutschlands war politisch eine grosse Leistung, militärisch war sie bedenklich, da sie erreicht wurde durch einen Bluff der politischen Leitung.»
4. «Die Gegner haben nicht mit meiner grossen Entschlusskraft gerechnet.



Die Süddeutsche Zeitung (von den Alliierten lizenziert, siehe S.157) verkündet die Urteile der Nürnberger Prozesse.

ungewöhnlicher, aggressiver, proletarischer und brutaler sie waren, desto willkommener waren sie.

Schwindeleien und Fälschungen

Die Arbeit der Anklagevertretung war geprägt durch Unredlichkeiten, die den gesamten Prozess durchzogen. Den Verteidigern war es nicht immer möglich, an Ort und

Unsere Gegner sind kleine Würmchen. Ich sah sie in München.»

5. «Ich habe nur Angst, dass mir noch im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt. Denn die politische Zielsetzung geht weiter. Anfang zur Zerstörung der Vormachtstellung Englands ist gemacht.»
6. «Vernichtung Polens im Vordergrund. Ziel ist die Beseitigung der lebenden Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie.»
7. «Herz verschliessen gegen Mitleid. Brutales Vorgehen.»
8. «Der Stärkere hat das Recht.»
9. «Restlose Zertrümmerung Polens ist das militärische Ziel.»
10. «Ich werde propagandistischen Anlass zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft. Der Sieger wird später nicht danach gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht.»

Die Anklage war betroffen über den Gegenbeweis des Admirals Boehm. Um die Presse zu befriedigen, die mit einem sensationellen Schriftstück gerechnet hatte, verteilte die Anklagebehörde eine der brutaleren Fälschungen der sogenannten «Wildwest-Rede», wie sie von den Amerikanern in der Mentalität ihres Landes genannt wurde, in 250 Kopien. In den alliierten Zeitungen konnten die Menschen lesen, dass die Deutschen Weltoberungspläne verfolgt hätten und dass der Primitivling Hitler einen ordinären Wortschatz gehabt hätte. Die Presse verbreitete genussvoll die verfälschten Hitler-Zitate. Je

Stelle und aus dem Handgelenk die Manipulation aufzudecken. Vieles kam erst nach dem Prozess bei der historischen Auswertung der Protokolle zutage. Im Kreuzverhör wurde Aussenminister Ribbentrop vom britischen Anklagevertreter Sir David Maxwell Fyfe mit einem Satz aus der eidesstattlichen Erklärung eines Obersten konfrontiert, der seine Einstellung zur Judenfrage beschrieb. Nachträglich stellte sich heraus, dass in dem beeidigten Protokoll dieser Satz gar nicht stand. Was vorgelesen worden war, stammte aus einer nicht beeidigten Erklärung des Zeugen.

In den Gewölben der Reichsbank in Frankfurt entstand ein amerikanischer Kurzfilm, der beweisen sollte, dass der Angeklagte Walther Funk Wertsachen,

Die 12 Nachfolgeverfahren des «Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher»

Anfang	Ende	
25. Okt. 1946	20. Aug. 1947	Ärzteprozess
13. Nov. 1946	17. Apr. 1947	Milch-Prozess
4. Jan. 1947	4. Dez. 1947	Juristen-Prozess
13. Jan. 1947	3. Nov. 1947	WVHA-Prozess
18. Mär. 1947	22. Dez. 1947	Flick-Prozess
3. Mai 1947	30. Jul. 1947	I.G.-Farben-Prozess
13. Mai 1947	19. Feb. 1948	Geisel-Prozess
1. Jul. 1947	10. Mär. 1948	RuSHA-Prozess
25. Jul. 1947	10. Apr. 1948	Einsatzgruppen-Prozess
1. Jul. 1947	31. Jul. 1948	Krupp-Prozess
15. Nov. 1947	11. Apr. 1949	Wilhelmstrassen-Prozess
28. Sep. 1947	27. Okt. 1948	OKW-Prozess

die den Häftlingen in Konzentrationslagern abgenommen worden waren, in der Reichsbank lagerte. Gezeigt wurde auch ein Sack mit Goldkronen, Gaumenplatten und Zahnbrücken, alles angeblich von ermordeten Häftlingen stammend. Der Filmausschnitt wurde während des Prozesses mehrfach vorgeführt. Er sollte die eidesstattliche Erklärung des Vizepräsidenten der Reichsbank, Erich Puhl, vom 3. Mai 1946 untermauern, dass Funk, sein Chef, Vereinbarungen mit Heinrich Himmler über die Abgabe von Goldsachen und Edelmetallen bei der Reichsbank getroffen und «die Safes von Zeit zu Zeit in Ausübung seiner Pflichten» besucht habe. Durch die Wertsachenlieferungen der SS sei ein Fonds von zehn bis zwölf Millionen Reichsmark zusammengekommen. Der Film wurde als Beweisdokument 3944-PSD hinterlegt. Die erste Stellungnahme Funks lautete: «Ich erkläre dieses Affidavit (Anm: eidesstattliche Erklärung) für unwahr.» Funk führte weiterhin aus: Er habe nie mit Herrn Puhl über Edelsteine und Schmuck gesprochen und das Depot der Reichsbank im Laufe seiner Dienstzeit höchstens dreimal besucht. Er verlangte, dass Puhl vor dem Gericht befragt werden solle. In sei-

ner Gegenwart solle er erklären, «wann, wo und wie er diese einzelnen Dinge mit mir besprochen hat und inwieweit er von mir Anweisungen bekommen hat».

Der Anklagevertreter Thomas Dodd bestand darauf, dass Funk an den Transaktionen beteiligt gewesen sei oder wenigstens etwas davon gewusst habe. Doch Funk blieb standhaft. Auch der Einwurf Dodds «Das Unglück ist, dass Blut an diesem Gold klebt, nicht wahr? Und Sie wussten das seit 1942?» brachte Funk nicht von seiner Aussage ab. Am 7. Mai 1946 kam die Sprache noch einmal auf den Film, der nach der Behauptung der Anklage in den Gewölben der Frankfurter Reichsbankfiliale aufgenommen worden sein sollte. Funk erläuterte, dass nach dem Bombenangriff vom 3. Februar 1945 auf Berlin die Gold-, Devisen- und sonstigen Wertdepots in ein Kaliberbergwerk in Thüringen gebracht worden waren und nicht nach Frankfurt. Deshalb könne der Film gar nicht in Frankfurt entstanden sein, es sei denn die Amerikaner hätten die ausgelagerten Goldbestände dorthin gebracht. Puhl, der am 15. Mai 1946 ins Kreuzverhör genommen wurde, distanzierte sich zum Missfallen der Anklage von einigen seiner Aussagen in der eidesstattlichen Erklärung

vom 3. Mai 1946, mit denen er Funk belastet hatte, vor allem, was die Details der SS-Einlagerungen in der Reichsbank betraf.

Gegen Funk brachte die Anklage auch eine Aussage des SS-Obergruppenführers Oswald Pohl (siehe S.149) vor, der als Chef des SS-Wirtschafts-Verwaltungs-Hauptamtes in einer erpressten eidesstattlichen Versicherung behauptet hatte, er habe bei einem Essen unter Anwesenheit von Dutzenden von Leuten, die nichts mit der Angelegenheit zu tun hatten – darunter die Kellner –, mit Funk über die Verwendung von jüdischem Zahngold zur Kriegsfinanzierung diskutiert. Schliesslich kam heraus, dass der Anklagevertreter Kempner die Erklärung dem Zeugen diktieren hatte. Weder durch den wohl unkorrekten Film noch durch die eidesstattlichen Versicherungen von Puhl und Pohl wurde Funk überzeugend belastet. Die Richter sahen das bei der Urteilsfindung allerdings anders. (tk)

Quellen:

Franz W. Seidler, Das Recht in Siegerhand, Pour le Mérite, 2007

1. Walter Bussmann, Zur Entstehung und Überlieferung der Hossbach-Niederschrift, 1968, S.373 ff.
2. Winfried Baumgart, Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22. August 1939, 1968

Internationale Kritik an den Nürnberger Prozessen

Professor Milton R. Konvitz von der Cornell University veröffentlichte 1946 in der juristischen Zeitschrift *Commentary* einen abschätzigen Artikel über Chefankläger Jacksons Unternehmung in Nürnberg. Er stellte zwei Argumente in den Vordergrund. Zum einen stellte er die Grundlagen des Londoner Statuts in Frage. Er schrieb: «Wenn ein Gericht eingerichtet werden soll, dann muss es auch tatsächlich ein Gericht sein, und dies nicht nur dem Namen nach.» Zum zweiten schloss er sich dem Urteil der *New York Times* an, die berichtet hatte, dass der Prozess «im deutschen Volk eine negative Reaktion» ausgelöst habe. Konvitz bezweifelte, dass in Nürnberg ein neues Völkerrecht für die Zukunft gesetzt werde, wie Jackson behauptete. Neues Recht könnten bestenfalls die Vereinten Nationen schaffen. Weder die persönliche Verantwortlichkeit der Staatsmänner werde sich durchsetzen noch die Verurteilung von Verbrechen, die in der Vergangenheit passierten. Wäre dies der Fall gewesen, dann hätten sich auch die alliierten Politiker für ihre Verbrechen verantworten müssen. Dies geschah of-

Kritiker der Nürnberger Prozesse



Milton R. Konvitz
Rechtswissenschaftler,
Cornell Universität



Hans Kelsen
einer der bedeutendsten
Rechtswissenschaftler des 20.
Jahrhunderts, u.a. Universität
Berkeley Kalifornien



William Henry Chamberlin
amerikanischer
Russland-Korrespondent
und Osteuropa-Historiker



Charles C. Tansill
Historiker, Fordham und
Georgetown Universität



Robert Alphonso Taft
republikanischer Senator und
Sohn des US-Präsidenten
William Howard Taft



Arthur S. Link
Historiker und Berater von
US-Präsident Woodrow
Wilson, Princeton Universität

fensichtlich nicht. Für am schlimmsten hielt er die Behauptung, die Angeklagten stünden völlig ausserhalb jedes Rechtssystems und hätten jedes Recht verwirkt,

da sie in der Vergangenheit das Recht in jeder Hinsicht missachtet und missbraucht hätten. Deshalb besäßen sie keinen Rechtsschutz.



► Er stellte die richtige Frage: Warum macht man ihnen einen Prozess, wenn sie angeblich rechtlos sind? Dann könnte man sie ja gleich «beseitigen». Konvitz ging in seiner Kritik so weit, dass er den Nürnberger Richtern vorwarf, Siegerjustiz zu bestreiten. Es gebe nicht zweierlei Recht, eines für den Sieger und ein anderes für den Besiegten. Das Recht sei unteilbar. Sein Resümee lautete: «Das Nürnberger Gericht schafft eine wirkliche Bedrohung für die grundlegende Konzeption von Gerechtigkeit, für deren Etablierung die Menschheit Tausende von Jahren benötigt hat.» ⁽¹⁾

«Ausnahmegesetz des Hasses»

1947 sprach der berühmte Völkerrechtler Hans Kelsen sein vernichtendes Urteil. Im International Law Quarterly wandte er sich gegen die Behauptung Jacksons, in Nürnberg seien neues Recht gesetzt und Präzedenzurteile gefällt worden. Er schrieb: «Um einen Präzedenzfall darzustellen, muss der Beschluss, ein Tribunal einzurichten, konform gehen mit bestimmten formalen und inhaltlichen Voraussetzungen, welche das Nürnberger Gericht nicht erfüllt.» Folgende Grundvoraussetzungen seien missachtet worden: Das Londoner Statut sei kein internationaler Staatsvertrag wie zum Beispiel die Genfer Konventionen. In keinem Staatsvertrag sei die individuelle Schuld für den Beginn eines Angriffskrieges definiert, wie es das IMT präjudiziert habe. Der Briand-Kellogg-Pakt von 1928 enthalte keinerlei

Straffestsetzungen für Übertretungen. Unentschuldigbar sei, dass das IMT gegen das Hauptprinzip des Rechts verstieße: «nullum crimen, nulla poena sine lege» («kein Verbrechen, keine Strafe ohne Gesetz»). Moralische Schuld sei keine kriminelle Schuld, die strafrechtlich geahndet werden könne. Die Urteile des IMT hätten deshalb keine Verbindlichkeit für die Zukunft. Sie trügen das «privilegium osodium» («Ausnahmegesetz des Hasses»), weil sie nur von den Siegerstaaten verhängt wurden. ⁽²⁾

Auch andere Wissenschaftler äusserten sich abschätzig. William Henry Chamberlin schrieb in seinem Buch «The Bankruptcy of a Policy»: «Die internationale Heuchelei erreichte wahrscheinlich in den Verurteilungen von Tausenden von Deutschen und Japanern für behauptete Kriegsverbrechen ihren Höhepunkt. [...] Nürnberg war ein für alle Zeiten gültiger Tiefpunkt der Prostitution der Formen des Rechts für die Zwecke der politischen Rache. [...] Es war eine pseudo-legalisierte Rache- und Vergeltungsaktion.» ⁽³⁾

Geschichts-Professor Charles Tansill (Fordham, Georgetown) bezeichnete die Richter des IMT als die eigentlichen Kriminellen. Deutschland habe nichts anderes getan, als die Ketten von Versailles zu zerbrechen. Wenn man die Bösewichte be-

strafen wolle, die den Krieg verursachten, finde man sie in den Hauptstädten der Alliierten, führte er aus. Arthur Link, auch Geschichts-Professor, verurteilte Nürnberg mit den Worten: «Das Gericht verletzt fast jede Tradition der anglo-amerikanischen Rechtsprechung.» ⁽⁴⁾ Der britische Schriftsteller Montgomery Belmont schrieb in seinem Buch «Siegerjustiz»:

«Es konnte nicht erwartet werden, dass dieses Tribunal unangefochten in die Geschichte einging oder der Verdammung der Nachwelt entginge, da es offensichtlich darin versagte, das Prinzip der elementaren Gerechtigkeit, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, zu beachten.» ⁽⁵⁾

Der republikanische Senator Robert Alphonso Taft, Ohio, war der grösste Kritiker des IMT unter den amerikanischen Politikern. Im Oktober 1946 hielt er die Rede «Gleiches Recht unter gleichem Gesetz», in der er mit Robert H. Jackson ins Gericht ging. Sieger könnten niemals unparteiisch sein. Die Urteile hätten keinerlei Abschreckungscharakter, weil sie nach sowjetischem Muster nicht dem Recht dienten, sondern der Politik. Die Demokraten fielen mit ihrer Presse über ihn her. Aber auch aus der eigenen Partei kam Widerspruch. Dort hielt man Taft für eine Belastung der Partei. ⁽⁶⁾ (Ik)

Quellen:

Franz W. Seidler, Das Recht in Siegerhand, Pour le Mérite, 2007
1. Milton R. Konvitz, Will Nuremberg serve Justice?, Commentary, Band 1, Januar 1945/46, S.9 ff.

2. Hans Kelsen, Will The Judgement in The Nuremberg Trial Constitute a Precedent in International Law?, The International Law Quarterly 1947, S.153 ff.
3. William J. Bosch, Judgement on

Nuremberg, Chapel Hill, 1970, S.151
4. Ebenda, S.152 ff.
5. Victor Belmont, Victor's Justice, Hinsdale, Illinois, 1949, S.131
6. Bosch, S.75 ff.

77

«Die Alliierten befinden sich technisch immer noch in einem Kriegszustand mit Deutschland, obwohl die politischen und militärischen Einrichtungen des Feindes zusammengebrochen sind. Als ein Militärgerichtshof stellt dieser Gerichtshof eine Fortsetzung der Kriegsanstrengungen der alliierten Nationen dar.»

Robert H. Jackson, der Hauptanklagevertreter bei den Nürnberger Prozessen, am 26. Juli 1946

Quelle: avalon.law.yale.edu, Nuremberg Trial Proceedings Volume 19, ONE HUNDRED AND EIGHTY-SEVENTH DAY Friday, 26 July 1946



«In Kriegszeiten ist das Versäumnis zu lügen eine Nachlässigkeit, das Bezweifeln der Lüge ein Vergehen und die Erklärung der Wahrheit ein Verbrechen.»

Arthur Ponsonby, britischer Staatsbeamter, Politiker, Schriftsteller und Pazifist

Quelle: zeit.de, Der Wahrheit eine Waffe, 10.11.1993



«Wir werden Deutschland zu einer Wüste machen, ja zu einer Wüste.»

«Es gibt knapp 70 Millionen böseartige Hunnen (Anm.: Churchill meinte Deutsche), die einen sind heilbar und die anderen zum Schlachten.»

Winston Churchill

Quelle: welt.de; Erstickt, verkohlt, zerstückelt; 06.02.2005

1945–1949:

Die Alliierten verteilen Presse-Lizenzen



Zeitungen, die durch alliierte Presselizenzen entstanden:
Welt, Spiegel und Süddeutsche Zeitung.

Nach der Kapitulation vom 8. Mai 1945 und der rechtswidrigen Verhaftung der Angehörigen der deutschen Reichsregierung am 23. Mai 1945 schafften die Sieger aus den westlichen Demokratien zunächst alle demokratischen Rechte für die Deutschen ab, gemäss ihrer Devise aus der US-Direktive JCS 1067 vom 23. März 1945: «Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zwecke der Befreiung, sondern als besiegte Feindnation.» (siehe S.102 ff.) Zunächst wurden in Deutschland alle Zeitungen und Zeitschriften verboten. Danach erfolgte ein Neuaufbau der Presse nach den Vorgaben der Siegermächte. Zuerst wurden Militärzeitschriften in unmittelbarer Regie der Alliierten herausgegeben. Danach erfolgte die Vergabe von Lizenzen an deutsche Zeitungsverleger. Bis Ende 1949 wurden 149 Lizenzen vergeben. Daraus resultierten rund 400 Zeitungen. Die Vergabe war dabei an enge politische Vorgaben geknüpft. Ausgeschlossen vom Lizenzempfang waren ganze Bevölkerungsgruppen, insbesondere ehemalige NSDAP-Mitglieder, Personen, die den Nationalsozialismus oder Militarismus unterstützt hatten, leitende Männer der Wirtschaft, Offiziere, Besitzer von Druckereien, Zeitungsverleger, Journalisten, die nach 1935 als Redakteure oder Mitarbeiter in der deutschen Presse tätig gewesen waren, sogar «reaktionäre Antinazis» wie Grossgrundbesitzer und Adelige.

Zeitungen mussten am Tag der Veröffentlichung einem Presseoffizier zur Kon-



Eine Lizenzurkunde der Alliierten

trolle vorgelegt werden. Bestimmte Themen wie die Nachkriegsverbrechen an den Deutschen im Osten waren tabu, ebenso eine allzu kritische Auseinandersetzung mit den Alliierten.

Da es in Punkt 3 der Lizenzurkunde der Amerikaner hiess: «Diese Zulassung wird für keine bestimmte Zeit erteilt und stellt kein Eigentumsrecht dar; sie ist nicht übertragbar und kann ohne Kündigungsfrist oder Untersuchung rückgängig gemacht

werden», waren die Lizenzträger völlig vom guten Willen der alliierten Nachrichtenspezialisten abhängig. Und diese entzogen bei Nichtwohlverhalten die Lizenz wieder. Die alliierte «Betriebsanweisung für die Presse Nr. 1» vom Sommer 1945 bestimmte, dass alle Einnahmen aus den Zeitungen nach Abzug der Geschäftskosten persönliches Eigentum der eingesetzten Lizenzträger seien. Die Lizenz prämierte also ein über einige Jahre durchgehaltenes Wohlverhalten, das sich nach den verschiedenen Wendungen der amerikanischen Politik richten musste. Die Lizenzurkunde war ein Wertpapier, das bei Nichtwohlverhalten nichts, bei Wohlverhalten bis zur Aufhebung des Lizenzzwanges mehrere Millionen DM wert war. So gut wie alle grossen westdeutschen Zeitungen gehen auf solche Lizenzträger zurück, die dadurch meist zu Millionären wurden.

Mit dem Gesetz Nr. 5 der Alliierten Hochkommission vom 21. September 1949 endete die Notwendigkeit, eine Lizenz zu besitzen, um eine Zeitung herausgeben zu dürfen. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Aufteilung des Pressemarktes allerdings schon so weit verfestigt, dass die damals geschaffene «Lizenzpresse» bis heute die gedruckte Berichterstattung in der BRD weitgehend dominiert. (tk)

Quelle:

Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäse - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Seewald, Stuttgart, 1965, S. 138-142



1949:

Die Geburtsfehler des Grundgesetzes



Die Oder-Neisse-Linie (rot) ist bis heute die Ostgrenze Deutschlands. Zurecht?



aus. Sein Sitz war in Berlin. Er bestand aus den Militärgouverneuren der vier Besatzungszonen in Deutschland.

Schon im Sommer 1945 erlaubten die Sowjets, später auch die Westalliierten, deutsche Parteien sowie deutsche lokale Verwaltungen und schufen neue, unhistorische Länder. Am 20. Juli 1946 schlugen die USA eine wirtschaftliche Zonenverschmelzung vor, die von Paris und Moskau abgelehnt wurde. Am 2. Dezember 1946 schlossen die USA und Grossbritannien ihre Besatzungszonen zur Bizone zusammen. Am 29. Mai 1947 vereinbarten die amerikanische und britische Militärverwaltung die Gründung eines gemeinsamen länderübergreifenden Wirtschaftsrates für ihre beiden Zonen und legten die Verfassung dieser Bizone durch Besatzungsrecht fest. Der Anschluss der französischen Zone zur Trizone erfolgte erst im Vorfeld der Errichtung der Bundesrepublik im März 1949.

Nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945, spätestens seit der Verhaftung der Angehörigen der Reichsregierung in Flensburg-Mürwik am 23. Mai 1945, übten die Siegermächte die Herrschaft in Deutschland aus, was sie in der «Berliner Erklärung» vom 5. Juni 1945 ausdrücklich feststellten. Das Deutsche Reich wurde in den Grenzen

vom 31. Dezember 1937 in vier Zonen (britisch, amerikanisch, sowjetisch, französisch) eingeteilt; die historischen deutschen Provinzen im Osten, insbesondere Preussen, wurden zerschlagen. Der Alliierte Kontrollrat wurde durch die «Berliner Erklärung» als oberste Besatzungsbehörde für Deutschland westlich der Oder-Neisse-Linie eingesetzt und übte die höchste Regierungsgewalt

Deutsche Spaltung durch «Londoner Empfehlungen»

In den «Londoner Empfehlungen» vom 6. März 1948 beschlossen die drei westlichen Sieger und die Benelux-Staaten unter dem Eindruck des beginnenden Kalten Krieges die Bildung eines westdeutschen «Staates». Daraufhin verliess der sowjetische Militärbefehlshaber



«[Es muss alles vermieden werden], was dem zu schaffenden Gebilde [BRD] den Charakter eines Staates verleihen würde [...]»

Erklärung der Regierungschefs der in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands gebildeten Länder auf der Rittersturz-Konferenz im Juli 1948

am 20. März 1948 den Alliierten Kontrollrat und die Sowjets zogen sich am 16. Juni 1948 aus der Berliner Besatzungsbehörde zurück. Nach Durchführung der Währungsreform am 20. Juni 1948 in den Westzonen begannen die Sowjets am 24. Juni 1948 die Blockade Berlins. Damit war die deutsche Spaltung vollzogen, die trotz mehrerer Versuche zur Wiedervereinigung bis 1990 andauerte. Eine Woche nach der Abschnürung Berlins bestellten die drei westlichen Militärgouverneure, Lucius D. Clay, Brian Robertson und Pierre Koenig, die von ihnen eingesetzten Ministerpräsidenten der Länder der Westzonen zum 1. Juli 1948 ins Frankfurter IG-Farben-Haus und beauftragten («autorisierten») sie mit den «Frankfurter Dokumenten» schnell «eine Verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, die spätestens am 1. September 1948 zusammentreten sollte». Die Landtage der elf westdeutschen Länder sollten die Mitglieder dieser Versammlung nach ihren Parteizusammensetzungen wählen: 65 Abgeordnete (je 27 der CDU/CSU und SPD, 5 der FDP, je 2 von Zentrum, Deut-

sche Partei und KPD) und 5 Berliner Abgeordnete, die nur beratende Stimmen hatten.

Provisorium statt Verfassung

Die Militärregierungen legten ausserdem wesentliche Rahmenbedingungen für die neue «demokratische Verfassung» fest: Es sollte ein föderalistisches System entstehen; die Alliierten behielten Kontrollrechte über die deutsche Innen- und Aussenpolitik; der Entwurf bedurfte der Zustimmung der Alliierten, die sich eine Ablehnung vorbehielten. In der auf ihrer Tagung vom 8. bis 10. Juli 1948 in Koblenz erarbeiteten Antwortnote vom 10. Juli 1948 erklärten die noch vorwiegend gesamtdeutsch (siehe S.113) eingestellten Länderchefs, «dass, unbeschadet der  Gewährung möglichst vollständiger Autonomie an die Bevölkerung dieses Gebietes, alles vermieden werden müsste, was dem zu schaffenden Gebilde den Charakter eines Staates verleihen würde; sie sind darum der Ansicht, dass auch durch das hierfür



Die Militärgouverneure der Westalliierten 1948 in Frankfurt am Main. V.l.n.r.: Brian Robertson (Grossbritannien), Pierre Koenig (Frankreich) und Lucius D. Clay (USA). Sie machten sich ab Juli 1948 daran, einen neuen westdeutschen «Staat» zu schaffen.

einzuschlagende Verfahren zum Ausdruck kommen müsste, dass es sich lediglich um ein Provisorium handelt sowie um eine Institution, die ihre Entstehung lediglich dem augenblicklichen Stand der mit der gegenwärtigen Besetzung Deutschlands verbundenen Umstände verdankt».⁽¹⁾

Sie mussten besonderen Wert darauf legen, «dass bei der bevorstehenden Neuregelung alles vermieden wird, was geeignet sein könnte, die Spaltung zwischen West und Ost weiter zu vertiefen». Aus diesem Grund sei auch  «von einem Volksentscheid Abstand zu nehmen. [...] Ein Volksentscheid würde dem Grundgesetz ein Gewicht verleihen, das nur einer endgültigen Verfassung zukommen sollte». Sie betonten ausdrücklich, «dass ihrer Meinung nach eine deutsche Verfassung erst dann geschaffen werden kann, wenn das gesamte deutsche Volk die Möglichkeit besitzt, sich in freier Selbstbestimmung zu konstituieren; bis zum Eintritt dieses Zeitpunktes können nur vorläufige organisatorische Massnahmen getroffen werden».⁽²⁾

In der Anlage dazu hoben die Ministerpräsidenten noch einmal besonders hervor: «Die Einberufung einer deutschen Nationalversammlung und die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung sollen zurückge- ▶



Die sowjetischen Vertreter im Alliierten Kontrollrat, bevor sie den Sitzungssaal am 20. März 1948 verliessen. Der Vorsitzende der sowjetischen Delegation, Marschall Wassilij Sokolowski, hatte um eine vollständige Unterrichtung über die Londoner Empfehlungen gebeten, was nicht erfolgte. Der Westen wagte den Alleingang – damit begann der Kalte Krieg mit der Sowjetunion.



Der redegewandte Staatsrechtler Carlo Schmid (SPD, hier 1966 rechts neben Willy Brandt) gilt als «Vater» des Grundgesetzes.

► stellt werden, bis die Voraussetzungen für eine gesamtdeutsche Regelung gegeben sind und die deutsche Souveränität in ausreichendem Masse wieder hergestellt ist.»⁽³⁾

«Grundgesetz» statt «Verfassung»

Sie schlugen dann die Bezeichnungen «Parlamentarischer Rat» statt «Verfassunggebende Versammlung» und «Grundgesetz» statt «Verfassung» vor. Die von den Besatzungsmächten gebrauchten Wörter «Verfassunggebende Versammlung» und «Verfassung» wurden also von den deutschen Länderchefs abgelehnt, um den provisorischen Charakter der damaligen Lösung hervorzuheben. Die Alliierten nahmen das hin. Die Länderchefs beriefen einen vorbereitenden Verfassungskonvent, einen Ausschuss von rund 30 Personen mit je einem Landesvertreter und Sachverständi-

gen, meist Staatsrechtlern, auf die idyllische Insel Herrenchiemsee. Dieser erarbeitete dort vom 10. bis 24. August 1948 die verfassungsmässigen Grundlagen des geplanten «Bundes deutscher Staaten». Als ausschlaggebend erwies sich der redegewandte Staatsrechtler und Justizminister von Württemberg-Hohenzollern, Carlo Schmid (SPD), der seine Meinung vor allem gegen bayerischen Widerstand durchsetzen konnte, dass das Deutsche Reich nicht untergegangen sei.

Ab 1. September 1948 tagte der Parlamentarische Rat zum ersten Mal unter dem Vorsitz des CDU-Vorsitzenden Konrad Adenauer in Bonn. Leiter des ausschlaggebenden Hauptausschusses war Carlo Schmid. Dieser hielt weiter am Fortbestand des Deutschen Reiches fest und erklärte am 8. September 1948 vor dem Rat, ohne Widerspruch zu erfahren, zur Ausgangslage des zu bildenden politischen Gebildes: **«Was aber das Gebilde von echter demokratisch legitimierter Staatlichkeit unterscheidet, ist, dass es im Grunde nichts anderes ist als die Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft; denn die trotz mangelnder voller Freiheit erfolgende Selbstorganisation setzt die Anerkennung der fremden Gewalt als übergeordneter und legitimierter Gewalt voraus. Nur wo der Wille des Volkes aus sich selber fliesst, nur wo dieser Wille nicht durch Auflagen eingeeengt ist durch einen fremden Willen, der Gehorsam fordert und dem Gehorsam geleistet wird, wird Staat im echten demokratischen Sinne des Wortes geboren.»**⁽⁴⁾

Grundgesetz nach alliierter Wunsch

Mehrere Male – so am 19. Oktober, 22. November 1948 sowie am 12. Februar, 2. März und 5. April 1949 u.a. durch Memoranden – griffen die Militärgouverneure bestimmend in die Arbeit des Parlamentarischen Rates ein, forderten Änderungen bei ihrer Meinung nach zu ausgeprägten zentralistischen Bestrebungen oder bei der zu starken Finanzverwaltung. Besondere in Bonn anwesende alliierte «Liaison Officers» prüften alle Drucksachen und Protokolle des Parlamentarischen Rats. Die Militärregierungen hörten auch die Telefone der massgeblichen Parlamentarier ab.⁽⁵⁾ Adenauer «musste häufig nach Frankfurt» (Hauptquartier der Amerikaner) zu den Militärgouverneuren zum Bericht fahren.⁽⁶⁾ Deutsche Wünsche nach nur einer Kammer des Parlaments wurden abgelehnt.

Ein erster Verfassungsentwurf vom 13. Februar 1949 wurde von den Besatzungsmächten am 2. März 1949 wegen zu geringer Berücksichtigung des Föderalismus und zu starker Einbeziehung West-Berlins zurückgewiesen. Altbundeskanzler Helmut Schmidt äusserte rückblickend im Spiegel zur Entstehung des Grundgesetzes: «Aber die Alliierten wollten ein machtloses Deutschland und legten grossen Wert auf das, was wir heute Föderalismus nennen.»⁽⁷⁾

Das nach den Forderungen der Alliierten geänderte Grundgesetz wurde



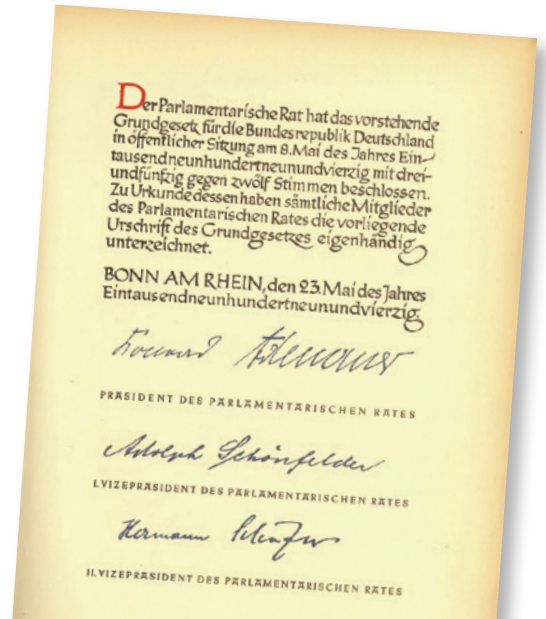
Wurde die Flagge einer bürgerlichen deutschen Freiheitsbewegung später bewusst auf den Kopf gestellt?



Der Zug deutscher Oppositioneller zum Hambacher Schloss gegen die Machtverhältnisse im Deutschen Bund (Hambacher Fest, 1832). Flagge mit Gold nach oben.



Konrad Adenauer (rechts neben John F. Kennedy im Juni 1963) von der neu geschaffenen Partei CDU war Präsident des Parlamentarischen Rates sowie erster Bundeskanzler der BRD.



Die letzte Seite des Grundgesetzes mit den Unterschriften von Konrad Adenauer, Adolph Schönfelder und Hermann Schäfer

dann ausgerechnet am 8. Mai 1949, am Jahrestag der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht, vom Parlamentarischen Rat unter Leitung Konrad Adenauers mit 53 gegen 12 Stimmen des Zentrums, der Deutschen Partei, der KPD und Teilen der CSU angenommen. Zwei Tage später wurde Bonn mit knapper Mehrheit vor Frankfurt zum vorläufigen Sitz der Bundesbehörden gewählt und ein Wahlgesetz für den ersten Bundestag beschlossen. Nach Genehmigung durch die Alliierten am 12. Mai 1949 und Ratifizierung durch die westdeutschen Landtage, wobei das Land Bayern ablehnte, wurde das Grundgesetz vom Präsidenten des Parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer, ebenso ausgerechnet am 23. Mai 1949, dem Tag der Verhaftung der Mitglieder der letzten Reichsregierung, in Bonn verkündet. In der ursprünglichen Präambel des Grundgesetzes hiess es, es habe «das Deutsche Volk in den Ländern [...], um dem staatlichen Leben für eine

Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen».

Das ist aber in mehreren Punkten zu hinterfragen: Einmal hat nicht das deutsche Volk das Grundgesetz beschlossen oder durch Volksabstimmung gebilligt, sondern dieses wurde auf Befehl der Alliierten erarbeitet, von diesen durch Vorgaben wesentlich bestimmt und nachhaltig kontrolliert. Ferner hat das Land Bayern gegen das Grundgesetz gestimmt. Die «Übergangszeit» scheint bis heute anzudauern. Auch später gab es nie eine Zustimmung des deutschen Volkes durch eine Abstimmung, selbst bei der Wiedervereinigung (siehe S.177 f.) von West- und Mitteldeutschland am 3. Oktober 1990 nicht.

Die Präambel des Grundgesetzes wurde am 23. September 1990 entscheidend geändert. Der bis dahin geltende Auftrag für die deutsche Politik, «in freier

Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden», wurde gestrichen und durch die Behauptung ersetzt: «Die Deutschen in den Ländern [...] haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.» Das war wohl kaum die Einheit, die sich Carlo Schmid als «Vater» des Grundgesetzes vorgestellt hatte. (tk)

Quellen:

- Der Grosse Wendig - Richtigerstellungen zur Zeitgeschichte, Grabert-Verlag, Tübingen
1. de.wikipedia.org, Rittersturz-Konferenz
 2. t-online.de, Eine neue Verfassung hätte die Einheit gekrönt, 21.05.2019
 3. zeit.de, Wochenübersicht, 15.07.1948
 4. archive.org, Was heisst eigentlich: Grundgesetz ?, Rede des Abgeordneten Carlo Schmid im Parlamentarischen Rat, 8. September 1948
 5. Karl-Ulrich Gelberg, «Soundso viele Cocktails», in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.02.1996
 6. Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945-1953, Fischer, Frankfurt/M.-Hamburg, 1967, S.146
 7. Helmut Schmidt im Interview in: Der Spiegel, Nr. 1, 2006, S.50



Wussten Sie...

....dass die Villa Rothschild in Königstein im Taunus dem Parlamentarischen Rat von 1948 bis 1949 zeitweise als Tagungsort diente? Bankier Nathan Mayer Rothschild, dessen Familie die Villa gehörte, war einer der wichtigsten – wenn nicht der wichtigste – Drahtzieher in der britischen Round Table Gruppe gewesen, die das Ziel verfolgte, das Deutsche Reich als Wirtschaftskonkurrenten Englands auszuschalten. (siehe S.9 ff.) Während der Tagungen des Parlamentarischen Rates wurde die Villa auch «Haus der Länder» genannt und galt als «Wiege des deutschen Grundgesetzes und der Bundesrepublik». Zufall, dass die BRD ausgerechnet dort entworfen wurde?



Villa Rothschild, Vorderseite



Ist die BRD ein souveräner Staat oder ein Besatzungskonstrukt?

Drei-Elemente-Lehre



Staatsgewalt



Staatsgebiet



Staatsvolk

1. Staatsgewalt
2. Staatsgebiet
3. Staatsvolk

Aus den genannten völkerrechtlichen Regelungen folgt zwingend, dass alle diese drei Kriterien gleichzeitig erfüllt sein müssen, ansonsten handelt es sich bei dem zu beurteilenden Konstrukt definitiv nicht um einen Staat! Sehen wir uns einmal an, ob die BRD diese drei völkerrechtlich notwendigen Kriterien für einen Staat erfüllt:

1. Staatsgewalt



Mit der militärischen Niederlage der Wehrmacht im Jahre 1945 haben die Besatzungsmächte die oberste Regierungsgewalt in Deutschland übernommen. Dies ergibt sich unter anderem aus der «Berliner Erklärung» vom 05.06.1945.⁽¹⁾

Zunächst wurden die Gebiete östlich von Oder und Neisse unter die zivile Verwaltung von Polen und der UdSSR gestellt. Im übrigen Territorium wurden «Besatzungszonen» (sowie in Berlin «Besatzungssektoren») eingerichtet. In diesen Besatzungszonen und -sektoren galt somit das Besatzungsrecht (Militärrecht der Besatzungsmächte).



Gedenktafel der Berliner Erklärung, mit der die Besatzungsmächte die oberste Regierungsgewalt in Deutschland übernahmen, am Haus Niebergallstrasse 20 in Berlin-Köpenick.

Foto: OTFW, Berlin ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gedenktafel_Niebergallstr._20_\(K%C3%B6pe\)_Berliner_Erkl%C3%A4rung.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gedenktafel_Niebergallstr._20_(K%C3%B6pe)_Berliner_Erkl%C3%A4rung.jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

Bereits nach kurzer Zeit wurde in den Jahren 1945 bis 1947 von den Besatzungsmächten die Einrichtung sogenannter «Länder» als Verwaltungskonstrukte verfügt. Diese «Länder», beziehungsweise späteren «Bundesländer» entsprechen nicht

Um zu beurteilen, ob es sich bei der BRD um einen Staat im völkerrechtlichen Sinne handelt, hilft es, sich zu vergewissern, was ein Staat überhaupt ist. Hierfür gibt es klare, eindeutige, völkerrechtlich verbindliche Kriterien. Die Definition für einen Staat wurde von führenden Rechtswissenschaftlern am Ende des 19. Jahrhunderts entwickelt. Damals gab es neben Staaten noch staatsähnliche Gebilde wie Kolonien oder Schutzgebiete. Beispielsweise hatte es kaum Sinn, Verhandlungen zu führen oder Verträge zu schließen, für die sich im Nachhinein herausstellte, dass sie völkerrechtlich ungültig waren, da eine der verhandelnden Seiten vielleicht hierzu nicht berechtigt war. Folglich wurde die Definition für einen Staat geschaffen. In jener Zeit wurde die «Drei-Elemente-Lehre» entwickelt, die bis heute die völkerrechtliche Grundlage für die Beurteilung von Staatlichkeit bildet. Durch die «Konvention von Montevideo» vom 26.12.1933 ist die Drei-Elemente-Lehre zum essenziellen Bestandteil des Völkerrechtes geworden.

Nach der Drei-Elemente-Lehre müssen folgende drei Merkmale erfüllt sein, um die Existenz eines Staates feststellen zu können:

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-14059-0018 / CC-BY-SA



Die militärischen Oberbefehlshaber Montgomery (Großbritannien), Eisenhower (USA), Schukow (UdSSR) und de Lattre (Frankreich) bei der Unterzeichnung der Berliner Erklärung am 05.06.1945

der Gebietsgliederung der Einzelstaaten des Deutschen Reichs, es handelt sich dabei um von den Besatzungsmächten willkürlich per Militärbefehl verfügte, künstliche Konstrukte.

Im Folgenden ist die Entstehung von 4 der 16 «Länder» beispielhaft nachvollzogen:

- Gründung des Landes Niedersachsen durch Verordnung Nr. 55 der britischen Militärregierung vom 01.11.1946
- Gründung des Landes Rheinland-Pfalz durch Verordnung Nr. 57 der französischen Militärregierung vom 30.08.1946
- Gründung des Landes Bayern durch Proklamation Nr. 2 der Militärregierung der US-Amerikanischen Zone vom 19.09.1945
- Gründung des Landes Sachsen durch Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom 09.07.1945

Es handelt sich somit bei den sogenannten «Ländern» und späteren «Bundesländern» nachweislich um Konstrukte der Alliierten. Sie wurden von den Besatzungsmächten per Militärbefehl willkürlich verfügt. Die sogenannten «Länder» sind somit als solche selbst unmittelbares Besatzungsrecht. Bis zum Jahre 1949 haben sich die drei westlichen Besatzungsmächte (USA, Grossbritannien und Frankreich) einerseits, und die Besatzungsmacht Sowjetunion andererseits, in Meinungsverschiedenheiten über die weitere Verwaltung Deutschlands verstrickt.

Der Parlamentarische Rat

Daraufhin begannen die westlichen Besatzungsmächte die Formulierung eines Grundgesetzes für ihre Zonen in die Wege zu leiten. Zur Erstellung dieses Grundgesetzes hatten die drei westlichen Besatzungsmächte deutsche Politiker ausgewählt, und zu «Parlamentarischen Räten» ernannt. Diese wurden mit der Abfassung eines «Grundgesetzes» beauftragt, was sie auch befolgten. Während der Ausarbeitung sind diese «Parlamentarischen Räte» insgesamt 36 Mal auf den Petersberg (nahe Bonn) zu den Vertretern der westlichen Besatzungsmächte zitiert worden. Dort haben die Besatzungsmächte die Grundgesetz-Entwürfe dieser «Parlamentarischen Räte» angepasst.⁽²⁾

Konrad Adenauer, erster Präsident des Parlamentarischen Rates und später Bundeskanzler, äusserte:

«Wir sind keine Mandanten des deutschen Volkes, wir haben den Auftrag von den Alliierten.»⁽³⁾

Bundeskanzler Willy Brandt wurde später ebenso deutlich:

Erste Tagung des
Parlamentarischen
Rates am Nachmittag
des 1. September 1948
in Bonn



«Dieses Grundgesetz haben uns die Amerikaner, um es vorsichtig zu sagen, empfohlen. Man könnte auch sagen, auferlegt.»⁽⁴⁾

Das Genehmigungsschreiben

Als das Grundgesetz – wohl im Sinne der westlichen Besatzungsmächte – ausformuliert war, wurde es von den Besatzungsmächten in Kraft gesetzt. Hierzu verfassten die Besatzungsmächte ein besonderes Schreiben, mit dem sie formell die Verantwortung für das Grundgesetz übernahmen. Dieses Schreiben nannten die westlichen Besatzer «Genehmigungsschreiben», so als ob die Deutschen ganz versessen darauf gewesen seien, dieses Grundgesetz nun endlich haben zu dürfen, und die westlichen Besatzungsmächte gar nicht anders konnten, als den Deutschen diese Freude zu machen und gnädigerweise dieses Grundgesetz zu «genehmigen».

Eigentlich handelt es sich bei dem «Genehmigungsschreiben» um eine Ver-

fügung der Besatzungsmächte. Schliesslich machten die Besatzungsmächte in diesem Schreiben von ihren Vorbehaltsrechten umfassend Gebrauch und verfügten zum Grundgesetz umfangreiche Auflagen und Einschränkungen – so zum Beispiel unter anderem:

- «[...] dass die dem Bunde durch das Grundgesetz übertragenen Vollmachten ebenso wie die durch die Länder und örtlichen Verwaltungskörper ausgeübten Vollmachten den Bestimmungen des Besatzungsstatuts unterworfen sind [...]»
- «[...] dass die [...] Polizeigewalt nicht ausgeübt werden kann, bis dies durch die Besatzungsbehörden ausdrücklich genehmigt ist, und dass in gleicher Weise die sonstigen Polizeifunktionen des Bundes sich nach dem Schreiben der westlichen Besatzungsmächte vom 14.04.1949 zu richten haben [...]»
- «[...] dass Berlin [...] nicht Stimmberechtigung im Bundestag oder Bundesrat eingeräumt wird, und auch nicht von der Bundesregierung regiert werden kann [...]»
- [...] dass die Grenzen aller Länder, ausgenommen Württemberg-Baden und Hohenzollern so, wie sie jetzt festgelegt sind, bis zu einem Friedensschluss bleiben [...]»
- «dass nach der Einberufung der in dem Grundgesetz vorgesehenen gesetzgebenden Körperschaften [...] das Besatzungsstatut in Kraft treten wird.»⁽⁵⁾

Das Grundgesetz gilt somit nur in Verbindung mit diesem Schreiben der drei westlichen Militärgouverneure. Anders ausgedrückt, dieses Schreiben ist nach wie vor Bestandteil des Grundgesetzes.

§ «(1) Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äusseren Kriegsfolgelasten nach näherer Bestimmung von Bundesgesetzen. [...]»

Artikel 120, Grundgesetz

«Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.»

Artikel 139, Grundgesetz



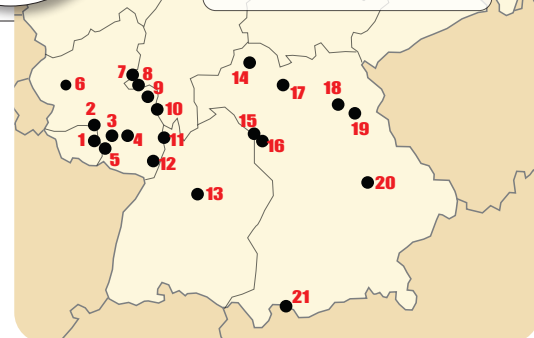
Besatzung durch US-Militärbasen?

Nach dem Ende der offiziellen Besatzung Deutschlands durch die USA blieb ein grosser Teil der Truppen einfach im Land. Der Haushaltsposten blieb bestehen, statt Besatzungskosten wurden jetzt «Stationierungskosten» eingetrieben. Angaben des Bundesfinanzministeriums zufolge beliefen sich diese Kosten 2019 auf ca. 59 Mio. Euro.

Quelle: bundeshaushalt.de, Bundeshaushaltsplan 2019

Standorte der
US-Armee in
Deutschland im
Jahr 2014

- | | |
|-------------------|----------------------------|
| 1. Ramstein | 12. Gernersheim |
| 2. Baumholder | 13. Stuttgart |
| 3. Miesau | 14. Schweinfurt |
| 4. Kaiserslautern | 15. Illersheim |
| 5. Landstuhl | 16. Ansbach |
| 6. Spangdahlem | 17. Bamberg |
| 7. Wiesbaden | 18. Vilseck |
| 8. Griesheim | 19. Grafenwöhr |
| 9. Wackernheim | 20. Hohenfels |
| 10. Mainz | 21. Garmisch-Partenkirchen |
| 11. Mannheim | |



Artikel 120 und 139

Durch die gesamte Entstehungsgeschichte dieses Grundgesetzes sowie durch die Auflagen und Einschränkungen im Genehmigungsschreiben durch die Besatzungsmächte vom 12.05.1949 wird deutlich, dass die Besatzungsmächte dieses Grundgesetz entscheidend beeinflusst haben. Dabei wurde im Grundgesetz anscheinend gewährleistet, dass das Besatzungsrecht, welches vor Gründung der BRD installiert wurde, höherrangiges Recht darstellt, und nicht durch die Repräsentanten der BRD umgangen oder verändert werden kann. So wurde im Grundgesetz verankert

- dass keine Vorschriften des übrigen Besatzungsrechts durch die Funktionäre der Bundesrepublik Deutschland eingeschränkt werden können: «Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.» (Artikel 139 Grundgesetz)

- dass die Kosten der Besatzung von der Bundesrepublik Deutschland an die westlichen Besatzungsmächte gezahlt werden: «Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äusseren Kriegsfolgenlasten nach näherer Bestimmung von Bundesgesetzen [...]». (Artikel 120 Grundgesetz)

Geht man zu weit, wenn man behauptet, Grundgesetz und BRD seien folglich Besatzungsrecht? Das BRD-Recht scheint dem Besatzungsrecht untergeordnet zu sein, da das Besatzungsrecht das BRD-Recht einschränkt, die BRD das Besatzungsrecht aber nicht einschränken kann. Aus dem Geschilderten lässt sich der Schluss ziehen, dass durch die Gründung der «Länder» und der BRD das Besatzungsrecht nicht aufgehoben wurde. Es wird von BRD-Politikern gerne behauptet, die drei westlichen Besatzungszonen seien 1949 in eine Bundesrepublik Deutschland «umgewandelt» worden. Doch ist das wirklich so? Warum wird dann im Genehmigungsschreiben von einem «Besatzungsstatut» gesprochen? Wurde

statt einem neuen Staat nicht eher eine zusätzliche Rechtsebene geschaffen und eine fremdbestimmte Verwaltung namens BRD im Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen installiert?

Der Überleitungsvertrag von 1954

Der «Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen», kurz Überleitungsvertrag genannt, wurde am 23. Oktober 1954 zwischen den drei westlichen Siegermächten des Zweiten Weltkriegs und der BRD abgeschlossen. Mit ihm wurde die Beendigung des westalliierten Besatzungsregimes über den westlichen Teil

77

«Vater» des Grundgesetzes: Keine Verfassung und zeitlich begrenzt! BRD nur «Staatsfragment»!

«Damit glaube ich die Frage beantwortet zu haben, worum es sich bei unserem Tun denn eigentlich handelt. Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschliessen. **Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten.** Wir haben etwas zu schaffen, das uns die Möglichkeit gibt, gewisser Notstände Herr zu werden, besser Herr zu werden, als wir das bisher konnten. Auch ein **Staatsfragment** muss eine Organisation haben, die geeignet ist, den praktischen Bedürfnissen der inneren Ordnung eines Gebietes gerecht zu werden. Auch ein **Staatsfragment** braucht eine Legislative, braucht eine Exekutive und braucht eine Gerichtsbarkeit.

Wenn man nun fragt, wo dann die Grenze gegenüber dem Voll-Staat, gegenüber der Vollverfassung liege: Nun, das ist eine Frage der praktischen Beurteilung im Einzelfall. Über folgende Gesichtspunkte aber sollte Einigkeit erzielt werden können: Erstens: **Das Grundgesetz für das Staatsfragment muss gerade aus diesem seinen inneren Wesen heraus seine zeitliche Begrenzung in sich tragen. Die künftige Vollverfassung Deutschlands darf nicht durch Abänderung des Grundgesetzes, dieses Staatsfragments, entstehen müssen, sondern muss originär entstehen können. Aber das setzt voraus, dass das Grundgesetz eine Bestimmung enthält, wonach es automatisch ausser Kraft tritt, wenn ein bestimmtes Ereignis eintreten wird. Nun, ich glaube, über diesen Zeitpunkt kann kein Zweifel bestehen: an dem Tage, an dem eine vom deutschen Volke in freier Selbstbestimmung beschlossene Verfassung in Kraft tritt.»**

Carlo Schmid; Staatsrechtler, Mitglied des Parlamentarischen Rats und «Vater» des Grundgesetzes, Rede im Parlamentarischen Rat am 08.09.1948



Wer sollte es besser wissen als Carlo Schmid, der im Auftrag der Alliierten das Grundgesetz der BRD federführend entwickelte? Doch wo bleibt die «Verfassung», die, wie Schmid es sich vorstellte, das Grundgesetz ablösen sollte?



Warum eigentlich Grundgesetz «für» die Bundesrepublik Deutschland?

Deutschlands vereinbart. Allerdings enthält der Überleitungsvertrag wesentliche Einschränkungen:

Teil 1 – Artikel 2:

«(1) Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmassnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Massnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind.»

Teil 4 – Artikel 3:

«(1) Die Bundesrepublik wird in Zukunft keine Einwendungen gegen die Massnahmen erheben, die gegen das deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen durchgeführt worden sind **oder werden sollen**, das beschlagnahmt worden ist für Zwecke der Reparation oder Restitution oder auf Grund des Kriegszustandes oder auf Grund von Abkommen, die die Drei Mächte mit anderen alliierten Staaten, neutralen Staaten oder ehemaligen Bundesgenossen Deutschlands geschlossen haben oder **schliessen werden**.»

Teil 9 – Artikel 1:

«Vorbehaltlich der Bestimmungen einer Friedensregelung mit Deutschland dürfen deutsche Staatsangehörige, die der Herrschaftsgewalt der Bundesrepublik unterliegen, gegen die Staaten, welche die Erklärung der Vereinten Nationen vom 01.01.1942 unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind (Anm.: inzwischen 192 Staaten) [...] sowie gegen deren Staatsangehörige keine Ansprüche irgendwelcher Art erheben wegen Massnahmen, welche [...] wegen des in Europa bestehenden Kriegszustandes getroffen worden sind; auch darf niemand derartige Ansprüche vor einem Gericht der Bundesrepublik geltend machen.»⁽⁶⁾

Das Berlin-Übereinkommen

Eine weitere Gesetzespassage, die auf die Fortgeltung des Besatzungsrechts hindeutet, ist das «Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin» (Berlin-Übereinkommen) von

1990. In Artikel 2 heisst es dort, ähnlich dem Überleitungsvertrag: «Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmassnahmen der alliierten Behörden in oder in Bezug auf Berlin [...] begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind. [...]»⁽⁷⁾

Die Formulierung «in oder in Bezug auf Berlin» ist dabei bedeutsam. Da alle besatzungsrechtlichen Verfügungen sämtlich in Berlin getroffen und verkündet worden sind, könnte dies bedeuten, dass damit auch alle, nicht nur Berlin, sondern auch das übrige Deutschland betreffenden Rechte und Bestimmungen der Alliierten in Kraft geblieben sind.

Ein prominentes Beispiel dafür, dass das Besatzungsrecht weiterhin in Kraft sein könnte und angewendet wird, ist die Verurteilung des früheren DDR-Devisenbeschaffers Dr. Alexander Schalck-Golodkowski im Jahre 1996 zu einem Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung. Er ist nicht etwa nach dem Strafgesetzbuch der BRD verurteilt worden, sondern nach dem SHAEF-Gesetz Nr. 53 (Besatzungsrecht), was wohl belegt, dass dieses Recht im Jahre 1996 noch galt und bis heute noch gilt. Das Bundesverfassungsgericht hatte die

Foto: Bundesarchiv, B 145
Bild-F024017-0001
/ Gathmann, Jens /
CC-BY-SA 3.0



„Wir sind doch faktisch ein Protektorat der Vereinigten Staaten.“

Kurt-Georg Kiesinger, 1966–1969 dritter Bundeskanzler der BRD, im Jahr 1958

Quelle: spiegel.de, Zitate, 21.05.1958

Verfassungsbeschwerde von ihm nicht angenommen, da ein Rechtsweg gegen angewandtes alliiertes Recht im BRD-System anscheinend nicht besteht.

Man muss sich in diesem Zusammenhang unbedingt verdeutlichen: Wenn Herr Schalck-Golodkowski im Jahre 1996 nach Besatzungsrechtsregeln verurteilt wurde, dann kann wohl jeder von uns auch gegenwärtig nach Besatzungsrechtsregeln verurteilt werden!

Nur eine Verwaltung?

Haben die westlichen Besatzungsmächte also in den drei westlichen Besatzungszonen eine Verwaltung namens BRD ins Leben gerufen? Hat die BRD für die Besatzungsmächte den Vorteil, dass sie sich nicht mehr selbst um notwendige Verwaltungsangelegenheiten sorgen müssen und sie trotzdem die oberste Regierungsgewalt weiterhin ausüben können?

Auffällig ist auch, dass das «Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland» erstellt wurde. Dabei heisst es nicht «Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland», sondern «für die Bundesrepublik». Dass die BRD sich dieses Grundgesetz nicht selbst gegeben hat ist offensichtlich. Es wurde von den Besatzungsmächten in die Wege geleitet.

FAZIT: Viele Indizien deuten darauf hin, dass die oberste Regierungsgewalt auf deutschem Gebiet nach wie vor von den drei westlichen Besatzungsmächten ausgeübt wird. Daher kann durchaus geschlossen werden, dass das Kriterium einer eigenen hoheitlichen Gewalt von der BRD nicht erfüllt wird. Das völkerrechtliche Kriterium der «Staatsgewalt» gemäss der «Drei-Elemente-Lehre» ist deshalb im Falle der BRD anzuzweifeln. (tk)

Quellen:

Dr. Klaus Maurer, Die «BRD-GmbH», Sunflower-Verlag, 2016

1. völkerrechtlich korrekte Zitierweise: «Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und durch die Provisorische Regierung der Französischen Republik vom 05.06.1945»
2. Florian Rühmann, Verfassungsschöpfung unter Besatzungsherrschaft - Einflussnahme der Westalliierten auf die Entstehung des Grundgesetzes, GRIN Verlag, 2006
3. Hans Herbert von Arnim, Die Deutschlandakte - Was Politiker und Wirtschaftsbosse unserem Land antun, Bertelsmann-Verlag, 2008, S. 17
4. Bunte, 14.02.1991, S.94
5. Schreiben der Militärgouverneure zum Grundgesetz in der Übersetzung des Parlamentarischen Rates, Seite 416, Frankfurt am Main, den 12.05.1949
6. de.scribd.com, Vertrag Zur Regelung Aus Krieg Und Besatzung Entstandener Fragen
7. bgbl.de, Verordnung zu dem Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin vom 25.09.1990



2. Staatsgebiet



Eine besondere Kuriosität stellt der Umstand dar, dass seit dem Jahre 1990 das Grundgesetz seinen territorialen Geltungsbereich nicht mehr definiert. Zuvor gab es noch den Artikel 23 (alte Fassung), in dem der territoriale Geltungsbereich bestimmt wurde.

Artikel 23 Grundgesetz, alte Fassung (1990 durch die Alliierten aufgehoben), lautet:

«1. Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Gross-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern.

2. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.»

Im Rahmen der Ereignisse von 1990 wurde anvisiert, dass die mitteldeutschen «Länder» dem «Grundgesetz» gemäss Artikel 23 Satz 2 beitreten. Nach Abschluss dieses Beitritts wollte man angeblich keine Lösung bestehen lassen, die es weiteren Gebietsteilen des Deutschen Reichs ermöglicht hätte, ebenfalls dem Grundgesetz beizutreten. Dies begründete man mit möglichen Missstimmungen auf Seiten der Polen oder Russen, die die Gebiete Deutschlands östlich der Oder-Neisse-Linie verwalten bzw. verwalteten. Dabei besteht jedoch folgende interessante Besonderheit: Hätte man lediglich verhindern wollen, dass nach 1990 weitere Gebiete Deutschlands dem Grundgesetz beitreten können, hätte es genügt, nur den zweiten Satz aufzuheben, in dem es hiess: «2. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.»

Man hat jedoch wohl aus gutem Grund den gesamten Artikel 23 (alte Fassung) komplett aufgehoben. Somit hat man auch den Satz 1 des Artikels 23 entfernt, in dem der territoriale Geltungsbereich definiert war. Dies wurde im Bundesgesetzblatt am 28.09.1990 im Rahmen der Veröffentlichung des Einigungsvertragsgesetzes verkündet.⁽¹⁾

Präambel nicht rechtsverbindlich

Somit ist seit dem 29.09.1990 der gesamte alte Artikel 23 aufgehoben und kein territorialer Geltungsbereich mehr für das Grundgesetz beziehungsweise für die BRD definiert. Der neue Artikel 23 dreht sich um die Verwirklichung eines «vereinten Europas». Zwar wird behauptet, dass der territoriale Geltungsbereich weiterhin in der Präambel des Grundgesetzes bestimmt sei. Hierauf ist allerdings zu erwidern:

Die Aufhebung des deutschen Staatsgebiets durch Artikel 23?

„Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“

Der ursprüngliche Text von Artikel 23 wurde in die Präambel des Grundgesetzes verschoben, wo er keine rechtlich bindende Wirkung mehr hat. War die deutsche Wiedervereinigung in Wahrheit also Deutschlands Auflösung?

Artikel 23 des Grundgesetzes, der das deutsche Staatsgebiet festlegte, wurde mit der Wiedervereinigung durch einen Artikel ersetzt, der Deutschland zum Aufbau eines Vereinten Europas verpflichtet, auch «Europaartikel» genannt.

Präambel

¹Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben. ²Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. ³Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.

(1) ¹ Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet. ² Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen. ³ Für die Begründung der Europäischen Union sowie für Änderungen ihrer vertraglichen Grundlagen und vergleichbare Regelungen, durch die dieses Grundgesetz seinem Inhalt nach geändert oder ergänzt wird oder solche Änderungen oder Ergänzungen ermöglicht werden, gilt Artikel 79 Abs. 2 und 3.

1. Eine Präambel hat keinerlei Rechtsverbindlichkeit. Wie jedem Juristen bekannt, handelt es sich bei einer Präambel lediglich um ein freundliches Vorwort. Jedwede Normen, die Rechtswirksamkeit entfalten sollen, müssen in Artikeln und Paragraphen gelistet sein.

2. Beim genauen Lesen fällt zudem auf, dass auch in der Präambel des Grundgesetzes lediglich ein Personenkreis definiert wird, für den das beschriebene Gesetzeswerk gelten soll, und nicht ein Territorium, in dem dieses Recht gegenüber Jedermann angewendet werden muss.

Die neue Präambel von 1990 lautet:

«Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben. Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.»

Gilt das Grundgesetz demnach für einen Personenkreis und nicht für ein Territorium? Haben sich laut dieser Präambel die Türken, Italiener, Griechen, Russen etc., die auf deutschem Gebiet leben, dieses Grundgesetz nicht gegeben und können somit vermutlich selbst entscheiden, ob sie sich diesem Recht unterordnen wollen oder nicht? Gleiches würde dann auch für die sogenannten «Flüchtlinge» gelten, die in vielen Fällen auch selbst entscheiden, sich dem BRD-Recht nicht unterzuordnen. (siehe Ausgabe 62)

Auch im 1990 geänderten Artikel 146 des Grundgesetzes heisst es: «Dieses Grundgesetz, das [...] für das gesamte Deutsche Volk gilt [...]». Also auch im Artikel 146 des Grundgesetzes wird nur ein Personenkreis definiert und kein Territorium. Sämtliche territorialen Bezüge wurden aus allen BRD-Gesetzen komplett entfernt.

FAZIT: Da ein Territorium im Grundgesetz nicht klar definiert ist, ist auch dieses völkerrechtlich notwendige Merkmal eines Staates nach der Drei-Elemente-Lehre anzuzweifeln. (tk)

Quellen:

Dr. Klaus Maurer, Die «BRD-GmbH», Sunflower-Verlag, 2016

1. BGBl. II Seite 885, 890, v. 23.09.1990, Geltung ab 29.09.1990

3. Staatsvolk



Tatsächlich gibt es auf der ganzen Welt keinen einzigen Menschen, der Staatsangehöriger der «Bundesrepublik Deutschland» wäre. Schaut man sich die Regelungen der BRD an, in denen die Bedingungen für die Zugehörigkeit zur BRD definiert sind, vermisst man Sätze wie: «Staatsangehöriger der Bundesrepublik Deutschland ist, wer (diese oder jene Voraussetzungen erfüllt).»

Die Zugehörigkeit zur BRD wird im Artikel 116 des Grundgesetzes sowie im Staatsangehörigkeitsgesetz beschrieben.

In Grundgesetz Art. 116 lautet es:

«(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist [...] wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt [...]»

Ist dabei die hier genannte «deutsche Staatsangehörigkeit» etwa identisch mit der unmittelbaren Reichsangehörigkeit, wie sie in seiner Verordnung vom 05.02.1934 von Adolf Hitler definiert wurde? Diese lautet:

«Auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30.01.1934 (RGBl. I. Seite 75) wird folgendes verordnet:

§1 (1) Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.

(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit).»

Lautet der oben zitierte Satz des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes deshalb mit anderen Worten «(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist [...] wer die unmittelbare Reichsangehörigkeit (nach nationalsozialistischer Definition) besitzt [...]»?

Wie im Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, so wird auch im Staatsangehörigkeitsgesetz nicht etwa eine Staatsangehörigkeit der «Bundesrepublik Deutschland» definiert, stattdessen lautet es wieder: «Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.»

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz für das Deutsche Reich (RuStAG) vom 22. Juli 1913:

«§1 Deutscher ist [...] wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat [...] oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit [...] besitzt.»

Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934:

«Auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 (RGBl. 1 S.75) wird folgendes verordnet:

§1 (1) Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.
(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit).»

Art. 116 GG:

«(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist [...] wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt [...]»

Oben: Regelung aus der Zeit des Kaiserreichs, Mitte: Regelung von Adolf Hitler aus der Zeit des sogenannten «Dritten Reichs», unten: Regelung im Grundgesetz der BRD.

Übernimmt die BRD die illegale Staatsangehörigkeitsdefinition des «Dritten Reichs» bzw. Deutschen Reichs, ohne eigene Staatsangehörigkeit zu definieren bzw. zu vergeben?

Kann die BRD also keine eigene Staatsangehörigkeit definieren oder vergeben, weil es sich bei ihr gar nicht um einen Staat handelt? Auch in den Identifikationsdokumenten der BRD wie beispielsweise im Bundespersonalausweis oder Reisepass findet sich unter der Rubrik «Staatsangehörigkeit» nicht etwa der Eintrag «Bundesrepublik Deutschland», wie man es erwarten dürfte, sofern die BRD tatsäch-

lich ein Staat wäre, sondern der Begriff «Deutsch».

FAZIT: Wenn die BRD kein eigenes Staatsvolk hätte, worauf vieles hindeutet, wäre auch dieses völkerrechtlich notwendige Merkmal eines Staates entsprechend der Drei-Elemente-Lehre nicht erfüllt.

Quelle: Dr. Klaus Maurer, Die «BRD-GmbH», Sunflower-Verlag, 2016



77

«Letztlich zeigt sich also in allen Bereichen des Besatzungsrechts, dass der vollständige Abbau der besatzungsrechtlichen Ordnung in Deutschland noch immer nicht abgeschlossen und deren Überreste aus der Verfassung des wiedervereinigten Deutschlands, aus dem Stationierungsrecht seiner NATO-Partner und aus seinen geltenden Gesetzen noch immer nicht beseitigt sind. Dies bezieht sich also nicht allein auf das Stationierungsrecht, wie es dort das Bundesverfassungsgericht zumindest für den Teilbereich festgestellt hat, sondern auf alle Bereiche, in denen die Besatzungsgewalt aktiv geworden ist. Auch hieraus wird deutlich, dass das Jahr 1990 und auch die Jahre danach keine Zäsur gebracht haben, sondern allein diesen Abbauprozess vorangetrieben haben. Weit mehr als früher liegt jedoch heute dieser Abbau der besatzungsrechtlichen Ordnung in den Händen der Bundesrepublik Deutschland selbst. Nunmehr ist es an ihr, diesen Prozess zum Abschluss zu bringen.»

Ausschnitt aus der Doktorarbeit von Dr. Michael Rensmann, 2001 an der Universität Hannover

Quelle: Michael Rensmann, Besatzungsrecht im wiedervereinigten Deutschland, Nomos, Baden-Baden, 2002, S. 190 ff.



Warum haben Bürger der Bundesrepublik Deutschland (BRD) nicht die Staatsangehörigkeit «Bundesrepublik Deutschland» oder «BRD»?

FAZIT: Kritiker haben gute Argumente in der Hand, um zu behaupten, die BRD erfülle nicht einmal ein einziges dieser drei völkerrechtlich notwendigen Kriterien für einen Staat.

Besteht das Deutsche Reich fort?

Immer wieder wird behauptet, das Deutsche Reich sei durch diverse Ereignisse «verschwunden» beziehungsweise «untergegangen», wie beispielsweise mit der militärischen Niederlage der Wehrmacht im Jahre 1945, mit der Gründung der BRD und der DDR im Jahre 1949, mit dem Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR im Jahre 1972, mit dem Beitritt der BRD und der DDR zur UNO im Jahre 1973, mit dem «Einigungsvertrag» zwischen der BRD und der DDR im Jahre 1990, mit dem «2+4-Vertrag» (angebliche Befreiung von besatzungsrechtlichen Beschränkungen) ebenfalls aus dem Jahre 1990.

Zum besseren Verständnis ist folgendes voranzustellen: Das Völkerrecht, insbesondere das Kriegsvölkerrecht in Gestalt der Haager Landkriegsordnung und der Genfer Konvention, sieht im Falle einer militärischen Niederlage das «Verschwinden» oder «Untergehen» des unterlegenen Staates grundsätzlich nicht vor. Es gibt völkerrechtlich nur drei Möglichkeiten, einen Staat zum «Verschwinden» zu bringen:

1. Der oberste Souverän des Staates (also das Staatsvolk oder der Monarch) entscheidet in freier Selbstbestimmung, dass der Staat aufhört zu existieren.
2. Nach einer militärischen Niederlage wird das gesamte Staatsvolk bis auf den letzten einzelnen Staatsangehörigen verschleppt oder umgebracht.
3. Nach einer militärischen Niederlage wird das gesamte Staatsgebiet vollständig annektiert (von den Siegerstaaten einverleibt). Eine Annexion würde bewir-



Am 12. September 1990 unterzeichneten die Außenminister der Sowjetunion, der USA, Grossbritanniens, Frankreichs, der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in Moskau das Abschlussdokument der sogenannten 2+4-Gespräche (2+4-Vertrag), das die außenpolitischen Aspekte der deutschen Wiedervereinigung behandelte.

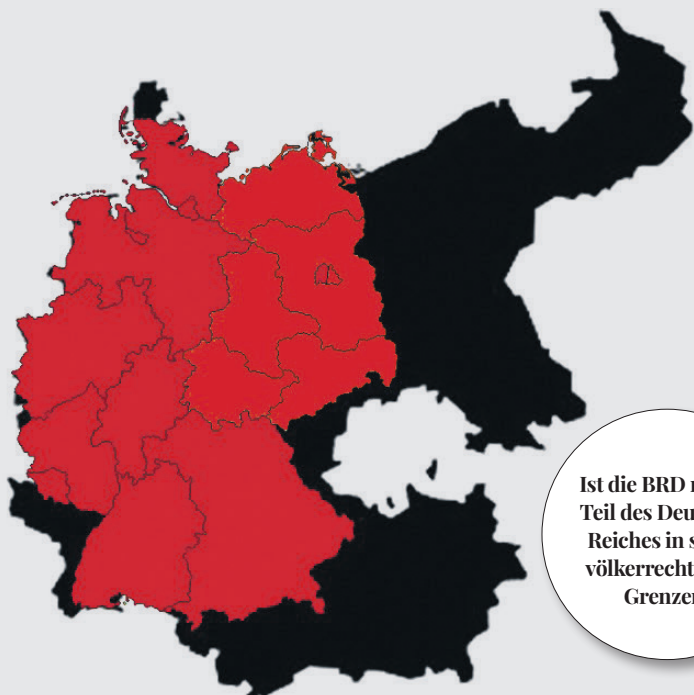
ken, dass die Staatsangehörigen des annektierten Staates eine neue Rechtsstellung zuerkannt bekommen müssen. Sie müssten dann Staatsangehörige des annektierenden Staates werden, selbstverständlich mit allen Rechten und Pflichten.

Keine Annexion

Eine Annexion ist jedoch von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges ausdrücklich nicht praktiziert worden. Bereits im Londoner Protokoll vom 12.09.1944 wurde von ihnen festgelegt, dass das Gebiet des Deutschen Reiches nicht annektiert und das Deutsche Reich nicht ausgelöscht wird, sondern lediglich innerhalb seiner Grenzen vom 31.12.1937 in Besatzungszonen eingeteilt, und ein besonderes Berliner Gebiet geschaffen wird. ⁽¹⁾ Auch in der «Berliner Erklärung»

vom 05.06.1945 wurde klargestellt, dass die Besatzungsmächte die oberste Regierungsgewalt in Deutschland übernehmen, es jedoch nicht annektieren werden, und dass eventuelle Grenzänderungen in einer späteren Friedensregelung festzulegen seien: «Die Regierungen übernehmen hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland [...] Die Übernahme [...] bewirkt nicht die Annexion Deutschlands. Die Regierungen werden später die Grenzen Deutschlands [...] festlegen.» ⁽²⁾

Aus den Bestimmungen der alliierten Siegermächte geht also nicht klar hervor, dass das Deutsche Reich untergegangen wäre. Es wird von BRD-Repräsentanten allerdings gerne behauptet, mit der Gründung der DDR und der BRD sei das Deutsche Reich untergegangen. Doch da es so scheint, als ob die BRD und die DDR nicht als Staaten, sondern lediglich als Verwaltungskonstrukte der Besatzungsmächte gegründet wurden (siehe S.162 ff.), waren sie wohl auch zu keiner Zeit Rechts-



Ist die BRD nur ein Teil des Deutschen Reiches in seinen völkerrechtlichen Grenzen?



Foto: Chatham House
([https://de.wikipedia.org/wiki/Da-tei:HE_Dr_Wolfgang_Sch%C3%A4uble_\(6257468800\).jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Da-tei:HE_Dr_Wolfgang_Sch%C3%A4uble_(6257468800).jpg))
<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.de>

„«Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen!»

Wolfgang Schäuble, Präsident des Deutschen Bundestages, 2011 auf dem «European Banking Congress»

Quelle: youtube.com, Schäuble Vollversion European Banking Congress 2011, 20.11.2011



Deutscher Bundestag

Abgeordnete

Ausschüsse

Texte

Webarchiv | Presse | Kurzmeldungen (hib) | 201506

30.06.2015

Auswärtiges — Antwort — hib 340/2015

Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“

Berlin: (hib/AHE) Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“ nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist. Darauf verweist die Bundesregierung in ihrer Antwort ([B 18/5178](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zum Potsdamer Abkommen von 1945 ([B 18/5033](#)). Die Abgeordneten hatten sich unter anderem nach der „These von der Fortexistenz des Deutschen Reiches“ erkundigt und gefragt, ob die Bundesregierung diese als öffentlich als unhaltbar zurückweisen werde, „damit diese Behauptung nicht von Neonazis und der so genannten Reichsbürgerbewegung für ihren Gebietsrevisionismus gegenüber den EU-Nachbarländern instrumentalisiert werden kann“.

Screenshot von der offiziellen Webseite des Deutschen Bundestages. Das Fortbestehen des Deutschen Reiches wird hier bestätigt!

Quelle: bundestag.de, Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“, 30.06.2015



BUNDESWEHR

Das Logo
der Bundeswehr



Eisernes Kreuz I.
Klasse 1914

Das Eiserner Kreuz war eine deutsche Kriegsauszeichnung, die erstmals vom König von Preussen Friedrich Wilhelm III. am 10. März 1813 gestiftet wurde. Während die Stiftung und Erneuerung des Eisernen Kreuzes 1813 bis 1914 ein preussisches Ehrenzeichen betrafen, schuf die Urkunde Adolf Hitler ein gesamtdeutsches Ehrenzeichen. Seit 1945 kam es nicht zur Stiftung einer Kriegsauszeichnung durch einen Bundespräsidenten, jedoch bestimmte am 1. Oktober 1956 Theodor Heuss das Eiserner Kreuz angesichts seiner identitätsstiftenden Tradition zum Erkennungszeichen für die Luftfahrzeuge und Kampffahrzeuge der Bundeswehr. Komisch, wo doch sonst so viel Abstand wie möglich von der Vergangenheit genommen wurde.

nachfolger des Deutschen Reiches. Ein «Untergang» bedingt allerdings einen Nachfolger.

Demzufolge lautet ein entsprechendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1983: « [...] Das Inkrafttreten des Grundgesetzes [...] und der Verfassung der DDR änderte am Fortbestand des deutschen Staates nichts; beide Vorgänge erfüllten nicht einen völkerrechtlichen Tatbestand des Staatsunterganges. [...]» ⁽³⁾

In einem Grundsatzurteil aus dem Jahre 1973 des Bundesverfassungsgerichts wurden folgende Ausführungen gemacht:

! «Das Grundgesetz – nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre! – geht davon aus, dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation,

Feierliche Ernennung der ersten Soldaten der Deutschen Bundeswehr unter dem Symbol des Eisernen Kreuzes durch Theodor Blank, Ermeikelskaserne, 12. November 1955

noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte, noch später untergegangen ist; das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art. 23, Art. 116 und Art. 146 GG. Das entspricht auch der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, an der der Senat festhält. Das Deutsche Reich existiert fort [...] besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings [...] nicht handlungsfähig. [...] Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert [...] Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches [...]» ⁽⁴⁾ ▶

”

«In der unmittelbaren Nachkriegszeit, in der es vielfältige Massnahmen der Siegermächte über Deutschland und die Deutschen gegeben hat, war sowohl von den Siegermächten und den deutschen Stellen als auch von der ganz überwiegenden Staatsrechtslehre anerkannt, dass das Deutsche Reich nicht untergegangen ist. Insbesondere wurde das Deutsche Reich nicht annektiert, jedenfalls nicht insgesamt, und, soweit das geschehen ist, nicht rechtens.» ⁽¹⁾

Karl Albrecht Schachtschneider,
deutscher Staatsrechtslehrer

Quelle: Die Souveränität Deutschlands –
Souverän ist, wer frei ist; S. 189-190





► Also war das Deutsche Reich laut Bundesverfassungsgericht mindestens im Jahre 1973 noch existent!

Was ist «Deutschland als Ganzes»?

Darüber hinaus ist eine beliebte Behauptung, das Deutsche Reich sei mit dem «2+4-Vertrag» im Jahre 1990 «untergegangen». Doch wenn BRD und DDR nicht die Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs waren, konnte eine Zusammenlegung dieser Gebilde auch nicht zu einem Untergang des Deutschen Reichs führen.

Aber schauen wir selbst, was die Alliierten im «2+4-Vertrag» zum Deutschen Reich festlegen. In Artikel 7 ist zu lesen: «Die Französische Republik, das Vereinigte Königreich [...], die Union der So-

zialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten [...] beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes [...]» ⁽⁵⁾

Was soll «Deutschland als Ganzes» bedeuten? Warum wird wieder nicht von der «Bundesrepublik Deutschland» gesprochen? Ist etwa das Deutsche Reich gemeint? Tatsächlich wurde «Deutschland als Ganzes» von den alliierten Siegermächten ständig als Synonym für das Deutsche Reich verwendet.

Wenn es so wäre, dass mit «Deutschland als Ganzes» das Deutsche Reich gemeint ist, dann würde es sich nicht um einen Untergang des Deutschen Reichs handeln. Die Alliierten hätten dann nicht festgelegt, dass das Deutsche Reich un-

tergeht, sondern nur, dass sie ihre diesbezüglichen Verantwortlichkeiten beenden – was wiederum an anderer Stelle relativiert wurde (siehe S.164 f.).

Zusammenfassend ist festzustellen: Es ist kein völkerrechtlicher Akt zu finden, durch den das Deutsche Reich oder eines seiner Einzelstaaten untergegangen wäre. (fk)



Quellen:

Dr. Klaus Maurer, Die «BRD-GmbH», Sunflower-Verlag, 2016

1. Londoner Protokoll über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Gross-Berlin vom 12.09.1944, letzte Fassung vom 13.08.1945
2. verfassungen.de, Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten «Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands», 05.06.1945
3. mpil.de, Deutsche Rechtsprechung in völkerrechtlichen Fragen 2000
4. de.wikipedia.org, Rechtslage Deutschlands nach 1945
5. de.wikipedia.org, Zwei-plus-Vier-Vertrag

Bundesverfassungsgericht bestätigt: Deutsches Reich existiert fort!



Richter des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe

Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-F083310-0005 / Schaack, Lothar / CC-BY-SA 3.0

‚Deutsches Reich‘, – in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings ‚teilidentisch‘, so dass insoweit die Identität keine Ausschliesslichkeit beansprucht. Die Bundesrepublik umfasst also, was ihr Staatsvolk und ihr Staatsgebiet anlangt, nicht das ganze Deutschland, unbeschadet dessen, dass sie ein einheitliches Staatsvolk des Völkerrechtssubjekts ‚Deutschland‘ (Deutsches Reich), zu dem die eigene Bevölkerung als untrennbarer Teil gehört, und ein einheitliches Staatsgebiet ‚Deutschland‘ (Deutsches Reich), zu dem ihr eigenes Staatsgebiet als ebenfalls nicht abtrennbarer Teil gehört, anerkennt. Sie beschränkt staatsrechtlich ihre Hoheitsgewalt auf den ‚Geltungsbereich des Grundgesetzes‘ [...], fühlt sich aber auch verantwortlich für das ganze Deutschland (vgl. Präambel des Grundgesetzes).»

§ In seinem Urteil von 1973 über den sogenannten «Grundlagenvertrag» mit der DDR stellte das Bundesverfassungsgericht fest:

«Das Grundgesetz – nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre! – geht davon aus, dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist; das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art. 23, Art. 116 und Art. 146 GG. Das entspricht auch der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, an der der Senat festhält. Das Deutsche Reich existiert fort [...], besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig.» [...] Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert (vgl. Carlo Schmid in der 6. Sitzung des Parlamentarischen Rates – StenBer. S. 70). Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht ‚Rechtsnachfolger‘ des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat

Im Teso-Beschluss von 1987 wurde diese Feststellung nochmals bestätigt:

«Der Parlamentarische Rat hat das Grundgesetz nicht als Akt der Neugründung eines Staates verstanden; er wollte ‚dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung‘ geben, bis die ‚Einheit und Freiheit Deutschlands‘ in freier Selbstbestimmung vollendet sei (Präambel des Grundgesetzes). Präambel und Art. 146 GG fassen das gesamte Grundgesetz auf dieses Ziel hin ein: der Verfassungsgeber hat dadurch den Willen zur staatlichen Einheit Deutschlands normiert, der wegen der zwischen den Besatzungsmächten ausgebrochenen weltpolitischen Spannungen ernsthafte Gefahr drohte. Er wollte damit einer staatlichen Spaltung Deutschlands entgegenwirken, soweit dies in seiner Macht lag. Es war die politische Grundentscheidung des Parlamentarischen Rates, nicht einen neuen (‚westdeutschen‘) Staat zu errichten, sondern das Grundgesetz als Reorganisation eines Teilbereichs des deutschen Staates – seiner Staatsgewalt, seines Staatsgebiets, seines Staatsvolkes – zu begreifen.»

Quelle: de.wikipedia.org, Rechtslage Deutschlands nach 1945

Warum wurde nach dem Zweiten Weltkrieg kein Friedensvertrag geschlossen?

Ein Friedensvertrag wird zwischen Siegern und Besiegten geschlossen. Ergo: Dieser Friedensvertrag konnte/kann nur zwischen den alliierten Siegermächten einerseits und dem Deutschen Reich (oder einem Rechtsnachfolger) andererseits ausgehandelt und geschlossen werden.

Die **HAUPTSIEGERMACHT*** des Zweiten Weltkrieges, die USA, führte in ihrer Sieger-Rechtssetzung im Jahre 1944 einen völkerrechtlich neuen Begriff ein, den es bis dahin nicht gab. In ihren Schriftstücken sprachen sie nicht mehr vom «Deutschen Reich», sondern, wenn sie das Deutsche Reich meinten, von «Deutschland als Ganzes». Der Begriff «Deutschland» war zuvor lediglich ein geographischer Begriff. Um zu einem völkerrechtlichen Begriff zu werden, musste er zunächst definiert werden. In den entsprechenden Siegerrechtsregelungen im Rahmen der SHAEF-Gesetzgebung tun die USA dies folgendermassen:

« ‚Deutschland‘ bedeutet das Gebiet des Deutschen Reiches, wie es am 31.12.1937 bestanden hat.» ⁽¹⁾

In der «Berliner Erklärung» vom 05.06.1945 wurde klargestellt, dass eventuelle Grenzänderungen wohl in einer späteren Friedensregelung festzulegen seien:

«Die Regierungen übernehmen hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland [...] Die Übernahme [...] bewirkt nicht die Annexion Deutschlands. Die Regierungen werden später die Grenzen Deutschlands [...] festlegen.» ⁽²⁾

Im Weiteren wurde auf der Potsdamer Konferenz vom 17.07.1945 bis zum 25.07.1945 noch klarer bestätigt, dass eventuelle Grenzänderungen des Deutschen Reiches einer «Friedenskonferenz» vorbehalten blieben. Der entscheidende Passus im abschliessenden «Potsdamer Abkommen» lautet: «Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung,



Vertragsunterzeichnung in der Spiegelgalerie des Schlosses von Versailles 1919, Zeichnung von William Orpen. Der Versailler Friedensvertrag erdrückte das Deutsche Reich zwar finanziell, aber zumindest beendete er klar den Kriegszustand zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten.

dass die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur **Friedenskonferenz** zurückgestellt werden soll. Die Häupter der drei Regierungen stimmen überein, dass bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die [...] deutschen Gebiete östlich der Linie [...] unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen [...].» ⁽³⁾

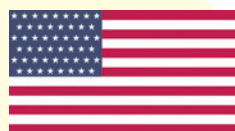
Daraus lässt sich schlussfolgern: Die Gebiete des Deutschen Reichs, welche östlich der Oder-Neisse-Linie liegen, wie beispielsweise Ostpreussen, Grossteile Pommerns und Schlesiens wurden unter polnische und sowjetische Verwaltung gestellt, blieben jedoch völkerrechtlich Gebietsteile Preussens und damit Teil des Deutschen Reichs.

«Deutschland» wurde 1944 von der Hauptsiegermacht des Zweiten Weltkrieges, den USA, als «das Gebiet des

Deutschen Reiches» definiert, «wie es am 31.12.1937 bestanden hat». Im Potsdamer Abkommen beschlossen die alliierten Siegermächte, dass sie die Westgrenze Polens (und damit die Ostgrenze Deutschlands) zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen einer «Friedenskonferenz» (und damit wohl auch eines Friedensvertrags) festlegen werden. Kam es je zu diesem Friedensvertrag?

Oft wird behauptet, bei dem sogenannten «2+4-Vertrag» (angebliche Befreiung von besatzungsrechtlichen Beschränkungen) handle es sich um einen Friedensvertrag. Doch dieser wurde zwischen BRD und DDR einerseits und den Siegermächten andererseits geschlossen. Wenn es zutrifft, dass BRD und DDR nicht die Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs sind, dann können sie auch keinen Friedensvertrag schliessen. (tk)

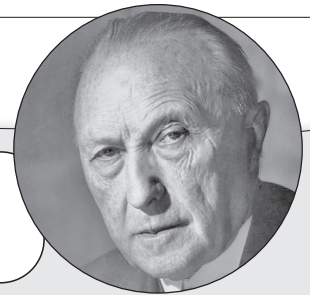
*Um die USA zu bewegen, in den Zweiten Weltkrieg einzutreten und eine zweite Front im Westen zu eröffnen, haben die europäischen Mächte bereits im Jahre 1942 den Vereinigten Staaten den Titel der «**HAUPTSIEGERMACHT**» zugestanden. Damit haben diese Staaten eingewilligt, dass der oberste Befehlshaber der US-Streitkräfte (damals General Dwight D. Eisenhower) gleichzeitig weltweit der oberste Befehlshaber aller alliierten Streitkräfte wurde (beispielsweise auch der Streitkräfte der damaligen Sowjetunion).



Quellen:

Dr. Klaus Maurer, Die «BRD-GmbH», Sunflower-Verlag, 2016

1. SHAEF-Gesetz Nr. 52, Artikel VII «Begriffsbestimmungen», Absatz (e)
2. verfassungen.de, Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten «Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands», 05.06.1945
3. zeit.de, Am Anfang stand ein Irrtum, 22.02.1985



Erster Bundeskanzler: Der Westen Polens gehört zu Deutschland!

«Lassen Sie mich nun zu Fragen übergehen, die uns in Deutschland ausserordentlich am Herzen liegen und die für unser gesamtes Volk Lebensfragen sind. Es handelt sich um die Abkommen von Jalta und Potsdam und die Oder-Neisse-Linie. Im Potsdamer Abkommen heisst es ausdrücklich: Die Chefs der drei Regierungen – das sind die Vereinigten Staaten, England und Sowjetrussland – haben ihre Ansicht bekräftigt, dass die endgültige Bestimmung der polnischen Westgrenze bis zur **Friedenskonferenz** vertagt werden muss. Wir können uns daher unter keinen Umständen mit einer von Sowjetrussland und Polen später einseitig vorgenommenen Abtrennung dieser Gebiete abfinden. Diese Abtrennung widerspricht nicht nur dem Potsdamer Abkommen, sie widerspricht auch der Atlantik-Charta vom Jahre 1941, der sich die Sowjetunion ausdrücklich angeschlossen hat. Die Bestimmungen der Atlantik-Charta sind ganz eindeutig und klar. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat durch Beschluss vom 3. November 1948 die Grossmächte aufgefordert, nach diesen Prinzipien baldmöglichst **Friedensverträge** abzuschliessen. Wir werden nicht aufhören, in einem geordneten Rechtsgang unsere Ansprüche auf diese Gebiete weiter zu verfolgen.»

Konrad Adenauer, Erster Bundeskanzler der BRD, in seiner ersten Regierungserklärung im Deutschen Bundestag am 20. September 1949

Quelle: kas.de, Erste Regierungserklärung von Bundeskanzler Adenauer, 01.07.2001

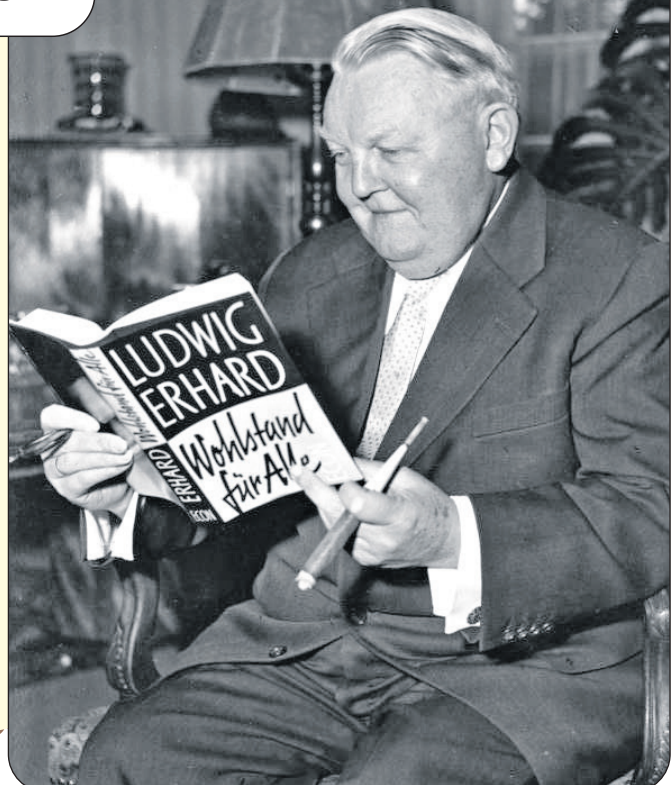
Zweiter Bundeskanzler: Deutschland ist das Deutsche Reich 1937!

«Wir sind uns alle darüber klar, dass auf dem Wege zur Wiederherstellung der deutschen Einheit grosse Schwierigkeiten zu überwinden sind. Der Weg mag lang und dornenvoll sein. Am Ende dieses Weges muss nach der Überzeugung der Bundesregierung ein **Friedensvertrag** stehen, der von einer in freien Wahlen gebildeten gesamtdeutschen Regierung frei verhandelt und geschlossen wird. In diesem Vertrag – und nur in ihm – können und müssen die endgültigen Grenzen Deutschlands, das nach gültiger Rechtsauffassung in seinen Grenzen vom 31.12. 1937 fortbesteht, festgelegt werden.»

Regierungserklärung von Bundeskanzler
Ludwig Erhard am 18. Oktober 1965

Quote: kas.de, Union in Deutschland, 18. Dezember 1963, Nr.51/52

Bundesarchiv, B 145 Bild-F004204-0003/Adrian, Doris / CC-BY-SA 3.0





Sowjetunion schlug 1952 Friedensvertrag und Wiedervereinigung vor! (Stalin-Note)

„**«Die Sowjetregierung hält es für notwendig, die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika darauf aufmerksam zu machen, dass, obwohl seit Beendigung des Krieges in Europa bereits etwa sieben Jahre vergangen sind, immer noch kein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen wurde.**

Um diesen unnormalen Zustand zu beseitigen, wendet sich die Sowjetregierung, die das Schreiben der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit der an die vier Mächte gerichteten Bitte um Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland unterstützt, ihrerseits an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und an die Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs mit dem Vorschlag, unverzüglich die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erwägen, damit in nächster Zeit ein vereinbarter Friedensvertragsentwurf vorbereitet und einer entsprechenden internationalen Konferenz unter Beteiligung aller interessierten Staaten zur Prüfung vorgelegt wird.

Es versteht sich, dass ein solcher Friedensvertrag unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, ausgearbeitet werden muss. Hieraus folgt, dass die UdSSR, die USA, Grossbritannien und Frankreich,

die in Deutschland Kontrollfunktionen ausüben, auch die Frage der Bedingungen prüfen müssen, die die schnelligste Bildung einer gesamtdeutschen, den Willen des deutschen Volkes ausdrückenden Regierung fördern.

Um die Vorbereitung des Entwurfs eines Friedensvertrages zu erleichtern, legt die Sowjetregierung ihrerseits den Regierungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs den beigefügten Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland zur Prüfung vor.

Die Sowjetregierung schlägt vor, diesen Entwurf zu erörtern, und erklärt sich gleichzeitig bereit, auch andere eventuelle Vorschläge zu dieser Frage zu prüfen.

Die Regierung der UdSSR rechnet damit, in kürzester Frist eine Antwort der Regierung der USA auf den obenerwähnten Vorschlag zu erhalten. Gleichlautende Noten hat die Sowjetregierung auch an die Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs gerichtet.»

Note der Sowjetregierung (Stalin-Note) an die Regierungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs über den Friedensvertrag mit Deutschland, 10. März 1952

Bundeskanzler Konrad Adenauer und die Westmächte lehnten die Stalin-Noten als Störmanöver ab, mit dem Stalin die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland habe behindern wollen. Dies ist auch heute die herrschende Meinung in der Geschichtswissenschaft. Unabhängig davon, ob dies der Wahrheit entspricht: Ein Friedensvertrag war nach der BRD-Gründung in aller Munde, war teils sogar zum Greifen nahe. Warum werden Personen des öffentlichen Lebens, die heutzutage das Fehlen eines Friedensvertrages erwähnen, als «Verschwörungstheoretiker» oder «Rechte» diffamiert?

Quelle: germanhistorydocs.ghi-dc.org, Sowjetischer Grundriss eines Friedensvertrages – Erste «Stalin Note» (10. März 1952)

Nachdem der Sänger Xavier Naidoo im Oktober 2011 den fehlenden Friedensvertrag im ARD-«Morgenmagazin» erwähnt hatte, wurde er von der Presse jahrelang zur Persona non grata erklärt. Was bis in die 1970er in Deutschland Mehrheitswissen war, wird heute zur rechten Verschwörungstheorie erklärt.



Wir sind immer noch ein besetztes Land. Deutschland hat keinen Friedensvertrag und dementsprechend sind wir auch kein echtes Land.

**«Vollkommen durchgedreht»,
«Hat den Verstand verloren»,
«Spinnt jetzt völlig»**



Warum hat Deutschland ein Grundgesetz und keine Verfassung?

Das Vorhandensein einer niedergeschriebenen Verfassung als Verfassungsurkunde ist zwar nach der Drei-Elemente-Lehre (siehe S.162 ff.) kein völkerrechtlich notwendiges Kriterium für einen Staat. Wenn jedoch eine Verfassung vorhanden ist, dann ist sie definitionsgemäss die oberste Rechtsnorm eines Staates. Das heisst, ein wie auch immer geartetes Verwaltungskonstrukt, welches kein Staat ist, kann somit zwar irgendein Grundregelwerk haben, es ist jedoch staatsrechtlich nicht statthaft, dieses Grundregelwerk dann «Verfassung» zu nennen.

Der Artikel 146 des Grundgesetzes zeigt, dass eine Verfassung für die Deutschen weiterhin im Raum steht:

! **«Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.»**

Wenn schon im Grundgesetz selbst eine Unterscheidung zwischen Grundgesetz und Verfassung getroffen wird, dann ist davon auszugehen, dass das Grundgesetz nicht die oberste Rechtsnorm eines Staates darstellt, sondern tatsächlich ein alliiertes Verwaltungskonstrukt. (tk)



Foto: Dirk Ingo Franke (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Berlin_proteste_15.09.2013_18-36-30.JPG)
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de>

Protest von sogenannten «Reichsbürgern», die sich auf Artikel 146 des Grundgesetzes berufen (vor dem Reichstagsgebäude in Berlin 2013). Sind die Thesen dieser vom Mainstream zur rechtsextremen Sekte erklärten Leute wirklich so verrückt?

Foto: Sandro Halank, Wikimedia Commons, CC-BY-SA 3.0



«Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.»

Artikel 146, Grundgesetz

“ «Wenn Washington am Golf Krieg führt, ist Deutschland immer beteiligt, weil es der Flugzeugträger der USA in Europa ist. Wir sind kein souveräner Staat. Wir nehmen gezwungenermassen an Angriffskriegen der Supermacht teil.»

Oskar Lafontaine, ehemals Parteivorsitzender von die Linke, in einer Kolumne in der BILD-Zeitung vom 06.01.2003



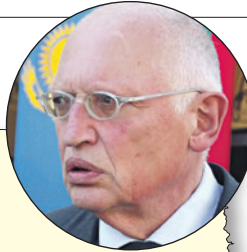
Poster zur Gründung der Vereinten Nationen, die in ihren Anfängen keine Organisation, sondern ein Kriegsbündnis gegen Deutschland waren.

Befindet sich Deutschland rechtlich noch im Kriegszustand?

Die Rechtsgrundlagen der Vereinten Nationen sind in erster Linie aus ihrer Entstehungsgeschichte verständlich. Besonders bedeutsam für das Rechtsverständnis ist die «Deklaration der Vereinten Nationen» vom 01.01.1942. Nachdem am 11.12.1941 die Kriegserklärung des Deutschen Reichs und Italiens an die USA erfolgte und am selben Tag beantwortet wurde, standen die Vereinigten Staaten nunmehr mit dem Deutschen Reich im Krieg. Mit der Deklaration der Vereinten Nationen gründeten die USA die «Anti-Hitler-Koalition» mit Grossbritannien und der Sowjetunion als den Hauptalliierten sowie 23 weiteren Staaten, bis zum März 1945 schlossen sich 19 weitere Staaten an. Durch diese Deklaration vom 01.01.1942 wurden alle Unterzeichner verpflichtet, dem Deutschen Reich den Krieg zu erklären und die Vereinigten Staaten als Hauptsiegermacht (siehe S.171) und Kriegsgesetzgeber anzuerkennen. Sie verpflichteten sich weiterhin, keine separaten Friedensschlüsse oder Waffenstillstandsabkommen abzuschliessen.

Am 26. Juni 1945 wurde auf der Konferenz von San Francisco die Charta der Vereinten Nationen – der Gründungsvertrag und damit die Verfassung der UN- aus der Taufe gehoben. Bei dieser Konferenz waren nur die Siegerstaaten des Zweiten Weltkrieges anwesend. Als Ziel wurde angegeben, dass Krisen und Spannungen in der Zukunft verhindert werden sollten. In die UNO-Charta wurden zwei Artikel aufgenommen (Art. 53 und 107), die man als «Feindstaatenartikel» oder «Feindstaatenklauseln» bezeichnet.

Foto: Piotr Drabik (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:G%C3%BCnter_Verheugen_2013.jpg)
<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>



„Wir sollten bitte nicht vergessen – dieses ganze Projekt ‚Europäische Einheit‘ ist wegen Deutschland notwendig geworden. Es ging immer dabei (sic!), Deutschland einzubinden, damit es nicht zur Gefahr wird für andere. Das dürfen wir in diesem Land nicht vergessen. Wenn Sie glauben, dass das 65 Jahre nach Kriegsende keine Rolle mehr spielt, dann sind Sie vollkommen schief gewickelt. Ich kann Ihnen nach 10 Jahren Brüssel sagen: das spielt jeden Tag noch, jeden Tag noch eine Rolle.»

Günter Verheugen, EU-Kommissar 1999-2007, in der ZDF-Talkshow Maybrit Illner 2010

Quelle: youtube.com, Günter Verheugen EU-Kommissar zum Projekt «Europäische Einheit» 2010. zdf. M.Illner+ Im Jahr 2016 ?, 21.07.2014

Was heisst das? Es heisst, dass sich die Siegermächte darin das Recht geben, sich in ihren Beziehungen zu den ehemaligen Feindstaaten nicht an das allgemeine Gewaltverbot, an das Interventionsverbot oder an den Grundsatz der Vertragstreue halten zu müssen. So könnten zum Beispiel die USA offensive militärische Massnahmen gegen Ungarn oder Bulgarien (weil damals Verbündete Deutschlands und damit «Feindstaaten») durchführen. Natürlich auch gegen Deutschland, Italien oder Japan (weil damals im Krieg mit den Alliierten). Es werden in diesen Artikeln ausdrücklich Handlungen erlaubt, die das allgemeine Völkerrecht verbietet. Der Text dieser Feindstaatenartikel lautet:

Artikel 53 der UN-Charta:

! « (1) [...] Ohne Ermächtigung des Sicherheitsrats dürfen Zwangsmassnahmen [...] nicht ergriffen werden; ausgenommen sind Massnahmen gegen einen Feindstaat [...]

(2) Der Ausdruck ‚Feindstaat‘ in Absatz 1 bezeichnet jeden Staat, der während des Zweiten Weltkriegs Feind eines Unterzeichners dieser Charta war.»

Artikel 107 der UN-Charta:

! «Massnahmen, welche die hierfür verantwortlichen (Anm.: für die Wahrung des Weltfriedens) Regierungen als Folge des Zweiten Weltkriegs in bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaats dieser Charta war, werden durch diese Charta weder ausser Kraft gesetzt noch untersagt.» ⁽¹⁾

Da diese Artikel weiterhin in der UN-Charta zu finden sind, gibt es auch keinen Grund anzunehmen, sie seien nicht mehr gültig. (fk)

Quellen: Dr. Klaus Maurer, Die «BRD-GmbH», Sunflower-Verlag, 2016
 1. unric.org, Charta der Vereinten Nationen

„Die Souveränität ist die Freiheit der Bürger, jedes einzelnen und aller zusammen. Sie ist in Deutschland wegen der Feindstaatenklausel in der Charta der Vereinten Nationen nur unvollständig wiederhergestellt. Nur wenn Deutschland so ist, wie es nach der Vorstellung der Weltkriegsfeinde sein soll, eingebunden in den Westen, politisch ohnmächtig, wenn auch wirtschaftlich stark, vor allem als internationaler Standort, geniesst es ausweislich des Zwei-plus-Vier-Vertrages von 1990 die ‚volle Souveränität‘. Die ‚gleiche Souveränität‘, das Grundprinzip des Völkerrechts, ist Deutschland nicht zugestanden.» ⁽²⁾

*Karl Albrecht Schachtschneider,
deutscher Staatsrechtslehrer*

Quelle: sezession.de, Schachtschneider:
«Parteienstaat ist Verfallerscheinung der Republik», 14.10.2015

Müssen Bundeskanzler einen Unterwerfungseid unterschreiben?

Manche Beobachter sehen sogar Anzeichen dafür, dass insbesondere die Bundeskanzler die Interessen der westlichen Besatzungsmächte ausführen. Die Besatzungsmächte hätten eine besondere Verfügung getroffen, die im Polit-Jargon als «Kanzlerakte» bekannt geworden ist. Dabei sei von den Besatzungsmächten hinter dem Rücken der Öffentlichkeit verfügt worden, dass der Bundeskanzler einen persönlichen Unterwerfungseid unterzeichnen müsse, in dem er sich verpflichte, die Anweisungen der Besatzungsmächte auszuführen.

Egon Bahr, Berater Willy Brandts, erinnert sich an einen Vorgang, der zu den «Kanzlerakte-Theorien» passt.

Foto: SPD Schleswig Holstein ([https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Egon_Bahr_2014_\(cropped\).jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Egon_Bahr_2014_(cropped).jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.de>



Befeuert wurden diese Spekulationen u.a. durch das Buch «Die deutsche Karte» des ehemaligen Chefs des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) Gerd-Helmut Komossa, der von dem tatsächlichen Vorhandensein der Kanzlerakte ausgeht. Dieser schrieb:

«Der Geheime Staatsvertrag vom 21. Mai 1949 wurde vom Bundesnachrichtendienst unter ‚Strengste Vertraulichkeit‘ eingestuft. In ihm wurden die grundlegenden Vorbehalte der Sieger für die Souveränität der Bundesrepublik bis ▶



► zum Jahre 2009 festgeschrieben, was heute wohl kaum jemandem bewusst sein dürfte.

Danach wurde einmal ‚der Medienvorbehalt der alliierten Mächte über deutsche Zeitungs- und Rundfunkmedien‘ bis zum Jahr 2009 fixiert. Zum anderen wurde geregelt, dass jeder Bundeskanzler Deutschlands auf Anordnung der Alliierten vor Ablegung des Amtseides die sogenannte ‚Kanzlerakte‘ zu unterzeichnen hatte. Darüber hinaus blieben die Goldreserven der Bundesrepublik durch die Alliierten gepfändet.»⁽¹⁾

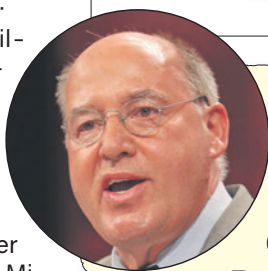
Egon Bahr, einer der wichtigsten und einflussreichsten Berater Willy Brandts, erinnerte sich an einen Vorgang, der zu den «Kanzlerakte-Theorien» passt:

«Ein hoher Beamter hatte ihm [Willy Brandt] drei Briefe zur Unterschrift vorgelegt. Jeweils an die Botschafter der drei Mächte – der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Grossbritanniens – in ihrer Eigenschaft als Hohe Kommissare gerichtet. Damit sollte er zustimmend bestätigen, was die Militärgouverneure in ihrem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 an verbindlichen Vorbehalten gemacht hatten. Als Inhaber

der unkündbaren Siegerrechte für Deutschland als Ganzes und Berlin hatten sie diejenigen Artikel des Grundgesetzes suspendiert, also ausser Kraft gesetzt, die sie als Einschränkung ihrer Verfügungshoheit verstanden. Das galt sogar für den Artikel 146, der nach der deutschen Einheit eine Verfassung anstelle des Grundgesetzes vorsah. [...] Brandt war empört, dass man von ihm verlangte, ‚einen solchen Unterwerfungsbrief‘ zu unterschreiben. Schliesslich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter könnten ihn wohl kaum absetzen! Da musste er sich beklehnen lassen, dass Konrad Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Ludwig Erhard und danach Kurt Georg Kiesinger. Dass aus den Militärgouverneuren inzwischen Hohe Kommissare geworden waren und nach dem sogenannten Deutschlandvertrag nebst Beitritt zur Nato 1955 die deutsche Souveränität verkündet worden war, änderte daran nichts. Er schloss: ‚Also habe ich auch unterschrieben‘ – und hat nie wieder davon gesprochen.

Schon Adenauer hatte seine Anerkennung der alliierten Oberhoheit wie ein Staatsgeheimnis behandelt. Sie passte nicht so recht in die Atmosphäre zehn Tage vor der Staatsgründung, und die drei Mächte hatten auch kein Interesse, diese Voraussetzung für den 23. Mai

© Götz Wiedenroth · www.wiedenroth-karikatur.de



„Aber was ich eben auch erstaunlich finde, ist, dass ja das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wäre es nicht doch an der Zeit, dass wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müsste eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht. Wir brauchen kein Besatzungsstatut mehr, Deutschland muss das beenden.»⁽¹⁾

Gregor Gysi, Bundestagsabgeordneter der Partei Die Linke, 2013 im Gespräch mit Gerhard Schröder

„Ich muss Ihnen mal ganz ernsthaft sagen, dass das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wir haben nicht das Jahr 1945, wir haben das Jahr 2013. Könnte man das nicht mal aufheben und die Besatzung Deutschlands beenden?»⁽²⁾

Gregor Gysi, im Phoenix-Interview, 08.08.2013

Quellen: 1. deutschlandfunk.de, «Das ist mir alles zu lahm», 04.08.2013

2. youtube.com, Gregor Gysi - Deutschland ist immer noch ein besetztes Land, Besatzungsstatut (Phoenix) [Info 121], 14.05.2014

1949 an die grosse Glocke zu hängen. Das blieb kein Einzelfall. Die Einschränkungen der deutschen Souveränität existierten völkerrechtlich unverändert, solange Deutschland geteilt blieb und solange sie nicht durch einen Friedensvertrag förmlich beendet wurden. Durch die Kapitulation am 8. Mai 1945 ging die Souveränität des Reiches auf die Sieger über. Deutschland erhielt sie erst mit der Wirksamkeit des friedensvertraglichen Zwei-plus-Vier-Abkommens am 15. März 1991 zurück. (Anm.: Aussage wohl nicht korrekt, mehr dazu auf Seite 70ff.) Die Sieger pochten auf ihre unkündbaren Kompetenzen während dieser ganzen Zeitspanne, natürlich nicht nur vor der Geburtsstunde

der Bundesrepublik, sondern auch, als sie 1955 zu Verbündeten wurden. Als ich die Kanzlerbriefe einmal gegenüber dem ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker erwähnte, reagierte er zu meiner Überraschung erstaunt; er hatte von ihnen nichts gewusst. Es bedurfte keiner besonderen Absprache: Die beteiligten Deutschen wie die Alliierten hatten das gleiche Interesse, diese Manifestierung der begrenzten deutschen Souveränität nicht öffentlich werden zu lassen.»⁽²⁾

Quellen:

1. Gerd Helmut Komossa, Die deutsche Karte, Ares, 2008, S. 19
2. zeit.de, Drei Briefe und ein Staatsgeheimnis, 14.05.2009

1990: Ist die «Wiedervereinigung» nur die «Teilwiedervereinigung»?



Bis in die 70er-Jahre wurde den Deutschen eine realistische Chance auf eine Wiedervereinigung mit den Gebieten östlich der Oder-Neisse-Linie vermittelt. Noch 1970 machte der SPD-Politiker Herbert Wehner Wahlkampf mit der Hoffnung auf eine «gesamtdeutsche» Wiedervereinigung (Deutschland in den Grenzen von 1919).

Noch lange nach dem Krieg hegten viele Deutsche die Hoffnung, es bestehe eine realistische Chance auf die Rückerlangung der Gebiete östlich der Oder-Neisse-Linie. In ihrem Verständnis war die «Wiedervereinigung» Deutschlands über Jahrzehnte die in den Grenzen von 1919, eine «gesamtdeutsche» Einheit (obwohl schon 1919 Gebiete des Deutschen Reiches verlorengegangen waren). Den Worten nach bekannte sich der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer zwar stets zur gesamtdeutschen Einheit und vertrat das Recht der Deutschen auf die ehemaligen Ostgebiete des Deutschen Reichs. Unbestreitbare Tatsache dürfte jedoch sein, dass Adenauer die deutsche Öffentlichkeit bis zu seinem Tod über die ihm bekannte wirkliche Haltung der Westmächte zur Frage der Oder-Neisse-Gebiete täuschte.

Wie erst Jahrzehnte später durch Öffnung britischer Archive herauskam, wusste Adenauer spätestens seit der Unterredung mit den drei westlichen Hohen Kommissaren John Jay McCloy, Sir Ivone Kirkpatrick und André François-Poncet am 15. November 1951 genau, dass man in Washington, London und Paris die Oder-Neisse-Linie als endgültige Grenze Deutschlands zu Polen ansah. Die höchsten Vertreter der westlichen Besatzungsmächte hatten ihm an diesem Tag im Vorfeld des Generalvertrags und der Vereinbarungen zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) eindeutig klar gemacht, dass sie unter einem wiederzuvereinigenden Deutschland nur ein solches bis zur Oder-Neisse-Linie ansehen würden. Am 21. November 1951 vereinbarte

Adenauer mit US-Aussenminister Acheson in Paris, dass die Alliierten über ihre bereits offenbarte Haltung zur zukünftigen Ostgrenze Deutschlands nichts äussern sollten.⁽¹⁾

Die Deutschen sollten also weiter in dem Glauben bleiben, die Westmächte stünden hinter den deutschen Ansprüchen auf Ostdeutschland und es gelte, was der Alterspräsident des Bundestags Paul Löbe am 13. Juni 1950 in einer feierlichen Rechtsverwahrung des Bundestages, des Bundesrates und der Bundesregierung verkündet hatte: dass die Oder-Neisse-Gebiete ein Teil der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands seien, dass Ostdeutschland den Polen nur zur «einstweiligen Verwaltung übergeben worden» sowie ein Teil Deutschlands geblieben sei, über den erst in einem Friedensvertrag bestimmt werden könne.^{(2) (tk)}

Quellen: 1. Frankfurter Rundschau, 05.01.1990; 2. Bundestagsprotokoll vom 13.06.1950



Der Präsident des Parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer, im Gespräch mit den beiden SPD-Politikern Kurt Schumacher und Carlo Schmid. Alle drei bezogen eindeutige Standpunkte in Bezug auf die deutschen Ostgebiete gegen einen Verzicht.



Wahlplakat der CDU zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 1947.



Wahlplakat der SPD von 1949. Das Nicht-Einhalten der Wahlversprechen setzt sich bis heute in der deutschen Politik fort.



Foto: Bundesarchiv,
Bild 102-01053A /
CC-BY-SA 3.0



«Gemäss dem Potsdamer Abkommen ist das deutsche Gebiet östlich von Oder und Neisse als Teil der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. Das Gebiet bleibt ein Teil Deutschlands.»

Paul Löbe, Alterspräsident des Bundestages «im Namen aller Fraktionen und Gruppen des Bundestages mit Ausnahme der kommunistischen Fraktion, zugleich mit Zustimmung der Bundesregierung und des Bundesrates», in der 68. Sitzung des Bundestags am 13.06.1950

Quelle: Bundestagsprotokoll vom 13.06.1950



«Die deutsche Sozialdemokratie hat 1945 [...] erklärt: Die Oder-Neisse-Linie ist unannehmbar als Grenze. Ich erkläre weiter: Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei kann bestehen, die die Oder-Neisse-Linie anerkennen will. Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats und des Verrats an Menschheitsideen durch die pseudobürgerlichen Satelliten in der Zone und durch die Sowjets verstricken zu lassen.»

SPD-Vorsitzender Kurt Schumacher in Berlin am 1. März 1951

Quelle: Matthias Müller, Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949-1977: Eintracht, Entfremdung, Zwietracht; Lit Verlag, 2012, S.37



«Entsprechend den zahlreichen Erklärungen des Bundestags und der Bundesregierung wird das deutsche Volk die sogenannte Oder-Neisse-Grenze niemals anerkennen.»

Konrad Adenauer, Erster Bundeskanzler der BRD, in einer Regierungserklärung am 20. Oktober 1953

Quelle: konrad-adenauer.de, Deutsche Einheit; Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode, 3. Sitzung am 20.10.1953, S. 20



«Das deutsche Volk sieht in der Anerkennung der Oder-Neisse-Linie, [...] in der Missachtung des Schicksals und des Heimatrechts der Vertriebenen Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit. Der Deutsche Bundestag spricht allen, die für diese Verbrechen verantwortlich sind und die Einverleibung Deutschlands in das Fremdherrschaftssystem betreiben, das Recht ab, im Namen des deutschen Volkes zu handeln.»

Entschiessung des Deutschen Bundestages vom 14. September 1950



War nach dieser Erklärung des Bundestages die «Wiedervereinigung» 1990 also gegen das deutsche Volk gerichtet, da «die Einverleibung Deutschlands in das Fremdherrschaftssystem zum Teil beibehalten wurde?»

Quelle: Hartmut Rudolph, Evangelische Kirche und Vertriebene 1945 bis 1972 – Band 2, Vandenhoeck & Ruprecht, 1985, S.8



«Deutsche Helden müsste die Welt, tollwütigen Hunden gleich, einfach totschiessen; dies zeigt unsere Geschichte ganz sicher.»

Joschka Fischer, Aussenminister Deutschlands 1998–2005

Seite 270

«Die Frage, [ob die Deutschen aussterben], das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir [...] verhältnismässig wurscht.»

Renate Schmidt, Familienministerin Deutschlands 2002 bis 2005

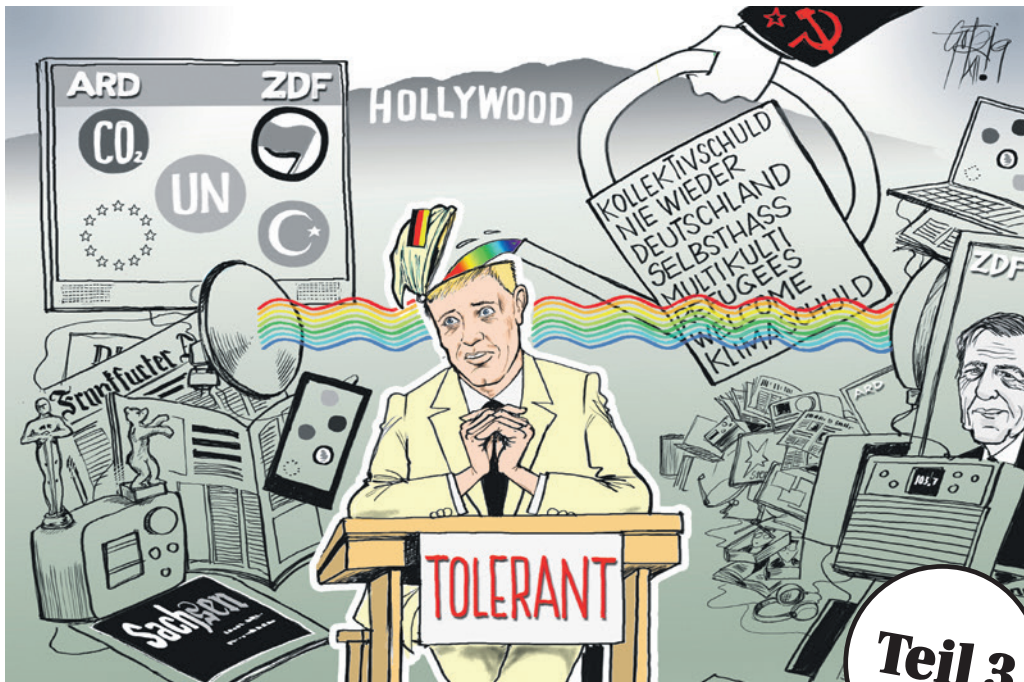
Seite 279



MetanoiaMagazin

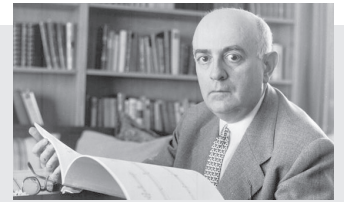
FÜR KRITISCHE PERSPEKTIVEN UND UNBEIRRTES DENKEN

Ausgabe 30, Dezember 2019



100 Jahre Krieg gegen Deutschland Die grosse ~~Entnazifizierung~~ *deutschung*

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs schoben die Alliierten nicht nur der deutschen Regierung in einem Schauprozess (Nürnberger Prozesse, Ausg. 29), sondern gar dem gesamten deutschen Volk die Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg unter. Es folgte im Nachkriegsdeutschland eine fragwürdige Kampagne der Siegermächte: Von Intellektuellen, Psychologen, Soziologen usw., die Deutschlands Medien- und Bildungssystem nach dem Krieg gestalteten, wurde eine scharfe propagandistische Waffe namens «Umerziehung» («Reeducation») geschmiedet, die im Laufe der Jahrzehnte entscheidend zur psychologischen Destabilisierung der deutschen Heimatbevölkerung beitrug, und damit die vielleicht wichtigste und effektivste Waffe in einem unbemerkt gegen den UN-«Feindstaat» Deutschland fortgeführten Krieg war. Sie erreichte, was die Alliierten mit Bomben und Waffen nie geschafft hätten: Die Deutschen selbst zu ihren schlimmsten Feinden zu machen!



«Alles ist eingetreten, was man sich jahrelang gewünscht hat, das Land vermüllt, Millionen von Hansjürgens und Utes tot.»

Theodor Adorno, prägender Philosoph der 68er-Bewegung, am 01.05.1945 über die Situation in Deutschland

Seite 184



«Ja, ich bin Marxist!»

Gerhard Schröder, BRD-Bundeskanzler von 1998 bis 2005

Seite 272



«Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiss es bis heute nicht.»

Robert Habeck, Bundesvorsitzender der Grünen und vielleicht eines Tages Bundeskanzler?

Seite 268



«[...] es geht darum, das geistige Fundament eines ganzen Volkes zu zerstören und diesem einen neuen Charakter einzuprägen.»

Louis Nizers Empfehlung für Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, die in Roosevelts Kabinett und mit 100.000 Exemplaren in der US-Armee verteilt wurde



Lieber Leser,

verrückt ist das schon. Jeder Bundesminister der BRD muss bei seinem Antritt folgenden unmissverständlichen Amtseid leisten: «Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.» Die Realität steht diesem Versprechen aber allzu oft um 180 Grad entgegen: Fortgesetzt werden Personen ins Amt gewählt, die sich bereits offen gegen diesen Eid bekannt haben, und damit eigentlich unwählbar wären. Z.B. die ehemalige Familienministerin Renate Schmidt (SPD), die 1986 gesagt hatte: «Die Frage, [ob die Deutschen aussterben], das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir [...] verhältnismässig wurscht.» Ungeheuerlich, oder? Und kein Einzelfall in den höchsten Positionen der BRD-Politik.

Auch ein Blick auf den aktuellen Zustand Deutschlands führt wirklich kaum zu der Schlussfolgerung, die deutsche Politik widme sich dem «Wohle des deutschen Volkes»: sinkende Löhne, sinkende Geburtenraten, dagegen steigende Kriminalität und soziale Verwahrlosung. Ja, man wird den Eindruck nicht los, dass die nominalen «Volksvertreter» immer weniger «für» die Deutschen und immer mehr «gegen» sie arbeiten. Wie kommt es, dass diese Leute trotz alledem weiterhin ins Amt gewählt werden?

Man könnte bei der Beobachtung dieser Zustände von einer Negativentwicklung, einer bösen Laune der Geschichte oder einfach dem unheilvollen «Zeitgeist» ausgehen. Die Gesellschaft habe sich dummerweise in diese gefährliche Richtung entwickelt. Allerdings könnte man ins Grübeln kommen, ob nicht doch mehr dahintersteckt, wenn man mal einen Blick auf die UN-Charta – quasi die Verfassung der Welt-Organisation – wagt. Hier steht doch tatsächlich geschrieben, dass die Charta, die offiziell zum «Wohl» (siehe Amtseid) aller Völker entstand, für Deutschland nicht gilt! Dazu muss man zuerst wissen, dass die «Vereinten Nationen» vor ihrer Gründung als suprastaatliche Organisation ein militärisches Bündnis im Zweiten Weltkrieg gegen Deutschland darstellten.

Zweiter Weltkrieg? Moment, ist der nicht schon längst vorbei? Laut der UNO nicht so richtig: Erstaunlicherweise gibt es eine Reihe von Paria-Staaten, denen nicht einmal der nominale Schutz der UN-Charta gewährt wird. Also Staaten, die selbst nach der UN-Charta aussen vor und quasi «internationales Freiwild» sind. Nach der heute noch gültigen Fassung der UN-Charta gibt es nämlich regelrechte «Feindstaaten», damit also quasi Feinde aller UN-Staaten oder zugespitzt: Feinde der Menschheit. So heisst es in Artikel 53,

Absatz 2 (auch als «Feindstaatenklausel» bezeichnet): «Der Ausdruck ‚Feindstaat‘ in Absatz 1 bezeichnet jeden Staat, der während des Zweiten Weltkriegs Feind eines Unterzeichners dieser Charta war.» Dies liegt eben in der Geschichte der UN-Charta als Weiterentwicklung eines Kriegsbündnisses begründet. «In Europa ist diese Liste nicht einmal kurz», zählte einmal die Welt zusammen: «Italien, Ungarn, Rumänien, Finnland, Kroatien, die Slowakei und natürlich Deutschland mit Österreich». Diese Staaten seien «immer noch ‚Feindstaaten‘, die anzugreifen die UN-Charta einen Freibrief darstellt» (online, 25.9.2012).

Gegen diese Staaten darf laut Artikel 53 Absatz 1 ohne Genehmigung des UN-Sicherheitsrates Gewalt angewendet werden. Und Artikel 107 bestimmt: «Massnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des Zweiten Weltkriegs in Bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaats dieser Charta war, werden durch diese Charta weder ausser Kraft gesetzt noch untersagt» – also genehmigt. Deutschland ist also weiterhin «Feindstaat», womit sich die berechtigte Frage stellt, ob der in den vorherigen zwei Ausgaben thematisierte «Krieg gegen Deutschland» jemals aufgehört hat.

«Aber was hat jetzt mit deutschen Politikern zu tun?», mag man sich fragen. Eine durchaus mögliche Antwort lautet, dass unsere vermeintlichen «Volksvertreter» (wissend oder unwissend sei dahingestellt) auch Teil dieses fortgeführten Krieges sind: Die 1949 neu geschaffene BRD trat 1973 der UNO bei, womit sie auch diese «Feindstaatenklausel» akzeptierte. Das Deutsche Reich hingegen, das laut Bundesverfassungsgericht weiter fortexistiert, jedoch nicht mehr «handlungsfähig» ist (siehe S.168 f.), war genau jener «Feindstaat», «der während des Zweiten Weltkriegs Feind eines Unterzeichners dieser Charta war.» Das heisst: Die BRD besetzt heute ein Teilgebiet des fortexistierenden Deutschen Reiches und ist gleichzeitig Teil einer ehemaligen (?) Kriegskoalition gegen das Deutsche Reich. Dieser «ehemalige» Kriegszustand scheint wiederum laut der Feindstaatenklausel gar nicht aufgehoben.

Demnach würde sich die BRD momentan im fortgesetzten Krieg gegen das Deutsche Reich bzw. gegen die Bewohner dieses Gebiets befinden. Das würde dann auch erklären, warum BRD-Politiker entgegen ihrem Amtseid eine Politik verfolgen, die das Wohl der einheimischen Bevölkerung nicht mehrt, sondern eher mindert. Arbeiten sie in Wahrheit für das alliierte Kriegsbündnis UNO gegen Deutschland?

Das würde auch die Ergebnisse des als fortschrittlich und demokratisch daherkommenden Programms «Umerziehung» («Reeducation») erklären, welches die Alliierten in Deutschland nach dem Krieg umsetzten. Intellektuelle, Psychologen, Soziologen usw., die Deutschlands Medien-

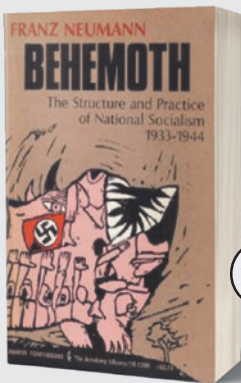
Verlag InfoXpress GmbH, Hohestr. 130, CH-4104 Oberwil
Kontakt Tel +41 61 511 45 08, info@metanoia-magazin.com
Website www.metanoia-magazin.com
Erscheinung 6-8 x jährlich im Abonnement
Bestellung www.metanoia-magazin.com

Redaktion Tilman Knechtel (tk) / André Barmettler (ab)
Satz/Layout Elementi Studio
Fotos Sofern nicht vermerkt: commons.wikimedia.org
Original-Coverbilder Götz Wiedenroth
Cover-Sonderedition Johannes Sonneaug

und Bildungssystem nach dem Krieg gestalteten, verfolgten laut eigener Aussage das Ziel, das alte «militaristische» und «barbarische» Gedankengut zu beseitigen und die Deutschen zu freiheitlich gesinnten Demokraten zu erziehen. Doch die Folgen waren dramatisch und genauso gegenteilig wie die hehren Versprechungen der UN-Charta und des BRD-Amtseids: Psychologisch wurde das deutsche Volk durch dieses Erziehungsprogramm nur geschwächt und von seinen historischen Wurzeln getrennt. Dabei hatten zahlreiche Schriftsteller und Geistesgrößen Jahrhunderte zuvor bereits erkannt, ein Volk von seiner Geschichte abzuschneiden, bedeute nichts anderes als Völkermord.

Wie im Falle des Amtseids der BRD-Minister oder der UN-Charta brachte die «Umerziehung» in Wahrheit das Gegenteil dessen, was sie versprach, womit naheliegt, dass auch sie kein humanistisches Erziehungsprogramm war, sondern vielmehr eine psychologische Kriegswaffe im weiter fortgeführten Krieg gegen den «Feindstaat» Deutschland. Sogar die effektivste Waffe, denn die sinkende Geburtenrate hat allmählich zu dem geführt, was die Alliierten mit konventionellen Kriegsmitteln vielleicht nie geschafft hätten: das nachhaltige und vielleicht eines Tages endgültige Verschwinden des deutschen Volks! (tk)

Das propagandistische «Säbelrasseln» vor dem Krieg



183

Psychologische Kriegsführung der Alliierten



194

Sicher liesse sich zu jedem in unserer Themenzeitung bereits behandelten Thema auch ein Dreiteiler erstellen. Unser Anspruch ist allerdings immer, dem Leser die wichtigsten Fakten in möglichst ansprechender und kurzweiliger Form zu präsentieren. Wir wollen uns nicht allzu oft wiederholen und unsere Leser nicht mit Informations-Redundanz langweilen. Im Falle des Krieges gegen Deutschland kamen wir ausnahmsweise zu der Entscheidung, dass sogar ein dritter Teil nicht an Spannung verlieren würde und entschieden uns deshalb für die Trilogie. Themen, die in den nächsten Monaten anstehen (können!), sind:

- Klimaschwindel
- Die Atombombe
- Das Geldsystem
- Die Evolutionstheorie
- Chinas lautlose Eroberung
- Dritter Weltkrieg
- Querfront in Europa
- Sigmund Freud
- Die Geschichte des Zionismus

Die «Umerziehung» beginnt



209

Widerlegung der Kollektivschuld des deutschen Volks am Zweiten Weltkrieg



210

Tarnt sich Marxismus als Antikommunismus?



219

Die «Umerziehung» in der BRD



230



Die Chronik des Deutschland –

Die Römer belagern
Karthago: Zeichnung
des englischen Ma-
lers Edward Poynter
aus dem Jahr 1868



146 v. Chr.:

Karthago (und seine Vergangenheit) wird vernichtet

Der Dritte Punische Krieg dauerte von 149 bis 146 v. Chr. und war der letzte Konflikt zwischen den beiden Mächten Rom und Karthago. Die Kampfhandlungen beschränkten sich vorwiegend auf die Belagerung Karthagos und endeten mit der Zerstörung der Stadt und der Versklavung ihrer Einwohner durch die Römer. Was darauf folgte war eine nahezu vollständige Tilgung der jahrhundertealten karthagischen Geschichte aus dem kollektiven Gedächtnis. So schreibt der Tagesspiegel:

«Rom vernichtete Stadt und Kultur so perfekt, dass es heute nur minimale schriftliche Nachrichten aus Karthago selbst gibt. Und auch die Archäologie kann

nur wenig aus den spärlichen Überresten der eingeebneten Stadt herausfiltern. Die Geschichte Karthagos in Wissenschaft und Schulbüchern ist die von den Siegern geschriebene Geschichte. Und so entstand das Bild der raffgierigen Pfeffersäcke, die ihre Kinder einem grausamen Götzenritual opferten und notorisch verlogen agierten. Die ins Sagenhafte übersteigerten römischen Berichte über die militärischen Erfolge Hannibals dienten allein dem Zweck, die eigenen Siege über ihn umso heller erstrahlen zu lassen.»⁽¹⁾

Eine ehemalige Grossmacht? Deren militärische Zerstörung, gefolgt von einer Siegesgeschichtsschreibung? Woran könnte das erinnern?

Einer der glühendsten Befürworter der Zerstörung Karthagos war der römische Staatsmann und Philosoph Cato der Ältere. Von ihm stammt angeblich der berühmte Satz: «Ceterum censeo Carthaginem esse delendam» («Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Karthago zerstört werden muss»), welchen er jahrelang nach jeder seiner Reden geäußert haben soll. Ausgerechnet dieser Ausspruch Catos wurde von der englischen Wochenzeitung Saturday Review wiederbelebt, als sie am 01. Februar 1896 schrieb: «Macht Euch fertig zum Kampf gegen Deutschland, denn Germaniam esse delendam. (Anm: Deutschland muss zerstört werden).» (siehe S.14 f.)

Wusste oder hoffte man zumindest 1896 schon, dass Deutschland ein ähnliches Schicksal wie Karthago blühen würde? (tk)

Quelle:

de.wikipedia.org, Geschichte Karthagos

1. tagesspiegel.de, Karthago - Eine Grossmacht wird vernichtet, 20.05.2010

Kriegs gegen Teil 3

1923:

Das «Institut für Sozialforschung» (IfS) wird gegründet

Im Jahr 1923 stand der Kommunismus in Deutschland vor dem moralischen Bankrott. Die marxistische Revolution 1918/1919 war nicht zum Durchbruch gekommen und nachdem im Zuge der Oktoberrevolution 1917 offen zutage getreten war, dass die Konzepte von Marx und Engels in der Realität nicht funktionierten und riesige Leichenberge hinterliessen, mussten die deutschen Kommunisten ihre Taktik ändern. Eine Gruppe von marxistischen Soziologen, Philosophen und Psychologen trat 1923 zusammen, um dem Marxismus eine neue Richtung zu geben. Ihr führender Kopf war der Sozialphilosoph Max Horkheimer.

Im Jahre 1923 gründeten er und seine marxistischen Verbündeten in Frankfurt das «Institut für Sozialforschung» (IfS). Es wurde von Felix Weil finanziell ausgestattet, einem Millionärssohn, der an einen deutschen Rätestaat glaubte und versuchte, eine Einrichtung in der Art des Moskauer «Marx-Engels-Instituts» zu schaffen. Er rüstete das Institut mit einem Stab von Professoren und Studenten, mit Bibliotheken und Archiven aus, die er eines Tages einem siegreichen sozialistischen Staat auf deutschem Boden stiften wollte. Das Institut wurde der Frankfurter Universität angegliedert. Später taufte sich die Mitglieder des IfS «Frankfurter Schule». Nach Hitlers Machtübernahme emigrierten die Mitglieder der «Frankfurter Schule» in die USA,

kurz nach Kriegsende kehrten sie zurück, um in der BRD wieder erfolgreich Fuss zu fassen.

Die «autoritäre Persönlichkeit»

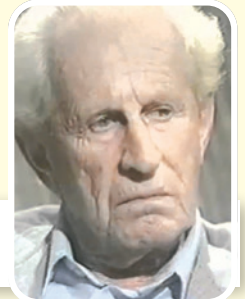
Die Frankfurter Schule verpackte das marxistische Gedankengut in eine neue Lehre namens «Kritische Theorie», die nicht mehr offen zum Klassenkampf aufrief, sondern die westlichen Grundwerte wie Marktwirtschaft, Familie oder Heimatverbundenheit negativ darstellte und hinterfragte. Sie behauptete, der Einzelne werde durch die bisherige bürgerlich-kapitalistische Ordnung unterdrückt und zu einer «autoritären Persönlichkeit» erzogen. Mit der Begründung der angeblichen Unterdrückung wurden die früheren selbstverständlichen und bewährten Ordnungen in Familie, Lebenskreis und Gesellschaft herabgesetzt, als altmodisch bezeichnet oder gar als nazistisch dargestellt. Dies sollte wohl in erster Linie zur Auflösung der Familie, als kleinster und stabilster Zelle einer gesunden Gesellschaft, führen. Schon Marx sah in seinem «Kommunistischen Manifest» als «eine der Hauptaufgaben der sozialen Revolution die Auflösung der Familie» an.

Die Vertreter der Frankfurter Schule gelangten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in hohe Positionen des deutschen Bildungssystems und begannen, die

Schlüsselfiguren der Frankfurter Schule



Max
Horkheimer



Herbert
Marcuse



Theodor
W. Adorno



Jürgen
Habermas

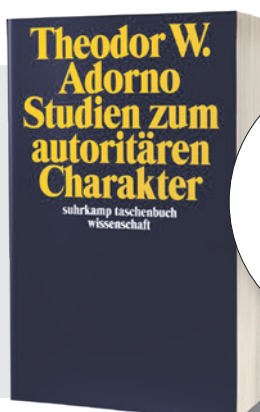


Erich
Fromm

heranwachsenden Generationen mit ihrem Gedankengut zu beeinflussen. Die erste Generation, die die Ideen der Frankfurter Schule übernahm, waren die Studenten des 68er-Jahrgangs, die ab Anfang der Siebziger-Jahre Schlüsselpositionen in Politik und Gesellschaft übernahmen.

Der Suhrkamp-Verlag verlegte, z.T. in Grossauflagen, alles, was von der Lehrer- und Schülergeneration der Frankfurter Schule geschrieben wurde. Von 1963-1980 gab der Verlag 1000 Bände «Kritische Theorie» verschiedenster Fachbereiche heraus. Nach Auskunft des Suhrkamp-Leiters Siegfried Unseld erreichte Suhrkamp bis 1988 eine Auflage von 30 Mio.

Der Einfluss der Frankfurter Schule geht schon allein aus der bezeichnenden Tatsache hervor, dass ab Ende der Sechziger-Jahre Jürgen Habermas aus der Frankfurter Schule zum meistzitierten Autor der westdeutschen pädagogischen Fachzeitschriften wurde. (tk)



Suhrkamp-
Taschenbücher von
Theodor W. Adorno
(Frankfurter Schule),
die sich in der BRD
in Millionenauflagen
verkauften.





77 «[...] möchten die Horst Güntherchen in ihrem Blut sich wälzen und die Inges den polnischen Bordellen überwiesen werden, mit Vorzugsscheinen für Juden.»

Theodor W. Adorno vom Institut für Sozialforschung (IfS) in einem Brief an seine Eltern vom 26.09.1943, in dem er seine Wunschvorstellung für das weitere Schicksal der Deutschen erläuterte

«In Deutschland hat die grosse allgemeine Turnerei eingesetzt, die ich mit ungeteilter Freude verfolge.»

Adorno in einem Brief vom 07.04.1945 über das Massensterben auf deutschem Boden

«Alles ist eingetreten, was man sich jahrelang gewünscht hat, das Land vermüllt, Millionen von Hansjürgens und Utes tot.»

Brief Adornos vom 01.05.1945 über die Situation in Deutschland unmittelbar vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs

Quelle: faz.net, Die vielen Hansjürgens und Utes, 18.08.2003

1929:

Erich Fromm vermischt Psychoanalyse mit Marxismus

Als erklärter Marxist und Anhänger der psychologischen Theorien von Sigmund Freud wurde der durch fehlenden akademischen Abschluss selbsterklärte «Psychologe» Erich Fromm 1929 durch den Soziologen Leo Löwenthal in das «Frankfurter Psychoanalytische Institut» geholt, das nicht zufällig in den Räumen des Instituts für Sozialforschung (IfS, siehe S.183 f.) untergekommen war, an dem er 1930 auf Lebenszeit als Leiter der sozialpsychologischen Abteilung eingestellt wurde, wo er unter Horkheimers besonderer Förderung die Freud'sche Lehre in die «Kritische Theorie» einbrachte. In seinem 1931 erschienenen Aufsatz «Politik

und Psychoanalyse» bezeichnete er die Psychoanalyse als das Mittel, «den Weg von der ökonomischen Bedingung durch Kopf und Herz des Menschen hindurch bis zum ideologischen Resultat»⁽¹⁾ zu verfolgen. In anderen Worten als den typisch verklausulierten der Frankfurter Schule: Mit der Psychoanalyse sollten aus Anhängern der Marktwirtschaft Marxisten geformt werden.

Mit dem Psychologen Alexander Mitscherlich (siehe S.281) war Fromm vor allem für die Übernahme der Psychoanalyse als Mittel der Umerziehung («Reeducation» und «Reorientation») in Deutschland verantwortlich und bewirkte die Verbrei-

tung dieser Ansichten in einer weiten Öffentlichkeit, nachdem sie vorher in Deutschland im Gegensatz zu den USA nur die Aufmerksamkeit kleiner wissenschaftlicher Gruppen gefunden hatten. An der Politisierung der Psychoanalyse und an ihrem Missbrauch zu ideologischen Zwecken hatte Erich Fromm erheblichen Anteil. Schon 1931 hatte er zu Beginn seiner Frankfurter Tätigkeit den programmatischen Artikel «Politik und Psychoanalyse» veröffentlicht, in dem er empfahl, die Erkenntnisse der Psychoanalyse auf die Politik anzuwenden. Durch seine Beiträge in Horkheimers «Zeitschrift für Sozialforschung» und im Gemeinschaftswerk «Studien über Autorität und Familie» trug er entscheidend zur in der BRD popularisierten Theorie bei, innerhalb der traditionellen Familie bilde sich ein autoritärer, obrigkeitshöriger Charakter heran.

Fromms Lehre vom «autoritären Persönlichkeit» der Deutschen bot den Schlüssel zur «Psychologie des Nazismus». Das deutsche Kleinbürgertum habe schon immer einen sadomasochistischen Charakter gehabt, der durch «Verehrung des Starken, Hass auf den Schwachen, Engherzigkeit, Kleinlichkeit, Feindseligkeit, Sparsamkeit bis zum Geiz (sowohl mit Gefühlen wie mit Geld)» gekennzeichnet sei.

Interessant, dass Fromm – wie sie viele seiner marxistischen Frankfurter Kollegen – seinen Lebensabend in der recht konservativen Schweiz verbrachte, wo bis zu seinem Tod 1980 noch recht wenig von den Auswirkungen der neomarxistischen Lehren zu spüren war. (tk)



Wie die Titel seiner Schriften schon preisgeben, wollte Erich Fromm nicht nur das Individuum, sondern die «Gesellschaft» Freuds Psychoanalyse unterwerfen, «Politik und Psychoanalyse» vermischen, um «Die autoritäre Persönlichkeit» zu bekämpfen.

Quellen:

de.wikipedia.org, Erich Fromm

1. Erich Fromm, Analytische Sozialpsychologie

Sozialisten strömen in die Roosevelt-Administration

Als der 32. US-Präsident, Franklin D. Roosevelt, am 04. März 1933 sein Amt antrat, ahnte in der gemeinen Bevölkerung wohl kaum jemand, dass er in den kommenden 12 Jahren innen- wie aussenpolitisch keinen Stein mehr auf dem anderen belassen werden würde: Der schweren Wirtschaftskrise, die seit dem Börsenkrach 1929 herrschte, begegnete er mit dem Staatsprogramm «New Deal», das massive Eingriffe in den freien Markt mit sich brachte: So wurden beispielsweise eine staatliche Arbeitslosen- und Rentenversicherung eingeführt, die Steuern für den Mittelstand massiv erhöht und die Regierung probierte, die Wirtschaft mittels grosser Konjunkturprogramme anzukurbeln. Franklin D. Roosevelt entband 1933 den US-Dollar vom Gold und verbot dessen Privatbesitz, was den Dollar endgültig zu «Fiat Money», ungedeckter Papierwährung, machte und die Wirtschaft massiv destabilisierte. Unter Roosevelt wurde alles Gold in Privatbesitz, bis auf eine geringe pro Person zugestandene Menge, beschlagnahmt; es war folglich der US-amerikanischen Bevölkerung von 1933 bis zur Aufhebung der Gold-Prohibition am 1. Januar 1975 verboten, Gold zu besitzen. Der von Roosevelt gepredigte «Liberalismus» bedeutete bei genauerer Betrachtung nichts anderes als mehr Staat und weniger Freiheit für den Normalbürger bzw. Sozialismus. Das hätten die US-Bürger eigentlich schon erkennen können, als ihre Regierung die Sowjetunion 1933 diplomatisch anerkannte – zu einem Zeitpunkt, als Millionen Ukrainer dort den Hungertod starben.

Die Machtausweitung durch einen Krieg gegen Deutschland war die fast logische Konsequenz, da Roosevelt nun den Wirtschaftskoloss Amerika zu seinen Zwecken bzw. denen seiner Berater und Einflüsterer einsetzen konnte. Nach Roosevelts Wahlsieg im Jahre 1933 wurde Henry Morgenthau Staatssekretär im US-Finanzministerium und ein Wegbereiter des «New Deals». Besonders an seiner Person, die sowohl die Sowjets aufrüstete als auch eine knall-



Viele Beobachter sahen in dem Juristen Felix Frankfurter den mächtigsten Mann Amerikas.

harte Deindustrialisierungspolitik gegen Deutschland vertrat, wird die Verbindung zwischen dem sozialistischen «New Deal» und dem darauffolgenden Krieg erkennbar (siehe S.82 u. 110 f.).

Auch der spätere US-Vizepräsident Henry Wallace war eine entscheidende Figur des New Deals und der Aussenpolitik. Das Landwirtschaftsministerium, das er von 1933 bis 1940 geführt hatte, war ein Sammelbecken für kommunistische Spione gewesen (siehe S.186). Auch in seiner Ablehnung der deutschen Bevölkerung stand Wallace Morgenthau in nichts nach. In einer Radioansprache am 29. Dezember 1942 sagte er: «Die Deutschen müssen lernen, all das zu verlernen, was ihnen beigebracht wurde, nicht nur von Hitler, sondern auch von seinen Vorläufern in den letzten hundert Jahren [...]»⁽¹⁾

Roosevelts kommunistische Berater

Bis etwa 1938 strömten zahlreiche Sozialisten und sogar teilweise sowjetische Agenten in Roosevelts Administration. Über diese Mitarbeiter der US-Regierung schreibt der Autor Caspar von Schrenck-Notzing: «Ihre Pflanzschule war das Seminar des Harvard-Professors Felix Frankfurter gewesen,

der das Infiltrieren seiner Studenten in Regierungspositionen und eine umfangreiche Korrespondenz mit den Mächtigen der Welt derart zu seiner Lebensaufgabe machte, dass [Raymond] Moley [Leiter der Vorbereitung des New Deal] in ihm den mächtigsten Mann Amerikas sah. Vorsichtiger Beobachter nannten ihn ‚ein Drittel bis ein Viertel von Roosevelts Ohr‘ und schätzten die Zahl der von Frankfurter protegierten Beamten auf 100.»⁽²⁾

Die vielleicht einflussreichsten Sozialisten in der Administration waren neben Roosevelt, Morgenthau und Wallace:

Harry Hopkins

Harry Hopkins war von 1938 bis 1940 Handelsminister und hatte Roosevelt sowohl in Sachen New Deal als auch dem «Leih- und Pachtgesetz» beraten. Durch das Leih- und Pachtgesetz vom 11. März 1941 bekamen die russischen Streitkräfte von den USA bis zum Ende des Krieges militärisches Material im Wert von elf Milliarden Dollar – eine kaum vorstellbare Summe für heutige Verhältnisse. Erst mit dieser Ausrüstung konnten die Sowjets weit in den Westen vorstossen und grosse Teile Europas erobern.

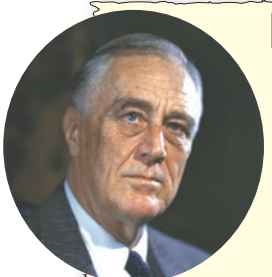


Harry Hopkins (rechts), der vielleicht engste Vertraute Roosevelts und mit hoher Wahrscheinlichkeit Sowjetagent

Der während des Zweiten Weltkrieges verantwortliche KGB-Offizier Iskhak Ahkmerov erklärte, dass Hopkins der mit Abstand wichtigste Kriegsagent der Sowjets in den Vereinigten Staaten war.⁽³⁾ Dies geht aus den Akten der höchsten Geheimhaltungsstufe hervor, die der ehemalige KGB-Archivmitarbeiter Wassili Mitrochin zwischen 1972 und 1984 kodierte und die nach seinem Übertritt in den Westen 1992 bekannt wurden. Bereits vorher war Hopkins von Oleg Gordijewski, ebenfalls ehemaliger KGB-Mitarbeiter, als sowjetischer Spion bezeichnet worden.⁽⁴⁾

Alger Hiss

Alger Hiss nahm 1933 eine Stelle als Berater und Rechtsanwalt für den Stab des ▶



„Wir müssen mit Deutschland hart umgehen, und ich meine dabei das deutsche Volk, nicht nur die Nazis. Wir müssen entweder das deutsche Volk kastrieren oder man muss die Deutschen so behandeln, dass sie nicht einfach weiterhin Menschen zeugen können, die im alten Geist fortfahren wollen.“

Franklin D. Roosevelt am 9. August 1944 im Gespräch mit Henry Morgenthau

Quelle: spiegel.de, "Diese Deutschen sind ja solche Teufel", 11.12.1967



► New-Deal-Programms an. 1935 trat Hiss in das Justizministerium ein und wechselte 1937 in das Aussenministerium. Bei der Konferenz von Jalta – ein diplomatisches Treffen der alliierten Staatschefs Franklin D. Roosevelt (USA), Winston Churchill (Vereinigtes Königreich) und Josef Stalin (UdSSR) im Februar 1945 – gehörte er zur US-Delegation. Er hatte entscheidenden Anteil daran, dass auf der Konferenz elf souveräne Staaten den Kommunisten überlassen wurden. Stalin riss sich in Jalta mit voller Unterstützung Roosevelts Osteuropa unter den Nagel (siehe S.78 f.).

1944 arbeitete Hiss in einer neuen Abteilung des Aussenministeriums, dem «Office of Special Political Affairs» («Abteilung für politische Sonderangelegenheiten»). Diese Abteilung war für die internationale Planung und Organisation nach Kriegsende verantwortlich. Später wurde er deren Direktor und war deshalb Mitglied des Stabs der Konferenz in Dumbarton Oaks, wo die ersten Pläne für die künftigen Vereinten Nationen entworfen wurden.

Im September 1939 informierte Whitaker Chambers, einer der Redakteure des TIME-Magazins und ehemaliges Mitglied der «Kommunistischen Partei der USA»

(KPUSA), das FBI, dass er bis vor wenigen Monaten Informant des sowjetischen Geheimdienstes gewesen sei. In einer ersten Befragung nannte er auch Hiss und dessen Frau Priscilla als sowjetische Spione. Doch die Angelegenheit wurde nicht weiter verfolgt, nicht zuletzt, weil hohe Beamte und prominente Juristen sich für Hiss einsetzten, darunter ebenjener Felix Frankfurter, den Roosevelt 1939 zum Richter am Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten ernannt hatte.

Chambers wiederholte am 3. August 1948 vor dem «Komitee für unamerikanische Umtriebe» (House Un-American Activities Committee, HUAC), Hiss sei ein Spion für die Sowjetunion gewesen. Hiss habe Dokumente einem Oberst des NKWD ausgehändigt. Er sei mit Hiss und dessen Ehefrau Priscilla gut befreundet gewesen, als Beweis dafür zitierte Chambers mehrere persönliche Einzelheiten über sie.

Obwohl seine Freunde ihm davon abrieten, erschien Hiss freiwillig vor dem Ausschuss. Er leugnete, je Kommunist gewesen zu sein und Chambers je gekannt zu haben. Letzteres aber widerlegten mehrere Zeugen. Hiss konnte nicht wegen Spi-

onage angeklagt werden, da die Vorwürfe bereits verjährt waren. Da er aber vor dem HUAC unter Eid bestritten hatte, ein Spion gewesen zu sein, klagte man ihn wegen Meineids an. Am 25. Januar 1950 verurteilte man Hiss rechtskräftig zu fünf Jahren Gefängnis, von denen er 44 Monate absass. Dass Hiss ein Sowjet-Spion war, ist also so gut wie gesichert.⁽⁵⁾

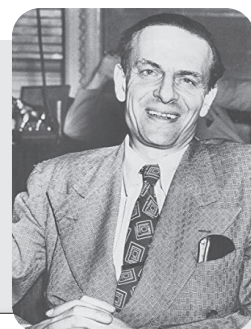
Harry Dexter White

Harry Dexter White arbeitete seit den 1930er Jahren im US-Finanzministerium und errichtete im Jahr 1944 bei der Konferenz von Bretton Woods den Internationalen Währungsfonds (IWF), dessen Direktor er 1946–1947 wurde. Er gilt zudem als «Vater der Weltbank». In Bretton Woods war er unter Finanzminister Henry Morgenthau US-amerikanischer Verhandlungsführer. White gilt neben seinem Vorgesetzten Henry Morgenthau als der Urheber des «**MORGENTHAU-PLANES**»* für Nachkriegsdeutschland.

Am 7. November 1945 wurde er von der übergelaufenen Sowjetspionin Elizabeth Bentley als Spion für die Sowjetunion bezeichnet. Am 4. Dezember desselben Jahres

Die «Ware Group» – Eine sowjetische Spionagezelle in der Roosevelt-Administration

Unter der Tarnung einer «marxistischen Diskussionsgruppe» wirkte während der Jahre der Roosevelt-Präsidentschaft eine kommunistische Spionagezelle in Washington, die sich Zugang zu den höchsten Regierungsstellen verschafft hatte und deren Mitglieder sich vor allem im Landwirtschaftsministerium angesammelt hatten. Neben der Aufgabe, Dokumente der US-Regierung für die Sowjets zu stehlen, nahm die Zelle auch Einfluss auf politische Entscheidungen. Ihr inoffizieller Name war «Ware Group», nach dem Gründer Harold Ware, Mitglied der «Kommunistischen Partei der USA» (KPUSA). Mitglieder dieser einflussreichen Gruppe waren:



Lee Pressman wurde im Juli 1933 zum Leiter der Rechtsabteilung des Landwirtschaftsministeriums ernannt. 1950 gestand er seine Mitgliedschaft in der «Ware Group» vor dem Kongress.



Donald Hiss, Bruder von Alger Hiss, ab 1933 im Landwirtschaftsministerium, ab 1936 als Assistent im Aussenministerium



John Abt, Rechtsberater der «Kommunistischen Partei der USA» (KPUSA), 1933–1935 Leiter der Prozessabteilung des Landwirtschaftsministeriums, 1936–1937 Assistent des «United States Attorney General» (Vorsitzender des Justizministeriums)



Nathan Witt, Mitarbeiter im Landwirtschaftsministerium



George Silverman, u.a. Mitarbeiter von Roosevelts Planungsbehörde «National Recovery Administration»



Alger Hiss, Aussenministerium (siehe S.185 f.)

Nathaniel Weyl, Mitglied der Kommunistischen Partei und Berater im Landwirtschaftsministerium ab 1933

Henry Collins trat 1933 in die «National Recovery Administration» ein, es folgten zahlreiche weitere wichtige Posten in Roosevelts Administration.

John Herrmann, arbeitete für das Landwirtschaftsministerium, er gestand seine Mitgliedschaft in der «Ware Group» 1952 vor einem Senatskomitee.

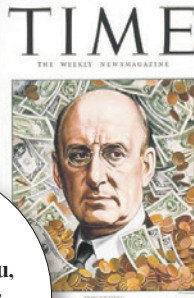


Charles Kramer, Mitarbeiter des Arbeitsministeriums

Quelle: en.wikipedia.org, Ware Group

* **DER MORGENTHAU-PLAN** vom August 1944 war ein vom damaligen US-amerikanischen Finanzminister Henry Morgenthau veranlasster Entwurf zur Umwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat nach dem absehbaren Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg. 1:1 umgesetzt hätte er laut der Einschätzung von zahlreichen Experten, die sowohl Churchill als auch Roosevelt warnten, zum Tod von 40 Prozent der deutschen Bevölkerung geführt.

Roosevelts
Finanzminister
Henry Morgenthau,
Verfasser des Mor-
genthau-Plans, 1943
auf dem Cover des
Time-Magazins



dere, die mit dem Präsidenten befreundet sind', seien führend beteiligt. 'Sie wollen, dass der Präsident zum Vorkämpfer der Menschenrechte wird [...], und er soll in Zukunft die Unruhestifter bestrafen', womit in vorderster Linie Deutschland gemeint war. Es folgen Sätze [im Bericht des polnischen Botschafters], die geeignet sind, das Klischee einer jüdischen Verschwörung zu bedienen.»⁽⁷⁾

erhielt das FBI weitere Daten aus der Befragung von Bentley, die dies bestätigten. Recherchen des amerikanischen und britischen Geheimdiensts bestätigten diese Informationen – White war unter den Decknamen «Lawyer», «Richard» und «Jurist» geführt worden.

Künstliche geschaffene «Kriegspsychose»?

Wie u.a. der Morgenthau-Plan zeigt, war sich diese Gruppe darüber einig dar-

über, Deutschland einen schweren Schlag zu versetzen – und das schon lange vor Beginn des Zweiten Weltkriegs. Lediglich in den Methoden kam es zu Meinungsverschiedenheiten. Die Junge Freiheit schrieb über den deutschen Diplomaten Hans-Heinrich Dieckhoff (1884–1952), der von 1937/38 als Botschafter des Deutschen Reichs in den USA und 1943/44 in Spanien tätig war:

«So wies er [Dieckhoff] auf das ‚deutsche Weissbuch über die Polendokumente‘ hin, die die ‚Einkreisungspolitik‘ der USA gegen Deutschland belegten. In dieser 1940 herausgegebenen Publikation aus Papieren des Warschauer Aussenministeriums findet sich ein Bericht des polnischen Botschafters in Washington, Graf Jerzy Potocki, vom 12. Januar 1939, in dem von einer künstlich geschaffenen ‚Kriegspsychose‘ gegen Deutschland die Rede ist. ‚Jüdische Intellektuelle‘ wie Bernard Baruch, Felix Frankfurter, Henry Morgenthau, und an-

Drei Formen des Sozialismus?

Der Historiker Anthony C. Sutton wertete Akten des amerikanischen Aussenministeriums aus und glich diese mit Informationen aus der Geschichtsschreibung, Biographien und persönlichen Dokumenten ab. Er kam zu einem erstaunlichen Ergebnis: In seinen Studien fand er heraus, dass Wallstreet-Banken den Aufstieg Hitlers, die Wahl Franklin D. Roosevelts und die bolschewistische Oktoberrevolution finanziert hatten. Lenin, Roosevelt und Hitler einte ein gemeinsamer Nenner, der für die Banken entscheidend war: Sie waren Sozialisten. Ein internationaler Sozialist (Lenin), ein vermeintlich gemäßigter Sozialist (Roosevelt) und ein Nationalsozialist (Hitler).⁽⁸⁾ Sozialisten befürworteten naturgemäss starke Regierungen, und nur starke Regierungen können vernichtende Kriege wie den Zweiten Weltkrieg entfachen. (tk)



Harry Dexter White (links) und der berühmte Ökonom John Maynard Keynes (rechts) beim Eröffnungstreffen des Gouverneursrates des Internationalen Währungsfonds in Savannah (Georgia), USA am 8. März 1946.

Quellen:

1. Jeffrey K. Olick, In The House of the Hangman, Chicago, 2005, S.40 f.
2. Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.36
3. Christopher Andrew, The Sword and the Shield, Harper Collins, USA, 1999
4. Christopher Andrew und Oleg Gordijewski, KGB: The Inside Story of its Foreign Relations from Lenin to

Gorbachev, Hodder and Stoughton, London, 1991, S.297-299, 341, 357

5. de.wikipedia.org, Alger Hiss
6. de.wikipedia.org, Harry Dexter White
7. jf-archiv.de, Der Warner aus Übersee, 17.08.2007
8. Anthony C. Sutton, Wall Street and the Bolshevik Revolution, DAP, 2001/ Wall Street and FDR, Clairview Books, 2014/ Wallstreet und der Aufstieg Hitlers, Basel, Perseus Verlag, 2008

FAZIT

Führte Deutschland 1941 gar an zwei Fronten einen Krieg gegen Stalins Regime? Die Indizien für diese steile These liegen recht klar auf der Hand: An den wichtigsten Schaltstellen der Macht sassen (mit 99prozentiger Sicherheit) Sowjetagenten! Nur durch das in den Vereinigten Staaten erlassene Leih- und Pachtgesetz vom 11. März 1941 war Stalin nach Hitlers vernichtendem «Barbarossa»-Feldzug überhaupt in der Lage, den Krieg im Osten weiterführen zu können. Die russischen Streitkräfte bekamen von den USA bis zum Ende des Krieges militärisches Material im Wert von Milliarden. Was jedoch kaum bekannt ist: Der wichtigste Ratgeber Roosevelts für das Leih- und Pachtgesetz war der später von äusserst glaubwürdigen Quellen als Sowjetspion bezichtigte Harry Hopkins – auch allgemein der engste Berater Roosevelts.

Einen weiteren Schritt voran im kommunistischen Plan der Welteroberung ging es dann auf der Konferenz von Jalta (Februar 1945). Bei diesem diplomatischen Treffen wurde das gesamte Osteuropa den Kommunisten überschrieben. Elf souveräne Nationen wurden mit einem Federstrich in die rote Sklaverei verbannt. Und wer führte diese Feder? Der US-Präsidentenberater Alger Hiss, bei dem eine Spionage-Tätigkeit für Stalin so gut wie gesichert ist. Überspitzt könnte man sagen: Die Sowjetunion verhandelte in Jalta nicht mit den USA, sondern mit sich selbst!

Auch der «Morgenthau-Plan» wurde gemeinsam mit Harry Dexter White ausgearbeitet, der von dem vom KGB-Offizier Iskhak Ahkmerov als mit Abstand wichtigster Kriegsagent der Sowjetunion bezeichnet wurde!



Harry Stack Sullivan & Co. entwickeln die «Neopschoanalyse»

In keinem anderen Land hatte Sigmund Freuds Psychoanalyse mehr Anhänger gefunden als in den USA. Die in Wien konzipierte und in Zürich klinisch erprobte psychologische Theorie war zuerst in Amerika zwischen 1910 und 1940 ein grosser Aufstieg vergönnt. Parallel dazu entwickelte sich jedoch eine andere Schule, die Freuds Lehren als politisches Instrument verstand. Zu den sogenannten «Neo-Freudianern», die Mitte der 30er-Jahre begannen, ihre Kritik auf Deutschland zu richten, gehörten die Deutschland-Auswanderer Erich Fromm (siehe S.184) und Karen Horney, die für das Psychoanalytische Institut in Chicago arbeitete, sowie Harry Stack Sullivan, der ein in psychiatrischen Kreisen angesehener Praktiker und Organisator war.

Dieses neo-freudianische Dreigestirn begann mit der kulturanthropologischen Schule des Ethnologen Franz Boas – vor allem Edward Sapir, Ruth Benedict und Margaret Mead – zusammenzuarbeiten und die sogenannte «Neopschoanalyse» zu entwickeln. Die Bewegung wurde 1936

durch die Gründung der «Washington School of Psychiatry» institutionalisiert. Diese stand unter der Leitung ebenjenes Neo-Freudianers Harry Stack Sullivan. Nach langjähriger Praxis an staatlichen Anstalten hatte er sich eigentlich als einer der 4-5 meistverdienenden Psychiater in New York niedergelassen, um dort seinen Lebensabend mit Forschungen zu verbringen. Nach eigener Aussage waren es jedoch die Geschehnisse in

Der Psychoanalytiker Harry Stack Sullivan bereitete die psychologische Kriegsführung gegen Deutschland vor.



Deutschland nach Hitlers Machtergreifung, die seine Pläne änderten. Er kehrte nach Washington zurück, um an der Formulierung einer «praktischen Psychiatrie für den nationalen Ernstfall» (also den Krieg, der für ihn nicht mehr vermeidbar schien) zu arbeiten.

In Washington gründete er die Zeitschrift «Psychiatrie – Zeitschrift für Biologie und Pathologie zwischenmenschlicher Beziehungen» und trat mit seiner «Washington School of Psychiatry» in eine enge Arbeitsgemeinschaft mit den Instanzen, die die psychologische Kriegsführung (im Sinne der Propaganda und im Sinne der Änderung der Psychologie der Besiegten) vorbereiteten. Sullivan war entscheidend am Aufbau des «United States Office of War Information» (OWI, siehe S. 192 f.) beteiligt. Aus der psychoanalytischen Theorie wurde in wenigen Jahren eine politische Praxis zur Umerziehung der Deutschen. (tk)

Quellen:

en.wikipedia.org, Harry Stack Sullivan
Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche – Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.96

1935:

Wilhelm Reich fordert Umerziehung der Deutschen und der ganzen Welt

Im Wien der 1920er fand eine Verschmelzung von Soziologie, Politik und Psychologie statt, vor allem im Werk des Psychoanalytikers Wilhelm Reich. Dieser war in Wien von 1922 bis 1928 Sigmund Freuds erster Assistent gewesen. Sein Versuch, die Psychoanalyse mit kommunistischen klassenkämpferischen Parolen zu verschmelzen, hatte ihn jedoch von Freud entfremdet, der schon bei Mussolinis «Marsch auf Rom» auf den Vorwurf, weder rot noch schwarz zu sein, geantwortet hatte: «Nein, man sollte fleischfarben sein.» In den Jahren der deutschen Krise entwickelte Reich seine eigene «sex-ökonomische» Lehre, die sich zunehmend, insbesondere nach seiner Übersiedlung nach Amerika, aus den marxistischen Eierschalen löste.

Bald begann Reich aus Amerika gegen Deutschland zu polemisieren.

Er berief sich auf einen Artikel von William Schlämm, der nach dem Saarplebiszit 1935 (siehe S.53) geschrieben hatte: «In Wirklichkeit ist die Epoche vorbei, in der es schien, als ob die Volksmassen aus eigener Kraft sich erheben würden, geleitet durch die Vernunft und die Einsicht in ihre Lage. In

Wirklichkeit haben die Massen keine gesellschaftsformende Funktion mehr. Sie haben sich als völlig manipulierbar, dumpf und fähig zur Anpassung an jede Art von Macht oder Infamie erwiesen.»

Für Reich war also die Saarland-Abstimmung, in der sich 90,8% der Teilnehmer für die Wiedereingliederung des Saarlandes in das Deutsche Reich entschieden hatten, der Beweis für die Unfähigkeit der Massen zur Vernunft (insbesondere der deutschen Massen).

Familie Keimzelle des Faschismus

Reich meinte, dass «die demokratischen Politiker, insbesondere die sozialdemokratischen und kommunistischen, nicht das geringste Verständnis dafür hatten, dass die Massen infolge jahrhundertelanger Unterdrückung unfähig zur Freiheit sind.» Um die Änderung dieser Situation



Reichs Werk «Die Sexualität im Kulturkampf – Zur sozialistischen Umstrukturierung des Menschen» aus dem Jahr 1936 nahm die «sexuelle Revolution» und die «Befreiung der Frau» Jahrzehnte vorweg.

bewirken zu können, müsse man ihre Ursache kennen: «Was die Masse unfähig zur Freiheit macht, ist die Unterdrückung des genitalen Liebeslebens in Kindern, Heranwachsenden und Erwachsenen. [...] Sexuelle Unterdrückung ändert die Struktur des ökonomisch unterdrückten Individuums so, dass es gegen seine eigenen Interessen handelt.»

Er erklärte, man könne die Zeitgeschichte nicht begreifen, wenn man den Faschismus für eine politische Idee halte, die mit politischen Mitteln an die Macht dränge. «Der Faschismus ist nur der politisch organisierte Ausdruck der durchschnittlichen menschlichen Charakterstruktur», so Reich. Reich leitete den Faschismus zwar nicht aus dem deutschen Volkscharakter ab, sondern vermutete ihn weltweit versteckt in jedem Individuum. Eine Umerziehung der Deutschen, die er ebenso wie die ausgesprochenen Deutschen-Hasser später befürwortete, sollte sich allerdings auf die ganze Welt übertragen lassen.

Wer den Faschismus bekämpfen wolle, müsse davon ausgehen, dass die «zentrale reaktionäre Keimzelle» die Familie sei. «Da die autoritäre Gesellschaft sich in der Struktur des Massenindividuum durch die



Die traditionelle Familie:
das Feindbild Wilhelm Reichs.

autoritäre Familie reproduziert, folgt, dass die politische Reaktion die autoritäre Familie als Basis des Staates, der Kultur und der Zivilisation verteidigt.» Kern der autoritären Familie sei eine Mutter-Fixierung: «Die Mutter ist die Heimat des Kindes und die Familie die Nation en miniature.»

Die autoritäre Familie lösche die Frau und die Kinder als Geschlechtswesen aus, indem sie die Frau in der Mutter-Funktion aufgehen lasse und die Sexualität der Kin-

der unterdrücke. Demgegenüber sei die sexualkulturelle Revolution (Polygamie, Auflösung sexueller Tabus, Kommunen statt Familien) das politische Heilmittel. Durch «sex-ökonomische Massen-Hygiene» sei eine kollektive Atmosphäre sexueller Bejahung zu schaffen. (tk)

Quelle: Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwä-sche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.99-100, 102

FAZIT

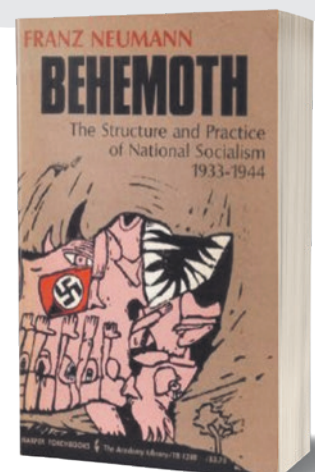
Eine marxistische Ideologie, die die Institution Familie – die wichtigste Stütze einer gesunden Gesellschaft – einreissen will, sollte also im Nachkriegsdeutschland grossen Einfluss gewinnen. Dass sich die Ideen von Reich, Fromm und Horkheimer durchsetzen, ist am heutigen Zustand der deutschen Gesellschaft klar zu erkennen. Die Familie wird von Politik und Medien zunehmend degradiert und mit anderen, vermeintlich «alternativen» Lebensmodellen gleichgesetzt. Ungefähr jede zweite Ehe wird geschieden, sogenannte «Patchwork-Familien» werden immer mehr und die Jugend entscheidet sich mittlerweile eher für das zwanglose Single-Leben. Die sinkende Geburtenrate wird verharmlosend als «demographischer Wandel» bezeichnet, in klareren Worten handelt es sich um das allmähliche Verschwinden des deutschen Volks. Wurde der Krieg einfach mit anderen Mitteln weitergeführt?

1936: Franz Neumann veröffentlicht «Behemoth»

Franz Neumann nahm als Student an der Novemberrevolution 1918/19 teil und trat dann der SPD bei, woraufhin er später als Gewerkschaftsberater arbeitete. Im Mai 1933 emigrierte er nach England. Dort nahm er an der «London School of Economics and Political Science» bei den Sozialisten Harold Laski und Karl Mannheim ein Studium der Politikwissenschaft und der Soziologie auf, das er 1936 mit einer zweiten Promotion abschloss. 1936 siedelte er nach New York über. An dem aus Frankfurt dorthin vertriebenen Institut für Sozialforschung (IFS, siehe S. 183 f.), das damals der Columbia University angegliedert war, arbeitete er an der Seite

von Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und Herbert Marcuse.

Während dieser Jahre entstand sein Hauptwerk «Behemoth», eine Strukturanalyse des Nationalsozialismus, die das deutsche Volkstum als Quelle für die Macht Hitlers identifizierte. Schon unmittelbar nach seinem Erscheinen diente das Werk als Standardliteratur der US-amerikanischen NS-Forschung und als Nachschlagewerk, um US-amerikanischen Besatzungsbehörden die Zuständigkeiten und Funktionsabläufe im besiegten NS-Regime verständlicher zu machen. Sogar bei der Vorbereitung der Nürnberger Prozesse und der Nachfolgeprozesse folgte die Anklagevertretung Neumanns Analyse. ▶



Das deutsche Kollektiv als alles verschlingendes Monster auf dem Buchcover zu Franz Neumanns «Behemoth».



Stalin lernt dazu



„«Es wäre aber lächerlich, die Hitler-Clique mit dem deutschen Volk, mit dem deutschen Staat gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, dass die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.»

(am 23. Februar 1942)

„«[Die Rotarmisten] haben begriffen, dass man den Feind nicht besiegen kann, ohne es gelernt zu haben, ihn aus ganzer Seele zu hassen.»

(am 1. Mai 1942)

Josef Stalin, Diktator der Sowjetunion von 1927 bis 1953

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.40

Wichtigster Mann der Entnazifizierung?

In der jüdischen Eschatologie (Lehre von der Endzeit), die ihrerseits auf babylonische Ursprünge zurückgeht, wird von zwei Ungeheuern berichtet, welche das Chaos beherrschen. Behemoth beherrscht das Land bzw. die Wüste, Leviathan die See. Nach den apokalyptischen Schriften bekämpfen sich beide gegenseitig und errichten kurz vor dem Ende der Welt eine Schreckensherrschaft. Neumann nimmt Bezug darauf, wenn er in «Behemoth» schreibt: «Da wir glauben, dass der Nationalsozialismus ein Unstaat ist oder sich dazu entwickelt, ein Chaos, eine Herrschaft der Gesetzlosigkeit und Anarchie, welche die Rechte wie die Wür-

de des Menschen ‚verschlungen‘ hat und dabei ist, die Welt durch die Obergewalt über riesige Landmassen in ein Chaos zu verwandeln, scheint uns dies der richtige Name für das nationalsozialistische System: DER BEHEMOTH.»

1942 nach seiner Arbeit für das IFS wechselte Neumann nach Washington zum Office of Strategic Services (OSS, siehe S. 194 ff.), für das er einige Jahre als Deutschlandexperte tätig war, und danach als Leiter des wissenschaftlichen Zweigs der Deutschland-Abteilung ins US-Außenministerium. Seine Arbeit im OSS bestand vor allem darin, die Tätigkeit der künftigen Militärregierung in Deutschland vorzubereiten. In Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Bundesrichter Robert H. Jackson und den amerikanischen Hauptankläger

Telford Taylor verfasste er mehrere Anklageschriften für die Nürnberger Prozesse. 1946 nahm er für die USA an ihnen teil. Obskurerweise bemängelte er in «Behemoth» u.a. die Abschaffung der Gewaltenteilung und die Aushöhlung des Grundsatzes «nulla poena sine lege, nullum crimen sine lege» («ohne Gesetz keine Strafe, ohne Gesetz kein Verbrechen») in Hitlers Deutschland. Zwei Prinzipien, die ebenso bei den Nürnberger Prozessen schmerzlich vermisst wurden (siehe S.128 ff.). Der niederländische Schriftsteller Ian Buruma urteilt, Neumann sei «der wichtigste Kopf hinter der Entnazifizierung» in Deutschland gewesen. (tk)

Quellen:
de.wikipedia.org, Franz Neumann (Politikwissenschaftler)
de.wikipedia.org, Behemoth (Franz Neumann)

1938:

Aurel Kolnai macht die Deutschen zu «Barbaren»



Für Aurel Kolnai war das «Weltbürgertum» und der Weltstaat die Antithese zu Deutschland, den «Rebellen gegen die Menschheit».

Foto: Syda Productions/shutterstock

Der ungarische Psychoanalytiker Aurel Kolnai, genau wie Erich Fromm (siehe S.184) ein Anhänger Sigmund Freuds, lieferte mit seinem Werk «The war against the West» («Der Krieg gegen den Westen») eine der frühesten philosophischen Analysen des Nationalsozialismus. Das Buch wurde als Meisterwerk der Ideologiekritik vor allem in den USA in den höchsten Tönen gelobt.

Kolnai hatte schon vor Erich Fromm – vielleicht als erster – versucht, die Psychoanalyse systematisch auf die Politik anzuwenden. Jetzt versuchte er in seinem Buch «The war against the West» eine anglo-amerikanisch-sowjetische Allianz gegen Deutschland geistesgeschichtlich zu fundieren: Nationalismus müsse durch ein «Weltbürgertum» ersetzt werden, dem die deutsche Mentalität diametral entgegenstehen würde. Es stehe ein Kampf der «in moralischer Bewusstheit organisierten Welt der Zivilisation [die Alliierten] gegen die Rebellen gegen die Menschheit [Deutschland]» an. Allerdings werde dieser Kampf der Eingang zum Weltstaat sein. Aufgabe der Alliierten sei «die moralische Verdammung der Barbaren, die der Menschheit trotzen; wir sind dabei, eine rationale und demokratische Gesellschaft zu bauen, in der sich keine Stämme herumschlagen – sondern nur die Exekutive der Menschheit auf der einen Seite, die Verletzer des Menschheitsgesetzes auf der anderen Seite.» (tk)

Quelle: Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.305

1941–1945:

Thomas Mann betreibt Propaganda für die Alliierten

Thomas Mann gilt als einer der wichtigsten deutschen Schriftsteller des 20. Jahrhunderts. Sein literarischer Schwerpunkt lag auf den Gattungen Roman und Erzählung, ausserdem verfasste er zahlreiche Essays und weitere Veröffentlichungen.

Mitte Februar 1933 verliess Thomas Mann Deutschland. Aber nicht im Zuge einer überstürzten Flucht, sondern aufgrund einer seit langem geplanten Auslandsreise. Adolf Hitler war zu diesem Zeitpunkt erst seit knapp zwei Wochen an der Macht. Während seiner Reise durch mehrere europäische Länder wurde Thomas Mann von verschiedenen Personen, die dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstanden, bedrängt, nicht wieder nach Deutschland zurückzukehren und vom Ausland aus politisch Stellung gegen das neue Deutschland zu beziehen. Thomas Mann, der äusserst wohlhabend war und neben seiner Villa in München noch diverse Sommerresidenzen und weitere beträchtliche Vermögenswerte besass, weigerte sich aus Sorge um seinen Besitz zunächst, dauerhaft im Ausland zu bleiben.

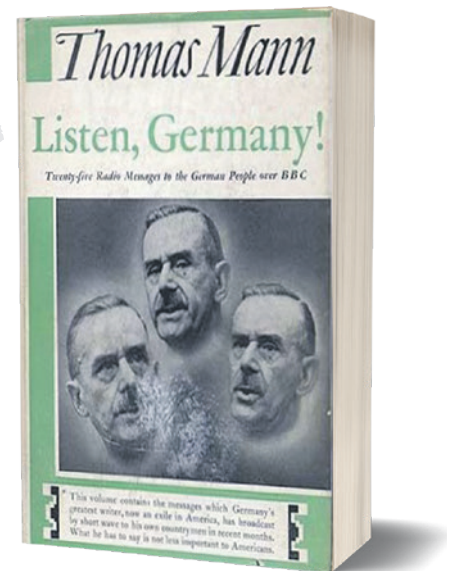
Besonders dem Drängen seiner politisch engagierten Kinder Klaus (siehe S.48) und Erika, die u.a. später Propaganda für die Sozialisten im Spanischen Bürgerkrieg betrieb, ist es wohl geschuldet, dass er letztlich doch nicht nach Deutschland zurückkehrte. Sein Verleger Samuel Fischer

sah selbst hingegen keine Notwendigkeit zur Emigration. Er versuchte von Deutschland aus, Thomas Mann, dessen Bücher weder verbrannt noch verboten waren, zur Rückkehr zu bewegen. Allerdings vergeblich, Mann blieb im Ausland.

Mann befürwortet Massengebombardements

Am 21. Februar 1938 siedelte Mann in die USA über, von wo er sich unablässig gegen den Nationalsozialismus aussprach. Von März 1941 bis Mai 1945 sendete die britische Propaganda einmal monatlich für deutsche Hörer bestimmte, fünf bis acht Minuten lange Ansprachen Thomas Manns im Rundfunk. In den im «Recording Department» der BBC in Los Angeles auf Schallplatte gesprochenen und telefonisch nach London übertragenen Reden sprach Mann, der Deutschland seit neun Jahren nicht mehr betreten hatte, über das Terrorregime Hitlers, das er nie persönlich erlebt hatte, und skizzierte die dortigen grauenhaften Zustände, die er zumindest nie am eigenen Leib zu spüren bekommen hatte.

Den alliierten Bombenterror unterstützte er: Nachdem beispielsweise die Briten in der Nacht zum 29. März 1942 seine Heimatstadt Lübeck mit Bomben überzogen hatten, meldete sich Mann einige Tage später aus seinem sicheren kalifornischen Exil und erklärte:



Buchcover von «Listen, Germany!», das Thomas Manns Ansprachen für die BBC zusammenfasst.

«[...] ich denke an Coventry und habe nichts einzuwenden gegen die Lehre, dass alles bezahlt werden muss. Hat Deutschland geglaubt, es werde für die Untaten, die sein Vorsprung in der Barbarei ihm gestattete, niemals zu zahlen haben?»⁽¹⁾

Die Luftangriffe der Deutschen auf die englische Stadt Coventry mit etwa 400–500 Toten standen in keinerlei Verhältnis zu den brutalen Massengebombardements der Alliierten (S.84 ff.). Zudem war der Angriff auf die Rüstungsfabriken in Coventry im Gegensatz zur Bombardierung der deutschen Zivilbevölkerung von militärisch-strategischer Bedeutung und seinerseits eine Reaktion auf die Bombardierung Berlins.

Bewunderung für Roosevelt

Für den Sozialisten und Bündnispartner Stalins, Franklin D. Roosevelt, hegte Thomas Mann grosse Zuneigung. Mehrmals empfing Roosevelt Mann im Weissen Haus. Mann berichtet von einer Begegnung im Januar 1941:

«Er hat mir wieder starken Eindruck gemacht oder doch mein sympathisches Interesse neu erregt: Diese Mischung von Schlaueit, Sonnigkeit, Verwöhntheit, Gefalllustigkeit und ehrlichem Glauben ist schwer zu charakterisieren, aber etwas wie Segen ist auf ihm, und ich bin ihm zugetan als dem, wie mir scheint, geborenem Gegenspieler gegen das, was fallen muss.»⁽²⁾

An Manns 70. Geburtstag im Juni 1945 hielt der Einflüsterer der Roosevelt-Administration Felix Frankfurter (siehe S.9 f.) bei einem Bankett im Waldorf Astoria ▶



Thomas Mann vor seiner prächtigen Exil-Villa in Los Angeles



► Hotel in New York die ihn aufs höchste ehrende Hauptsprache.⁽²⁾

Manns Wunsch nach Mord an Deutschen

Am 01.08.1943 unterzeichnete er – gemeinsam mit weiteren Intellektuellen wie Bertolt Brecht – den propagandistischen «Aufruf an das deutsche Volk», der in zahlreichen amerikanischen Zeitungen erschien. Wie es vor dem Herauslassen dieses vermeintlich wohlmeinenden Aufrufs an dem Tag in New York zugegangen war, notierte Brecht in seinem «Arbeitsjournal». Geschildert werden die Umstände und der Eintrag Brechts über Thomas Mann von Manns Biographen Hans Mayer. Danach hatte Mann in vertrauter Runde eine kaltblütige Liquidierung von 500.000 seiner deutschen Landsleute als Anschub für eine «deut-

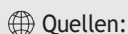


Thomas Mann (rechts) neben Rabbi Stephen Wise (Mitte, Gründer des Jüdischen Weltkongresses, Unterstützer Roosevelts) und Albert Einstein (links)

sche Demokratie» gefordert. In Brechts Eintrag in seinem «Arbeitsjournal» vom 9. August 1943 heisst es:

«Als Thomas Mann vorigen Sonntag, die Hände im Schoss, zurückgelehnt sagte: ja, eine halbe Million muss getötet werden in Deutschland, klang das ganz und gar bestialisch.»⁽³⁾

Zu seinem 75. Geburtstag erschien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 06. Juni 1950 ein Artikel, in dem es hiess, Mann sei ein «Exponent einer bis zur Dummheit gehenden Abneigung gegen Deutschland», der getrieben werde von der «Vernichtungslust in Form von moralischen Urteilen». ⁽⁴⁾ (tk)



Quellen:

de.wikipedia.org, Thomas Mann

1. spiegel.de, Deutschland im Feuersturm - «Überall Leichen, überall Tod», 01.04.2003

2. Klaus Schröter, Thomas Mann, Reinbek, 1964, S. 133

3. Hans Mayer, Thomas Mann, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1980, S. 399

4. Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäusche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S. 212

13. Juni 1942: «Amt für Kriegsinformationen der Vereinigten Staaten» wird gegründet

Schon die Führungsspitze des «United States Office of War Information» (OWI, «Amt für Kriegsinformationen der Vereinigten Staaten») – einer US-Regierungsbehörde zur Verbreitung von Kriegsinformationen und -propaganda während des Zweiten Weltkrieges – hätte für die deutsche Bevölkerung ein Warnzeichen sein können: Der stellvertretende Leiter Archibald MacLeish hatte von 1911 bis 1915 an der Yale-Universität studiert, wo er in den dortigen Skull & Bones-Orden aufgenommen wurde.⁽¹⁾ Dieser Exklusivclub, der jährlich nur 15 ausgewählte Studenten in seine Reihen lässt und zahlreiche führende Vertreter in Politik und Wirtschaft hervorgebracht hat (u.a. die Präsidenten George W. Bush und seinen Vater George H.W. Bush.), ist auch unter dem Namen «Orden des Todes» bekannt, was sein Emblem aus Totenkopf und Knochen verdeutlicht.

Chefpropagandist Elmer Davis hatte wiederum 1910 ein Rhodes-Stipendium an der Universität Oxford erhalten.⁽²⁾ Ausge-

rechnet Namensgeber Cecil Rhodes hatte 1891 einen Geheimbund gegründet, der die britische Macht auf den gesamten Globus ausdehnen sollte und der schon kurz nach seiner Gründung mit den Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland begann (siehe S.9 ff.).

Der amerikanische Goebbels?

Präsident Roosevelt installierte das OWI im Juni 1942 durch Exekutivbefehl 9182. Die Aufgabe der Behörde war es, durch Radio-Übertragungen, Zeitungen, Poster, Fotografien, Kinofilme und weitere Medienarten die US-Bürger für den Krieg zu gewinnen und durch Propaganda in Übersee den Kriegsgegner zu demoralisieren. Es hagelte öffentliche Kritik, da viele Amerikaner sich schwertaten, Unterschiede zwischen der US-Propagandamaschine (allein im OWI 3.000 Mitarbeiter) und Joseph Goebbels' «Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda» (2.000 Mitarbeiter) zu erkennen. Das führte auch dazu, dass dem OWI auf Druck des Kongresses seine Mittel für Operationen im Inland (nicht im Ausland) ab 1944 gekürzt wurden.

Beispielsweise arbeitete das OWI mit den Hollywood-Filmstudios zusammen, um Filme zu produzieren, die die Kriegsziele der Alliierten förderten. Die erste Frage an Filmproduzenten etwa war: «Wird der Film helfen, den Krieg zu gewinnen?» Die Devise des Leiters Elmer Davis (ehemaliger CBS-Reporter) lautete: **«Der einfachste Weg, um eine Propaganda-Idee in die Gedanken der meisten Menschen zu injizieren, ist durch das Medium eines Unterhaltungsfilms, wenn sie nicht realisieren, dass sie beeinflusst werden.»** Hollywood-Filme porträtierten die Alliierten als tapfere Friedenskämpfer und die Deutschen als Bösewichte.

Das Emblem von «Skull & Bones», dem «Orden des Todes», dem der stellvertretende Leiter des OWI angehörte.



77 «Man wollte für den Tag nach Hitler ein Programm haben, Regeln, nach denen sich die Deutschen auf ihrem Weg zur Demokratie richten sollten. Und ich sollte an der Ausarbeitung dieses Programms mitarbeiten, sollte mich um die Leute in Deutschland kümmern, die wieder Filme machen wollten. Und sollte verhindern, dass ehemalige Nationalsozialisten weiter Filme machten. Mit diesem Programm fingen wir noch während des Krieges an. [...] Als man mich einzog, steckte man mich in New York auf eine Art Schule, wo ich auf meine **Umerziehungsaufgabe** vorbereitet wurde.»

Billy Wilder, US-amerikanischer Drehbuchautor, Filmregisseur und Filmproduzent österreichischer Herkunft, der vom «Office of War Information» eingezogen und als Filmbeauftragter mit der «Information Control Division» nach Deutschland geschickt wurde

Quelle: spiegel.de, «Salto mortale vom sechsten Stock», 10.08.1992

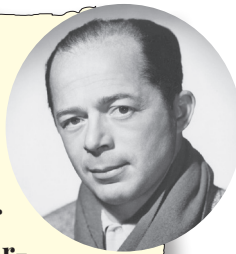
In Übersee wurden u.a. millionenfach Flugblätter abgeworfen, die die gegnerischen Armeen von der militärischen Überlegenheit der Alliierten überzeugen sollten. Magazine wie «Victory» wurden verteilt, die den Europäern den amerikanischen «Lifestyle» näherbrachten. Eine der geschicktesten Raffinessen waren Radioberichte unter falschem Namen: Z.B. gaben sich Sprecher als Bewohner von besetzten Gebieten wie Belgien oder Frankreich aus und berichteten den Zuhörern von den angeblich schrecklichen Zuständen unter der Besatzungsmacht.

Viele Schreiber, Produzenten, Schauspieler und Rundfunksprecher des OWI vertraten offen Franklin D. Roosevelts New Deal-Politik und galten als Sozialisten. Andere sympathisierten mit der Sowjetunion bzw. waren frühere Mitglieder der Kommunistischen Partei der USA. Owen Lattimore, Leiter der Operationen im Pazifik, der später Vizepräsident Henry Wallace bei Reisen durch China begleitete, wurde von dem russischen Überläufer Alexander Barmine der Spionage für die Sowjets beschuldigt. Flora Wovschin, die von 1943 bis 1945 für den OWI tätig gewesen war, wurde später gar als Sowjetagentin überführt.

Nach der offiziellen Auflösung des OWI nach Kriegsende führten viele seiner Mitarbeiter ihre Arbeit im Ausenministerium weiter. (tk)

Quellen:

de.wikipedia.org, United States Office of War Information
en.wikipedia.org, United States Office of War Information
1. de.wikipedia.org, Archibald MacLeish
2. en.wikipedia.org, Elmer Davis

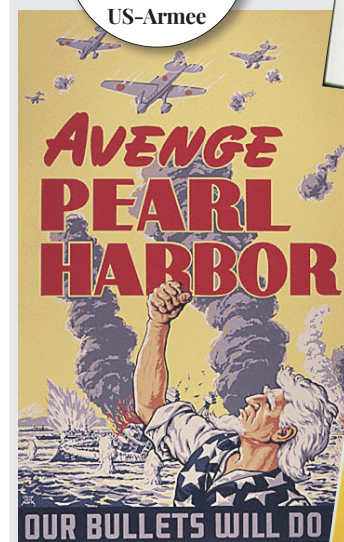


Gleichsetzung
des Zweiten Weltkriegs mit der
Amerikanischen Revolution



«Dies ist der Feind»: Nazideutschland wird als Todfeind der christlichen Welt porträtiert.

«Rächt Pearl Harbour», Ermunterung zum Beitritt in die US-Armee



Propaganda des
«United States Office of
War Information» (OWI)



Aufforderung zum Kampf in Übersee



Anwerbeplakat für einen «Kriegsjob»

INTERESSANT

Dass der amerikanische Propagandachef Mitglied von «Skull and Bones» – dem Orden des Todes – war, ist angesichts der Tatsache, dass das deutsche Volk inzwischen ausstirbt und die deutsche Linke offen den «Volkstod» romantisiert, zumindest eine interessante Beobachtung.



1942:

Herbert Marcuse tritt dem «Office of Strategic Services» (OSS) bei

Das am 11. Juli 1941 von Präsident Franklin D. Roosevelt ins Leben gerufene «Office of the Coordinator of Information» (COI) wurde am 13. Juni 1942 in das «Office of Strategic Services» (OSS) umgewandelt – am selben Tag, an dem Roosevelt das OWI (siehe S.192 f.) ins Leben rief. Der erste zentrale Auslandsnachrichtendienst der USA unterstand dem Kriegsministerium. Einziger Leiter des OSS war der Wallstreet-Anwalt William J. Donovan, ein Freund des Präsidenten, der später Geldgeber der europäischen Einheitsbemühungen wurde. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges endete die Geschichte des OSS, doch nicht die seiner Mitarbeiter. Präsident Truman liess den Dienst auflösen, einzelne Abteilungen wurden vom US-Aussenministerium übernommen. Zwei Jahre später wurde mit der CIA ein neuer Auslandsnachrichtendienst ins Leben gerufen, wo zahlreiche OSS-Agenten ihre Arbeit fortsetzten.



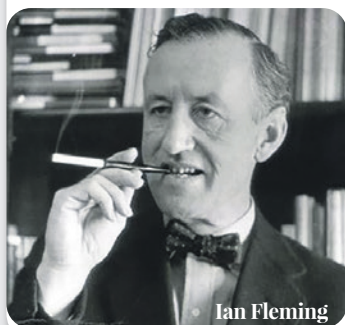
Das Emblem des OSS

Kurz nach der Gründung des OSS trat Herbert Marcuse vom marxistischen IfS (siehe S.183 f.) in dessen Forschungs- und Analyseabteilung (Research and Analysis Branch) ein. Zu Marcuses Aufgaben gehörte es, die politisch Verantwortlichen und die gesellschaftlichen Stützen des Naziregimes zu identifizieren sowie die Kräfte zu benennen, die für den Aufbau eines demokratischen Deutschlands zur Verfügung stünden. In einem Brief an Max Horkheimer beschrieb er, dass seine Funktion darin bestünde, «Vorschläge zu machen, wie dem amerikanischen Volk der Feind zu präsentieren ist, in Presse, Film, Propaganda etc». Marcuses Gruppe erarbeitete Hintergrundinformationen und praktische Ratschläge im Rahmen eines umfassenden Programms für die künftige Militärregierung in Deutschland. Zu der Gruppe zählten viele deutsch-jüdische Emigranten, u.a. auch Franz Neumann (siehe S.189 f.). (tk)

Quelle: de.wikipedia.org, Herbert Marcuse



Wussten Sie...



Ian Fleming

...dass die in Hollywood weltberühmt gewordene Schauspielerin Marlene Dietrich mit dem OSS zusammenarbeitete und für den Geheimdienst einige Musikalben aufnahm, deren auf deutsch gesungene Stücke die Wehrmachtssoldaten demoralisieren sollten?

Quelle: cia.gov, Look Back...Marlene Dietrich: Singing for a Cause, 2008

...und dass der James-Bond-Autor Ian Fleming Geheimagent des britischen Marine-Nachrichtendienstes war und William J. Donovan, dem späteren Chef des OSS, sogar Vorschläge schickte, wie man den OSS aufbauen sollte? Wurden deshalb etwa die Chefs der geheimen Untergrundorganisationen, welche die Welt beherrschen wollen, in den Bond-Filmen so oft von Deutschen gespielt?

Quelle: de.wikipedia.org, Ian Fleming



Marlene Dietrich

1943: Medienzar macht Kaiser Friedrich II. zum ersten Nazi

Mitte der 1920er Jahre ging der Ungar Paul Winkler nach Paris und gründete dort die Presse- und Verlagsagentur «Opera Mundi». Der amerikanische Verleger William Randolph Hearst machte ihn zu seinem Europa-Repräsentanten, womit «Opera Mundi» 15 Jahre später zur grössten Agentur Europas wurde. Mit der Etablierung von Vichy-Frankreich im Juni 1940 (siehe S.71 f.) emigrierte Winkler in die Vereinigten Staaten, wohin er seine Unternehmenswerte und das Konzept mitnahm.

Als politischer Autor kaufte sich Winkler in den USA als aussenpolitischer Ko-

lumnist bei der Washington Post ein und polemisierte dort gegen NS-Deutschland.



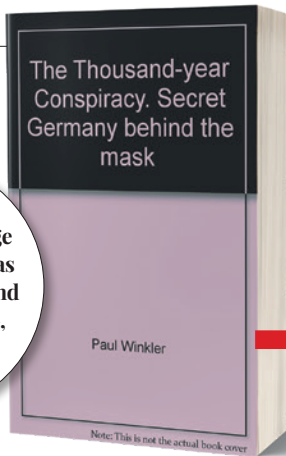
So warnte er etwa davor auf «den guten Deutschen» in Deutschland zu hoffen, denn «dort kämpften nur zwei Arten des Bösen miteinander». ⁽¹⁾

Mit seinem Buch «The Thousand-year Conspiracy – Secret Germany behind the mask» («Die tausendjährige Verschwörung – Das geheime Deutschland hinter der Maske»), das 1943 erschien, glaubte Winkler tief in die Geschichte der Deutschen einzudringen. Er schloss sich den zahlreichen Autoren an, die seit Ende 1930er – oft mit Staatsförderung – ver-

suchten, die These aufzustellen, das deutsche Volk verschwöre sich seit Jahrhunderten gegen die Zivilisation. Bauer und Junker, Bürger und Fürst seien alle in eine Verschwörung verstrickt. Wo andere der vielen US-Autoren, die gegen Deutschland polemisierten, Hitler in Bismarck, Fichte, Turnvater Jahn oder Luther wiedererkannten, entlarvte Winkler Kaiser Friedrich II. (1194–1250) als den ersten Nazi. ⁽²⁾ (tk)

Quellen:

1. de.wikipedia.org, Paul Winkler (Verleger)
2. Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche – Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.55



«Die tausendjährige Verschwörung – Das geheime Deutschland hinter der Maske», erschienen 1943

„«Dem gesamten deutschen Volk muss eingehämmert werden, dass die ganze Nation an einer gesetzlosen Verschwörung gegen die Gesittung der modernen Welt beteiligt war.»

Franklin Delano Roosevelt, US-Präsident 1933-1945, in einem Brief an Kriegsminister Stimson

Quelle: Alfred M. de Zayas, die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, München, 1977, S.37

Auch bei den Nürnberger Prozessen wurden die deutschen Angeklagten einer gemeinsamen «Verschwörung» beschuldigt.

General de Gaulle glaubte an vererbte deutsche Aggressivität

Charles de Gaulle führte im Zweiten Weltkrieg den Widerstand in Frankreich gegen die deutsche Besatzung an. Von Januar 1959 bis April 1969 war er Präsident der Republik Frankreich. Während des Krieges war er ein überzeugter Anhänger der Kollektivschuldthese. In seinen Memoiren schrieb er über das Verhältnis des deutschen Volks zu Hitler: «Das von ihm zutiefst verführte Deutschland folgte ihm mit Elan. Bis zuletzt war es ihm ergeben und diente ihm mit allen seinen Kräften in einer Weise, wie kein Volk jemals zuvor irgendeinem Führer gedient hatte.» Der General glaubte an eine vererbte Aggressivität des Volkes, die er in der ganzen deutschen Geschichte zu sehen vermeinte. Konsequenterweise forderte er, dem «Germanentum» die Voraussetzung zur Aggression zu nehmen. (tk)



Charles de Gaulle (zweiter von rechts) auf der Konferenz von Casablanca, wo die «Bedingungslose Kapitulation» Deutschlands als Kriegsziel der Alliierten festgelegt wurde.

Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.40

INTERESSANT

Dass die Befehlshaber der alliierten Mächte Winklers Ansicht teilten, es mache keinen Sinn, auf «den guten Deutschen» in Deutschland zu hoffen, wird vor allem dadurch deutlich, dass Churchill und Roosevelt den deutschen Widerstand gegen Hitler im Stich liessen (siehe S.212 f.). Der Krieg wie auch die darauffolgende Umerziehung waren nicht gegen den Nazismus, sondern gegen die deutsche Bevölkerung gerichtet.

Für Brickner war der Zusammenbruch Deutschlands und das darauffolgende Massensterben nach dem Zweiten Weltkrieg eine ideale Schocktherapie für einen «paranoiden» Patienten.

1943:

Renommierter Psychiater erklärt Deutschland für psychisch krank

Wo die Psychologie (siehe u.a. S.188) ihren Kriegsbeitrag gegen Deutschland leistete, konnte die ihr verwandte Psychiatrie nicht zurückbleiben. 1943 vertrat der New Yorker Professor Richard M. Brickner unter dem Titel «Ist Deutschland unheilbar?» den psychiatrischen Gesichtspunkt. Der Schlüssel zur deutschen Frage, meinte Brickner, liege nicht im Büro der politischen Experten, sondern im Sprechzimmer des Arztes. Deutschland sei ein Patient. Es leide an **Paranoia**, der Wahnkrankheit. Das heiße nicht, dass jeder Deutsche paranoid sei, sondern nur, dass die vorherrschende Richtung paranoid sei und den nichtparanoiden Zeitgenossen zwingt, sich anzupassen.





► Aus der Diagnose folge die Therapie. Man müsse sich auf dem Vorschlag des stellvertretenden US-Aussenministers Sumner Welles stützen, einen unbegrenzten Zeitraum verstreichen zu lassen, ohne einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. In diesem Zeitraum könne der Patient Deutschland einer Behandlung unterzogen werden. Der geeignetste Zeitpunkt für den Beginn einer Behandlung sei der Tag nach dem Zusammenbruch, da dann die deutsche Seele am empfänglichsten sei. Ausgangspunkt der Behandlung seien die nicht-paranoiden Individuen, die zu Trägern nicht-paranoider Werte gemacht werden müssten. Sie müssten gestützt werden, und daraufhin sollten nach und nach alle Randgruppen in ihren Bereich hineingezogen werden. Man müsse darauf achten, dass die Träger nicht-paranoider Werte nicht mit tragischen Ergebnissen identifiziert würden. Der stützende Eingriff von aussen sei daher unumgänglich. (tk)

Quelle: Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.106-107



„Die ganze deutsche Bevölkerung ist ein zusammengesetzter Fall von **Paranoia**. Und es gibt keinen Grund, einen Paranoiker schonend zu behandeln. Die beste Behandlung besteht darin, die Deutschen im eigenen Saft schmoren zu lassen.“

Dwight D. Eisenhower, Oberbefehlshaber der Alliierten in Europa, am 7. August 1944 im Gespräch mit Henry Morgenthau

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.29 und 31



77

«[Wir werden den Deutschen] eine Lektion erteilen, die auch in 1000 Jahren nicht vergessen sein wird.»

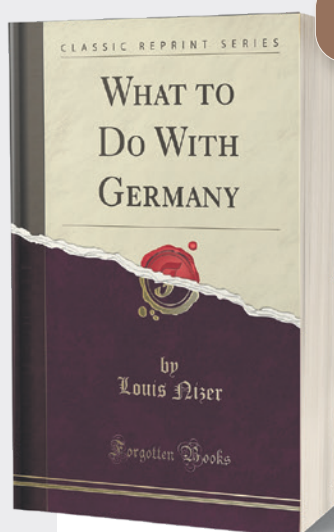
Winston Churchill am 11. Dezember 1941

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.28

WIDERSPRUCH



Dass es den weltweit akzeptierten Diagnosemethoden für psychische Krankheiten an wissenschaftlicher Seriosität mangelt, wurde bereits in unserer **Ausgabe 16** behandelt. Der Verdacht fehlender Wissenschaftlichkeit ist auch bei der für die Alliierten mehr als nützlichen und damit recht opportunistisch wirkenden «Paranoia»-Diagnose gegeben.



Nizers Buch, das empfahl, «das geistige Fundament eines ganzen Volkes zu zerstören», war die Lieblingslektüre von drei US-Präsidenten.

1944:

Louis Nizer veröffentlicht «What to do with Germany?»

Den geistigen Nährboden für die US-Nachkriegspolitik bereitete das Buch «What to do with Germany?» («Was soll mit Deutschland gemacht werden?») des Anwalts Louis Nizer. Anders als beispielsweise Henry Morgenthau (siehe S.82 u. 110 f.) schlug Nizer nicht die Ausschaltung Deutschlands als wirtschaftlichen Machtfaktor vor, sondern im Gegenteil dessen wirtschaftlichen Wiederaufbau nach dem Krieg. Nizers Nachkriegsplan für Deutschland bestand primär darin, eine Umerziehung von bisher nicht bekannten Dimensionen am deutschen Volk durchzuführen, die sich des schulischen Lehrstoffs, besonders aber auch der Massenmedien wie Film und Rundfunk bedienen sollte. In «What to do with Germany?» konnten die US-Bürger während des Krieges u.a. lesen:

«Ihr Staat als geschlossene Einheit, durch den die Deutschen handelten, muss aufgelöst

werden. Ihre nationale Einheit haben sie so lange verwirkt, bis sie durch Annahme zivilisierter Lebensregeln bewiesen haben, dass sie sich geändert haben. Kurz gesagt, die deutsche Staatshoheit muss ausser Kraft gesetzt werden. [...] Anfangs wird die Besetzung Deutschlands starke militärische Kräfte binden zum Schutz ihrer Anlagen. Aber sobald die Entwaffnung und andere Massnahmen des Friedensprogramms, über das wir später sprechen, wirksam werden, wird die Polizeikontrolle im gleichen Verhältnis abnehmen. [...] Psychologisch gesehen ist die vollständige Besetzung eine notwendige Bedingung für das Erziehungsprogramm, über das wir später reden werden. [...]

Die grössten Kenner des Erziehungswesens werden herangezogen, um auch die stärksten Säulen des Preussentums und seines letzten Ausläufers, des Nationalsozialismus, einzureis-



1944:

Die «Gesellschaft für die Verhinderung des Dritten Weltkriegs» wird gegründet

Als sich ein Sieg der Alliierten bereits abzeichnete, wurde in den USA die «Gesellschaft für die Verhinderung des Dritten Weltkriegs» («Society for the Prevention of World War III») eingerichtet. Zum Vorsitzenden wurde der Kriminalschriftsteller Rex Stout, der u.a. für die kommunistische Zeitschrift «Masses» schrieb. Seine extrem deutschfeindliche Gesinnung gipfelte in dem Essay «Wir werden hassen, oder wir werden verlieren» («We Shall Hate, or We Shall Fail»), das am 17. Januar 1943 in der New York Times erschienen war. Sein offene zugegebener «Hass» gegen Deutschland richtete sich nicht allein gegen den Nationalsozialismus, sondern gegen das

deutsche Volk als Ganzes. Diese Grundeinstellung einte auch die Mitglieder der «Gesellschaft für die Verhinderung des Dritten Weltkriegs».

Hauptziel der Organisation war ein «harter Frieden» für Deutschland nach dem alliierten Sieg. Neben einem monatlich erscheinenden Magazin machte die Organisation auch mit Buchveröffentlichungen von sich reden. So wurde die Schrift «Kenne deinen Feind» («Know your enemy») des deutschen Emigranten T.H. Tetens herausgegeben, in der alle Deutschen als inhärent aggressiv, militaristisch und permanente Bedrohung für den Frieden dargestellt wurden. Es wurden 10.000 kostenlose Kopien an

den US-Kongress, Medien und andere einflussreiche Individuen, sogar Priester, verteilt, um eine negative Stimmung gegenüber dem deutschen Volk zu erzeugen. Weitere Mitglieder waren William Shirer, Louis Nizer (siehe S.196 f.) und James Warburg (siehe S.233). Prominente wie Albert Einstein und der Finanzminister unter Roosevelt Henry Morgenthau (siehe S. 185 f.) besuchten 1947 die «Nationale Konferenz über das deutsche Problem», wo ein Programm formuliert wurde, das forderte, Deutschland wirtschaftlich zu verkrüppeln und sein Gebiet zu verkleinern. (tk)

Quellen: en.wikipedia.org, Society for the Prevention of World War III

'We Shall Hate, or We Shall Fail'

If we do not hate the Germans now, says Rex Stout, we shall fail in our effort to establish a lasting peace.

By Rex Stout

Author, Cheiron Writers' War Board

LOVE your enemies. Fight your enemies, shoot them, starve them, kill them, destroy their cities, bomb their factories and gardens—but love them! That may make sense to the Tuesday Evening Culture Club but not to me.

The Christian imperatives and ideals are the noblest expression of man's highest aspirations, but when men shrink from the hard necessities imposed upon them by human defects and stupidities by hiding behind the skirts of those imperatives and ideals, there is nothing noble about that. There is one imperative: thou shalt

by violence of millions of fellow-beings but fleeing in repugnance from a four-letter word. I hate Germans, and am not ashamed of it. On the contrary, in view of what the Germans have done, and of what my countrymen are preparing to do to them, I would be profoundly ashamed of myself if I did not hate Germans.

I am not a born German-hater. In March, 1915, when a visiting British lecturer made biting remarks about the Germans, I arose and left the gathering because I thought he was intemperate and unfair. He wasn't. As I discovered later, I was grossly ignorant. The trouble was that the British hated the Germans not wisely but too little.

years was bound to have Hitler for desert. And Hitler was bound to say, as he has said, "You can be a German or a Christian. You cannot be both."

He might as well have said Hindu or Moslem, instead of Christian. For what he meant was "You can be a German, or you can accept a code of morality. You cannot do both." That was implicit in Clausewitz. It has been stated or implied in a thousand ways by ten thousand Germans. Long before there were any Nazis, a German said a treaty was only a scrap of paper. Before Adolf Hitler was born another German, von Bülow, made a speech to a great audience assembled for a memorial performance of Beethoven's symphonies.

FAZIT

Laut Rex Stout mussten die Alliierten also «hassen» oder «verlieren». Der «Hass» gegen den Feind, der bei Hitlers Kriegsgegnern (Churchill, Roosevelt, Stalin) mindestens genauso stark anzutreffen war wie bei ihm selbst (Ausgabe 28), setzte sich fort bei den Intellektuellen, Psychologen, Soziologen usw., die Deutschland während des Krieges politisch opportun «analysierten», und sein Medien- und Bildungssystem nach dem Krieg gestalten sollten.

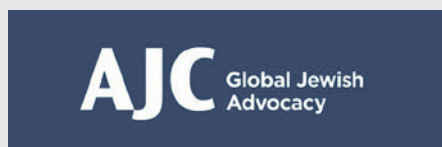
Ein klarer Fall von «Hassrede»: Rex Stouts antideutscher Artikel «Wir werden hassen, oder wir werden verlieren» in der New York Times 1943

1944:

Das «American Jewish Committee» (AJC) übernimmt die Lehre des «autoritären Charakters»

Die zionistische Organisation American Jewish Committee (AJC), gegründet 1906, schloss sich den Ideen der Frankfurter Schule (siehe S.183 f.) an. 1944 übernahm sie die Lehre vom «autoritären Charakter» der Deutschen, womit dieser beträchtliche Bedeutung zugesprochen wurde.

Im Mai 1944 hatte das AJC eine Tagung einberufen, die eine wissenschaftliche Erklärung für das Phänomen National-



sozialismus ausarbeiten sollte. Aus der Tagung entstand eine Abteilung des AJC für wissenschaftliche Forschung, deren Leitung Max Horkheimer (siehe S.183 ff.) übertragen wurde. Als letztes Resultat der sich auf das emigrierte Frankfur-

ter IfS stützenden Forschungsabteilung wurden fünf Bände namens «Studien in Vorurteilen» (Studies in Prejudice) herausgebracht, aus denen vor allem die zweibändige Arbeit von Theodor W. Adorno, Else Frenkel-Brunswik, Daniel J. Levinson und R. Nevitt Sanford über die «autoritäre Persönlichkeit» herausragt.

Ziel der mit grossem statistischen Aufwand betriebenen Untersuchung war die «Aufdeckung potentiell faschistischer

Individuen». Es ging darum, die «unbewussten seelischen Bedingungen, unter denen die Massen für eine Politik gewonnen werden können, die ihren eigenen vernünftigen Interessen widerspricht», zu erforschen. Jene Individuen, die auf eine faschistische Propaganda ansprachen, hätten zahlreiche Charakteristika gemeinsam, die ein «Syndrom» bildeten. Mit einer sogenannten «F-Skala» wurden die antidemokratischen Tendenzen messbar gemacht. Das zitierte «Syndrom» war die «autoritäre Persönlichkeit», der die nicht-autoritäre (also wünschenswerte) gegenübergestellt wurde. Der autoritären Persönlichkeit sei «blinde, verbissene, insgeheim aufmuckende Anerkennung alles dessen, was ist», zuzuschreiben.

! «Konventionelle Werte, wie äusserlich korrektes Benehmen, Erfolg, Fleiss, Tüchtigkeit, physische Sauberkeit, Gesundheit und konformistisches unkritisches Verhalten» verbergen «eine tiefe Schwäche des eigenen Ichs, das sich den Anforderungen der Selbstbestimmung angesichts der übermächtigen sozialen Kräfte und Einrichtungen nicht mehr gewachsen fühlt,» so die Studie. Deutsche Tugenden, die zu dem einzigartigen Wirtschaftsaufschwung ab Mitte des 19. Jahrhunderts beigetragen hatten, waren also «autoritär» und deshalb abzulehnen.



„1945 brach nicht das kurzlebige 1000jährige Reich Adolf Hitlers zusammen, sondern jenes Deutschland, das 1866 geschaffen wurde.“

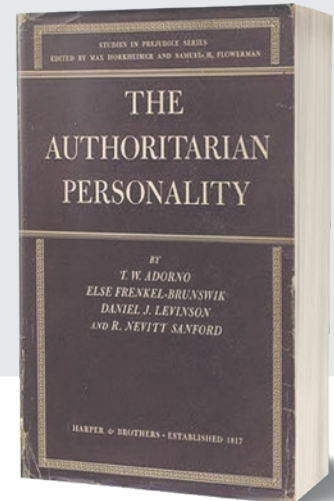
Hans Kohn, US-Historiker

Quelle: Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.198

Zweierlei Mass?

In ihrer Jugend wurden die autoritären Persönlichkeiten häufig «durch einen strengen Vater oder durch Mangel an Liebe überhaupt gebrochen und wiederholen, um überhaupt seelisch weiterleben zu können, ihrerseits, was ihnen selbst einmal widerfuhr».

! So klar der autoritäre Charakter beschrieben wurde, so unklar ist der nicht-autoritäre Charakter. Waren die amerikanischen, britischen und französischen Soldaten als Kämpfer für die Demokratie alle mit ausreichend Liebe und Freiheit erzogen worden? Wo war genau der Unterschied zwischen US-Militär und deutscher Wehrmacht, die beide von ihren Soldaten das widerspruchslose Ausführen von Befehlen erwarteten? War ein britischer Pilot, der Bomben auf unschuldige deutsche Zivilisten abwarf, charakterlich vollkommen anders gepolt als ein deutscher KZ-Lagerwächter? (tk)



Das AJC finanzierte die Studie über «Die autoritäre Persönlichkeit», um die Entstehung des Nationalsozialismus zu erklären. Die «autoritäre Persönlichkeit» war schon Jahre zuvor von der Frankfurter Schule (siehe S.183 f.) als Begriff eingeführt worden.

Quelle: Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.103-104

FAZIT

Wenn «konventionelle Werte, wie äusserlich korrektes Benehmen, Erfolg, Fleiss, Tüchtigkeit, physische Sauberkeit, Gesundheit [...] eine tiefe Schwäche des eigenen Ichs» offenbaren und deshalb laut der Frankfurter Schule abzulehnen sind, dann wären wohl Faulheit, Unfreundlichkeit, Kurzsichtigkeit und purer Hedonismus das Gegenmittel. Was es für eine Gesellschaft bedeutet, wenn Individuen diese neuen «Werte» anstatt der «deutschen Tugenden» verinnerlichen, kann man heute gut beobachten.



«Todesmühlen» ist der erste, unmittelbar nach der «Befreiung» von der «Psychological Warfare Division» produzierte Film über die Konzentrationslager.

Februar 1944:

Alliierte Streitkräfte gründen «Division für psychologische Kriegsführung»

Das «Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Force (SHA-EF, dt. «Oberstes Hauptquartier der Alliierten Expeditionsstreitkräfte») war während des Zweiten Weltkrieges ab Ende 1943 das Hauptquartier der alliierten Streitkräfte in London. Es erhielt Weisungen von den Combined Chiefs of Staff - gemeinsamer Operations- und Planungsstab der USA und Grossbritanniens - in Washington D.C.

Im Februar 1944 entstand hier die «Psychological Warfare Division» («Division für psychologische Kriegsführung», PWD), indem man Personal des britischen Propagandabüros «Political Warfare Executive» (PWE), des Office of Strategic Services (OSS, siehe S.194 f.) und des United States Office of War Information (OWI, siehe S.193 f.) rekrutierte.

Die Aufgaben der dem SHAEF unterstehenden PWD waren:



Wussten Sie...

...dass der erfolgreiche Horrorfilmregisseur Alfred Hitchcock im Auftrag der PWD 1945 an dem Dokumentarfilm «German Concentration Camps Factual Survey» über deutsche Konzentrationslager mitwirkte, der die Deutschen mit ihren Verbrechen konfrontieren sollte?

Quelle: spiegel.de, «Traumatisierende Bilder», 17.12.2014

Der vom ZDF produzierte Fernsehfilm «Die Suche nach Hitlers Volk» (2015) erzählt, wie Saul Padover Ende 1944 für die PWD durch Deutschland reiste, mit dem Auftrag, die Mentalität von «Hitlers Volk» zu ergründen



- 1) psychologische Kriegsführung gegen den Feind
- 2) verschiedene Medien einzusetzen, um die Moral der «freundlichen» Nationen aufrechtzuerhalten, die von den Deutschen besetzt waren
- 3) die deutschen Soldaten für die Alliierten zu gewinnen
- 4) den Informationsfluss im von den Alliierten okkupierten Deutschland zu übernehmen

Zum Chef wurde Eisenhowers wichtigster Propagandaberater General Robert A. McClure gemacht. Nach Kriegsende leitete McClure die zur «Information Control Division» (ICD, Abteilung für Informationskontrolle) umstrukturierte PWD zwecks Medienkontrolle in der

amerikanischen Besatzungszone. Nach kurzer Zwischenstation in Bad Homburg verlegte die ICD im Frühjahr 1946 ihren Sitz nach Berlin zum US-Militärgouverneur. Sie war für den gesamten Bereich der Kultur und des Nachrichtenwesens im Nachkriegsdeutschland zuständig.

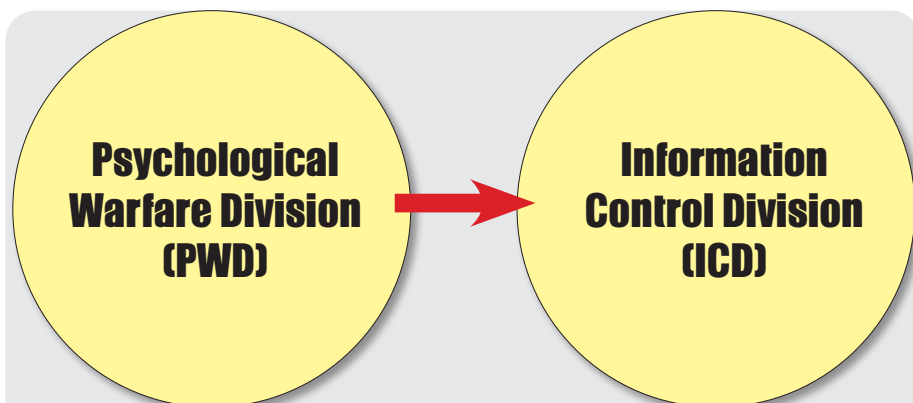
Marxist Berater Eisenhowers?

Einer der wichtigsten Offiziere für die PWD war Saul K. Padover – ein US-Politikwissenschaftler mit grossen Sympathien für Karl Marx, über den er 1972 sogar eine Biografie veröffentlichte. 1944/45 zog Padover unmittelbar hinter der amerikanischen Front durch Frankreich, Belgien, West- und Mittel-

deutschland und interviewte zahlreiche deutsche Kriegsgefangene und andere Personen. Seine Expertisen dienten der amerikanischen Militärverwaltung zur Orientierung. Auch Dwight D. Eisenhower zog sie als Oberbefehlshaber zu Rate.

Typischerweise war auch Padover mit dem New Deal (siehe S.185 ff.) verbunden: Von 1938 bis 1944 arbeitete er im Innenministerium, zuletzt als Referent des Innenministers Harold L. Ickes, der entscheidend an der Implementierung des New Deals mitgewirkt hatte.

In dem umfangreichen Band über die alliierte psychologische Kriegsführung unter Eisenhower, den Propagandaforscher Daniel Lerner unter dem Titel «Sykewar» verfasst hat, wird gezeigt, dass nicht jeder Amerikaner als Mitarbeiter der psychologischen Kriegsführung verwendet werden konnte. Am wenigsten geeignet seien die «typischen» Amerikaner. Prädestiniert dagegen seien Intellektuelle, die in ihrem Lebenslauf mit Europa Kontakt hatten und bestimmte «liberale» (anderes Wort für sozialistisch/neomarxistisch) Persönlichkeits-Charakteristika aufwiesen. ⁽¹⁾ (tk)



Nach Ende des Krieges wurde die «Division für psychologische Kriegsführung» in die «Abteilung für Informationskontrolle» umgestaltet. Sie kontrollierte nahezu alle Medien in der amerikanischen Besatzungszone.

Quelle:

de.wikipedia.org, Psychological Warfare Division
1. Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.134

FAZIT

Der Vorgänger der «Information Control Division» (siehe auch S.207 f.), die die Medienlandschaft in der US-Besatzungszone gestaltete, war also die «Division für psychologische Kriegsführung». Man fühlt sich an das Zitat von Robert H. Jackson, Hauptanklagevertreter bei den Nürnberger Prozessen, erinnert: «Die Alliierten befinden sich technisch immer noch in einem [psychologischen?] Kriegszustand mit Deutschland, obwohl die politischen und militärischen Einrichtungen des Feindes zusammengebrochen sind.»

Die «Ritchie Boys» treffen in Europa ein

Als «Ritchie Boys» bezeichnet man die Absolventen des «Military Intelligence Training Center» oder Camp Ritchie genannten Ausbildungszentrums der US-Armee während des Zweiten Weltkriegs. Die etwa 9000 Teilnehmer ab Juni 1942 waren vorwiegend junge Emigranten aus Deutschland und Österreich, meist Juden, die in den Vereinigten Staaten eine neue Heimat gefunden hatten. Wie der Spiegel berichtete, hatte das «skurrile Camp in den Blue Ridge Mountains [...] mit den Trainingslagern anderer US-Einheiten wenig gemein. Statt aus der Gulaschkanone wurden die Ritchie Boys durch einen ehemaligen Chefkoch des New Yorker Nobelhotels Waldorf Astoria verpflegt; statt strammer Kasernenhofatmosphäre herrschte intellektuelle Plauderstimmung.»⁽¹⁾

In Camp Ritchie, Maryland, wurden die Ritchie Boys mit einem speziellen Trainingsprogramm auf ihren Einsatz in Europa vorbereitet. In Zusammenarbeit mit den amerikanischen Streitkräften sollten sie Deutschland besetzen. Ihnen wurden Konzepte der modernen psychologischen Kriegsführung beigebracht. Daraus ergab sich auch ihr Aufgabengebiet: den Gegner zu erforschen, zu demoralisieren und somit zur bedingungslosen Kapitulation zu bewegen.

Die ersten Ritchie Boys trafen am D-Day, dem 06.06.1944, zusammen mit den anderen alliierten Truppen in Europa ein. Kurz nach Erreichen des Festlandes verliessen sie ihre eigentlichen Einheiten und verfolgten ihre Spezialaufgaben. Durch gezielte Desinformation mittels gefälschter Zeitungsmeldungen, aber auch über Flugblätter, Radiosendungen und Lautsprecherwagen wurden die deutsche Bevölkerung und die Soldaten aufgefordert, die Kampfhandlungen einzustellen. Nach dem Krieg dolmetschten die Ritchie Boys während der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse, besetzten in der US-Militärregierung wichtige Verbindungsstellen oder halfen dabei, die Presselandschaft in Westdeutschland aufzubauen. Viele der Ritchie Boys machten zudem Karriere in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft.

Identitäten im Dunkeln

So gründete beispielsweise der Ritchie Boy Hans Habe bis November 1945 in der amerikanischen Besatzungszone 16 deutschsprachige Zeitungen (u.a. Frankfurter Presse, Münchener Zeitung). Teilweise gingen die Zeitungen später in den neuen, von den Besatzungsbehörden lizenzierten Zeitungs-

gründungen auf. Als wichtigstes Zeitungsprojekt wurde seitens der amerikanischen Besatzungsmacht die Gründung der «Neuen Zeitung» in München aufgefasst. Sie war bewusst als grosse, überregionale Zeitung geplant. Habe fungierte als Chefredakteur, der Schriftsteller Erich Kästner war für das Feuilleton zuständig, und der Ritchie Boy und spätere DDR-Autor Stefan Heym kümmerte sich um die Aussenpolitik. Mit einer Auflage von bis zu 2,5 Millionen Exemplaren war die «Neue Zeitung» zeitweise die nach dem Daily Mirror auflagenstärkste Zeitung Europas.⁽²⁾

Der Ritchie Boy Guy Stern veröffentlichte zahlreiche Bücher und Sammelwerke zur deutschen Literaturgeschichte, insbesondere zur Emigranten- und Immigranteliteratur. U.a. erhielt er 1987 das «Grosse Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland».⁽³⁾

Allerdings liegen die meisten Identitäten der Ritchie Boys im Dunkeln: Obwohl diese Abteilung eine entscheidende Rolle in der US-Armee spielte, blieb sie



Die ehemaligen SED-Kader Lothar Bisky (Mitte) und Gregor Gysi (rechts) mit Ritchie-Boy Stefan Heym (links).

der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt, bis sich der Dokumentarfilmer Christian Bauer 2004 ihrer Geschichte annahm.⁽⁴⁾ Die meisten Dokumente betreffend Camp Ritchie waren im US-Nationalarchiv in St. Louis eingelagert. Bei einem Feuer im Jahr 1973 wurden beinahe 80% der Dokumente zerstört, sodass die Forschung sich seither überwiegend auf mündliche Informationen stützen muss. (tk)



Hans Habe – einer der wenigen von 9000 Ritchie Boys, dessen Identität bekannt ist – gründete 16 Zeitungen in der US-Besatzungszone. Die meisten dieser Neugründungen gingen später in anderen Zeitungen auf.

Quellen:
de.wikipedia.org, Ritchie Boys
1. spiegel.de, Amerikas deutsche Waffe gegen Hitler, 03.08.2012

2. de.wikipedia.org, Hans Habe
3. de.wikipedia.org, Guy Stern
4. amazon.com, The Ritchie Boys (DVD)



August 1944:

Morgenthau annulliert Militärhandbuch und macht Deutschland zur «besiegten Feindnation»

Das vom Militär und nach allen Regeln der herkömmlichen Kriegsführung ausgearbeitete «Handbuch für militärische Regierung in Deutschland» (Handbook for Military Government in Germany) lag der Roosevelt-Administration im August 1944 nach bereits drei Überarbeitungen druckfertig vor. Es befürwortete eine schnelle Wiederherstellung des normalen Lebens für die deutsche Bevölkerung und den Wiederaufbau Deutschlands. Nachdem Finanzminister Henry Morgenthau es gelesen hatte, lehnte er es mit den Worten ab:



Henry Morgenthau (links) neben Präsident Roosevelt.

«Zu viele Leute hier und in England vertreten die Ansicht, die Deutschen seien als Ganzes nicht verantwortlich dafür, was passiert ist – dass nur einige Nazis verantwortlich seien. Das basiert unglücklicherweise nicht auf Fakten. Das deutsche Volk muss erkennen, dass die ganze Nation an einer gesetzlosen Verschwörung gegen die Anständigkeit der modernen Zivilisation beteiligt war.»

Ein neues Dokument wurde auf Wunsch Morgenthaus erstellt: die «Direktive JCS 1067» der US-Regierung an den Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen. Mit ihr wurden die Grundzüge der amerikanischen Besatzungspolitik festgelegt. Die Militärregierung wurde darin u.a. aufgefordert, «keine Schritte zur ökonomischen Rehabilitation Deutschlands [oder] um die deutsche Wirtschaft zu stärken zu unternehmen». Zudem heisst es: «Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zwecke der Befreiung, sondern als eine besiegte Feindnation.» Nachdem Präsident Truman Direktive JCS 1067 unterschrieben hatte, betonte Morgenthau, dass dies ein grosser Tag für das Finanzministerium gewesen sei, und dass er hoffe, «niemand würde sie mit dem Morgenthau Plan verwechseln». Dabei war es der potenzielle Sowjetagent Harry Hopkins (siehe S.185), der die Durchsetzung von JCS 1067 als Basis der Deutschlandpolitik in Kabinett und Pentagon vorantrieb. (tk)

Quelle: en.wikipedia.org, Morgenthau Plan

September 1945:

«Here Is Germany» erscheint – US-Armee bezeichnet sich offen als «Eroberer»

Der US-Propagandafilm «Here Is Germany» wurde 1942 als Orientierungsfilm für US-amerikanische Soldaten konzipiert und von Regisseur Ernst Lubitsch erstellt. Im Oktober 1942 bereits fertiggestellt, wurde er jedoch von der Armee abgelehnt und daher zunächst nicht veröffentlicht. Im Februar 1944 schlug Regisseur Frank Capra vor, das Projekt wieder aufzunehmen, da der Film mit wenigen Änderungen schon sehr bald nützlich werden könne. Im Oktober 1944 bearbeitete er den Film, womit er am 5. April 1945 fertig wurde.

«Here Is Germany» wurde vom Kriegsministerium der Vereinigten Staaten (US War Department) produziert, das von der Filmproduktionsgesellschaft 20th Century Fox unterstützt wurde. Die Walt Disney Studios trugen



Animationen dazu bei. Der Film wurde im September 1945 veröffentlicht, kam also zu spät für seinen ursprünglichen Zweck, zum Sieg der US-Armee beizutragen. Stattdessen wurde er dazu verwendet, der deutschen Bevölkerung im Rahmen der Umerziehung die «US-amerikanische Sicht des deutschen Charakters bezüglich seiner Geschichte von aggressiven An-

griffskriegen»⁽¹⁾ darzustellen. So wurde er deutschen Gefangenen in den sogenannten POW-Schools (POW: Prisoner of War, also Schulen für Kriegsgefangene) vorgeführt. Im Mai 1946 wurde der Film in Kinos der amerikanischen Besatzungszone gezeigt.

Austreibung des Deutschtums

Im Eiltempo wird darin die Geschichte Deutschlands seit dem 18. Jahrhundert nacherzählt. Die Aussage: Durch Jahrhunderte der Monarchie und preussischer Obrigkeitshörigkeit seien Gewalt und Überlegenheit so fest in den Köpfen der Deutschen verankert worden, dass in zehn, zwanzig oder hundert Jahren ein neuer Führer den nächsten Krieg bringen könnte. Wie könne das verhindert werden? Ein Anfang sei gemacht:



Frank Capra – in den 1930er- und 1940er-Jahren zu Hollywoods populärsten und angesehensten Regisseuren zählend – erhält von General George C. Marshall die «Army Distinguished Service Medal» der US-Armee für die «ausserordentlichen Verdienste» durch seine Propagandafilme.



US-Soldaten plündern im Mai 1945 Malereien aus Schloss Neuschwanstein.

Deutschland hatte den Krieg für jeden offensichtlich verloren. Das Lehrmaterial für Schulen wurde genauso wie die gesamte Nazipropaganda zerstört, und die Inhalte des neuen Unterrichtsstoffs von den Siegermächten kontrolliert: «Neue Textbücher wurden für die deutsche Jugend vorbereitet [...] unter unserer Leitung, nicht der der Deutschen!»

! Der Sprecher des Filmes verkündet mit hörbar stolzgeschwellter Brust: «Wir sind nicht als Befreier nach Deutschland gekommen, sondern als Eroberer! Und diesmal werden wir bleiben [...] 10 Jahre, 20 Jahre, wenn notwendig ewig.»

Im Laufe des Filmes offenbaren die Macher dann – wenig subtil – die Ziele der «Befreier», nämlich das vollständige Austreiben des Deutschtums aus dem Deutschen:

! «Wir haben die Deutschen von Hitler befreit, aber wir haben sie nicht von Friedrich, Bismarck und dem Kaiser, von ihrer Geschichte und ihrer Traditionen befreit. Das müssen sie für sich selbst tun. Bis sie das tun, bleiben sie potentielle Feinde der Zivilisation.» (tk)

Quellen:

de.wikipedia.org, Here Is Germany

1. Clear Film on Germany, Motion Picture Daily.

09.05.1946, S. 2

”

«Tausende gefährliche Nazis wurden zusammengetrieben, klassifiziert und eingesperrt. Aber der Job ist noch nicht zu Ende. Tief in der deutschen Seele, im ‚psychologischen Untergrund‘ schwelen die Feuer des Hasses, der Gier und der Gewalt. [...] Wenn du denkst, dass diese Deutschen sauber aussehen, anständig und harmlos – dann ERINNERE DICH. Es sind die, die den Krieg unterstützten [...] Bevor du nicht realisierst, dass der Nazismus nicht das Produkt einiger aussergewöhnlicher Individuen war, sondern tiefe Wurzeln in der deutschen Zivilisation hatte, wirst du nicht imstande sein, die wahre Bedrohung dessen zu erfassen, was du siehst. Die wahre Bedrohung der Weltsicherheit liegt in der Seele des deutschen Volkes. [...] Zentralheizung ist typisch für Deutschland, so war Buchenwald, wo Massenmorde mit typischer deutscher Gründlichkeit ausgeführt wurden. Deutsche Sauberkeit ist typisch – so sehr, dass sie aus menschlichen Körpern Seife machten. Nazi-Kunst gab der Welt Lampenschirme aus tätowierter menschlicher Haut. [...] Das Deutschland der Nebel und schuppigen Drachen, der Räusche der Grausamkeit und des Blutes ist das gleiche Deutschland, das zwischen 1871 und 1914 eine industrielle Entwicklung durchmachte, die zu den grössten technischen Errungenschaften der modernen Welt zählt. Diese alarmierende Verbindung von romantischem Bösewicht und fähigem Geschäftsmann, vom sentimentalem Musikliebhaber und brutalem Unterdrücker hat Deutschland schon seit langem charakterisiert. Der Deutsche ist in Deutschland stets die Beute dieser wahnsinnigen Täuschung, aus der du schliessen kannst, dass die deutsche nationale Tradition (die die Seelen der Kinder formt, die in Deutschland aufwachsen) minderwertiger ist, in höchstem Grade und unleugbar minderwertiger ist als die irgendeines anderen Volkes in der modernen westlichen Welt.»

Ausschnitt aus der Broschüre «Occupation», die um die Jahreswende 1945/46 an alle amerikanischen Soldaten verteilt wurde.

Quelle: Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche – Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.154-155



”

«Es gibt nur einen Weg zur Erholung Europas, den der Produktion. Die gesamte europäische Wirtschaft ist mit der deutschen Wirtschaft durch den Austausch von Rohmaterialien und Fertigwaren verbunden. Die europäische Produktion kann ohne die Restauration des deutschen Beitrags zu dieser Produktion nicht wiedererstehen.»

Herbert Hoover, US-Präsident von 1929 bis 1933

Wie passte diese Schlüsselrolle Deutschlands in Europas Industrie mit der Behauptung der «Reeducation» zusammen, die deutsche Kultur sei «unleugbar minderwertiger als die irgendeines anderen Volkes»? War Deutschland nicht vielmehr der kulturelle Vorreiter einer fortschrittlichen westlichen Gesellschaft?

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld – Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.171



1945:

Wurden Nazis in britischen Lagern einer Gehirnwäsche unterzogen?

Ab Mai 1945 wurde von den Briten ein Internierungslager für Nationalsozialisten in Bad Fallingpostel (Niedersachsen) eingerichtet.

Jürgen Girgensohn war, obwohl er bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs der SS-Division «Wiking» angehört hatte, in der BRD eine grosse Karriere in der Verwaltung beschieden. Er war u.a. von 1970 bis 1983 Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Girgensohn vertrat die nach Kriegsende von den Alliierten oktroyierten Ideologien vorbildlich: Auch gerne als «Grossmeister der Toleranz» bezeichnet, gilt er als Vater der Gesamtschule, gegen deren zwangsweise Einführung sich damals noch erheblicher Widerstand, u.a. von der CDU, regte.

Erstaunlich, was der Historiker Götz Aly über ihn zu berichten weiss: «Jürgen Girgensohn, der 1924 geborene sozialdemokratische Bildungsminister Nordrhein-Westfalens der siebziger Jahre [...] hatte sich zur Waffen-SS gemeldet und war dort zum Rottenführer aufgestiegen. Ich bin Nationalsozialist gewesen», bekannte er 1991, «vom Anfang meines Eintritts in



das Jungvolk 1934 bis, man kann beinahe sagen, über den Krieg hinaus.' Im Nachhinein zeigte sich Girgensohn froh, dass er 1945 nicht nach Hause entlassen, sondern im britischen Umerziehungslager Fallingpostel interniert wurde, das für seine Altersjahrgänge eingerichtet worden war. Dort konnte er an geschichtlichen und philosophischen Kursen teilnehmen, die ein jüdischer Captain leitete.»⁽¹⁾

Wurden möglicherweise nur diejenigen Nationalsozialisten in der BRD wiedereingegliedert und konnten hohe Positionen besetzen, die davor von den Alliierten zwangsweise intensiv in Lagern umerzogen worden waren? (tk)

Quellen:
de.wikipedia.org, Jürgen Girgensohn
1. archiv.berliner-zeitung.de, Das müssen wir erklären, 19.03.1998

April 1945:

«Intellektueller Vater» von BRD und EU tritt Division für psychologische Kriegsführung bei

Der Publizist, Soziologe und Politikwissenschaftler Eugen Kogon gilt als einer der «intellektuellen Väter» der Bundesrepublik sowie der Europäischen Union. Kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Kogon zunächst Berater der «Psychological Warfare Division» (PWD, siehe S.199 f.). Danach war er als freiwilliger Chronist für die US-Armee im Camp King – ein US-Militärstützpunkt im Taunus – tätig und begann im selben Jahr auch sein Buch «Der SS-Staat: Das System der deutschen Konzentrationslager», das 1946 veröffentlicht wurde und noch heute als Standardwerk über die NS-Verbrechen gilt. Das Buch wurde in mehrere Sprachen übersetzt und allein in deutscher Sprache über 500.000-mal verkauft.

Kogon bezeichnete sich selbst als Christen katholischer Prägung, doch wollte er das Christentum mit Sozialismus verbinden. Ein Widerspruch in sich,



Kogons «Der SS-Staat: Das System der deutschen Konzentrationslager» gilt als Standardwerk über die NS-Verbrechen.

da die Sozialisten in Russland seit Jahrzehnten einen erbarmungslosen Krieg gegen die christliche Kirche führten. Im September 1945 verfasste Kogon gemeinsam mit weiteren Persönlichkeiten, unter ihnen auch der Publizist und spätere Wegbegleiter Kogons, Walter Dirks, die Frankfurter Leitsätze. In diesem Programm der Volkspartei CDU forderten sie einen wirtschaftlichen Sozialismus auf demokratischer Grundlage und legten damit eine wichtige Grundlage für das christlich-sozialistische Gründungsprogramm der hessischen CDU und damit auch für die Ende 1946 beschlossene hessische Landesverfassung, die die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien vorsah. Er wandte sich in den 1950ern von der CDU Konrad Adenauers ab, die von Gemeineigentum und Verstaatlichung der Schlüsselindustrien nicht mehr viel wissen wollte, und setzte sich in zahlreichen Essays kritisch mit der Adenauer-Regierung auseinander.

Im Jahr 1946 gründeten Kogon und Dirks die Frankfurter Hefte, eine Zeitschrift für Kultur und Politik, die katholischen Glauben und Sozialismus vermischte. Die Frankfurter Hefte erreichten schnell eine für damalige Verhältnisse sehr hohe Auflage von bis zu 75.000 Exemplaren und waren bis 1984 eine der einflussreichsten gesellschafts- und kulturpolitischen Zeitschriften der Nachkriegszeit.

Als eine Lehre aus dem Nationalsozialismus forderte Kogon auch früh eine Abkehr vom klassischen Nationalstaat



Foto: Gage Skidmore

« [...] die Siegermächte wollten die deutsche, politische und kulturelle Vergangenheit zielbewusst begraben.»

Paul Gottfried, US-amerikanischer Politikwissenschaftler

Quelle: web.archive.org; Im Gespräch mit Paul Gottfried über Obama, Liberalismus und «Weltdemokratie», 02.03.2009

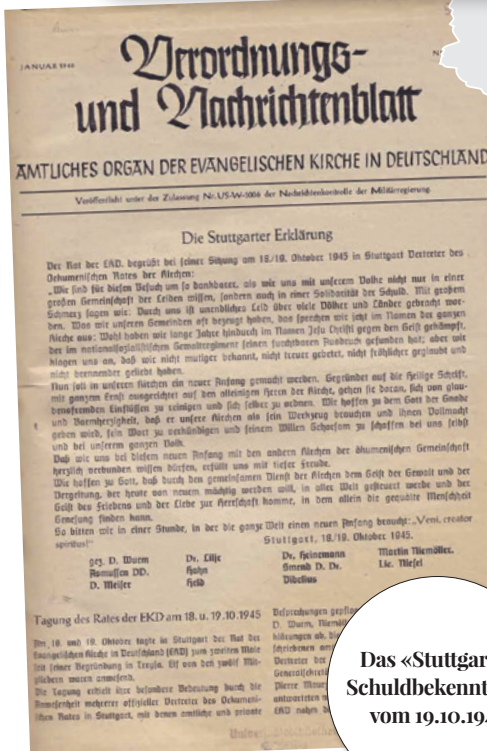
und setzte sich für den Aufbau einer europäischen Republik ein. Er engagierte sich unter anderem in der Union Europäischer Föderalisten (UEF) und in der

Europa-Union Deutschland, deren erster Präsident er von 1949 bis 1954 war. (tk)

Quelle: de.wikipedia.org, Eugen Kogon

18. Oktober 1945:

Die Evangelische Kirche in Deutschland bekennt sich schuldig



mutiger bekannt, treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.» Aus der Unterwerfung der Kirchen unter eine totalitäre Diktatur, wie sie nur allzu oft in der Geschichte stattfand, wurde in dem Bekenntnis also kurzerhand ein Verbrechen gemacht, so als habe die Evangelische Kirche den Krieg geplant und durchgeführt. Eine völlige Verdrehung der Tatsachen.

Wie kam es zum Schuldbekenntnis?

Eine der treibenden Kräfte zu dieser Erklärung war der aus Basel stammende Theologe Karl Barth, der 1935 von seinem Lehrstuhl in Bonn in die Schweiz zurückgekehrt war. Er hatte schon 1934 erklärt, dass der damalige Kirchenkampf sich weniger gegen das NS-Regime als gegen den falschen Weg der Geschichte der Deutschen im allgemeinen und der Evangelischen Kirche in Deutschland im besonderen zu richten habe. Als überzeugter Sozialist und ausgesprochener Marxismusfreund hatte er 1918/19 die Novemberrevolution in Deutschland begrüßt. Dazu schrieb er, er hoffe auf «die erfüllende geschichtliche Stunde [...], wo die jetzt verlöschende Glut des marxistischen Dogmas als Weltwahrheit neu aufleuchten, wo die sozialistische Kirche in einer sozialistischen Welt aufstehen wird».⁽¹⁾

Selbst nach den Vertreibungsverbrechen von 1945 und Stalins Schreckensherrschaft in Osteuropa nahm Barth für die Sowjets in

einer ausgesprochen politischen und für die Öffentlichkeit gemeinten Rede im Berner Münster 1949 Stellung und erklärte unter Verfälschung der geschichtlichen Wahrheit dabei: «Und dann kann man vom Kommunismus eben das nicht sagen, was man vom Nationalsozialismus vor zehn Jahren sagen musste: Dass es sich bei dem, was er meint und beabsichtigt, um helle Unvernunft, um eine Ausgeburt des Wahnsinns und Verbrechens handelt. Es entbehrt nun wirklich allen Sinnes, wenn man den Marxismus mit dem Gedankengut des Dritten Reiches, wenn man einen Mann von dem Format von Josef Stalin mit solchen Scharlatanen wie

Das «Stuttgarter Schuldbekenntnis» vom 19.10.1945



Der marxistisch orientierte Theologe Karl Barth auf dem Cover des Time-Magazins. Er war eine der treibenden Kräfte des Schuldbekenntnisses.

In Deutschland konnten sich 1945 praktisch nur die Kirchen öffentlich artikulieren, nachdem der deutsche Staat bloss noch auf dem Papier existierte und freie Medien zunächst nicht zugelassen waren. Die Vorstellung einer deutschen Kollektivschuld fand ihren Niederschlag in dem sogenannten «Stuttgarter Schuldbekenntnis» der Evangelischen Kirche in Deutschland, dessen Kernsatz lautet:

«Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden.»

Einzelne konkrete Verbrechen der Kirche wurden darin nicht benannt. Die Kirche bedauerte lediglich, nicht genug Widerstand gegen das Naziregime geleistet zu haben: «Wir klagen uns an, dass wir nicht



«Es gehen verhängnisvolle Irrtümer um, die einen Menschen für schuldig und verantwortlich erklären nur deshalb, weil er Glied oder Teil irgendeiner Gemeinschaft ist, ohne dass man sich die Mühe nimmt, nachzufragen und nachzuforschen, ob bei ihm wirklich eine persönliche Tat- oder Unterlassungsschuld vorliege.»

(in seiner Ansprache an das Hl. Kollegium vom 20. Februar 1946)

**«[...] was aber die Verantwortung angeht, so erlauben der Aufbau der modernen Staatsmaschine und die fast unentwirrbare Verkettung der wirtschaftlichen und politischen Dinge es dem kleinen Mann nicht, wirksam auf die politischen Entscheidungen Einfluss zu nehmen.»
(vor der Pax-Christi-Bewegung am 13. September 1952)**

Pius XII., Papst von 1939 bis 1958



Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.44

► Hitler, Göring, Hess, Goebbels, Himmler, Ribbentrop, Rosenberg, Streicher usw. es gewesen sind, auch nur einen Augenblick im gleichen Atem nennen wollte. Was in Sowjetrußland – es sei denn: mit sehr schmutzigen und blutigen Händen, in einer uns mit Recht empörenden Weise – angefasst worden ist, das ist immerhin eine konstruktive Idee, immerhin die Lösung einer Frage, die auch für uns eine ernsthafte und brennende Frage ist und die wir mit unseren sauberen Händen nun doch noch lange nicht energisch genug angefasst haben: der sozialen Frage.»

⁽²⁾ Gegenüber dem nicht zu leugnenden Terror der Sowjets meinte er gar verharmlosend, man müsse eben beim Bolschewismus unterscheiden «zwischen seinen totalitären Greueln als solchen und dem, was dabei positiv gemeint und beabsichtigt ist». ⁽³⁾

Geheimdienstagent erpresst Kirche

Eine weitere zentrale Figur war der Holländer Willem Adolf Visser 't Hooft, Generalsekretär des seit 1938 in Gründung befindlichen Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), der während des Zweiten Weltkriegs in Genf ein Büro des holländischen

und englischen Geheimdienstes leitete. ⁽⁴⁾ Er war also während des Krieges englischer Spitzel. ⁽⁵⁾

Nachdem schon während des Zweiten Weltkriegs von der Leitung des ÖRK Bischoff George Bell aus Grossbritannien und Willem Adolf Visser 't Hooft aus den Niederlanden mit dem deutschen Pastor Dietrich Bonhoeffer von der evangelischen Kirche über eine gewünschte Schulderklärung gesprochen hatten, verstärkte sich der Druck auf die deutschen Theologen nach Kriegsende. Am 28. September 1945 schrieb Barth an Pastor Martin Niemöller, einen der massgeblichen Mitverfasser und Mitbetreiber der späteren Schulderklärung, in das am Boden liegende und hungernde Deutschland: «Wir brauchen ein Wort, in dem es unter anderem heissen müsste: Die vorläufige Leitung der evangelischen Kirche in Deutschland erklärt, dass das deutsche Volk sich auf einem Irrweg befand, als es sich 1933 politisch in die Hände von Adolf Hitler begab. Sie erkennt und erklärt, dass sich die Evangelische Kirche in Deutschland durch falsches Reden und falsches Schweigen an dem Irrtum verantwortlich gemacht hat.» ⁽⁶⁾

Vor der Stuttgarter Erklärung hatte Visser 't Hooft ebenso an den kurz darauf zum EKD-Ratsvorsitzenden ernannten Bischof Otto Dibelius geschrieben und dabei praktisch eine Schulderklärung vor der Wiederaufnahme der Deutschen in die kirchliche Gemeinschaft gefordert: «Sie dürfen darauf rechnen, dass wir von uns aus alles tun werden, um die Gemeinschaft wiederaufzunehmen. [...] Dieses Gespräch wird aber sehr viel leichter sein, wenn die bekennende Kirche Deutschlands sehr offen spricht – nicht nur über die Missetaten der Nazis, sondern auch besonders über die Unterlassungssünden des Deutschen Volkes einschliesslich der Kirche.»

Grundlage der Kollektivschuldthese

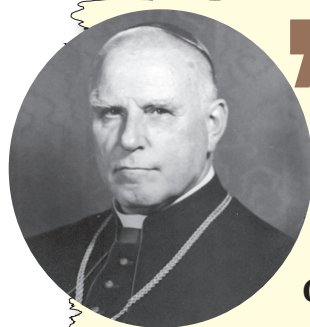
Der deutsche Theologe Werner Petersmann erklärte später öffentlich, dass das Schuldbekenntnis dem deutschen Rat der Evangelischen Kirche vom Weltkirchenrat aufgedrängt worden war als Bedingung für Hilfe beim Wiederaufbau. Wie schon mehrfach von alliierter Seite praktiziert, wurden die Kirchenvertreter schlicht er-



«Es ist eine Verleugnung der Gerechtigkeit und der Liebe, wenn man uns alle, jeden deutschen Menschen für mitschuldig an jenen Verbrechen und darum für strafwürdig erklärt. Die unvermeidlichen Kriegsfolgen, das Leid um unsere Toten, um unsere zerstörten Städte, Wohnungen und Kirchen wollen wir annehmen und mit Gottes Hilfe geduldig tragen. Nicht aber ungerechte Beschuldigung und Bestrafung für Geschehnisse, unter deren Willkür, Ungerechtigkeit und Grausamkeit wir selbst durch lange Jahre geseufzt und schwer gelitten haben.»

Clemens August Graf von Galen, von 1933 bis 1946 Bischof von Münster, in einer Ansprache am 01.06.1945

Quelle: F. W. Rothenspieler, Der Gedanke einer Kollektivschuld in juristischer Sicht, Berlin, 1982, S.196



presst. Die deutschen Kirchenvertreter beugten sich schliesslich diesem Ansinnen angesichts der deutschen Not, in der Hoffnung auch auf materielle Hilfe.

Bezeichnenderweise erhielt Visser 't Hooft 1966 (mit Bischof Bell) den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche. Somit kann man sagen, dass die sogenannte Schuldklärung nicht aus eigener Initiative der EKD entstand, sondern dieser unter ökumenischer Erpressung abgenötigt wurde. Grotesk ist die Tatsache, dass sich die EKD zum Sprecher des deutschen Volks machte, obwohl die Hälfte des Volks aus Katholiken und Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften bestand.

Einige der Unterzeichner hatten vorher noch die durchaus berechtigten Bedenken geäussert, dass durch solch eine Erklärung das Bekenntnis einer Kollektivschuld des deutschen Volkes ausgesprochen werden könne, wozu sie nicht beitragen wollten. Sie wurden von dem



Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-F023138-0033 / Gathmann, Jens / CC-BY-SA 3.0

Der (ehemalige?) britische Geheimdienstagent Willem Adolph Visser 't Hooft bei seiner Dankesrede zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1966.

wortgewandten Visser 't Hooft mit der Versicherung beruhigt: «Die Ökumene ist nun verpflichtet, alles Missverständnis und jeden Missbrauch auszuschliessen.» Und die Christen trauten dieser Zusicherung in ihrer Gutgläubigkeit.

Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, dass im Anschluss daran dieses Schuldbekenntnis politisch missbraucht wurde und im Narrativ der BRD bis heute eine grosse Rolle spielt. (tk)

Quellen:

de.wikipedia.org, Stuttgarter Schuldbekenntnis
1. Karl Barth, Der Römerbrief, 1919
2. Karl Barth, Die Kirche zwischen Ost und West, Vortrag von 1949

3. Ebenda
4. Eugen Gerstenmaier, Streit und Friede hat seine Zeit - Ein Lebensbericht, Propyläen, Berlin, 1981

5. Willem Adolph Visser 't Hooft, Die Welt war meine Gemeinde, R. Piper u. Co., München, 1972
6. Theologisches Lexikon, Berlin (Ost), 1978, S. 387

1945-1949:

Auswahl der deutschen Lizenzträger nach tiefenpsychologischen Kriterien

Unmittelbar nach der Besetzung Deutschlands erliessen die alliierten Streitkräfte durch das SHAEF-Gesetz 191 am 12.05.1945 ein allgemeines Verbot von medialen Veröffentlichungen und Auftritten jeglicher Art (Zeitungen, Plakate, Poster, Bücher, Konzerte, Filme, Radioprogramme, Zirkusse, Theater, Opern usw.). Für die Weiterführung all dieser Tätigkeiten wurden Zulassungen der Alliierten erteilt. Für diese Zulassungen setzte sich der amerikanische Sprachgebrauch (licence) durch, man sagte Lizenz. Nur wer eine Lizenz hatte, durfte sein Wort an die Öffentlichkeit richten. Der Autor Caspar von Schrenck-Notzing schreibt über diese frühen «Lizenzträger»: «In der Tat war unter den Lizenzträgern nur ein einziger im weitesten Sinne dem nationalen Lager der Weimarer Zeit zuzuzählen, der Lizenzträger Joseph E. Drexel (Nürnberger Nachrichten), der als Nationalbolschewist eben dem genannten pro-östlichen Sektor der deutschen konservativen Meinung angehörte. Alle übrigen gehörten entweder der sozialistischen oder libera-

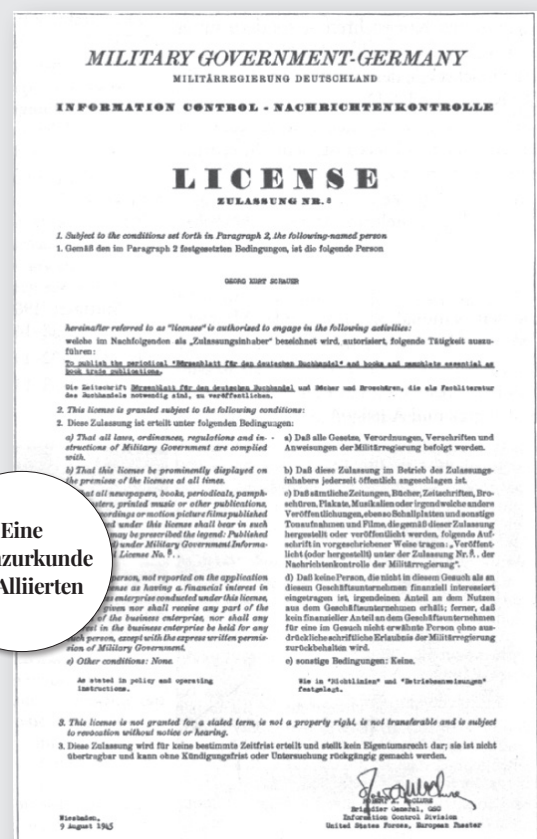
len Linken an, oder (das war die Alternative der ersten Nachkriegszeit) der klerikal-föderativen Richtung [...]

Das Screening Center

Die Auskundschaftung künftiger Lizenzträger wurde dafür bestellten «vetters» (Prüfern) überlassen, die auf Grund von Fragebögen und persönlichen Interviews die Eignung der Antragsteller zu prüfen hatten. Der Umfang der Lizenzierungstätigkeit (vom Zirkusdirektor zum Zeitungsverleger) und die relativ geringe Zeit, die auf den Antragsteller verwendet werden konnte, liess es wünschenswert erscheinen, die getroffene Auswahl noch einmal gründlich zu durchleuchten. Diese Tätigkeit wurde dem «ICD Screening Center» in Bad Orb überlassen.

Gründer des Screening Center war der New Yorker Psychiater David Mardochai Levy, einer der führenden amerikanischen Psychoanalytiker. Er war im Sommer 1945 auf Einladung

Eine
Lizenzurkunde
der Alliierten



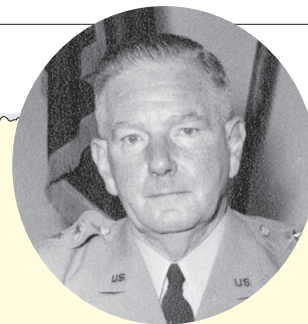
der ICD (siehe S.199 f.) in Deutschland eingetroffen und hatte sich an der Schule des OSS (siehe S.192 f.) in Bad Orb niedergelassen, wo deutsche Hilswillige für den amerikanischen Nachrichtendienst ausgebildet wurden, denen vor allem die Nachprüfung von Angaben in Fragebögen oblag. Im Oktober 1945 kam es dann zur Errichtung des Screening Center in Bad Orb, das später dem ICD-Hauptquartier in Bad Homburg angeschlossen wurde.

Der Stab des Screening Center bestand aus einem nachrichtendienstlichen Spezialisten für Nationalsozialismus (Mr. Ernest Rott), einem Psychologen und einem Psychiater (David Mardochai Levy, später Bertram Schaffner). Zuerst liess man die potenziellen Lizenzträger jeweils einen Aufsatz zu den Themen «Meine Gefühle in der Nazizeit» und «**Die Kollektivschuld des deutschen Volkes**» verfassen. Dann wurde der Lizenzkandidat von Mr. Ernest Rott interviewt, der über das Dritte Reich genau bescheid zu wissen glaubte. Einem Theaterdirektor, der zwei Nazistücke aufgeführt hatte, habe er nachgewiesen, dass dieser nicht unter Zwang gehandelt habe, da er an einem Göring-Theater, wo solche Verpflichtungen nicht bestanden hätten, beschäftigt war und nicht an einem Goebbels-Theater. Der Theaterdirektor war somit lizenzunwürdig. Die Lizenzkandidaten mussten weiter 40 halbe Sätze vollenden, was ermöglichte, sie je nach dem Ergebnis

sieben Stufen von «ausserordentlich demokratisch» bis «ausserordentlich undemokratisch» einzustufen.

Entnazifizierung nicht ausreichend

Auch der Psychologe hatte Arbeit. Der vielleicht künftige Lizenzträger musste sich zunächst einem Intelligenztest und einem Rorschach-Test unterwerfen. Schliesslich hatte sich der Lizenzkandidat einem psychiatrischen Tiefeninterview zu unterziehen, das «sich mit der Familie und der sozialen Umwelt des Kandidaten befasst und versucht, die Faktoren festzustellen, die seine politische und soziale Haltung beeinflusst und seine Persönlichkeit entwickelt haben. Die Motive für sein Handeln werden untersucht und festgestellt, wieviel Freiheit ihm gegeben werden kann und ob er als positive und kompromisslose Kraft vertrauenswürdig ist.» Des Weiteren hatte der Psychiater festzustellen, ob der Lizenzkandidat im politischen Interview die Wahrheit gesagt hatte und ob die Eigenschaften des Kandidaten der ihm zu übertragenden Aufgabe entsprachen. Schliesslich besprach der Stab den Kandidaten, und der Leiter schrieb einen Bericht, in dem der Kandidat in die Klassen Weiss A (einwandfreier Antinazi, der von den Nazis verfolgt wurde), Weiss B (Antinazi, der keinen aktiven Widerstand leistete), Grau – tragbar (Nichtnazi, der sich durch Konzessionen



» «Die ersten Schritte der Re-education werden sich streng darauf beschränken, den Deutschen unwiderlegbare Fakten zu präsentieren, um ein Bewusstsein von Deutschlands Kriegsschuld zu erzeugen sowie einer **Kollektivschuld** für solche Verbrechen, wie sie in den Konzentrationslagern begangen wurden.»

*Robert A. McClure, Leiter der Information
Control Division (ICD)*

Quelle: de.wikipedia.org, Kollektivschuld

an die Nazis kompromittierte), Grau – nicht tragbar (Nichtnazi, der von den Nazis profitierte und mit ihnen zusammenarbeitete), Schwarz (Nichtmitglied der NSDAP, das trotzdem an deren Grundsätze glaubte und für offizielle Nazi-Organisationen arbeitete) eingeteilt wurde.

Das Screening Center war gegen eine alleinige Entnazifizierung, da diese die logische Voraussetzung hatte, dass die Mitglieder der NSDAP eine kleine und unterscheidbare Gruppe waren, deren Entfernung das politische Leben «demokratisieren» würde. Dies sei nach Meinung der Mitarbeiter des Screening Centers gefährlich, da damit der «organische Zusammenhang zwischen Nazismus und Germanismus verkannt» werde. Wesentlich wäre, dass Persönlichkeit und Charakterstruktur den Deutschen vom Nichtdeutschen unterschieden. Die Transformation Deutschlands müsse viel weiter gehen: **«Die Änderung der deutschen Psychologie ist die Hauptaufgabe der Militärregierung»**, wie Levy sich ausdrückte.

Die Lizenzkandidaten waren alle im Vorfeld von «vetters» ausgesucht worden, formell waren sie alle kaum oder gar nicht durch Verbindungen zur NS-Dik-

Diese Schandtaten: Eure Schuld!



«Diese Schandtaten: Eure Schuld!», Propagandaposter der US-Militärregierung, das 1945 in der amerikanischen Besatzungszone verteilt wurde.

tatur belastet. Wenn sie trotzdem als Lizenzträger abgelehnt wurden, so spielte hier das Motto der Psychologen «Antinazis sind auch Deutsche» eine Rolle. Das heisst, auch der politisch Unbelastete konnte psychologisch belastet sein, sofern er eben einen deutschen Charakter besass. So war z.B. der «reaktionäre Antinazi» als Lizenzträger ausgeschlossen.

Frankfurter Schule lässt grüssen

Vor allem die Einstellung zur Familie konnte die Chance auf eine Lizenz steigern oder verringern. Die Mitarbeiter des Screening Centers glaubten, Adolf Hitler habe nichts weiter zu tun brauchen, als die deutsche Familienordnung auf den Staat zu übertragen. Die deutsche Familie sei durch die Autorität des Vaters bestimmt. Dieser sei allmächtig, allwissend und allgegenwärtig. Er zwingt die Familie, auch unkluge Entscheidungen zu akzeptieren, nur um als Hüter der abstrakten Autorität diese zu bewahren. Die deutsche Familie sei ein Echo des Mannes. Sie habe die vorwiegend männlichen Werte akzeptiert und fürchte jeden Wechsel, der sie zwingt, mit dem Mann zu konkurrieren, statt ihm zu dienen. «Vom Kind gar wird erwartet, dass es den Eltern gegenüber abhängig, unterwürfig und exhibitionistisch ist, indem es seine Unterwürfigkeit durch Händeschütteln, Hackenschlagen und ‚korrektes‘ Benehmen exhibiert,» so ein Dokument des Screening Centers.

Diese erzwungene Passivität des deutschen Kindes sei der Faktor, «der die Aggressivität, Härte und sogar Grausamkeit des deutschen Erwachsenen» hervorbringe. Disziplin, Ordnung, Sauberkeit und Männlichkeit seien die vier Prinzipien der deutschen Erziehung, auf denen dann auch der deutsche Staat errichtet worden sei. Falls ein Kind diese Grundprinzipien nicht erlernt habe, sei es für die Gesellschaft nicht geeignet gewesen. Es sei unglücklich geworden und in passive Opposition oder aktiven Widerstand zum Elternhaus zunächst, zu Staat und Gesellschaft später gegangen.

Da aber die Eigenschaften, die zur



Die Rebellion gegen die eigene Familie in jungen Jahren erhöhte die Chance auf eine Lizenz für die Anwärter.

„In vielen Städten wurden Amerikahäuser errichtet oder eingerichtet, zu deren Zwecken die ‚reeducation‘ des deutschen Volkes gehörte. Sie verlief so sanft, dass die meisten Leute sie nicht bemerkten und heutzutage der bayerische Innenminister Beckstein die ‚Umerziehung‘ für eine Erfindung von Rechtsradikalen hält.»

Roswin Finkenzeller, Journalist,
u.a. FAZ und BR

Quelle: Bayern bezahlt Amerika, FAZ,
07.10.2001

Unangepasstheit in der deutschen Gesellschaft geführt hätten, die Angepasstheit in der Weltgesellschaft bedeuten würden, müsse es die Aufgabe des Screening Centers sein, diese Unangepassten zu suchen.

Der Preis einer Lizenz ging in den meisten Fällen an die Lebensgeschichte, die den gewünschten sozialistischen Einschlag hatte, während als negativ gewisse «blinde Stellen» für den Autoritarismus in der Familie in der Beurteilung genannt wurden. In einer Tabelle führte der spätere Chefspsychiater Bertram Schaffner den Anteil der Lizenzkandidaten, die gegen ihre Eltern revoltierten, in den Beurteilungsklassen auf: Schwarz (0%), Grau – untragbar (15%), Grau – tragbar (25%), Weiss B (30%), Weiss A (45%). Je mehr man sich gegen die Eltern aufgelehnt hatte, desto höher war die Chance auf eine Lizenz.

Die Frage nach dem Zeitpunkt der Aufnahme des Geschlechtsverkehrs ermöglichte es, den Grad der demokratischen Gesinnung zu messen. Je früher der Zeitpunkt lag, desto demokratischer war die Gesinnung. Diese intimste aller intimen Fragen wurde wohl gemerkt im Namen der US-Regierung gestellt. (tk)

Quelle:
Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche
- Die amerikanische Besatzung in Deutschland
und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.115-120

FAZIT

Die systematische Vermischung von Nazismus und deutschem Volk während der «Reeducation» zeigt, dass genau wie der Zweite Weltkrieg auch die Umerziehung nicht gegen den Nazismus gerichtet war, sondern aus einem ideologischen Hass heraus gegen Deutschland bzw. die deutsche Bevölkerung.

Die Widerlegung der Kollektivschuld des deutschen Volks am Zweiten Weltkrieg

Zwar wurde die These der Alleinschuld Deutschlands an den zwei Weltkriegen schon in Ausgabe 28 unserer Themenzeitung widerlegt. Doch selbst wenn die Behauptung der deutschen Alleinschuld wahr wäre, würde die nach dem Krieg entworfene Kollektivschuldthese jeder Grundlage entbehren.

Wesentlicher Inhalt der Kollektivschuldthese ist der Vorwurf, «die Deutschen» hätten

- a) Hitler gewählt, obwohl sie wussten, was die Wahl bedeutete,
- b) den Weltkrieg herbeigewünscht und
- c) Verbrechen des Nationalsozialismus aktiv gefördert oder zumindest gebilligt.
- d) Ausserdem seien sie blinde Gefolgsleute Hitlers gewesen und hätten es unterlassen, Hitler rechtzeitig zu stürzen.

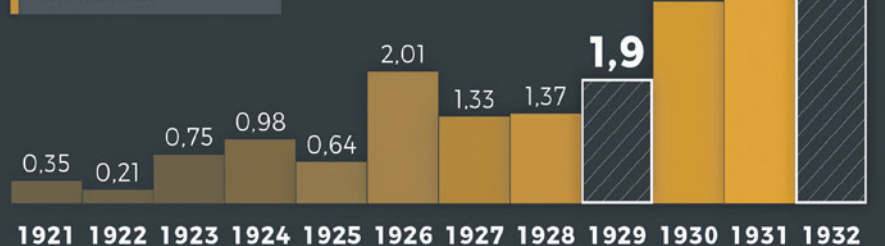
a) Wahl Hitlers

Der Schuldspruch beginnt mit der Feststellung, «die Deutschen» hätten Hitler gewählt. Dazu ist zu bemerken, dass die NSDAP bei den letzten freien Wahlen am 6. November 1932 nur 33% der Stimmen bekam. Die Wahlen vom März 1933, bei denen Hitler über 43% für sich verbuchen konnte, werden von den meisten Historikern nicht mehr zu den freien Wahlen gezählt, weil damals schon aufgrund der «Verordnung zum Schutz von Volk und Staat» die wichtigsten verfassungsmässigen Rechte nicht mehr galten; die starke Kommunistische Partei war verboten und Hitler Kanzler einer Koalition rechter Parteien; offiziell herrschte der Ausnahmezustand.

Um die Wahlergebnisse zu deuten, muss man den zeitgeschichtlichen Hintergrund sehen, und der war Anfang der 30er Jahre mehr als düster: Nicht nur die Weltwirtschaftskrise, auch der grimmige «Frieden» von Versailles, die französische Rheinlandbesetzung und die untragbaren Reparationen hatten das Land ruiniert. Der langjährige Ministerpräsident von Preussen, Otto Braun (SPD), urteilte: «Tatsächlich wurde im Mai 1919 in Versailles die Axt an die Wurzel der

Aus dem Wahlergebnis vom November 1932 die Sehnsucht der hungernden Arbeitslosen nicht nach Brot und Arbeit, sondern nach Krieg und Völkermord abzuleiten, ist wohl schlichtweg absurd.

Arbeitslose in Deutschland 1921-1932 in Millionen



Zahlen nach StübDR, 1939/40

Weimarer Republik und die Giftsaat des neuen Nationalismus in den deutschen Boden gelegt. Sie [...] brachte die Weimarer Republik zum Erliegen.» Und der erste Bundespräsident, Theodor Heuss, meinte: «Die Geburtsstätte der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München, sondern Versailles.»

Im September 1932 zählte man fünf Millionen Arbeitslose, im Januar 1933 sechs Millionen. Der Lebensstandard des Jahres 1933 war auf den Stand von 1882 zurückgefallen. Blutige Strassenschlachten mit zahlreichen Toten und Verletzten waren an der Tagesordnung. Wenn man bedenkt, dass zum Beispiel die italienischen Kommunisten 1976 in einer Zeit relativer Prosperität und Ruhe 34% der Stimmen erringen konnten, dann erscheinen die 33% der NSDAP bei der letzten freien Wahl äusserst bescheiden. Es

kommt hinzu, dass der Kommunismus den Wählern der Nachkriegszeit schon millionenfache Proben seines blutigen Könnens geliefert hatte, während der Nationalsozialismus als neue Partei für die meisten ein unbeschriebenes Blatt war. Aus dem Wahlergebnis vom November 1932 die Sehnsucht der hungernden Arbeitslosen nicht nach Brot und Arbeit, sondern nach Krieg und Völkermord abzuleiten, ist wohl schlichtweg absurd.

Hitler weltweit geschätzt

Grosse westeuropäische Zeitungen hatten am Vorabend der «braunen» Machtergreifung dringend empfohlen, die NSDAP als relativ stärkste Partei an der Regierung zu beteiligen. Auch aus dem Mund ausländischer Politiker war auf das Stichwort «Hitler» Erstaunliches zu hören; so sprach Churchill von

Einer der vielen internationalen Freunde Hitlers: Prinz Edward VIII., vom Januar 1936 bis zu seiner Abdankung im Dezember desselben Jahres König Grossbritanniens.



ihm 1935 in Worten der Bewunderung «für den Mut, die Beharrlichkeit und die vitale Kraft, die ihn befähigen, allen Mächten und Widerständen, die seinen Weg versperrten, zu trotzen oder sie herauszufordern, sie zu versöhnen oder sie zu überwinden». Noch 1938 meinte er, die bisherigen Leistungen des «Führers» seien weltgeschichtlich als Wunder anzusprechen; wenn Grossbritannien im Krieg unterlegen wäre, hätte er gewünscht, dass es einen Hitler gefunden hätte, damit dieser es zurück zu der ihm gebührenden Stellung unter den Nationen geführt hätte. Der amerikanische Präsident Herbert Hoover, der britische Aussenminister Sir John Simon und Avery Brundage, Präsident des Amerikanischen Olympischen Komitees, fanden bis weit in die 30er Jahre hinein respektvolle Worte für die Leistungen des Diktators, und der britische Expremier Lloyd George betrachtete Hitler als den grössten lebenden Deutschen, einen deutschen George Washington.

Auch auf dem europäischen Festland war man teilweise sehr optimistisch. Der französische Aussenminister Barthou zum Beispiel sah in dem Diktator einen «wahren Friedensfreund», während sein Landsmann, der Schriftsteller Jules Romains, ihn als «Genie» betrachtete. Ähnlich zahlreich sind die Äusserungen europäischer und amerikanischer Prominenz über Hitlers Charme, Intelligenz, seine angenehmen Umgangsformen, sein entwaffnendes Lächeln usw. ⁽⁴⁾

b) Wunsch der Deutschen nach Weltkrieg

Aber haben nicht die Deutschen 1939 ihre angeborene Kriegslust bewiesen und damit eine 2000jährige Tradition fortgesetzt? Hat nicht der preussische Militarismus zum Krieg gedrängt?

Interessante Einblicke in die Stimmung auf der Strasse gewähren unter anderem die Berichte des Schweizer Schriftstellers Carl J. Burckhardt, der als Hoher Kommissar des Völkerbunds in Danzig ungewöhnlich gut über die Zeichen der Zeit informiert war. In einem Brief vom 20. August 1938 schreibt er über die Stimmung in Deutschland: «Derjenige, der das nicht erlebt hat, kann sich keine Vorstellung machen von dem Entsetzen, ja von der Verzweiflung der Massen, als man wieder anfang, von Krieg zu reden, als beispielsweise die Pferderequisi-



Arbeitslosenschlange in Hannover 1930. Die Deutschen sehnten sich nach Arbeit und Brot, und nicht nach Krieg.

tion einsetzte [...] Das Geflüster von gestern wird heute zum offenen rebellischen Ausspruch. Nie habe ich so deutlich gespürt, dass die Völker für die Verbrechen ihrer Führer nicht verantwortlich sind.»

Interessant sind auch die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS (SD) zu diesem Thema. Als zum Beispiel im Oktober 1939 Gerüchte über einen Waffenstillstand aufkamen, wurde notiert: «In verschiedenen Betrieben führte die Mitteilung dieses Gerüchts zu längeren Arbeitspausen, da die Belegschaften sich über die angeblich neue Lage unterhielten. In Berlin kam es stellenweise auf Strassen und Plätzen zu freudigen Kundgebungen der Menschen, welche die Nachricht für wahr hielten [...] Auch in der Berliner Universität wurde am Schluss einer grossen Nachmittags-

vorlesung das Gerücht als Tatsache bekanntgegeben. Die Mitteilung veranlasste die Studenten zu Begeisterungskundgebungen [...] Erst durch die gestern gegen Mittag durch die Sondermeldung des deutschen Rundfunks erfolgende Widerlegung der Gerüchte wurde deren Verbreitung ein Ende gesetzt. Das Dementi hatte verschiedentlich eine tiefe Niederlagenheit derjenigen, die fest an die Wahrheit der durch das Gerücht verbreiteten Behauptungen geglaubt hatten, zur Folge.»

Es erscheint kaum verständlich, wie die Legende von der deutschen Kriegsbegeisterung entstehen konnte. Waren es die Erinnerungen an die echte Kriegsbegeisterung, die 1914 Berlin ebenso wie Paris und andere europäische Metropolen erfasst hatte? War es die grossdeutsche Wochenschau, die den endlosen Jubel und das Sieg-Heil-Geschrei fanatisierter NS-Parteitage als Stimme des Volkes ausgab? Oder war es schlicht und einfach Propaganda, die von den ganz und gar nicht friedlichen Strategien Churchills ablenken sollte? Immerhin hatte der Premierminister schon am 3. Dezember 1940 – als es nur einen deutsch-englischen, aber noch keinen «Weltkrieg» gab – einen Friedensplan des renommierten Militärhistorikers Liddell Hart mit den Worten abgelehnt: «Mir scheint, dass er eher ins Irrenhaus gehört.» ⁽²⁾

„Dies ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.»

Winston Churchill am 03. September 1939 über die britische Kriegserklärung an Deutschland

Quelle: zeit.de, Der 20. Juli 1944: Ein vergessener Tag



c) Billigung nationalsozialistischer Verbrechen

Es ist allgemein anerkannt, dass es sich bei Nazi-Deutschland um eine totalitäre Diktatur gehandelt hatte. Aber seit wann ist eine totalitäre Diktatur legitimiert, im Namen des Volkes zu handeln. Schliessen sich totalitäre Diktatur und Kollektivschuld nicht gegenseitig aus? Es wäre naiv anzunehmen, in einer Diktatur mit totaler Informationskontrolle würden die Spatzen Staatsgeheimnisse und Verbrechen der Anführer nur so von den Dächern pfeifen. Die meisten Deutschen waren schlicht nicht in der Lage, sich unabhängig zu informieren. Sie mussten glauben, was in der Zeitung stand. Wer nichts über Verbrechen seiner Regierung weiss, der kann diese auch nicht billigen.

d) Hitler wurde nicht gestürzt

Der deutschen Opposition fehlte es nicht an Mut, Weitsicht, Selbstaufopferung



Eine unangenehme Wahrheit: Churchill und sein Aussenminister Lord Halifax sahen in Hitler den idealen Feind für ihren Krieg gegen Deutschland und wollten ihn nicht durch einen Coup oder ein Attentat verlieren.



Wäre das Hinterfragen von Befehlen in einer angeblich «freien Demokratie» wie den USA nicht deutlich einfacher als in Nazi-Deutschland? Warum wurden trotzdem Millionen unschuldiger Zivilisten von US-Kriegen dahingerafft?

oder an Unterstützung von innen. Es fehlten zwei Dinge: Glück und Unterstützung von aussen. Seit 1937 bestanden fortlaufend geheime Kontakte mit der Regierung in London. Auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise schien 1938 der Umsturz zum Greifen nahe. Theo Kordt, der Abgesandte des deutschen Widerstands, überbrachte am 7. September in der Downing Street 10 die unverblühte Botschaft, man werde Hitler stürzen, wenn London Hitler eine klare Abfuhr erteilen und damit eine diplomatische Niederlage bereiten würde.

Die verlangte Erklärung wurde nicht abgegeben, Premier Chamberlain flog nach München, Hitler triumphierte durch den Wiederanschluss des Sudetenlandes an das Deutsche Reich, potentielle Bundesgenossen wurden unsicher, und der Hitler-Gegner Carl Friedrich Goerdeler musste einem amerikanischen Freund schreiben:

«Das deutsche Volk wollte keinen Krieg; die Armee würde alles getan haben, ihn zu vermeiden; [...] die Welt war rechtzeitig gewarnt und unterrichtet worden. Wenn man die Warnung beachtet und danach gehandelt hätte, würde Deutschland schon heute frei von seinem Diktator sein und sich gegen Mussolini wenden. In wenigen Wochen könnten wir damit beginnen, einen dauerhaften Weltfrieden zu gestalten, der auf Gerechtigkeit, Vernunft und Anstand beruht.»

Weitere konkrete Pläne und diplomatische Vorstösse der deutschen Wider-

ständler, die auch die Mitarbeit Englands voraussetzten, gab es 1939, 1940, 1942 und 1943. Sie scheiterten am Desinteresse der britischen Regierung. Es bestanden von 1937 bis 1944 fast ununterbrochen geheime Kontakte zwischen dem Widerstand und angloamerikanischen Diplomaten. Ähnliche Erfahrungen wie die Abgesandten des Widerstands in London musste auch der prominente US-Journalist Louis P. Lochner in Washington machen. Im November 1941, also noch vor Eintritt des Kriegszustands zwischen dem Reich und den Vereinigten Staaten, hatte er Kontakte mit führenden Antinazis. 1942 versuchte er vergeblich, dem amerikanischen Präsidenten eine Botschaft der deutschen Opposition zu überbringen. Später wurde ihm dann vom Militärzensor mitgeteilt, Roosevelt als Höchstkommandierender habe «jede Erwähnung eines deutschen Widerstands» verboten. Nicht besser ging es 1943 Commander George Earle, dem amerikanischen Marineattaché in Istanbul, bei seinen Geheimverhandlungen mit führenden Hitlergegnern. Roosevelt zeigte sich desinteressiert und versetzte den Commander auf die entlegene Pazifikinsel Samoa.

Das «glückliche Entkommen Hitlers»

Der langjährige Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier schrieb in der «Frankfurter Allgemeinen» vom 31. März 1975: «Was wir im deutschen Widerstand während des Krieges nicht wirklich be-

Die Tatsache, dass der deutsche Widerstand von den Alliierten im Stich gelassen wurde, rückt in Hollywood-Blockbustern wie «Operation Walküre» über den gescheiterten Bombenanschlag auf Hitler am 20. Juli 1944 in den Hintergrund.

greifen wollten, haben wir nachträglich vollends gelernt: dass dieser Krieg eben nicht nur gegen Hitler, sondern gegen Deutschland geführt wurde.»

Geheime amerikanische Dokumente, die erst 1987 freigegeben wurden, bestätigen diese Analyse. In einer Studie des «Office of Strategie Services» (OSS) mit der Überschrift «Das beste Ergebnis des ‚Hitlerwunders‘» vom 30. Juli 1944 heisst es wörtlich, das «glückliche Entkommen Hitlers» sei ein Glücksfall auch für die Alliierten gewesen; Deutschland liesse sich jetzt wesentlich leichter bekämpfen. In der Tat wäre es nach dem Sturz der



Diktatur der Öffentlichkeit schwerer zu vermitteln gewesen, mit einem demokratischen und friedensuchenden Land so rücksichtslos umzuspringen wie später geschehen.

In seiner Stauffenberg-Biographie schreibt Wolfgang Venohr: «Die neue Reichsregierung hätte aus den himmlischen Heerscharen Gottes gebildet werden können, die Alliierten hätten niemals von ihrem Ziel gelassen, Deutschland [...] für immer zu entmachten.»

Die Frage «Warum habt ihr den Tyrannen nicht gestürzt?» ist wahrscheinlich so alt wie die Menschheit. Als Chruschtschow auf dem 20. Parteitag Stalins Verbrechen anprangerte, riefen die Delegierten spontan: «Warum habt ihr Stalin nicht getötet?» Chruschtschow erwiderte: «Was konnten wir tun? Es war eine Terrorherrschaft.»⁽³⁾ (tk)

Quellen:

1. Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.50
2. Nawratil, S.53
3. Nawratil, S.70

1946: Marxist der Frankfurter Schule als Sektions- und Bürochef bei den Nürnberger Prozessen

Ossip Kurt Flechtheim bekämpfte als KPD-Mitglied ab 1927 nach Kräften die Weimarer Republik. 1935 wurde er als Mitglied der marxistischen Untergrundorganisation «Neu Beginnen» kurzzeitig verhaftet und emigrierte daraufhin mit Umweg über die Schweiz ab 1939 in die USA. Er arbeitete dort zunächst an Horkheimers Institut für Sozialforschung (IfS, siehe S.183 f.) an der Columbia Universität in New York. Dort lernte er u.a. Erich Fromm (siehe S.184) und Herbert Marcuse (siehe S.194 f.) kennen. Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs trat er als überzeugter Marxist ausgerechnet in die US-amerikanische Armee ein. 1946 kehrte er als Oberstleutnant für einige Monate als Sektions-

und Bürochef beim Amt des US-Hauptanklägers für Kriegsverbrechen in Berlin nach Deutschland zurück. Ab den 1950ern setzte er seine akademische Laufbahn in Deutschland bis in die 1980er fort. 1979 lehnte er die Annahme des Grossen Bundesverdienstkreuzes in einem Brief an Bundespräsident Walter Scheel mit der Begründung ab, dies hätten zu viele Nazis bekommen.

Fälle wie der von Flechtheim waren keine Seltenheit, womit sich die Frage stellt: Brachte die US-Armee wirklich den urtypischen amerikanischen «Way of Life» nach Deutschland oder nicht doch vielmehr einen als «Liberalismus» getarnten Neomarxismus? (tk)

Quelle: de.wikipedia.org, Ossip K. Flechtheim



Ossip Flechtheim: Marxist mit erfolgreicher Professorenkarriere in der BRD, ein massenhaftes Phänomen.



„Ihr habt euch wahrscheinlich gewundert, warum unsere Soldaten euch nicht beachten, wenn ihr ihnen zuwinkt oder auf der Strasse guten Morgen wünscht, und warum sie nicht mit euren Kindern spielen. Unsere Soldaten handeln auf Befehl [...] Sie haben in den Ländern, in die eure Führer den Krieg trugen, schreckliche Dinge geschaut. Für diese Dinge, meint ihr, seid ihr nicht verantwortlich, sondern eure Führer. Aber aus dem deutschen Volk sind diese Führer hervorgegangen. Dieses Volk ist für seine Führer verantwortlich.“

Der britische Oberbefehlshaber Bernard Montgomery in seiner Botschaft an die deutsche Bevölkerung vom 11. Juni 1945
Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.41

FAZIT

Warum traten so viele Marxisten in die US-Armee ein? Die Grundwerte Amerikas wie Individualismus und Marktwirtschaft lehnten sie ab. Unwahrscheinlich, dass sie diese verteidigen wollten. Ist es nicht wahrscheinlicher, dass sie das Ziel verfolgten, amerikanische Institutionen zu infiltrieren und marxistisch umzugestalten?



05. März 1946:

«Befreiungsgesetz» – Ein ganzes Volk wird angeklagt

Das «Gesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und **Militarismus**» vom 05.03.1946, abgekürzt «Befreiungsgesetz», war ein Gesetz des Länderrats des amerikanischen Besatzungsgebietes (und damit der US-Militärregierung), das alle Deutschen, die die «nationalsozialistische Gewaltherrschaft» aktiv unterstützt hatten, von der Einflussnahme auf das öffentliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben ausschloss und zur Wiedergutmachung verpflichtete. Im Laufe des Jahres 1946 wurde das Befreiungsgesetz auf alle Besatzungszonen übertragen. Wie der Name schon sagt, ging es den Alliierten nicht nur um die Beseitigung des «Nationalsozialismus», sondern auch des «**Militarismus**», der für sie den tieferen Ursprung des Nationalsozialismus darstellte.

Daraufhin wurden sogenannte «Spruchkammern» eingerichtet. Diese waren von den Alliierten geschaffene Gerichte zum Zweck der «Entnazifizierung». Jeder Deutsche über 18 Jahren hatte einen Meldebogen auszufüllen und bei dem für die zuständige Spruchkammer bestellten öffentlichen Kläger einzureichen. Im Meldebogen waren neben den persönlichen Angaben vor allem die Mitgliedschaft in der NSDAP und ihren Organisationen offenzulegen.

«Nürnberg des kleinen Mannes»

Nach einer Prüfung teilten die Spruchkammern die Angeklagten in fünf Hauptgruppen ein und ordneten einer jeden Gruppe entsprechende Sühnemassnahmen zu:

1. Hauptschuldige (Kriegsverbrecher)
2. Belastete (Aktivisten, Militaristen und Nutzniesser)
3. Minderbelastete (Bewährungsgruppe)
4. Mitläufer
5. Entlastete, die vom Gesetz nicht betroffen waren.



Ausfüllen von Fragebögen in der britischen Zone zur Entnazifizierung bei Hamburg (1945)



Die 1947 veröffentlichte Broschüre «Who was a Nazi?» des «Amtes der Militärregierung für Deutschland» (OMGUS) sollte den Deutschen dabei helfen, ehemalige Nationalsozialisten im eigenen Umkreis ausfindig zu machen, was zur Spaltung der Bevölkerung beitrug.

In den drei westlichen Besatzungszonen wurden zwar nur 0,7% in die beiden ersten Kategorien eingruppiert, doch dies bedeutete trotz des kleinen Anteils, dass hunderttausende Deutsche massiven Gefährdungen ihrer Existenz ausgesetzt wurden. Zu den Sühnemassnahmen gehörten Geldbussen, Amtsenthebungen, Berufsausschlüsse, Pensions- und Rentenverluste, Arbeitslager bis zu zehn Jahren, Enteignungen, Wahlrechtsentzüge bzw. -beschränkungen.

Im Volksmund galten die Spruchkammerverfahren als «Nürnberg des kleinen Manns». Für die normale deutsche Bevölkerung, die sowieso schon mit Kälte und Hunger zu kämpfen hatte, war die Teilnahme an der sogenannten «Entnazifizierung» eine weitere Tortur. Noch nie war ein gesamtes Volk nur ansatzweise mit derartigen kollektiven Strafmassnahmen konfrontiert worden.

Bald wurde allerdings erkannt, dass die Ziele des Befreiungsgesetzes allein durch Strafmassnahmen unmöglich umzusetzen waren. Man begann, nach anderen Wegen zu suchen... (lk)

Quellen:

de.wikipedia.org, Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus
de.wikipedia.org, Spruchkammerverfahren

FAZIT

Dass ein ganzes Volk mit derartigen kollektiven Strafmassnahmen konfrontiert wurde, war eine völkerrechtliche Unverschämtheit! Kriege waren zuvor legitime Mittel der Politik gewesen und internationale Verträge wie die Haager Landkriegsordnung sollten gewährleisten, dass die Zivilbevölkerung möglichst aussen vor blieb. Diese Regeln wurden von den Siegermächten während und nach dem Zweiten Weltkrieg mit Füßen getreten!

13. Mai 1946:

Die grösste Büchervernichtung aller Zeiten

Mantrahaft wird in Lehrmaterial, Büchern und Filmen besonderes Augenmerk auf die NS-Bücherverbrennungen gelegt, symbolhaft für die repressive Intoleranz des Nazi-Regimes. So wurde aus der Bücherverbrennung geradezu ein Synonym gemacht für eine totalitäre Herrschaft, die alternative Meinungen und Ideen unterdrückt.

Nur selten wird bei der Rückschau auf Nazi-Deutschland allerdings erwähnt, dass die Amerikaner sich desselben Verbrechens schuldig machten und – genau wie die Nazis – einen offenen Wettbewerb der Ideen nicht zulassen. Durch den vom Alliierten Kontrollrat erlassenen Kontrollratsbefehl Nr. 4, betreffend die «Einzziehung von Literatur und Werken nationalsozialistischen und militaristischen Charakters» vom 13. Mai 1946 wurde nicht nur die Aussonderung von NS-Literatur aus Bibliotheksbeständen und deren vollständige Auslieferung an die Alliierten Behörden befohlen, sondern auch von «militaristischer» Literatur. Ein vielleicht absichtlich gewählter sehr dehnbarer und zum Missbrauch einladender Begriff. Der Befehl lautete:

«In Anbetracht der Gefahr, die die nationalsozialistische Lehre darstellt, und um so schnell wie möglich die nationalsozialistischen, faschistischen, militaristischen und antidemokratischen Ideen auszumerzen, gleichviel in welcher

Form sie in Deutschland ihren Ausdruck gefunden haben, erlässt der Kontrollrat folgenden Befehl:

1. Innerhalb von zwei Monaten nach Veröffentlichung dieses Befehls haben alle Inhaber von Leihbüchereien, Buchhandlungen, Buchniederlagen und Verlagshäusern den Militärbefehlshabern oder sonstigen Vertretern der Alliierten Behörden folgendes auszuliefern:

a) Alle Bücher, Flugschriften, Zeitschriften, Zeitungssammlungen, Alben, Manuskripte, Urkunden, Landkarten, Pläne, Gesang- und Musikbücher, Filme und Lichtbilddarstellungen (Diapositive) – auch solche für Kinder jeglichen Alters –, welche nationalsozialistische Propaganda, Rassenlehre und Aufreizung zu Gewalttätigkeiten oder gegen die Vereinten Nationen gerichtete Propaganda enthalten; [...]

2. Innerhalb der gleichen Frist haben alle [Bildungseinrichtungen] die in Ziffer 1 aufgeführte nationalsozialistische und militärische Literatur zu entfernen [...] und den Vertretern der Militärkommandantur oder anderen Alliierten Behörden zu übergeben. [...]

5. Alle in diesem Befehl erwähnten Veröffentlichungen und Materialien sind den Zonen-Befehlshabern zwecks Vernichtung zur Verfügung zu stellen. [...]» (tk)

Quelle: de.wikipedia.org, Kontrollratsbefehl Nr. 4



Dieses Mahnmal in Göttingen zur Erinnerung an eine Bücherverbrennung der Nazis entbehrt angesichts des Verhaltens der «Befreier» nicht jeder Ironie. Wie «tolerant» und «demokratisch» konnten die Besatzer gewesen sein, wenn sie genau wie die Nazis Bücher vernichteten?



Nach dem Kontrollratsbefehl Nummer 4 wäre unsere Ausgabe 22, Thema: UNO, wohl als «gegen die Vereinten Nationen gerichtete Propaganda» vernichtet worden.

» «Freiheit bedeutet ihnen nichts, und sie bei anderen zu sehen, ist ihnen verhasst. Sobald sie erstarren, gehen sie auf Raub aus und leisten jedem, der sie dazu anführt, mit eiserner Disziplin Gehorsam.»

Winston Churchill in seiner Unterhausrede vom 21. September 1943 über die Deutschen

Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.41

FAZIT Eine offene Debatte wurde also nicht zugelassen und abweichende Gedanken mit Gewalt unterdrückt. Wollte man die Deutschen nicht von solchen Zuständen befreien? Ist es nicht zum Scheitern verurteilt, Zensur mit Zensur zu bekämpfen bzw. den Teufel mit dem Beelzebub austreiben zu wollen?



1946 bis 1947:

New-Deal-Juristen in Nürnberg



Ausgerechnet der amerikanische Hauptankläger Robert H. Jackson war der Inbegriff eines «New-Deal-Juristen».

War Sinn und Ziel des in London geschaffenen und in Nürnberg praktizierten Rechts (siehe S.128 ff.) eine Förderung der Interessen der New-Deal-Administration um Roosevelt (siehe S.185 ff.), obwohl diese gar nicht mehr im Amt war? Sowohl der amerikanische Richter in Nürnberg Francis Biddle wie der Hauptankläger Robert H. Jackson waren führende New-Deal-Juristen gewesen. Der Lebenslauf von Jackson ist das Muster einer New-Deal-Karriere. Nach seinem Karrierebeginn als Anwalt im Staat New York ging es für ihn mit Roosevelts Übernahme der Präsidentschaft in den Staatsdienst. Zunächst war er in der Rechtsabteilung von Morgenthau Finanzministerium tätig und danach im Justizministerium. Von dort setzte ihn Roosevelt als Justizminister ein, damit er die juristische Rechtfertigung der Interventionspolitik lieferte. Jackson war massgeblich an der Unterscheidung der Kriegsparteien als Angreifer und Angegriffene beteiligt. Später machte ihn Roosevelt zum Mitglied des Obersten Gerichtshofes. Allerdings führte die zunehmende Kritik in Amerika, dass ein Richter des Obersten Gerichtshofs sich in Deutschland an der fragwürdigen Siegerjustiz beteiligte, zu Jacksons Abberufung und Ersetzung durch den minder prominenten Telford Taylor.

Hätte man zumindest als Richter nicht Personen auswählen müssen, die möglichst neutral – also relativ weit weg von der US-Regierungspolitik – waren? (tk)

Quelle: Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S. 159

„Auch wenn alle Deutschen nach 1945 von ihrem Territorium vertrieben und über den ganzen Globus verstreut worden wären, dürften wir uns nicht beklagen.“

Erhard Lucas-Busemann, einst Professor für die Sozialgeschichte der Neuzeit an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S. 9

1946 bis 1948:

Militärregierung wechselt von harter zu sanfter Umerziehung



Der britische Kolonialbeamte Frederick Lugard trifft sich mit westafrikanischen Königen. Er entwickelte mit der Theorie der sogenannten «Indirect rule» («indirekte Herrschaft») die zentrale Theorie britischer Kolonialherrschaft des 20. Jahrhunderts. Bei der Machtausübung sollten örtliche und traditionelle Herrschaftsstrukturen einbezogen werden und die Kolonialherren möglichst selten in Erscheinung treten. Wurde Deutschland etwa auch einer «Indirect rule» unterworfen?



Die «Zook Kommission», die das deutsche Bildungssystem im Sinne der «Reeducation» reformieren sollte, bei ihrer Ankunft in Frankfurt.

Was auf dem Gebiet der deutschen Erziehung zu geschehen hatte, sollte von einer zehnköpfigen Erziehungskommission ermittelt werden, die im Sommer 1946 unter dem Erziehungswissenschaftler George F. Zook Deutschland bereiste. Die Kommission berichtete am 20. September 1946 an den stellvertretenden Oberbefehlshaber der US-amerikanischen Besatzungszone Lucius D. Clay,

«wie Deutschland am besten durch Erziehungsmassnahmen in den Kreis der demokratischen Nationen der Welt eingereiht werden könnte». Vor allem sei der sozialwissenschaftliche Unterricht als «wichtigste Änderung, die in allen deutschen Schulen notwendig ist», nach Inhalt und Form grundsätzlich umzugestalten. «Dann werden die Sozialwissenschaften (Geschichte, Geographie, Staats- und Heimatkunde)

vielleicht den Hauptbeitrag zur Entwicklung demokratischen Bürgersinns leisten», so die Kommission.

Nach dem Besuch der Erziehungskommission wurde die «Abteilung für Erziehung und kulturelle Beziehungen» des «Amts der Militärregierung für Deutschland» (Office of Military Government, United States, OMGUS) aktiv. An die Spitze der Erziehungsabteilung setzte man Herman B. Wells, den Präsidenten der Universität von Indiana, der in der Vergangenheit u.a. dadurch aufgefallen war, dass seine Universität grosszügige Gelder aus Roosevelts New-Deal-Kasse erhalten hatte.

Sein Nachfolger Alonzo G. Grace verkündete 1948 auf einer Konferenz in Berchtesgaden sein Umerziehungs-Programm:

Punkt 1: «Die wahre Reform des deutschen Volkes wird von innen kommen. Sie wird geistig und moralisch sein. [...]»

Punkt 8: **«Keine Besatzungsarmee hat oder wird je erfolgreich ein pädagogisches oder kulturelles Schema einem besiegten Volke auferlegen. Militärregierung wird als Militärregierung angesehen werden, ganz gleich, wie hoch die Motive derer sind, die ein besiegtes, erobertes und besetztes Deutschland 'umerziehen und neu orientieren' sollen. Er wird daher das Ziel der Militärregierung sein:**

a) Die privaten Organisationen, die zur Erreichung des gemeinsamen Zieles einen Beitrag zu leisten vermögen, in Kontakt mit dem deutschen Volk zu bringen.

b) Ein wirksames Deutschland-Programm der UNESCO zu unterstützen.

c) Als demokratisch bekannte Elemente in der deutschen Bevölkerung zu identifizieren und zu ermutigen.

d) Die Entwicklung oder Wiedererrichtung von Institutionen und Organisationen, die zur Erfüllung unserer Mission beitragen können, zu unterstützen.»

Die Erklärung von Berchtesgaden war nicht nur für die Entwicklung auf dem Erziehungssektor charakteristisch. Auch auf anderen Gebieten sahen die Amerikaner davon ab, den Deutschen direkt Reformen aufzuerlegen, und gingen dazu über, in die bestehende deutsche Gesellschaft Männer und Frauen, Institutionen und Ideen einzubauen, die die Ziele der Militärregierung verwirklichen würden, ohne dass der amerikanische Einfluss auf den ersten Blick erkennbar war. (tk)

Quelle:

Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.122-124

«Kein grösserer Schaden kann einer Nation zugefügt werden, als wenn man sie des Nationalcharakters, der Eigenheit ihres Geistes und ihrer Sprache beraubt.»

Johann Gottfried von Herder (†), deutscher Philosoph und Dichter



9. Dezember 1948:

UN-Völkermordkonvention wird erlassen

"Die Welt braucht kein weiteres Kind"

BERUF UND FAMILIE

Man muss wahnsinnig sein, heute ein Kind zu kriegen

Erwerbsbiographien im Vergleich

Auf so viel Rente müssen Sie verzichten, wenn Sie Kinder kriegen

LEBENSENTWÜRFE

Kinderlos glücklich

Vaterschaft

Braucht die Welt wirklich noch ein Kind von mir?

Presseüberschriften der letzten Jahre: Aufgrund zu starker Belastung wird es immer schwieriger für die Deutschen, Kinder in die Welt zu setzen.

Die «Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes» wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 09.12.1948 beschlossen. Sie trat am 12. Januar 1951 in Kraft und wurde bisher von von 153 Staaten ratifiziert (Stand: August 2023). In Artikel 2 der Konvention wurde der Begriff des Völkermordes erstmals völkervertraglich definiert. Dieser lautet:

«In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören: ▶



„«Arnold Gehlen hat in seinem Buch ‚Moral und Hypermoral‘ bereits 1969 darauf hingewiesen, ein Volk von seiner Geschichte abzuschneiden, das bedeutet Völkermord. Der Vorgang ist inzwischen weitergegangen. Nicht nur aus der Geschichte, aus dem geistigen und kulturellen Seinszusammenhang werden die Deutschen ebenso verdrängt wie aus dem biologischen. Der während und nach Beendigung der Kampfhandlungen im Zweiten Weltkrieg eingeleitete Genozid wurde nach einer knappen Unterbrechung, als die Deutschen für Hilfsdienste im Kalten Krieg notwendig waren, wieder aufgenommen und mit grossem Schwung weitergeführt. Zuerst Zerschlagung der geistigen und kulturellen Substanz, die biologische und physische folgte dem zwangsläufig. Das muss zur Kenntnis genommen werden. Die Deutschen haben während des Zweiten Weltkrieges keinen Vernichtungskrieg gegen andere geführt, sie haben um ihr Überleben, um ihr Sein gekämpft. Sie haben diesen Krieg schon gar nicht begonnen. Ideologien haben sie bekämpft, die ihnen gefährlich wurden. Dieses muss eingesehen werden, wie immer einer zu dem Regime von 1933 bis 1945 stehen mag. Erst von da aus sind Überlegungen, wie dem Genozid begegnet werden kann, sinnvoll und möglich. Die Deutschen müssen anfangen, sich die Gedankenfreiheit zu nehmen!»

Alfred Ardtelt, deutscher Politiker (CDU) und Funktionär des Bundes der Vertriebenen

Quelle: Alfred Ardtelt, in: Unterdrückung und Verfolgung deutscher Patrioten – Gesinnungsdiktatur in Deutschland?, 1997

- a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
- b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
- c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
- d) Verhängung von Massnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;

e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.»

Nur Paragraph a) des Artikels definiert «Völkermord» als eine direkte physische Tötung. Um den Straftatbestand des Völkermordes zu erfüllen, muss kein Mensch einer Gruppe (z.B. der Deutschen) ermordet werden. Verboten ist vielmehr die gezielte Dezimierung an sich – wodurch auch immer. Wenn sich

die deutsche Regierung heutzutage u.a. durch gezielte Propaganda gegen traditionelle Lebensmodelle, die Förderung staatlicher Kindererziehung, die extreme Steuerbelastung des Mittelstandes uvm. an Massnahmen beteiligt, die zu einer Auflösung des eigenen Volkes führen, erfüllt sie dann nicht schon den Tatbestand des Völkermordes? (tk)

Quelle: de.wikipedia.org, Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes

Mai 1949: Das «Institut für Zeitgeschichte» wird gegründet

Direkt nach Gründung der BRD wurde auf Anregung der Alliierten das «Deutsche Institut für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit» in München ins Leben gerufen. Seit 1952 ist es unter seinem heutigen Namen «Institut für Zeitgeschichte» bekannt. 1961 nahm das Institut die Rechtsform einer öffentlichen «Stiftung des bürgerlichen Rechts» an, die gegenwärtig von der Bundesrepublik Deutschland und sieben Bundesländern getragen wird. ⁽¹⁾

Beispielhaft für die Art der Geschichtsforschung des Instituts sei der Schweizer Historiker Walther Hofer ge-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin

nannt, ab 1950 Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin für Neuere Geschichte. Sogar der Spiegel urteilte 1962 über ihn:

«Hofer veröffentlichte 1954 im Auftrag des Münchner Instituts für Zeitgeschichte sein Buch ‚Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges‘ und entwarf damit gleichsam ein für Bundesrepublikaner

verbindliches Geschichtsbild. [...] ‚Der Krieg von 1939‘, entschied der Schweizer, ‚ist ... lange geplant, genau vorbereitet und schliesslich bewusst ausgelöst worden, vom Führer des Dritten Reiches, in sozusagen alleiniger Verantwortung, allerdings mit diplomatischer Unterstützung der sowjetrussischen Regierung.‘

Hofer belastete seinen Forschungsdrang freilich mit einem derart zähflüssigen Moralismus, dass für eine nuanciertere Betrachtungsweise kaum Platz blieb. Er fordert auch, gegenüber der braunen Ära dürfe es keine objektive Geschichtsforschung geben; der Historiker ‚würde nur zur Verfälschung der geschichtlichen Wahrheit beitragen, wenn er glaubte, mit herkömmlichen methodischen Mitteln gewissen Phänomenen unseres pathologischen Zeitalters beizukommen‘.

„«Wegen der Nazizeit und des Zweiten Weltkriegs wird Deutschland für lange Zeit in der Pflicht stehen – für das ganze 21. Jahrhundert, vielleicht sogar noch für das 22. Jahrhundert.»

Helmut Schmidt, deutscher Bundeskanzler 1974-1982

Quelle: handelsblatt.com, Interview mit Helmut Schmidt, 07.12.2010



Folgerichtig scheute sich Hofer nicht, Hitler als Dämon des ‚pathologischen Zeitalters‘ bestehen, ‚das undurchdringliche Dunkel der kranken Seele des deutschen Diktators‘ unerforscht zu lassen und die aussenpolitischen Taten des Dritten Reiches als rational nicht erklärbare Ausgeburten politischen Wahns zu deuten.

Wer aber als Historiker Hitler so dämonisiert, hat kaum einen Blick für andere kriegsfördernde Faktoren, die zwar keineswegs die Kriegsschuld Hitlers verringern, jedoch ebenso zur Krisensituation von 1939 gehören wie das Zusammenspiel von Hitler und Stalin im Schatten des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes.»⁽²⁾ (tk)



U.a. veröffentlichte das Institut für Zeitgeschichte 2016 eine kommentierte Neuauflage von Hitlers «Mein Kampf». Es wurde nicht gewagt, das lange verbotene Buch einfach ohne einen Kommentar zu veröffentlichen, denn das unassistierte selbständige Nachdenken über die deutsche Vergangenheit wird von den führenden Vertretern der BRD-«Historiker»-Zunft ungern gesehen.

FAZIT

Erinnert das nicht mehr an Religion als an Forschung? Die Deutschen werden zu Monstern mythologisiert, die Geschichte des Zweiten Weltkriegs darf nicht mit den anerkannten wissenschaftlichen Methoden untersucht werden. Viele Deutsche wussten, dass objektive Wissenschaft nach westlicher Tradition, die der wertfreien Erforschung der Realität dient, im Kommunismus als «bürgerliche Abweichung» bekämpft wurde. Jetzt bekamen sie diese Praxis – zumindest in bestimmten Bereichen – am eigenen Leib zu spüren.

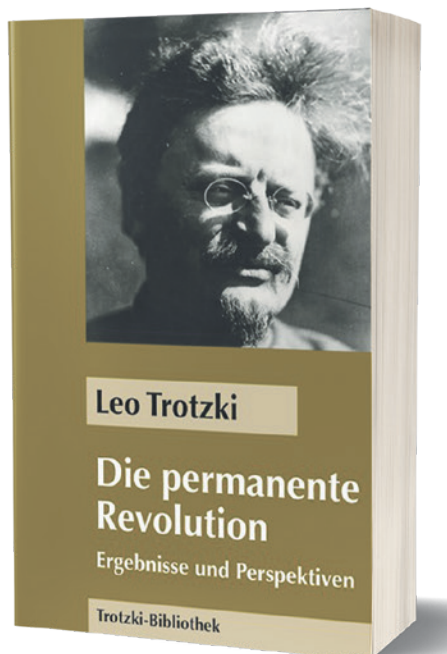
Quellen: 1. de.wikipedia.org, Institut für Zeitgeschichte; 2. spiegel.de, Zwei Schnipser – und Polen war verloren, 13.06.1962

26. Juni 1950:

Der «Kongress für kulturelle Freiheit» wird gegründet – Tarnt sich Marxismus als Antikommunismus?

In den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts, der «Roten Dekade», wie der US-Journalist Eugene Lyons diesen Zeitraum bezeichnete, als in New York der Marxismus wie wohl nirgendwo anders auf der Welt im Vormarsch war, entstand in der Cafeteria des New York City College eine neue Gruppe politisierender Studenten. Hier führten Dutzende Stalingegner und Trotzisten nicht enden wollende Streitgespräche. Irving Kristol, von den 70er-Jahren an der einflussreiche «Pate» der Neokonservativen (siehe S.226 f.), erinnert sich: «Wir studierten in den 30er-Jahren Radikalismus. Es war ein grossartiges Training, was Polemik und messerscharfe politische Analyse angeht. Trotzist zu sein, war ein intellektueller Höhepunkt. Ich lernte eine Menge.»

Die New Yorker Trotzisten begnügten sich jedoch nicht mit der virtuellen Beherrschung politischer Streitgespräche. Sie zogen aus, um bei der Schaffung einer neuen Menschheit Hand anzulegen. Leo Trotzki war ihr Prophet. Er zürnte vom mexikanischen Exil aus dem sowjetrussischen Diktator Stalin, der sich mit dem «Sozialismus in einem Lande» zufriedengebe, statt die Revolution unverzüglich über die Landesgrenzen hinauszutragen. Wenn jedoch, prophezeite er,



Trotzkis Schrift «Die permanente Revolution», verfasst 1930

an irgendeinem Punkt des Globus erneut eine Revolution ausbreche, werde auch das von Stalin betrogene russische Proletariat, die Vorhut der Weltrevolution, wiedererwachen und die «permanente Revolution» zu seiner Sache machen.

Was ist die «permanente Revolution»?

Zwar waren sich Stalin und Trotzki über das Endziel der kommunistischen Strategie einig, nämlich eine sozialistische Weltregierung zu errichten, umstritten war jedoch die Art und Weise, wie dieses Ziel zu erreichen sei: Während Stalin zunächst die Errichtung des «Sozialismus in einem Land» anstrebte, plädierte Trotzki für das Konzept der «permanenten Revolution im Weltmassstab». Dieses Konzept sah die Unterwanderung der traditionellen und marktwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung in allen Staaten der Welt vor, bevor die Staaten in den Weltkommunismus überführt werden könnten.

Um dieses Ziel zu erreichen, sollten sich die Anhänger Trotzki des sogenannten «Entrismus» bedienen. Wikipedia sagt zu dem Begriff: «Entrismus ist eine von verschiedenen kommunistischen, vor allem von trotzkistischen Organisationen angewandte Taktik des gezielten (mitunter heimlichen) Eindringens in Organisationen, v.a. in Parteien der Arbeiterbewegung, seltener anderer sozialer Bewegungen. Ziel kann dabei sein, von innen heraus Einfluss auf politische ▶



► Entscheidungen zu nehmen, die eigene Ideologie zu verbreiten, Mitglieder zu gewinnen, den Kurs der Organisation zu verändern oder auch in Zeiten der Marginalisierung beziehungsweise des Verbots revolutionärer Organisationen nicht vollständig vom politischen Geschehen isoliert zu sein (‚Überwinterungs-Entrismus‘) oder eine legale politische Arbeitsmöglichkeit zu haben.»⁽¹⁾

Das heisst, Trotzlisten wollen bestehende Organisationen unterwandern und sie für die eigenen Zwecke vereinnahmen. Sie legen besonders grossen Wert auf eine gute rhetorische Ausbildung und ein dominantes Auftreten, mit dem sie sich schnell in Schlüsselstellungen bei der zu infiltrierenden Organisation manövrieren.

«New Yorker Intellektuelle»

Zurück nach New York: Eine Wiege der Trotzlisten war die Zeitschrift «Partisan Review», die, bis es zu vermeintlichen Meinungsverschiedenheiten kam, anfangs von der Kommunistischen Partei der USA (KPUSA) finanziert worden war. Nach der Entzweiung mit der Partei fand «Partisan Review» einen privaten Mäzen und konnte 1937 wieder erscheinen. Der Historiker Nathan Liebowitz bezeichnet die Gruppe rund um diese Zeitung in seinem Buch «Daniel Bell and the Agony of Modern Liberalism» als «New York Intellectuals» («New Yorker Intellektuelle»). Zu ihnen zählt er: Elliot Cohen, Sidney Hook, Philip Rahv, Lionel Trilling, Diana Trilling, William Phillips, Meyer Shapiro, Hannah Arendt, Max Eastman, Reinhold Niebuhr, Dwight Macdonald, James T. Farrell, Alfred Kazin, Richard Hofstadter, Saul Bellow, Mary McCarthy, Arthur M. Schlesinger jr., James Baldwin, Daniel Bell, Irving Kristol, Melvin J. Lasky, Seymour M. Lipset, C. Wright Mills, Norman Podhoretz, Susan Sontag, Norman Mailer, Philip Roth, Michael Harrington, Edward Shils, James Agee.⁽²⁾

Der «New York Intellectual» Norman Podhoretz beschreibt in seiner Autobiografie, wie er ratlos den Kopf geschüttelt habe, als eine Lehrerin ihm Manieren beibringen wollte. Für ihn war, laut eigener Aussage, der einzige Ausweg, um sich nicht um befremdliche Dinge wie Manieren kümmern zu müssen, ein Intellektueller zu werden. Intellektuelle besäßen nämlich das Pri-

“«Die weisse Rasse ist der Krebs der menschlichen Geschichte.»

Susan Sontag, amerikanisch-jüdische Schriftstellerin, Teil der «New Yorker Intellektuellen», die entscheidend an der «Reeducation» der Deutschen mitwirkten



Foto: Juan Fernando Bastos
(https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Susan_Sontag_by_Juan_Bastos.JPG) <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.en>

vileg, sich den amerikanischen Gepflogenheiten weniger anpassen zu müssen als mancher andere. Nicht ganz zufällig waren Intellektuelle in der New-Deal-Ära (siehe S.185 ff.) erstmals zu einer in Amerika beachteten Schicht geworden. Zahlreiche neu geschaffene Positionen im Sozialbereich, dem Bildungswesen und den Public Relations warteten auf sie, ihr Selbstbewusstsein wuchs entsprechend.

James Burnham

An der Schaltstelle zwischen den New Yorker Trotzlisten und ehemaligen OSS-Angehörigen, die den raschen Aufbau der neuen, gigantischen Geheimdienstorganisation CIA betrieben, stand ein Philosophieprofessor der New York University, dessen Fachgebiet Ästhetik war. James Burnham gehörte dem Beirat der trotzkistischen Zeitung «Partisan Review» an. Nach zwanzig Jahren akademischer Lehre kehrte er der Universität den Rücken, um sich dem «Office of Policy Coordination» (OPC) anzuschliessen, das – vom Planungsstab des amerikanischen Aussenministeriums ins Leben gerufen – bald darauf im CIA aufging. Eine Direktive des Nationalen Sicherheitsrats wies dem OPC so interessante Politikfelder zu wie Propaganda, Wirtschaftskrieg und subversives Vorgehen gegen feindliche Staaten. Die Verantwortung der amerikanischen Regierung für derlei Tätigkeiten

sollte strikt geheim bleiben und gegebenenfalls abgestritten werden. Burnham war für seine neue Aufgabe hochqualifiziert, hatte er doch in den drei Büchern «The Struggle for the World» (1947), «The Coming Defeat of Communism» (1950) und «Containment or Liberation» (1953) die strategischen Grundlagen des gegen die Sowjetunion zu führenden politischen Krieges entworfen, innerhalb dessen die einzelnen Aktionen des OPC erst ihren Sinn bekamen.

Die «Vierte Internationale»

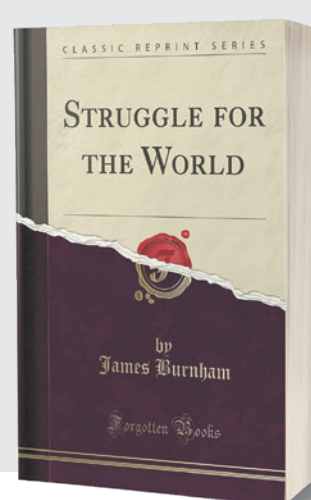
James Burnham wurde in den 1930er Jahren Mitglied der trotzkistischen, anti-stalinistischen «Socialist Workers Party». Bald erreichte er eine führende Stelle als Berater Troztkis und Herausgeber der «New International», des theoretischen Organs der «Vierten Internationale».

Die «Vierte Internationale» wurde 1938 gegründet, nachdem Stalin die Kommunistische Internationale (Komintern, auch als «Dritte Internationale» bezeichnet, internationaler Zusammenschluss kommunistischer Parteien) übernommen hatte und sich von den Zielen des Weltkommunismus entfernte. Während des Zweiten Weltkrieges löste Stalin 1943 die «Dritte Internationale» als Zugeständnis an seine westlichen Alliierten endgültig auf. Er wollte den Kommunismus nationalen Zielen unterwerfen und verfolgte



Die «Partisan Review» – anfangs von der Kommunistischen Partei der USA (KPUSA) finanziert – war das Zeitungsmedium, in dem sich die wichtigsten New Yorker Trotzlisten sammelten.

Der Trotzlist James Burnham verfasste Grundlagenwerke über den Kalten Krieg und erhielt 1983 von US-Präsident Ronald Reagan die Freiheitsmedaille (Presidential Medal of Freedom), die höchste Auszeichnung, die ein US-Präsident zu vergeben hat.





Symbol der «Vierten Internationale», deren Ziel die Fortsetzung von Trotzki's «permanenter Revolution im Weltmassstab» war.

nach seiner Machtübernahme die Trotzkiisten, die einen internationalen Kommunismus forderten. Trotzki hatte die Sowjetunion 1928 Richtung Mexiko verlassen und wetterte aus dem Exil gegen Stalins Verbrecherregime.⁽³⁾

Burnham eröffnet den «Dritten Weltkrieg»

Burnhams Bruch mit Trotzki erfolgte 1939, als dieser den sowjetischen Einmarsch in Ostpolen und anschliessend andere Teile des ehemaligen Zarenreiches begrüßte, was Burnham davon überzeugte, dass der Weltrevolutionär ein verkappter russischer Nationalist sei. Auch waren die Auffassung Trotzki's, dass die Sowjetunion trotz allem ein Arbeiterstaat geblieben war, und die Burnhams, dass es sich um einen Funktionärs- und Bürokratenstaat handle, unvereinbar. Nach Burnhams Bruch mit Trotzki verfasste er 1947 mit «The Struggle for the World» das erste seiner strategischen Bücher auf der Grundlage eines 1944 für das Office of Strategic Services (OSS) verfassten Memorandums über die politischen und strategischen Ziele der Sowjetunion.

«The Struggle for the World» begann mit dem lapidaren Satz: «Der Dritte Weltkrieg begann im April 1944.» Neun Monate vor der Konferenz von Jalta hatten unter britischem Befehl stehende griechische

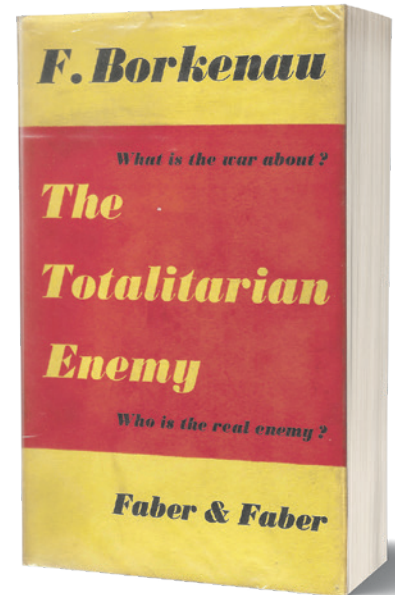
Matrosen und Soldaten im ägyptischen Hafen Alexandria gemeutert. Burnham deutete die schnell niedergeschlagene Meuterei als Signal, dass die Welt von nun an zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten geteilt sei. Im Augenblick, wo die Sowjetunion über Atomwaffen verfügen werde, beginne ein Endkampf zwischen den beiden Weltmächten, in dem der Sieger zur «einzigen Weltmacht» aufsteigen werde. Die USA sollten in den «Dritten Weltkrieg» mit einer weltweiten Propagandaoffensive eintreten. Ziel des Krieges zwischen der «Freiheit» und der «totalitären Sklaverei» dürfe nicht der Frieden sein, sondern nur der Sieg. Obsolete Vorstellungen, wie die von dem «gleichen Recht der Nationen» und dem Verbot der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, müssten fallen. Die USA solle bereit sein, ihre Interessen mit Gewalt durchzusetzen.

Die Amerikaner – von Burnham nur als das kleinere Übel im Vergleich zum «totalitären» Kommunismus angesehen – müssten die Sowjetunion bekämpfen. Das nichtkommunistische Europa solle zu einer Union zusammengeschlossen werden, der Basis eines westlichen Weltstaates, während die USA als periphere, «halbbarbarische» Macht von aussen ihr Gewicht in die Waagschale werfe. Nach Gelingen des westlichen Zusammenschlusses folge der Schlag gegen die Sowjetunion mit dem Ziel einer «demokratischen Weltordnung».⁽⁴⁾

Der neue Feind «Totalitarismus»

Von den Trotzkiisten aus New York wurde ein politischer Kampfbegriff eingeführt, der nach dem Zweiten Weltkrieg im «Kalten Krieg» dominierend werden sollte: «Antitotalitarismus». Das Wort «totalitär» war schon bald nach dem

«Marsch auf Rom» als eine Kennzeichnung des italienischen Faschismus verwendet worden, negativ durch den Sozialisten Giovanni Amendola, positiv durch Benito Mussolini («stato totalitario»).



«Antitotalitarismus» als Schlagwort des Kalten Kriegs wurde bereits 1939 von dem Marxisten Franz Borkenau eingeführt.

1939 erschien Franz Borkenaus «The Totalitarian Enemy» («Der totalitäre Feind»). Darin wurden der Kommunismus als «roter Faschismus» und der Nationalsozialismus als «brauner Bolschewismus» zum Feind erklärt. Franz Borkenau war ab 1924 Mitarbeiter der in der sowjetischen Botschaft in Berlin untergebrachten Forschungsabteilung der Komintern gewesen, sowie – unter einem Tarnnamen – Reichsführer der kommunistischen Studenten. Nach seinem Bruch mit der Komintern und dem Stalinismus ging er 1933 via Frankfurter «Institut für Sozialforschung» (IfS, siehe S.183 f.) in die westliche Emigration. «Antitotalitarismus» setzte sich als Schlagwort eines Netzwerkes Gleichgesinnter durch, das sich vor allem aus New Yorker Marxisten, europäischen Exkommunisten und einigen Sozialwissenschaftlern zusammensetzte.

Melvin Lasky

In der vom sowjetischen Besatzungsgebiet eingeschlossenen Viermächtestadt Berlin, der vordersten Front des ausbrechenden politischen Krieges, hatte sich der 27jährige New Yorker Melvin Lasky postiert. Nach dem Abschluss am New York City College (Heimstätte der Trotzkiisten) und einem Master in ▶



Günter Grass, Wolfgang Thierse und Melvin Lasky, Akademie der Künste, Berlin, Januar 1992



► Geschichte trat Lasky als Literaturredakteur bei «New Leader» ein – genau wie die «Partisan Review» eine marxistische, jedoch antistalinistische Zeitung. Der Krieg führte Lasky ab 1944 als Armeehistoriker nach Frankreich und Deutschland, wo er als Captain aus der Armee ausschied. Er blieb in Berlin als Korrespondent der «Partisan Review» (siehe S.220) und des «New Leader».

Im Dezember 1947 flatterte den amerikanischen Militärbürokraten ein als «Melvin-Lasky-Vorschlag» betiteltes Papier auf die Schreibtische. In ihm war zu lesen, dass der politische Krieg mit der Sowjetunion in vollem Gange sei. Den Vereinigten Staaten bliebe keine Wahl, sie müssten ihrerseits den Kampf aufnehmen. Dabei dürften sie nicht übersehen, dass der politische Krieg in erster Linie an der kulturellen Front geführt werde. Man müsse davon ausgehen, dass es die deutschen Bildungsschichten seien, die früher oder später die moralische und politische Führung im besiegten Land übernehmen würden. Sie zu beeinflussen und auf den richtigen Weg zu bringen, sei zuvorderst die Aufgabe einer zu gründenden Zeitschrift, die «das deutsch-europäische Gedankengut auf konstruktive Weise in die richtige Richtung lenken» und dem Deutschen zeigen werde, «dass die offiziellen Repräsentanten der amerikanischen Demokratie aus einer grossartigen und fortschrittlichen Kultur voller ruhmreicher Errungenschaften auf dem Gebiet der Künste, der Literatur und Philosophie stammten».

«Der Mann, der den Kalten Krieg begonnen hat»

Lasky war seit seinem spektakulären Auftritt auf dem «Ersten Gesamtdeutschen Schriftstellerkongress» bekannt und umstritten. Im Oktober 1947 war dieser Kongress im Ostsektor Berlins vom sowjetischen «Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands» einberufen worden. Er sollte alle deutschen Schriftsteller zusammenfassen, ausser denen, die sich irgendwann positiv zum Dritten Reich geäussert hatten und hinfort einem Berufsverbot unterliegen sollten. Da das russische Programm der «demokratischen Erneuerung» sich vom amerikanischen der «Umerziehung der Deutschen» wenig unterschied, erfreute sich der Kulturbund zunächst



Melvin Lasky, Schlüsselfigur des Kalten Krieges, ebenfalls ein Trotzki

auch der Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte.

Lasky redete nicht der unpolitischen Literatur das Wort, sondern forderte, dass die Schriftsteller zwar politisch engagiert, aber nicht Werkzeuge der Regierenden sein dürften. Er wandte sich an die stattliche Schar der sowjetischen Gäste: «Denken Sie daran, was es für die russischen Schriftsteller bedeuten muss, dauernd in Sorge zu sein, ob die neue Parteidoktrin des realen Sozialismus oder Formalismus oder Objektivismus oder was auch immer es sei, nicht bereits überholt ist und sie bereits über Nacht schon als ‚dekadente konterrevolutionäre Werkzeuge der Reaktion‘ abgestempelt sind.» Die russischen Gäste fuhren in die Luft und zogen aus dem Saal. Mit einer einzigen Rede hatte Lasky die deutschen Schriftsteller in östliche und westliche auseinandergesprengt. Am Schluss des Kongresses wurde der sowjetische «Kulturbund» im amerikanischen und britischen Sektor verboten. Diese Rede soll den SED-Spitzenpolitiker Walter Ulbricht später dazu veranlasst haben, über Lasky zu sagen: «Das ist der Mann, der den Kalten Krieg begonnen hat.»



Laskys «Der Monat» verband die Umerziehung der Deutschen mit einer Ablehnung des real existierenden Kommunismus in der Sowjetunion.

War es wirklich nur Zufall, dass Laskys Rede der offiziellen amerikanischen Politik nicht lange vorgriff? Nur drei Wochen später, am 28. Oktober 1947, kündigte US-General Lucius D. Clay auf einer Pressekonferenz eine «Operation Talk Back» an, die der sowjetischen Propaganda vor der deutschen Öffentlichkeit wirksam entgegentreten sollte. Von der Kriegsallianz der Vereinten Nationen, die sich im Viermächtekontrollrat widerspiegelte, ging die amerikanische Aussenpolitik zum «Containment», der Eindämmung der Sowjetunion, über.

«Der Monat»

Als der Viermächtekontrollrat auseinanderlief, die Berliner Blockade einsetzte, getrennte Währungen eingeführt und Ende Juli 1948 eine Luftbrücke zur Versorgung der auf dem Land- und Flussweg abgeschnittenen Stadt eröffnet wurde, gründete Lasky seine eigene Zeitschrift. Im Oktober 1948 wurde die erste Nummer des «Monat» ausgeliefert – laut Impressum offen im amerikanischen Auftrag von der «Information Control Division» (siehe S.199 f.) herausgegeben. Der Untertitel «Internationale Zeitschrift» zeigte, dass der «Monat» im Sinne der trotzkistischen «New York Intellectuals» ein Organ des «Internationalismus» war, das als Modell für ähnliche Publikationen in anderen Ländern diente, die überall entstanden, ausser in den USA, wo die Zeitschriften der New Yorker Marxisten (Partisan Review, New Leader, Commentary) den Platz besetzt hatten, die ihrerseits dem «Monat» als Modell dienten.

Im Register der ersten 150 Nummern, also denen der Ära Lasky, findet sich eine Überfülle an Autoren, die fast an Willi Münzenberg erinnerte, der im Auftrag der Komintern eine Volksfront der Intellektuellen zu mobilisieren verstanden hatte. Unter ihnen: Theodor W. Adorno, Albert Camus, Ernest Hemingway, Aldous Huxley, Karl Jaspers, Franz Kafka, Arthur Koestler, Thomas Mann, George Orwell, George Bernard Shaw (das vielleicht aktivste Mitglied der sozialistischen «Fabian Society» aus London).⁽⁵⁾

Die Interessen der amerikanischen Aussenpolitiker und die der New Yorker Marxisten liefen im «Monat» zusammen.

Der Aussenminister Dean Acheson erklärte, dass er die offen kosmopolitische Linie des «Monat» begrüsse, weil sie in der Lage sei, die traditionelle deutsche Denkweise aufzulösen.



Der «Kongress für kulturelle Freiheit» tagt vor 15.000 Zuschauern in Berlin.

Während die «reeducation» mit «shock and awe»-Methoden («Schrecken und Furcht»), wie dem Film «Die Todesmühlen» (siehe S.199) oder der «Beweisaufnahme» bei den Nürnberger Prozessen, Schuldgefühle auslösen und zur «Läuterung» führen sollte, verschwand «shock and awe» immer mehr aus der Öffentlichkeit. Von den 47 Artikeln der 150 Nummern des «Monat», die den Zweiten Weltkrieg behandelten, sind 13 dem Widerstand gewidmet, nur zwei der Shoah, nicht mehr als dem Thema Katyn und dem Hitler-Stalin-Pakt. Die Vergangenheit, die den «Monat» interessierte, war der angebliche ideengeschichtliche «Sonderweg» der Deutschen seit Beginn

des 19. Jahrhunderts, wobei das Schema der amerikanischen Erster-Weltkrieg-Literatur entnommen war, die sich noch vor dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten gegen die deutschen «Ideen von 1914» gerichtet hatte.

Der Kongress

In der letzten Juniwoche 1950, in der Truman sich zur vollen Intervention in Korea entschloss, tagte in Berlin der «Kongress für kulturelle Freiheit». Dieser Kongress hatte seine Wurzeln ebenso in den marxistischen Kreisen New Yorks wie Roosevelts New-Deal-Kabinetts. Im Frühjahr 1939 war unter Beteiligung führender Philosophen wie John Dewey und

Sidney Hook in den USA ein «Komitee für Kulturelle Freiheit» gegründet worden, das feststellte, dass die «totalitäre Idee» bereits in Deutschland, Italien, Russland, Japan und Italien inthronisiert sei, die intellektuelle und kreative Unabhängigkeit unterdrücke und Kunst, Wissenschaft und Erziehung zu Lakaien der Staatsphilosophien mache. Unter dem Aufruf des Komitees wurden 150 Unterschriften gesammelt. Prompt kam ein Gegenaufruf von 400 pro-stalinistischen Intellektuellen, die gegen die «phantastische Lüge, dass die UdSSR und die totalitären Staaten im Grunde gleich seien» schärfstens protestierten. Der vermeintliche Konflikt im marxistischen Lager wurde z.B. dadurch deutlich, dass unter dem ersten Aufruf des «Komitees für Kulturelle Freiheit» der Name Thomas Manns, unter dem zweiten der seines Sohnes Klaus Mann stand.

Der Ost-Westkonflikt machte aus den einstigen trotzkistischen Aussenseitern wichtige Verbündete der US-Regierung. 1949 wurden unter der Leitung des New Yorker Marxisten Sidney Hook die Anti-totalitären von 1939 neu gesammelt. Nach dem «Kongress der Intellektuellen für den Frieden» in Wrocław-Breslau (August 1948) und dem «Weltfriedenskongress» in Paris (April 1949), sollte der «Kongress für Kulturelle Freiheit» in Berlin 1950 zeigen, dass es auch antisowjetische Intellektuelle gab. James Burnham war einer der Mitverfasser des Manifests des Kongresses, während Melvin Lasky zum inoffiziellen Hauptorganisator des Kongresses gemacht wurde.

Die bedeutendsten Köpfe der europäischen Intelligenz waren vertreten: U.a. Hannah Arendt, Albert Camus, Francois Bondy, Ignazio Silone, Raymond Aron, Eugen Kogon, Margarete Buber-Neumann, Manès Sperber, Czeslaw Milosz, Edgar Morin oder Francois Furet waren bei der Gründungstagung des Kongresses in Berlin anwesend.

Finanzierung durch die CIA

Laskys väterlicher Freund Michael Josselson leitete zuerst als Verbindungsmann der CIA den «Kongress für kulturelle Freiheit». Er war zuvor in der Militärregierung für die Entnazifizierung der Musik zuständig gewesen. Der entscheidende Verbindungsmann für Josselson wiederum war der CIA-Agent Thomas Braden, den der WDR in seinem 1999 erschienenen Dokumentarfilm «Germa- ▶



Der New Yorker Marxist Sidney Hook spricht bei der Eröffnung des «Kongresses für kulturelle Freiheit», laut dem WDR «das neue Forum der demokratischen, nicht-kommunistischen Linken in Deutschland und in Europa».



► ny – Made in USA: Wie US-Agenten Nachkriegsdeutschland steuerten»⁽⁶⁾ von 1999 als «heimlichen Paten der Bundesrepublik Deutschland» bezeichnete.

Der WDR weiss über Bradens Arbeitgeber zu berichten: «In Washington wird die psychologische Kriegsführung des Kalten Krieges koordiniert. Das innerhalb der CIA zuständige ‚Office of Policy [Coordination]‘ ist dafür mit 100 Millionen Dollar ausgestattet.» Sowohl auf die Frage, ob er Melvin Lasky persönlich gekannt, als auch, ob er Geld von der CIA bekommen hatte, antwortete Thomas Braden dem Reporter mit «Ja». Für Braden war der Kongress «eine einflussreiche Kraft, um den Kalten Krieg zu gewinnen». Laut dem WDR war der Kongress für kulturelle Freiheit «das neue Forum der demokratischen, nicht-kommunistischen Linken in Deutschland und in Europa».

Geldverteiler Braden

Doch Laskys Kongress war beileibe nicht die einzige Organisation, die von CIA-Agent Braden bezuschusst wurde. In der WDR-Dokumentation gibt er offenerherzig zu: «Ich weiss, dass Willy Brandt Geld von der CIA erhalten hat. Und überhaupt war es so: Benötigte irgendein deutscher Politiker mit demokratischen Absichten Hilfe und Unterstützung gegen die Kommunisten, hätte ihm die CIA geholfen.» Erst nach Willy Brandts Tod stellte sich in Deutschland heraus, dass er bereits während des Zweiten Weltkriegs Informant des russischen Geheimdienstes gewesen war. Dass gerade er als demokratischer US-Verbündeter ausgesucht wurde, lässt sich möglicherweise mit der trotzkistischen Wandlung des Kommunismus im Westen erklären.



Germany made in USA

52.466 Aufrufe • 23.10.2011

Die inzwischen 20 Jahre alte WDR-Dokumentation «Germany – Made in USA» ist auf Youtube noch verfügbar. Allerdings findet in ihr keinerlei Verknüpfung von Kaltem Krieg und Trotzkismus statt. Ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis bestimmter Aspekte der Umerziehung.

Der WDR berichtete auch über die verdeckte Finanzierung deutscher Gewerkschaften durch die CIA Ende der 40er, Anfang der 50er-Jahre: «Die amerikanische Deutschlandpolitik wird umfassend über die US-Gewerkschaftsverbände AFL und CIO abgewickelt. Dahinter stecken der Geheimdienst CIA und Tom Braden. Schritt 1: Kontrolle über die deutsche Arbeiterschaft, die nach Kriegsende zu 40% gewerkschaftlich organisiert ist – mit einem hohen Anteil Kommunisten.» Auf die Frage «In welchem Ausmass wurde die amerikanische Arbeiterbewegung von der CIA benutzt, um Einfluss auf die deutschen Gewerkschaften zu nehmen?» antwortete Braden: «In ganz grossem Stil. Wir nutzten sie voll und ganz, so weit wir es nur ermöglichen konnten. Die Arbeiterbewegung hatte unter Jay Lovestone und Irving Brown ein internationales Komitee für freie Gewerkschaften gegründet. Sie pumpten viel Privatkapital aus Spenden rein und Geld aus den Mitgliederbeiträgen, um in Westeuropa den Aufbau freier, unabhängiger Gewerkschaften zu fördern. Das war der Anfang des Einflusses der amerikanischen Arbeiterbe-

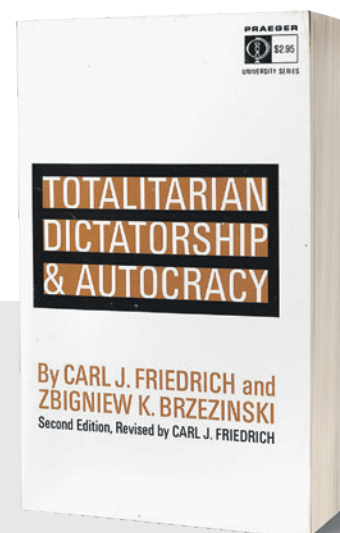
wegung in Europa. Und wir, die CIA, wir nutzten diese Komitees, die sie errichtet hatten, um unseren Einfluss auszubauen und den Aufbau freier Gewerkschaften voranzutreiben, und dafür stellten wir reichlich mehr Geld zur Verfügung.»

Ex(?)–Kommunist «Superaгент der CIA»

«Dieser unglaublich klingende Geheimbund zwischen CIA und Gewerkschaft hängt an dem ebenso spektakulären Jay Lovestone. Der Sohn des polnischen Rabbi Liebstein macht Karriere: in den 20er-Jahren zunächst als Chef der kommunistischen Partei Amerikas und ab Ende der 40er-Jahre als ihr erbitterter Feind. Jay Lovestone: Kommunist, Antikommunist, Gewerkschafter und zugleich Super-Agent der CIA. Der Topverbindungsman zu Deutschland. [...] Ein Blick in das Nationalarchiv der USA beweist: Jay Lovestone hat in den 50er-Jah-



Jay Lovestone: Ein weiterer New Yorker Marxist, der urplötzlich eine Kehrtwendung zum Antikommunisten machte und begann, für die CIA zu arbeiten.



Das Buch «Totalitarian Dictatorships and Autocracy» («Totalitäre Diktaturen und Autokratie») des Politikwissenschaftlers Carl Friedrich. Co-Autor war der spätere US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski. Ein weiteres Standardwerk des Kalten Krieges.

ren enge persönliche Kontakte zu den Spitzen der deutschen Gewerkschaften, die sich gerade neu formieren», führt der WDR fort.

Tom Braden war die verantwortliche Führungsperson für den «Superagenten» Jay Lovestone, den der WDR als «eine der Schlüsselfiguren des Kalten Krieges» betitelt. Braden über Lovestone: «Er war vorher ein Kommunist. Ja, er war sogar der Chef der Kommunistischen Partei Amerikas. Aber in seinen reiferen und späteren Jahren machte er eine Kehrtwendung. Er verabscheute, er hasste die Kommunisten in einem Mass, dass er an nichts anderes mehr dachte.» Also ein weiterer New Yorker Kommunist, der sich zum Antikommunisten gewandelt hatte.

Jay Lovestone und sein engster Mitarbeiter Irving Brown handelten im Namen der US-Gewerkschaft AFL (American Federation of Labor) und im Auftrag der CIA. In Westdeutschland organisierten sie Gewerkschaftskongresse und Ausstellungen, unterstützten mit Geld den Aufbau einer neuen Gewerkschaftsbewegung. «Ob für die Gewerkschaft ÖTV (Transport) oder die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, für ein Auto, die Beschaffung von Büroräumen, deren Einrichtung oder die Bezahlung einer Sekretärin springen die amerikanischen Freunde ein. Dies ist in bislang geheimgehaltenen Briefen dokumentiert», so der WDR.

Die offiziellen Gewerkschaftsvertreter Irving Brown und Jay Lovestone hielten auch engen Kontakt zu diversen

THE ASPEN INSTITUTE

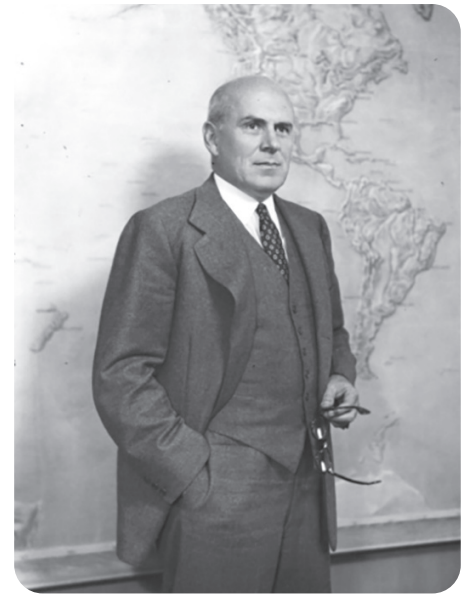
Shepard Stone gründete auch 1974 die US-Lobbyorganisation Aspen-Institut in Berlin. Er war auch Förderer der Frankfurter Schule (siehe S.183 ff.).

Verlagshäusern. Sie unterstützen sie direkt und indirekt mit garantierten Abnahmen von Buchauflagen, sponserten politisch für sie interessante Veröffentlichungen oder kümmerten sich um einen Kreditantrag über 1,5 Millionen Mark für den Bau einer Grossdruckerei.

Der Einfluss von Jay Lovestone und Irving Brown reichte bis in die Spitzen der deutschen Politik. Sie nahmen Einfluss auf die SPD-Führung und die Besetzung des DGB-Vorstandes. So zeigt der WDR-Film auf, wie das SPD-Vorstandsmitglied Fritz Heine in Washington über die neue Zusammensetzung des DGB-Vorstandes gebrieft wurde.

Der «Psychologische Strategieplan für Deutschland»

Die Ziele von Bradens Arbeitgeber wurden vom WDR anhand von ehemals streng geheimen Dokumenten der CIA erläutert: «Der New Yorker Anwalt Frank Wisner wird Ende 1947 zum Chef einer streng geheimen Abteilung innerhalb der CIA ernannt. Zuständig für verdeckte psychologische Operationen in Europa. 1952 läuft der ‚Psychologische Strategieplan für Deutschland‘ an. ‚Top Secret‘ unter dem Decknamen ‚pocketbook‘ (Taschenbuch).» Unter Punkt 6 des Plans ist zu lesen: «[...] es wird in absehbarer Zukunft nicht möglich sein, mit der Sowjetunion ausreichende Übereinstimmung zu erzielen, um eine befriedigende Grundlage für die Wiedervereinigung



Der New Yorker Wallstreet-Anwalt John McCloy wurde nach Gründung der BRD Hoher Kommissar, d.h. der höchste Vertreter der US-Siegermacht bis zum Ende des Besatzungsstatuts 1955. Er widmete sich dem Kampf gegen den «Totalitarismus». Sein wichtigster Berater: Shepard Stone.

Deutschlands und den Abschluss eines Friedensvertrags zu schaffen.»

Der «Psychologische Strategieplan für Deutschland» wurzelte in der ursprünglich von den New Yorker Trotzkiten erdachten «Totalitarismustheorie». Die Botschaft lautete gemäss WDR: «Der Kommunismus ist so gefährlich wie der Nationalsozialismus. Die Gefahren beider Systeme verbinden sich in der ‚Totalitarismustheorie‘. Der spätere US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski schreibt Anfang der 50er-Jahre als Coautor ein Buch über totalitäre Diktaturen.» Die grundsätzliche Botschaft des Buches war laut Brzezinski: «Totalitarismus bedeutet nicht nur Nazismus, sondern er war ein Phänomen des 20. Jahrhunderts, das sowohl Nazismus als auch Kommunismus betraf.»

Auch Laskys «Monat» wurde in dem streng geheimen CIA-Arbeitspaper berücksichtigt: «Der Monat ist ein Magazin, das mit einer monatlichen Auflage von 30.000 Exemplaren kulturelle und politische Meinungen reflektiert. Zielgruppe sind Deutschlands kulturelle Wortführer, die massgeblich öffentliche Meinung beeinflussen,» so die Einschätzung der CIA. Sowohl der «Monat» als auch Laskys Londoner Kulturmagazin «Encounter» erhielten als «Publikation für die kommende Linke» (WDR) grosszügige Millionen-Zuschüsse der CIA.



„Die Sklaverei lässt sich bedeutend steigern, wenn man ihr den Anschein der Freiheit gewährt.“

Ernst Jünger, deutscher Schriftsteller

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.146



Shepard Stone

Nach dem Rücktritt des Lasky-Vertrauten Michael Josselson im Jahre 1967 wurde der «Kongress für kulturelle Freiheit» in «Internationale Vereinigung für Kulturelle Freiheit» umbenannt. Den Vorsitz übernahm der Vertreter der CIA-gesteuerten Ford Stiftung, Shepard Stone, der zuvor nur einen Teil der Kosten getragen hatte, jetzt aber die gesamte Finanzierung übernahm.

Stone war, was den «New York Intellectuals» gefehlt hatte, ein erfahrener Deutschlandexperte. Nach einem Studium in Theodor Heuss' «Hochschule für Politik» in Berlin wurde er 1934 New York Times Redakteur mit dem Schwerpunkt Deutschland. Bei Kriegsbeginn meldete er sich freiwillig und wurde dem militärischen Nachrichtendienst (G2) zugeteilt. In Deutschland befasste er sich mit der Lizenzierung von Zeitungen. Seinem alten Lehrer Theodor Heuss – später erster Bundespräsident der BRD – konnte er eine Lizenz für die «Rhein-Neckar-Zeitung» sichern, als Heuss wegen einiger unpolitischer Beiträge für die NS-Wochenzeitung «Das Reich» unter Druck gekommen war.

Kampf gegen den «Totalitarismus»

Ende 1945 schied Stone als Oberstleutnant aus der Armee aus und kehrte vorerst zur «New York Times» zurück. Seine grosse Zeit begann mit der Gründung der Bundesrepublik, als er unter dem Hohen Kommissar John McCloy zu dessen engstem Berater aufstieg und «McCloy's Harry Hopkins» (siehe S.185) genannt wurde. Er wurde zum Leiter des «Office of Public Affairs» (OPA) gemacht, der Abteilung der Hohen Kommission, die mit 400 amerikanischen und 3.500 deutschen Mitarbeitern den Bereich der Propaganda, Public Relations und kulturellen Angelegenheiten umfasste. Nach dem revidierten Besatzungsstatut war die Kultur offiziell nicht mehr Sache der Alliierten, doch hatte OPA die Aufgabe, «wesentliche Entscheidungen in einem geographischen Gebiet, das für die Sicherheit der Vereinigten Staaten vital ist, zu beeinflussen [...] und die Entwicklung der deutschen Demokratie zu stärken, weil ein demokratisches Deutschland das einzige Deutschland ist, das im Kampf gegen den Kommunismus oder jede andere Form des **Totalitarismus** verlässlich ist.»



Der Neokonservatismus gewann in der Person führender Politiker wie Paul Wolfowitz oder Richard Perle prägenden Einfluss auf die Grundzüge der amerikanischen Aussenpolitik unter George W. Bush von 2001 bis 2009 (Ausgabe 58). Was jedoch kaum bekannt ist: Der geistige Urvater der Neokonservativen war ein überzeugter Trotzkist.

Welche Präferenzen Shepard Stone hatte, ging aus der Gründung einer «Wirtschaftlichen Genossenschaft der Presse» hervor, die amerikanische Subventionen an deutsche Zeitungen verteilte. Der grösste Beitrag (1,6 Millionen DM) ging an die Frankfurter Rundschau, da sie «als einzige Zeitung sich aktiv für die Sache der militanten und progressiven Demokratie einsetze». Die FAZ ging als diesbezüglich «nicht vertrauenswürdig» leer aus.

! Weniger zufrieden war Stone mit einem anderen von ihm geförderten Projekt, «vielleicht ein Fehler von mir». Er meinte: «Horkheimer, Adorno und Marcuse

gäbe es nicht, wenn die Hohe Kommission nicht auf mein Betreiben hin Maxie (Horkheimer) sehr beträchtliche Mittel gegeben hätte, um ihm sein Institut zu ermöglichen».

Stone war ein Experte im Anbahnen und Pflegen von Beziehungen, die der Basis der Bildung einer neuen Elite dienen sollten. Schon in der US-Armee benötigte er sieben Dienstboten, um seine Einladungen durchführen zu können. Im Gefolge von McCloy setzte er sich in der Ford-Stiftung fest, die mit einem Stiftungskapital (1960) von 3,3 Milliarden Dollar die reichste Stiftung der Welt war. Ursprünglich für lokale Projekte gegründet, wurde sie zu Zeiten Stones interna-



Zbigniew Brzezinski bekennt sich zum Marxismus

» «In diesem Sinn hat der Marxismus als ein Mechanismus für den menschlichen ‚Fortschritt‘ gedient, auch wenn er in der Praxis oft seinen Idealen nicht gerecht geworden ist. Teilhard de Chardin bemerkt an diesem Punkt, „so monströs es ist, ist nicht der moderne Totalitarismus in Wirklichkeit ein Zerrbild von etwas Grossartigem und damit der Wahrheit sehr nahe?“»

Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater von mehreren US-Präsidenten

Quelle: Zbigniew Brzezinski, *Between Two Ages. America's Role in the Technetronic Era*, Viking Press, 1970, S. 33 f.

Für Brzezinski ist der Marxismus also keine sinnwidrige, menschenverachtende Ideologie, die weit über hundert Millionen Menschen das Leben gekostet hat. Der «Totalitarismus» in der Sowjetunion sei «in Wirklichkeit ein Zerrbild» einer grossartigen Idee! So wurde der «Totalitarismus», nicht der Marxismus, zum Sündenbock für die Verbrechen der Sowjets.

tionalisiert. Als die Washingtoner Behörden sich aus Haushaltsgründen aus der Kulturarbeit im Ausland zurückzogen, sprangen die Stiftungen ein.⁽⁷⁾

Trotzkisten als Antikommunisten?

Aus welcher politischen Tradition entstammten also die entschlossenen «Antikommunisten», die das Nachkriegsdeutschland prägten? Hatten sie ihre Vergangenheit als Trotzkisten wirklich abgelegt? Der Lebenslauf von Irving Kristol spricht an dieser Stelle Bände: Der Sohn russisch-jüdischer Einwanderer war ein besonders engagierter Trotzkist im bereits erwähnten New York City College. Er nannte sogar eines seiner Essays für die New York Times «Memoiren eines Trotzkisten». Wie so viele seiner ideologischen Genossen trat auch er der US-Armee bei und weilte von 1941 bis 1944 in Europa.

In den 1960er Jahren wandte sich Kristol mehr und mehr dem Konservatismus zu und wurde zu einem der wichtigsten Vertreter des von ihm erdachten «Neokonservatismus». Heise.de schrieb 2003 über ihn: «Andere sehen in Irving Kristol, dem Herausgeber von Neoconservatism, den Vater der Bewegung [des Neokonservatismus].»⁽⁸⁾ George W. Bush, der Mann, der am 20. Januar 2001 das Präsidentenamt übernahm, entstammt wie sein Vater genau dieser politischen Strömung, die sich «neokonservativ» nennt. Die «Neocons» mit dem Außenminister Colin Powell, dem Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, dem stellvertretenden Verteidigungsminister Paul Wolfowitz und dem Vorsitzenden der verteidigungspolitischen Kommission des Pentagon, Richard Perle, platzierten sich nach George W. Bushs Vereidigung im Zentrum der amerikanischen Außenpolitik. «Neocons» dominierten auch den Think-Tank «Project for the New American Century» (PNAC),



Der Trotzkist Irving Kristol erhielt genau wie James Burnham 2002 die Presidential Medal of Freedom von George W. Bush.

in dem schon in den Neunzigern die Kriege gegen den Irak und Afghanistan geplant wurden (siehe Ausgaben 10 u. 58).

Das Ergebnis der neokonservativen Politik waren zwei vernichtende imperialistische Kriege gegen Irak und Afghanistan. Dazu eine extreme Einschränkung der Bürgerrechte im Inland, die Ausweitung des Polizeistaats, Inflation, Subprime-Krise und steigende Armut. Es ist auch bei George W. Bushs Präsidentschaft mehr als absurd, von einer «marktwirtschaftlichen» oder auch nur «konservativen» Politik zu sprechen. Waren die Konservativen und vermeintlichen Kommunismus-Gegner im Nachkriegsdeutschland, die ihren Ursprung mit den Neokonservativen teilen, weiterhin Marxisten, die die freie Marktwirtschaft diskreditieren wollten?

Die Präsidenten Ronald Reagan, George H. W. Bush und sein Sohn George W. Bush bekannten sich bereits zum Neokonservatismus und machten ihn zur Leitlinie der republikanischen Partei. Republikaner, die weiterhin auf die strenge Einhaltung der US-Verfassung pochten,

wurden mundtot gemacht. Im Juli 2002 erhielt Irving Kristol von George W. Bush die höchste zivile Auszeichnung verliehen, die «Presidential Medal of Freedom». Der Sozialstaat wurde während der republikanischen Legislaturperioden nicht effektiv eingeschränkt und die Verschuldung des US-Haushaltes nahm im Vergleich zu den Demokraten sogar zu. Öffentlich spielten die Republikaner aber weiterhin die Rolle der patriotischen Amerikaner. Sind die US-Republikaner nur eine von vielen Organisationen, die mit der Methode des «Entrismus» (siehe S.219) von Trotzkisten ausgenutzt wird, solange sie für deren Ziele nützlich ist? (Ik)

Quellen:

1. de.wikipedia.org, Entrismus
2. Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.243-247
3. de.wikipedia.org, Vierte Internationale
4. Caspar von Schrenck-Notzing, S. 251-254
5. Ebenda, S.254-258
6. youtube.com, Germany made in USA, 23.10.2011
7. Caspar von Schrenck-Notzing, S.263-265
8. heise.de, Die Machtergreifung der Neocons in Washington, 13.08.2003

FAZIT

Das Konzept des «Entrismus» (trotzkistische Unterwanderung) liefert eine nachvollziehbare Erklärung dafür, warum Trotzkisten in enormer Anzahl dem US-Militär, den Geheimdiensten und den Republikanern beitraten. Sie schienen das Ziel zu verfolgen, den Kurs dieser Organisationen marxistisch zu verändern. Die Tarnung als «Antikommunisten» war für sie notwendig, da sie erkannten, dass der real existierende Kommunismus gescheitert war. Mit Millionensummen, u.a. von der CIA, konnten sie ihre marxistische Politik unter dem Deckmantel des «Antistalinismus» im Kalten Krieg weiter fortführen. Der «Kongress für kulturelle Freiheit» sei, ganz nach dieser entristischen Strategie, «das neue Forum der demokratischen, nicht-kommunistischen Linken in Deutschland und in Europa», berichtete der WDR. Das ist auch der Kurs, den die BRD-Regierung und das von ihr favorisierte «Establishment» jahrzehntelang verfolgt hat: Die westlichen Grundwerte wie Marktwirtschaft, Familie oder Heimatverbundenheit wurden «entristisch» von innen heraus zerstört.



Zusammenfas

Was ist die «Reeducation»

► Nachdem die Alliierten völkerrechtswidrig Dutzende Millionen Deutsche bombardiert, ermordet, vergewaltigt, aus ihrer Heimat vertrieben, in Lager deportiert oder verhungern lassen hatten,

► sowie private Besitztümer jeglicher Art, Industrieanlagen, Maschinen, Kunstschatze, Edelmetalle uvm. in (inflationbereinigt) zweistelliger Billionenhöhe der deutschen Bevölkerung geraubt hatten,

► dazu die deutsche Geisteselite in der Wissenschaft zu grossen Teilen ins Ausland entführt und zehntausende Patente beschlagnahmt hatten, (Ausgaben 28 u. 29)

► schoben sie nicht nur der deutschen Regierung in einem Schauprozess (Nürnberger Prozesse, siehe S.128 ff.), sondern gar dem gesamten deutschen Volk die Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg unter.

► Es folgte im Nachkriegsdeutschland eine fragwürdige Kampagne der Siegermächte namens «Reeducation» («Umerziehung»), um die Deutschen zu überzeugen, «dass die ganze Nation an einer gesetzlosen Verschwörung gegen die Anständigkeit der modernen Zivilisation beteiligt war» (US-Finanzminister Henry Morgenthau). Bis zum Ende des Zweiten

Weltkriegs war es eine absurde, undenkbar Idee gewesen, ein ganzes Volk für die Verbrechen seiner Führer oder seiner Armee verantwortlich zu machen. Wie in den Nürnberger Prozessen trotzten die Alliierten auch bei der «Reeducation» allen anerkannten Regeln des Völkerrechts.

► Es entstand das Wort «Kollektivschuld», das man allmählich in Deutschland kultivierte. Beispielsweise mussten Anwärter für eine Presselizenz den US-Prüfern einen Aufsatz mit dem Titel «Die Kollektivschuld des deutschen Volkes» (siehe S.207) vorlegen.

► Im nächsten Schritt stand «Die Änderung der deutschen Psychologie» als «Hauptaufgabe der Militärregierung» an (General Robert A. McClure). Wie Louis Nizer – Lieblingsautor der Präsidenten Roosevelt, Truman und Eisenhower – gefordert hatte, galt es, «das geistige Fundament eines ganzen Volkes zu zerstören und diesem einen neuen Charakter einzuprägen» (siehe S.196).

► Dem deutschen Volk wurde wahlweise oder gleichzeitig vorgeworfen, «autoritär», «obrigkeitshörig», «paranoid», «militaristisch», «böseartig», «barbarisch» oder «Feinde der Zivilisation» zu sein und dies nicht erst seit Hitler: Die Kriegslust sei Teil einer urdeutschen Ver-

anlegung, die seit Jahrhunderten respektive Jahrtausenden existiere. «2000 Jahre deutschen Wesens» seien laut Louis Nizer für den Nazismus und damit den Krieg verantwortlich. Die Tatsache, dass Briten und Franzosen im 19. Jahrhundert weit mehr vernichtende Kriege als Deutschland geführt hatten, wurde dabei geflissentlich beiseitegelassen.

► Die Siegermächte verlautbarten öffentlich, die deutsche Kultur sei «unleugbar minderwertiger ist als die irgendeines anderen Volkes» (Broschüre «Occupation», siehe S.202). Doch wie passt solch eine Behauptung mit der Tatsache zusammen, dass Deutschland seit dem frühen 19. Jahrhundert als «Land der Dichter und Denker» galt? Dass Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts die Industrienation Grossbritannien wirtschaftlich überflügelte? Dass laut dem amerikanischen Geistlichen Ludwig A. Fritsch «jede grössere Stadt in Deutschland [...] so viele Kunstgegenstände [besass] wie sonst ein ganzes Land»? Dass der US-Generalmajor Hugh Knerr enthüllte, die Amerikaner seien auf «verschiedenen Gebieten der Forschung [...] alarmierend rückständig» im Vergleich zu den Deutschen? Dass zehntausende deutsche Wissenschaftler gekidnappt und Erfindungen, Entdeckungen, Warenzeichen, Patente, uvm. von den Alliierten geraubt wurden?

► Da den USA der Titel «Hauptsiegermacht» zugestanden worden war, hatte ihre politische und kulturelle Elite auch den grössten Einfluss auf die «Reeducation».

► Um zu erkennen, warum die Deutschen fälschlicherweise als «Feinde der Zivilisation» abgestempelt wurden, gilt es einen Blick auf die Hauptpersonen der Umerziehung – vor allem in den USA – zu werfen, denn sie einten zwei gemeinsame Nenner: Marxismus und Deutschenfeindlichkeit, die weit über die Ablehnung des Nationalsozialismus hinausging.

► Zu den wichtigsten «Umerziehern» Deutschlands gehörten:

► Roosevelts Kabinett, bestehend aus deutschlandfeindlichen Sozialisten und unterwandert von kommunistischen Agenten, bekannt für sein sozialistisches Staatsprogramm «New Deal». Roosevelt verfolgte eine freiheitsfeindliche Politik, die sich u.a. durch ein Verbot von Gold in Privatbesitz auszeichnete – Marx hätte sich im

Die grössten Kriegstreiber von 1800 bis 1940

Von den 287 Kriegen, die von 1800 bis 1940 geführt wurden, waren nach einer Untersuchung des US-Professors Quincy Wright beteiligt:

Warum wurde den Briten, Franzosen und Russen im Gegensatz zu den Deutschen keine angeborene Kriegslust unterstellt? Hatten sie im 19. Jahrhundert nicht sogar mehr vernichtende Kriege geführt als die Deutschen?

England	mit 80 Kriegen	28%
Frankreich	mit 75 Kriegen	26%
Spanien	mit 66 Kriegen	23%
Russland	mit 63 Kriegen	22%
Österreich-Ungarn	mit 55 Kriegen	19%
Türkei	mit 43 Kriegen	15%
Polen	mit 32 Kriegen	11%
Schweden	mit 26 Kriegen	9%
Holland	mit 23 Kriegen	8%
Deutschland mit Preussen	mit 23 Kriegen	8%
Dänemark	mit 20 Kriegen	7%

Quelle: Gerhard Krause, Die Schuld am deutschen Schicksal, K.W. Schütz, Pr. Oldendorf 1973, S.22 f.

sung: («Umerziehung»)?

Grab die Hände gerieben. Im Rahmen des «New Deals» wurden in der Vorkriegszeit zahlreiche Intellektuelle gefördert, die versuchten, die These aufzustellen, das deutsche Volk verschwöre sich seit Jahrhunderten gegen die Zivilisation.

❶ Die Frankfurter Schule (IfS), die sich schon 1923 bei ihrer Gründung zum Marxismus bekannt hatte.

❷ Trotzlisten aus New York, die vor allem die US-Geheimdienste OSS und CIA nutzten.

❸ Dazu viele weitere Kommunisten, Sowjet-Agenten, Stalin-Verehrer oder später DDR-Sympathisanten, die es sich in den einflussreichsten Positionen im besetzten Deutschland und danach in der BRD bequem machten.

❹ Man muss ganz und gar kein Anhänger oder Verteidiger des Nationalsozialismus sein, um die «Umerziehung» als verheerend anzusehen, denn der Teufel kann bekanntlich nicht mit dem Beelzebub ausgetrieben werden. Was einem Land blüht, in dem Marxisten die Schaltstellen der Macht besetzen, kann man sich mit einem Blick auf die marxistische Ideologie ausrechnen: Marxismus ist eine staatsvergötternde, traditions- und menschenfeindliche Ideologie, die im 20. Jahrhundert über 100 Millionen Tote hinterliess – weit mehr als der Nationalsozialismus.

❺ Hass gegen den Feind war bei Hitlers Kriegsgegnern (Churchill, Roosevelt, Stalin) mindestens genauso stark anzutreffen wie bei ihm selbst und setzte sich fort bei den Intellektuellen, Psychologen, Soziologen usw., die Deutschlands Medien- und Bildungssystem nach dem Krieg gestalteten. So wünschte der berühmte Theodor Adorno während des Krieges, dass die «Horst Güntherchen in ihrem Blut sich wälzen» (siehe S.184). Ist das Humanismus in Reinform? Genau wie der Krieg nicht gegen Hitler, sondern gegen Deutschland geführt wurde, wurde schnell deutlich, dass auch die Umerziehung nicht gegen den Nazismus gerichtet war, sondern aus einem ideologischen Hass heraus gegen die deutsche Bevölkerung.

❻ Kommt dazu, dass die Protagonisten der Umerziehung Menschen als «völlig manipulierbar[e], dumpf[e]» (Wilhelm Reich, siehe S.188) Verschiebemaschinen sahen, während sie sich selbst in der Rolle

OPFERZAHLEN DES KOMMUNISMUS

Staat	Tote
China	65 Millionen
Sowjetunion	30 Millionen
Nordkorea	2 Millionen
Kambodscha	2 Millionen
Afrika	1,7 Millionen
Afghanistan	2 Millionen
Osteuropa	1 Million
Lateinamerika	150.000

Quelle: Gunnar Heinsohn: Lexikon der Völkermorde, 1998, S. 244

Die Umerziehung basierte weitgehend auf der marxistischen Ideologie. Kann ein Übel (Nationalsozialismus) mit einem anderen Übel (Marxismus) wirklich wirksam bekämpft werden?

der überlegenen Erzieher wähten. Schon der Gedanke, man müsse ein ganzes Volk umerziehen, setzt genau den Grössenwahn voraus, den man heutzutage vor allem mit Hitler in Verbindung bringt. Es ist auch kein Geheimnis, dass eine «Umstrukturierung des Menschen» Teil der kommunistischen Ideologie ist. Erinnert die Umerziehung nicht verdächtig an diese Devise?

❶ Der Vorgänger der «Information Control Division» (siehe S.200 f.), die die Medienlandschaft in der US-Besatzungszone gestaltete, war übrigens die «Division für psychologische Kriegsführung». Man fühlt sich an das Zitat von Robert H. Jackson, Hauptanklagevertreter bei den Nürnberger Prozessen, erinnert: «Die Alliierten befinden sich technisch immer noch in einem [psychologischen?] Kriegszustand mit Deutschland, obwohl die politischen und militärischen Einrichtungen des Feindes zusammengebrochen sind.»

❷ Es gilt zudem, das Missverständnis auszuräumen, Westdeutschland habe sich im Kalten Krieg den «Kapitalisten» angeschlossen: Die vielleicht wichtigsten Gegner des Kommunismus in Westdeutschland waren bei genauerer Betrachtung eigentlich Marxisten, die die Strategie einer Unterwanderung der traditionellen und marktwirtschaftlichen

Gesellschaftsordnung in allen Staaten der Welt verfolgten, bevor die Staaten in den Weltkommunismus überführt werden sollten.

❸ In diesem Kontext ist auch die Erziehung zu «Toleranz» und «Weltoffenheit» – eigentlich positive Werte – im Rahmen der «Reeducation» zu verstehen: Das Endziel der marxistischen Strategie war immer, eine kommunistische Weltregierung zu errichten. Schon Marx stellte klar, die «Emanzipation der Arbeiterklasse» müsse «alle Länder» umfassen. Die Umerziehung der Deutschen zu einem «Weltbürgertum» (Aurel Kolnai, siehe S.191) verfolgte ebenjenes Ziel, den deutschen Patriotismus zu schwächen, um die BRD unter die Kontrolle regionaler und globaler Regierungsstrukturen wie EU und UN zu bringen – als Vorstufe zu einer Weltregierung.

❹ Die Methoden der «Reeducation» in der Nachkriegszeit setzten sich in der BRD fort: Spätestens mit der linken Studentenrevolte von 1968 und dem «langen Marsch durch die Institutionen» wurde die «geistige Landschaft in Deutschland, vor allem im Bereich der Geschichtsschreibung, [...] zunehmend politisiert und intolérant» (Alfred de Zayas, siehe S.256).

❺ Vielsagend ist, dass in der BRD Personen zu Helden hochstilisiert wurden, die u.a. für die Kommunisten spionierten (Marcel Reich-Ranicki), während der Kriegszeit laut eigener Aussage als Teil der US-Armee Kriegsverbrechen begingen (Ernest Hemingway) oder gar zum Genozid an Deutschen aufriefen (Thomas Mann).

❻ Sogar die Wiedervereinigung wurde mit dem Vorwurf der «Schuld» und der Warnung vor einem Wiederaufleben des deutschen Grossmachtstrebens von Mitgliedern aller grossen Parteien bekämpft. Auch Kriegseinsätze der Bundeswehr sowie eine Masseneinwanderung in die Sozialsysteme werden mit dem Argument der «Schuld» gerechtfertigt.

❼ Einem Staat (oder «Staatsfragment»?, siehe S.164), dessen wichtigstes Fundament Selbsthass und Schuldkomplexe sind, kann wohl früher oder später nur ein Schicksal blühen: die Auflösung (wahrscheinlich in einem Weltstaat).

Der «Zentralrat der Juden in Deutschland» wird gegründet

Der Zentralrat der Juden in Deutschland (ZdJ) ist als Körperschaft des öffentlichen Rechts die grösste Dachorganisation der jüdischen Gemeinden und Landesverbände in Deutschland und deren politische Vertretung. Er wurde 1950 in Frankfurt am Main gegründet und hat seit 1999 seinen Sitz in Berlin. Ihm gehören 23 Landesverbände mit 105 Gemeinden und etwa 100.500 Mitgliedern an.⁽¹⁾

Wieviel Druck diese relativ kleine Organisation seit Jahrzehnten auf die Bundespolitik und -Wirtschaft ausüben kann, soll hier nur anhand weniger Beispiele erörtert werden:

Hohmann-Affäre

Am 03. Oktober 2003 hielt der hessische CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann in Neuhoof eine Rede zum «Tag der Deutschen Einheit». Folgender Teil seiner Rede wurde zum Stein des Anstosses:

«Die Schuld von Vorfahren an diesem Menschheitsverbrechen [Holocaust] hat fast zu einer neuen Selbstdefinition der Deutschen geführt. Trotz der allseitigen Beteuerungen, dass es Kollektivschuld nicht gäbe, trotz nuancierter Wortneuschöpfungen wie ‚Kollektivverantwortung‘ oder ‚Kollektivscham‘: Im Kern bleibt der Vorwurf: die Deutschen sind

das ‚Tätervolk‘. [...] Auf diesem Hintergrund stelle ich die provozierende Frage: Gibt es auch beim jüdischen Volk, das wir ausschliesslich in der Opferrolle wahrnehmen, eine dunkle Seite in der neueren Geschichte oder waren Juden ausschliesslich die Opfer, die Leidtragenden?

[...] Meine Damen und Herren, es wird Sie überraschen, dass der amerikanische Autokönig Henry Ford 1920 ein Buch mit dem Titel ‚The International Jew‘ herausgegeben hat. [...] Darin prangert Ford die Juden generalisierend als ‚Weltbolschewisten‘ an. Er vermeinte, einen ‚alljüdischen Stempel auf dem roten Russland‘ ausmachen zu können, wo damals die bolschewistische Revolution tobte. Er bezeichnete die Juden in ‚hervorragendem Masse‘ als ‚Revolutionsmacher‘. [...] Ford brachte in seinem Buch eine angebliche ‚Wesensgleichheit‘ von Judentum und Kommunismus bzw. Bolschewismus zum Ausdruck. Wie kommt Ford zu seinen Thesen, die für unsere Ohren der NS-Propaganda vom ‚jüdischen Bolschewismus‘ ähneln?

[...] Mit einer gewissen Berechtigung könnte man im Hinblick auf die Millionen Toten dieser ersten Revolutionsphase nach der ‚Täterschaft‘ der Juden fragen. Juden waren in grosser Anzahl sowohl in der Führungsebene als auch bei den

Tschecha-Erschiessungskommandos aktiv. Daher könnte man Juden mit einiger Berechtigung als ‚Tätervolk‘ bezeichnen. Das mag erschreckend klingen. Es würde aber der gleichen Logik folgen, mit der man Deutsche als Tätervolk bezeichnet. [...]

Daher sind weder ‚die Deutschen‘ noch ‚die Juden‘ ein Tätervolk. Mit vollem Recht aber kann man sagen: Die Gottlosen mit ihren gottlosen Ideologien, sie waren das Tätervolk des letzten, blutigen Jahrhunderts [...] Mit Gott in eine gute Zukunft für Europa! Mit Gott in eine gute Zukunft, besonders für unser deutsches Vaterland!»

Mit dieser Rede, die versöhnlich feststellte, weder Juden noch Deutsche seien ein Tätervolk, schien Hohmann Frieden stiften zu wollen, anstatt weitere Spaltung zu riskieren. Davon war in der Reaktion auf die Rede leider nichts zu spüren. Dass Juden in der Zeitgeschichte nicht «ausschliesslich Opfer» waren, konnte wohl nicht akzeptiert werden: CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer ging auf Distanz zu seinem Partei-Freund. Meyer nannte die Äusserungen des Abgeordneten unerträglich. «Das kann nicht unsere Meinung sein.» Deshalb werde die CDU-Führung das Gespräch mit Hohmann suchen.

Dieter Graumann von der Jüdischen Gemeinde Frankfurt sowie Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland sagte dem Hessischen Rundfunk: «Der Antisemitismus in Deutschland ist über die Stammtische hinweggewandert und im Deutschen Bundestag angekommen.»

⁽²⁾ Schon 2004 wurde Hohmann dann aus der Partei ausgeschlossen.

Noch im Jahr der Rede 2003 hatte Bundesverteidigungsminister Peter Struck den Brigadegeneral Reinhard Günzel in den vorzeitigen Ruhestand versetzt, da er Hohmanns Rede gelobt hatte. In seinem Peter Struck gewidmeten Buch «Und plötzlich ist alles politisch» beschreibt er unter anderem, wie ihm die Übergabe der Dienstgeschäfte ebenso verboten wurde wie die offizielle Kommandoübergabe oder die übliche Verabschiedung aus der Kommandeurrunde. Auch die vom Bundespräsidenten unterzeichnete Entlassungsurkunde

Angela Merkel hält beim Zentralrat 2018 eine Rede zum 80. Jahrestag der Reichspogromnacht.



Opfer der
sowjetischen
Geheimpolizei
Tscheka



de habe nicht die übliche Dankesformel «Für die dem deutschen Volk geleisteten treuen Dienste spreche ich ihm Dank und Anerkennung aus» enthalten, obwohl diese Formel bisher nur demjenigen verweigert worden sei, «der nach schweren kriminellen Verfehlungen im Zuge eines disziplinargerichtlichen Verfahrens aus der Armee entlassen wurde». ⁽³⁾

Der Fall Martin Walser

Der deutsche Schriftsteller und Journalist Martin Walser war von den Besatzern als vertrauenswürdig eingeschätzt worden und begann früh für die Lizenzmedien (siehe S.207 ff.) der Alliierten zu arbeiten. Von 1949 bis 1957 arbeitete der Sozialdemokrat in Stuttgart beim Süddeutschen Rundfunk als Reporter, Regisseur und Hörspielautor.

Im umerzogenen Deutschland reichete bereits ein ideologischer Ausrutscher, um Walser zur Persona non Grata zu machen. Als er anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels am 11. Oktober 1998 in der Frankfurter Paulskirche eine Rede hielt, in der er eine «Instrumentalisierung des Holocaust» ablehnte, brach ein Sturm der Kritik über ihn ein.

«Wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, dass sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt. Anstatt dankbar zu sein für die unaufhörliche Präsentation unserer Schande, fange ich an wegzuschauen. Ich möchte verstehen, warum in diesem Jahrzehnt die Vergangenheit präsentiert wird wie nie zuvor. Wenn ich merke, dass sich in mir etwas dagegen wehrt, versuche ich, die Vorhaltung unserer Schande auf die Motive hin abzuhören, und bin fast froh, wenn ich glaube entdecken zu können, dass öfter nicht das Gedenken, das Nichtverges-

sendürfen das Motiv ist, sondern die Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken. Immer guten Zwecken, ehrenwerten. Aber doch Instrumentalisierung. [...] Auschwitz eignet sich nicht dafür, Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung», so Walser.

Nach Walsers Rede war im Anschluss allgemein von den Anwesenden stehend applaudiert worden, mit Ausnahme des Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland Ignatz Bubis. Bubis warf Walser später vor, «wegsehen» zu wollen, und bezeichnete die Rede als «geistige Brandstiftung». Danach schoss sich die deutsche Presse und der Kulturbetrieb auf Walser ein, der die «Moralkeule» Auschwitz sogar noch als Mittel zu «guten Zwecken» verstand. Walser ruderte später zurück. Er sagte, er be-

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

„Antideutschsein ist in weiten jüdischen und in politisch korrekten Kreisen ein Bestandteil der politisch zugelassenen Gesprächsthemen. Wenn man in einer solchen Gesellschaft einen Satz mit ‚die Schwarzen‘ oder ‚die Lateinamerikaner‘ oder ‚die Muslime‘ beginnt, wird man von den Vorurteilsbekämpfern unterbrochen, weil man sofort der Diskriminierung verdächtig ist. Nur wenn man ‚the Germans‘ sagt, kann man den Satz vollenden.“

Robert B. Goldmann, amerikanischer Journalist in der FAZ

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.86

dauere, die Rede so gehalten und Bubis damit getroffen zu haben, womit sein Name bald wieder eingewaschen war. ⁽⁴⁾

«Pogromstimmung» nur bei Juden erlaubt

Vor dem 70. Jahrestag der sogenannten Reichskristallnacht sorgte Christian Wulff mit einer Gleichstellung der «Pogromstimmung» gegen Unternehmer und Juden für Aufsehen. «Ich finde, wenn jemand zehntausend Jobs sichert und Millionen an Steuern zahlt, gegen den darf man keine Pogromstimmung verbreiten», sagte er in der Fernseh-Gesprächssendung Friedman. Wulff zog die Äußerung am Tag darauf zurück. «Die Verwendung des Wortes ‚Pogromstimmung‘ bedauere ich [...] Nichts kann und darf mit der Judenverfolgung und den schrecklichen Pogromen gegen die Juden verglichen werden», sagte Wulff. Der Zentralrat der Juden in Deutschland hatte empört auf den Pogrom-Vergleich reagiert. Der Generalsekretär des Zentralrats, Stephan Kramer, legte dem ▶



Foto: kremlin.ru

„[Die Zusammensetzung der ersten Sowjetregierung] war 80-85% jüdisch.“

Wladimir Putin am 13. Juni 2013 beim Besuch einer jüdischen Bücherei in Moskau

Quelle: timesofisrael.com, Putin: First Soviet government was mostly Jewish, 19.06.2013

Im Gegensatz zu Hohmann wurde Putin nicht aus seiner Partei geworfen und ist bis heute Präsident Russlands.



Der Brunnen «Bodenseereiter» ist ein Kunstwerk des Bildhauers Peter Lenk in Überlingen. Er wurde 1999 errichtet und vor allem als Karikatur und groteskes Denkmal für den am Ort ansässigen Dichter Martin Walser bekannt. Als «Ritt über den Bodensee» wird eine verwegene Tat bezeichnet, bei der dem Akteur erst im Nachhinein bewusst wird, wie riskant das Unterfangen war. Peter Lenk spielt damit auf die Kontroverse um Walsers «Paulskirchenrede» an. Eine Stadt «ehrt» also einen der bekanntesten deutschen Schriftsteller vom Bodensee, indem sie ihn wegen einem einzigen politisch unkorrekten Ausrutscher verspottet.



► Politiker den Rücktritt nahe. «Wulff sollte sich einfach fragen, ob er für sein Amt geeignet ist [...] Für mich ist das keine taugliche Entschuldigung, für mich ist die Sache noch lange nicht erledigt», sagte Kramer. ⁽⁵⁾

Günther Oettinger: Filbinger-Trauerrede 2007

Günther Oettinger hielt am 11. April 2007 eine Trauerrede beim Staatsakt im Freiburger Münster zum Begräbnis von Hans Filbinger, einem seiner Vorgänger im Amt des baden-württembergischen Ministerpräsidenten, der 1978, auf politischen Druck hin, zurückgetreten war. Oettinger führte in dieser Rede aus:

«Anders als in einigen Nachrufen zu lesen, gilt es festzuhalten: Hans Filbinger war kein Nationalsozialist. Im Gegenteil: Er war ein Gegner des NS-Regi-

„Jegliche Kritik [an Israel] wird als Antisemitismus verurteilt, und dadurch ist ja schon fast jeder mundtot gemacht worden.“



Evelyn Hecht-Galinski, Tochter des 1992 verstorbenen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland Heinz Galinski, über genau diesen Zentralrat

Quelle: deutschlandfunk.de, «Sprachrohr der israelischen Regierung», 01.09.2006

mes. [...] Es bleibt festzuhalten: Es gibt kein Urteil von Hans Filbinger, durch das ein Mensch sein Leben verloren hätte.»

Oettinger wurde dafür vom Zentralrat der Juden in Deutschland und von Bundeskanzlerin Angela Merkel kritisiert, so-

wie vom Dramatiker Rolf Hochhuth, der seinerzeit Filbingers Rücktritt forciert hatte. Rufe nach einer Entschuldigung und Rücktrittsforderungen wurden laut. Am 16. April erklärte Oettinger bereits, dass er sich von seinen eigenen Äußerungen distanzieren. ⁽⁶⁾ (tk)

„Auschwitz ist Deutschlands Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.“

*Andreas von Schoeler, u.a. von 1991 bis 1995
Oberbürgermeister von Frankfurt am Main*

Quelle: Frankfurter Rundschau, 12.11.1992



Foto: Bundesarchiv, B 145
Bild-F046799-0024 / Wegmann,
Ludwig / CC-BY-SA 3.0

Quellen:

1. de.wikipedia.org, Zentralrat der Juden in Deutschland
2. hagall.com, CDU-Politiker verharmlost Holocaust, 30.10.2003
3. Und plötzlich ist alles politisch - Im Gespräch mit Brigadegeneral Reinhard Günzel, Antaios, 2004
4. de.wikipedia.org, Martin Walser
5. welt.de, Wulff entschuldigt sich für Pogrom-Vergleich, 07.11.2008
6. rp-online.de, «Damit ist alles gesagt»: Oettinger distanziert sich von Filbinger-Rede, 16.04.2007

Gründung der Atlantik-Brücke



ATLANTIK-BRÜCKE

Um ihren Einfluss auf die deutsche Politik, Wirtschaft und Medienlandschaft weiter zu verstärken, gründeten die US-Besitzer eine Art Kaderschmiede, mit der in Zukunft hochrangiges Personal für die wichtigsten Entscheidungsbereiche der BRD rekrutiert werden sollte. Als offiziell «privater, überparteilicher und gemeinnütziger Verein» mit dem Ziel, eine wirtschafts-, finanz-, bildungs- und militärpolitische Brücke zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zu schlagen, wurde 1952 die Atlantik-Brücke e.V. gegründet.

Der Gründer der Atlantik-Brücke, Eric M. Warburg, war während und nach dem Zweiten Weltkrieg Freund und Berater des Hohen Kommissars in Deutschland John J. McCloy. In den USA gründeten sie

zusammen 1952 den «American Council on Germany», die Schwesterorganisation der Atlantik-Brücke. Als Hochkommissar für das besetzte Deutschland von 1949 bis 1952 gehörte McCloy zum auserlesenen Kreis von drei Leuten, die die Nachkriegspolitik in der neu gegründeten Bundesrepublik koordinierten. McCloy hatte in den 1930ern das Chemieunternehmen IG Farben rechtlich beraten, dessen Produktionskapazitäten Deutschland den Krieg erst ermöglichten. Nun bestimmte er die Zukunft der BRD. James Warburg – ein naher Verwandter von Gründer Eric Warburg – war in den 30ern Mitglied der Denkfabrik «Brain Trust» gewesen, die Roosevelts New Deal (siehe S.185 ff.) ausgearbeitet hatte. ⁽¹⁾

Die Atlantik-Brücke dient der Findung, Heranziehung und Förderung von deutschem politischem Führungspersonal, das Vorgaben und Interessen der Eliten in den Vereinigten Staaten von Amerika über den Atlantik hinweg in



77

«Ohne Amerika würden wir geistig verkümmern.»

Marion Gräfin Dönhoff, einst Chefredakteurin und Mitherausgeberin der ZEIT, 1964 in einer Kolumne über die militärische Zusammenarbeit mit den USA

Quelle: zeit.de, Ohne Amerika würden wir geistig verkümmern, 18.12.1964

BRD-Politik umsetzt. Das wird z.B. deutlich durch eine Aussage des Lobbyisten Arend Oetker im Jahr 2002, der über die Atlantik-Brücke so sprach: «Die USA wird von 200 Familien regiert und zu denen wollen wir gute Kontakte haben.» ⁽²⁾ (ik)

Quellen:

de.wikipedia.org, Atlantik-Brücke

1. de.wikipedia.org, Brain Trust

2. cicero.de, Ein Präsident für die Eliten

Dass ein Beitritt zur Atlantik-Brücke einen schnellen Aufstieg in der BRD ermöglichen kann, ist schon bei einem Blick auf die Liste der jetzigen und ehemaligen Mitglieder erkennbar:

Aktuelle und ehemalige Mitglieder der Atlantik-Brücke

Ehemalig



Aktuell (Stand: 24. Juli 2019)

Bildquellen:
1. Foto: ©Raïmond Spekking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons)

2. Foto: Bundesarchiv, B 145
Bild-F024017-0001 / Galtmann, Jens / CC-BY-SA 3.0

3. Foto: Anefo (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Carlo_Schmid_(1963).jpg) https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en

4. Foto: © Bundeswehr/Archiv (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Verteidigungsminister_Helmut_Schmidt.jpg)

6. Foto: Sven Teschke (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2014-09-11_-_Claudia_Roth_MdB_-_7893.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en

7. Foto: Halifax International Security Forum (https://de.wikipedia.org/wiki/Da-tei:Josef_Joffe.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.de

10. Foto: Bundesarchiv, B 145
Bild-F052084-0041 / Wegmann, Ludwig / CC-BY-SA 3.0

11. Foto: Heinrich-Böll-Stiftung (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Tom_Enders_(cropped).jpg) Creative Commons Attribution-Share Alike 2.0 Generic

13. Foto: Martin Kraft (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:MJK63114_Sigmar_Gabriel_(Frankfurter_Buchmesse_2018).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

14. Foto: Michael Lucan, Lizenz: CC-BY-SA 3.0 de

16. Foto: Birulik (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Kai_Diekmann_MediaMakers.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

1. Angela Merkel; 2. Kurt Georg Kiesinger, dritter Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland; 3. Carlo Schmid, «Vater» des Grundgesetzes (he S.160 ff.); 4. Helmut Schmidt, 1974–1982 Bundeskanzler; 5. Cem Özdemir, 2008 bis 2018 Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen; 6. Claudia Roth, ehemalige Co-Vorsitzende Bündnis90/Die Grünen, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags; 7. Josef Joffe, Herausgeber der Wochenzeitung ZEIT; 8. Axel Springer, Gründer der Axel Springer AG (Bild, Bild am Sonntag, Die Welt, Ullstein Verlag); 9. Hilmar Kopper, ehemals Vorstand Deutsche Bank, Aufsichtsrat Daimler AG, HSH Nordbank; 10. Otto Wolff von Amerongen, Otto-Wolff-Konzern, heute ThyssenKrupp AG; 11. Thomas Enders, u.a. ehemals Vorstandsvorsitzender der Airbus SE; 12. Max Horkheimer, führender Kopf der Frankfurter Schule, Galionsfigur der 68er-Bewegung; 13. Sigmar Gabriel, u.a. Wirtschaftsminister 2013–2017, seit Juni 2019 Vorsitzender der Atlantik-Brücke; 14. Friedrich Merz, CDU-Politiker und Lobbyist; 15. Claus Kleber, Leiter der ZDF-Nachrichtenredaktion; 16. Kai Diekmann, von 2001 bis 2015 Chefredakteur der Zeitung Bild

Ernest Hemingway erhält den Literaturnobelpreis

Ernest Hemingway war einer der erfolgreichsten und bekanntesten US-amerikanischen Schriftsteller des 20. Jahrhunderts. 1953 erhielt er den Pulitzer-Preis für seine Novelle «Der alte Mann und das Meer» und 1954 den Literaturnobelpreis.

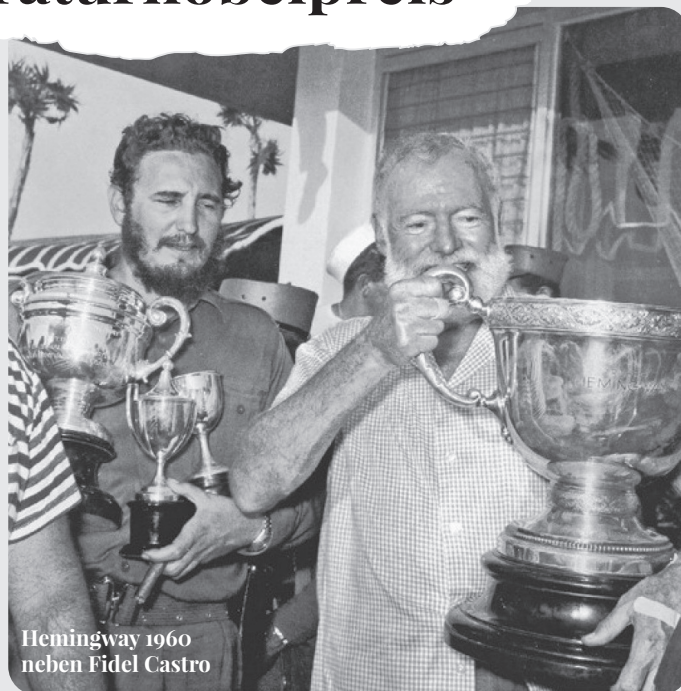
Dabei weist sein Lebenslauf erschreckend dunkle Kapitel auf: Wie das Buch «Spione: Aufstieg und Fall des KGB in Amerika» des ehemaligen KGB-Agenten Alexander Vassiliev nachweist, war Hemingway 1941 kurz vor einer Reise nach China vom KGB-Vorläufer NKWD angeworben worden. Er habe den Decknamen «Argo» erhalten und bei Treffen mit Sowjetagenten in Havanna und London «mehrfach seinen Wunsch und Willen ausgedrückt, [den Sowjets] zu helfen». Dass Hemingway grosse Sympathien für die kommunistische Bewegung hegte, war kein Geheimnis; dass er für sie arbeitete, wurde erst in dem 2009 erschienen Buch aufgedeckt.⁽¹⁾

Wie das Portal «The Daily Beast» es beschreibt, war Hemingway für die Sowjets u.a. aus folgenden Gründen von Interesse: «Hemingway war bereits ein weltberühmter Schriftsteller. Seine Beziehungen reichten von europäischen Hauptstädten bis ins Weisse Haus. Hemingways dritte Frau, Martha Gellhorn, war eine enge Freundin von Eleanor Roosevelt.»

Hemingway ein Kriegsverbrecher?

Doch diese Enthüllungen wirken geradezu harmlos im Vergleich zu den Taten, die Hemingway zu Lebzeiten gestand: Seit der Landung der Alliierten in der Normandie 1944 arbeitete Hemingway als amerikanischer Kriegsberichterstatter in Europa. Am 27. August 1947 berichtete er über seine damaligen Erlebnisse an seinen Verleger Charles Scribner:

«Einmal habe ich einen besonders frechen SS-Kraut umgelegt (Anm.: Kraut = verächtlicher Ausdruck für Deutsche). Als ich ihm sagte, dass ich ihn töten würde, [...] sagte der Kerl doch: ‚Du wirst mich nicht töten. Weil du Angst davor hast und weil du einer degenerierten Bastardrasse angehörst. Ausserdem verstösst es gegen die Genfer Konvention.‘»



Hemingway 1960
neben Fidel Castro

Hier berichtete Hemingway von der Ermordung eines Kriegsgefangenen, womit er – für die Alliierten nicht ungewöhnlich – in der Tat gegen die Genfer Konvention verstossen hätte. In einem anderen Brief schilderte er, wie er einem einzelnen deutschen Soldaten, «ein Junge, etwa so alt wie mein Sohn Patrick zu der Zeit», der auf einem Fahrrad flüchtete, von hinten «durch das Rückgrat geschossen» habe. Am 2. Juni 1950 erzählte Hemingway dem amerikanischen Literaturprofessor Arthur Mizener von der Cornell-Universität (New York), er habe 122 Deutsche getötet. Waren dies etwa alles Kriegsgefangene? In diesem Sinne titelte zumindest die Bild 2006: «Ernest Hemingway erschoss 122 deutsche Kriegsgefangene».⁽³⁾

Zu einer Untersuchung seiner Behauptungen kam es nie, da seit dem Kriegsende weder von der BRD noch den Kriegssiegern jemals irgendwelche Anstrengungen unternommen wurden, um alliierte Kriegsverbrechen zu bestrafen. Die USA stellten sich 1946 in Nürnberg als internationaler Hüter des Rechts dar (siehe S.128 ff.). Hätten sie sich in dieser Rolle nicht auch darum kümmern müssen, dass Kriegsverbrechen, für die die deutschen Angeklagten in Nürnberg verurteilt wurden, in den eigenen Reihen ebenso gesühnt werden würden?

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu einem regelrechten Siegeszug Hemingways durch die deutsche Literatur: Für den Schriftsteller Michael Kleeberg, selbst von Hemingway geprägt, gibt es «kaum einen zweiten Schriftsteller, der in der ersten Zeit des Neubeginns der westdeutschen Literatur einen solchen Einfluss auf seine Kollegen ausübte».⁽⁴⁾ (tk)



Titelseite der Bildzeitung 2006

Quellen:

- 20min.ch, Hemingway als KGB-Agent enttarnt, 10.07.2009
- de.sputniknews.com, Wie der sowjetische Geheimdienst Ernest Hemingway zum Spion machte, 21.03.2017
- bild.de, Briefe des Nobelpreisträgers enthüllen: Ernest Hemingway erschoss 122 deutsche Kriegsgefangene, 25.09.2006
- stern.de, Der unzeitgemäss Zeitgemäss

September 1954:

Adenauer warnt vor neuer deutscher Armee



v.l.n.r.: Der britische Aussenminister Anthony Eden, Konrad Adenauer, US-Aussenminister Dean Acheson und EU-Gründervater Robert Schuman. Adenauer konnte die europäische Einheit kaum abwarten – allerdings ohne Wiederaufrüstung der Deutschen.

Im September 1954 kam es in London zu einer Reihe entscheidender Unterredungen mit einigen europäischen Regierungschefs über die zukünftige westeuropäische Integration. Während der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer dabei die Vision eines Zusammenschlusses unter Einbindung Westdeutschlands verfolgte, brachte Frankreich unter Ministerpräsident Mendes-France unter anderem das Konzept einer gesamteuropäischen Verteidigungsallianz ins Gespräch, zu der Deutschland mit der Aufstellung eigener Nationalstreitkräfte seinen Beitrag leisten sollte. Hier stellte sich Adenauer quer – mit geradezu hanebüchenen Argumenten, wie sich im Rückblick sagen lässt. In der Nacht vom 28. auf den 29. September

1954 liess Adenauer in Gesprächen mit den Aussenministern Luxemburgs und Belgiens, Joseph Bech und Paul-Henri Spaak, die Katze aus dem Sack. Spiegel-Korrespondent Lothar Rühl war damals in dem Londoner Konferenzhotel als zufälliger Zeuge zugegen und notierte Adenauers Auslassungen mit: «Ich bin fest überzeugt», redete der Bundeskanzler demnach auf seine Gesprächspartner ein, «hundertprozentig überzeugt, dass die deutsche Nationalarmee, zu der uns Mendes-France zwingt, eine grosse Gefahr für Deutschland und Europa werden wird – wenn ich einmal nicht mehr bin, weiss ich nicht, was aus Deutschland werden soll, wenn es uns nicht doch noch gelingen sollte, Europa rechtzeitig zu schaffen.»



Wussten Sie...

...dass Konrad Adenauer mit John McCloy – dem Hohen Kommissar der USA und damit dem vielleicht einflussreichsten Mann Westdeutschlands – verwandt war? McCloy heiratete er am 25. April 1930 die Deutsch-Amerikanerin Ellen Zinsser, eine Cousine von Konrad Adenauers Ehefrau Auguste Adenauer, geborene Zinsser. Ein Schelm, wer vermutet, dieser Umstand habe zur Wahl Adenauers zum ersten BRD-Bundeskanzler beige-tragen...

Quelle: de.wikipedia.org, John Jay McCloy

An dieser Stelle schaltete sich der luxemburgische Minister Joseph Bech mit der Bemerkung ein, Frankreich werde schon dafür sorgen, dass die deutsche Armee unter Kontrolle gehalten werde. Doch Adenauer liess sich in seinen antideutschen Ressentiments nicht irremachen. Mit einer ungeduldigen Handbewegung entgegnete er: «Wenn Europa nicht wird und Deutschland eine Nationalarmee hat, dann können Sie eines Tages was erleben, Herr Bech, das sage ich Ihnen jetzt. Wenn in Deutschland wieder die Nationalisten an die Macht kommen...»

Selbst dem anwesenden Spiegel-Redakteur erschienen solche Tiraden reichlich dick aufgetragen und er notierte in seinem damaligen Beitrag: «Die Furcht vor dem Wiedererstehen eines zynisch-bornierten deutschen Nationalismus schien ihn gänzlich ergriffen zu haben.» (tk)

Quelle: spiegel.de, Etwas Eis, Gentlemen?; 06.10.1954



CDU-Bundestagswahlplakat von 1961. Unter vier Augen versicherten Regierungsvertreter den Siegermächten allerdings, man versuche nur den «Eindruck zu erwecken, dass die Regierung aktiv die Wiedervereinigung betreibe».

September 1956:

Adenauer täuscht die Bevölkerung über die Wiedervereinigung

Auf ein wichtiges Dokument aus Jahrzehnte geheim gehaltenen britischen Akten wies 1989 Dr. Joseph Foschepoth hin. Er schrieb: «Bezeichnenderweise wurden immer dann grossangelegte Kampagnen zur Wiedervereinigung Deutschlands [von der Bundesregierung] gestartet, wenn Wahlen vor der Tür standen. Als im September 1956 die Bundesregierung mit grossem propagandistischen Aufwand den vier Mächten ein Memorandum zur Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit übergab, beschwichtigte der damalige Vertraute Adenauers, Wilhelm ▶



► G. Grewe, die Westmächte, dass dies alles nicht so ernst zu nehmen sei: '[Die deutsche Regierung hatte nicht] die Absicht, in direkte Verhandlungen mit den Russen [zur Wiedervereinigung] einzutreten', sondern, sie sei 'lediglich der Meinung, dass es angebracht sei, den Austausch von Noten bis zum Zeitpunkt der Bundestagswahlen fortzusetzen, um den Eindruck zu erwecken, dass die Regierung aktiv die Wiedervereinigung betreibt.'»

Das beweist wohl überzeugend, dass Adenauer die deutsche Wiedervereinigung entgegen seinen Worten nicht nur nicht als wichtigstes Ziel seiner Politik betrachtete, sondern dass er ihr sogar Widerstände in den Weg legte. Dass der SPD-Parteivorsitzende Kurt Schumacher Adenauer den «Kanzler der Alliierten» nannte, kam wohl nicht von ungefähr. (tk)

Quelle: Joseph Foschepoth, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.06.1989 – britisches Staatsarchiv (PRO, FO 371 /124548/ WG 10 71/131)

FAZIT

Konrad Adenauer verkörperte also die Grundprinzipien der Umerziehung: Er sah die Deutschen als militaristisch und gefährlich an. An einer Wiedervereinigung war er trotz leerer Versprechungen nicht interessiert. Kurt Schumachers Bezeichnung «Kanzler der Alliierten» scheint durchaus angemessen.

24. Dezember 1959:

Hakenkreuze in Köln eine KGB-Aktion?

In der Nacht vom 24. zum 25. Dezember 1959 wurde die Synagoge in Köln, Roonstrasse, laut Behörden und Medien von zwei jungen Männern mit Hakenkreuzen und der Parole «Juden raus» beschmiert. Es handele sich um den Bäckergehilfen Arnold Strunk und den kaufmännischen Angestellten Paul Josef Schönen, beide 1934 in Köln geboren. Die Täter waren Mitglieder der Deutschen Reichspartei DRP, der sie im Jahre 1958 beigetreten waren.

Folgen: Die Schmieraktion von Köln hatte ein geradezu hysterisches Echo. Alle möglichen Publikationsorgane und auch die Kirchen überschlugen sich vor Selbsterniedrigung und Anklagen gegen Rechts. Es kam zur zweiten Welle der «Vergangenheitsbewältigung» – ein Begriff, der geradezu systematisch wiederholt wurde. Am 18. Februar 1960 musste Bundesinnenminister Schröder im Bundestag erklären: «Wir stellen uns ernsthaft die Frage, ob wir den nach 1945, insbesondere seit der Bildung der Bundesrepublik 1949 eingeschlagenen neuen Weg ohne Beeinträchtigung fortsetzen können [...]»

Ab dieser Zeit wurden regierungsamtliche Jahresberichte über «Rechtsextremismus», die Verfassungsschutzberichte, vorgelegt. Die «Ständige Konferenz der Kultusminister» gab im Februar 1960 neue Richtlinien (Saarbrücker Rahmenvereinbarungen) für die Behandlung der jüngsten Vergangenheit im Geschichtsunterricht heraus. An Universitäten und Pädagogischen Hochschulen wurden weitere Lehrstühle für «Politische Wissenschaften» zur Verstärkung der Umerziehung errichtet. Die Ludwigsburger Zentralstelle (Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen) wurde eingerichtet, um eine grosse Prozesswelle gegen ehemalige deutsche Soldaten und Offiziere in Gang zu bringen.

Propagandaaktion?

Schon in dem von der Bundesregierung 1960 herausgegebenen Weissbuch⁽¹⁾ wird (z.B. auf Seite 52) auf den kommunistischen Propagandafeldzug aufmerksam gemacht, der im Zusammenhang mit den Ereignissen in Köln gegen die Bundesrepublik (nicht etwa gegen die DRP oder die beiden Täter) in DDR und Sowjetunion stattfand. Auch Verteidigungsminis-



Sicher eine strafwürdige Schmiererei. Doch wie ist es möglich, dass solch ein Zwischenfall die deutschen Medien wochenlang dominieren und eine regelrechte Staatskrise herbeiführen konnte?

ter Franz-Josef Strauss hatte vor der CDU/CSU-Fraktion in Bonn am 19. Januar 1960 bereits aufgrund von Indizien betont, dass die Einzelaktionen das Ergebnis kommunistischer Infiltrationsarbeit seien. Dafür wurde Strauss von den Medien mit Spott und Hämie übergossen.

Im Jahre 1974 kam ein Buch des amerikanischen Geheimdienstoffiziers John Barron mit dem Titel «KGB» auf den Markt. Barron belegt darin die kommunistische Beteiligung⁽²⁾ im Falle der Kölner Hakenkreuzschmierer: Der für Desinformation zuständige sowjetische KGB-General Agajanz habe die weltweiten Hakenkreuzschmierereien – auch die in Köln – und



«Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren» war der Leitspruch der 68er, die als erste Generation in den «Genuss» einer verstärkten «Vergangenheitsbewältigung» gekommen waren. Der Spruch griff die Theorie der Alliierten und der Frankfurter Schule (siehe S.183 f.) auf, die Kriegslust sei tief im deutschen Wesen verankert.

vor allen Dingen die antisemitischen Parolen organisiert. Der Westen sei über diese Ereignisse durch Überläufer aus dem Osten informiert worden.

Mit dem Nachlassen der Ost-West-Spannungen kam es – etwa ab 1961 – in Deutschland und auch anderswo zu einer langsamen Veränderung des Meinungsklimas. Die linke Studentenrevolte von 1968 und der «lange Marsch durch die Institutionen» taten ein Übriges. Und im Kielwasser des neuen Marxismus schwamm – generalüberholt und mit neuem Wortschatz ausgestattet – die wiedererstandene Kollektivschuldthese. (tk)

Quellen:

Der Grosse Wendig - Richtigstellungen zur Zeitgeschichte, Band 2, Gräbert-Verlag, Tübingen

1. Weissbuch und Erklärung der Bundesregierung, Bonn, 1960, S. 29 f.

2. John Barron, KGB, Scherz, München, 1974

Die «Bewältigung der Vergangenheit» in anderen Ländern

Die Dimension der deutschen «Vergangenheitsbewältigung» zeigt sich am allerbesten im internationalen Vergleich. Im Hinblick auf die Kolonialgräueltaten in Algerien 1954–1962 hat die französische Staatsspitze eine Entschuldigung ebenso abgelehnt wie die gerichtliche Aufarbeitung oder auch nur die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Auch amerikanische Kriegsverbrecher können ruhig schlafen. Bekanntlich hatten US-Einheiten in mehreren Dörfern Vietnams Massenverbrechen begangen, zum Beispiel am 16. März 1968 in der Ortschaft My Lai, wo 347 Zivilisten zusammengetrieben und massakriert wurden; das jüngste Opfer war zwei Jahre alt. U.a. in Afghanistan, Irak oder Libyen setzten sich die Gräueltaten fort.

Auch der Genozid am armenischen Volk im Türkischen Reich im Jahr 1915 spricht Bände: Den Stand der türkischen Vergangenheitsbewältigung beleuchtet am besten die Tatsache, dass nach §130 des deutschen Strafgesetzbuchs wegen Volksverhetzung strafbar ist, wer den Völkermord an den Juden während des Zweiten Weltkriegs negiert (siehe S.254 ff.), während es nach §312 des türkischen Strafgesetzbuchs wegen Volksverhetzung strafbar ist, den Völkermord an den Armeniern während des Ersten Weltkriegs als Realität zu bezeichnen.

In spanischen Schulbüchern erscheinen die Eroberer Mittel- und Südamerikas bis heute meist als Vermittler des Christentums und der abendländischen Kultur. In zeitgenössischen Berichten wie dem des Indianerbischofs



Hängen, Verbrennen und Verfolgung von Indios durch die Spanier, Illustration von Bartolomé de las Casas, Kupferstich von 1552



Zeichnung britischer Soldaten bei der Schlacht von Amoy in China 1841. Der britische Kolonialismus hinterliess ebenso wie der spanische und belgische Millionen Tote.



► Bartolomé de Las Casas («Kurzgefasster Bericht über die Verwüstung der Westindischen Länder») lesen wir eine andere, eine schreckliche Geschichte. Heute weiss man zum Beispiel, dass die Bevölkerung Perus innerhalb weniger Jahrzehnte nach Ankunft der Spanier von 10 bis 15 Millionen auf 800.000 zurückging. Vor allem Zwangsarbeit und eingeschleppte Infektionen waren die Ursachen der Katastrophe. Trotzdem wird in Kreisen spanischer Historiker die dunkle Kehrseite der Kolonialgeschichte auch heute noch gern als Legende und Schwarzmalerei («leyenda negra») abgetan. Ähnlich wurden auch die Gräueltaten des britischen oder belgischen Kolonialismus verharmlost, wobei sich dies im Rahmen einer weltweiten politisch korrekten Umerziehung allmählich ändert.

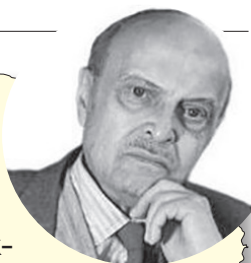
Soviel zum Vorwurf der mangelnden Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im internationalen Vergleich. (tk)

Quelle: Heinz Nawratil, *Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein*, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.77

„Wenn ich mir die linken Studenten und jungen Literaten ansehe, die sich heute so massenhaft und bereitwillig über die Sünden ihrer Väter entrüsten (ohne eine Ahnung von den Konflikten und Versuchungen, in die auch anständige Leute damals geraten konnten), dann fühle ich mich unwillkürlich an meine eigenen Altersgenossen erinnert, die jungen Leute von vor 30 Jahren, die damals, voll ähnlich leicht erregter Entrüstung, scharenweise in die SA gingen. Dieselben unkritischen jungen Gesichter, dieselbe naive Unbescheidenheit und Überheblichkeit, dieselbe Bereitschaft, sich als Weltenrichter aufzuspielen; vor allem dieselbe etwas subalterne Unfähigkeit, das Böse auch dann zu bemerken, wenn es sich auf der eigenen Seite und in der eigenen Sache einschleicht. [...] Das Schreckliche an dem Linksdrall der gegenwärtigen politischen Mode, genau wie an dem Rechtsdrall, der eine Generation zuvor herrschte, ist, dass er mit gänzlich unbewusster Automatik funktioniert, ohne dass die Leute auch nur merken, dass sie eigentlich alles ungeprüft voraussetzen, wie inkonsequent sie oft sind und wie sehr sie gewohnheitsmässig mit zweierlei Mass messen.»

Sebastian Haffner, Journalist, einer der einflussreichsten Autoren über den Nationalsozialismus, zur Mentalität der «Achtundsechziger»

Quelle: Heinz Nawratil, *Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein*, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.126



04. Mai 1960:

Theodor Oberländer muss zurücktreten

Im Mai 1960 sah sich Bundeskanzler Adenauer unter dem Druck der Medienöffentlichkeit gezwungen, seinen seit 1953 amtierenden Vertriebenenminister Theodor Oberländer (1905–1998) fallenzulassen, da dieser angeblich im Ostblock als Kriegsverbrecher entlarvt worden sei.

Oberländer trat am 04. Mai 1960 zurück. In Wirklichkeit handelte es sich bei diesem Fall um eine klassische sowjetische Verleumdungskampagne, der die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien trotz besseren Wissens nachgaben. Ein vom Oberstaatsanwalt beim Landgericht

Bonn durchgeführtes Ermittlungsverfahren wurde im Oktober 1960 mangels Tatverdacht eingestellt.

Oberländer war als Soldat Teil der aus Ukrainern gebildeten Einheit «Nachtigall» und nahm in dieser am Ostfeldzug teil. Als Oberleutnant der Wehrmacht wurde er auf seinen Vorschlag von Admiral Canaris, dem Chef der deutschen Abwehr, 1941 mit der Aufstellung des «Verbandes Bergmann» aus Freiwilligen der kaukasischen Völker beauftragt. Nach Kriegsgefangenschaft 1945/46 übernahm Oberländer im Jahre 1954 (bis 1956) die Führung des von ihm 1950 in Bayern gegründeten «Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten» (BHE), war 1951 bayerischer Staatssekretär für das Flüchtlingswesen und wurde 1953 Bundesminister für Vertriebene. Dieser Aufstieg machte ihn zur Zielscheibe für Moskau, wobei die Bundesregierung getroffen werden sollte. Am 5. April 1960 wurde im «Oktober-Saal» des «Hauses der Gewerkschaften» in Moskau der «Fall Oberländer» aus der Taufe gehoben. In einer Pressekonferenz für sowjetische und ausländische Journalisten wurde der Deutsche einer langen Kette von

Urteilsverkündung gegen Oberländer vor dem Obersten Gericht der DDR am 29. April 1960. Das Ergebnis des Schauprozesses wurde von vielen deutschen Medien unkritisch als Schlagzeile übernommen.



Foto: Bundesarchiv, Bild 183-72704-0001 / CC-BY-SA 3.0



Desinformierte Bürger protestieren für den Rücktritt Oberländers.

Verbrechen aller Art beschuldigt, die er in Lemberg 1941 und im Kaukasus begangen, befohlen oder geduldet haben sollte. Als Zeugen traten ehemalige Angehörige des «Verbandes Bergmann» auf, die als frühere Offiziere der Roten Armee freiwillig zu «Bergmann» gekommen waren. Mit ihren Verleumdungen hofften sie wohl, der Hölle des sowjetischen Gulags zu entkommen.

Deutsche Medien folgen Moskau

Als folgsamer «Freund» veranstaltete die DDR einen auf die Moskauer Vorwürfe gestützten Schauprozess in Abwesenheit gegen Oberländer, der dort am 29. April 1960 zu lebenslanger Haft verurteilt wurde. Diese Ostblockmassnahmen entfalteten gegen den Vertriebenenminister einen

Mediensturm im Westen, an dem sich auch weite Pressekreise in Westdeutschland beteiligten, die schliesslich auch den dadurch veranlassten Rücktritt des derart Beschuldigten feierten. Nach der Wende wurde durch Einblick in einschlägige sowjetische Akten bestätigt, dass die Kampagne gegen Oberländer nur den Zweck hatte, der Regierung Adenauer Schwierigkeiten zu bereiten. Aus dem Bericht eines russischen Historikers, dem die – begrenzte – Akteninsicht gelungen war, geht hervor, dass «auf Vorschlag des KGB das Präsidium des Zentralkomitees der KPdSU», also die Führungsspitze der Sowjetunion, «am 24. Februar 1960 entschieden hat, wegen der politischen Stellung Oberländers» als Minister Adenauers, «seine Entlarvung mittels einer Pressekonferenz vorzubereiten».

Zügig konnte das KGB schon in der Sitzung des Präsidiums vom 10. März 1960 entsprechende Vorschläge machen: «Die Pressekonferenz soll am 5. April 1960 stattfinden, und es soll Vorsorge getroffen werden für ein möglichst grosses Echo im Westen.» Das Material der Entlarvung solle der DDR zur weiteren Verwendung übergeben werden. Ferner wurde vorgeschlagen, den Hauptzeugen, der 1949 wegen seiner Zugehörigkeit zu «Bergmann» zu 25 Jahren Lagerhaft verurteilt worden war, als Anerkennung für seine Mitarbeit bei der Beschuldigung Oberländers vorzeitig zu entlassen.

Das Skandalöse des «Falles Oberländer» ist jedoch nicht die von Moskau ausgegangene und von der DDR übernommene Verleumdung – eine klassische Form kommunistischer Desinformation –, sondern die Beflissenheit, mit der nicht nur westdeutsche Meinungsmacher, sondern auch Historiker wider besseres Wissen oder aus Blindheit gegenüber der Arbeitsweise eines kommunistischen Regimes die Verleumdungen aufgriffen und jahrzehntelang bis über den Tod Oberländers am 4. Mai 1998 hinaus immer wieder von neuem vorgebracht haben. Der Beschluss der Staatsanwaltschaft Bonn über die Einstellung des letzten – mit Oberländers Einverständnis – gegen ihn angestrebten Ermittlungsverfahrens datiert vom 8. Mai 1998, vier Tage nach seinem Tod. Allein der Umfang von 607 Seiten bezeugt die Sorgfalt der Untersuchung, die Oberländer von allen Vorwürfen freispricht. (tk)

Quelle: zeit.de, Der «Fall Oberländer», 09.10.1959

1961: Fritz Fischers «Griff nach der Weltmacht» gibt Deutschen Schuld am Ersten Weltkrieg

Der spätere Hamburger Geschichtsordinarius Fritz Fischer löste 1961 mit seinem Buch «Griff nach der Weltmacht» den ersten Historikerstreit der Nachkriegszeit in Westdeutschland – die «Fischer-Kontroverse» – aus, weil er in die-

sem Werk – wie auch in seinen späteren Büchern – im Zeichen der Siegerpropaganda versuchte, Deutschland die Schuld am Ersten Weltkrieg zuzuschieben und den Kriegsschuldparagraphen 231 des Versailler Vertrags (siehe S.41 ff.) zu rechtfertigen. Die Reichsregierung habe spätestens seit 1911 zielstrebig auf den Weltkrieg hingearbeitet, weil sie die führende Weltmachtstellung habe erringen wollen. Trotz heftiger Gegenwehr seitens anderer Geschichtsforscher, die die bald nach dem Ersten Weltkrieg auch international anerkannte Ansicht vertraten, dass Deutschland am Ausbruch des Ersten Weltkrieges keine Alleinschuld trug, konnte sich Fritz Fischer, gefördert von Regierung und Medien, bei der jüngeren Historikerge-

neration weitgehend durchsetzen und wurde der wirkungsmächtigste deutsche Historiker der zweiten Jahrhunderthälfte. Seine Bücher trugen wesentlich mit zur ideologischen Untermauerung der Verzichtspolitik in Bezug auf die deutschen Ostprovinzen sowie zur Sühne- und Schuldhaltung der deutschen Bevölkerung bei.

Gefälschte Zitate

Er gelangte zu dieser Bedeutung, obwohl ihm unseriöser Umgang mit den Quellen zu seinem Standardwerk nachgewiesen werden konnte. So hatte Fischer mehrfach Zitate in dem von ihm gewünschten Sinne zur Belastung Deutschlands einfach verändert. Der Geschichtslehrer Gunter Spraul ►



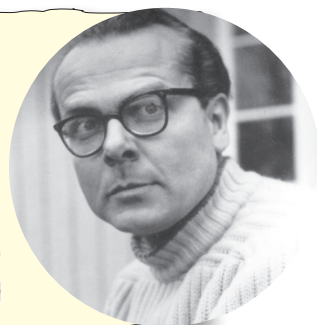
Fritz Fischer war ein beliebter Gast in Geschichtsdokumentationen.



„«Die Deutschen sind doch immer derselbe unveränderbare Misthaufen, ganz gleich, welche Regierungsform (schliesslich ist es ja auch wirklich egal, ob ein Kuhfladen rund oder ins Quadrat getreten ist: Scheisse bleibt's immer!).»

Arno Schmidt, einer der bekanntesten deutschen Schriftsteller der Nachkriegszeit, 1956 im Briefwechsel mit seinem Freund Alfred Andersch

Quelle: spiegel.de, «The Germany kann me furchtbar leckn!», 04.11.1985



► wies auf eine Reihe solcher Beispiele hin.

⁽¹⁾ So habe Fischer als ein schwerwiegendes Zitat des damaligen preussischen Innenministers Bethmann Hollweg aus dem Jahre 1903 ausgegeben, was eine Baronin aus einem Gespräch mit einem Dritten in ihrem Tagebuch aufschrieb, und zudem nicht angeführt, dass Bethmann Hollweg 1903 noch Oberpräsident war und erst 1905 Innenminister wurde. Ferner habe Fischer in ein Zitat, ohne das kenntlich zu machen, den Einschub «Das ist des Kaisers feste Überzeugung» eingefügt sowie das Wort «soll» durch «muss» ersetzt, was den Sinn sehr verschärfte. In einem anderen angeblichen Zitat des Kaisers habe Fischer ein «wenn nötig» in «wenn möglich» verändert sowie aus «Sozialisten» dabei «Sozialdemokraten» gemacht. Spraul bedauert sehr, dass bei der Fischer-Kontroverse «eine Diskussion über die Erkenntnisvoraussetzungen, Quellenbasis und -auswahl, Interpretationsmethode, Korrektheit im Umgang mit Belegen [...] kaum geführt» wurde, da sonst die Fragwürdigkeit von Fischers Behauptung der deutschen Hauptschuld am Ersten Weltkrieg deutlich geworden wäre.

In einem anderen Fall schreibt Fischer über den 1. August 1914: «Der Generalstabchef Moltke hatte angenehme Erinnerungen an den 1. August.» Und er zitiert ihn anschliessend: «Es herrschte, wie gesagt, eine freudige Stimmung.» Das erweckt den Eindruck, Moltke habe sich auf den drohenden Krieg gefreut. Doch das Gegenteil

ist richtig. Moltke beschreibt seine Freude über die zwar unzutreffende, aber zunächst für ihn befreiende Mitteilung des deutschen Botschafters in London, «England wolle die Verpflichtung übernehmen, dass Frankreich nicht in den Krieg gegen uns eintreten werde, wenn Deutschland sich seinerseits verpflichte, keine feindselige Handlung gegen Frankreich zu unternehmen. Es herrschte, wie gesagt, eine freudige Stimmung».

Dieser schlampige und bewusst einseitige Verfälschungen nicht ausschliessende Umgang Fischers mit den Quellen wird von dem Journalisten Elmar Schubbe (u.a. ZEIT) bestätigt, der sich kurz nach 1961 als Geschichtsstudent in einem quellenkritischen Seminar bei dem Heidelberger Geschichtsordinarius Werner Conze mit Fischers «Griff nach der Weltmacht» befasste. Er schreibt: «Ich gehörte zu jenen Studenten, die sich mit diesem Buch zu befassen hatten. Was wir entdeckten, war erschreckend: Viele im umfangreichen Anmerkungsapparat als Beleg für die im Textteil vertretenen Deutungen deutscher Politik aufgeführte Quellen erwiesen sich als nichtssagend oder schlimmer noch: manche gar als im Sinne der Deutungen völlig interpretationsungeeignet. Je mehr wir uns mit Fischers Quellen befassten, desto deutlicher wurde uns, dass in diesem Werk nicht gefragt wurde, was wirklich gewesen war, sondern nur eine politische These vertreten wurde. Fischers wissenschaftliche Kritiker bemerkten natürlich, in welcher schludriger oder fahrlässiger Weise der Hamburger Ordinarius mit den Quellen umsprang. Doch welcher Journalist hatte Zeit und Gelegenheit, zu den Quellen zu gehen? [...] Am Ende des Semesters waren wir ratlos. Keiner von uns, der so mit Quellenmaterial umgegangen wäre, hätte ein Testat bekommen. Beherrschte der anerkannte Wissenschaftler sein Handwerk

nicht? Kaum zu glauben! Blieb nur die Vermutung, dass dieses Buch lediglich um der politischen Wirkung der These von der deutschen Alleinschuld geschrieben worden war – in der begründeten Hoffnung, dass sich kein Journalist der Mühe unterziehen würde, quellenkritisch das Werk zu überprüfen. Eine böse Vermutung. Ich gestehe, dass ich diese Vermutung noch heute habe.» ⁽²⁾

Ein williger Helfer der Briten?

Der britische Historiker Christopher Clark stellte die These auf, Fritz Fischer sei zu der Aufnahme des Kriegsschuldkapitels erst nachträglich genötigt worden. Fischer war der erste deutsche Historiker, der von den Alliierten Zugang zu den «Akten zur deutschen auswärtigen Politik» (ADAP) des entsprechenden Zeitraumes erhielt. Den Alliierten war an der Bestätigung der Alleinkriegsschuldthese gelegen. Zweifel an der angeblichen Alleinschuld Deutschlands hätten eine Mitschuld der Siegermächte am späteren Aufstieg Hitlers und auch am Zweiten Weltkrieg bedeutet. Dies hätte wiederum der Nachkriegsordnung nach 1945 die moralische Grundlage entzogen. Es wäre eine Naivität zu glauben, dass die Alliierten Fischer zugestanden hätten, ergebnisoffen zu forschen. Dass Fischer in der «Encyclopedia of Historians and Historical Writing» (London 1999) als der wichtigste deutsche Historiker des 20. Jahrhunderts bezeichnet wird, kann als eine Danksagung der Briten an ihren willigen Helfer verstanden werden. (tk)

Quellen:

1. Gunter Spraul, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Nr. 5, 1987, S. 296-303
2. Elmar Schubbe, Der Griff nach der Wahrheit - Fritz Fischer und der unseriöse Umgang mit den Quellen in seinem Standardwerk, in: Das Ostpreussenblatt, 18.12.1999



Viele seiner Berufskollegen erkannten die Schlampigkeit von Fischers Arbeit.

FAZIT

Ungeheuerlich: Der vielleicht wichtigste Nachkriegshistoriker Deutschlands verfälscht sehr wahrscheinlich absichtlich Zitate und vertritt die längst widerlegte Alleinschuldthese Deutschlands am Ersten Weltkrieg. Was sagt uns das über die Zuverlässigkeit der «BRD-Geschichtsforschung»?

1961:

Objektive historische Forschung «volkspädagogisch unwillkommen»

Die These des Autors Fritz Tobias, die Nazis hätten den Reichstag 1933 nicht selbst angezündet, sondern es habe sich von ihnen verlaublich um einen kommunistischen Einzeltäter gehandelt, fand in Historikerkreisen grosse Anerkennung. Der Welt-Redakteur Sven Felix Kellerhoff schrieb lobend: «Im Alleingang widerlegte er Ende der Fünfzigerjahre die bis dahin unbestrittene Deutung, die Nazis selbst hätten am Abend des 27. Februar 1933 im Berliner Reichstag gezündelt. Als erster Autor nahm Tobias die Geständnisse des 1934 hingerichteten holländischen Anarchisten Marinus van der Lubbe ernst – und fand so den Weg zur Lösung des Rätsels um die folgenreichste Brandstiftung der deutschen Geschichte.» Der Sozialdemokrat Tobias hatte 1933 als «mittelbare Auswirkung des Reichstagsbrandes Stellung, Beruf und Heim» verloren, womit wohl ausgeschlossen werden kann, dass Tobias die Nazis aus politischer Sympathie im Nachhinein freisprach.



Ausgerechnet Golo Mann – Sohn von Thomas Mann, der sich für die Alliierten gegen Deutschland gewandt hatte – war einer der renommiertesten Historiker der Nachkriegszeit.

Tobias' Thesen – ob richtig oder nicht – offenbarten, dass die Geschichtswissenschaft im «befreiten» Deutschland mehr als Erziehungswissenschaft interpretiert wird. Der renommierte Historiker Golo Mann – Sohn von Thomas Mann (siehe S.191 f.) – schrieb an Tobias in einem Brief: «Die-se neue These ist mir nicht angenehm.»  Würde sich die Argumentation von Tobias als richtig erweisen, so wäre «es mir sozusagen volkspädagogisch unwillkommen». Was für Mann zählte, war also nicht die historische Wahrheit oder objektive Forschung, sondern die Aufrechterhaltung eines möglichst dunklen Narrativs über das Dritte Reich. ⁽¹⁾ Noch origineller formulierte es der Historiker Walther Hofer: «Wenn nämlich  bewiesen werden könnte, dass die Nationalsozialisten zu Unrecht verdächtigt würden, den Reichstagsbrand inszeniert zu haben, so könnte versucht werden, den gleichen ‚Beweis‘ auch für die anderen Verbrechen [...] zu erbringen.» ⁽²⁾

Quellen: 1. welt.de, Der Mann, der den Reichstagsbrand aufklärte, 05.01.2011; 2. zeit.de, Ende einer Fälschung, 21.02.1986

1961:

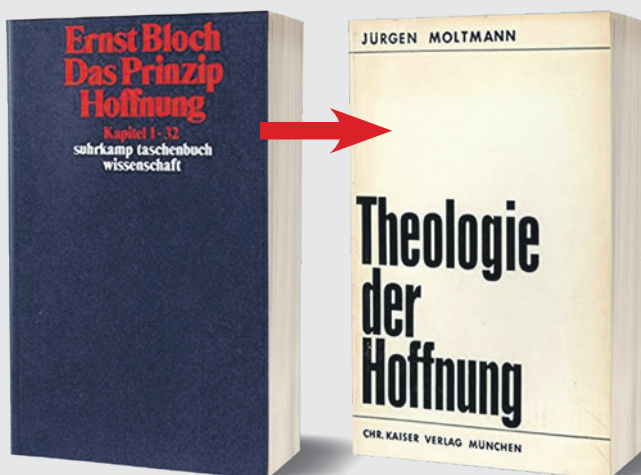
Stalinist wird Professor an der Universität Tübingen

Der Schriftsteller Ernst Bloch, den mit dem Mitbegründer der Frankfurter Schule (siehe S.183 f.), Georg Lukacs, eine enge Freundschaft verband, hatte sich zur Vermeidung des Wehrdienstes im Ersten Weltkrieg von München in die Schweiz begeben. Von dort aus verfasste er Schriften gegen den deutschen Militarismus, während er die bolschewistische Machtübernahme in Russland bejubelte: «Wo Lenin herrscht, da liegt Jerusalem!» In anderen Wor-

ten: Wo der Kommunismus herrschen wird, dort ist die messianische Hoffnung des Judentums erfüllt. ⁽¹⁾

In den 1920er Jahren lebte er vor allem in Berlin, wo er Verbindung zu Theodor W. Adorno hatte. Bloch trat der KPD bei und betätigte sich für diese. Deswegen wurde er 1933 ausgebürgert. Über Zürich, Paris, Wien und Prag kam er 1938 in die Vereinigten Staaten von Amerika, wo er in der stalinistisch durchsetzten Bewegung «Freies Deutschland» mitwirkte. Bloch begrüßte die Schauprozesse und den stalinistischen Massenmord. Er veröffentlichte nicht nur Hymnen auf Stalin, sondern propagierte auch eine «Weltkoalition» zum Kampf gegen Deutschland. 1949 begab er sich in die DDR, wo er an der Universität Leipzig als Ordinarius Philosophie lehrte. Einen Ruf an die Universität Frankfurt hatte er hochmütig mit den Worten abgelehnt, er denke nicht daran, dem Kapitalismus zu dienen. 1955 erhielt er den «Vaterländischen Verdienstorden» und den «Nationalpreis» der kommunistischen DDR-Machthaber. Bloch verband den Marxismus mit der jüdisch-christlichen Endzeiterwartung zu einer utopischen Vorstellung, vor allem in seinem dreibändigen Hauptwerk «Das Prinzip Hoffnung» (1954–59).

Nach seiner Emeritierung 1957 konnte der offene Stalinist 1961 seine Aktivitäten problemlos in den Westen verlagern, wo er, schon hochbetagt, noch im selben Jahr an der Universität Tübingen eine Gastprofessur und damit einen neuen Wirkungsbereich erhielt. Von hier wirkte er weiterhin besonders stark auf jüngere protestantische Theologen – so auf den ab 1967 ebenfalls in Tübingen lehrenden Jürgen Moltmann, der eine marxistisch angehauchte 



Das marxistische Gedankengut machte auch vor der Kirche nicht halt: Der evangelische Theologe Jürgen Moltmann verpackte die Gedanken des Stalinisten Bloch in einer neuen «Theologie der Hoffnung».



► «Theologie der Hoffnung» (1964, angeregt durch «das Prinzip Hoffnung») abfasste. Nach seinen hohen Auszeichnungen in der Ostzone erhielt Bloch 1964 den Kulturpreis des Deutschen Gewerkschaftsbundes und 1967 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, obwohl er zur Gewalt aufgerufen hatte und der Jugend unzweifelhaft kein friedliches Vorbild war. 1970 wurde Bloch Ehrenbürger seiner Geburtsstadt Ludwigshafen. Die Universität Tübingen machte ihn noch 1975 zum Ehrendoktor, wie auch die Pariser Sorbonne. Ernst Bloch wurde in den 1960er Jahren – neben Marcuse, Horkheimer und Adorno – zum Leitbild und ideologischen Führer der sogenannten «Neuen Linken» in der Bundesrepublik. 1977 verstarb er. (tk)

Quellen: de.wikipedia.org, Ernst Bloch; 1. spiegel.de, Heilung durch die Bibel, 20.12.1971



DDR-Präsident Wilhelm Pieck zeichnet Ernst Bloch mit dem Nationalpreis 2. Klasse aus.

FAZIT

Marxisten, so weit das Auge reicht, die in der BRD mit Preisen, Verdienstkreuzen und Ehrendoktorwürden überschüttet wurden und werden. Die Folgen für die gesamte Gesellschaft wurden spätestens mit der 68er-Bewegung spürbar.

1962:

Deutscher Verlag veröffentlicht Ehrenburg-Biografie

Der Verleger und Autor Helmut Kindler erhielt nach der «Befreiung» mehrere Presselizenzen (siehe S.207 ff.): Unmittelbar nach Ende des Krieges war er aktiv an der Gründung zweier Berliner Zeitungen, des Tagesspiegels und der Berliner Zeitung, beteiligt. Von 1949 an wirkte er als Herausgeber der Illustrierten «Revue» in München mit. 1956 gründete er die heute noch herausgegebene Jugendzeitschrift Bravo.

In seinem Buchverlag (Kindler Verlag) kamen nahezu ausschliesslich Autoren zu Wort, die die deutsche Geschichte recht einseitig aus der Perspektive der Sieger betrachteten (u.a. Willy Brandt, Ludwig Marcuse, Fritz Kortner, Walter Jens, Robert Jungk, Eugen Kogon und Sebastian Haffner). Der Höhepunkt von Kindlers Anbiederung an die Siegermächte war allerdings die Veröffentlichung der Memoiren Ilja Ehrenburgs, eines sowjetischen Propagandisten während des Zweiten Weltkriegs. Er hatte u.a. mit Aufrufen wie «Wenn du nicht pro Tag wenigstens

einen Deutschen getötet hast, war es ein verlorenen Tag» in der sowjetischen Militärszeitung Krasnaja Swesda die barbarischen Gewaltexzesse der Roten Armee verstärkt. ⁽¹⁾

Am 25. November 1960 gab der Kindler Verlag im «Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel» bekannt: «Ilja Ehrenburg, der sowjetrussische Revolutionär, Romancier, Essayist und Propagandist, hat seine Memoiren geschrieben. Er, der Verfasser des ‚Julio Jurenito‘ und des ‚Tauwetters‘, war stets gross – und umstritten. [...] Der erste Band von Ehrenburgs Autobiographie erscheint in Kürze.» (Buch erschien nach Verzögerungen erst 1962)

Die ZEIT fragte: «Können wir uns Ilja Ehrenburg leisten?» und liess unter anderen den damals noch politisch angepassten Schriftsteller Martin Walser (siehe S.231) antworten, der apologetisch für Ehrenburg feststellte: «Die Rote Armee musste nicht von einem Literaten aufgehetzt werden. Es genügte wohl, den Rotarmisten mitzutei-

len, wie sich unsere Spezial-Einheiten in der Sowjet-Union vorwärtsforderten. Aber zweifellos: Ein Deutschenhasser ist er. Soll ich ihn deshalb mit weniger Interesse lesen? Bin ich verpflichtet, zurückzuhasse?» ⁽²⁾ Kindlers Buchveröffentlichung war nur einer von vielen Anläufen, Ehrenburg in der BRD reinzuwaschen. Er folgten zahlreiche positive Buchkritiken und Artikel, die Ehrenburgs Deutschenhass im Kontext der damaligen Zeit zu relativieren versuchten. 2003 wurde Ehrenburgs Verleger Helmut Kindler übrigens mit dem «Verdienstkreuz 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland» ausgezeichnet.

Seit Jahrzehnten und trotz zahlreicher Parteiinitiativen zur Umbenennung bleibt auch die Ilja-Ehrenburg-Strasse im Rostocker Ortsteil Toitenwinkel bestehen. (tk)

Quellen:

de.wikipedia.org, Helmut Kindler
1. de.wikipedia.org, Ilja Grigorjewitsch Ehrenburg
2. spiegel.de; Tötet, tötet, tötet; 05.09.1962



Opfer des von der Roten Armee verübten «Massakers von Nemmersdorf». Als Stalins Chefpropagandist war Ilja Ehrenburg für diese Verbrechen mitverantwortlich. Selbst dem Ansehen des genozidalen Kommunisten wurde in Deutschland zu neuem Glanz verholfen.



Kulturhistoriker mit Tirade gegen das deutsche «Kleinbürgertum» und die «Spiesser-Ideologie»



Keine Kinder mehr zu bekommen war für viele Frauen der 68er-Bewegung ein Zeichen, um gegen die alte «Spiesser-Ideologie» zu rebellieren.



Der Nürnberger Schul- und Kulturreferent Hermann Glaser (SPD) verfasste 1964 das Buch «Spiesser-Ideologie», dessen Inhalt an manchen Stellen wohl den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllt:

«Die These wird [von Glaser] aufgestellt und soll bewiesen werden, dass die ‚Geschichte‘ des offiziellen deutschen Geistes innerhalb der letzten eineinhalb Jahrhunderte keine Entwicklung brachte, sondern einem monotonen Rotieren um gleichbleibende ideologische Verzerrungen und Lebenslügen glich [...]»

Glaser klagte den Kleinbürger an, und zwar den deutschen, da «kleinbürgerliches Wesen und Verhalten bei anderen Nationen nie dieses Ausmass wie in Deutschland angenommen hat». Aber auch die Oberschicht, die vom Kleinbürgertum als Autorität angesehen wurde, habe «ungeheuerliche Schuld» auf sich geladen, denn «wer sich als Stütze der Gesellschaft erwies, als ‚untertäniger‘ Richter, Pfarrer, Offizier, Beamter, Professor, Lehrer, Journalist, ist anzuklagen».

«die deutsche Frau Gebärmachine»

Weiter heisst es: «Der Kleinbürger ist asozial: ihm ist der Mitmensch Menschenmaterial, manipulierbarer, verwertbarer Gegenstand. Der Spiesser verdrängt in sich die Menschlichkeit; sein Intimbereich offenbart heillose innere Leere: die Geliebte ist als Mädel Geschlechtstier, die deutsche Frau Gebärmachine; über der Familie thront der Mann als heldischer Patriarch. [...] Die Gartenlaube war überhaupt an der Entwürdigung und Verdummung der deutschen Frau massgeblich beteiligt. [...] Gänsen und Juden von Fall zu Fall den Hals umdrehen, gesunde blondsträhnige Kinder mit gebärfähigen Frauen zeugen, hoch auf dem Erntewagen des Jahres Frucht einbringen, im milden Mondenschein mit den kecken Maiden scherzen – das entsprach dem Wunschbild des Pangermanischen.»

«Deutsche ‚Sauberei‘ hatte man seit den Tagen des Turnvater Jahn mit heiligem Eifer verfochten; ‚Obszönität‘ (undeutsche Geschlechtlichkeit und Sinnlichkeit) mit Entrüstung von sich gewiesen. Den aus einer derartigen Verdrängung und Tabuisierung der Triebwelt aufsteigenden Komplexen und perversen Abreaktionen hätte man nur durch ‚Erhellung‘ seiner selbst und der umgebenden Sozialwelt erfolgreich zu Leibe rücken können. [...] Bismarck war das Idol des deutschen Kleinbürgertums, da er von einem brutalen und persönlichen Machtstreben geprägt war, sich über Rechts- und Verfassungsfragen hinwegsetzte, junkerliche Überheblichkeit an den Tag legte und Politik als Taktik und nicht als Ethos betrieb,» geht es anklagend weiter.



Demo gegen das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen 1975

„[Der deutsche Faschismus] entstammt deutschem kleinbürgerlichen Lebensbezug, auf Plüsch ersonnen und in den Gasöfen von Auschwitz und Theresienstadt praktiziert.»

Paul Hühnerfeld, deutscher Schriftsteller und Literaturkritiker

Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.232



► Leider hätten sich diese Wesenszüge auch nach der Entnazifizierung nicht aufgelöst: «Mit Aufatmen sehen wir [1964] die Konturen einer sittlichen Renaissance vor uns; mit Beklemmnis registrieren wir, dass Wesenszüge des deutschen Spiessertums ‚in alter Frische‘ sich erhalten haben.[...] Die politische Anthropologie bedarf der Sozialpathologie. Die deutsche Ideologien-eurose ist noch nicht geheilt.» (tk)

Quelle: Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.233-234

FAZIT

Anhand solch literarischer Auswüchse, die in Deutschland keine Seltenheit darstellen, wird noch einmal deutlich, dass es sich bei «Entnazifizierung» und «Umerziehung» eigentlich um eine «Entdeutschung» gehandelt hat.



Herbert Marcuse empfiehlt die Zensur von «Intoleranten»

Kaum ein anderer Intellektueller hat den Begriff der «Toleranz», wie er heute in der BRD politisch eingesetzt wird, so entscheidend geprägt wie Herbert Marcuse von der Frankfurter Schule (siehe S.183 f.). In dem Sammelwerk «Kritik der reinen Toleranz» erschien 1965 sein Essay zur «Repressiven Toleranz», das vor allem die 68er-Studentenbewegung beeinflusste, dessen Grundgedanken jedoch auch in der aktuellen Politik mehr als präsent sind.

Marcuse beschreibt die damalige Industriegesellschaft als intolerant (familiär organisiert, autoritätshörig, traditionell, militaristisch) und stellt diesem Status Quo seine Idee der «befreienden Toleranz» gegenüber. In dieser (marxistischen) utopischen Gesellschaftsvorstellung wäre das Individuum von allen Zwängen befreit und öffentliche Wohlfahrt für alle gewährleistet.

Marcuses «befreiende Toleranz» schliesst allerdings eine uneingeschränkte Toleranz gegenüber «rückschrittlichen Bewegungen» (also traditionellen, antimarxistischen Bewegungen) aus. In anderen Worten: Der Kämpfer für Toleranz habe das Recht, die Intoleranten, die weiter an der bestehenden Gesellschaftsordnung festhalten, auch mit intoleranten Mitteln zu bekämpfen.

So rechtfertigte Marcuse die Zensur der «Intoleranten» im typisch verklausulierten Stil der Frankfurter Schule: «Aber die Gesellschaft kann nicht dort unterschiedslos

verfahren, wo die Befriedung des Daseins, wo Freiheit und Glück selbst auf dem Spiel stehen: hier können bestimmte Dinge nicht gesagt, bestimmte Ideen nicht ausgedrückt, bestimmte politische Massnahmen nicht vorgeschlagen, ein bestimmtes Verhalten nicht gestattet werden, ohne dass man Toleranz zu einem Instrument der Fortdauer von Knechtschaft macht.»⁽¹⁾

Beispielsweise der «Sozialistische deutsche Studentenbund» (prägend für die 68er-Bewegung) griff Marcuses Gedanken auf und begründete damit das Streben nach einer angeblich besseren neuen Gesellschaftsordnung. (tk)

Quelle: de.wikipedia.org, Repressive Toleranz
1. Kritik der reinen Toleranz, S.99

FAZIT

Genau wie Hass kein Gegenmittel gegen Hass (siehe S.198), Zensur kein Gegenmittel gegen Zensur (siehe S.215), Unwissenschaftlichkeit kein Gegenmittel gegen Unwissenschaftlichkeit (siehe S.218 f.) sein kann, so wird auch Intoleranz nie zum erwünschten Ziel der Toleranz führen.



„«Wenn man sich unter Zensur nicht einen fleissigen Beamten vorstellt, der mit einem Rotstift dicke Bände durchgeht, sondern die Technik, mit der eine Seite verhindert, dass die andere zu Wort kommt, dann kann nur unterstrichen werden, dass in den modernen Demokratien die Zensur einen Höhepunkt erreicht hat. Der grösste Erfolg der ‚neuen Zensoren‘ ist jedoch, das Publikum überzeugt zu haben, dass es keine Zensur mehr gibt.»

Thomas Steven Molnar,
ungarisch-amerikanischer Philosoph und Schriftsteller

Quelle: Thomas Molnar, Die neuen Zensoren, in: Criticón, Jg. 1972, S. 111

Foto: ©Superbass/CC-BY-SA-4.0
(via Wikimedia Commons)



„«Auch wenn Politiker schwächeln [...], dann liegt es an uns zu diktieren, wie die Gesellschaft auszusehen hat.»

Der linksgerichtete Sänger Herbert Grönemeyer im September 2019 bei einem Konzert in Wien. Auch er scheint im Sinne Marcuses den angeblich «Intoleranten» eine für ihn «tolerante» Gesellschaft vordiktieren zu wollen.

Quelle: musikexpress.de, Herbert Grönemeyers Anti-Rechts-Rede in Wien: Könnt ihr ihn hören?, 16.09.2019

01. Oktober 1965:

Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) macht die Deutschen für ihre Vertreibung verantwortlich

In der Vertriebenenendenschrift «Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen Nachbarn» wurde der vorherrschende Allein- und Kollektivschuld glaube innerhalb der EKD (siehe S.205 ff.) weiter gefestigt. Die darin enthaltene Argumentation hat sich bis heute fast unverändert erhalten. «Das deutsche Volk» habe «schwere politische und moralische Schuld gegenüber seinen Nachbarn auf sich geladen» und die Vertreibung sei ein «Gericht Gottes» und «Wiedergutmachung für vergangenes Unrecht». Auf Seite 40 heisst es: «Im Namen des deutschen Volkes wurde der Zweite Weltkrieg ausgelöst und in viele fremde Länder getragen. Seine ganze Zerstörungsgewalt hat sich schliesslich gegen den Urheber selbst gekehrt. Die Vertreibung der deutschen Ostbevölkerung und das Schicksal der deutschen Ostgebiete ist ein Teil des schweren Unglücks, das das deutsche Volk schuldhaft über sich selbst und andere Völker gebracht hat.»

Mit dieser Schrift wurde der Umbruch zur Politik des Verzichts auf Ostdeutschland, auf das seit vielen Jahrhunderten deutsche Land östlich von Oder und Neisse, erreicht. Lange Jahre nach Kriegsende hatte man die deutsche Bevölkerung in der Hoffnung gewiegt, diese Gebiete eines Tages zurückzubekommen. Die Denkschrift mahnte dagegen, den



Mindestens zwei Millionen Tote während der Vertreibung aus den Ostgebieten. Die Evangelische Kirche sagt: Selber schuld!

deutschen Anspruch auf diese Gebiete zu hinterfragen, «um dadurch eine Chance zur Versöhnung zwischen Deutschen und Polen und zur Errichtung einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu ermöglichen»⁽¹⁾. (tk)

Quelle: archiv.ekd.de, Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen Nachbarn
1. de.wikipedia.org, Ostdenkschrift

FAZIT

Ein Hohn für die Opfer! Anstatt die Kirche zum Ort einer aufrichtigen Trauer zu machen und die vielen in der Tat unschuldigen deutschen Opfer anzuerkennen, sagt die evangelische Kirche einfach: Ihr seid selbst schuld, beschwert euch nicht! Man stelle sich vor, Opfer der Sklaverei, der Gulags oder gar der NS-Konzentrationslager würden von ihren religiösen Vertretern so behandelt werden!



„«Wer vor der Vergangenheit die Augen schliesst, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.»

Weizsäcker 1985 über Deutsche als Kriegstäter

„«Der Blick nach vorne heilt die Wunden der Vergangenheit viel besser, als in den Wunden herumzurühren.»

Weizsäcker 1992 über Deutsche als Kriegsoffer

08. Mai 1985:

Richard von Weizsäcker spricht die Deutschen schuldig

«Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft» ist der Titel einer am 8. Mai 1985 im Plenarsaal des BRD-Bundestages gehaltenen Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag der Kapitulation der Wehrmacht. Darin unterwarf sich Weizsäcker der Deutungshoheit der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, womit er die deutsche Kollektivschuld erneut untermauerte, ohne dabei konkret von «Kollektivschuld» zu sprechen. Er verwendete stattdessen den Begriff «Kollektivhaftung», was nichts an der Grundaussage änderte, die Deutschen seien voll und ganz für das Leid verantwortlich, das ihnen damals widerfahren war: «Wir alle sind von [der Vergangenheit und] ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen. [...] Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bleibt mit dem deutschen Namen verbunden.»

Das BRD-Oberhaupt forderte, «nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit zu sehen, sondern «vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte», man dürfe «den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen». Ausserdem verlangte er u.a., «des Widerstandes der Kommunisten» und der völkerrechtswidrigen Partisanen zu gedenken.

Der ausdrücklichen Direktive der obersten Besatzungsbehörden strotzend, die Deutschland und die Deutschen nicht als «befreit» sondern als «besiegt» ansahen, sagte Weizsäcker: **«Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung.»** Die sogenannte «Befreiung» hatte mehr Deutsche das Leben gekostet als Hitlerdiktatur und Weltkrieg zusammengekommen. ⁽¹⁾

Weiter heisst es: «Wer vor der Vergangenheit die Augen schliesst, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird



Seitdem der 1985 amtierende Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner Rede zum 40. Jahrestag des 8. Mai 1945 (Kapitulation der Wehrmacht) von diesem als einem «Tag der Befreiung» sprach, hat sich diese Bezeichnung allmählich im kollektiven Bewusstsein verankert.

wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.» Ein bezeichnendes Licht auf die intellektuelle Redlichkeit der Weizsäcker'schen Rhetorik warf dann sieben Jahre später eine Rede im bayerischen Wunsiedel, als es im Zusammenhang mit einem deutsch-tschechischen Nachbarschaftsvertrag um deutsche Verbrechenopfer ging: «Der Blick nach vorne heilt die Wunden der Vergangenheit viel besser, als in den Wunden herumzurühren.» ^{(2) (tk)}

Quelle: spiegel.de, «8. Mai war ein Tag der Befreiung», 08.05.2005

1. Heinz Nawratil, Die deutschen Nachkriegsverluste, München, Berlin; 1988

2. Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.20



„«Wie will eine Politikerin einer Frau aus Ostpreussen, die dreissigmal vergewaltigt worden ist, einreden, sie habe das Kriegsende als grosse Befreiung zu zelebrieren?»

Joachim Meisner,

von 1989 bis 2014 Erzbischof von Köln

Foto: ©Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons)

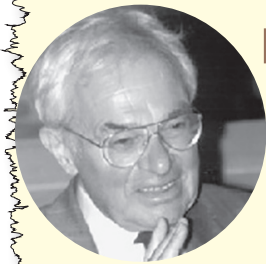
Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.104

THE JERUSALEM POST

„«[Weizsäcker hat] die junge Generation in Deutschland [...] konfrontiert mit der Unsühnbarkeit kollektiver deutscher Schuld.»

Die israelische Zeitung Jerusalem Post am 4. September 1985

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S. 19



„«Alles in allem muss man also leider feststellen, dass mit zunehmendem zeitlichem Abstand vom Dritten Reich die Vorstellungen über jene Zeit nicht etwa zutreffender werden, sondern vielmehr immer abwegiger.»

Hans Buchheim, deutscher Historiker und Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt auf dem Dritten Reich, Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande (1969)

Quelle: Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.272

06. Juni 1986:

Der Historikerstreit entbrennt

Mit einem Artikel für die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 06.06.1986 löste der Geschichtswissenschaftler Ernst Nolte den sogenannten Historikerstreit aus. Er bezog sich darin auf den Vortrag «Zwischen Geschichtslegende und Revisionismus» zurück, den er 1980 vor der Carl Friedrich von Siemens Stiftung gehalten hatte. Nolte hatte in dem Vortrag konstatiert, dass das durchweg anhaltende negative Bild des Dritten Reichs dazu geführt hatte, «dass im Nachhinein bloss die Stimme der Opfer vernehmbar war». Dies berge die Gefahr für die Wissenschaft in sich, die Geschichte nur aus dem Blickwinkel der Sieger wahrzunehmen und festzuschreiben. Heute bedürfe diese Sicht aufgrund neuer Zeitumstände einer Revision, die aber keineswegs mit einer Entschuldung des deutschen Volks gleichzusetzen sei.

In dem sechs Jahre später veröffentlichten Artikel «Vergangenheit, die nicht vergehen will» stellte er u.a. fest, dass die Rede von einer «Schuld der Deutschen» der NS-Propaganda von der «Schuld der Juden» ähnele. Die Aufmerksamkeit für den Holocaust lenke von gegenwärtigen Fragen ab, etwa nach dem ungeborenen Leben (Abtreibung) und danach, ob die sowjetische Besetzung Afghanistans Völkermord sei. Zudem hinterfragte er das

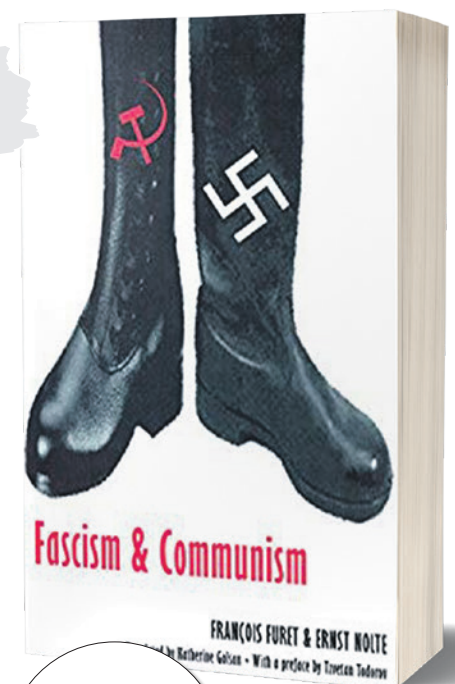
Ende der 70er-Jahre in Amerika entstandene Narrativ von einer «Singularität» (Einzigartigkeit) des Holocausts, indem er hervorhob, dass der sowjetische Massenmord dem der Nazis zuvorgekommen war:

«War nicht der ‚Archipel Gulag‘ ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ‚Klassenmord‘ der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ‚Rassenmords‘ der Nationalsozialisten? [...] Rührte Auschwitz vielleicht in seinen Ursprüngen aus einer Vergangenheit her, die nicht vergehen wollte?»

Man könne Morde durch Vergleiche mit anderen Morden nicht rechtfertigen, aber «den anderen» Massenmord genauso wenig ausblenden, da hier ein Kausalzusammenhang wahrscheinlich sei.

Pressekampagne gegen Nolte

Kurz darauf wandte sich der Marxist Jürgen Habermas (siehe S.183 f.) in dem ZEIT-Artikel «Eine Art Schadensabwicklung» gegen die von ihm als revisionistisch bezeichnete Argumentation Noltés und weiterer Historiker, die Noltés These publizistisch mitgestützt hatten. Es sei aufgrund der Einzigartigkeit nationalsozialistischer Verbrechen falsch, den Nationalsozialismus mit dem Stalinismus in einen ideologischen oder historischen



Faschismus und Kommunismus: Für Ernst Nolte nur zwei Schuhe am selben Körper.

Zusammenhang zu bringen. Der Beitrag löste in der Folge einen polemisch ausgetragenen Streit aus, der die deutschen Medien wochenlang dominierte. Wie nicht anders zu erwarten, stellte sich die staatliche Geschichtsforschung der BRD sowie die Mehrheit der Presseorgane gegen Nolte und unterstützte die Thesen von Habermas. (tk)

Quelle: de.wikipedia.org, Historikerstreit

FAZIT

Es wurde im Historikerstreit deutlich, dass der Ruf von eigentlich renommierten Forschern schweren Schaden nimmt, wenn die allgemein anerkannte und durch jahrzehntelange Beeinflussung entstandene Deutung der Geschichte von ihnen nicht widerspruchsfrei akzeptiert wird. Sich nicht dem Sprachdiktat zu fügen, welches erschütterte Bekenntnisse zur «Singularität» und zur absoluten Bösartigkeit der deutschen Geschichte verlangt, wurde damals schon als Sakrileg gefasst.



1987: Ralph Giordano veröffentlicht «Die zweite Schuld»

Ralph Giordano kam als Sohn einer Musikerfamilie zur Welt und wuchs mit zwei Geschwistern im Hamburger Stadtteil Barmbek auf. Im Juli 1943 wäre er beinahe dem völkerrechtswidrigen britischen Luft-Angriff auf Hamburg («Operation Gomorrha», siehe S.81) zum Opfer gefallen. Dennoch schloss sich Giordano nach Kriegsende den Alliierten an, um sich «um Aufarbeitung und Erklärung der Dehumanisierung in Nazi-Deutschland zu bemühen».

Die «Aufarbeitung» gestaltete sich so, dass er der KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) beitrug. Dort war er von 1946 bis 1957 Mitglied. Unter dem Pseudonym Jan Rolfs liess er in der DDR beim Verlag «Neues Leben» 1953 ein Westdeutsches Tagebuch erscheinen, das von Aktionen der KPD in Hamburg berichtete und von Verehrung für Josef Stalin durchdrungen war. 1955 siedelte Giordano in die DDR über, wo er neun Monate blieb. Nach Abwendung von der (ohnehin verbotenen) KPD widmete er sich der Fernseharbeit: Für WDR und SFB (Sender Freies Berlin) drehte er rund 100 Filme, viele davon über Nazideutschland und voller Anklagen gegen «die Deutschen», die angeblich nicht genug gesühnt und gebüsst sowie ihre Verbrechen verdrängt hätten.

Bereits als prominenter Fernsehjournalist veröffentlichte er 1987 das Buch «Die zweite Schuld», das ebenjene These zu untermauern versuchte. Darin erklärte er unverblümt: «Ich bin immer, ohne je geschwankt zu haben, ein Anhänger der Kollektivschuldthese gewesen.»⁽¹⁾ Der nahezu gesamte Medienverbund der Republik – vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen über den Spiegel bis hin zum Stern – spendete ihm frenetischen Beifall. Der ZEIT vom 06.11.2019 war z.B. zu entnehmen: «Häuserwände müssten plakatiert werden, von denen die Thesen, Einsichten und Bitterkeiten dieses Buches mahnen.» (tk)



Quellen:

de.wikipedia.org, Ralph Giordano
1. Die zweite Schuld; Hamburg, Zürich; 1987, S.276

Giordano behauptete, die Deutschen trügen eine «zweite Schuld», da sie sich nicht schuldig genug fühlen und ihre Vergangenheit nicht ausreichend aufarbeiten würden.

Foto: Das blaue Sofa

(https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Frederick_Forsyth_-_01.jpg)
<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>



„«Von der Geburt bis zur Universität hört kein Deutscher ein positives Wort über sein Heimatland. Er hört nur von den Sünden, von den schrecklichen zwölf Jahren des Hitlerismus. Die übrige Geschichte fällt unter den Tisch. Ich sehe keine Wiedergeburt des Faschismus, keine Wiedergeburt des Militarismus in Deutschland. Die Deutschen sind die vielleicht am wenigsten militaristischen Menschen in Europa. Ich fürchte die deutsche politische Korrektheit mehr als einen neuen Hitler.»

Frederick Forsyth, britischer Bestsellerautor

Quelle: focus.de, «Ich bin ein Söldner», 15.04.2002

November 1988:

Bundestagspräsident muss zurücktreten



Die jüdische Schauspielerin Ida Ehre bei Jennings Rede. Wollte sie ihn absichtlich missverstehen?

Zum 50. Jahrestag der Reichskristallnacht hielt der amtierende Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) am 9. November 1988 im Bundestag in einer entsprechenden Gedenkstunde eine Rede. Darin benutzte Jenninger das Stilmittel der erlebten Rede, womit er nicht seine eigenen Gedanken aussprach, sondern darlegte, mit welchen Gedankengängen viele Deutsche den Nationalsozialismus seinerzeit entschuldigten und in ihn verstrickt waren. Sätze darin lauteten: «Und was die Juden anging: Hatten sie sich nicht in der Vergangenheit doch eine Rolle angemasst – so hiess es damals –, die ihnen nicht zukam? Mussten sie nicht endlich einmal Einschränkungen in Kauf nehmen? Hatten sie es nicht vielleicht sogar verdient, in ihre Schranken gewiesen zu werden?»



Wussten Sie...

...dass nach dem Zweiten Weltkrieg bis in Jahr 1995 rund 85.000 Bücher allein zum Thema Antisemitismus und Judenmorde geschrieben wurden. Studien über den in der BRD grassierenden Antigermanismus waren dagegen eine absolute Rarität.

Quelle: John Sack, Süddeutsche Zeitung, 13. Mai 1995

Die Rede wurde bewusst missverstanden, als eigene Meinung Jennings und nicht als die Worte eines Deutschen 1938, wie Jenninger es beabsichtigt hatte. Ein künstlicher Skandal wurde inszeniert und der politisch zweithöchste Mann der Bundesrepublik sah sich gezwungen, zwei Tage später zurückzutreten. Bilder der damals anwesenden jüdischen Schauspielerin Ida Ehre, die in scheinbar fassungsloser Bestürzung ob solcher Worte ihren Kopf in die Hände legte, gingen um die Welt und sollten Jennings Missgriff emotionswirksam unterstreichen. Die Massenmedien hatten ein gefundenes Fressen und schlachteten nach Kräften aus, dass wieder einmal ein Vorwand gegeben war, die Deutschen an Reue und Busse zu erinnern.

«übelwollend und ressentimentgeladen»

Als interessantes Nachspiel zu dieser Affäre kam erst im November 1995 eine kleine Sensation heraus, von der allgemeinen Presse trotz der Bedeutung des Hauptbeteiligten bewusst als Nebensache behandelt. Auf einer Hamburger Podiumsdiskussion bekannte der damalige Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, dass er ein Jahr später, zum 9. November 1989, damals erst wichtiger jüdischer Funktionär in Frankfurt und noch nicht Zentralratsvorsitzender, Jennings Rede - mit wenigen unbedeutenden Auslassungen - in der Frankfurter Synagoge gehalten habe - nunmehr ohne jeden Protest, ohne dass jemand empört den Saal verlassen hätte, ohne dass jemand in der Rede Jennings Original erkannt hätte. ⁽¹⁾ Das beweist, dass der Inhalt von Jennings Ausführungen, wie früher schon seine Verteidiger behauptet hatten, an sich keine Angriffspunkte bot und auch keinen Grund zur Empörung abgab.

Aussenminister Steinmeier erhält 2016 den Ignatz-Bubis-Preis, benannt nach dem ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland.



1995 meinte sogar die FAZ, dass die damalige Reaktion der Abgeordneten und der Öffentlichkeit «übelwollend und ressentimentgeladen» gewesen sei: «Mit Philipp Jennings Sturz sind wir in die Epoche der moralischen Kollektivaufsicht und tyrannischen Medienkontrolle über Sprachregelungen eingetreten. Wir haben uns daran gewöhnen müssen, dass jeder öffentliche Schritt beargwöhnt wird, der von der ritualisierten Rede ins ungeschützte Nachdenken führt.» ⁽²⁾ (tk)

Quellen:

1. Ignatz Bubis, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.12.1995
2. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.12.1995

"Terrorstaat", "jüdische Herrenmenschen"

DGB-Funktionär tritt nach antisemitischem Facebook-Post zurück

Veröffentlicht am 20.11.19 um 19:41 Uhr

Antisemitismusvorwurf

Deutschrapper Kollegah darf nicht in Rastatt auftreten

Antisemitismus-Vorwurf: Parteien fordern Rücktritt von AfD-Politiker Brandner

Antisemitismus-Affäre: Dekanin tritt zurück

Der Fall Jennings ist nur ein kleiner Ausschnitt der in Deutschland grassierenden Antisemitismus-Paranoia.

FAZIT

In Diktaturen wussten die Bürger: Ein falsches Wort und die Existenz könnte ruiniert sein. In der Bundesrepublik Deutschland reicht allerdings schon «kein falsches Wort», denn Jennings Rede war absolut politisch korrekt. Seinen politischen Posten verlor er trotzdem.



1980–1990:

Die Wiedervereinigung wird «von innen» bekämpft

DN.

Ein interessanten Blick auf die Geisteshaltung führender Politiker bot die Debatte um die deutsche Wiedervereinigung, die besonders stark von Kollektivschuldargumenten überlagert war. So rief der Rhetorikprofessor Walter Jens 1984: «Keine Wiedervereinigung! Schuld!» Und Günter Grass 1990 (!): «Gegen ein Selbstbestimmungsrecht, das anderen Völkern zusteht, spricht Auschwitz.» Auch der seinerzeitige CDU-Generalsekretär Heiner Geissler forderte auf dem Parteitag von 1988 die Streichung der Wiedervereinigung aus dem Parteiprogramm. Nur wenige Monate vor dem Fall der Berliner Mauer nannte der spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) das Streben nach Wiedervereinigung «reaktionär und hochgradig gefährlich», und für den SPD-Diplomaten Egon Bahr war es schlicht «politische Umweltver-

schmutzung». Der spätere Bundespräsident Johannes Rau forderte am 18.11.1989 als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen in der «Süddeutschen Zeitung»: «Wiedervereinigung ist die Rückkehr zum Alten. Jetzt wird ein Zukunftsmodell gebraucht.» Hans Eichel – von 1999 bis 2005 Bundesfinanzminister – schrieb als hessischer SPD-Chef in der Parteizeitung «Wir Hessen» im November 1989: «Zusätzlich unterminiert das Wiedervereinigungsgetöse alle Ansätze einer vernünftigen deutsch-deutschen Politik [...]». Die Grünen plädierten geschlossen für die deutsche Teilung. Der neomarxistische Vordenker Jürgen Habermas (siehe S.183 f.) verneinte das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen ebenfalls.

Was bedeutet das in der Praxis? Der Gegensatz von Selbstbestimmung kann doch nur Fremdbestimmung sein? (tk)

„«Derjenige, der die Deutschen schlechtmacht, braucht nicht befürchten, dass ihm widersprochen wird. Die Verachtung der Deutschen ist eine Art Rassismus, an der sich viele festklammern, weil jeder andere Rassismus verboten ist.»

Die schwedische Tageszeitung
Dagens Nyheter

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.86

Quellen:

Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.105-107
focus.de, 10 JAHRE EINHEIT – WENDEHÄLSE – «Illusion, nicht Vision», 30.09.2000

Jutta Ditfurth



Claudia Roth



Angelika Beer



Mai 90, Linke und Grüne demonstrieren in Frankfurt gegen die Wiedervereinigung. 1. Reihe Mitte: Jutta Ditfurth, Mitbegründerin der Grünen. Rechts daneben: Claudia Roth, heute Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Daneben: Angelika Beer, von 2002 bis 2004 Bundesvorsitzende der Grünen.



1990: «Rosenholz-Dateien» gelangen an die CIA – Werden deutsche Politiker erpresst?

Man erinnert sich: Nach der Wende im November 1989 wurde die Berliner Stasi-Zentrale gestürmt, ungezählte Akten, die Agenten, Mitarbeiter und Zuträger hätten belasten können, wurden vernichtet oder verschwanden auf dubiose Weise. Die «Gauck-Behörde» (Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)) jedenfalls, die seit fast drei Jahrzehnten die SED-Vergangenheit aufarbeitet, verfügt bei weitem nicht über das vollständige

Stasi-Material. Dass ein Gutteil der fehlenden Akten irgendwo in amerikanischen Archiven ruht, ist seit langem bekannt. In der Wendezeit gelangten die sogenannten «Rosenholz-Dateien» unter nicht genau geklärten Umständen in die Hände des US-amerikanischen Nachrichtendienstes CIA und sind bis heute in seinem Besitz. ⁽¹⁾ Deutsche Behörden erhielten stets nur abgespeckte Versionen, die wenig aussagekräftig sind. Denn in den Originallisten der Stasi waren Zehntausende von DDR-Agenten mit ihren Klarnamen und den Codenamen aufgeführt. Ohne diese Möglichkeit der Zuordnung ist das übrige Material weitgehend wertlos. Die Frage ist naheliegend, was diese hochbrisanten Akten aus der jüngsten deutschen Vergangenheit in den Vereinigten Staaten zu suchen haben.

Zehntausende IMs?

Die Antwort gab wohl schon vor Jahren der Direktor der Gauck-Behörde, Peter Busse: Nach Erkenntnissen seiner Behörde waren noch im Dezember 1988 rund 1550 Bundesbürger und Westberliner als «inoffizielle Mitarbeiter» (IM) für die DDR-Spionage registriert; insgesamt hätten sogar 20.000 bis 30.000 Menschen in Westdeutschland für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet. Ein Mitarbeiter der Gauck-Behörde, der Historiker Hubertus Knabe, steuerte weitere Fakten bei. Zu der Zahl der West-IMs (inoffizielle Mitarbeiter der Stasi) müssten noch Tausende weitere hinzugezählt werden, die für die Auslandsaufklärung der DDR gearbeitet hätten.

Einerlei, wie gross das Heer der West-IMs wirklich war: Es handelt sich um einen Personenkreis, der durch seine Vergangenheit äusserst kompromittiert und deshalb äusserst erpressbar gewesen wäre, nachdem die USA in den Besitz des Stasi-Materials gelangt waren. Es war für Washington naheliegend, einen Gutteil der bisherigen MfS-Mitarbeiter einfach weiterzuverwenden. Schon aus Gründen der Erpressbarkeit dürfte sich kaum einer der ehemaligen DDR-Agenten den Wünschen der neuen Auftraggeber entzogen haben. Mit welchen Mitteln dabei gearbeitet wurde, macht die eidesstattliche Erklärung eines ehemaligen MfS-Verbindungsoffiziers (Deckname «Grigori») deutlich. Er wies darauf hin, dass die Stasi einflussreiche Persönlichkeiten in Westeuropa mit

Kinderpornographie erpresst habe – Herrschaftswissen, das sich heute in amerikanischen Händen befindet: «Zu den Erpressten gehören Politiker, Richter und Industrielle, von denen einige nach wie vor Einfluss in den westlichen Demokratien haben.» Auch der 1996 verhaftete belgische Kinderschänder Marc Dutroux hat demzufolge zeitweise im Auftrag der Stasi gearbeitet. ⁽²⁾ (tk)

Quellen:
Der Grosse Wendig – Richtigstellungen zur Zeitgeschichte, Band 2, Graber t-Verlag, Tübingen
1. de.wikipedia.org, Rosenholz-Dateien
2. welt.de, Kinderpornographie: Stasi erpresste Politiker, 10.02.2003



IM Larve?

Foto (gauck2): Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2018-05-10_Joachim_Gauck-7554.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de>



IM Nelke?

Foto: peter schmelzle (<https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Peer-steinbrueck-mai2008-bonn.jpg>) https://de.wikipedia.org/wiki/GNU-Lizenz_f%C3%BCr_freie_Dokumentation



IM Victoria!

Foto: Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Birlikte_Kahane_-_Podiumsdiskussion-0454_-_Anetta_Kahane_-_Ausschnitt.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de>



IM Tulpe?

Welche Politiker spitzelten für die Stasi oder werden heute noch mit ihrer DDR-Vergangenheit erpresst? Mehr dazu in unserer Themenzeitung Ausgabe 23 – Thema: Geschichte der EU.



IM Erika?

FAZIT

Zu den sowieso schon an vielen Schaltstellen der Macht sitzenden Marxisten kamen also auch noch Zehntausende DDR-Agenten hinzu, die das sozialistische Gedankengut in der BRD verbreiteten.

1991:

Sendeverbot für das Niedersachsenlied

Als eine ihrer ersten Amtshandlungen verhängte die 1991 zur Direktorin des NDR-Landesfunkhauses in Hannover ernannte Lea Rosh, die später durch ihren Einsatz für das Holocaust-Denkmal in Berlin (siehe S.285 f.) bekannt wurde, ein Sendeverbot für das «Niedersachsenlied». Der Text des Liedes weise tiefsitzende militaristische Gesinnung und aggressiven Geist aus, «ist eindeutig faschistoid», so Lea Rosh, weil Worte wie «Wut» und «Blut», «Heldenmut» und «Niederwerfen» der «welschen Brut» vorkommen. Nun ist das «Niedersachsenlied» bereits im Jahre 1926 von dem Oberlehrer Hermann Grote gedichtet worden, also mitten in der Weimarer Republik. Es wurde bald so etwas wie die niedersächsische Nationalhymne und wird heute noch auf Schützenfesten zwischen Weser und Elbe angestimmt. Insbesondere wurde es auch von den niedersächsischen Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf (SPD) und Ernst Albrecht (CDU) oder dem langjährigen CDU-Landesvorsitzenden Hasselmann oft genug mitgesungen.

Auch bei der nicht gerade geringen «Vergangenheitsbewältigung» auf dem Gebiet der Musik hatte das Lied bis dahin noch keinen Anstoß erweckt: Im Geiste der Siegermächte handelnde Forscher im Bereich Musik (Joseph Wulf, Fred K. Prieberg uvm.) haben mehr als 1500 Buchseiten über NS-Liedgut verfasst. Doch an keiner Stelle erwähnen sie das Niedersachsenlied oder seinen Schöpfer Hermann Grote.

Auf ein kritisches Schreiben antwortete der Intendant des NDR, Jobst Plog, am 29. Oktober 1991 unter anderem: «Ich halte diese Entscheidung der Landesfunkhausdirektorin für vertretbar. Frau Rosh, in deren Händen die Programmhoheit liegt, hat sich im Einklang mit vielen fachlich kompetenten Stellen in Niedersachsen, z.B. dem Landesmusikrat, zu diesem Schritt entschlossen, weil belegt werden kann, dass diese Fassung des Textes vom NS-Lehrerbuch Gau Süd-Hannover-Braunschweig herausgegeben und in SA-Büchern an herausragender Stelle



Denkmal für Hermann Grote, Komponist des Niedersachsenlieds

Foto: Sipalius (https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Denkmal_Hermann_Grote_in_Hohegei%C3%9F_Obergei%C3%B6rper_2022-05.jpg)
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

abgedruckt wurde. Es gehört nicht zu den Aufgaben des Norddeutschen Rundfunks, eine solche von unrühmlicher Vergangenheit belastete Kultur weiter zu pflegen.»

So einfach geht das: Weil ein altes Lied im Dritten Reich in einem SA-Liederbuch stand, darf es nun nicht mehr gesendet werden. So könnten praktisch alle deutschen Volkslieder von vor 1933 verboten werden, weil diese in NS-Liederbüchern aufgeführt waren und gern gesungen wurden. (tk)

Quelle:

Der Grosse Wendig - Richtigstellungen zur Zeitgeschichte, Band 2, Grabert-Verlag, Tübingen
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.09.1991 und 18.10.1991



„Die Konservativen wiegten sich in dem Irrglauben, es genüge, die Wirtschaft im Griff zu haben. Indem sie die Kultur der Linken überliessen, haben sie mitgeholfen, der Kulturation das Grab zu schaufeln.“

Siegmar Faust, politischer Häftling in der DDR

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.163

1992:

Sozialhilfe und Durchschnittslohn fast identisch

Seit 1992 haben sich Löhne und Sozialhilfe weitgehend angenähert. Nach Mitteilung des Bundesfinanzministeriums hatte damals ein «repräsentativer Arbeitnehmerhaushalt» mit zwei Kindern monatlich netto 2738 DM

zur Verfügung gegenüber 2659 DM Sozialhilfe bei einem identischen Haushalt. In den östlichen Bundesländern hatten die Sozialhilfeempfänger sogar schon einen Vorsprung: Hier betrug die obige Relation 2112 DM zu 2279 DM. Wie soll ein

Land einen Wirtschaftsaufschwung erleben, in dem es sich nicht mehr lohnt zu arbeiten? (tk)

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.197

Februar 1992:

Kohl erfindet deutschen Angriffskrieg gegen Tschechen und Slowaken



Foto: Sven Teschke / Lizenz: Creative Commons CC-by-sa-3.0 de

Grünen-Abgeordnete begrüsst das Dahinschwinden der einheimischen Bevölkerung

Stefanie von Berg ist eine in die Hamburgische Bürgerschaft gewählte Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen. Am 11.11.2015 sprach sie vor der Hamburgischen Bürgerschaft die Worte:

„Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, unsere Gesellschaft wird sich ändern, unsere Stadt wird sich radikal verändern, ich bin der Auffassung, dass wir in 20, 30 Jahren gar keine ethnischen Mehrheiten mehr haben in unserer Stadt. Und ich sage Ihnen ganz deutlich, gerade hier in Richtung rechts: Das ist gut so.“

Quelle: Youtube.com, Stefanie von Berg Grüne freut sich, das Deutschen bald in der Minderheit sind, 29.02.2016

Aus Anlass der Unterzeichnung des deutsch-tschechischen Nachbarschaftsvertrags in Prag im Februar 1992 meinte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl, die Deutschen wüssten, «dass der Vertreibung das schreckliche Unrecht vorausging, das durch die Besetzung und den Angriffskrieg von deutscher Seite am tschechischen und slowakischen Volk verübt wurde.»

Kohl meinte also, sich an einen schrecklichen Angriffskrieg gegen das tschechische Volk zu erinnern. Ein Kommentar dazu fällt schwer, denn entweder verwechselte er Polen und Tschechen, oder er stand mit der deutschen Sprache auf Kriegsfuss und verwechselte die Begriffe «Annexion» und «Krieg». (tk)

Quelle: Augsburgische Allgemeine, 28.02.1992



„Das Beste wäre für Europa, wenn Frankreich bis an die Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt.“

Die Grünen-Abgeordnete Sieglide Friess 1989 im deutschen Bundestag

Quelle: spiegel.de, «Leere Hände, leere Hirne», 19.02.1990



Der GRU-Überläufer Viktor Suworow vertrat die bei deutschen Politikern äusserst unbeliebte These, Hitler habe einen Präventivkrieg gegen Stalin geführt (siehe S.76 ff.).

Mai 1993:

Objektive Geschichtsforschung unwillkommen

Am 12. Mai 1993 berichtete der russische Fernsehregisseur Wladimir Sinelnikow in Freiburg anlässlich seiner Deutschlandreise über seine Gespräche mit Richard von Weizsäcker, Marion Gräfin Dönhoff und Egon Bahr. Man sprach unter anderem über die Vorgeschichte des Deutsch-Russischen Kriegs, über Stalins Vorbereitungen für einen Erstschatz und die Präventivkriegstheorie des russischen Autors Viktor Suworow. Man habe ihm – Sinelnikow – zu

verstehen gegeben: Selbst wenn Suworow recht hätte und Hitler Stalin nur um Wochen zuvorgekommen wäre, dürfe dies nicht gesagt werden, weil damit Hitler ja entlastet würde. Umgekehrt kann dies auch bedeuten: Stalin muss um jeden Preis entlastet werden – selbst um den Preis der historischen Wahrheit. (tk)

Quelle:

Henning Bieg, Die Wurzeln des Übels, Tübingen, 2000, S.86



20. Mai 1994:

Bundestag stimmt Erweiterung des Volksverhetzungsparagraphen zu

Artikel 5 des bundesdeutschen Grundgesetzes (GG) besagt unter anderem, dass jeder das Recht habe, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten, und dass die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film gewährleistet würden. Eine Zensur finde nicht statt. Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre seien frei.

Die Realität sieht inzwischen leider anders aus: Im April 1994 entschied das Bundesverfassungsgericht endgültig, dass diejenigen, die bestimmte Verbrechen während des Dritten Reiches in Frage stellen, durch die grundgesetzlich garantierte Meinungs(äusserungs)freiheit nicht länger geschützt würden. Die nach Amnesty International zweitgrösste Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, kommentierte diesen Entscheid mit den Worten: «Das Gericht scheint das geschützte Recht auf Redefreiheit und Meinungsäusserung auf übertriebene Art und Weise eingeschränkt zu haben.»⁽¹⁾

Als direkte Folge des oben genannten Entscheides stimmte der Bundestag am 20. Mai 1994 einem Gesetz zu, in dem für den § 130 Abs. III. des Strafgesetzbuchs (StGB) ausdrücklich festgelegt wird: «Mit

Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 6 Abs. I. des Völkerstrafgesetzbuches [Völkermord] bezeichneten Art in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost.»

Gegenwind sogar von links

Diese fragwürdige Gesetzgebung stiess auf heftige Kritik. Der linke Publizist Horst Meier, der sich in der Vergangenheit schon öfter öffentlich für die Meinungsäusserungsfreiheit des politisch Andersdenkenden eingesetzt hatte, verurteilte das Gesetz scharf. In der taz bezeichnete er «die Verknüpfung von Geschichtspolitik und Gewaltmonopol» als «Armutszeugnis für die Demokratie». In seiner umfangreichen Stellungnahme hob Meier hervor, dass die Verschärfung des Volksverhetzungsparagraphen «die politische Freiheit potentiell aller zur Disposition gestellt und das demokratische Selbstbewusstsein korrumpiert» habe.⁽²⁾



«Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden.»

Rosa Luxemburg, in Deutschland verehrte kommunistische Revolutionärin

Quelle: welt.de, Was «Freiheit der Andersdenkenden» wirklich meint, 25.01.2019



«Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung; dieses Recht schliesst die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.»

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Resolution der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948

Max Güde, ehemaliger Generalbundesanwalt und CDU-Bundestagsabgeordneter, hielt das politische Strafrecht für nicht ungefährlich. Ihm zufolge konnte es nicht darauf ankommen, durch hohe Strafmassnahmen eine fragwürdige Abschreckungswirkung zu erzielen, sondern vielmehr auf die viel wichtigere Zustimmungswirkung im täglichen Plebiszit der öffentlichen Meinung, sprich des rechtschaffenden Bürgers.⁽³⁾

Selbst der Süddeutschen Zeitung waren die durch das Gesetz bewirkten erheblichen Einschränkungen der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit nicht verborgen geblieben. Am 8. Oktober 1998 stellte sie fest, dass das Bundesverfassungsgericht hervorgehoben habe, dass «nicht nur wertvolle, sondern auch falsche, ja verwerfliche Meinungen geschützt» seien. «In der Tat wäre es absurd, wenn der Staat festschriebe, für welche Meinungen die Meinungsfreiheit gilt. Genau dies tut er aber im neuen Paragraphen 130 III. StGB. Der Gesetzgeber gibt historische Tatsachen wieder und verbietet bei Strafe nicht nur, sie zu leugnen, sondern auch, sie anders zu bewerten, nämlich zu verharmlosen. [...] Wer aber mit dem Strafrecht kommt, begeht einen gefährlichen Weg. Er gefährdet die geistige Freiheit.»

Gottfried Dietze, Menschenrechtler an der Johns-Hopkins-Universität, meinte, dass sich der Paragraph 130 des deutschen Strafgesetzbuchs gegen die «gehegte und gepflegte rechtliche Beschützung der Meinungsäusserung stellt

und damit den Rahmen des allgemein Anerkannten missachtet». ⁽⁴⁾

Viele anerkannte Juristen haben die Absurdität dieses Zustandes scharf kritisiert. Stefan Huster beispielsweise legte in der Neuen Juristischen Wochenschrift überzeugend dar, dass § 130 Abs. III. StGB mit Art. 5 Abs. I. GG unvereinbar sei: «§ 130 Abs. III. StGB stellt ersichtlich geradezu den Musterfall einer Norm dar, die auf diese (vom Bundesverfassungsgericht näher bestimmte) Weise gegen eine bestimmte inhaltliche Meinung gerichtet ist.» Günter Bertram legte in der gleichen Fachzeitschrift eindeutig dar, dass § 130 StGB «irreguläres Ausnahmestrafrecht» beinhalte und damit zu Verfassungsrecht und Meinungsfreiheit «im Widerspruch» stehe. ⁽⁵⁾

Die Meinungsfreiheit ist laut dem FDP-Politiker Karl-Hermann Flach «das höchste Gut der Bürger einer freien Gesellschaft; der Grad der Einschränkung der Meinungsfreiheit markiert den Grad der Entmündigung». ⁽⁶⁾ Das fundamentale Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ist in der BRD nur noch theoretisch garantiert, in der Wirklichkeit besteht es nicht mehr.

Wissenschaft auf den Kopf gestellt

Eine freie öffentliche Debatte über diese, ja keineswegs nur die deutsche, sondern die gesamte Weltpolitik der Nachkriegszeit bestimmenden Themen Kriegsschuld und Judenverfolgung ist unter diesen Umständen nicht möglich. Vor allem bezüglich der eines gewissen Themas sind die grundsätz-

„Wenn ich erlebe, wie durch die Herrschenden alles Nationale unterdrückt, wie mit Verboten reagiert wird, dann spüre ich, dass es mir wieder so gehen könnte wie in der kommunistischen Zeit. Zum Beispiel, wenn ich mich heute für nationale Interessen einsetze und deswegen vom BND oder vom Verfassungsschutz einvernommen werde, dass ich dort vielleicht Offiziere der Stasi wieder treffe. Ich wollte die Freiheit, meine Meinung sagen zu dürfen, und das wird heute schon wieder unterdrückt.»

Lothar Piche, Alterspräsident der letzten Volkskammer (Parlament) der DDR

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.134

lichen Merkmale, die einen freiheitlichen Rechtsstaat ausmachen, nicht existent. In einem freiheitlichen Rechtsstaat ist es Grundvoraussetzung, dass Forschung und Wissenschaft frei sind, ebenso wie der Zugang zu Information frei und das Recht, seine Meinung zu äussern, gewährleistet sein müssen – ansonsten ist der Staat eben weder rechtsstaatlich noch freiheitlich. Jedem Wissenschaftler muss die Freiheit zugestanden werden, frei zu entscheiden,

worauf er sein Augenmerk richtet. Alle Informationsquellen haben ihm frei zugänglich zu sein. Für seine Schlussfolgerungen hat er sich in der Regel lediglich gegenüber seinen Fachkollegen zu rechtfertigen, nicht aber gegenüber Funktionären von Parteien oder Zentralräten.

Hierbei ist besonders hervorzuheben, dass es für eine freie Wissenschaft und Forschung grundlegend, ja unabdingbar ist, die herrschende Lehre ergebnisof- ▶

Das ist also keine «Volksverhetzung»?





► fen und undogmatisch hinterfragen zu dürfen. Ohne diese Freiheit kann es keine Weiterentwicklung wissenschaftlicher Erkenntnis geben. Dieser Grundsatz erstreckt sich auf alle Fakultäten und alle Forschungsgebiete. Es werden von Forschern ständig neue Entdeckungen gemacht, und ebenso ständig kommen Wissenschaftler zu neuen Erkenntnissen. Zu Beginn seiner Untersuchung bezweifelt oder überprüft der Forscher eingehend die bestehende Ausgangslage und die bisherigen Erkenntnisse, Entdeckungen und Forschungsergebnisse. Während dieses wissenschaftlichen Prozesses gelangt er möglicherweise zu neuen Schlüssen, die die bisherigen Erkenntnisse korrigieren und gegebenenfalls bislang bestehende Lehren ersetzen. Wissenschaftliche Forschung kann gar nicht auf andere Weise betrieben werden, als vorgegebene Voraussetzungen kritisch zu untersuchen



Die inzwischen verstorbene Ursula Haverbeck musste aufgrund ihrer Meinung zum Holocaust am 2. Mai 2018 eine zweijährige Haftstrafe antreten. Sollte sich die Justiz nicht lieber dort nützlich machen, wo die Sicherheit und das Wohl der Bürger geschützt werden?

und Ergebnisse nicht vorwegzunehmen. Nur auf diese Weise hat Forschung den geistigen Erkenntnisbereich des Menschen erweitert und den Fortschritte ermöglicht.

BRD-«Meinungsterror»

In Verbindung mit der in der BRD wirklich bestehenden Meinungsfreiheit sprach Michael Neibach, Bundesschatzmeister des «Freien Deutschen Autorenverbandes», des zweitgrößten deutschen Schriftstellerverbandes, schlicht von «Meinungsterror». Seiner Ansicht nach werden die wirklichen nationalen Probleme derart massiv unter Tabuschutz gestellt, dass man nur noch von Regierungskriminalität sprechen könne. Gewiss werde noch kein Andersdenkender umgebracht, mindestens aber beschattet, beobachtet, registriert, steuerrechtlich observiert, in grossen und kleinen Lauschangriffen entwürdigt und durch Rasterfahndung in die private Nische getrieben.

In der Tat: Die Unterdrückung und Verfolgung von Meinungen in der BRD, die nicht der gängigen Lehrmeinung, der veröffentlichten Meinung und damit dem augenblicklichen Zeitgeist entsprechen, haben Formen angenommen, die den Massgaben eines Rechtsstaats widersprechen. Nur aus dem fortwährenden Streit der Meinungen erwächst in einem freiheitlichen System die Fähigkeit, dem immerwährenden Suchen nach Antworten auf Fragen Lösungen folgen zu lassen. Rede und Gegenrede sind der Dreh- und Angelpunkt eines solchen freiheitlichen Systems – auch und gerade, wenn Meinungen bewusst gegensätzlich gehalten und scharf formuliert sein mögen. (tk)

Quellen:

- Der Grosse Wendig - Richtigstellungen zur Zeitgeschichte, Band 2, Grabert-Verlag, Tübingen
- Human Rights Watch World Report 1995, New York, 1995, S. 209
- Zitiert nach: Junge Freiheit, 16.12.1994
- Max Güde, Die Verwirrung unseres Staatsschutzrechtes, in: Zur Verfassung unserer Demokratie, Rowohlt, Reinbek, 1978, S. 28

- Gottfried Dietze, Ein Schritt zurück in polizeistaatliche Intoleranz, in: Vierteljahresshefte für freie Geschichtsforschung, Nr. 3, 1998, S.22
- Günter Bertram, Der Rechtsstaat und seine Volksverhetzung-Novelle, in: Neue Juristische Wochenschrift, Nr. 21, 2005, S. 1476
- Karl-Hermann Flach, Keine Freiheit ohne Pressefreiheit, in: Presse und Pressewesen, Stuttgart 1993, S. 11



”

«Wenn mich etwas im heutigen Deutschland stört und beunruhigt, ist es gerade diese Neigung zur übertriebenen Selbstkritik, die für mich bedeutet, dass viele Deutsche den Sinn für Realität, für Geschichte, für Verhältnismässigkeit verloren haben. Oder schlimmer, dass manche Deutsche anscheinend an einer Megalomanie leiden – sie wollen die grössten Verbrecher der Geschichte sein und zugleich die grössten Büsser. Dies halte ich für pathologisch.»

”

«Die geistige Landschaft in Deutschland, vor allem im Bereich der Geschichtsschreibung, ist zunehmend politisiert und intolerant geworden, eigentlich unwissenschaftlich im Kern, totalitär in Ziel und Methode.»

Alfred-Maurice de Zayas, US-amerikanischer Völkerrechtler, Historiker und Schriftsteller

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.80

FAZIT

Über 70 Jahre ist es her, dass die Alliierten die «Freiheit» nach Deutschland brachten. Stellt sich heute die Frage: Von welcher Freiheit sprachen sie? Die ökonomische Freiheit ist in der BRD inzwischen so weit eingeschränkt, dass es sich kaum noch lohnt zu arbeiten. Die Meinungsfreiheit ist auch nicht mehr gegeben. Die künstlerische Freiheit («Kongress für kulturelle Freiheit», siehe S.219 ff.) gilt auch nur noch für diejenigen, die die politische korrekte Einheitsmeinung vertreten. Die Forschung wird entweder von Konzerninteressen (z.B. der Pharmalobby) oder der Politik (Geschichts- und Klimawissenschaften) instrumentalisiert. Die «Frauenbefreiung» machte die Frauen meist nur abhängig vom Staat oder ihrem Arbeitgeber. Kinder werden so früh wie möglich in staatliche Bildungseinrichtungen gezerrt. Inwieweit wurde das Versprechen der «Freiheit» also erfüllt? Im heutigen Deutschland wird sie in großem und bedenklichem Ausmaß beschnitten.

Augsburg stiftet «Bertolt-Brecht-Preis»

Bertolt Brecht war einer der einflussreichen deutschen Dramatiker und Lyriker des 20. Jahrhunderts. Er bezeichnete sich selbst als Kommunist. Als Zwanzigjähriger hielt er bereits in den Wirren der Revolution von 1918 Verbindung zur USPD – eine Abspaltung der SPD, die der Programmatik der kommunistischen KPD nahestand. 1927 besuchte Brecht die Marxistische Arbeiterschule (Masch) der KPD in der Weimarer Republik. 1933 verliess er Deutschland und reiste durch Europa, was ihn 1935 auch in die UdSSR führte. Auch die direkte Konfrontation mit dem Stalinismus beirrte ihn nicht in seinem kommunistischen Engagement.

1948 kam er in die Sowjetzone Deutschlands zurück, gründete 1949 die marxistische Experimentalbühne «Berliner Ensemble» und wurde 1954 Vizepräsident der «Akademie der Künste» (zentrale Kunstakademie der DDR). 1954 bekam Brecht für seine «Verdienste» von den Sowjets den Stalinpreis. U.a. hatte er Hymnen auf die DDR-Diktatur wie das «Aufbaulied der FDJ» und «Lob des Kommunismus» geschrieben. In seinem Stück «Die Massnahme» von 1930 wird die Liquidierung eines Abweichlers durch einen Moskauer Kommissar gerechtfertigt.

Zu Ehren des 1898 in Augsburg geborenen Dichters verleiht die Stadt Augsburg seit 1995 alle drei Jahre den «Bertolt-Brecht-

Das
«Brechtthaus»
in Augsburg



Preis» an Persönlichkeiten, «die sich in ihrem literarischen Schaffen durch die kritische Auseinandersetzung mit der Gegenwart auszeichnen». Die Preissumme beträgt 15.000 Euro. (tk)

Quellen: de.wikipedia.org, Bertholt Brecht
1. augsburg.de, Bertolt-Brecht-Preis

Foto: TRIALON/Kläber (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gregor_gysi_20050705_3.jpg)

”



«Jedes Jahr sterben mehr Deutsche, als geboren werden. Das liegt zum Glück daran, dass die Nazis sich auch nicht besonders vervielfältigen und deshalb sind wir auf Zuwanderer aus anderen Ländern angewiesen.»

Gregor Gysi, ehemaliger Fraktionsvorsitzender der Linken, in einem Online-Video vom 24.05.2015

DIE LINKE.

**«Die Linke»-Politikerin:
«Ich liebe und fördere den Volkstod»**

Auf die Anfrage eines Bürgers, der 2012 in einem Rundschreiben an verschiedene Politiker Bürgerrechtsverletzungen in der BRD anprangerte, kam folgende Antwort des Linkspartei-Mitglieds Christin Löchner:

” «Es mag Sie vielleicht überraschen, aber ich bin eine Volksverräterin. Ich liebe und fördere den Volkstod, beglückwünsche Polen für das erlangte Gebiet und die Tschech/innen für die verdiente Ruhe vor den Sudetendeutschen.»

08. Mai 1995:

Roman Herzog erfindet «Vernichtungsaktionen» an Tschechen und Slowaken

In einer Ansprache zum 50. Jahrestag des Kriegsendes sagte der damalige Bundespräsident Roman Herzog in Berlin: «Millionen – vor allem Juden, Roma und Sinti, Polen und Russen, Tschechen und Slowaken – waren den grössten Vernichtungsaktionen zum Opfer gefallen, die menschliche Hirne je erdacht hatten.»⁽¹⁾

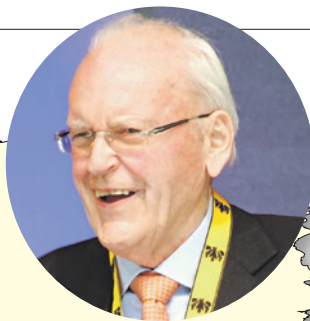
Obwohl das tschechische Volk demnach einer Vernichtung zum Opfer gefallen war, zählte es nach dem Krieg um 236.447 Köpfe mehr als vor dem Krieg⁽²⁾, und die ebenfalls «vernichteten» Slowaken erhielten den langersehnten Staat und wurden Verbündete Hitlers. (tk)

Quellen:

1. bundesregierung.de, Zum 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges – Staatsakt in Berlin am 8. Mai 1995 – Ansprache des Bundespräsidenten
2. Albin Eissner, Die tschechische Bevölkerung im 2. Weltkrieg, in: Aussenpolitik, Jahrgang 1962, S.328 ff.



Foto: Euku (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Roman_Herzog_2012.JPG)
https://en.wikipedia.org/wiki/Creative_Commons



„[Wenngleich die Nachkriegsgeneration keine persönliche Schuld trägt], werden wir Redeformen entwickeln müssen, die dieser Generation ihre Verantwortung vor Augen führen.“

Roman Herzog, 1994-1999 Bundespräsident der BRD, in einem Pressegespräch

Quelle: jungefreiheit.de, «Das Rückgrat brechen», 15.08.2003

So erweiterte Herzog die Kollektivschuldthese zur Erbsünde eines ganzen Volkes.

1996:

Pamphlet über die deutsche Kollektivschuld wird zum Bestseller

Mit seinem Buch «Hitlers willige Vollstrecker» fand der amerikanisch-jüdische Soziologe Daniel Jonah Goldhagen in den USA nur mässiges Interesse, wurde aber in der Bundesrepublik mit Hilfe des Bertelsmann-Konzerns, der es verlegte, und einflussreicher Meinungsmacher mit aller Kraft ins Zentrum des öffentlichen Interesses gerückt und hymnisch gefeiert, womit seine Schrift zum Bestseller wurde. Unterstützt wurde Goldhagen bei seinem Buchprojekt u.a. von der Krupp-Stiftung, vom mit deutschen Steuergeldern bezuschussten Minda-de-Gunzberg-Zentrum und von zahlreichen öffentlichen bundesdeutschen Institutionen. Goldhagen behauptet in dem Buch, der Deutsche sei im «allgemeinen brutal und mörderisch» gegenüber Angehörigen anderer Völker und gehöre «einer politischen Kultur des Todes an».

Konzentrationslager eine deutsche Erfindung?

Goldhagen schreibt zudem, die Konzentrationslager seien das «Wahrzeichen» NS-Deutschlands gewesen, die «neuartige», «originäre» und «revolutionäre» Institution, «durch die sich Deutschland wesentlich von den anderen europäischen Staaten unterschied». Der Verfasser weiss offenbar nichts von den polemischen Äusserungen Hitlers, die Idee der Konzentrationslager sei britischen Gehirnen entsprungen. Dieses trübe Kapitel ist im Übrigen sogar noch viel komplexer, als es Hitler sah. Das englische Wort «concentration camp», das während des Burenkriegs (1899-1902) international Schlagzeilen machte, ist nämlich nur die Übersetzung eines spanischen Wortes; die spanische Kolonialmacht bekämpfte 1896/97 die Auf-



ständischen auf Kuba durch sogenannte «campos de concentración». Zirka 400.000 Nichtkombattanten wurden zur leichteren Partisanenbekämpfung dort «konzentriert» («reconcentrado»). Im Burenkrieg hatten die Briten zwar «nur» etwa 150.000 Farmersfrauen und -kinder

in Lager verschleppt, aber die Sterblichkeit war erschreckend; über 26.000 verloren ihr Leben durch Hunger und Seuchen. Unter den ebenfalls verschleppten schwarzen Hausangestellten gab es zwischen 10.000 und 15.000 weitere Tote.

Am 5. September 1918 wurde das schreckliche Wort in eine dritte Sprache übersetzt. An diesem Tag nämlich beschloss der Sowjetische Rat der Volkskommissare (Minister) das Dekret über den Roten Terror; es gebot unter anderem, «die sowjetische Republik gegen Klassenfeinde mittels deren Isolierung in Konzentrationslagern («konzentrazionnyje lagerja») abzusichern». Das politische Terrorlager als Mittel der Ausschaltung von Oppositionellen und potentiellen Regimegegnern war geboren.

Soviel zu Goldhagens These von der Neuartigkeit und Einzigartigkeit der «deutschen» Konzentrationslager. Zum wissenschaftlichen Wert von Goldha-



Bei einer Umfrage in Westdeutschland lautete die Frage: «Wer war schuld am Deutsch-Ungarischen Krieg von 1893?» Eine erdrückende Mehrheit bekannte sich zur deutschen Schuld; nur wenige antworteten: «Die Ungarn» oder «Weiss nicht». Das Pikante an der Sache war natürlich, dass dieser Krieg nie stattgefunden hat.

Quelle: Armin Mohler, Der Nasenring, Essen, 1989, S.12

Transparent bei «Fridays For Future». Mit der internationalen Klimakampagne wird die Kollektivschuld auf die ganze Welt ausgeweitet. Besonders in Deutschland fällt dies auf fruchtbaren Boden.

gens Erkenntnissen bemerkte ohne Umschweife der Historiker Raul Hilberg in der Süddeutschen Zeitung vom 22. April 1999: «Historiker diesseits und jenseits des Atlantiks waren sich doch einig, dass der Goldhagen einen Blödsinn geschrieben hat.» (tk)

Quelle:
Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S. 14 und S.60-61



1996:

Jürgen Trittin macht sich für die Antifa stark

Als Antifa (Akronym für Antifaschistische Aktion) werden seit etwa 1980 linke bis linksradikale und autonome Gruppen und Organisationen bezeichnet, die nach eigenem Selbstverständnis Faschismus aktiv bekämpfen wollen. In den 1970er Jahren griffen Antifagruppen das Symbol der «Antifaschistischen Aktion» von 1932 auf. Gruppen, die dieses Symbol verwenden, verstehen Faschismus im Anschluss an die Kritische Theorie (siehe S.183 f.) als besondere Form des Kapitalismus und Antifaschismus daher als Teil eines revolutionären Kampfes zur Überwindung der freien Marktwirtschaft.⁽¹⁾

In einer Dokumentation der Göttinger Antifa vom März 1993 heisst es unter anderem: «Niemals würde sich die Autonome Antifa (M) auf eine Politik der ‚Ge-

waltfreiheit‘ einlassen, denn das käme einem politischen Selbstmord gleich.» Wer sich auf die Dauer zusammenschliesst, um politische Vorstellungen auch durch Straftaten zu verwirklichen, macht sich allerdings der Bildung einer kriminellen Vereinigung schuldig (§ 129 des Strafgesetzbuchs). In fast vierjähriger (1991-1995) Arbeit sammelten u.a. das niedersächsische Landeskriminalamt und der zuständige Generalstaatsanwalt in Celle Beweise für die zahlreichen Delikte der Autonomen Antifa (M) aus Göttingen, darunter Landfriedensbruch, schwere Körperverletzung, Nötigung, Brandstiftung, Werbung für eine terroristische Vereinigung, ferner Verstösse gegen das Versammlungsgesetz und das Uniform-, Vermummungs- und Bewaffnungsverbot. Die Anklage wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung war unvermeidlich.

! Nach Hausdurchsuchungen bei den mutmasslichen Straftätern gab es mehrere Protestdemonstrationen, an denen unter anderem der spätere grüne Umweltminister Trittin und die SPD-Abgeordnete Gudrun Hulle Hartwig teilnahmen; nach Hartwigs Meinung leisteten die Autonomen Vorbildliches bei der Bekämpfung des Faschismus. Auch Niedersachsens Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) äusserte «Unverständnis» für die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft. Wie der Zufall so spielt: Im gleichen Jahr hatte der Minister ein Verbot der «Wiking-Jugend» durchgesetzt. Eine Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat sah er darin, dass sich zirka 150 unbedarfte Knaben in Lederhosen regelmässig in einem Heidedorf trafen und am Sonnenwendfeuer altgermanisches Brauchtum pflegten – unbewaffnet, wohlgemerkt.



„«Zweifelloos ist es für das Wohl der Nationen wichtig, dass die Regierenden Tugenden und Talente besitzen. Aber vielleicht noch wichtiger ist, dass die Regierenden keine im Gegensatz zu den Regierten stehenden Interessen haben.»

Alexis de Tocqueville, französischer Philosoph, Politiker und Staatsdenker

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.123



Bundesumweltminister radikaler Kommunist?

1996 gab es dann einen als «Göttinger Resolution» bezeichneten Aufruf, der von über 1000 Sympathisanten unterschrieben war und die «sofortige und bedingungslose Einstellung des Verfahrens gegen die Autonome Antifa (M)» forderte. Fast die gesamte PDS-Prominenz von Lothar Bisky bis hin DDR-Funktionären wie Egon Krenz und Hans Modrow hatte unterschrieben, daneben DKP-Funktionäre, sechs grüne Bundestagsabgeordnete, aber auch zahlreiche Gewerkschafter, einzelne SPD-Mitglieder und der Allgemeine Studentenausschuss (ASTA) von drei Hochschulen. Am eifrigsten engagierte sich der grüne Spitzenmann Jürgen Trittin – aus gutem Grund, denn die Göttinger Grünen hatten der Antifa (M) ihr Parteibüro für deren berühmterbuchtigte Mittwochstreffen zur Verfügung gestellt, und Trittin hatte diese Treffen mehrfach besucht und erst im Juni 1996 dort einen Vortrag über deutsche Innenpolitik gehalten.

Trittings Biographie erklärt einiges: mit 15 Jahren Beteiligung an Strassenkrawallen in Bremen, 1979 als Mitglied des Kommunistischen Bundes (KB) Einzug in den Göttinger ASTA, 1980 Mitgründer der Grünenpartei. Als der Generalbundesanwalt Siegfried Buback von Linksextremisten ermordet wurde und der sogenannte Mescalero-Nachruf «klammheimliche Freude» darüber signalisierte, verweigerte Trittin eine Distanzierung sogar noch, als er im Januar 2001 zufällig dem Sohn des Ermordeten begegnete: «Rückwirkend betrachtet, haben wir damals versucht, auf eine vielleicht zu trotzköpfige Art die Meinungsfreiheit zu verteidigen.» So tolerant er gegenüber Linksextremisten ist, so intolerant ist er gegenüber zumindest einst konservativen Parteien: Bei der FDP sah er eine «KZ-Wächter-Mentalität» und beim CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer die «Mentalität eines Skinheads und nicht nur das Aussehen». «Bei Trittin, dem verspäteten „Achtundsechziger“, wird man den Eindruck nicht los, er habe nur seine Strategie geändert, nicht seine Überzeugungen», schrieb Stefan Dietrich in der FAZ vom 24. Februar 1999. (tk)

Quellen:

Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.144-146
1. de.wikipedia.org, Antifa



FAZIT

Wenn ein zukünftiger Umweltminister sich für eine Organisation starkmacht, die Faschismus mit freier Marktwirtschaft gleichsetzt, ist dann die Chance nicht ziemlich hoch, dass er später im Minister-Amt die freie Marktwirtschaft bekämpfen wird?

1998:

Bundesinnenminister Schily: «Die Zuwanderung hat die Grenzen der Belastbarkeit überschritten»

Die sogenannte «Völkische Wesenschau» der Nationalsozialisten ist in der BRD wieder salonfähig geworden, nur unter umgekehrten politischen Vorzeichen. Die Kollektivschuldthese in ihrer extremsten, jedoch sehr häufigen Form erklärt die Phänomene der nationalsozialistischen Diktatur nicht wissenschaftlich – soziologisch, ökonomisch und historisch –, sondern verlagert das Problem tatsächlich auf die rassische Ebene. Die Deutschen seien genetisch als obrigkeitshörig Befehlsausführer veranlagt.

Die Idee einer Kollektivschuld der Deutschen ist in vielen Köpfen unlösbar mit einer Art Rassismus verbunden. Schon 1943 ernsthaft in der amerikanischen Öffentlichkeit diskutiert wurde der Vorschlag des Harvard-Professors Earnest Hooton, den am 4. Januar 1943 die amerikanische Zeitschrift «Peabody Magazine» publizierte. In seinem Aufsatz **! «Die kriegerische Veranlagung aus den Deutschen herauszüchten» («Breed War Strain out of Germans»)** schlägt der Anthropologe Hooton vor, frei nach Mendels Gesetzen die «deutsche Aggressivität» aus dem Volk herauszuzüchten. Dieses Ziel könne erreicht werden, indem man Angehörige der alliierten Besatzungstruppen zu Ehen mit deutschen Frauen ermutige und ausserdem die Einwanderung nichtdeutscher Menschen, vor allem nicht-

deutscher Männer, nach Deutschland fördere. Das Gros der ehemaligen Wehrmacht solle währenddessen mindestens 20 Jahre lang im Ausland Zwangsarbeit leisten. Auf diese Weise liesse sich die Zahl der reinrassigen Deutschen (pure Germans) und damit die kriegerische Erbanlage der Mitteleuropäer in absehbarer Zeit drastisch reduzieren.

Warum sollte bei Menschen nicht gelingen, was bei Hunderassen gang und gäbe ist? Dass dieser Gedanke nicht nur die Privatmeinung eines verschrobenen Gelehrten war, konnte man auch dem Buch von Wendell E. Willkie «One World» (New York 1943) entnehmen. **Dieser Mr. Willkie, ein früherer ! US-Präsident Franklin D. Roosevelt zur Ausarbeitung alliierter Kriegsziele nach Moskau entsandt worden, und eines dieser Kriegsziele der US-Seite war zeitweise tatsächlich die «Abschaffung der Reinrassigkeit» («abolition of racial exclusiveness») in Deutschland.**

Hooton-Plan prophetisch?

Während solche Vorstellungen in der BRD zumindest kurzzeitig verschwanden, erlebten sie in den 60er Jahren eine Auferstehung. Zum Beispiel bei dem Schriftsteller Rolf Italiaander: «Im Blut vieler Deutscher ist noch das Erbe des Nationalsozialismus virulent,

nicht nur in jenen, die ihn leibhaftig erleben mussten, sondern auch in ihren Kindern.» Der Autor Joseph von Westfalen hält die «deutsche Bestie» gar für den «widerlichsten Typ des Zweibeiners, den die menschliche Rasse bisher hervorgebracht hat». Hier hilft wohl nur eine Mischung à la Prof. Hooton.

Aus ähnlichen Gründen bevorzugt wohl auch Prof. Gunnar Heinsohn, Sozialpädagoge von der Uni Bremen, «ein vielfältiges Gemisch, das einander mehr Anregung und Abwechslung bereiten könnte als die Öde massiver Teutonenhaufen». Ein anderes Argument führte Jutta Limbach (SPD) an, die es immerhin bis zur Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts gebracht hatte. Wegen der «historischen Verantwortung» nach Holocaust und Naziterror müssten die Deutschen lernen, «mit Fremden zu leben und zu teilen».

Als Indiz für die beginnende Abschaffung des deutschen Volkes kann der Bundestagsbeschluss vom 6. April 2000 gelten, gegen die Inschrift «Dem deutschen Volke» über dem Westportal des Reichstagsgebäudes ein Zeichen zu setzen und im Lichthof Nord in riesigen leuchtenden Lettern «Der Bevölkerung» zu schreiben. Der Vater der Idee, der Projektkünstler Hans Haake, fand die historische Widmung des Parlaments «aggressiv»; die Wörter «deutsch» und «Volk» hätten ►



Foto: Savh (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Dem_Deutschen_Volke_Reichstag.JPG) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>



Das «Kunstwerk» «Der Bevölkerung» von Hans Haacke wurde im Jahr 2000 im nördlichen Lichthof des Reichstagsgebäudes nach Beschluss des Bundestages errichtet. Die Arbeit bezieht sich auf den Schriftzug «Dem deutschen Volke» am Reichstag. Haacke wollte mit dem Begriff «Bevölkerung» alle einschliessen, die in Deutschland leben.

► im 20. Jahrhundert eine unheilvolle Rolle gespielt. Der Volksname grenze nicht nur viele Einwohner dieses Landes aus, sondern sei auch angesichts der fortschreitenden Integration Europas fragwürdig. Wenn eine Mutter vor allem ihr eigenes Kind versorgt oder ein Ehemann nur seine eigene Frau liebt, müsste man nach dieser Logik wohl auch von Diskriminierung der anderen oder gar von einem aggressiven Verhalten sprechen. Der Vorschlag wurde später im Bundestag angenommen.

Nun ist es aber allgemein anerkannt, dass zu einem Staat drei Elemente gehören: Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt. Dietrich Murswiek, Professor für öffentliches Recht in Freiburg, erläuterte dazu im Focus Nr. 52/1999: «Subjekt der Staatsgewalt und Quell der demokratischen Legitimation aller Staatsorgane ist das deutsche Volk (Präambel und Artikel 20). Mit ‚Volk‘ ist hier das Staatsvolk

gemeint. Dieses umfasst alle Staatsangehörigen, ungeachtet ihrer ethnischen Herkunft. Der Bundestag repräsentiert das Volk; seine Abgeordneten sind dessen Vertreter (Artikel 38). Sie haben ihr Mandat vom Volk erhalten, damit sie für es die politische Macht ausüben. Die Regierung hat sich vor der Volksvertretung, diese vor dem Volk zu verantworten. Alle Staatsorgane haben dem Gemeinwohl des Staatsvolks zu dienen. Deshalb geloben Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister mit ihrem Amtseid, dass sie ihre Kraft ‚dem Wohle des deutschen Volkes widmen‘. Dies schließt durchaus ein, dass sie auch dem ausländischen Teil der Bevölkerung dienen. Aber Verpflichtungsgrund und -gegenstand sind die Interessen des Subjekts, von dem alle Staatsgewalt ausgeht. Diesen Bezugspunkt durch einen anderen auszutauschen, wäre mit dem Grundgesetz unvereinbar.»

Tatsächlich ist es schwer zu verstehen, dass zu einer Änderung der Verfassung eine Zweidrittelmehrheit nötig ist, für eine Änderung des Verfassungsgebers aber nicht. Angesichts des Ostberliner Arbeiteraufstands von 1953 spottete Bertold Brecht einmal, die Regierung sei mit dem Volk unzufrieden; sie gedenke das Volk aufzulösen und sich ein neues zu wählen. Mittlerweile scheint aus dem Scherz Ernst zu werden...⁽¹⁾

Einwanderungsparadies Deutschland

Aber sind die Dinge wirklich so dramatisch? Lastet der Migrationsdruck nicht auf allen Industriestaaten? Letzteres ist sicher richtig und alle Industrieländer haben sich mit der Einwanderung auseinanderzusetzen. Gegenüber der Bundesrepublik besteht aber ein quantitativer Unterschied. Der Ausländerzuwachs ist in der Bundesrepublik – addiert

Ist die Willkommenskultur in Wahrheit



man alle Arten der Einwanderer – relativ und absolut der höchste. Im klassischen Einwanderungsland USA zählte man in den 80er-Jahren 2450 Einwanderer pro Million Einwohner, in der Bundesrepublik dagegen 10.220; 1993 stieg die letzte Zahl sogar auf 15.660. Bei einem Bevölkerungsanteil von 23% an der EG-Bevölkerung erhöhte sich der Anteil Deutschlands an den Asylbewerbern in Europa von 1989 bis 1992 von 52,6 auf 78,8%.

Weitere Zahlen: Während in den 80er und 90er Jahren in Deutschland rund sechs Millionen Ausländer legal oder illegal zuzogen, waren es in Grossbritannien weniger als zwei Millionen, in Italien weniger als eine und in Frankreich weniger als eine halbe Million. Von den 686.500 Bosnienflüchtlingen kamen nicht weniger als 410.000 nach Deutschland und Österreich. Experten rechnen damit, dass etwa um das Jahr 2030 in Frankfurt am Main mehr Ausländer als Deut-

sche leben werden und dass sich auch in Stuttgart und München der Ausländeranteil der 50-Prozent-Marke nähern wird.

Nur ein Bruchteil der Asylanträge in Deutschland war oder ist begründet. Die meisten Asylbewerber sind also nichts anderes als illegale Einwanderer. Aber sie haben trotzdem gute Karten, zumindest in Deutschland. Schon am 15. Oktober 1991 kommentierte die russische Tageszeitung Iswestija: «Ein Flüchtling aus Äthiopien, Sri Lanka, Pakistan etc. braucht nur das Zauberwort ‚Asyl‘ auszusprechen, und der deutsche Staat sorgt für ihn mit Wohnung, Essen, Kleidung und Taschengeld, und sein Verfahren um Anerkennung zieht sich jahrelang in die Länge.» Nach drei bis vier Jahren erfolgt in der Regel die endgültige Ablehnung des Antrags und danach die Ausweisung. Ausweisung bedeutet aber noch keineswegs Abschiebung. Denn erstens enthält schon das Ausländergesetz eine

Reihe von Gründen gegen die Abschiebung selbst von Schwerverbrechern, zum Beispiel «mensenunwürdige Behandlung» im Heimatland. Man spricht hier vom «kleinen Asyl». Im Übrigen muss der Betreffende nur seinen Pass wegwerfen oder untertauchen und in einem anderen Bundesland mit anderer Identität wieder auftauchen. Das Spiel beginnt von vorne. Nach acht Jahren hat er es dann geschafft. Er gehört jetzt zu den «Altfällen» und darf «aus humanitären Gründen» nicht abgeschoben werden. Nun ist er eingegangen in das Paradies, wo er als Sozialhilfeempfänger zigfach mehr erhält als durch harte Arbeit in seiner arabischen oder afrikanischen Heimat – zumindest so lange, bis das System zusammenbricht. ⁽²⁾

Belastung statt Entlastung

Um die Politik, die in Deutschland seit Jahrzehnten durchgeführt wird, zu rechtfertigen, gehört tatsächlich auch ▶

nur deutscher Selbsthass?





Die angebliche
«Flüchtlingskrise»
2015 hat die Lage noch
weitaus verschlimmert.
Mehr dazu in der
Ausgabe 62.



Foto: Ggia (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:20151029_Inflatable_boat_with_Syrian_Refugees_Skala_Sykamias_Lesvos_Greece.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

► die These, die einwanderungsfreundliche Politik und die Vernachlässigung einer aktiven Familien- und Bevölkerungspolitik sei eben eine Abkehr von der nationalsozialistischen Politik der Rassenreinheit mit ihren Mutterkreuzen und «Kinderzuchtprämien». Das ist zunächst historisch falsch; denn in der Zwischenkriegszeit bekannten sich auch sozialdemokratische Regierungen zu einer aktiven Bevölkerungspolitik, um den ersten grossen Geburtenrückgang des Jahrhunderts (von 1900 an) zu stoppen. Auch die Logik dieser Form des «Antifaschismus» ist wenig überzeugend. Wenn grundsätzlich alles, was im Dritten Reich passierte, des Teufels ist, dann müsste man konsequenterweise auch Sport und Strassen verbieten.

Wer immer noch an das Argument glaubt, der Zuzug von Ausländern sei

notwendig, um die Wirtschaft und das Rentensystem zu retten, der sollte doch in Anbetracht der Tatsache, dass die Einwanderer das soziale System immer weiter belasten und nicht entlasten, ins Grübeln kommen (Ausgabe 19). Vielleicht könnte ihn auch das japanische Beispiel nachdenklich stimmen. Sieht man von den wenigen hunderttausend koreanischen Gastarbeitern in Japan einmal ab, so bleibt es unbestreitbare Tatsache, dass die Wirtschaft dieses Landes ihren kompetentesten Aufstieg nach dem Zweiten Weltkrieg ohne jede Einwanderung geschafft hat. ⁽³⁾

«Mord und Totschlag»

Über die Realität der Migration werden Bundesbürger aber regelmässig von der Politik dreist angelogen. Heiner Geissler (CDU) sagte 1991 auf einer Ta-

gung der Evangelischen Akademie Tutzing: «Durch Asylbewerber und Ausländer hat kein einziger Deutscher auch nur eine Mark weniger verdient oder weniger Rente bekommen oder auch nur einen Quadratmeter Wohnraum verloren.» ⁽⁴⁾

Zehn Jahre später kam man bei der Berechnung der jährlichen Kosten der deutschen Asylpolitik in allen ihren Facetten und auf allen Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden) auf weit über 30 Milliarden Mark; im «Asyl-Rekordjahr» 1992 waren es sogar 35 Milliarden. ⁽⁵⁾

Sachkenner wie der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Heinz Kühn (SPD) haben schon vor vielen Jahren erkannt: «Übersteigt der Ausländeranteil die Zehnprozentmarke, wird jedes Volk rebellisch.» Zählt man die offiziell eingereisten Ausländer



Mit dem «Mutterkreuz» ehrte Adolf Hitler kinderreiche Mütter. Dass der nationalsozialistische Staat Frauen instrumentalisierte, rechtfertigt jedoch noch lange keine familien- und kinderfeindliche Politik in der Gegenwart.

Foto: Olaf Kosinsky (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2019-11-23_Armin_Laschet_CDU_Parteitag_by_OlafKosinsky_MG_5910.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>



„Gerade wenn sich die Gesellschaft verändert, ist es wichtig, das Erbe unserer Geschichte immer wieder neu anzunehmen und weiterzureichen. 38 Prozent der untersechsjährigen Kinder in Deutschland haben eine Zuwanderungsgeschichte. Diese tragen in Zukunft unsere Gesellschaft. Auch sie müssen sich der besonderen Verantwortung, die aus der Vergangenheit hervorgeht, bewusst sein. Nur so, nur indem alle Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit den Zugewanderten an die deutsche Geschichte erinnern und den Opfern des Nationalsozialismus gedenken, können wir gemeinsam dafür sorgen, dass die Lehren aus unserer Geschichte niemals in Vergessenheit geraten. Dies ist Teil unserer gemeinsamen Leitkultur.“

Armin Laschet, seit 2017 NRW-Ministerpräsident, damals als Integrationsminister anlässlich des «Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus» in Düsseldorf

Quelle: land.nrw.de, Minister Armin Laschet: «Gedenken an Holocaust Teil unserer gemeinsamen Leitkultur», 27.01.2010



Kevin Kühnert ✓
@KuehniKev

(Dann aber bitte auch Wahlrecht für Ausländer*innen, die hier arbeiten und Steuern zahlen. **Umvolkung** muss konkret werden!)

Translate Tweet

3:10 PM · Nov 10, 2019 · Twitter for iPhone

Ein Tweet von Kevin Kühnert, damals Vorsitzender der SPD-Jugendorganisation «Jusos» und heute Generalsekretär der SPD, vom 10. November 2019. In Bezug auf einen vorherigen Tweet über Artikel 3 (1) des Grundgesetzes («Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich») fordert Kühnert ein Wahlrecht für Ausländer und schiebt zugleich seinen Wunsch nach einer «Umvolkung» hinterher. Vertreter linker Parteien halten mit ihren radikalen Ambitionen inzwischen nicht mal mehr hinterm Berg.

und die illegalen zusammen, so stand Deutschland zur Zeit der Jahrtausendwende genau an dieser ominösen Marke, und Bundesinnenminister Schily (SPD) musste 1998 zugeben: «Die Zuwanderung hat die Grenzen der Belastbarkeit überschritten.» Weitsichtig warnte schon 1981 Bundeskanzler Helmut Schmidt auf einer DGB-Versammlung in Hamburg: «Wir können nicht noch mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.» Aber auch ohne Gewalttätigkeit ist die Entwicklung vorgezeichnet: Die Gastfreundschaft der neuen Heimat wird sehr bald nicht mehr als Grosszügigkeit angesehen, sondern als eine Verpflichtung der «Reichen» gegenüber den «Armen». Man verweigert die Assimilation; der Gastgeber möge sich gefälligst dem Gast anpassen.

Der Autor Hans Magnus Enzensberger hat für diese Konfliktform den Ausdruck «molekularer Bürgerkrieg» geprägt. Er schrieb: «Der Anfang ist unblutig, die Indizien harmlos. Der molekulare Bürgerkrieg beginnt unmerklich, ohne allgemeine Mobilmachung. Allmählich mehrt sich der Müll am Strassenrand. Im Park häufen sich die Spritzen und zerbrochenen Bierflaschen [...] In den Schulzimmern werden die Möbel zertrümmert, in den Vorgärten stinkt es nach Scheisse und Urin. Es handelt sich um winzige, stumme Kriegserklärungen, die erfahrene Städtebewohner zu deuten wissen.»

Am Ende stehen, so Enzensberger, Räume, die «off limits» sind, die nicht mehr ungefährdet betreten werden können.

Die Probleme mit dem deutschen Asylsystem sind seit Jahrzehnten bekannt. In einer Bundestagsrede vom 28. Mai 1993 wies der CDU-Ehrenvorsitzende, Dr. Alfred Dregger, auf Tatsachen hin, die nichts an Aktualität verloren haben: «Unbestreitbar ist, dass wir für die Finanzierung des Massenmissbrauchs unseres Asylrechts mehr Geld ausgeben als für die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe.» Und weiter: «Die Asylbewerber, die zu uns kommen, gehören bestimmt nicht zu den Ärmsten, sonst hätten sie die Reise und irgendwelche Gebühren von Schlepperbanden nicht bezahlen können.»

Aus der Sicht vieler Einwanderer handelt es sich leider tatsächlich um eine unblutige Landnahme. **Der grüne Abgeordnete Cem Özdemir hat es an Deutlichkeit nicht fehlen lassen: «Was unsere Urväter vor den Toren Wiens nicht geschafft haben, werden wir mit unserem Verstand schaffen.»** Aus der Sicht der Einheimischen handelt es sich um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, dass ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Strassen im Kiez zu unsicher geworden sind. Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. ⁽⁶⁾

Schon 2011: Kinder mit Migrationshintergrund in vielen deutschen Grossstädten in der Mehrheit

Eine Statistik aus dem Jahr 2013 legt offen, in welche Richtung sich Deutschland demographisch bewegt. Sie zeigt den Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund unter 6 Jahren an der Gesamtbevölkerung in deutschen Grossstädten:

Hamburg	48,94 %
Hannover	46,67 %
Bremen	57,58 %
Berlin	43,83 %
Duisburg	57,14 %
Dortmund	53,33 %
Köln	50,98 %
Düsseldorf	50,00 %
Essen	50,00 %
Darmstadt	52,76 %
Stuttgart	56,67 %
Nürnberg	51,85 %
München	58,44 %
Augsburg	61,54 %
FRANKFURT	75,61 %

Quelle: Statistische Ämter Bund/Länder, «Bevölkerung nach Migrationsstatus regional» (Die Zahlen wurden 2011 erhoben, im März 2013 veröffentlicht)

Deutsche Migranten unwillkommen

In den Stellungnahmen der deutschen Grossparteien (mit Ausnahme der AfD) spielt die Belastung des Arbeits- und Wohnungsmarkts und der sozialen Sicherungssysteme in der Regel kaum eine Rolle, wenn es sich um die Einwanderer aus dem Nahen Osten, Afrika oder der Balkanregion handelt. Interessanterweise ändert sich das Argumen-

« [...] der Antigermanismus [stellt] letztlich, ebenso wie der Antisemitismus, eine politische Abart der Biologie [dar]. Dieser politische Biologismus ordnet Menschen aufgrund ihrer geburtsbedingten nationalen und religiösen Herkunft, nicht aufgrund ihrer Eigenschaften oder Verhaltensweisen, den Mächten des Lichts oder den Mächten des Dunkels zu – ein für allemal. Er ist damit radikal gegen die Tradition der Aufklärung gerichtet, die für den Einzelmenschen die Fesseln der Geburt sprengen wollte [...] »

Michael Wolffsohn, jüdisch-deutscher Historiker, u.a. Universität der Bundeswehr München

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.82



Foto: © Raimond Spekling / CC BY-SA 4.0
(via Wikimedia Commons)



Demonstration der bundesweiten Kampagne «Solidarität statt Hetze – Der AfD die Show stehlen!»

Foto: Elke Wetzig (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:K%C3%B6ln_gegen_Rechts_-_Solidarit%C3%A4t_statt_Hetze_-_2293.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

tationsmuster schlagartig, wenn es um Spätaussiedler aus Oberschlesien, um Russlanddeutsche oder – früher – um DDR-Flüchtlinge geht. Einen wahren Feldzug gegen diesen Personenkreis führte der frühere saarländische Ministerpräsident und SPD-Kanzlerkandidat Lafontaine. In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung fragte er zum Beispiel: «Ist es richtig, dass wir allen Bürgern aus der DDR, allen Bürgern Polens, die deutscher Abstammung sind, oder den anderen, die in der Sowjetunion, Rumänien oder anderen Staaten Osteuropas leben – dass wir all denen den Zugriff auf die sozialen Systeme der Bundesrepublik einräumen: Kindergeld, Kranken- und Arbeitslosengeld, Renten?»

Mit den deutschen Aussiedlern habe er «nur das Menschsein gemeinsam». Ähnlich äusserten sich andere SPD-Spitzen wie Gerhard Schröder oder Johannes Rau. Und Joschka Fischer, seinerzeit noch grüner Umweltminister in Hessen, forderte noch 1986 ausdrücklich, DDR-Flüchtlinge «zurückzuschicken».

Wie sind diese Widersprüche zu erklären? Eine plausible Erklärung hat der Schriftsteller Botho Strauss so formuliert: «Zuweilen sollte man prüfen, was an der eigenen Toleranz echt und selbständig ist und was sich davon dem

“An die Verbrechen zu erinnern, die Täter zu nennen und den Opfern ein würdiges Gedenken zu bewahren – das ist eine Verantwortung, die nicht endet. Sie ist nicht verhandelbar; und sie gehört untrennbar zu unserem Land. Uns dieser Verantwortung bewusst zu sein, ist fester Teil unserer nationalen Identität, unseres Selbstverständnisses als aufgeklärte und freiheitliche Gesellschaft, als Demokratie und Rechtsstaat.»

Angela Merkel am 06.12.2019 bei ihrem ersten Besuch in Auschwitz

Quelle: domradio.de, Rede von Kanzlerin Merkel im NS-Vernichtungslager Auschwitz, 06.12.2019

Merkel at Auschwitz: Remembering Nazi crimes inseparable from German identity

Die «Times of Israel» titelt: «Merkel in Auschwitz: Das Erinnern an Naziverbrechen ist untrennbar mit der Deutschen Identität verknüpft».

verklemmten deutschen Selbsthass verdankt [...] Intellektuelle sind freundlich zu Fremden, nicht um des Fremden wil-

len, sondern weil sie grimmig sind gegen das Unsere und alles begrüßen, was es zerstört.» ⁽⁷⁾ (tk)

Quellen:

1. Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S. 165-168

2. Ebenda, S. 172-173
3. Ebenda, 174-176
4. Ebenda, S. 177

5. Ebenda, S. 178
6. Ebenda, S. 185
7. Ebenda, S. 186-188

27. August 1998:

Holocaust-Betrüger fliegt auf

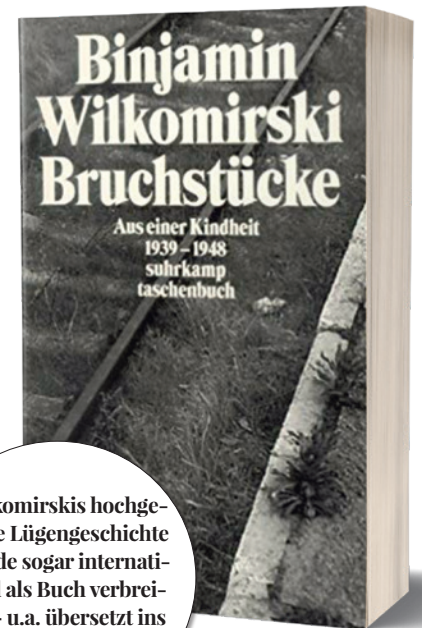
Der selbsterklärte Holocaust-Überlebende Benjamin Wilkomirski veröffentlichte 1995 im zur Suhrkamp-Gruppe (Herausgeber der Frankfurter Schule) gehörenden «Jüdischen Verlag» das Buch «Bruchstücke – Aus einer Kindheit 1939–1948». Die Publikation, die im Stil einer Autobiographie verfasst war, beschrieb in fragmentarischer Form und hauptsächlich aus der Perspektive eines Kindes Erlebnisse aus dem Leben des Ich-Erzählers aus der Zeit des Nationalsozialismus in Lettland und anderen Ländern. Als früheste Erinnerung schilderte der Autor, wie er als kleines jüdisches Kind in Riga der Ermordung eines Mannes durch «Uniformierte» habe zusehen müssen. Dieser Mann sei möglicherweise sein Vater gewesen – er sei damals zu klein gewesen, sich genau erinnern zu können. Nachdem er sich dann zusammen mit seinen Brüdern auf einem Bauernhof in Polen habe verstecken können, sei er verhaftet worden und in zwei Konzentrationslager gekommen. Im ersten Lager sei er seiner sterbenden Mutter, an die er vorher keine Erinnerung gehabt habe, ein letztes Mal begegnet. Nach der Befreiung aus dem Vernichtungslager sei er zunächst

in ein Waisenhaus nach Krakau und dann in die Schweiz verbracht worden. Dort habe er erst durch jahrzehntelange Nachforschung seine nur bruchstückhaft erinnerte (und von seinen Schweizer Adoptiveltern tabuisierte) Vergangenheit rekonstruieren können.

Lobeshymnen in der BRD

«Bruchstücke» wurde in zwölf Sprachen übersetzt und erhielt von der Kritik viel Lob. Der Historiker Wolfgang Benz, Leiter des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte (siehe S.218 f.) begonnen hatte, attestierte den «Bruchstücken» in der ZEIT (Nr. 37/98) «nicht nur Authentizität, sondern auch literarischen Rang». Wilkomirskis «Bruchstücke» seien «eine Darstellung, die dem Leser nachvollziehbare Einsichten in die komplexe Tragödie vermittelt wie kaum ein anderes Dokument». ⁽¹⁾

Der Autor selbst trat bei vielen Gelegenheiten vor einem beeindruckten Publikum als Zeitzeuge und Experte auf, sei es vor Schulklassen, in den Medien oder bei wissenschaftlichen Veranstaltungen



Wilkomirskis hochgelobte Lügengeschichte wurde sogar international als Buch verbreitet – u.a. übersetzt ins Englische und Französische.

zur Schoah und zu deren Folgeproblemen (etwa zur fehlenden Identität von Überlebenden, die während der Schoah noch im Kindesalter waren). Er gab angesehenen Archiven Videointerviews und liess sich in Fernsehdokumentationen porträtieren. Zudem erhielt er für sein Werk drei bedeutende Preise. Bei seinen öffentlichen Auftritten präzisierte er überdies vieles, was im publizierten Text ungesagt oder im Vagen geblieben war. So nannte er mündlich die Namen der KZs, in denen er sich aufgehalten habe (Majdanek und Auschwitz), oder erwähnte, dass er selbst Opfer bestialischer Menschenversuche gewesen sei.

Im Spätsommer 1998 wurde Wilkomirskis öffentliches Ansehen jedoch jäh erschüttert. In einem Artikel vom 27. August in der Wochenzeitung Weltwoche enthüllte der in der Schweiz lebende jüdische Autor Daniel Ganzfried, dass Wilkomirski in Wahrheit Bruno Grosjean heiße und der uneheliche Sohn der Schweizerin Yvonne Grosjean sei. Nach einem Aufenthalt in einem Waisenhaus in Adelboden (Schweiz) sei er von dem wohlhabenden und kinderlosen Ehepaar Dössekcker aus Zürich adoptiert worden. Die Konzentrationslager kenne er nur als Tourist. All dies stellte sich nach Untersuchungen als wahr heraus. Der Schwindel flog auf.

Kein Einzelfall

Fest steht, dass der «Bruchstücke»-Schreiber kein Einzelfall ist; so traf Wilkomirski beispielsweise im Jahr 1998 in den USA Frau Laura Grabowski, ▶

The Telegraph

Home Video News **World** Sport Business Money Comment Cu
USA Asia China Europe Middle East Australasia Africa South A

HOME » NEWS » WORLD NEWS

'Wolf woman' invents Holocaust survival tale



Mrs Defonseca's book became a runaway bestseller

Der englische «Telegraph» berichtete 2008 über die erfundene und niedergeschriebene Opfergeschichte von Misha Defonseca, übersetzt in 18 Sprachen und verfilmt: Die Autorin (jetzt Millionärin) «überlebte» den «Holocaust», weil Wölfe sie adoptierten.



► die wie er im KZ-Auschwitz gewesen sein wollte. Vor laufender Kamera gab es dann tatsächlich ein tränenreiches Wiedersehen. Nur kurze Zeit später wurde Grabowski ebenfalls als eine notorische Betrügerin entlarvt. ⁽²⁾ Weitere Holocaust-Schwindler waren die Belgierin Misha Defonseca ⁽³⁾, die sich als Jüdin ausgab und behauptete, den Holocaust nur dadurch überlebt zu haben, dass sie sich

einem Wolfrudel angeschlossen habe; Enric Marco ⁽⁴⁾, der im Mai 2005 als Präsident einer spanischen KZ-Überlebensorganisation zurücktreten musste, als durch einen Forschungsbericht des spanischen Historikers Benito Bermejo bekannt wurde, dass wesentliche Daten seiner Biographie, die seine behauptete Inhaftierung in den Konzentrationslagern Mauthausen und Flossenbürg be-

trafen, gefälscht waren, oder Herman A. Rosenblat ⁽⁵⁾, dessen publizierte Erinnerungen ebenso als Fälschung entlarvt wurden. **(tk)**



Quellen:

- de.wikipedia.org, Benjamin Wilkomirski
1. zeit.de, Ein fast perfekter Schmerz, 17.09.1998
2. de.wikipedia.org, Laurel Rose Willson
3. de.wikipedia.org, Misha Defonseca
4. de.wikipedia.org, Enric Marco
5. en.wikipedia.org, Herman Rosenblat



Der Schwindler Enric Marco wurde im Fernsehen als Überlebender und Zeitzeuge des KZs Flossenbürg interviewt.

ENRIC MARCO
Superviviente de Flossenbürg
Sobreviviente de Flossenbürg



Stern-Titelseite mit Robert Habeck.

„Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiss es bis heute nicht.“

Robert Habeck, Bundesvorsitzender der Grünen, in seinem Buch «Patriotismus – Ein linkes Plädoyer»

FAZIT

Schwindler und Lügner gibt es überall. Das ist nicht das Problem. Vielmehr muss man Journalisten in Frage stellen, die jeder Person, die nur das Wort «KZ-Häftling» in den Mund nimmt, den roten Teppich ausrollen, ohne sich kritisch mit der Person auseinanderzusetzen. Sollten nicht alle Alarmglocken klingen, wenn jemand angeblich von Wölfen adoptiert wurde? Dem unbescholtenen Zuschauer wird in den Medien die Glaubwürdigkeit des Hochstaplers attestiert und er richtet sein Geschichtsbild dementsprechend aus.

27. Oktober 1998:

Joschka Fischer wird Aussenminister der BRD



Fischer 1985 auf dem Spiegel-Cover

Als einer der erfolgreichsten Vertreter des «Marschs durch die Institutionen» (siehe S.237) ist der Grünen-Politiker Joschka Fischer hervorzuheben. Er engagierte sich früh in der 68er-Studentenbewegung und der Ausserparlamentarischen Opposition (APO). In Frankfurt am Main widmete er sich, obwohl nie wohl aufgrund des fehlenden Abiturs regulär an der Universität eingeschrieben, intensiv gesellschaftspolitischen Studien. Er hörte Adorno sowie Habermas und setzte sich eingehend mit Marx, Mao und Hegel auseinander. Fischers Mentor war Hans-Jürgen Krahl, führender Kopf des «Sozialistischen

Deutschen Studentenbundes» (SDS) in Frankfurt.

Zwischen 1968 und 1975 beteiligte sich Fischer als Mitglied der militanten Gruppe «Revolutionärer Kampf» (RK) an Demonstrationen, Strassenkämpfen mit der Polizei und Hausbesetzungen. Im September 2015 entdeckten Zollbeamte eine bis dato verschwundene Polizeiakte, welche die Verstrickung Fischers in links-verbrecherische Kreise dokumentiert. So wurde dieser im Jahre 1976 bei gewalttätigen Ausschreitungen für die RAF-Terroristin Ulrike Meinhof festgenommen. Unter anderem wurden Brandsätze auf Polizisten geworfen. Ein Beamter erlitt dabei lebensgefährliche Verletzungen. Gegen Fischer wurde damals wegen

Joschka Fischer: Auschwitz als wichtigstes BRD-Staatsfundament

Der Schriftsteller Michael Kleeberg berichtet in der Zeitung WELT vom 22. Mai 1999 von der Deutschlandreise seines französischen Kollegen Bernard-Henri Levy die folgende Episode:

«Das Interessanteste war die Antwort Joschka Fischers auf Levys Frage, was denn der Zement sei, der das heutige Deutschland zusammenhalte, der Urkonsens, der Anfangsmythos, so wie die Revolution von 1789 für Frankreich. Fischer antwortete, das sei, so seltsam es sich anhöre, für die Bundesrepublik wohl Auschwitz. Es lohnt, eine Weile innezuhalten und zu überlegen, was ein solcher Satz bedeutet. Ein Staat, so scheint mir, der tatsächlich auf Auschwitz beruht, kann nur eine Finalität haben, nämlich zu verschwinden. Die Chiffre Auschwitz kann vieles bedeuten, eines jedoch nicht: eine Konstruktionsvorlage. Ein Staat Deutschland, der statt auf den Toten seiner Revolution auf den Leichen der von



Aussenminister
Sigmar Gabriel
besucht die
Gedenkstätte Yad
Vashem in Israel.

seinen Vätern Vergasteten ruhte, dessen einzige Aufgabe wäre es, sich selbst und seinen Namen abzuwickeln.» (tk)

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.23

Landfriedensbruchs, versuchten Mordes und der Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt. 1985 war die Polizeiakte von der hessischen Staatskanzlei angefordert worden, um zu prüfen, ob Fischer für ein Ministeriumsamt taue. Danach war die Akte spurlos verschwunden.⁽¹⁾

Kosovo-Einsatz wegen Holocaust

Eine neue politische Heimat fand Fischer 1982 bei der neu gegründeten Partei Die Grünen, für die er im März 1983 in den Bundestag gewählt wurde. Als erster und bisher einziger «grüner» Außenminister (1998–2005) hat Fischer eine Schlüsselrolle dabei gespielt, das Tabu internationaler Bundeswehreinätze zu brechen und seine Anhänger für weltweite Kriegseinsätze zu begeistern.  Es war Fischer, der die Teilnahme der Bundeswehr am Kosovokrieg mit dem zynischen Argument rechtfertigte, das Erbe des Holocaust verpflichte Deutschland, auf dem Balkan einen angeblichen Völkermord zu verhindern: «Auschwitz ist unvergleichbar. Aber ich stehe auf zwei Grundsätzen: Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz; nie wieder Völkermord, nie wieder Faschismus.»⁽²⁾ Auch die Entsendung der Bundeswehr nach Afghanistan fiel in seine Amtszeit.

Im Zuge der Visa-Affäre hatte die rot-grüne Regierung unter Verantwortung von Fischer grosszügig Einreisevisa in Osteuropa verteilt. Dabei hatte ▶

Bundestagspräsident der BRD: Nachkriegsgenerationen mit Verantwortung für Auschwitz!



Foto: Christliches Medienmagazin pro
([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wolfgang_Thierse_2012-09-02_\(2\).jpg?uselang=de](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wolfgang_Thierse_2012-09-02_(2).jpg?uselang=de))
<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.de>

«Wie kein anderer Name steht Auschwitz für eine Schuld, die nicht vergeben werden kann und die nie vergessen werden darf. Wenn diese Schuld auch nicht übertragbar ist – die Verantwortung, die daraus erwächst, ist sehr wohl übertragbar. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, dass die Vergangenheit stets als Mahnung präsent bleibt. Die Verbrechen der Nationalsozialisten sind einzigartig. Wir müssen dafür sorgen, dass sie es für immer bleiben.»

Der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse in einer Rede vom 27. Januar 2001

So half der SPD-Politiker dabei mit, die Idee salonfähig zu machen, die vermeintliche Kollektivschuld der Deutschen im Zweiten Weltkrieg sei die Erbsünde eines gesamten Volkes, die quasi mit den Genen weitergegeben wird. Seltsam, dass sogar die Bibel anderer Meinung ist: «Ein Sohn soll nicht für die Schuld seines Vaters zur Rechenschaft gezogen werden und ein Vater nicht für die Schuld seines Sohnes.» (Hesekiel, 18,20)

Quelle: bundesregierung.de, 27. Januar - Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus - Gedenkstunde des Deutschen Bundestages - Ansprache des Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse



► das Auswärtige Amt im Jahr 2000 die Auslandsvertretungen angewiesen, die Verteilung von Visa nicht mehr allzu genau zu prüfen. Dies führte insbesondere in der BRD-Botschaft in Kiew zu einem Massenansturm. Damit wurde der weiteren Masseneinwanderung weiter Vor-schub geleistet.

Im Frühjahr 2005 setzte sich Fischer im Rahmen der sogenannten «Nachrufdebatte» dafür ein, dass Nachrufe für einstige NSDAP-Mitglieder aus der Hauszeitung «internAA» des Auswärtigen Amts gestrichen werden. In der Folge wurde eine Historikerkommission eingesetzt, welche die Übernahme von NSDAP-Mitgliedern in das Auswärtige Amt nach dem Krieg aufarbeiten sollte. Unter dem Titel «Das Amt und die Vergangenheit – Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik» wurde 2010 das Ergebnis der Kommissionsarbeit auf 900 Seiten publiziert. Allerdings hagelte es darauf Kritik von Historikern, ehemaligen Diplomaten und Botschaftern aufgrund der historischen Einseitigkeit der Studie. (th)

Quellen:

1. jungefreiheit.de, Polizeiakte von Joschka Fischer wieder aufgetaucht, 11.09.2015
2. Rede zum Nato-Einsatz im Kosovo, 12. Mai 1999

Strassenkämpfer
Joschka Fischer (mit
schwarzem Helm)
prügelt 1973 in
Frankfurt auf einen
Polizisten ein.



FAZIT

Mit Joschka Fischer und Jürgen Trittin nahmen Personen in höchsten Ministerposten Platz, deren radikale und teilweise sogar menschenverachtende Ansichten (DDR-Flüchtlinge zurückschicken, siehe S.266) klar zu erkennen waren. Trotzdem wurden sie in einem längst marxistisch umgepolten BRD-Meinungsklima gewählt. Ihr antideutsches Gedankengut setzt sich bei der neuen Führungsspitze um Robert Habeck fort, die genau wie die Grüne Partei 1998 bei der jüngsten Wählergeneration am besten ankommt.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



„«Die gegenwärtige Debatte über Deutsche als Opfer, die vor allem mit dem deutschen Rückzug und dem Vormarsch der Roten Armee beginnt, halte ich für völlig verkürzt. Ich sage das auch vor dem Hintergrund des Schicksals meiner eigenen Familie. Wenn wir über Vertreibung sprechen, kann man das, was vorher war, nicht aussen vor lassen. Sonst kommt man zu einer völlig falschen Debatte, die da lautet: Die Deutschen waren auch Opfer. Damit relativiert man die historische Schuld und kommt in die unheilvolle Konfrontation einer verzerrten Geschichtswahrnehmung, die weder der Wirklichkeit entspricht noch unseren europäischen Interessen.»

2003 im Interview mit der ZEIT

Quelle: zeit.de, «Was haben wir uns angetan?», 28.08.2003

„«Im 20. Jahrhundert hat Deutschland zweimal mit Krieg bis hin zum Verbrechen und Völkermord sich selbst und die europäische Ordnung zerstört, um den Kontinent zu unterjochen.»

2012 in der Süddeutschen Zeitung

Quelle: sueddeutsche.de, Deutschland und Frankreich als Europa-Retter, 04.06.2012

„«Es wäre sowohl tragisch als auch ironisch, wenn ein wiederhergestelltes Deutschland [...] ein drittes Mal die Zerstörung Europas herbeiführen würde.»

In einem Aufsatz für den US-amerikanischen Think Tank Project Syndicate im Mai 2012

Quelle: project-syndicate.org, The Threat of German Amnesia, 25.05.2012

„«Deutsche Helden müsste die Welt, tollwütigen Hunden gleich, einfach totschlagen; dies zeigt unsere Geschichte ganz sicher.»

1982 in der linksradikalen Zeitung Pflasterstrand

Damit trägt Joschka Fischer auch die längst widerlegte Alleinschuldthese der Deutschen am Ersten Weltkrieg mit. (siehe Ausgabe 28)

1999: «Zentrum gegen Vertreibungen» erfährt grossen Gegenwind

Ein Jahrhundert hat so viele Vertreibungen gesehen wie das 20. und kein Volk hat so viele Vertriebene zu beklagen gehabt wie das deutsche. Was lag da näher, als in Berlin ein repräsentatives «Zentrum gegen Vertreibungen» zur Erinnerung an die Ostvertriebenen einzurichten, damit die «ethnische Säuberung» nicht noch zum Erfolgsmodell für das dritte Jahrtausend werden würde? Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte Jose Ayala Lasso hatte 1995 gemahnt: «Wenn die Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs mehr über die Vertreibung der Deutschen nachgedacht hätten, dann wären die heutigen Katastrophen und Vertreibungen, die vor allem als ethnische Säuberungen bezeichnet werden, vielleicht nicht in diesem Umfang vorgekommen.»

Das Vorhaben stiess auf Kritik in Deutschland und im Ausland, besonders in Polen und Tschechien. Während Kanzler Schröder dem Projekt der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen Erika Steinbach «zurückhaltend» gegenüberstand, verstieg sich der Thüringer Innenminister Richard Dewes zu der Behauptung, damit würde ein «Ort der Verherrlichung nationalistischen Denkens» entstehen.

Das Projekt wurde von der deutschen Bundesregierung nicht übernommen. Im Gegenzug wurde 2008 nach einem Beschluss der Bundesregierung in Berlin die «Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung» zur Erinnerung an die 14



v.l.n.r.: Stiftungsdirektor Manfred Kittel, Bundeskanzlerin Angela Merkel, die damalige Präsidentin des Bundes der Vertriebenen Erika Steinbach, Kulturstatsminister Bernd Neumann und Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) beim Baubeginn des Dokumentationszentrums der «Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung», das AUCH an die deutschen Vertriebenen erinnert.

Foto: User:Viborg (<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:WiglafDroste.jpg>)
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

„«Das deutsche Volk hat die moralische Verpflichtung auszusterben, und zwar subito. Jeder Pole, Russe, Jude, Franzose, Schwarzafrikaner usw. hat genauso viele Rechte, auf ‚deutschem Boden‘ [...] zu leben wie irgendein Deutscher – wenn nicht sogar noch mehr.»



Wiglaf Droste, deutscher Autor (u.a. Tagesspiegel, junge Welt, taz)

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S. 9

Millionen Deutschen errichtet, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus Ost- und Mitteleuropa vertrieben wurden, aber auch an viele Millionen Flüchtlinge an-

derswo. Nur der Deutschen zu gedenken, wie es mit zig Holocaust-Denkmalern für die jüdischen Opfer geschieht, ist in Deutschland offensichtlich ein Tabu. (tk)

Quellen: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.98 f.
 de.wikipedia.org, Zentrum gegen Vertreibungen

1999: Günter Grass erhält den Literatur-Nobelpreis

Als besonders strenger «Moralist» (Stern) der BRD tat sich der Schriftsteller Günter Grass hervor. Seinen literarischen Durchbruch erzielte er – wie sollte es anders sein – mit einem Bewältigungsroman über die Nazi-Zeit («Die Blechtrommel»). Grass war seitdem der Liebling des tonangebenden Teils der veröffentlichten Meinung innerhalb der BRD, erst recht, nachdem er für Willy Brandt und die SPD Wahlkampf gemacht hatte.

1985 beteiligte sich Grass an der sogenannten «Bitburg-Kontroverse», die – wie schon oft – eine grosse Diskussion über die deutsche Vergangenheit auslöste. Grass und viele andere «Intellektuelle» kritisierten die Tatsache, dass Helmut Kohl und US-Präsident Ronald Reagan bei dessen Besuch zum 40. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1985 nicht nur die Gedenkstätte des KZs Bergen-Belsen besucht, sondern es auch gewagt ▶



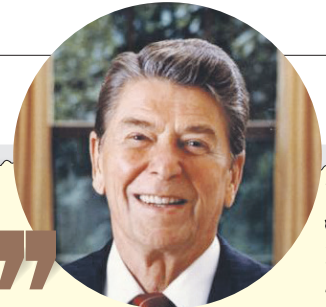
Stern-Titelseite Ausgabe 34, 2006



► hatten, einen Kranz an einem Soldatenfriedhof in Bitburg niederzulegen. In Bitburg lagen neben US-Soldaten und Wehrmachtsangehörigen auch einige wenige Mitglieder der Waffen-SS beerdigt. Grass kritisierte den Besuch scharf als «Geschichtsklitterung».

Ironischerweise musste Grass im August 2006 bekanntmachen, dass er jahrzehntelang verschwiegen hatte, mit 17 Jahren der Waffen-SS angehört zu haben. Wäre er im Krieg verstorben, hätte zumindest die minimale Chance bestanden, dass Reagan und Kohl einen Kranz an seinem Grab niedergelegt hätten. Grass' Rolle als moralische Instanz im Nachkriegsdeutschland wurde damit ein schwerer Schlag versetzt. (tk)

Quelle: de.wikipedia.org, Günter Grass



„**«Den Deutschen ist ein Schuldgefühl aufgezwungen und zu Unrecht auferlegt worden.»**

US-Präsident Ronald Reagan am 5. Mai 1985 bei seinem Besuch des deutschen Soldatenfriedhofs in Bitburg

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.17

21. Juni 1999:

Serbisches Volk trägt laut Gerhard Schröder keine Schuld an Milosevics Verbrechen

Nach einem Fernsehauftritt des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder, in dem er sich über den gerade beendeten Kosovokrieg geäußert hatte, fühlte sich der Soziologe und Anthropologe Alexander Schuller in der Welt zu folgendem Kommentar hin gerissen:

«Am 21. Juni, abends, im deutschen Fernsehen, meinte Bundeskanzler Schröder, dass man dem serbischen Volk die Sünden seines Führers Milosevic nicht heimzahlen dürfe. Schröder erwähnte nicht, dass das serbische Volk Slobodan Milosevic in mehreren Wahlgängen erst zum serbischen und danach auch zum jugoslawischen Präsidenten gewählt hatte und dass es die Angriffe der Nato mit demonstrativen Solidaritätsbekundungen für ihren Präsidenten beantwortet hatte. Präsident Clinton äusserte sich ähnlich: Schuldig



sind die Politiker, das serbische Volk ist unschuldig.

Ähnlich äusserten sich die meisten anderen Nato-Politiker. Für den Tod jener Serben, die während der Angriffe

umgekommen waren, drückte man Betroffenheit aus: Die Nato-Politiker folgen damit einem Denkmuster, das als etabliert gelten kann. Als die Sowjetunion zusammenbrach, kam niemand auf die Idee, dem russischen Volk die Taten seiner Diktatoren vorzuwerfen: Man zählte es eher zu den Opfern. Das gleiche gilt für China und die Kulturrevolution, an der immerhin mehrere Millionen junger Fanatiker beteiligt waren. Wir haben uns darauf eingerichtet, zwischen Führer und Volk streng zu unterscheiden, selbst dann, wenn das Volk den Führer bei dessen Untaten willentlich unterstützt.

Foto: Olaf Kosinsky/Wikipedia

„

«Ja, ich bin Marxist!»

Gerhard Schröder 1978 in den «Lutherischen Monatsheften»

Quelle: spiegel.de, Parolen von Juso-Vorsitzenden: «Ja, ich bin ein Marxist», 03.05.2019



Zu dieser gewissermassen universellen Regel gibt es nur eine einzige Ausnahme: die Deutschen. Sie sind schuldig, sie sind das Tätervolk, wie es Goldhagen (Anm.: siehe S.258 f.) so trefflich auf den Begriff gebracht hat. Warum das so ist, versteht man nicht ohne weiteres. Jahrelang galt das Argument der grossen Zahl der in den Konzentrationslagern ermordeten Opfer. Seit den 100 Millionen Toten, von denen das ‚Schwarzbuch des Kommunismus‘ spricht, ist dieses Argument eher verblasst. Dennoch herrscht auch heute noch kein Zweifel, dass die Deutschen als solche Täter sind. Während die Nato mit erheblichem Aufwand die serbische Zivilbevölkerung zu schonen versuchte, war die deutsche Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg ausdrückliches Ziel der Angriffe englischer und amerikanischer Bomber. Warum also sind die Deutschen die grosse Ausnahme? [...]

Wer zwischen Milosevic und den Serben unterscheidet, hat recht. Und wer zwischen Hitler und den Deutschen nicht unterscheidet, erst recht. Beides ist nicht vergleichbar. In dem einen Fall handelt es sich um Zeit, in dem anderen um Ewigkeit. In der Ewigkeit zählen Recht und Gerechtigkeit wenig. Hitler meinte, die arische Rasse an die Stelle des auserwählten, des jüdischen

Volkes setzen zu können. Das war, folgt man dem jüdisch-christlichen Mythos, Blasphemie: Mit dem Mord an den Juden habe Hitler Gott herausgefordert. Und Gott habe ihn und sein Volk verflucht. Jetzt sind auch wir Deutsche ein auserwähltes – ein von Gott verfluchtes – Volk.»

Quelle: welt.de, Das fluchbeladene Volk, 26.06.1999

FAZIT

Erstaunlich: Wenn es um die deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs geht, hiess es für Bundespräsident Weizsäcker: Nach vorne schauen! (siehe S.246) Egal, um welches tyrannische Regime es sich handelt, immer wird die Bevölkerung aussen vor gelassen. Ausnahme: Deutschland. Auschwitz dürfe «nie vergessen werden» (Thierse), es sei eine «Verantwortung, die nicht endet» (Merkel), auch nicht für kommende Generationen. Etwas, das «nicht endet», ist ewig. Die deutsche Bevölkerung trägt laut Merkel eine ewige Schuld. Ist das nicht schon fast religiös, vergleichbar mit der christlichen Erbsünde?

03. November 1999:

«Deutschland muss sterben» unterliegt der Kunstfreiheit

Als die linke Punkrockgruppe Slime ein Lied mit dem Text «Deutschland muss sterben, damit wir leben können» herausbrachte und daraufhin das Amtsgericht-Tiergarten wegen böswilliger Verächtlichmachung der Bundesrepublik eine Geldstrafe verhängte (das Berliner Kammergericht bestätigte das Urteil später), entschied das Bundesverfassungsgericht am 03. November 1999 dagegen, das Stück unterliege der Kunstfreiheit, wobei es auf die künstlerische Qualität nicht ankomme. Gleiches gilt für die Darstellung der schwarz-rot-goldenen Fahne als Ziel eines Urinstrahls. (tk)

Quelle: Josef Isensee, Das Tabu im freiheitlichen Staat, Paderborn 2003, S.38

Biografie der linksradikalen Punkband Slime.



„«Nach dem Krieg erlebte die politische Kunst – solange sie von links gegen rechts gerichtet war – einen Höhepunkt. Nicht mehr die Qualität zählte, sondern die Botschaft und der politische Inhalt. Künstler galten als kritisch, wenn sie sich mit der nationalsozialistischen Geschichte beschäftigten, den Alltagsfaschismus aufarbeiteten und in ihren Werken festhielten. Eine politisch konservative Kunst durfte es nicht mehr geben.»

Peter Sichrovsky, österreichisch-jüdischer Journalist und Politiker

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.156

04. November 1999:

Die «Wehrmachtausstellung» wird wegen Fälschungen zurückgezogen

Von 1995 bis 1999 zog die Ausstellung «Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944» durch deutsche Städte. Sie war zusammengestellt und organisiert durch den (zumindest früheren) Kommunisten Hannes Heer und finanziert durch den als Unterstützer der Hamburger Hafenstrasse hervorgetretenen Tabak-Millionenerbe Jan Philipp Reemtsma. Was Kritiker der Ausstellung von Anfang an vermuteten, ist inzwischen in vielen Fällen zweifelsfrei nachgewiesen worden: Heer hat – anscheinend auch bewusst – manipuliert und selbst vor üblen Bildfälschungen nicht zurückgeschreckt. Aus der Menge der inzwischen aufgeflogenen Manipulationen und Fälschungen der Heer'schen Ausstellung seien nur zwei herausgegriffen:

1. Zu einem in vielen Zeitungen veröffentlichten Bild, das die angebliche Hinrichtung unschuldiger Zivilisten im Banat (Rumänien/Serbien) durch Wehrmachtangehörige dokumentieren soll, stellt Professor Dr. Franz W. Seidler fest: «Das bekannteste Bild der Ausstellung, die Hinrichtung von Zivilisten an der Friedhofsmauer von Pancevo im Banat, das auch als Titelbild des Spiegels vom 10.03.1997 abgedruckt war, ist nicht nur mit kleinen Uniformretuschen,



Der bereits mehrfach gerichtlich verurteilte Ex(?)-Kommunist Hannes Heer organisierte die Ausstellung.

Foto: Phi (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hannes_Heer_2017.JPG) <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en>

z.B. am Stahlhelm des Pistolenschützen, sondern auch mit einer falschen Legende versehen. Im Katalog heisst es auf Seite 28: „In Serbien liess die Wehrmacht von Beginn an keine Zweifel aufkommen, dass sie gewillt war, auch gegen Zivilisten mit blutigen Mitteln vorzugehen. Als in Pancevo, der Hauptstadt des Banat, am 17. und 18. April 1941 – also noch vor der Kapitulation der jugoslawischen Armee – zwei SS-Männer erschossen wurden, ordnete der Standortkommandant, Oberstleutnant von Bandelow, als ‚Süh-

nemassnahme‘ die Ermordung von Zivilisten an: Wehrmachtangehörige trieben wahllos Einwohner der Stadt zusammen.’

Was war die wahre Geschichte? Aus dem orthodoxen Friedhof von Pancevo heraus wurden öfters deutsche Soldaten in der Nacht beschossen. Die Suche nach den Attentätern blieb erfolglos. Erst nach einigen Tagen kam man darauf, dass von einem Mausoleum im Friedhof ein unterirdischer Gang in ein nahegelegenes Wirtshaus führte, von wo die Heckenschützen kamen und wohin sie sich zurückzogen. Eines Nachts wurde den Partisanen eine Falle gestellt. Als wieder geschossen wurde, stürmten die Deutschen das Gasthaus und fanden eine Bodenklappe zu dem Gang in den Friedhof. Alle Anwesenden wurden festgenommen. Ein Standgericht verurteilte sie zum Tode: 18, als Zivilisten getarnte, Angehörige der jugoslawischen Armee zum Tode durch Erschiessen und 17 männliche Zivilisten und eine Frau zum Tode durch Erhängen. Am 22.04.1941 wurde das Urteil vollstreckt. Die Erschiessung wurde von einem Peloton des Regiments Grossdeutschland an der Friedhofsmauer durchgeführt. Die Henkersarbeit besorgte ein Zivilist an anderer Stelle. Bei dem Vorgang handelte es sich also weder um eine Sühnemassnahme noch um



Aus dem Vollzug eines völkerrechtlich gedeckten Urteils (Exekution von Partisanen, so wie es auch die Alliierten vollzogen), wurde in der Wehrmachtausstellung die wahllose Ermordung von unschuldigen Zivilisten gemacht.

1.

eine Aktion des Standortkommandanten, sondern um den Vollzug eines völkerrechtlich gedeckten Urteils. In den Begleitschriften zur Ausstellung wird nicht erwähnt, dass die jugoslawischen Truppen bei ihrem Abzug aus Pancevo neun Volksdeutsche als Geiseln mitschleppten und in einem nahen Wald ermordeten. Untaten werden in den Augen der Ausstellungsmacher nur von Deutschen begangen.»⁽¹⁾

2. Ein Bild an einer Stellwand der Ausstellung und aus dem Kapitel «Weissrussland – Drei Jahre Besatzung 1941 bis 1944» des Ausstellungskatalogs zeigt teilweise entkleidete Männer vor einem Fluss und trägt die Bildzeile «Juden werden exekutiert». Nach dem Organisator Hannes Heer ist es «eines der bekanntesten Bilder des Holocaust ausserhalb der Vernichtungslager». Die Nachforschungen der Focus-Mitarbeiter Markus Krischer und Robert Vernier ergaben jedoch folgendes: Das Bild findet sich zusammen mit einer weiteren ähnlichen Szene auf Seite 149 in dem im November 1941 als Werbeschrift der Zivilverwaltung des Generalgouvernements von Helmut Gauweiler, Onkel des ehemaligen Münchener CSU-Politikers Peter Gauweiler, herausgegebenen Bildband «Deutsches Vorfeld im Osten». Zur Abbildung heisst es dort:

«Wahrscheinlich zum ersten Male in ihrem Leben ist diese jüdische Mannschaft zum Baden angetreten, und wie man sieht, scheint ihr dieses Bad nicht allzu schlecht bekommen zu sein.»⁽²⁾

Der mit mehreren Büchern zur NS-Bewältigung hervorgetretene Journalist Ernst Klee fand auf der Suche nach entsprechenden Bildern einen unscharf reproduzierten Ausschnitt des Bildes ohne jede Beschriftung in einer Fotomappe der für NS-Verbrechen zuständigen Abteilung des Landeskriminalamtes (LKA) Baden-Württemberg in Stuttgart. Er brachte einen etwas kleineren Ausschnitt auf Seite 77 seines Buches «Schöne Zeiten – Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer»⁽³⁾ im Zusammenhang mit der Ermordung von Juden durch SS-Einsatzkommandos im Osten und erfand dazu – wie er auch offen zugab – unter der Überschrift «...gerne bereit, bei Erschiessungen mitzumachen, Aussagen zur Legende des Befehlsnotstands» die Bildunterschrift «Juden müssen sich vor ihrer Ermordung entkleiden». Mitverfasser dieser «Dokumentation» war der

2.



Der Organisator Hannes Heer übernahm eine falsche Bildbeschreibung des Journalisten Ernst Klee «Juden müssen sich vor ihrer Ermordung entkleiden». Auf den «Fehler» angesprochen, antwortete er: «Es geht hier um Juden, die sich ausziehen müssen. Und jeder Historiker weiss, was dann kommt.»



Jutta Ditfurth
@jutta_ditfurth

Saufen, scheußlich singen, schunkeln, überall hinpinkeln, Kellnerinnen anpöbeln, sich ausnehmen lassen, saufen, rassistisch attackieren, sexuell belästigen, kotzen.

Deutsche Leitkultur eben.

#Oktoberfest #Wiesn

12:48 vorm. · 30. Sep. 2019 · Twitter for iPhone

Die Mitbegründerin der Partei Die Grünen Jutta Ditfurth kommentiert die Eröffnung des Oktoberfests 2019 auf Twitter.



Foto: Ziko van Dijk
Der Tabak-Millionenerbe und Finanzier der Ausstellung Jan Philipp Reemtsma zählt mit einem Vermögen von 700 Millionen Euro zu den 150 reichsten Deutschen. Auf die Frage «Lieben Sie Deutschland?» antwortete er einst mit der Gegenfrage: «Halten Sie mich für nekrophil?»

damalige Staatsanwalt bei der Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen und ihr späterer Leiter Willi Dressen.

1992 wies der bayerische Schrift- und Fotogutachter Alfred Streim die Ludwigsburger Behörde zur Aufklärung NS-Verbrechen auf das Originalbild hin, was für

Dressen schockierend gewesen sein soll und ihn veranlasste, den Streim'schen Brief in die entsprechende Bildmappe mit einer ausdrücklichen schriftlichen Warnung vor dem Gebrauch des Bildes zu legen. Auf Brief und Warnung muss Heer gestossen sein, als er diese Mappe für seine Ausstellung auswertete und ihr das Bild entnahm – er bringt in der Ausstellung einen etwas grösseren Ausschnitt als in dem Klee'schen Buch. Heer gab dann dem Bild in seiner Ausstellung – trotz offensichtlicher Kenntnis der wahren Zusammenhänge – die oben genannte Legende, wobei er zur Fälschung Klees noch eine draufsetzte: Aus Polen wurde einfach Weissrussland gemacht, und aus Klees unberechtigtem Vorwurf gegen die SS wurde nun ein «Verbrechen der Wehrmacht», was selbst für Dressen «völliger Unsinn» war.

Heer, daraufhin angesprochen, konnte statt Argumenten nur vorbringen: «Es geht hier um Juden, die sich ausziehen müssen. Und jeder Historiker weiss, was dann kommt.» Aber das ist eben auch falsch, und der Focus brachte den Hinweis, dass in der Literatur, ▶

► etwa in Bernard Goldsteins Memoiren «Die Sterne sind Zeugen», durchaus gefilmte Badeszenen beschrieben sind, zu denen Juden in den Ghettos aus hygienischen Gründen und zur Vermeidung von Epidemien von Deutschen gezwungen wurden. Derart in die Ecke getrieben, erklärte Heer zum Focus: «Dann schreiben Sie halt, es ist eine Fälschung. Machen Sie, was Sie wollen.»⁽⁴⁾ Selbst der Focus kommentierte eine solche offensichtlich bewusste Verfälschung mit den Worten: «Wer so wenig fundiert mit Quellen und mit Bilddokumenten umgeht, der hat keinen Anspruch auf Seriosität. Denn bei solch einem komplexen Thema [...] ist wissenschaftliche Redlichkeit der Ausstellungsmacher unbedingt geboten.»⁽⁵⁾

Lob und Preise

Der Münchner Geschichtsordinarius Prof. Dr. Franz W. Seidler stellte zur Heer'schen Anti-Wehrmachtausstellung fest: «Von den Fotos dieser Ausstellung haben 90 % keinen Quellennachweis. [...] Fotos ohne Quellenangaben haben keine Beweiskraft für irgendwelche Vorgänge, an denen die Fotografen möglicherweise beteiligt waren. Belege ohne Orts- und Zeitangaben sind wissenschaftlich wertlos. Von den 314 Fotos im Kleinformat tragen 208 die Bezeichnung ‚unbekannter Ort‘. 62 lassen keine Beteiligung von Wehrmachteinheiten erkennen, 19 stammen aus Polen vor 1941. 15 zeigen Kriegsgeschehen, z.B. brennende Häuser, ohne Bezug zum Thema, und 10 be-



Der Landtagspräsident Schleswig-Holsteins Heinz-Werner Arens besucht die Ausstellung 1999.

treffen nicht die Wehrmacht, sondern SS, SD oder RAD. Selbst die Zitate, die die Bilder kommentieren, sind nur schwer nachprüfbar. Viele Texte auf den Schautafeln sind verkürzt. Die Belegstellen verweisen gelegentlich auf Gerichtsakten ohne Angabe der Aktenzeichen. Durch Fettdruck werden die Ausstellungsbesucher auf angeblich wichtige Stellen hingewiesen. Es handelt sich ausschliesslich um Passagen, die die Meinung der Aussteller stützen. Einschränkungen oder Widersprüche, die sich in den Schriftstücken finden, werden dem Besucher als gepunktete Auslassungen entzogen. Auch vor offensichtlichen Verdrehungen scheuten die Ausstellungsmacher nicht zurück.»⁽⁶⁾

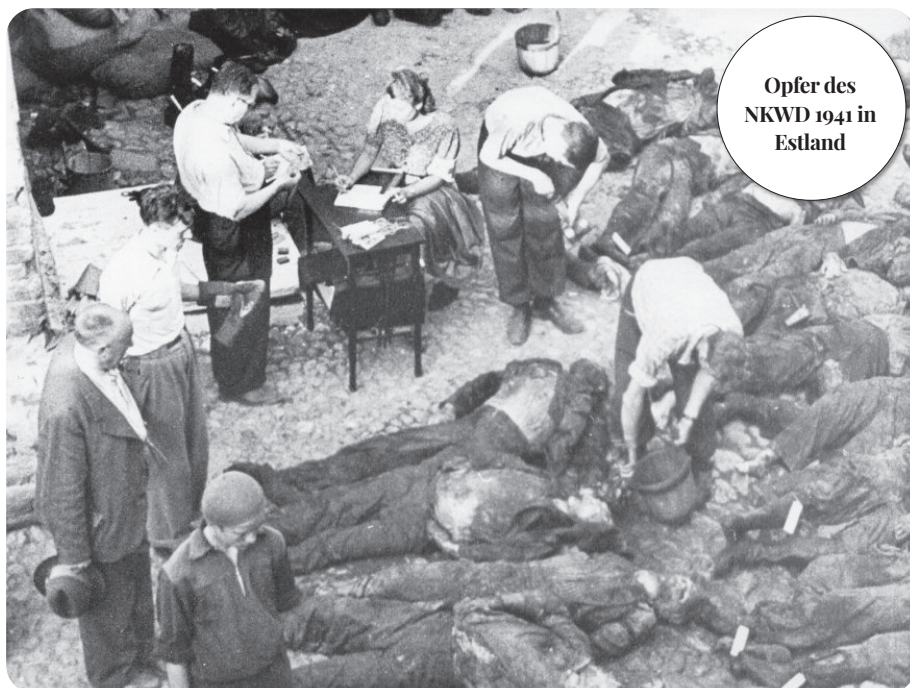
Aber trotz nachgewiesener Fälschungen zog die Heer'sche Ausstellung mit diesen weiter durch deutsche Städte. Und sogar behördliche Stellen unterstützten diese Geschichtsverzerrung noch, ganz abgesehen davon, dass der Katalogverfasser und Organisator der Ausstellung, Heer, und deren Finanzier, Reemtsma, mit Preisen ausgezeichnet und von den Massenmedien empfehlend vorgestellt wurden.

Deutsche Wehrmacht oft Retter statt Täter

Erst als im Oktober 1999 zwei junge ausländische Historiker, Dr. Bogdan Musial aus Polen und Dr. Krisztian Ungvary aus Ungarn, ihre vernichtende Kritik in zwei angesehenen deutschen Fachzeitschriften⁽⁷⁾ veröffentlichen konnten, wurde die Ausstellung zurückgezogen. Hinzu war noch die Aufdeckung der falschen Deutung von vier Bildern durch den Historiker Dieter Schmidt-Neuhaus⁽⁸⁾ gekommen: Massaker-Opfer des sowjetischen Geheimdienstes NKWD waren wider besseres Wissen von Heer und Mitarbeitern als solche der Wehrmacht bezeichnet worden.

Musial wies im einzelnen überzeugend nach, dass mindestens neun Fotos der Ausstellung und des zugehörigen Katalogs durch den stalinistischen Geheimdienst NKWD Ermordete darstellen und also nicht, wie die Ausstellung suggerieren will, Verbrechen von Deutschen dokumentieren, insbesondere nicht solche der deutschen Wehrmacht.

So sei zu den Bildern Nr. 29 bis 31 des Katalogs zunächst die falsche Ortsbezeichnung «Gebiet Kiew, Ukraine»





Die Ultras Frankfurt positionierten sich auf dem Höhepunkt der Masseneinwanderung im September 2015 gegen ihre deutschen Landsmänner und für noch mehr Zuzug aus anderen Ländern. «Ausländer rein – Rheinländer raus!» war auf dem Transparent der Ultras zu lesen, um die Gäste-fans aus Köln zu provozieren. Gegen das eigene Volk scheint so gut wie jede niveaulose Beleidigung zulässig, während schon Witze über Ausländer tabuisiert werden.

angegeben worden, bis man erst nach mehreren Hinweisen die Tatortangabe in «Zloczow» (auch Ukraine) geändert habe. Dort sei zwar, was Augenzeugen bestätigten, ein Massaker verübt worden, aber vom sowjetischen NKWD, nicht von der Wehrmacht: «Erst deutsche Soldaten hätten das Massaker beendet.» Dasselbe gelte für andere Orte: «In Luck wurden die NKWD-Mannschaften von deutschen Soldaten daran gehindert, noch die letzten Gefangenen zu liquidieren. Zuvor hatten sie etwa 2000 Menschen mit Maschinengewehren und Handgranaten ermordet.» Auch bei den in der Ausstellung der Wehrmacht vorgeworfenen Massenmorden in Lemberg und Tarnopol (Ukraine) handele es sich einwandfrei um Kriegsverbrechen der Sowjets, die ihre politischen Gefangenen kurz vor der jeweiligen Ankunft der Deutschen zu Tausenden ermordeten, nachdem der jüdische NKWD-Chef Lawrentij Berija am 24. Juni 1941 angesichts des schnellen Vorrückens der deutschen Truppen den Geheimbefehl erteilt hatte, alle «konterrevolutionären Elemente» unter den Häftlingen umzubringen. «Dies bedeutete das Todesurteil für mehrere zehntausend Menschen», schreibt Musial dazu. Ausführlich ging der polnische Historiker auf die vielen NKWD-Massenmorde vom Juni 1941 in einem besonderen Artikel ein.⁽⁹⁾

Die geschichtliche Wahrheit war hier also von den Ausstellern genau auf den

Kopf gestellt worden: Die deutsche Wehrmacht war nicht nur nicht der Täter, sondern hat in vielen Fällen durch ihren Vorstoß und sofortiges Handeln das Morden des sowjetischen NKWD beendet. Weitere zwei Dutzend ausgestellter Fotos seien mit grosser Wahrscheinlichkeit ebenso Zeugnisse sowjetischer Massaker an Regimegegnern, und die dargestellten Verbrechen würden fälschlicherweise deutschen Soldaten unterstellt. Dazu komme, dass etwa die Hälfte der Bilder der Ausstellung Handlungen zeige, «die nichts mit Kriegsverbrechen zu tun haben».

Schwere wissenschaftliche Fehler

Der ebenfalls noch junge ungarische Historiker Krisztian Ungvary, hervorgetreten durch sein Werk «Die Schlacht um Budapest 1944/45», erhob fast zeitgleich mit Musial schwere Vorwürfe gegen die Ausstellung. In der Verbandszeitschrift der deutschen Geschichtslehrer unterwarf er die Bilder des Ausstellungskatalogs einer statistischen Analyse und gelangte dabei zu vernichtenden Ergebnissen für die Aussteller. Als Folgerung daraus bezichtigte er die Ausstellungsmacher schwerer wissenschaftlicher Fehler. Sie hätten manipuliert, statt zu informieren. Über die Hälfte der rund 800 Bilder zeigten weder Verbrechen noch Kriegshandlungen. Weitere 63 gäben lediglich Kriegshandlungen ohne Verbrechen wieder, von 185 Fotos kenne man die Täter nicht, 62 Bilder trügen fehlerhafte Bildunterschriften, bei 71 Bildern seien die Täter nachweislich nicht Soldaten der deutschen Wehrmacht.

Nun konnte auch Professor Dr. Horst Möller, Direktor des gerade für dieses Thema zuständigen Münchner «Instituts für Zeitgeschichte», der bisher wie andere Deutsche auch verschwiegen worden war, in der Presse erscheinen. Für ihn war jetzt klar, «dass es den Ausstellungsmachern um Herrn Heer nicht um die Wahrheit, sondern einzig darum geht, eine These zu beweisen, die als solche keine wissenschaftliche ist [...] Es ist eine politische Aussage». Die Ausstellung habe «gravierende Mängel. [...] Der historisch-wissenschaftliche Umgang mit den Bildern ▶





► ist schlampig. [...] Die Ausstellung steckt voller Fehler und Suggestionen. [...] Wir können es uns aber nicht leisten, Geschichtsklitterungen zu exportieren, zumal jenseits der Grenzen gelegentlich grössere Aufnahmebereitschaft für solche Negativklischees besteht». ⁽¹⁰⁾

Gefragt, warum «weite Teile der politischen Klasse in Deutschland so positiv auf die Ausstellung reagierten», antwortete Musial: «Ich habe den Eindruck, dass die Deutschen Schwierigkeiten haben, an gewisse Wirklichkeiten heranzugehen. Es herrscht ein Betroffenheitsklima, und dies ist eben günstig für Leute wie Hannes Heer und Daniel Goldhagen. Man wagt nicht so recht, deren Thesen nach wissenschaftlichen Kriterien zu hinter-

fragen. Wer sich, wie ich es versuche, ohne Vorbehalte an die Dinge heranwagt, läuft Gefahr, als Revisionist abgestempelt zu werden.» ⁽¹¹⁾

Nachdem die Ausstellung im Herbst 1999 unter öffentlichem Druck nach vielen erkannten Fälschungen zurückgezogen worden war, wurde sie dann rund ein Jahr lang «überarbeitet» und zog ab 2001 mit gleicher Tendenz erneut durch deutsche Städte, allerdings mit viel geringerer öffentlicher Beachtung. In den knapp vier Jahren ihrer Dauer war die Ausstellung von rund 800.000 Personen besucht worden, meist Schulklassen, die von ihren entsprechend eingestellten Lehrern im Rahmen politischer Erziehung hingeführt worden waren. ⁽¹²⁾

Quellen:

1. Franz W. Seidler, Verbrechen an der Wehrmacht - Band 1: Kriegsgreuel der Roten Armee 1941/42, Pour le Mérite, 1997
2. Helmut Gauweiler, Deutsches Vorfeld im Osten, Krakau, 1941
3. Ernst Klee, Willi Dressen, Volker Riess, «Schöne Zeiten» - Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer, S. Fischer, Frankfurt/M., 1988
4. Focus, Nr.16, 14.04.1997, S.45
5. Focus, Nr.18, 28.04.1997, S.336
6. Franz W. Seidler, ebenda, S.11
7. Bogdan Musial, «Bilder einer Ausstellung», in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 4, 1999, S. 563- 591; Krisztian Ungvary, «Echte Bilder - problematische Aussagen», in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Nr. 10, 1999, S. 584-595
8. Dieter Schmidt-Neuhaus, «Die Tarnopol-Stellwand der Wanderausstellung 'Vernichtungskrieg- Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944', in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Nr.10, 1999, S. 596-603
9. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.10.1999
10. Interview mit Horst Möller, in: Focus, Nr. 43, 1999, S. 44 ff.
11. Welt am Sonntag, 24.10.1999

FAZIT

Trotz nachgewiesener Fälschungen zog die Heer'sche Ausstellung weiter durch deutsche Städte und wurde frenetisch von Medien und Politik gefeiert. Hunderttausende Schüler bekamen hier eine einseitige, unseriöse Gehirnwäsche, bis der Druck dann doch zu gross wurde.

November 2000:

Ganz Deutschland am Pranger wegen erfundenem Neonazimord

Das tragische Todesfälle seit Jahren von der politischen, medialen und akademischen Klasse Deutschlands missbraucht werden, um Stimmung für die als politisch korrekt erachtete Gesinnung zu machen, ist kein Geheimnis. Dass dabei jegliche Standards des Rechts und der Moral missachtet werden, sollte auch nicht überraschen. Beispielhaft sei hier der Tod des kleinen Joseph (Deutsch-Iraker) im sächsischen Sebnitz anno 1997 genannt. Im September 2000, drei Jahre nach dem Unfall, wurde der Fall neu aufgerollt. Josephs Eltern hatten über Monate schriftliche Erklärungen möglicher Zeugen zusammengetragen und ein kriminologisches Privatgutachten erstellen lassen. Während bei jedem Kriminalfall der Täter bis zur Rechtskraft des Urteils nur ein «mutmasslicher Täter» ist, reichte ein vager Verdacht der Eltern, um Journalisten den Schaum vor den Mund zu treiben. So schrieb die Süddeutsche Zeitung im November 2000: «Es kommt einem die Wut hoch, nackte Wut. Da schnappt sich eine Gruppe rechter Jugendlicher im Schwimmbad [...] einen kleinen Jungen, flösst ihm ein Betäubungsmittel ein, quält ihn mit Elektroschocks, drückt ihn unter Wasser, tritt auf dem Kind herum, bis es tot ist. Weil es dunkelhaarig und schwarzäugig ist [...]» Typisch für die Geisteshaltung deutscher Journalisten wurde im Zuge einer ausufernden Medienkampagne die gesamte deutsche Bevölkerung medial an den Pranger gestellt: «In einem Land, in dem ein Sechsjähriger von politisch motivierten Gewalttätern ermordet werden kann, weil Menschen nicht eingreifen, möchte man nicht leben», so der Berliner Tagesspiegel. ⁽¹⁾



Die Mutter, deren Phantasie die Geschichte zu verdanken war, wurde zum Medienstar: Talk-Shows, Empfang beim Bundeskanzler, Lichterketten usw. – bis sich herausstellte, dass die von der Mutter angeheuerten «Zeugen» nicht die Wahrheit gesagt hatten. Die Todesursache des Jungen war kein Neonazimord, sondern höchstwahrscheinlich ein Herzinfarkt beim Schwimmen mit anschliessendem Ertrinken, ausgelöst durch einen angeborenen, von der Mutter bei den Ermittlungen jedoch verschwiegenen Herzfehler.

Foto: Hans Herrmann Weinen (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Renate_Schmidt.jpg)
<https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en>

77

«Die Frage, [ob die Deutschen aussterben], das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir [...] verhältnismässig wurscht.»

Renate Schmidt, Familienministerin Deutschlands 2002 bis 2005

Quelle: 14. März 1987 im Bayerischen Rundfunk



Der Schaden war jedoch längst angerichtet, da öffentlich-rechtliche und private Medien ohne weitere Recherche die ungeprüften Vorwürfe der Mutter in ihren Artikeln und Berichten verarbeitet hatten. Die BILD hatte von unterlassener Hilfeleistung der Sebnitzer Bürger und von einem grossangelegten Verschweigen des Mordes gelogen. Die weltweite Presse sowie unzählige Fernsehsender wälzten das vorgebliche Verbrechen aus. (tk)

Quellen:

Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.127-128
 1. spiegel.de, Die traurigen Tage von Sebnitz, 04.12.2000

FAZIT

Auch in diesem tragischen Fall war nicht die verzweifelte Mutter verantwortlich zu machen, die verständlicherweise einen Sündenbock für das tragische Schicksal ihres Sohnes suchte, sondern die hysterisch auf das Thema springende Presse, die Vermutungen als Tatsachen darstellte und im eigenen Land eine Pogromstimmung gegen Deutsche erzeugte.



Die Hysterie hat sich inzwischen noch gesteigert:
 Am 25. August 2018 wurde der 35-jährige halb-deutsche Daniel H. von einem irakisch-kurdischen Asylanten erstochen...



...anstatt verständliche Trauer und Wut über die Einwanderungspolitik zuzulassen, wurde als Reaktion auf einwanderungskritische Schweigemärsche ein gross angelegtes Konzert «gegen Rechts» veranstaltet, bei dem Interpreten mit radikalen, antipatriotischen und gewaltverherrlichenden Texten die Bühne überlassen wurde.

77 «Ich ramm die Messerklinge in die Journalistenfresse.»

Textzeile der Band K.I.Z. aus dem Lied «Ein Affe und ein Pferd»

Wohlgemerkt wurde dieser Song auf dem «Wir sind mehr»-Konzert gespielt – wenige Tage, nachdem in Chemnitz eine tödliche Messerattacke stattgefunden hatte. An Pietätlosigkeit ist das kaum zu überbieten!

77 «Die Bullenhelme, die sollen fliegen. Eure Knüppel kriegt ihr in die Fresse rein!»

Aus dem Song «Staatsgewalt» der Band Feine Sahne Fischfilet, gegen die sogar schon wegen linksextremistischer Gewalttaten polizeilich ermittelt wurde.

Bundespräsident Steinmeier teilte die Veranstaltung «Wir sind mehr» auf Facebook. Radikale Gewaltverherrlichung von linker Seite wird vom politischen «Establishment» allzu gern toleriert.

21. März 2001:

Erstausstrahlung von «Die Vertriebenen – Hitlers letzte Opfer»

Hans Lemberg / K. Erik Franzen
Die Vertriebenen
Hitlers letzte Opfer

Eine dreiteilige ARD-Dokumentation aus dem Jahr 2001 sowie das 2002 dazu erschienene Buch tragen den unverblühten Titel «Die Vertriebenen – Hitlers letzte Opfer». Selbst wenn man die krude These vertritt, die von den Sowjets, Polen und Tschechen durchgeführten Vertreibungen seien nur eine rechtmässige Reaktion auf Hitlers Verbrechen gewesen (Gegenargumente in Ausgabe 28), wird man sich damit schwertun, die polnischen und tschechischen Annexions- und Vertreibungspläne der Vorkriegszeit zu rechtfertigen – u.a. zusammengestellt von dem Historiker Heinz Nawratil. ⁽¹⁾ Er kam zu der ernüchternden Erkenntnis, dass der Krieg nicht Ursache der Vertreibung war, sondern nur eine günstige Gelegenheit für die Verwirklichung alter Pläne. Und wäre die Ermordung und Vertreibung Millionen Deutscher durch vorher begangenes Unrecht zu rechtfertigen, dann wäre auch Hitlers Angriff auf die Sowjetunion durch die vorausgegangenen Verbrechen des kommunistischen Systems legitim gewesen. (tk)

Quellen: 1. Schwarzbuch der Vertreibung 1945 bis 1948 - Das letzte Kapitel unbewältigter Vergangenheit, Universitas Verlag, 14. Auflage, 2007

77 «Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewusstseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draussen.»

Johannes Gross, deutscher Publizist, Journalist und Verleger, u.a. Chefredakteur und stellvertretender Intendant der Deutschen Welle

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.223



9. Juli 2001:

Gerhard Schröder schiebt Deutschland die Alleinschuld für den Ersten Weltkrieg unter

Anlässlich einer Dauerausstellung im Bonner «Haus der Geschichte» sagte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder in einer Rede: «Geschichte kennt keine abschliessenden Urteile, zumal über die jüngere Vergangenheit. Und sie kennt – das gilt es, zu unterstreichen – keine wie auch immer gearteten Schlussstriche. Dies gilt für die

unvorstellbaren Verbrechen des Nationalsozialismus, für zwei von Deutschen angezettelte Weltkriege im 20. Jahrhundert.» ⁽¹⁾

Sogar die FAZ kommentierte damals widersprechend: «Der Versailler Vertrag von 1919 lässt grüssen. Mit Artikel 231 wurde die Kriegsschuld eingeführt, um die alliierten Reparationsansprü-

che an Deutschland völkerrechtlich abzusichern. Die politische These von der Alleinverantwortung Deutschlands am Ersten Weltkrieg ist aber wissenschaftlich unhaltbar.» ⁽²⁾ (tk)

Quelle:

1. studylibde.com, BULLETIN DER BUNDESREGERUNG Nr. 48 -2 vom 11. Juli 2001
2. FAZ, 16. Juli 2001



So wie Psychiater und Psychoanalytiker Deutschland schon während des Zweiten Weltkrieges eine kollektive psychische Störung diagnostizierten (siehe u.a. S.195 f.), taten es auch die Psychoanalytiker Alexander und Margarete Mitscherlitsch drei Jahrzehnte später. Sie kamen in «Die Unfähigkeit zu trauern» (1967) zu dem Schluss, die Deutschen seien emotional so blockiert, dass sie sich nicht für die Opfer interessieren konnten. Sie würden an der «kollektiven Abwehr kollektiv erzeugter Schuld» leiden. Die Bevölkerung müsse sich noch tiefgründiger und intensiver mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen. «Ein Buch, das die deutsche Nachkriegsgesellschaft aufrüttelte wie kaum ein anderes», so der Deutschlandfunk.

Quelle: deutschlandfunk.de, Kursiv: Kollektive Verdrängung, 05.07.2010



„«Wissen Sie, dass die Deutschen aussterben, so wie sie bisher waren – zwei Weltkriege haben sie vom Zaun gebrochen, millionenfachen Völkermord haben sie hinter sich gebracht [...] in ihrer besonderen Art des Nationalgefühls – das kann man eigentlich nicht bedauern.»

Margarete Mitscherlich-Nielsen;
deutsche Psychoanalytikerin, Ärztin und Autorin; Frau
von Alexander Mitscherlitsch, der eng mit Erich Fromm
(siehe S.184) zusammenarbeitete,
1986 in einer ZDF-Talkshow

Quelle: zeit.de, Keine friedfertige Frau, 17.06.1987

Mitscherlitsch vertrat den Standpunkt, es sei kein Anlass zur Trauer, wenn das deutsche Volk aussterben würde, denn es habe in den beiden Weltkriegen dieses Jahrhunderts unendlich viel Schuld auf sich geladen.

Nur eine intensive Vermischung mit den kinderreichen Völkern der Dritten Welt könne den verbrecherischen Volkscharakter allmählich verändern. Die Deutschen seien eine Verbrechernation, die kein Recht mehr auf ein eigenes Volksleben habe.

INTERESSANT

«Geschichte kennt keine abschliessenden Urteile, zumal über die jüngere Vergangenheit,» so Schröder (siehe unten links). Was er wohl von dem Volksverhetzungsparagraphen (siehe S.254 ff.) hält, der über bestimmte Teile der deutschen Geschichte genau dieses abschliessende Urteil fällt?

01. September 2001:

Joschka Fischer entschuldigt sich in Südafrika für Sklaverei

Die DPA meldete am 02.09.2001: «Bundesaussenminister Joschka Fischer hat sich gestern im Namen Deutschlands zur Schuld an Sklaverei bekannt und um Verzeihung gebeten. Bei der UN-Weltkonferenz gegen Rassismus im südafrikanischen Durban betonte er, vergangenes Unrecht lasse sich nicht ungeschehen machen.»⁽¹⁾

Jeder, der auch nur über rudimentäre Geschichtskenntnisse verfügt, weiss, dass die Deutschen weder in ihrer extrem kurzen Kolonialgeschichte noch vorher irgendetwas mit der Sklaverei zu tun hatten, ganz im Gegensatz zu den alten Kolonialmächten Europas, zu Nord- und Südamerikanern, zu Arabern und Türken und mehreren afrikanischen Stammesfürsten (Ausgabe 35). (tk)

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.78
1. mopo.de, Fischer bekannte sich in Durban zur Schuld an Sklaverei, 02.09.2001



„«Von der deutschen Hauptstadt gingen zwei Weltkriege aus, die unermessliches Leid über viele europäische Völker brachten.»

Satz aus der Berliner Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS für die Legislaturperiode 2001-2006

Seit Ende der 1920-Jahre wird diese These in der Geschichtswissenschaft nur noch von Aussenseitern vertreten, sie ist in der linken deutschen Parteienlandschaft aber weiterhin salonfähig.

Quelle:
archiv.spd-berlin.de, Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) Landesverband Berlin und der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) Landesverband Berlin für die Legislaturperiode 2001-2006

FAZIT

Joschka Fischer und Gerhard Schröder sowie PDS als auch SPD insgesamt hielten an der längst widerlegten und international nicht anerkannten Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg fest. Sollten sich Politiker nicht mit der Geschichte ihres Landes auskennen, oder handelte es sich gar um eine klare Geste des Volksverrats?

Januar 2002:

Tschechischer Ministerpräsident sieht Ermordung und Vertreibung der Sudetendeutschen als gerechte Strafe

Der tschechische Ministerpräsident Miloš Zeman sagte 2002 in einem Interview, die Sudetendeutschen hätten durch ihren Beitritt zum Deutschen Reich 1938 die Tschechoslowakei verraten, und auf Landesverrat stehe die Todesstrafe: «Wenn sie also vertrieben oder transferiert worden sind, war das milder als die Todesstrafe.»⁽¹⁾

Während Menschenrechtsorganisationen, tschechische Intellektuelle, die EG-Aussenminister und Politiker verschiedener Länder gegen Zemans verbalen Amoklauf protestierten, reiste ausgerechnet der deutsche Aussenminister Joschka Fischer zwei Tage nach Erscheinen des Interviews nach Prag und betonte, dass das gute deutsch-tschechische Verhältnis ungetrübt sei. (tk)

Quelle: 1. FAZ, 19.02.2002



77

«Für mich als Este ist es kaum nachvollziehbar, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, dass es enorm schwierig ist, über das Unrecht gegen die Deutschen zu publizieren oder zu diskutieren, ohne dabei schief angesehen zu werden – aber nicht etwa von Esten oder Finnen, sondern von Deutschen selbst!»

Der estnische Staatspräsident Lennart Meri zum fünften Jahrestag der Wiedervereinigung am 03. Oktober 1995 in Berlin

Quelle:

Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München, 2008, S.100



17. Dezember 2002:

Ehemaliger Kommunisten-Spion erhält Bundesverdienstkreuz

Der 1929 mit seiner Familie aus Polen ins Deutsche Reich übergesiedelte Marcel Reich-Ranicki wurde nach eigenen Angaben am 7. November 1938 nach Warschau deportiert und ab November 1940 in das dortige Ghetto umgesiedelt. Nach dem Einmarsch der Roten Armee im September 1944 trat

Reich Ende des Jahres freiwillig der polnischen kommunistischen Geheimpolizei UB (Urząd Bezpieczeństwa) bei, einer Organisation vergleichbar mit den KGB/FSB-Vorgängerorganisationen GPU/NKWD. Anfang 1945 war er dann in der «befreiten» Stadt Kattowitz für die sowjetische Zensur zuständig. Unter dem Titel

«Wie Reich-Ranicki in Polen die Zensur organisierte» weiss der Autor Gerhard Gnauck in der Welt folgendes über diese Zeit in Kattowitz zu berichten:

«Oberschlesien 1945: Eine Zeit von Rache und Gewalt, von Widerstand und Ergebung, von Vertreibung und den Anfängen des Kommunismus. Mitten drin

Foto: Smalltown Boy

War der als
«Literaturpapst» verehrte
Marcel Reich-Ranicki für
den Tod deutscher Zivilis-
ten mitverantwortlich?

Marcel Reich-Ranicki
mit seiner Frau Teofila
in Berlin 1946. Dort
gehörte er der kommunistischen polnischen
Militärkommission an.
Er war von 1944 bis 1950
Agent und Hauptmann
im polnischen Geheim-
dienst UB (gleichzuset-
zen GPU bzw. NKWD).



Marcel Reich, zuständig für Zensur. [...] Als die Sowjets endlich [in Kattowitz] eingerückt waren, trommelten sie unter dem Vorwand kurzfristiger ‚Arbeits-einsätze‘ Zehntausende Oberschlesier zusammen. Oft wurden die Menschen aufgefordert, zwei Garnituren Winterkleidung und Bettzeug zu den Sammelstellen mitzubringen. Dort wurden sie verhaftet und zur Zwangsarbeit in Kohlegruben und Lager in Sibirien und der Ukraine verfrachtet; die meisten kehrten nie von dort zurück. ‚Wenn ich durch die Stadt ging, hallten meine Schritte oft in den Strassen wider, so wenige Menschen waren zu sehen‘, erinnert sich Bronislawa Jurkowska an diese Zeit in Kattowitz, der einst so belebten Metropole. Ihr Mann Józef war seit Ende Januar 1945 Chef des UB für ganz Oberschlesien und einer der Vorgesetzten des jungen Marceli Reich. [Anm.: Er nahm erst 1958 das Pseudonym Marcel Reich-Ranicki an]

Die Völkerwanderung hatte also begonnen. Doch ‚Feinde‘ gab es auch jetzt noch genug, und Arbeitskräfte wurden auch an Ort und Stelle gebraucht. [...] So richteten der NKWD (sowjetische Geheimpolizei) und wenig später auch das UB Lager für Deutsche ein. Dabei nutz-

ten sie vielfach dieselben Baracken, in denen die NS-Behörden wenige Wochen zuvor Juden und andere ‚Feinde‘ festgehalten hatten. [...] Vielleicht liegt es an all diesen Ereignissen, wenn Reich-Ranicki heute so ungern über seinen Aufenthalt in Oberschlesien spricht. Als ich ihn zum ersten Mal nach seinen Erinnerungen an diese eigentümliche Region fragte, antwortete er kurz und bündig: ‚Ich kann mich an gar nichts erinnern...‘⁽¹⁾

Wofür die Preise?

Danach arbeitete Reich-Ranicki als Einsatzleiter, im Range eines Hauptmanns, für den polnisch-kommunistischen Auslandsnachrichtendienst (MBP). 1948 wurde er Vize-Konsul und nahm den Namen «Marceli Ranicki» an, da sein Familienname «Reich» zu sehr an die Deutschen erinnerte. Er wurde an die polnische Botschaft in London entsandt, wo er vor allem für Informationsbeschaffung zuständig war. In anderen Worten: Er spionierte in London für die Kommunisten. Ranicki erhielt für seine Verdienste in der Geheimpolizei zwei sowjetische Preise: 1946 das Silberne sowie das Goldene Verdienstkreuz und 1948 die «Medaille des Sieges und der Freiheit».

1994 schrieb der Focus: «Wofür hat MRR diese Orden erhalten? Zu einer Stellungnahme war er nicht bereit.»⁽²⁾

Im Juli 1958 hielt sich Reich-Ranicki zu Studienzwecken in der Bundesrepublik Deutschland auf und kehrte von dieser Reise nicht mehr nach Polen zurück. Ab August 1958 arbeitete er als Literaturkritiker im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ). Innerhalb kurzer Zeit gelang Reich-Ranicki, der über keinerlei Diplome oder Zertifikate verfügte, ein erstaunlicher Aufstieg im schreiben-den Gewerbe. Ab den 1980er Jahren war er dann Dauergast im deutschen Fernsehen und wurde als «Literaturpapst» verehrt. Seine Popularität konnte Reich-Ranicki durch die Leitung der ZDF-Büchersendung «Das Literarische Quartett» noch einmal steigern. Ende 2002 wurde er mit dem Grossen Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland für sein Lebenswerk geehrt. (tk)

Quellen:

- de.wikipedia.org, Marcel Reich-Ranicki
1. welt.de, Wie Reich-Ranicki in Polen die Zensur organisierte, 10.03.2009
2. focus.de, Wofür die Orden?, 04.07.1994

SPD-Politikerin will deutsche Nation bekämpfen

Seit 2001 gehört Franziska Drohsel der SPD an. U.a. war sie von April 2012 bis März 2014 stellvertretende Vorsitzende der SPD Steglitz-Zehlendorf. In einem auf Youtube zu sehenden Streitgespräch sagte sie:

„«Ja, also deutsche Nation, das ist für mich überhaupt nichts, auf was ich mich positiv beziehe; würde ich politisch sogar eher bekämpfen.»

Youtube.com, Cicero Streitgespräch zwischen Drohsel und Mißfelder, 17.04.2009



Foto: Tobias Pforte von Randow
(https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Franziska_Drohsel_Portrait.png) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/de/deed.en>



„«Wir wagen hier ein historisch einzigartiges Experiment, und zwar, eine monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. [...] Dabei kommt es natürlich auch zu vielen Verwerfungen.»

Yascha Mounk, Journalist (u.a. New York Times, The Wall Street Journal, Zeit Online) am 20. Februar 2018 in den ARD-Tagesthemen über Deutschland



Juni 2003:

Friedman-Affäre – Ein Blick in das Privatleben eines Moralapostels



Ignatz Bubis (siehe S.249) und Friedman liefen Sturm gegen das Theaterstück «Der Müll, die Stadt und der Tod».

Seit Jahrzehnten an vorderster Front für eine Umerziehung der deutschen Bevölkerung arbeitet auch der Moderator, Publizist und ehemalige CDU-Politiker Michel Friedman. Gemeinsam mit dem FDP-Politiker Ignatz Bubis (siehe S.249), von 1992 bis 1999 Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, setzte sich Friedman beispielsweise bereits in jungen Jahren gegen das Theaterstück «Der Müll, die Stadt und der Tod» ein, in welchem der Drehbuchautor Rainer Werner Fassbinder es gewagt hatte, eine negative jüdische Hauptfigur einzubauen. Sofort wurde ihm vorgeworfen, selbst antisemitisch zu sein oder doch antisemitische Klischees unbewusst zu bedienen. Friedman machte im weiteren Verlauf seiner Karriere unentwegt damit weiter, die Deutschen an ihre «Schuld» zu erinnern und vor einem Wiederaufleben des Nationalsozialismus zu warnen.

Auf Vorschlag des damaligen Bundesvorsitzenden der Jungen Union, Hermann Gröhe, kandidierte Friedman beim CDU-Parteitag am 21. November 1994 für deren Bundesvorstand und wurde mit komfortabler Mehrheit (610 von 919 Stimmen) gewählt. Dort setzte er sich vor allem für die europäische Einigung und eine Lockerung des Einbürgerungs- und Staatsbürgerschaftsrechtes ein.

Im Juni 2003 geriet Friedman im Zuge von Ermittlungen wegen Menschenhandels im Rotlichtmilieu in das Blickfeld der Staatsanwaltschaft. Mehrere Prostituierte, die illegal aus der Ukraine nach Deutschland gebracht und zwangsprostituiert worden waren, sagten aus, er habe mit ihnen mehrmals Sex gehabt, in ihrem Beisein Kokain konsumiert und das Suchtmittel auch ihnen angeboten. Daraufhin wurden seine Kanzlei und seine Wohnung rechtmässig durchsucht. Drei szenetypische Päckchen wurden gefunden, die Anhaftungen von Kokain aufwiesen. Die gefundene Menge war zu gering, um den genauen Wirkstoffgehalt zu ermitteln. Das Untersuchungsergebnis einer von Friedman abgegebenen Haarprobe war hingegen positiv, was den rechtlichen Nachweis erbrachte, dass Friedman tatsächlich Kokainkonsument gewesen war. Daraufhin erging am 8. Juli 2003 ein Strafbefehl gegen Friedman wegen Kokainbesitzes über 150 Tagessätze in einer Gesamthöhe von 17.400 Euro, den er widerspruchslos akzeptierte. (tk)

Quelle: de.wikipedia.org, Michel Friedman

„«Versöhnung ist ein absolut sinnloser Begriff. Den Erben des judenmordenden Staates kommt gar nichts anderes zu, als die schwere historische Verantwortung auf sich zu nehmen, generationenlang, für immer.»

Michel Friedman

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S. 19



Foto: Martin Kraft



Foto: blu-news.org ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Rolf_Stolz_\(15304047249\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Rolf_Stolz_(15304047249).jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en>

„«Die Deutschen als lebensunwertes Leben, Deutschland teils als absolute politische Unmöglichkeit, teils als Krebsgeschwür Europas – das ist jenes zugespitzte, übersteigerte Selbst(-hass-)gefühl, das in dieser Radikalität bisher nur eine gewisse Szene erfasst hat, aber heute bereits in abgemilderter Form ein tatsächliches Massenphänomen ist.»

Rolf Stolz, Mitbegründer der Grünen

Quelle: Der deutsche Komplex, Erlangen, 1990, S.43



„«Ihr könnt uns herabsetzen, beleidigen, demütigen oder verletzen, aber ihr werdet uns nicht los. Ein Leben ohne uns wird es für euch nicht mehr geben. Die Ibrahims, Stefanos, Marios, Laylas und Sorayas sind deutsche Realität. Ihr werdet es nicht verhindern können, dass bald ein türkischsprachiger Richter über euch das Urteil fällt, ein pakistanischer Arzt eure Krankheiten heilt, ein Tamile im Parlament eure Gesetze mitverabschiedet und ein Bulgare der Bill Gates eurer New Economy wird. **Nicht ihr werdet die Gesellschaft internationalisieren, modernisieren und humanisieren, sondern wir werden es tun – für euch. Ihr seid bei diesem leidvollen Prozess lediglich Zaungäste, lästige Gaffer.** Wir werden die deutsche Gesellschaft in Ost und West verändern. Wir Ausländer.»

Walid Nakschbandi; afghanisch-deutscher Journalist, Film/Fernsehproduzent und Manager in der Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck, u.a. einst verantwortlich für die HR-Sendung «Vorsicht! Friedman» und die ARD-Sendung «Friedman», am 19. September 2000 in der Süddeutschen Zeitung

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.181

09. Mai 2005:

Schröder feiert mit Putin den Sieg Stalins

Zum 60. Jahrestag des Kriegsendes lud Russlands Präsident Wladimir Putin Bundeskanzler Schröder nach Moskau ein, um gemeinsam den «Sieg des Guten über das Böse» (Putin) zu feiern. Die Verkörperung des Guten – eine neue Stalin-Büste⁽¹⁾ – stand unweit der Ehrentribüne am Roten Platz, wo auch schon Ulbricht und Honecker der Siegesparade beigewohnt hatten.

Die Präsidenten Litauens und Estlands wiesen entsprechende Einladungen zurück. Vytautas Landsbergis, der erste postkommunistische Präsident Litauens, schrieb am 04.03.2005 in der Welt: «Indem es diese Feiern auf dem Roten Platz abhält und so den sowjetischen Sieg unterstreicht, feiert das heutige Russland auch seine Zugewinne aus diesem Krieg. Einer davon war mein eigenes Land, Litauen, dessen Angliederung an Stalins Reich von unzähligen Tragödien begleitet war. [...] Es wird also nun ein ehemals versklavtes Land eingeladen, seine Gefangenschaft zu feiern.» (tk)

Quelle: 1. FAZ, 20.04.2005



Zu den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des sowjetischen Sieges im «Grossen Vaterländischen Krieg» waren mehr als 50 Staatschefs nach Moskau gereist. Unter ihnen: Gerhard Schröder, George W. Bush und Jacques Chirac.

10. Mai 2005:

Das «Denkmal für die ermordeten Juden Europas» wird eingeweiht

Foto: K. Weisser (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Holocaust-Mahnmal_Berlin_2006.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/de/deed.en>



Holocaust-Mahnmal in Berlin, 2006

Das «Denkmal für die ermordeten Juden Europas», kurz Holocaust-Mahnmal, in der historischen Mitte Berlins soll laut Wikipedia «an die rund 6 Millionen Juden, die unter der Herrschaft Adolf Hitlers und der Nationalsozialisten ermordet wurden», erinnern. Für den Bau des aus 2711 quaderförmigen Stelen bestehenden Denkmals wurden 27,6 Millionen Euro aus Mitteln des Bundeshaushalts ausgegeben.⁽¹⁾ Das gigantische Mahnmal wurde trotz leerer Kassen und gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit erbaut. In so gut wie jedem anderen Land der Welt werden Denkmäler für ruhmreiche oder zumindest für die eigene Seite erfolgreiche Momente der Geschichte gebaut, in Deutschland ▶



Die Gedenkstätte Gutmannshausen für die deutschen Opfer musste ohne Steuergelder, mit Spenden, finanziert werden.

► dagegen wird man nun inmitten der Hauptstadt unübersehbar darauf hingewiesen, man sei das Kind, der Enkel oder Urenkel von Mördern und Verbrechern.

Während das Holocaust-Mahnmal ohne Volksbefragung von deutschen Steuergeldern finanziert wurde, musste die Gedenkstätte Gutmannshausen für die Millionen ermordeten zivilen Deutschen durch Bombenterror und während der Vertreibung durch Spenden finanziert werden. Sie wurde im August 2014 eingeweiht. ⁽²⁾ (tk)

Quellen:

1. de.wikipedia.org, Denkmal für die ermordeten Juden Europas
2. deutsches-gedenken.de

FAZIT

Es sollte anhand vieler Fälle deutlich geworden sein: Die ermordeten und vertriebenen deutschen Zivilisten im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit sind für die BRD-Politik nur Opfer zweiter Klasse!

„«Auf der anderen Seite existieren in Deutschland nicht nur Gedenkstätten für die NS-Opfer unter Homosexuellen und Deserteuren. Auch die kommunistischen Spitzenfunktionäre Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann haben ihre Monumente erhalten. Insgesamt gibt es in der BRD annähernd 1000 Holocaust- und ähnliche Gedenkstätten. Während im Berliner Zentrum, nicht weit vom Reichstag, auf einer Fläche von drei bis vier Fußballfeldern ein gigantisches ‚Denkmal für die ermordeten Juden Europas‘ entstand, verbreitet sich auch weltweit ein veritabler Kosmos von Gedenkorten für die jüdischen NS-Opfer, der sich von den USA bis Südafrika und Japan erstreckt. Vor diesem Hintergrund ist es kaum verständlich, dass es für Vertreibung und Vertreibungsverbrechen immer noch keine einzige repräsentative Gedenkstätte gibt. Denn schliesslich trägt die Göttin Justitia eine Binde vor den Augen, um zu zeigen, dass die Gerechtigkeit nicht nach Rasse, Religion oder Nation fragt.»

Heinz Nawratil, deutscher Jurist und Schriftsteller

Quelle: Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.99 f.

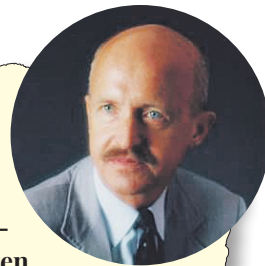


Foto: StagiaireMGIMO (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wolfgang_Joop_4.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>



„Das übertriebene schlechte Gewissen in Deutschland finde ich nachvollziehbar, aber therapeutisch nicht vorteilhaft. Ich fahre jeden Tag am zukünftigen Holocaust-Denkmal vorbei. Das ist so penetrant und plump. Es fordert jetzt schon zum Vandalismus auf. Ein entseeltes Labyrinth aus Beton, in dem wahrscheinlich nur gesprayed, gedealt und geschändet wird. Es ist wieder nur ein Monument deutscher Unbelehrbarkeit.»

Wolfgang Joop, deutscher Modedesigner, im Interview mit der Welt 2003

Quelle: welt.de, Ich war voller Angst, 03.08.2003



20. September 2005: Tod von Simon Wiesenthal – War der berühmte «Nazijäger» ein Schwindler?

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs machte der jüdische Simon Wiesenthal die «Suche nach Gerechtigkeit für Millionen unschuldig Ermordeter» zu seiner Lebensaufgabe. Er forschte weltweit nach Entscheidern aus der Zeit des Nationalsozialismus, um sie einem juristischen Verfahren zuzuführen. Ruhm und Ehre wurden dem anerkennend als «Nazijäger» bezeichneten in der BRD zuteil. Zweimal wurde er für den Friedensnobelpreis nominiert.

Eine weisse Weste hat Wiesenthal allerdings nicht: Der englische Historiker Guy Walters beschreibt Wiesenthal in seinem 2009 erschienenen Buch «Hunting

Evil» als einen «Lügner», der falsche oder übertriebene Behauptungen über seine akademische Karriere und seine Kriegsjahre aufgestellt habe. Walters behauptet, dass viele Unstimmigkeiten in seinen Memoiren zu finden seien, so dass es unmöglich sei, ein zusammenhängendes Bild von Wiesenthals Leben im Zweiten Weltkrieg zu zeichnen. «Wiesenthal log über seine zwei Abschlüsse. Seine Geschichten über seine Zeit mit den Partisanen im Krieg widersprechen sich – in manchen Berichten ist er in einer Gruppe, in manchen Berichten ist er in einer anderen, und er überlebte eine verblüffende Anzahl an Nahtoder-

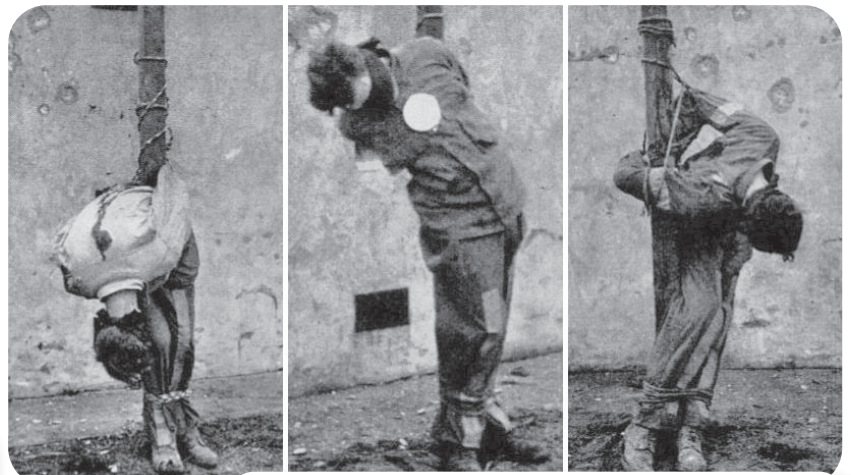
fahrungen, manche von ihnen medizinisch unglaubwürdig.» ⁽¹⁾

Architekt oder Fabrikaufseher?

Die englische Wikipedia schreibt bestätigend: «Wiesenthals Autobiografien widersprechen einander an vielen Punkten, er überdramatisierte und mythologisierte viele Geschehnisse. In einer Version eröffnet Wiesenthal ein Architekturbüro und erhält dann in der Polytechnischen Hochschule in Lwów einen höheren akademischen Grad. Er entwarf ein Tuberkulose-Sanatorium und Wohnhäuser während seines Studiums



Zeichnung von Wiesenthal aus dem KZ Mauthausen. Verdächtig ähnlich.



Fotos aus dem Life-Magazin von exekutierten Deutschen

und war aktiv in einer zionistischen Studentenorganisation. [...] Der Autor Guy Walters stellt fest, dass Wiesenthals frühere Autobiografie kein Studium in Lwów erwähnt. Walters zitiert einen Lebenslauf, den Wiesenthal nach dem Zweiten Weltkrieg angefertigt hatte, in dem er angibt, er habe als Aufseher in einer Fabrik gearbeitet und dann als Mechaniker in einer anderen Fabrik, bis die Nazis 1941 eindringen. [...] Walters sagt, dass es keine Dokumente über Wiesenthals Studium in Lwów gibt, und dass er im ‚Katalog der Architekten und Baumeister‘ im entsprechenden Zeitraum nicht erscheine.»⁽²⁾

Bereits 1946 erschien Wiesenthals Buch »KZ Mauthausen – Bild und Wort«, in dem er über seine Erfahrungen als Lagerinsasse im Konzentrationslager Mauthausen berichtete, aus dem er nach eigenen Angaben im Mai 1945 von den Amerikanern befreit wurde. In dem Buch wird eine von Wiesenthal angefertigte Zeichnung abgebildet, deren Inspirationsquelle sich allerdings recht deutlich erkennen lässt: Im Juni 1945 veröffentlichte das US-Magazin »Life« eine Bildreportage über die Erschiessung dreier deutscher Soldaten, die im Zuge der Ardennenoffensive als Spione hinter den feindlichen Linien gewirkt haben sollen. Life-Fotograf Johnny Florea war mit seiner Kamera dabei. In der Beschreibung von Wiesenthals Zeichnung wurden aus den deutschen Soldaten von den Nationalsozialisten sadistisch gefolterte und

ermordete KZ-Häftlinge gemacht. Ob Wiesenthals Erinnerung sich hier nur ausversehen mit einem Presse-Foto vermischte oder ob Wiesenthal seine Leser gezielt täuschte, bleibt bis heute offen.»⁽³⁾

Auch, was die Erfolge seiner Suche nach Nationalsozialisten anging, übertrieb Wiesenthal masslos. Walters stellte fest: »Das Simon Wiesenthal Zentrum stellt fest, sie hätten 1.100 Nazis ausfindig gemacht. Die echte Zahl liegt eher bei 10.«⁽⁴⁾

Der Fall Frank Walus

In einem von Wiesenthals aussergewöhnlichsten Fällen war ein US-Bürger aus Chicago mit dem Namen Frank Walus verwickelt. In einem vom Dezember 1974 datierten Brief beschuldigte er Walus, während des Krieges in Polen »Juden an die Gestapo ausgeliefert zu haben«. Dieser Brief veranlasste die US-Regierung, eine Ermittlung und ein Rechtsverfahren gegen Walus einzuleiten.

Die Washington Post setzte sich im Mai 1981 mit dem Fall in einem Artikel mit der Überschrift »Der Nazi, der keiner war« auseinander:

»Im Januar 1977 beschuldigte die Regierung der Vereinigten Staaten einen Chicagoer namens Frank Walus, während des Krieges in Polen Gräueltaten begangen zu haben. In den folgenden Jahren geriet dieser pensionierte Fabrikarbeiter in Schulden, um mehr als US-Dollar 60.000 für seine Selbst-

verteidigung aufzubringen. Er sass allein im Gerichts-Saal, während 11 jüdische ‚Überlebende‘ der Nazi-Besatzung in Polen aussagten, dass sie ihn Kinder, eine alte Frau, eine junge Frau, einen Buckligen und andere ermorden sahen. [...]»

Überwältigende Beweise zeigen, dass Walus kein Nazi-Kriegs-Verbrecher war, dass er während des Zweiten Weltkrieges nicht einmal in Polen war [...] In einer Atmosphäre von Hass und [...] Abscheu [...], die an Hysterie grenzte, verfolgte die Regierung einen unschuldigen Mann.»

Doch Wiesenthal wollte nicht aufhören: 1978 besuchte er Chicago und gab Interviews, bei denen er Walus weiter beschuldigte. Die Überschrift in der Tages-Zeitung Sun Times lautete: »Wie Nazijäger dabei half, Walus zu finden«. Wiesenthal erzählte der Zeitung, dass es bei ihm nie einen Fall von Verwechslung gegeben habe, und fügte hinzu: »Ich weiss, dass es Tausende von Leuten gibt, die auf einen Irrtum warten.«

Erst nach einem erschöpfenden Rechtsstreit war der Mann, der als »Schlächter von Kielce« verleumdet und körperlich angegriffen worden war, endlich in der Lage zu beweisen, dass er die Kriegsjahre als Arbeiter auf einem Bauernhof in Deutschland verbracht hatte.^(4/5)

Skandale und Ungereimtheiten wie diese häufen sich bei Wiesenthal. Auch sein Biograf, der israelische Historiker Tom Segev, vertritt die Auffassung, dass Wiesenthal bei seiner Arbeit übertrieb, dramatisierte, seine Veröffentlichungen mit frei erfundenen Episoden anreicherte und oft mehrere Versionen desselben Ereignisses verbreitete. (tk)

Zwei Grundlagenwerke über die »Reeducation«, die immer noch brandaktuell sind: »Charakterwäsche: Die Reeducation der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen« von Caspar von Schrenck-Notzing und Heinz Nawratils »Der Kult mit der Schuld – Geschichte im Unterbewusstsein«.



- 🌐 Quellen:
1. thejc.com, »Simon Wiesenthal lied«, 23.07.2009
 2. en.wikipedia.org, Simon Wiesenthal
 3. Life, Band 18, Nr. 24, 11. Juni 1945, S. 50
 4. washingtonpost.com, The Nazi Who Never Was, 10.05.1981
 5. en.wikipedia.org, Frank Walus



Foto: blu-news.org
(https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Deniz_Y%C3%BCel.jpg)
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

„In der Mitte Europas entsteht bald ein Raum ohne Volk. Schade ist das nicht. Denn mit den Deutschen gehen nur Dinge verloren, die keiner vermissen wird. [...] Der baldige Abgang der Deutschen aber ist Völkersterben von seiner schönsten Seite.“

Deniz Yücel, deutsch-türkischer Journalist (taz, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, BR, WDR und NDR), 2011 ausgezeichnet mit dem Kurt-Tucholsky-Preis für literarische Publizistik

Quelle: taz.de; Super, Deutschland schafft sich ab!, 04.08.2011

„Eine spezifisch deutsche Kultur ist, jenseits der Sprache, schlicht nicht identifizierbar.“

Aydan Özoğuz, Mitglied des Deutschen Bundestages und von Dezember 2013 bis März 2018 Integrationsbeauftragte der Bundesregierung im Rang einer Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin, 2017 im Tagesspiegel

Quelle: causa.tagesspiegel.de, Gesellschaftsvertrag statt Leitkultur- Leitkultur verkommt zum Klischee des Deutscheins, 14.05.2017



„Ich finde Deutschland zum Kotzen.“

Jutta Ditfurth, Mitbegründerin der Partei Die Grünen

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.8

2013:

Die Grünen fordern Entfernung eines Denkmals für Trümmerfrauen

Die bayerischen Grünen machten sich 2013 für die die Entfernung eines gerade errichteten Denkmals für die «Trümmerfrauen und die Aufbaugeneration» nach dem Zweiten Weltkrieg in München stark. «Ich werde einen Antrag stellen, das sogenannte Trümmerfrauen-Denkmal zu beseitigen», sagte damals der Landtagsabgeordnete Sepp Dürr (Grüne). «Unsere Aufgabe sehen wir dabei darin, relativierenden Bestrebungen entgegenzuwirken und nicht die Nazis, die Trümmer beseitigten, als Helden des Wiederaufbaus zu feiern», meinte Dürr. Wer an das Nachkriegsleid und die Aufbauleistungen erinnere, ohne «einen Zusammenhang zur Vorgeschichte herzustellen und zum unsäglichen Leid, das Nazi-Deutschland über Millionen anderer gebracht hat», verzerre die Realität auf «unerträgliche Art und Weise».

Das Denkmal wurde im Mai 2013 aufgestellt. Im Dezember 2013 überdeckten Dürr und die Grünen-Politikerin Katharina Schulze – inzwischen zur Vorsitzenden der Grünenfraktion im bayerischen Landtag aufgestiegen – den Gedenkstein mit einem

Tuch, auf dem stand: «Den Richtigen ein Denkmal. Nicht den Alt-Nazis.» Unterstützung erhielt Dürr vom Stadtarchiv München. Der Historiker Andreas Heusler meinte: «Man kann nicht in Form eines Denkmals eine Aufbaugeneration würdigen, die personell im Prinzip identisch ist mit der Verantwortungsgeneration.»

Der Münchner Stadtrat Reinhold Babor (CSU) zeigte sich hingegen schockiert über die Grünen. «Die sollen mal die Leute aus der Generation befragen, wie die Zeiten damals waren.» Er habe eine andere Ansicht, was eine Trümmerfrau sei. «Es geht um die Frauen, die die harten Nachkriegsjahre allein und mit den Kindern am Rockzipfel in den Trümmern durchgestanden haben.» Das Vorgehen der Grünen sei deshalb «fast schon böseartig». Der CDU-Bundestagsabgeordnete Tobias Zech schrieb auf Twitter: «Klar, wer selber nie gearbeitet hat, kann auch die Aufbauleistung nicht schätzen. Dumm dreist, unfähig und peinlich.» (tk)

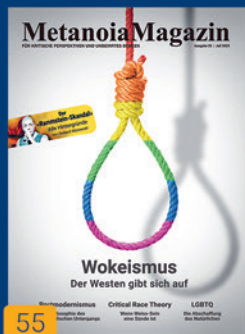
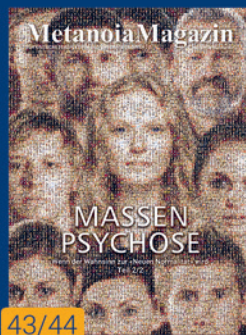
Quelle: merkur.de, Trümmerfrauen-Denkmal: Grüner fordert Beseitigung, 05.12.2014



Katharina Schulze und Sepp Dürr von den Grünen bei der Verhüllung eines Denkmals für die Trümmerfrauen in München.

FAZIT

Ein Land, das bereit ist, statt bahnbrechender Erfindungen und Werken der Literatur oder der klassischen Musik die angebliche «Schuld» in den Mittelpunkt seiner Geschichtserinnerung zu stellen, steht auf nicht besonders stabilen Beinen. Einem Staat (oder «Staatsfragment»? siehe S.164), dessen wichtigstes Fundament Selbsthass und Schuldkomplexe sind, kann wohl früher oder später nur ein Schicksal blühen: die Auflösung (wahrscheinlich in einem Weltstaat).



Unsere Ausgaben 58 bis 62 wurden während der Gerichtsverhandlung unter einem provisorischen Namen veröffentlicht und sind deshalb weiterhin auch in gedruckter Form erhältlich:



Diese und viele weitere Themenhefte finden Sie auf www.Metanoia-Magazin.com. Abonnenten profitieren von dauerhaft vergünstigten Preisen bei allen Ausgaben.

100 Jahre Krieg gegen Deutschland – Die Grundlagen des Schuldkults

Diese Ausgabe beleuchtet die umfassenden Angriffe auf Deutschland über ein Jahrhundert hinweg – von den gezielten Kriegsplanungen der Alliierten vor dem Ersten Weltkrieg bis zur «Reeducation» nach 1945. Sie zeigt, wie militärische Zerstörung, Vertreibungen, wirtschaftliche Ausbeutung und juristische Willkür das Bild einer Nation prägten. Millionen unschuldige Opfer, Plünderungen in unvorstellbarem Ausmaß und die manipulative Schuldzuweisung an ein ganzes Volk werden in der offiziellen Geschichtsschreibung oft verschwiegen.

Doch der Krieg endete nicht mit der letzten abgeworfenen Bombe: Durch gezielte Umerziehung wurde ein psychologischer Feldzug geführt, der die Deutschen zu regelrechtem Selbsthass erzog. Wir decken auf, wie ein Jahrhundert des Krieges, der Manipulation und der Unterdrückung die Identität der deutschen Nation tiefgreifend veränderte – und bis heute nachwirkt.



Metanoia-Magazin.com